

Hermann Weber

Die Wandlung des deutschen Kommunismus

Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik

Gekürzte Studienausgabe

basis

Europäische Verlagsanstalt




Europäische
Verlagsanstalt





Hermann Weber

Die Wandlung des deutschen Kommunismus

Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik

Gekürzte Studienausgabe

basis

Druck: Georg Wagner, Nördlingen
Bindung: Hans Klotz, Augsburg
ISBN 3 434 45008 4
Printed in Germany

Vorwort

Eine kommunistische Partei ist in der herkömmlichen Modellvorstellung (die allerdings durch die jüngste Entwicklung des Kommunismus fragwürdig geworden ist) eine monolithische, straff disziplinierte und zentralistisch aufgebaute Organisation; die Führung übt mit Hilfe des Parteiapparats eine diktatorische Herrschaft aus, sie unterordnet ihre Politik weitgehend den Interessen der Sowjetunion. Die vor 50 Jahren, an der Jahreswende 1918/19 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands entsprach jedoch – ebenso wie die übrigen nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen kommunistischen Parteien – nicht von Anfang an diesem Bild; sie nahm einen derartigen Charakter erst an, nachdem sie in den zwanziger Jahren eine Entwicklung durchgemacht hatte, die ihre innere Struktur grundlegend änderte.
Die vorliegende Arbeit soll ein Beitrag zur Analyse dieser Wandlung des deutschen Kommunismus sein. Die Untersuchung der kommunistischen Bewegung in Deutschland steckt noch in den Anfängen. In der Bundesrepublik wie in der DDR fand die Geschichte der KPD erst im letzten Jahrzehnt zunehmend das Interesse der Geschichtswissenschaft; viele Phasen und Probleme blieben bisher unerforscht. Es schien daher notwendig, neben der eigentlichen Untersuchung – die Vorarbeiten dazu begannen schon vor längerer Zeit – auch umfassendes Grundlagenmaterial vorzulegen.
Da die Geschichte der KPD von 1924 bis 1929 bisher nicht speziell untersucht wurde und gerade die innerparteiliche Situation im Dunkel lag oder von der SED verzerrt dargestellt wurde, kam es vor allem darauf an, die historischen Fakten zu sammeln. Der chronologischen Darstellung wurde breiter Raum gewidmet und damit ein Überblick über fünf Jahre innerparteilicher Entwicklung der KPD gegeben. Der Abdruck bisher unveröffentlichter Dokumente, die Sammlung von Materialien über die KPD und ihre Bezirke sowie die Abfassung von Kurzbiographien ihrer Führer schien ebenfalls notwendig.
Soweit sich die Veränderung der innerparteilichen Struktur der KPD nicht in der chronologischen Darstellung selbst widerspiegelt, wurde in einem systematischen Teil versucht, Problematik und Umfang der Stalinisierung zu skizzieren.
Bei dieser Arbeit war ich auf vielerlei Hilfe angewiesen und möchte daher allen jenen herzlich Dank sagen, die dazu beitrugen, daß dieses Buch erscheinen konnte. Zunächst danke ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bad Godesberg, deren großzügige Unterstützung über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren die finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung des Projekts schuf; besonderes Interesse und große Aufgeschlossenheit für die Arbeit fand ich dabei dabei vor al-

lem Herrn Dr. Wolfgang Treue. Herrn Prof. Dr. Peter Scheibert, Universität Marburg, unter dessen wissenschaftlicher Leitung die Untersuchung angefertigt wurde, gilt mein herzlicher Dank für seine vielfältige Hilfe. Für wertvolle Hinweise danke ich Herrn Prof. Dr. Erich Matthias (Mannheim), wie auch Herrn Prof. Dr. M. Rainer Lepsius (Mannheim). Zu Dank verpflichtet bin ich ferner den Herren Direktoren und Mitarbeitern der zahlreichen Institutionen, die meine Arbeit bereitwillig unterstützten; dem Bundesarchiv Koblenz, den Staatsarchiven in Bremen, Düsseldorf, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Koblenz, Ludwigsburg, München, Münster, Oldenburg und Wolfenbüttel; dem Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, dem Arbetarrörelsens Arkiv Stockholm, dem Sozialarchiv Zürich, dem Feltrinelli-Institut Mailand und dem Institut für Zeitungsforschung Dortmund; ebenso verschiedenen anderen Bibliotheken, Einwohnermeldeämtern, Standesämtern und allen, die im Quellen- und Literaturverzeichnis in Band 2 der Originalausgabe aufgeführt sind.
Mein besonderer Dank gilt den ehemaligen KPD-Führern und Funktionären, deren wichtige Auskünfte mir einen über das Aktenstudium hinausgehenden Einblick in die Parteigeschichte vermittelten. Viele haben die Arbeit unterstützt, obwohl ihre Ansichten nicht mit denen des Autors übereinstimmten. Diesen Personen, die ebenfalls alle im Quellen- und Literaturverzeichnis genannt sind, kann ich hier nur pauschal danken. Meine besondere Dankbarkeit möchte ich an dieser Stelle Frau Rosa Meyer-Leviné aussprechen, die mir wichtige Hinweise gab und mir die wertvollen Dokumente ihres Archivs zur Verfügung stellte. Ebenso danke ich für besondere Unterstützung: Wolfgang Bartels, Heinrich Brandler (†), Rose Frölich (Wolfstein), Karl Grönsfelder (†), Anton Grylewicz, Erich Hausen, Theodor Koegler (†), Max Köhler, Erna Lang (Halbe), Joseph Lang, Susanne Leonhard, Bernhard Menne-Rudert (†), Kurt Müller, Alfred Schmidt, Hans Tittel, Walter Uhlmann, Eduard Wald, Hans Weber, Erich Wollenberg und August Ziehl (†).
Danken möchte ich auch allen anderen Personen, die mir Ratschläge und Auskünfte gaben, auch sie sind im Literaturverzeichnis genannt. Nicht zuletzt aber gilt der Dank meiner Frau, ohne deren unermüdliche Hilfe und Tatkraft dieses Buch ebensowenig hätte erscheinen können wie meine übrigen Arbeiten.
In die vorliegende gekürzte Studienausgabe wurden die Darstellung und die Materialien vollständig aufgenommen, wegbleiben mußten die Dokumente aus Band 1 der Originalausgabe sowie der gesamte Band 2 (Überblick und Analyse des Führungskorps, Biographien von 504 KPD-Führern, 308 Fotos dieser Führer, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Register). Hinweise auf Dokumente und Biographien beziehen sich also auf die Originalausgabe von 1969.

Mannheim, im Juni 1971 — Hermann Weber

Einleitung

In Deutschland besteht seit 50 Jahren eine kommunistische Organisation. In ihrem Werdegang hat sie drei unterschiedliche Stadien durchlaufen: sie formierte sich in den vierzehn Jahren der Weimarer Republik; in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur war sie blutig unterdrückt; seit über zwanzig Jahren beherrscht die SED als kommunistische Staatspartei einen Teil Deutschlands. Dieses wechselvolle Schicksal hinterließ deutliche Spuren im Wesen des deutschen Kommunismus und in der Haltung der deutschen Bevölkerung zu ihm.

Der Grundcharakter der deutschen kommunistischen Bewegung – ihre Mentalität, ihre Methoden und ihre Widersprüche – bildete sich schon in der Weimarer Republik heraus. Die damaligen ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse prägten die Kommunistische Partei Deutschlands in entscheidender Weise, wie umgekehrt die Politik und Haltung der KPD das Schicksal des Weimarer Staates mitbestimmten.

Die KPD entwickelte sich zur einzigen linksradikalen Massenpartei in Deutschland, und sie zog einen großen Teil der deutschen Industriearbeiterschaft in ihren Bann. Sie lehnte das parlamentarische Regierungssystem ab und verfocht das Räteprinzip, sie stand in striktem Gegensatz zum Staat von Weimar. Die KPD wollte die Macht durch einen revolutionären Umsturz erringen. Ihr Programm zielte auf die »Diktatur des Proletariats«, auf eine verstaatlichte, geplante Wirtschaft und letztlich die klassenlose Gesellschaft. Als internationalistische Partei war sie der Idee der Weltrevolution verpflichtet. Schon früh erkannte sie die Sowjetunion als unanfechtbares Vorbild an.

Die KPD war sowohl Weltanschauungs- als auch Interessenpartei. Sie erklärte den Marxismus-Leninismus zur theoretischen Richtschnur ihres Handelns, zur alleingültigen Weltanschauung und zur verbindlichen politischen Ideologie. Sie bezeichnete sich offen als Klassenpartei; die Interessenvertretung der Arbeiterklasse stand im Mittelpunkt ihres Programms.

Mit der Situation der Weimarer Republik wandelte sich die Taktik der KPD und ihr Einfluß war recht unterschiedlich. In der ersten Phase, von 1919 bis 1923, bestand eine für sie günstige revolutionäre Situation; in dieser Zeit erlangte die KPD ein großes politisches Gewicht, sie wurde 1920 zur Massenpartei. Mehrmalige kommunistische Versuche, durch direkte Aktionen an die Macht zu kommen, scheiterten jedoch. Trotzdem bildete die KPD in den zahlreichen Krisen mit ihren politischen und einige Male auch bewaffneten Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit einen (wenn auch oft überschätzten) wichtigen Faktor der Politik. Auch

in der Zeit des Niedergangs der Weimarer Republik von 1929 bis 1933 verfügte die KPD über erheblichen Einfluß. Mit über 300 000 Mitgliedern und nahezu 6 Millionen Wählern, die sie 1932 zählte, war sie die drittstärkste deutsche Partei.
Im Vergleich dazu spielte die KPD in der Zeit der Stabilisierung von 1924 bis 1928 für die deutsche Politik eine geringere Rolle.[1] Angesichts der wirtschaftlichen Konjunktur bestand keine Aussicht, revolutionäre Ziele zu verwirklichen. Da eine aktive Politik nach parlamentarischen Spielregeln nicht ihr eigentliches Metier war, stagnierte die Partei. Sie blieb jedoch auch in dieser Periode eine bedeutende Massenpartei. Von Interesse ist vor allem die damalige innerparteiliche Entwicklung, in der die KPD ihr Parteigefüge zu konsolidieren suchte. Die Jahre von 1924 bis 1929 waren für die KPD eine Phase der inneren Auseinandersetzung, in der die Partei zu einer einheitlichen Organisation wurde.
Dieser Prozeß kann als die Stalinisierung der KPD bezeichnet werden. Das bedeutet den Wandel von einer Partei mit einem hohen Maß innerer Demokratie, die zugleich von inneren Fraktionskämpfen zerrissen ist, in eine disziplinierte Partei mit zentralisierter Befehlsgewalt. Stalinisierung heißt Veränderung der inneren Parteistruktur, Entstehung einer monolithischen, straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des hierarchisch aufgebauten Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrscht und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der Stalinschen KPdSU bestimmt. Wie sich bei genauer Betrachtung zeigt, änderten sich damit die Beweggründe der Politik und die Funktion der Partei. Die Stalinisierung bedeutet also eine entscheidende Wandlung des Kommunismus.
Ihren Ausgang nahm die Stalinisierung von der Sowjetunion. Unter Führung Stalins wurde dort in den zwanziger Jahren das System der Apparatdiktatur errichtet, die auch das Ende der innerparteilichen Demokratie in der Kommunistischen Partei brachte. Diese erste Metamorphose des Kommunismus vollzog sich jedoch nicht nur in der Sowjetunion, sondern fast gleichzeitig in allen Kommunistischen Parteien, wenn auch – entsprechend dem unterschiedlichen Charakter dieser Parteien – in variierter Form. Am Beispiel der KPD zwischen 1924 und 1929 ist dieser Prozeß deutlich nachzuweisen.
Die bisherige westliche Literatur zu diesem Problem ist spärlich, wie überhaupt die Geschichte der KPD in der Weimarer Republik ein nur wenig beachtetes Gebiet der Forschung ist. Immerhin gibt es verschiedene Arbeiten über die KPD zwischen 1919 und 1923.[2] Auch die Entwicklung der Partei am Ende der Weimarer Republik

1 Zur parlamentarischen Situation und zur Rolle der übrigen Parteien in diesem Zeitraum vgl. Michael Stürmer: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928. Düsseldorf 1967.

2 Werner T. Angress: Stillborn Revolution. The Communist bid for Power in Germany 1921–1923. Princeton N. J. 1963 – Richard Lowenthal: The Bolshevisation of the Spartacus League; in: International Communism. Ed. by D. Footman. London 1960 – Eric Waldman: Spartakus. Der Aufstand von 1919 und die Krise der deutschen sozialistischen Bewegung. Boppard 1967 – Otto Wenzel: Die Kommunistische Partei Deutschlands 1923. Phil. Diss. Berlin (West) 1955. Vgl auch Vera Mujbegović: Komunistička Partija Nemačke u Periodu Posleratne Krize 1918–1923. Beograd 1968.

wurde beschrieben.[3] Die wichtige Periode der inneren Wandlung der KPD von 1924 bis 1929 ist jedoch nicht ausführlich untersucht worden, wenn sie auch in Gesamtdarstellungen skizziert ist.[4] Zwar wurden Einzelprobleme analysiert,[5] doch die Darstellung selbst blieb subjektiv gefärbten Berichten und Erinnerungen vorbehalten.[6] Bemerkenswerterweise behandelt auch die Vielzahl der von der SED herausgegebenen Schriften diese Zeit nur am Rande.[7] Die Stalinisierung und ihre Ursachen sind nur angedeutet und zumeist pauschal abgehandelt worden. Da der Wandel der KPD zwischen 1924 und 1929 ohnehin je nach dem politischen Standort der Historiker entweder als Bildung einer »Partei neuen Typus« emphatisch begrüßt oder als Entartung zur totalitären Partei verurteilt wird, ist auch die Begründung für die Transformation recht unterschiedlich. Kritiker des Prozesses, vor allem auch Ruth Fischer, führen die Stalinisierung fast ausschließlich auf die Abhängigkeit der KPD von Moskau im allgemeinen und von Stalin im besonderen zurück. Von anderer Seite wird dieser Einfluß bestritten oder doch als sekundär abgetan; die Politik der KPD (also auch ihre innere Verfassung) wird in erster Linie aus der besonderen Situation der KPD in Deutschland abgeleitet.[8] Die SED selbst, die den Prozeß der Stalinisierung gutheißt, bedauert lediglich dessen Verspätung, führt aber die Entstehung der »Partei neuen Typus« auf die bewußte Absicht der Parteiführung zurück. Der früher überbetonte Einfluß Stalins wird heute verschwiegen. Dabei unterschätzen die Betrachter vor allem die Tendenz zur Apparatherrschaft in der sozialistischen Bewegung und die oligarchische Struktur der Parteiherrschaft in der Demokratie.[9]

---

3 Siegfried Bahne: Die Kommunistische Partei Deutschlands; in: Das Ende der Parteien. Hrsgg. von E. Matthias und R. Morsey. Düsseldorf 1960.

4 Die einzige Gesamtdarstellung der KPD in der Weimarer Republik ist noch immer: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Offenbach 1948, Neuauflage: Frankfurt/Main 1969. In der Einleitung (S. 5–68) findet sich ein Überblick über den Forschungsstand und die neue Literatur zur Geschichte der KPD – Eine Bibliographie gibt Enzo Collotti: Die Kommunistische Partei Deutschlands 1918–1923. Mailand 1961 – Vgl. ferner: Ossip K. Flechtheim: Die Rolle der KPD, in: Der Weg in die Diktatur 1918–1923. München 1962 – Hermann Weber: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961 – Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln-Berlin 1963 – Hermann Weber: Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916–1966. München 1967 – Hilmar Toppe: Der Kommunismus in Deutschland. München 1961.

5 Siegfried Bahne: Zwischen ›Luxemburgismus‹ und ›Stalinismus‹. Die ›ultralinke‹ Opposition in der KPD; »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« 9. Jg. 1961. S. 359–383. – Probleme der kommunistischen Opposition werden auch behandelt in den umfassenden Darstellungen von Splittergruppen: Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Meisenheim am Glan 1965 – Karl-Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim am Glan 1964.

6 Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution. Frankfurt/Main o. J. (1947) – Erich Wollenberg: Der Apparat. Stalins fünfte Kolonne. Bonn o. J. – Margarete Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrwegs. Stuttgart 1957 – Margarete Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Ein Bericht aus der Praxis der Komintern. 1919–1943. Stuttgart 1967.

7 Vgl. den Exkurs, S. 352 ff.

8 Vgl. Collotti, a. a. O. (Anm. 4), S. 7 ff.

9 Die Aussagen von Robert Michels (Zur Soziologie des Parteiwesens, 2. Auflage Leipzig 1925) sind wohl zu modifizieren. Die Strukturanalyse der Parteien durch Sigmund Neumann (Die deutschen Parteien, Berlin 1932) hat dazu wesentliche Anregungen gegeben. Der Trend zur Oligarchie und zur Bürokratisierung ist aber auch in neueren Untersuchungen zur innerorganisatorischen Situation

Die vorliegende Untersuchung führt zu dem Ergebnis, daß die Stalinisierung der KPD im wesentlichen vier Entstehungsbedingungen hatte: Erstens, die Apparatherrschaft als Zeiterscheinung; zweitens, die strukturellen Probleme der KPD; drittens, die Abhängigkeit der KPD von Moskau und viertens, die Situation der KPD in Deutschland.

Es soll dargestellt werden, daß das gleichzeitige Wirken dieser Faktoren im Zeitraum von fünf Jahren nicht nur zu einer straffen Disziplinierung und Zentralisierung, sondern eben zu einer drastischen Apparatherrschaft mit bürokratischer Entartung führte.

Die Besonderheiten der Stalinisierung (die Abhängigkeit der KPD von Moskau und die Situation der Partei im Deutschland der »relativen Stabilisierung«) führen leicht zu einer Unterschätzung der auch für die KPD gültigen generellen Charakteristiken des Parteiwesens in einer Klassengesellschaft (Entwicklung zur Apparatherrschaft und Strukturänderung der Partei). Tatsächlich konnte sich aber die Stalinisierung der KPD nur so rasch und intensiv vollziehen, weil die beiden spezifischen Bedingungen mit den allgemeinen Tendenzen zusammenfielen.

Die Herrschaft des Apparats über die Partei, der Bürokratie über die Organisation und Institution ist typisch für die sozial differenzierte moderne Industriegesellschaft. Hinter demokratischen Formen, oft nur hinter Fassaden, ist der hierarchische Aufbau von institutionellen Apparaten zu erkennen. Auch für die politischen Parteien des demokratischen Staatswesens ist diese Tendenz bestimmend. Ein aktionsfähiger Parteiapparat ist unumgänglich, wenn eine lebendige und erfolgreiche Parteiarbeit geleistet werden soll. Eine revolutionäre Partei bildet hier keine Ausnahme. Sie kann ihre Ziele ohne einen Apparat hauptamtlicher Funktionäre nicht erreichen. Zuviel Macht in den Händen des Apparates aber bedeutet Bürokratisierung des Parteilebens, Unterdrückung und schließlich Ausbleiben der demokratischen Impulse von unten, somit – ebenso wie der umgekehrte Fall, daß gar kein Apparat vorhanden ist – eine Schwächung der Partei, möglicherweise bis zur völligen Ohnmacht. Die innere Struktur der Parteien variiert zwischen diesen beiden Extremen: Apparatherrschaft und damit bürokratischer Verknöcherung und uferlose innere Demokratie ohne Schlagkraft. In einer Arbeiterbewegung bleibt die demokratische Tendenz immer wirksam, da ihre ganze Tradition eine anti-autoritäre, gleichheitliche und freiheitliche Gesinnung fordert. Überdies ist jede Führung gezwungen, solche Tendenzen hin und wieder zu unterstützen, um die Mitglieder zur Arbeit anzuregen und die Partei nicht völlig erstarren zu lassen. Im allgemeinen aber bleibt der Trend zur einheitlichen, vom Apparat regierten Partei dominierend.

Das gilt vor allem für kommunistische Parteien. Ohne einen Apparat von hauptamtlichen »Berufsrevolutionären« wäre eine kommunistische Partei unfähig, gegenüber den bestehenden Machtorganen (Staat, Wirtschaft, andere Parteien, Kommunikationsmittel) Einfluß zu gewinnen und ihre Politik erfolgreich zu vertreten. Die

---

von Parteien bestätigt worden, etwa von Maurice Duverger (Die politischen Parteien, Tübingen 1959) und von Ulrich Lohmar (Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963). Vgl. unten S. 292 f.

radikale Opposition benötigt zur Verbreitung ihrer Ideen Aktivisten und Funktionäre, und der hauptamtliche Parteiarbeiter ist dem ehrenamtlichen in vieler Hinsicht überlegen. Das Spannungsverhältnis zwischen Bewegung und Organisation, zwischen den Interessen radikaler Arbeitermassen und den Vorstellungen des bürokratischen Apparats wird kennzeichnend für eine bestimmte Phase der Entwicklung.

Der Apparat handelt und denkt bürokratisch-organisatorisch; sein Hauptziel ist die Bewältigung der »Aufgaben«. Dazu muß die »Einheit der Partei« gewahrt bleiben, innerer »Zank« schwächt den Einfluß der Partei nach außen. So werden Diskussionen über Prinzipien, aber auch solche über Strategie und schließlich auch über die Taktik vom Apparat als Disziplinbruch verworfen. Die Führung wird »unfehlbar«. Praktisch-organisatorisches Apparatdenken (nicht selten durch ideologischen Dogmatismus übertüncht) verdrängt die theoretische Reflexion.

Die Parteispitze bedient sich des hauptamtlichen Apparats, um die Partei bis ins kleinste zu reglementieren; dabei wird die Initiative der Mitglieder erstickt. Bei politischen Entscheidungen wird die Mitgliedschaft häufig zur Komparserie degradiert. Anstelle demokratisch gewählter Leitungen bestimmen die Sekretäre; der Apparat allein führt die Regie. Der Apparat selbst ist hierarchisch aufgebaut, seine Entscheidungen werden an der Spitze gefällt; die von den übergeordneten Leitungen vielfach abhängigen Apparatfunktionäre haben wenig Entscheidungsfreiheit, denn auch sie unterstehen als Befehlsempfänger den Direktiven der Führung. Die innerparteiliche Diktatur hat die Demokratie verdrängt.

Dieser Trend bestand auch in der KPD der Weimarer Republik. Eine zweite Ursache der Stalinisierung der KPD lag in der Partei selbst. Fünf Jahre nach ihrer Gründung hatte die KPD ihren eigenen ideologisch-politischen Standort zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus noch nicht klar definiert. Eine Abgrenzung von anderen Richtungen erforderte jedoch ein Mindestmaß an Einheitlichkeit in der Partei selbst. Der Apparat war Träger dieser Vereinheitlichung, seine Macht wurde damit vermehrt. Die ideologische Verfassung der KPD förderte diesen Prozeß. Nach jahrelangen scharfen inneren Auseinandersetzungen mit der ständigen Gefahr einer Spaltung wuchs das Bedürfnis nach »Einheit«. Die Kommunisten versuchten militärisch-diszipliniert zu denken und zu handeln, um ihren revolutionären »Krieg« zu gewinnen. Beschlüsse wurden zu Befehlen; die Partei glich einer Armee; die Disziplin wurde zum Gehorsam, den die Genossen oft freiwillig leisteten, um der »Sache« zu dienen. Der Glaube an die ausschließliche Richtigkeit der eigenen Politik und die Übernahme bolschewistischer Organisationsformen verstärkten diesen Prozeß.

Ohne Zweifel ist die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion, die sich seit 1919 schrittweise vergrößerte, eine wichtige und die augenfälligste Voraussetzung der Stalinisierung. Der Apparat der KPD geriet – mehr noch als die eigentliche Partei – in eine zunehmende, nicht zuletzt auch finanzielle Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale. Da die KPD lediglich als Sektion der Komintern galt und keine selbständige Partei darstellte, war die Abhängigkeit formell sanktioniert. Die Moskauer Zentrale (das EKKI) selbst, auf den internationalen Konferenzen von den Dele-

gierten aller Mitgliederparteien gewählt, war eigentlich nur Exekutivorgan der Komintern. Die russische Partei war jedoch allen übrigen Mitgliederparteien erdrückend überlegen, sowohl an politischer Erfahrung und geistiger Potenz, als auch an handfester Macht und großen materiellen Hilfsquellen. Da sich der Stalinismus in der Sowjetunion selbst zum herrschenden politischen System entwickelte, blieb nicht aus, daß sich der autoritäre Geist des sowjetischen Staatswesens über die russischen Führer der Komintern auf deren ausländische Sektionen ausbreitete. Das bedeutete nicht nur die Unterwerfung der KPD unter die sowjetische Staatspolitik, sondern auch Übernahme aller Formen der Apparatherrschaft.

Eine vierte Voraussetzung für die Stalinisierung lag in der – für die Situation der KPD in Deutschland nach 1924 charakteristischen – Diskrepanz zwischen den revolutionären Zielsetzungen der Partei und einer nichtrevolutionären Situation. Nach dem Ende der revolutionären Auseinandersetzungen und angesichts einer zunehmenden Passivität der Mitglieder wurde der Apparat zum beinahe einzigen aktiven Element in der schwungloser werdenden Partei, seine Macht wuchs enorm. Außerdem führte die restaurative Entwicklung der Weimarer Republik der KPD nicht nur Anhänger zu, sie drängte diese linken Kräfte vielmehr förmlich in ein gesellschaftliches und politisches »Getto«. Ihnen erschien die Sowjetunion als leuchtendes Idol. Gegen die restaurative deutsche Gesellschaft aber geriet die KPD in eine unversöhnliche Frontstellung, wobei ihre Anhänger die reaktionären Tendenzen auch noch vereinfacht und vergröbert sahen. Diesen gläubigen Mitgliedern, einem Gros der Funktionäre und einem Teil der Führung erschien jede Abweichung und vor allem jede Kritik an der Sowjetunion als »Hilfe für den Gegner«; eine Einstellung, die die Tendenz zur bürokratisch-monolithischen Parteistruktur erheblich förderte.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, daß der Prozeß der extremen Stalinisierung der KPD durch das Zusammenwirken dieser vier scheinbar unabhängigen, tatsächlich jedoch einander – wenigstens teilweise – bedingenden und verstärkenden Faktoren erfolgte. Die Tendenz zur Zentralisierung scheint unvermeidlich, jeder der Faktoren für sich unumgänglich. War deshalb die völlige Unterordnung der Partei unter eine Instanz, ja einen Willen, also die Stalinisierung eine notwendige und unvermeidliche Entwicklung?

Für die Aktionsfähigkeit der Partei war eine Vereinheitlichung notwendig, die hierarchische Parteistruktur mußte aber durch demokratische Impulse von unten korrigiert werden, die Unterordnung unter die Gesamtleitung der Komintern konnte nur durch eine Koordinierung mit Moskau geschehen, und in Deutschland löste die KPD ihre Aufgabe am besten als aktive Kampfgemeinschaft gegen die restaurativen Strömungen der Weimarer Republik. Die Stalinisierung der KPD brachte statt dessen eine bürokratische Gleichschaltung, in der die Parteiführung mit Hilfe des hauptamtlichen Apparats eine fast unumschränkte Herrschaft ausübte, es kam zur bedingungslosen Abhängigkeit von der Stalinschen Politik und die Partei entartete zur ultralinken Hilfstruppe des Sowjetstaates. Die Stalinisierung war also weit mehr als nur die »notwendige« Schaffung einer disziplinierten Partei.

Die entscheidenden innerparteilichen Veränderungen der KPD sind schwerlich als notwendiger und unumgänglicher, ja wohl nicht einmal als folgerichtiger Werdegang des deutschen Kommunismus zu begreifen. Äußere Einflüsse wirkten sich weit stärker aus als immanente Entwicklungstendenzen. Schließlich änderte sich nicht nur die innere Struktur der KPD, sondern auch ihre Politik.

Der deutsche Kommunismus entstand als Fortsetzung der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung, seine sozialistische Zielsetzung entsprach der Intention der radikalen Arbeiter und kommunistischen Intellektuellen, die klassenlose Gesellschaft zu errichten. Die Stalinisierung der KPD, die Beherrschung der Bewegung durch den Apparat und die völlige Abhängigkeit von der Stalin-Führung in Moskau, ließ diese Zielsetzung zur bloßen Ideologie erstarren und veränderte die Funktion der Partei. Statt der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse erstrebte sie nunmehr die Apparatherrschaft stalinistischer Prägung. Die Unterordnung unter die Politik Stalins und ihre Verteidigung waren ihr oberstes Gebot. Schließlich ermöglichte erst die Wandlung der KPD durch die Stalinisierung die ultralinke Politik der Partei von 1929 bis 1933, die wesentlich zum Untergang der Weimarer Republik beitragen sollte.

Die Stalinisierung der KPD ist darüber hinaus ein Beispiel für die ständige Wandlung des Kommunismus. Die jüngste Metamorphose des Kommunismus, die »Entstalinisierung«, macht die aktuelle Seite dieses Problems deutlich. Die Stalinisierung kann als Beweis dafür gelten, daß der Kommunismus weniger zu begreifen ist als die Verkörperung eines ideologischen Prinzips (Marxismus, dialektischer Materialismus, totalitäre Herrschaft usw.), sondern daß er primär als soziale Bewegung verstanden werden muß. Der Kommunismus ist aus bestimmten gesellschaftlichen Widersprüchen erwachsen: er will die Gesellschaft entsprechend einer mehr oder weniger genau fixierten Programmatik ändern. Doch erweist sich der Kommunismus als dynamisches System, das sich auf Grund seiner eigenen Politik, seiner Umwelt und der Widersprüche von Programmatik und Wirklichkeit immer wieder selbst wandelt. Auch die kommunistische Bewegung entwickelt sich nicht nach einer im voraus berechneten Politik und Strategie. Anstatt den Lauf der Ereignisse durch ihre Politik zu bestimmen, wird ihre Politik oft vom Lauf der Ereignisse bestimmt.

Im frühen deutschen Kommunismus waren noch verschiedene und recht gegensätzliche Strömungen vorhanden. Diese Tendenzen lassen vermuten, daß die KPD durchaus unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten besaß. Die Auseinandersetzungen in der vorstalinistischen Phase der KPD lassen erkennen, daß zunächst auch eine demokratische Variante des Kommunismus erhebliche Chancen hatte. Vor allem Rosa Luxemburg ist wohl die Vorläuferin, ja die eigentliche Begründerin des demokratischen Kommunismus, wie er fast 50 Jahre nach ihrer Ermordung in der ČSSR, aber auch in verschiedenen westeuropäischen Kommunistischen Parteien offen zutage trat. Rosa Luxemburg hatte jene These entwickelt, die als Motto des demokratischen Kommunismus gelten kann: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für die Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden ... Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der

bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.«[10] Die frühe Ermordung Rosa Luxemburgs und die Ausschaltung ihrer Anhänger in der KPD bewirkte, daß der demokratische Kommunismus in der deutschen Partei unterdrückt wurde.

Verschüttet wurde aber auch eine weitere Möglichkeit, die eng mit dem Namen Karl Liebknecht verbunden ist. Er könnte als Vorläufer jener anarcho-kommunistischen Studenten gelten, die in der Studentenbewegung immer deutlicher hervortreten. Karl Liebknecht bekämpfte jedes »Establishment«, er verlangte als erster die »Beseitigung« der besoldeten Bürokratie in der Arbeiterbewegung und prägte damit den frühen deutschen Kommunismus. Der revolutionäre Enthusiasmus dieser Richtung trat in der revolutionären Nachkriegskrise (teils in der KPD, teils aber auch in der linksradikalen KAP) noch offen auf, verschwand aber in den zwanziger Jahren. Weit weniger theoretisch reflektiert war jene utopisch-radikale Richtung des Kommunismus, die auf dem Gründungsparteitag noch dominierte,[11] und die auf dem ultralinken Flügel in immer neuer Form entstand; sie trat gegen taktische Manöver ebenso auf wie gegen bürokratische Gängelung, ihren Radikalismus hatte Lenin als »Kinderkrankheit des Kommunismus« definiert. Daß neben dem leninistischen (und später dem stalinistischen) Flügel der Partei auch nationalbolschewistische und nationalkommunistische, reformistische und revisionistische, radikal-sozialdemokratische und syndikalistische und selbst »lumpenproletarische« und »arbeiteraristokratische« Tendenzen und Gruppen (wenn auch von unterschiedlicher Stärke und Bedeutung) existierten, ist nicht zu übersehen. Durch die Stalinisierung wurden alle diese Richtungen in der KPD zurückgedrängt und ausgemerzt. Damit war das Bild des deutschen Kommunismus für die nächsten Jahrzehnte geprägt: die bürokratisch-diktatorische Organisation, von der tiefen theoretischen Einsicht ebenso weit entfernt wie vom revolutionären Feuer, dafür aber im Organisations-Fetischismus befangen und in neuen starren Formen der Hierarchie verstrickt.

Die Veränderung der innerparteilichen Struktur der KPD ist aber auch ein paradigmatischer Fall der Stalinisierung des Kommunismus in den zwanziger Jahren mit speziellen Zügen. In Deutschland war es der Parteiführung nicht möglich, diese Entwicklung – wie in der Sowjetunion – mit Polizeigewalt zu forcieren. Die KPD war eine Massenpartei und keine Sekte, in der das Gewicht des Apparats oftmals größer ist. Die KPD konnte sich außerdem mehr oder weniger frei entwickeln und legal arbeiten. Sie besaß eine beachtliche Tradition an innerparteilicher Demokratie, die ihr sowohl aus der alten deutschen Sozialdemokratie wie aus der eigenen Entstehungszeit zuwuchs. Wenn unter solchen Umständen die Stalinisierung in knapp fünf Jahren vollzogen werden konnte, so lassen sich die wesentlichen Triebkräfte der Wandlung des Kommunismus hier deutlicher als anderswo ablesen.

Ist also von der Problemlage her die KPD durchaus für eine solche Untersuchung prädestiniert, so scheint zunächst die Quellenlage dagegen zu sprechen. Der Ein-

---

10 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution. Eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt/Main 1963, S. 73 und 78.

11 Vgl. Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Herausgegeben und eingeleitet von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969.

wand, daß eine revolutionäre Partei wie die KPD ihre Politik nicht offen dargelegt hat, daß der Briefwechsel mit der Komintern oder die Protokolle der Führungsgremien nur in Ausnahmefällen zur Verfügung stehen, sonst aber verschlossen sind und vermutlich noch Jahrzehnte verschlossen bleiben, klingt überzeugend.
Dem ist entgegenzuhalten, daß gerade die KPD der Weimarer Republik ihre Politik mit großer Publizität betrieb. In ihren Organen, auf Parteitagen und Kominternkongressen bestand zumindest in den zwanziger Jahren keine große Geheimniskrämerei.[12] Auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden mit großer Offenheit ausgetragen. Was hier die offiziellen Presseorgane und Protokolle verschwiegen, veröffentlichten die zahlreichen oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften. Schließlich hat auch die Polizei manches wertvolle Dokument beschlagnahmt, das Licht auf die innere Situation wirft (s. z. B. die in Teil IV wiedergegebenen Dokumente). Was die Polizeiberichte, Angaben von Polizeiagenten innerhalb der KPD usw. angeht, so ist ihnen gegenüber natürlich die nötige Vorsicht geboten. Es wäre naiv, sie als einzige Dokumente benutzen zu wollen.[13] Dennoch können auch sie Einblicke gewähren. Da es bei der vorliegenden Arbeit möglich war, neben offiziellen auch bisher unbekannte Dokumente (z. B. aus dem Nachlaß des KPD-Führers Ernst Meyer) zu verwenden und sie durch Befragung einer größeren Anzahl ehemaliger KPD-Führer zu ergänzen, konnte weitgehend eine Lücke geschlossen werden, die durch das Fehlen der meisten Sitzungsprotokolle des ZK und des Polbüros sowie des Schriftverkehrs mit der Komintern bedingt ist.[14] Es konnten

---

12 Selbst aufmerksame Polizeioffiziere, die mit der Überwachung der KPD betraut waren, sahen das seinerzeit. Der Leiter der Nachrichtenabteilung Bremen erklärte auf einer Tagung der Nachrichtenleiter am 27./28. April 1928 in Dresden, daß »die Kommunisten auf ihren Parteitagen an der von ihnen durchgeführten Taktik mit bewundernswerter Offenheit Selbstkritik üben.« (Bayer. HStA München, 71 490.)

13 Hier sei nur auf zwei unsinnige Polizeiberichte verwiesen. Nach dem »Offenen Brief« der Komintern 1925 geisterte durch alle Polizeiberichte – offenbar inspiriert von der sonst ausgezeichnet informierten Abt. IA der Berliner Kripo – die Nachricht, Thälmann sei Parteivorsitzender, Politische Leiter seien August Thalheimer und Paul Frölich (also »rechte« Kommunisten, die gar keinen Einfluß hatten), Ernst Meyer, der erst Ende 1926 wieder zu verantwortlicher Parteiarbeit herangezogen wurde, war nach dem Bericht Sekretär für Gewerkschaftsfragen. Zu alledem hieß es noch, »Teddy« sei abgelöst worden – Teddy aber war Partei- und Spitzname von Thälmann! (BuA Koblenz, Akten Reichskanzlei R 43/I 2671, Bd. 9 – StA Bremen, IV 13h, Bd. 1 und IIA 12a Bd. 15 – StA Oldenburg, 136-86-37, Bd. V Bl. 924 – HStA Düsseldorf, 16 922 – StA Münster, I P 542.) Im November 1929 machte das Polizeipräsidium Essen die übrigen Polizeistellen mit einem Wahlflugblatt bekannt, das die KPD unter das Motto gestellt hatte: »Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat, Friedrich Engels« (vgl. Marx-Engels, Werke. Bd. 21. Berlin [Ost] 1962, S. 168). Im Begleittext schrieb der »findige« Polizeioffizier, das Polizeipräsidium habe Material erlangt, »das von dem Stadtverordneten Friedrich Engels verfaßt worden ist«! (StA Koblenz 403/16773 Bd. VII).

14 Protokolle der ZK- bzw. Polbüro-Sitzungen, die sich in westlichen Archiven befinden, konnten für die vorliegende Arbeit herangezogen werden. Soweit die Protokolle überhaupt erhalten blieben, sind sie im Institut für Marxismus-Leninismus in Ostberlin. Eine Veröffentlichung ist in absehbarer Zeit wohl nicht zu erwarten. Die Protokolle sind (erst seit einigen Jahren!) nur ausgewählten kommunistischen Historikern zugänglich.
Der Schriftwechsel zwischen KPD und Komintern ist vermutlich nur in Moskau erhalten. Eine Reihe aufschlußreicher Dokumente sind abgedruckt in: Hermann Weber: Zu den Beziehungen zwischen KPD und Komintern, »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«, 16. Jg. 1968, Heft 2, S. 177 ff.

nicht alle Vorgänge detailliert verfolgt werden, mit dem vorliegenden Material ließ sich jedoch die Linie der Stalinisierung an Hand vieler Beispiele nachzeichnen.
Dabei wurden besonders das organisatorische Gefüge und die machtpolitischen Auseinandersetzungen untersucht, die ideologischen Positionen der KPD und ihrer Fraktionen jedoch nur am Rande vermerkt. Die innerparteilichen Veränderungen wurden vor allem gesehen als Wandel der Organisationsstruktur (von breiter innerer Demokratie zu hierarchischer Diktatur) und der Funktion der Partei (von der radikalen deutschen Arbeiterpartei zur außenpolitischen Hilfstruppe der Sowjetunion Stalins). Mit diesen strukturellen Veränderungen ging auch eine Wandlung des ideologischen Rahmens einher. Die verbindliche »marxistische« Ideologie wurde dogmatisiert, anstelle theoretischer Reflexionen trat die ideologische Rechtfertigung und Verschleierung.
Die ideologischen bzw. politischen Richtungskämpfe innerhalb der KPD wurden in den zwanziger Jahren von mehr oder weniger festgefügten Fraktionen geführt. Die meisten Gruppen wandten sich gegen den Stalinismus, den sie je nach ihrem eigenen Standort von links oder von rechts kritisierten und bekämpften. Die Veränderung der ideologisch-politischen Struktur der KPD bedeutete daher: Ausschaltung der Fraktionen (und damit der Opposition), Ersetzung des politischen und ideologischen Pluralismus der frühen KPD durch die monolithische Praxis und Ideologie des Stalinismus. Die verschiedenen Richtungen in der KPD (ähnliche Schattierungen traten in fast allen Kominternparteien auf) spielten also im Prozeß der Stalinisierung eine wichtige Rolle. Auch wenn es innerhalb der Gruppen Akzentverschiebungen gab und die Bezeichnung der Fraktionen (Linke, Rechte usw.) durchaus relative Begriffe sind, scheint es doch zweckmäßig, die verschiedenen Richtungen zunächst kurz zu skizzieren.
Im März 1926 unterteilte der Kominternvorsitzende Sinowjew die innerhalb der KPD vorhandenen Strömungen in drei Gruppen, und er versuchte, ihren Einfluß quantitativ zu schätzen. Nach Sinowjew waren 80–85 % linke Arbeiter, Anhänger der »Linken«, 3–5 % rechte Arbeiter, Anhänger der »Rechten« und etwa 10 % »ultralinke Arbeiter aller Schattierungen«.[15] Die Einteilung war recht grob, die geschätzten Prozentzahlen unbewiesen, dennoch enthalten Sinowjews Angaben Hinweise auf die Richtungen, die zwischen 1924 und 1929 in der KPD aktiv waren:

1. Die Rechten

Die rechten Kommunisten waren diejenigen Parteiführer (Heinrich Brandler, August Thalheimer, Jakob Walcher) und ihre Anhänger, die bis 1923 die Politik der KPD bestimmten. Nach der Oktoberniederlage 1923 hielten sie an ihren alten Positionen fest, sie gerieten deswegen in Konflikt mit der Komintern, und durch die Radikalisierung der KPD verloren fast alle ihre Funktionen. Die Rechten

---

15 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, 17. Februar bis 15. März 1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 508.

versuchten, in Deutschland Realpolitik zu betreiben, vor allem bejahten sie die Einheitsfront mit der SPD, um gewisse Aktionsziele und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erreichen. Sie waren für die Mitarbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften, für aktive Parlamentsarbeit usw. In der Theorie bejahten sie eine Synthese von »Leninismus« und »Luxemburgismus«, sie knüpften an die Tradition der Linken der Vorkriegs-Sozialdemokratie an, das Gros ihrer Führer hatte dem Spartakusbund angehört. Die Rechten lehnten Stalins Vormachtstellung in der Komintern ab, anerkannten diese aber für Sowjetrußland, und sie waren Gegner von Trotzki und Sinowjew. Ihre Anhänger in der KPD waren vor allem qualifizierte Arbeiter (kaum Intellektuelle), Gewerkschafts- und Kommunalfunktionäre usw. Im eigentlichen Parteiapparat waren sie 1924–28 nur noch schwach vertreten, dagegen dominierten sie in einigen Nebenorganisationen (Rote Hilfe). Die Rechten hatten ihre Hauptstützpunkte in Sachsen und Thüringen und in Städten wie Offenbach, Stuttgart, Solingen. 1928/29 verließen fast alle Rechten die KPD bzw. wurden ausgeschlossen. Sie gründeten die KPO, die über 4000 Mitglieder zählte.[16] In der KPD verblieb 1929 nur ein unbedeutender Rest der Rechten, der von der stalinistischen KPD absorbiert wurde.

2. Die Versöhnler

Anfang 1924 spaltete sich die KPD-Führung, die Mehrheit trennte sich von Brandler-Thalheimer und bildete die »Mittelgruppe«, hinter der damals etwa ein Viertel der Parteimitglieder stand. Nach dem Sieg der Linken ging im Sommer 1924 ein Teil der Mittelgruppe und ihrer Führer (Hermann Remmele, Ernst Schneller, Wilhelm Koenen) zu den Linken über, andere führten unter Ernst Meyer die Opposition gegen Ruth Fischer fort. Nach der Ablösung Ruth Fischers stand diese Fraktion 1926–1928 zusammen mit der kominterntreuen Linken unter Ernst Thälmann an der Spitze der KPD. Die seit 1927 als »Versöhnler« bezeichnete Gruppe unter Führung von Ernst Meyer, Arthur Ewert, Hugo Eberlein, Gerhart Eisler, Georg Schumann war leninistisch. Sie bejahte wie die Rechte – von der sie sich hierin nur in Nuancen unterschied – eine kommunistische Realpolitik (Einheitsfront mit der SPD, aktive Gewerkschafts- und Parlamentsarbeit). Rechte und Versöhnler trennte vor allem die Haltung gegenüber der Sowjetunion und der Partei: die Versöhnler traten betont für die Führungsrolle der KPdSU in der Komintern ein, und sie versuchten um jeden Preis, innerhalb der KPD zu wirken, eine Parteispaltung kam für sie nicht in Frage. In der KPdSU hatten sie hauptsächlich Rückhalt bei Bucharin. Die Versöhnler waren vor allem eine »Apparatfraktion«, sie nahmen 1926–28 wichtige Positionen in der Partei ein (Sekretariate, Redaktionen). Die Versöhnler stützten sich vorwiegend auf Intellektuelle und »Berufsrevolutionäre«, Arbeiter-Anhänger hatten sie in den Bezirken Halle–Merseburg, Westsachsen und Hamburg. Nach

16 Vgl. die umfassende Geschichte der KPO: Tjaden, a. a. O. (Anm. 5). Zu dieser Frage speziell S. 119 f.

Ernst Meyers Tod (Anfang 1930) kapitulierten Ewert und die Führung der Versöhnler vor dem ZK, doch wirkten Reste der Versöhnler-Gruppe in der KPD illegal weiter.

3. Die Linken

1924 bekannten sich fast dreiviertel der Mitglieder zu den linken Kommunisten. Sie hatten sich als linke Opposition gegen die Parteiführung unter Ernst Meyer (1921/22) und unter Heinrich Brandler (1922/23) zusammengeschlossen, und sie besaßen bereits 1923 die Mehrheit in den wichtigen Industriebezirken Berlin, Wasserkante und Mittelrhein. Mit Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Ernst Thälmann, Werner Scholem, Paul Schlecht, Iwan Katz u. a. an der Spitze übernahmen die Linken 1924 die Macht in der Partei; diese steuerte nun einen schärferen Kurs. Die Linken (viele waren 1920 aus der USPD gekommen) vertraten abstrakt-radikale Tendenzen, sie wollten vorrangig das Endziel propagieren, lehnten Übergangsforderungen ab und wollten den gewaltsamen Aufstand vorbereiten. Sie waren gegen die Einheitsfront mit der SPD, empfahlen teilweise die Gewerkschaftsspaltung und betrieben in den Parlamenten Obstruktion. Die Mehrheit der Linken bejahte formal den Leninismus, sie traten für die Bolschewisierung der KPD ein. In der Partei stützten sich die Linken auf die radikalisierten Arbeiter, vor allem die Arbeitslosen, sie dominierten ab Mitte 1924 in allen Bezirken. Der Widerspruch zwischen ihrer ultraradikalen Politik und der Realität stürzte die KPD in eine Krise. Nun zeigte sich, daß innerhalb der Linken verschiedene Tendenzen bestanden: Im Frühjahr 1925 als die Mehrheit der Linken die radikale Haltung etwas lockerte und eine realistischere Taktik einschlug, trennten sich die Ultralinken (s. unten) unter Führung von Werner Scholem, Arthur Rosenberg und Iwan Katz von ihnen. Unter dem Druck der Komintern spaltete sich im Herbst 1925 auch die eigentliche Linke. Die kominterntreue Richtung (Ernst Thälmann, Ottomar Geschke, Philipp Dengel, Ernst Schneller) übernahm die Parteileitung. Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Paul Schlecht und ihre Anhänger wurden ihrer Funktionen enthoben. Sie bildeten erneut eine linke Opposition, die sich mit Sinowjew in der Sowjetunion identifizierte, während die Thälmann-Führung die deutsche Stalin-Fraktion wurde. Die linke Opposition war zunächst in Berlin noch stark. 1926/27 verließen zahlreiche Linke die Partei bzw. wurden ausgeschlossen. Der Versuch, im »Leninbund« die Linken zu sammeln, mißglückte, der »Leninbund« blieb eine Sekte. In der kominterntreuen Linken gab es in der Folgezeit noch einige Oppositionsgruppen, z. B. 1927 die »Chemnitzer Linke«, 1930 die Merker-Gruppe und 1932 die Remmele-Neumann-Opposition, doch kapitulierten diese Fraktionen rasch vor dem ZK, ihre Anhänger blieben in der Partei.

4. Die Ultralinken

Sie spalteten sich im Frühjahr 1925 von den Linken ab. Den Kern der Ultralinken bildeten einerseits Intellektuelle in Führungspositionen der KPD (die Zentrale-Mit-

glieder Werner Scholem, Arthur Rosenberg und Iwan Katz, außerdem Karl Korsch, Ernst Schwarz, Theodor Neubauer), andererseits Arbeitervertreter wie Hans Weber, Arthur Vogt und Wilhelm Kötter, die eine Mehrheit in den KPD-Bezirken Pfalz, Westsachsen und in Berlin-Wedding hinter sich hatten. Die Ultralinken lehnten 1925 die Rechtswendung der Fischer-Maslow-Thälmann-Führung ab, sie verharrten auf den alten linksradikalen Positionen. In Opposition gedrängt, wandten sie sich auch gegen den Führungsanspruch der KPdSU in der Komintern, sie waren die schärfsten Kritiker Stalins. In den erwähnten drei KPD-Bezirken hatten die Ultralinken zunächst die Mehrheit, sie waren auch in den Bezirken Ruhrgebiet, Niederrhein, Niedersachsen und in Teilen Thüringens stark, zählten mehrere tausend aktive Anhänger und hatten vor allem Zulauf von arbeitslosen Parteimitgliedern. 1926 brachen die Ultralinken jedoch in divergierende Gruppen auseinander, bis 1928 hatten sie jeglichen Einfluß verloren.[17] Die Gruppe um Iwan Katz wurde Anfang 1926 als erste aus der KPD ausgeschlossen, sie trat scharf antibolschewistisch auf; ihre Absicht, einen »Spartakusbund II« ins Leben zu rufen, scheiterte. Im Frühjahr 1926 spaltete sich auch die übrige Ultralinke: unter Schwarz und Korsch bildete sich die Gruppe »Entschiedene Linke«, die dann nochmals auseinanderbrach (Schwarz ging 1927 zur linksradikalen KAP). Scholem und seine Anhänger arbeiteten wieder mit Ruth Fischer zusammen, Rosenberg wandte sich nach rechts, er stand später – wie zahlreiche Ultralinke – der SPD nahe; andere zogen sich aus der aktiven Politik zurück. Die ultralinke Arbeitergruppe, die sogenannte Weddinger Opposition, konnte ihre Positionen in der Pfalz, in Westsachsen und in Berlin-Wedding nur bis 1927/28 halten. Die Weddinger Opposition zerbrach ebenfalls in rivalisierende Gruppen, es gelang dem ZK, ihre Führer aus den Funktionen zu verdrängen; einige (Weber, Kötter) wurden ausgeschlossen, andere (Vogt) sowie weitere führende Ultralinke (Theodor Neubauer, Robert Neddermeyer, Alexander Abusch) kapitulierten vor der Thälmann-Führung. Auch ein Teil der ultralinken Arbeiter ging wieder zur KPD zurück. Da die KPD ab 1929 selbst einen ultralinken Kurs vertrat, war dieser Opposition die Basis entzogen.

5. *Apparat und Fachleute*

Die bisher angeführten politisch-ideologischen Richtungen umreißen nicht die ganze Skala der in der KPD 1924–1929 vorhandenen Gruppen. Viele Funktionäre und vor allem Apparatangestellte bekannten sich immer zu der jeweils herrschenden Fraktion, ohne sich mit einer bestimmten Tendenz zu identifizieren. Die ausgesprochenen »Fachleute« im Parteiapparat bemühten sich sogar, nicht in die Fraktionskämpfe hineingezogen zu werden (Parlamentarier wie Ernst Torgler oder Wilhelm Kasper, Propagandisten wie Hermann Duncker, Agrarspezialisten wie Heinrich Rau und Edwin Hoernle, Redakteure, Kommunalpolitiker usw.). Sie förderten und beschleunigten den Prozeß der Stalinisierung, und ihr Gewicht in der Partei

17 Vgl. zu den Ultralinken die Darstellung von Siegfried Bahne, a. a. O. (Anm. 5), S. 359 ff.

wuchs. Das gilt besonders für jene Apparatführer, die zwar an entscheidenden Machthebeln saßen, aber mehr im Hintergrund wirkten (Walter Ulbricht, Franz Dahlem). Die Zusammenarbeit dieser Apparatleute mit der kominterntreuen Linken, schließlich die Verschmelzung dieser beiden Gruppen zur deutschen Stalin-Fraktion waren die wichtigste Voraussetzung der Stalinisierung. Die Apparatführer und die Fachleute waren schon auf Grund ihrer Funktion gegen Fraktionskämpfe und für eine straff disziplinierte Partei, sie vor allem bejahten die Bolschewisierung der KPD. Darunter verstanden sie nicht zuletzt einen Kampf gegen die sozialdemokratische Tradition, aus der die KPD hervorgegangen war. Auch der organisatorische Aufbau der Partei tradierte vielfach auf sozialdemokratischen Gepflogenheiten,[18] die durch die Bolschewisierung überwunden werden sollten. Die Ausschaltung der Fraktionen und die politisch-ideologische Vereinheitlichung auf der Grundlage des Stalinismus waren neben dem Wandel von Organisation und Funktion der KPD das wichtigste Ergebnis der Stalinisierung, die hier untersucht wird.

18 Der Organisationsaufbau entsprach zunächst weitgehend dem der SPD, erst 1925 wurde z. B. der Zentralausschuß aufgelöst, in dem (entsprechend dem SPD-Partei-Ausschuß) die Vertreter der Bezirke saßen. Einzelheiten dazu vgl. unten, S. 261 ff.

I. Die Wandlung der KPD



1. Die Entwicklung der KPD bis 1924

Die innerparteilichen Veränderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die zwischen 1924 und 1929 zur Stalinisierung führten, vollzogen sich auf einem politischen Hintergrund, der diesen Prozeß direkt und indirekt beeinflußte. Dabei waren vor allem drei Faktoren wirksam: Erstens machte sich die Tradition des deutschen Kommunismus bemerkbar. Das historische Wachstum des Kommunismus in Deutschland – die Tradition der jungen KPD ebenso wie die der sozialdemokratischen Bewegung, von der sie sich abgespalten hatte – war eine politische Realität, der die Partei sich nicht entziehen konnte. Zweitens wirkte sich aus, daß die KPD keine selbständige und unabhängige Partei war, sondern auch formal nur eine Sektion der Kommunistischen Internationale bildete, deren führende Zentrale in Moskau residierte. Die Geschichte der KPD ist also in gewissem Sinne als Teilgeschichte der Komintern zu verstehen. Drittens schließlich war die Weimarer Republik der politische Wirkungsraum der KPD. Ihre Funktionäre wie ihre Anhänger interessierten sich vor allem für die deutsche Entwicklung, in die sie einzugreifen versuchten. Die besondere Rolle der KPD in der jungen Republik und deren Einflüsse wirkten auf die innere Problematik der Partei zurück. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, wollte man diese drei Faktoren im einzelnen untersuchen. Eine kurze Charakterisierung dieses Hintergrundes der innerparteilichen Wandlungen scheint jedoch unerläßlich.

Die Weimarer Republik und die Rolle der KPD

Die Novemberrevolution von 1918 war das Ergebnis des militärischen Zusammenbruchs und der allgemeinen Kriegsmüdigkeit. Sie wurde im wesentlichen von Soldaten (Marine und Heimattruppen) und Arbeitern durchgeführt. Die Besiegten waren Träger des Feudalsystems, doch auch die Großindustrie sah sich gefährdet und war anfangs zu vielen Konzessionen bereit, um ihren Besitz zu erhalten.[1]
Die sozialistischen Kräfte sahen in der Revolution nicht nur eine politische Wende, sondern auch den Beginn einer sozial-ökonomischen Umwandlung Deutschlands. Diese Absicht bestimmte auch in erster Linie die Politik der um die Jahreswende 1918/19 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands, »die sich als Instru-

1 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1955 S. 277 ff.

ment der Arbeiterklasse zur Durchführung der proletarischen Revolution verstand«,[2] und eine radikale Veränderung der Gesellschaftsstruktur erstrebte.
Die linksradikalen Gruppen als Vorläufer der KPD wuchsen in den Jahren des ersten Weltkrieges. Sie hatten schon lange vor dem Kriege — damals noch in der Sozialdemokratischen Partei – gegen eine Umwandlung des Sozialismus in eine gemäßigte Reformbewegung gekämpft. Diejenigen Linksradikalen, die den Krieg kompromißlos ablehnten, gründeten 1914 die »Gruppe Internationale« (später: Spartakusbund). Sie traten 1917, als die »Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands« gegründet wurde, dieser vorübergehend bei. Nach dem Ende des Weltkrieges verließ der Spartakusbund die USPD und bildete gemeinsam mit den »Bremer Linksradikalen« den Kern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die neue Partei gab sich unter der kurzen Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ein radikal-marxistisches Programm, sie propagierte die Sozialisierung der Wirtschaft und die politische Macht der Räte. In der deutschen Revolution sah die KPD einen Schritt zur sozialistischen Weltrevolution.
Die eben entstandene kommunistische Bewegung war heterogen zusammengesetzt: einige hervorragende Marxisten leiteten die Partei, die jedoch nur wenige marxistische Kader besaß. Der Zulauf vieler anarchistischer, abstrakt-radikaler und selbst lumpenproletarischer Elemente führte zu putschistischen Tendenzen in der Partei, die durch ihren Radikalismus ohnehin zur Selbstüberschätzung neigte. Wie in der SPD und der USPD gab es auch in der KPD zwei Richtungen; den marxistischen Führern und ihren Anhängern stand ein ultralinker Flügel gegenüber.[3] Die organisatorische Schwäche der Linksradikalen und ihre Fehleinschätzung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zogen nicht selten eine falsche Beurteilung der Lage nach sich. Die »heroische Illusion« hielt sie gefangen. Aber stärker als von ihnen wurden die politischen Verhältnisse von der Haltung ihrer Gegner im sozialistischen Lager geprägt.
Die Mehrheitssozialdemokratie war seit November 1918 Hauptträger der Macht. Doch die Übernahme der Regierungsgewalt hatte die SPD völlig unvorbereitet getroffen, sie zeichnete sich durch »Passivität ihrer Revolutionspolitik und ihre mangelnde Gestaltungskraft« aus.[4] Die SPD war strikte Gegnerin des Rätesystems, ihre

---

2 K.-H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO). Meisenheim am Glan, 1964, S. 2 – Vgl. dazu das von Rosa Luxemburg verfaßte »Spartakusprogramm«, abgedruckt bei Hermann Weber (Hrsg.): Der deutsche Kommunismus. Dokumente. Köln-Berlin 1963 (im folgenden zitiert als *Dokumente*), S. 34 ff.

3 Rosenberg begründete ausführlich und einleuchtend seine These, daß »die drei Parteien des deutschen sozialistischen Proletariats im November und Dezember 1918 eigentlich in sechs ganz verschiedene Tendenzen« zerfielen. Er erklärte es als verhängnisvoll, »daß die notwendigen Spaltungen der USPD und des Spartakusbundes gar nicht bzw. viel zu spät erfolgten«. Nach Rosenberg hatte die sozialistische Arbeiterschaft nur Chancen gehabt bei einem Zusammenschluß von rechter USPD und SPD sowie von linker USPD und Spartakusbund unter Zurückdrängung der »parlamentarischen Rätefeinde auf der Rechten und den hemmungslosen Utopisten auf der Linken«. Rosenberg a. a. O. (Anm. 1), S. 294 f. – Vgl. dazu auch die kritische Anmerkung bei Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1969, S. 123 f.

4 Erich Matthias: Die Sozialdemokratische Partei; in: E. Matthias und R. Morsey, Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 101 – Erich Matthias: Die Sozialdemokratie und die Macht im Staate; in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933. München 1962, S. 73 ff. – Vgl. auch Rosenberg a. a. O. (Anm. 1), S. 281.

Funktionäre lehnten die »bolschewistische Gewaltherrschaft« ab, sie identifizierten Räte und Bolschewismus, was (trotz der Entwicklung der Rätebewegung in Rußland) völlig unzutreffend war.[5]
Eines der bestimmenden Motive für die Politik der SPD-Führung war die Furcht vor dem Bolschewismus. Mit dem schonungslosen Kampf gegen die Linke vertiefte sich die Kluft zu dieser. Wie gebannt schauten die SPD-Führer auf die angeblich zwangsläufige Alternative Bolschewismus oder »Weimarer System«, von der »in dieser zugespitzten Form nicht die Rede« sein konnte. Die SPD-Führer machten »eine elastische politische Aktivität unmöglich und trieben eben dadurch einen Teil der Arbeiterschaft ins Lager der Radikalen, die erst dadurch eine wirkliche Gefahr für die Republik wurden«.[6]
Diese Taktik und die ständigen »Enthüllungen« über die Gefahren des Bolschewismus in Deutschland versetzten das Bürgertum in einen fast »hysterischen Zustand der Gereiztheit«.[7] Die Furcht vor den Kommunisten war allgemein verbreitet, bald aber sollte sie dazu herhalten, die wirtschaftliche und politische Restauration zu forcieren. Unter der Devise des Kampfes gegen den Kommunismus gewann die Rechte zunehmenden Einfluß. Die »Schwächlichkeit und Unentschlossenheit« der republikanischen Mitte gegenüber den Gegnern von rechts war offensichtlich.[8]
Nach einigen Ansätzen zur Sozialisierung blieb die privatkapitalistische Wirtschaft unangetastet. Auch wurde die politische Struktur der parlamentarischen Republik nicht unerheblich davon beeinflußt, daß der kaiserliche Staatsapparat im wesentlichen bestehen blieb und nur eine »schwache« Spitze erhielt. Bald zeigte sich, daß die Revolution keineswegs von einer »Entwicklung zum Sozialismus« gefolgt war. Vielmehr war nicht einmal die demokratische Grundlage gesichert: die Republik zeigte einen »zwielichtigen, unfertigen und unentschlossenen Charakter«.[9]
Die Existenz der jungen Republik war von der widerwilligen Duldung einer entschieden antidemokratischen Koalition aus Offizierskaste, Beamtenschaft und Großgrundbesitz (nebst einflußreichen Teilen des Großbürgertums) abhängig. Die Gegenrevolution hatte ihre Stützpunkte in Industrie, Verwaltung, Justiz und im Bildungsapparat. Zu alledem wurde diese bürgerliche Republik noch vom konservativen Bürgertum selbst bekämpft. Die bürgerlichen Regierungen (seit 1920) standen den von ihnen vertretenen und verwalteten Einrichtungen skeptisch oder passiv gegen-

---

5 Rosenberg, a. a. O., S. 290 – Evelyn Anderson: Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nürnberg 1948, S. 67 ff. – Ossip K. Flechtheim: Die Rolle der KPD; in: Der Weg in die Diktatur 1918–1933. München 1962, S. 127 f.

6 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919. Düsseldorf 1962, S. 406 – Vgl. auch Rosenberg, a. a. O., S. 288 ff. – Anderson, a. a. O., S. 75 f. – Wolfgang Abendroth: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt/M. 1964, S. 53 – Helga Grebing: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. München 1966, S. 159 f.

7 Ferdinand Friedensburg: Die Weimarer Republik. Berlin 1946, S. 183 – Vgl. auch Paul Frölich: Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Frankfurt/Main 1967, S. 320 f. – Hermann Weber: Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht. Hannover 1961, S. 22.

8 Friedensburg, a. a. O., S. 364 – Vgl. auch Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 124 ff. – Weber, a. a. O., S. 22 ff.

9 Karl Dietrich Bracher: Die Auflösung der Weimarer Republik. 3. verb. Aufl. Villingen 1960, S. 21 – Vgl. auch Anderson, a. a. O. (Anm. 5), S. 70 f.

über.[10] Unter solchen Umständen vollzog sich die Stabilisierung des Staates in restaurativen Bahnen.

Die Identifizierung der Sozialdemokratie mit einer Demokratie, die solche reaktionären Elemente in sich trug, wirkte auf den linken Flügel der Arbeiterbewegung abstoßend und provozierend.[11] Ein großer Teil der deutschen Arbeiter glaubte sich nach der Revolution betrogen und war enttäuscht, er wurde in einen Gegensatz zur bestehenden Ordnung gedrängt und fühlte sich vom Kommunismus angezogen.

Die soziale Misere und die Wirtschaftskrisen in den ersten Nachkriegsjahren brachten ohnehin weite Kreise gegen die Republik auf. Die Linksentwicklung der Arbeiterschaft zeigte sich deutlich 1920, als Millionen Wähler von der Sozialdemokratie zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übergingen (was für viele nur ein Durchgang zur KPD bedeutete).[12] Nach der Spaltung der USPD im Jahre 1920 konnte die KPD erstmals Masseneinfluß gewinnen, sicherlich als Folge der Unzufriedenheit breiter Schichten mit der sozialen Lage, aber auch als Reaktion der Arbeiter auf die Fehlentwicklung der von ihnen durchgeführten Revolution. Wie einst die Sozialdemokratie im Kaiserreich, so wurde die KPD in der Republik dadurch nicht nur zum Sammelbecken der Unzufriedenen, sondern auch zu einer Organisation selbstbewußter und militanter Arbeiter, die mit Gewalt eine Besserung der Verhältnisse erzwingen wollten.

Die KPD war eine Partei des Radikalismus, der Ungeduld der Massen, die »durch Willen und Ungestüm und Gewalt glauben, in der Gegenwart für die Gegenwart alles erreichen zu können«[13]. Dieser Radikalismus wurde gesteigert durch die für viele unerträglichen sozialen Zustände einerseits und die Abwehrmaßnahmen der Republik andererseits. Diese Abwehr beschränkte sich fast nur auf Polizeiaktionen, wobei die einseitige Haltung der Justiz gegenüber dem Linksradikalismus offensichtlich war.[14]

Nicht nur Führung und Funktionäre, sondern auch Mitglieder und Anhänger der KPD gerieten in einen immer schärferen Gegensatz zum Staat von Weimar. So wurden große Teile der Arbeiterschaft der Republik entfremdet, denn die KPD war eine Partei der Industriearbeiterschaft (wenn auch oft genug der arbeitslosen Indu-

---

10 Golo Mann: Deutsche Geschichte des XX. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1958, S. 251 – Vgl. auch Grebing, a. a. O. (Anm. 6), S. 162 f. – Flechtheim, a. a. O. (Anm. 5), S. 132.

11 Flechtheim, a. a. O., S. 132 f.

12 Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 erhielt die SPD 11,5 Millionen Stimmen (37,9 %), die USPD 2,3 Millionen (7,6 %). Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 bekam die SPD nur noch 6 Millionen Stimmen (21,6 %), die USPD 5 Millionen (18 %) und die KPD 0,5 Millionen (2,1 %). Im Mai 1924 erhielt die SPD 6 Millionen (20,5 %), die KPD 3,6 Millionen (12,6 %) Stimmen.

13 Curt Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Jena 1923, S. 62.

14 Die bekannte Statistik der politischen Morde und ihrer Verfolgungen, die Gumbel in seinem Buch: »Vier Jahre politischer Mord« gab, ist dafür Beleg: Die Rechtsradikalen verübten zwischen 1919 und 1922 354 politische Morde, doch nur 24 Personen wurden wegen dieser Verbrechen verurteilt, die durchschnittliche Gefängnishaft für einen Mord betrug 4 Monate. Für die 22 Morde, die die Linksradikalen verübten, wurden 38 Personen zur Verantwortung gezogen, es gab 10 Todesurteile, die durchschnittliche Haftdauer lag bei 15 Jahren.

striearbeiter),[15] über dreiviertel ihrer Mitglieder und vermutlich auch ihrer Wähler waren Arbeiter.
Allerdings war die Zahl der Parteimitglieder in der Weimarer Republik relativ klein; sie schwankte zwischen 100 000 und höchstens 400 000. Auch die Auflage der kommunistischen Zeitungen erreichte nie mehr als 400 000 Exemplare. Die Zahl der kommunistischen Wähler blieb immer unter 6 Millionen. Bei 32 Millionen Erwerbstätigen, darunter 11,5 Millionen Industriearbeitern, konnte die KPD also immer nur eine Minderheit der deutschen Arbeiterschaft für sich gewinnen. Hinzu kam, daß in der KPD eine außerordentlich starke Fluktuation der Mitgliedschaft herrschte, die vor allem 1930–1932 über 50 % betrug. Doch das Gewicht einer radikalen Partei mit aktiven, ja oft fanatischen Anhängern wiegt schwerer als das eines demokratischen Wahlvereins mit inaktiven, nominellen oder nur zahlenden Mitgliedern. Einfluß und Gewicht der KPD waren größer, als solche Zahlen besagen. Außerdem war die Bedeutung der KPD in den verschiedenen Teilen Deutschlands recht unterschiedlich. Im Ruhrgebiet oder in Berlin gelang es der KPD zeitweise, die Mehrheit der Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, in Mitteldeutschland (Halle-Merseburg) war die KPD von 1920 bis 1933 ununterbrochen die führende Arbeiterpartei.[16]
Die Partei war zu Zeiten stark genug, die Regierungen bis in die Grundfesten zu erschüttern, und sie war in den letzten Jahren der Republik der Wählerzahl nach die drittgrößte Partei.[17] Die Kommunisten kämpften aber nicht nur gegen den Staat und die Gesellschaft, die aktiven Anhänger der KPD fühlten sich außerhalb der Gesellschaft stehend. Doch weder die KPD noch die herrschenden Kreise wollten diese gewichtige Minderheit des deutschen Volkes in die Weimarer Republik integrieren. Sehr bald sahen die Kommunisten nicht mehr Deutschland, sondern Sowjet-Rußland als ihr »wahres Vaterland« an. So erklärte eine kommunistische Zeitung im Dezember 1924: »Kommunisten haben nur ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland.«[18] Eine solche Tendenz mußte sich nicht nur auf die Stellung der Partei in der Nation auswirken, sie wurde auch in der innerparteilichen Struktur der KPD spürbar.

---

15 Im September 1924 waren in Berlin von 17 637 KPD-Mitgliedern 3408 arbeitslos. 1932 waren nur noch 11 % der Mitglieder Betriebsarbeiter; im Ruhrgebiet waren bis zu 80 % der Mitglieder Arbeitslose. (Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation. o. J. [1925], S. 96. – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin [Ost] 1966, S. 271.)
Die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik war nach 1923 hoch, sie sank niemals unter 8 % der Beschäftigten ab und betrug z. B. 1924 11,4 %; 1926 17,9 %; 1928 9,7 %; 1930 22,7 % und 1932 44,4 % (Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1830 bis in die Gegenwart. Bd. 1, Berlin 1947, S. 322).
16 Über den regionalen Einfluß der KPD informieren die Tabellen auf S. 367 ff. Zur Zusammensetzung der Arbeiterschaft vgl. Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1927, S. 6–25 – Jahrbuch für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung 1925/26. Hamburg-Berlin 1926, S. 721, 731.
17 Einzelheiten bei Flechtheim a. a. O. (Anm. 3), S. 282.
18 »Sozialistische Republik« Köln, vom 10. Dezember 1924.

Die KPD und die Kommunistische Internationale

Der Gründungsparteitag der KPD nahm am 31. Dezember 1918 ein von Rosa Luxemburg verfaßtes Programm (das sogenannte »Spartakusprogramm«) an, in dem die internationalen Aufgaben der KPD so formuliert sind: »Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern«[19].

Tatsächlich entwickelte sich das Verhältnis der KPD zu den anderen linksradikalen Parteien, vor allem zur Kommunistischen Partei Rußlands, zunächst komplizierter, als man nach dieser allgemeinen Deklaration annehmen könnte. Das war nicht zuletzt auf die unterschiedliche Herkunft und Haltung von Spartakismus und Bolschewismus zurückzuführen. Die deutschen Linksradikalen unterschieden sich in wesentlichen Punkten ihrer Theorie und Praxis von den russischen Bolschewiki. Zusammen mit den anderen westeuropäischen linken Gruppen glaubten die deutschen Spartakisten (vor allem unter dem Einfluß der Theorien Rosa Luxemburgs), die Arbeiterklasse werde aus ihren Erfahrungen im niedergehenden Kapitalismus überall zu einer revolutionären Haltung gelangen. Die reformistischen Bürokraten waren nach spartakistischer Ansicht Haupthindernis; sie mißbrauchten ihre Macht, um die Arbeiter von der Revolution abzuhalten. Die entschiedenen sozialistischen Revolutionäre in Mittel- und Westeuropa traten daher für die extremste, gegen jede Bürokratie gerichtete Form der innerparteilichen Demokratie ein.[20]

Lenin und die Bolschewiki hatten hingegen die zentralistische Organisationsform in der besonderen russischen Wirklichkeit entwickelt. Gerade diese divergierenden Auffassungen von der Rolle und Struktur der Partei hatten vor dem Weltkrieg »Luxemburgismus« und »Leninismus« voneinander getrennt, ja sogar in einen gewissen Gegensatz gebracht, obwohl beide auf dem äußersten linken Flügel der internationalen Sozialdemokratie standen.

Der Ausbruch des ersten Weltkrieges veränderte die Situation. Mit der Zustimmung der Sozialisten zur »Vaterlandsverteidigung« und zum »Burgfrieden« brach die II. Internationale auseinander.[21] Die Front der Kriegsgegner bildeten neben Pazifisten große Teile der früheren Linken, darunter außer den Bolschewiki auch die deutschen Linksradikalen unter Führung Rosa Luxemburgs. Der Gegensatz in den grundlegenden Auffassungen Luxemburgs und Lenins schwächte sich dadurch

---

19 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. u. eingeleitet von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969, S. 293 ff.

20 Richard Löwenthal: Rußland und die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus; in: Deutsch-russische Beziehungen von Bismarck bis zur Gegenwart. Hrsg. W. Markert. Stuttgart 1964, S. 98.

21 Vgl. dazu Julius Braunthal: Geschichte der Internationale. Bd. 2, Hannover 1963, S. 17 ff. – Wolfgang Abendroth: Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Frankfurt/M. 1965, S. 84 f. – Arthur Rosenberg: Geschichte des Bolschewismus. Berlin 1933, S. 75 f. – Zur Kriegskreditbewilligung vgl. Susanne Miller: Zum 3. August; »Archiv für Sozialgeschichte«, Bd. IV, 1964, S. 515 ff.

ab, allerdings war er nicht überwunden. Das wurde gerade bei der Vorbereitung und Gründung einer neuen Internationale offenbar. Lenin forderte seit November 1914 immer wieder dazu auf, eine neue Internationale zu konstituieren. Auch die Reichskonferenz des Spartakusbundes vom Januar 1916 schrieb in ihren Leitsätzen, es sei eine »Lebensnotwendigkeit für den Sozialismus, eine neue Arbeiter-Internationale zu schaffen«[22]. Auf den Konferenzen von Zimmerwald (September 1915) und Kienthal (April 1916) schlossen sich die deutschen Linken jedoch der Leninschen Forderung nach sofortiger Neugründung einer Internationale nicht an.
Nach der russischen Februarrevolution verstärkte sich Lenins Drängen nach einer III. Internationale.[23] Nach der Machtübernahme der Bolschewiki forcierte Lenin diese Bestrebungen. Ende 1918 verschickte die bolschewistische Führung Einladungen zu einer Vorbesprechung mit dem Ziel der Schaffung einer revolutionären Internationale. Die einzige Kommunistische Partei mit nennenswertem politischem Gewicht außerhalb Rußlands war damals die KPD.[24] Aber gerade von ihrer Seite gab es Widerstände gegen die sofortige Gründung einer III. Internationale. Rosa Luxemburg bejahte grundsätzlich eine neue Internationale, die in scharfem Gegensatz zur reformistischen II. Internationale stehen sollte, hielt aber die Zeit noch nicht reif für die Gründung. Als deren Voraussetzung sah sie das Bestehen einiger revolutionärer Massenparteien in Westeuropa an. Rosa Luxemburg verlangte von Hugo Eberlein, der die KPD auf der Moskauer Konferenz vertreten sollte, daß er den Bolschewiki auseinandersetze, der Spartakusbund sei im Prinzip mit einer Kommunistischen Internationale einverstanden, der Termin der Gründung aber müsse verschoben werden.[25]
Rosa Luxemburg befürchtete als erste, daß eine Internationale, in der nur die russischen Bolschewiki eine machtvolle Partei waren, bald in volle Abhängigkeit von Lenin und seinen Genossen geraten müsse.[26] Wenige Tage nach der entscheidenden Aussprache über die Haltung der KPD zu den Moskauer Vorschlägen wurde Rosa Luxemburg ermordet. In einer der ersten Sitzungen nach der Ermordung schloß sich die deutsche Parteiführung den Auffassungen Rosa Luxemburgs an und entsandte Hugo Eberlein als Vertreter der KPD nach Moskau.[27]

---

22 *Dokumente*, S. 32.

23 In seinen »April-Thesen« forderte Lenin 1917 die »Schaffung einer revolutionären Internationale« und wenige Tage später schrieb er: »Nicht ›warten‹, sondern sofort eine dritte Internationale gründen, das ist die Aufgabe unserer Partei.« (Lenin, Ausgewählte Schriften, Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber, München 1963, S. 634, 668.)

24 Bis Anfang 1919 bestanden offizielle Kommunistische Parteien außerhalb Rußlands und Deutschlands nur in Finnland, Österreich, Ungarn und Polen; außerdem gab es linkssozialistische Parteien, die sich später in Kommunistische Partei umbenannten in Schweden, Argentinien und Griechenland. Vgl. dazu: Hermann Weber: Die Kommunistische Internationale. Hannover 1966, S. 359 ff.

25 Hugo Eberlein: Spartakus und die Dritte Internationale. »Internationale Pressekorrespondenz« (im folgenden abgekürzt: »Inprekorr«), Berlin, vom 29. Februar 1924, S. 306 ff., auszugsweise abgedruckt in: *Dokumente*, S. 198 ff.

26 Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3) S. 107 – Löwenthal, a. a.O. (Anm. 20), S. 100 ff. – Mündl. Mitt. von Rose Wolfstein, Max Köhler und Rosa Meyer-Leviné an den Verf.

27 Eberlein, a. a. O. (Anm. 25). In der Literatur wird vielfach geschrieben (z. B. Werner Angress: Stillborn Revolution, Princeton N. Y. 1963, S. 49), außer Eberlein sei zweiter Delegierter ge-

Während der Verhandlungen, die vom 2. bis 6. März 1919 dauerten, war Eberlein der einzige, der eine sofortige Gründung der III. Internationale ablehnte. Lenin entschied zunächst, daß man von einer alsbaldigen Gründung absehen müsse, wenn die deutsche Partei ihre Zustimmung versage, er beugte sich aber dem Beschluß der Delegierten, sofort die Internationale zu gründen. Eberlein, der innerlich schon für die neue Internationale gewonnen war, aber an den strikten Auftrag seiner Parteileitung gebunden blieb, enthielt sich der Stimme.[28]

Doch nach der Gründung schloß sich die KPD als erste Partei der Kommunistischen Internationale an.[29] Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die beiden Hauptgegner einer überstürzten Neubildung der Internationale waren tot, ermordet, ihre Nachfolger in der deutschen Parteiführung sahen in der III. Internationale einen Zusammenschluß gleichberechtigter Parteien.[30] Fast alle Kommunisten glaubten damals an einen Sieg ihrer Revolution binnen Jahresfrist,[31] und schon darum lag ihnen die Idee einer Vormachtstellung Sowjetrußlands denkbar fern; sie alle erwarteten ja mit Lenin eine Verlagerung des Revolutionszentrums nach Mittel- und Westeuropa. Schon im Gründungsbeschluß der III. Internationale war festgelegt worden, »daß der Sitz der Exekutive und des Büros nach Berlin gehöre«, die Zentrale sollte nur bis zum Sieg der deutschen Räterepublik in Moskau bleiben.[32]

In dem von Trotzki verfaßten Manifest der Kommunistischen Internationale, in den von Lenin ausgearbeiteten Leitsätzen über bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur sowie in Bucharins Richtlinien zum I. Kongreß wurden die deutschen Probleme ausführlich behandelt und der KPD damit eine wichtige Rolle zuerkannt: sie stand anfangs gleichwertig neben der russischen Partei. Gerade die selbständige Haltung der KPD bei der Komintern-Gründung zeigt, daß die III. Internationale im Jahre 1919 noch keineswegs eine straffe, einheitliche Weltorganisation

---

wesen: Eugen *Leviné* (1883–1919, Dr. phil., 1905 aktiv in der russischen Revolution, Sozialrevolutionär, vor und während des Weltkrieges in Deutschland tätig, Mitbegründer der KPD, Führer der zweiten [kommunistischen] Räterepublik in München, zum Tode verurteilt und von Regierungstruppen erschossen). Leviné sollte aber nicht als Delegierter der KPD, sondern als Vertreter der russischen Nachrichtenagentur ROSTA (für die er 1917/18 in Berlin arbeitete) zum Gründungskongreß fahren, er erreichte aber Moskau nicht. (Mündl. Mitt. von Rosa Meyer-Leviné an den Verf.)

28 Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2.–19. 3. 1919. Hamburg 1921, S. 131 ff.

29 Eberlein, a. a. O. (Anm. 25) – Flechtheim a. a. O. (Anm. 3.) S. 141.

30 Über das Verhältnis von KPD und Komintern, vgl. die Dokumentation: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale; Hrsg. von Hermann Weber. »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«, München 16. Jg. April 1968, Heft 2, S. 177 ff. (im folgenden zitiert als: *Dokumentation KPD-KI*.)

31 Selbst der nüchtern und real denkende Lenin prophezeite am 12. Juli 1919 den Sieg der Weltrevolution binnen Jahresfrist: »Deshalb sagen wir ... mit Zuversicht, daß wir die Schwierigkeiten überwinden werden, daß dieser Juli der letzte schwere Juli ist, daß wir den nächsten Juli mit dem Sieg der internationalen Sowjetrepublik begrüßen werden – und dieser Sieg wird vollständig und unantastbar sein.« (W. I. Lenin: Werke. Bd. 29, Berlin [Ost] 1961, S. 484.) Erst recht ließen sich Führer wie Sinowjew zu drastischen Äußerungen hinreißen. Vgl. dazu Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 142 f. – Günther Nollau: Die Internationale, Köln 1959, S. 50.

32 Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum II. Weltkongreß. Hamburg 1919, S. 70 f.; abgedruckt bei Weber, a. a. O. (Anm. 24), S. 29 f.

war. Diese Einheitlichkeit zu schaffen, war das Ziel der Komintern-Führung in den folgenden Jahren.
Verstärkt wurde diese Absicht durch den Zulauf, den die Komintern Ende 1919 und 1920 in Mittel- und Westeuropa fand. Die ersten Ergebnisse der Revolution nach dem Krieg enttäuschten breite Massen, der Zug nach links war allgemein, und der chiliastische Enthusiasmus der Kommunistischen Internationale hatte große Anziehungskraft. Viele sozialistische Parteien waren damals bereit, sich der III. Internationale anzuschließen: In der italienischen und französischen Sozialistischen Partei und in der USPD gab es lange Debatten über den Eintritt in die Komintern, die norwegische Arbeiterpartei trat geschlossen der neuen Internationale bei. Lenin wollte verhindern, daß auf diese Weise auch nichtkommunistische Gruppen in die Komintern gelangten und arbeitete die »21 Bedingungen« aus, welche die Kommunisten verpflichteten, nicht nur gegen die rechten Sozialdemokraten, sondern auch gegen die »Zentristen« genannten linken Sozialisten zu kämpfen. Die strengen »21 Bedingungen« wurden vom II. Weltkongreß der Komintern im Juni 1920 angenommen.[33] Es kam zur Spaltung der USPD, der französischen und italienischen Sozialisten, da nur die linken Flügel dieser Parteien die Forderungen annahmen. Die »21 Bedingungen« schrieben vor, in jedem Land dürfe nur *eine* Kommunistische Partei existieren. Daher schlossen sich im Dezember 1920 in Deutschland KPD und linke USPD zusammen, und damit wurde die KPD zur Massenpartei.
Die »21 Bedingungen« schufen aber vor allem die Voraussetzungen für einen straffen Zentralismus der Komintern. Dieser Zentralismus sollte die III. Internationale als »kommunistische Weltpartei« mit nationalen Sektionen von dem lockeren Bündnis unabhängiger Parteien, das die II. Internationale darstellte, unterscheiden. Die meisten Linksradikalen hielten eine straff disziplinierte internationale Organisation für notwendig, um die Fehler der II. Internationale zu vermeiden. Sie glaubten, daß die Sozialistische Internationale gerade wegen der Selbständigkeit ihrer Mitgliederparteien und deren Nationalismus bei Kriegsbeginn auseinandergebrochen war. Zum anderen war man auch überzeugt, daß gerade die »unter den Bedingungen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Internationale« einer straffen Zentralgewalt bedürfe, ja, man erklärte, daß jede Kommunistische Partei eine »fast militärische Disziplin« benötige.[34]
Anfangs konnte die starke Zentrale der Komintern noch nicht alle Sektionen dem Willen Moskaus unterwerfen. Eine Reihe stärkerer Parteien war in die Komintern eingetreten; die KPD war durch den Zusammenschluß mit der USPD eine Massen-

---

33 Auf dem I. Kongreß waren nur 35 Delegierte und 17 Gäste aus 29 Ländern anwesend (die meisten kamen aber nicht aus ihrer Heimat, sondern lebten in Rußland!), auf dem II. Kongreß zählte man 218 Delegierte aus 37 Ländern. Zu den 21 Bedingungen vgl. neuerdings auch Helmut König: Lenin und der italienische Sozialismus 1915–1921. Köln-Graz 1967.

34 In der offiziellen Fassung der »21 Bedingungen« ist in der 12. Bedingung nur von »eiserner Disziplin« die Rede (Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll. Hamburg 1922, S. 387 ff; abgedruckt bei Weber, a. a. O. [Anm. 24], S. 55 ff.). In einer späteren Auslegung aber wurde von der »eisernen, fast militärischen Disziplin« gesprochen, so bei Ossip *Pjatnizki* (1882–1939, Altbolschewik, bis zu seiner Verhaftung 1937 Organisationsleiter der Komintern und deren »graue Eminenz«, Opfer der Stalinschen Säuberung). Vgl. O. Pjatnizki: Die einundzwanzig Aufnahmebedingungen der Komintern. Moskau-Leningrad 1934, S. 27.

partei geworden, damit erhöhte sich das Gewicht der nichtrussischen Parteien in der Komintern-Führung. Obwohl das Exekutivkomitee der Komintern (EKKI) nach den Beschlüssen des II. Weltkongresses fünf Vertreter der Sowjetunion und nur je einen Vertreter aus zehn weiteren Ländern umfaßte, war die Komintern noch kein Instrument der KP Rußlands. Noch Ende 1922 wurden Auseinandersetzungen zwischen dem Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und dem deutschen Partei-Vorsitzenden Ernst Meyer in der Sprache von Partnern geführt.[35]

Und doch vollzog sich seit 1921 ein Wandel in den Beziehungen der Komintern zu den einzelnen Parteien und besonders zur Sowjetunion. Auch wenn die KP Rußlands in der Exekutive keine Mehrheit hatte, war Rußland doch das Land, auf dessen technische und finanzielle Hilfe die Komintern angewiesen war, und vor allem war es das Land, das als Vorbild galt und auf dessen Autorität die Internationale aufgebaut wurde, »so daß die faktische Vorherrschaft der Bolschewiki in der Komintern trotz der formellen Majorität der Nichtrussen gesichert war«[36].

Für die indirekte Macht der KP Rußlands in der Komintern war auch die überragende Persönlichkeit Lenins von großer Bedeutung. Das zeigte sich auf dem III. Weltkongreß 1921. Die deutsche Delegation stand fast geschlossen auf dem Boden der von Lenin abgelehnten »Offensiv-Theorie«, und es schien, als ob eine Reihe wichtiger Kominternparteien ihre Ansicht teilte. Doch es gelang Lenin, die deutsche Delegation, die »zuerst daran gedacht (hatte), Lenin für ihre Ansichten zu gewinnen«, umzustimmen, zum Schluß stellte sie »sich einmütig auf den Boden der Leninschen Taktik«[37].

Wenn auch zunächst nicht offensichtlich, und wahrscheinlich den führenden Kräften nicht einmal bewußt, änderte sich das Verhältnis der KPD (wie das der anderen Mitgliederparteien) zur KP Rußlands und zur Komintern: Anstelle von gleichberechtigten Sektionen gab es bald führende und mitlaufende und zuletzt eine bestimmende Partei und ausführende Organisationen.[38] Wenn die Komintern-Par-

---

35 Die Dokumente sind abgedruckt in der *Dokumentation KPD-KI*, S. 185 ff. Der holländische Vertreter Wijnkoop erklärte in der Diskussion des II. Weltkongresses allerdings, daß nicht ein internationales Exekutivkomitee, sondern ein erweitertes russisches gebildet werde. Tatsächlich nahm auch schon zu dieser Zeit die russische Partei unmittelbaren (also nicht nur durch ihre Delegierten ausgeübten) Einfluß auf die internen Angelegenheiten des EKKI. (vgl. Nollau, a.a.O. [Anm. 31], S. 50). Doch waren solche Methoden keineswegs die Regel.

36 Löwenthal, a. a. O. (Anm. 20), S. 105.

37 Arnold Reisberg: Lenin und die Aktionseinheit in Deutschland. Berlin (Ost) 1964, S. 87, 91.

38 Löwenthal bezeichnet bereits die erste Etappe dieser Entwicklung (zwischen Sommer 1920 und Frühjahr 1921) als »Bolschewisierung« (a. a. O. Anm. 20, S. 97, 106). In unserem Zusammenhang wird der Begriff nach der offiziellen Terminologie für die Zeit nach 1924 gebraucht. Voll zuzustimmen ist Löwenthal, wenn er schreibt: »Die erste entscheidende Etappe der Bolschewisierung der KPD hatte schon Ende 1921 zum Ausschluß all der verantwortlichen Funktionäre geführt, die an den Traditionen Rosa Luxemburgs festhielten. Doch das war bei weitem nicht das Ende des Prozesses. Die Führer, die jetzt an die Spitze kamen, waren Männer, die der bolschewistischen Lehre und der Moskauer Führung mit einer gewissen naiven Gläubigkeit vertrauten – auch der Fähigkeit dieser Führung, die eigenen Fehler zu korrigieren. Sie waren aber noch nicht Agenten, die zynisch zu jedem Lakaiendienst bereit waren; das zeigte sich in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahre.« (a. a. O. S. 110 f.)
Auch Siegfried Bahne betont: »In den ersten Jahren ihres Bestehens dachte aber noch niemand daran, daß dieser internationale Bund der revolutionären proletarischen Parteien einmal zur Hilfsorganisation eines Staates gemacht und schließlich aus außenpolitischen Opportunitätsgrün-

teien ihren Einfluß trotzdem vergrößern konnten,[39] so spielten die sozialen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern dabei eine größere Rolle als die Politik der Komintern selbst.[40]
Am deutlichsten zeigte sich der Wandel der Komintern im Verhältnis Sowjetrußlands zur Weltrevolution. In den Jahren von 1917 bis 1919 waren die kommunistischen Führer Rußlands vom Gedanken beseelt, möglichst viel für die Förderung der Weltrevolution zu tun; nicht wenige von ihnen waren bereit, im Interesse dieser Revolution auch den Sowjetstaat zu opfern. Die Bolschewiki deuteten ihre Revolution nach Lenins Worten als »Prolog der Weltrevolution«[41].
Je mehr sich Sowjetrußland stabilisierte, um so mehr mußten die bolschewistischen Führer die russischen Staatsinteressen berücksichtigen. Seit etwa 1920 datiert eine zweite Phase, in der die Interessenvertretung Sowjetrußlands gleichgewichtig neben dem weltrevolutionären Ziel stand. Damit wurden Konflikte zwischen dem sowjetrussischen Staatsinteresse und dem weltrevolutionären Kominterninteresse möglich. In den folgenden Jahren ist die oft widersprüchliche Linie sowohl der Komintern als auch der Sowjetrepublik nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sich das Verhältnis Sowjetrußlands zum internationalen Kommunismus geändert hatte.
Sowjetrußland galt allen Kommunisten als Bastion der Weltrevolution. Während Lenin jedoch 1920 erklärte, die Interessen eines einzelnen Landes müßten den »Interessen des proletarischen Kampfes im Weltmaßstabe untergeordnet werden«, und es sei nötig, »daß die Nation, die den Sieg über die Bourgeoisie erringt, fähig und bereit ist, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitals zu bringen«[42], verlangte Bucharin auf dem IV. Weltkongreß der Komintern 1922, die Proletarier aller Länder müßten den sowjetischen Staat verteidigen. Ja, er führte sogar aus, daß Sowjetrußland ein »militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie (sic!) schließen könne, um mittels dieses bourgeoisen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern. Bei dieser Form der Landesverteidigung, des mili-

---

den aufgelöst werden würde, sondern umgekehrt galt dieser Staat als Basis und Hilfsinstrument der Internationale.« (Der Trotzkismus in Deutschland 1931–1933. Phil. Diss. Heidelberg 1958, S. 49.)

39 Die Komintern zählte 1923 in 41 Parteien 1 163 000 Mitglieder, davon waren 748 000 in den Parteien außerhalb Rußlands organisiert. 1926 sank sie auf 29 Parteien mit 1 219 000 Mitgliedern (339 000 außerhalb der Sowjetunion) ab. 1928 gab es wieder 40 Parteien mit 1 680 000 Mitgliedern (443 000 außerhalb der Sowjetunion), 1935 schließlich in 61 Parteien 3 141 000 Mitglieder, davon 785 000 in den nichtrussischen Parteien. (Vgl. Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 1068 ff. – Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24, Hamburg o. J., S. 66 f. – Dass. 1925/26, Hamburg-Berlin 1926, S. 57 – »Probleme des Friedens und des Sozialismus«, 7. Jg. 1964, Nr. 8, S. 717 – Julius Braunthal: Geschichte der Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 340 – Vgl. auch: Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien. Moskau 1935, S. 36.

40 Es ist nicht zu übersehen, daß die unkritische Begeisterung und treue Anhänglichkeit vieler Kommunisten für die Sowjetunion auch eine Trotzreaktion gegen die antibolschewistische Hetze war, die sie »kritiklos allen Maßregeln der Bolschewiki« zustimmen ließ. (Flechtheim, a. a. O., Anm. 3, S. 108.)

41 Lenin, a. a. O. (Anm. 23), S. 627.

42 W. I. Lenin: Werke. Band 31, Berlin (Ost) 1959, S. 137.

tärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen«[43].

Als sich abzeichnete, daß der Sowjetstaat erstarkte und gleichzeitig die revolutionäre Welle in Westeuropa abebbte, setzte sich um die Mitte der zwanziger Jahre eine dritte Phase der Beziehungen zwischen Sowjetstaat und Komintern durch: Die KPdSU und damit die Sowjetunion Stalins bestimmte nunmehr den Kurs der Komintern und ordnete die Kommunistischen Parteien in aller Welt ihren Interessen (oft sogar nur ihren vermeintlichen Interessen) unter.

Die Eigenständigkeit der einzelnen Parteien wurde aufgehoben; unter der offiziellen Losung der »Bolschewisierung« zeigte schon der V. Weltkongreß 1924 die Tendenz zur völligen Abhängigkeit der Komintern-Parteien von der KPdSU. Doch handelte es sich bei dieser Entwicklung nicht um einen einmaligen Akt, sondern um eine schrittweise Transformation. Je stärker sich die revolutionäre Sowjetmacht zu einer Apparatherrschaft wandelte, desto mehr wurden auch die verschiedenen Kommunistischen Parteien an das russische Staatsinteresse gebunden. Die Auseinandersetzungen zwischen Stalin, Trotzki, Sinowjew, Bucharin und ihren Gruppen wurden auch in der Komintern ausgefochten. Im weiteren geriet die Komintern in den Sog des Wandels der Sowjetgesellschaft zum Stalinismus.

Das politische und gesellschaftliche System des Stalinismus entstand, als sich in den zwanziger Jahren die Funktionärsherrschaft in Rußland immer mehr bürokratisch festigte. Das Ziel der Oktoberrevolution, eine neue, gerechte soziale Ordnung ohne Klassen und Privilegien aufzubauen, wurde nicht erreicht, wohl nicht zuletzt, weil die Revolution isoliert blieb und Rußland wirtschaftlich und kulturell zurückgeblieben war. Die Bürokratie errichtete eine diktatorische Herrschaft, unter der sich in den folgenden Jahrzehnten die Entwicklung in der Sowjetunion vollzog. Der Stalinismus ging zwar aus dem Leninismus hervor, aber er war die Negierung vieler Prinzipien des Leninismus. Auch wenn Wurzeln der Entartung des revolutionären Sowjetregimes zu einem Polizeistaat bereits in der Lenin-Ära zu suchen sind, entwickelte sich unter Stalin doch eine durchaus eigenständige, neue gesellschaftliche Ordnung.

Der so entstandene Stalinismus war gekennzeichnet durch die Herrschaft des Apparats, der Bürokratie.[44] Die Führung und der Apparat (d. h. die hauptamtlichen

43 Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale. Petrograd-Moskau 5. 11. bis 5. 12. 1922. Hamburg 1923, S. 420 f.

44 Es gibt keine völlig befriedigende Definition des Stalinismus, des »Mittelalter des Kommunismus« (G. Zwerenz). Neuerdings hat Werner Hofmann den Stalinismus definiert als »eine exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenpolitik einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus«. (Werner Hofmann: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts. Frankfurt-Main 1967, S. 13.) Ursprünglich gebrauchte nur die kommunistische Opposition (vor allem Trotzki) den Begriff, um Kommunismus, Bolschewismus und Leninismus von der Entwicklung unter Stalin abzugrenzen. In der westlichen Literatur hat Otto Hoetzsch den Begriff in den dreißiger Jahren eingeführt. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurde »Stalinismus« immer gebräuchlicher, nur so konnten die neuen Formen des Kommunismus von der Stalin-Ära unterschieden werden. Ansätze zu Definitionen finden sich u. a. in: Leo Trotzki, Verratene Revolution. Zürich o. J. (1957), S. 87 ff. – L. Trotzki, Kommunismus oder Stalinismus. O. O. 1947, S. 9 ff. – Isaac Deutscher, Die unvollendete Revolution 1917. Frankfurt/M. 1967, S. 51 ff. – Ossip K. Flechtheim, Bolschewismus 1917–1967. Wien 1967,

Angestellten in Partei, Verwaltung, Wirtschaft, Massenorganisationen und Kommunikationsmitteln, das Offizierskorps der Armee und die Geheimpolizei) herrschten als politische und materiell privilegierte Oberschicht über Arbeiter, Bauern und Intelligenz. Die politische Form des Stalinismus war die kommunistische Einparteienherrschaft; bei völliger Ausschaltung der innerparteilichen Demokratie lag die gesamte gesellschaftliche und politische Macht in den Händen einer kleinen Zahl von Parteiführern, an deren Spitze Stalin stand. Die Volksvertretungen (Sowjets) wurden nicht von der Bevölkerung, sondern von der Parteiführung bestimmt, sie übten lediglich Scheinfunktionen aus. Die Partei beherrschte die Staatsverwaltung, die Justiz, die Massenorganisationen, die straff zentralistisch aufgebaut waren, sie verfügte über das Monopol der Meinungsbildung.
Weitere Kennzeichen des Stalinismus waren das Fehlen jeder politischen Freiheit und Diskussion in Gesellschaft, Staat und Partei, Beherrschung des öffentlichen Lebens und terroristische »Säuberungen« durch die politische Geheimpolizei, Militarisierung und Reglementierung aller Lebensbereiche, Ausschaltung der Grundrechte der Bürger, chauvinistische russische Unterdrückung anderer Nationalitäten, und eine dogmatische Ideologie, welche die Herrschaft der Bürokratie verschleiern und absichern sollte und im Personenkult um Stalin gipfelte. Die sozialen Merkmale des Stalinismus waren große soziale Differenzierung der Gesellschaft, Beherrschung der starr-zentralistisch geplanten, verstaatlichten bzw. kollektivierten Wirtschaft durch den Apparat, materielle Privilegierung der bürokratischen Oberschicht, Fehlen jeder ernsthaften Mitbestimmung der Arbeiter und Bauern in Politik, Wirtschaft und Betrieb, völlige Unterordnung der Gewerkschaften unter den Staat, Festsetzung von Löhnen und Normen durch den Staat und die Ein-Mann-Herrschaft im Betrieb wie in der gesamten Wirtschaft.
Parallel mit der bürokratischen Veränderung des Sowjetstaates vergrößerte sich die Abhängigkeit der Komintern-Sektionen von der Moskauer Führung. Alle diese Faktoren bedingten sich gegenseitig und beschleunigten einen Prozeß, an dessen Ende die Komintern-Parteien zu außenpolitischen Hilfstruppen der Sowjetunion degradiert waren. Die innerparteiliche Stalinisierung war ein Teil der Auseinandersetzung um diese neue Funktion der KPD.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen 1918 bis 1922

In der Kommunistischen Partei Deutschlands gab es von Anfang an verschiedene Richtungen, die nicht selten fraktionell organisiert waren. Das entsprach der Tradition der deutschen Vorkriegs-Sozialdemokratie, die ebenfalls verschiedene politi-

---

S. 116 ff. – R. V. Daniels, Das Gewissen der Revolution, Köln 1962, S. 469 ff. – Merle Fainsod, Wie Rußland regiert wird. Köln 1965, S. 174 ff. – Jakob Moneta, Aufstieg und Niedergang des Stalinismus. Köln 1953, S. 70 ff. – Wolfgang Leonhard, Kreml ohne Stalin. Köln 1959, S. 17 ff. – Vgl. auch H. Weber – L.Pertinax, Schein und Wirklichkeit in der DDR. Stuttgart 1958, S. 14 ff.

sche Tendenzen umfaßte. Aus einer dieser Richtungen hatte sich auch der deutsche Kommunismus entwickelt.
Den von Eduard Bernstein geführten Revisionisten standen im Lager der geistig von Kautsky beeinflußten Mehrheit der alten Sozialdemokratie auch die Linken um Rosa Luxemburg gegenüber. Bei den Auseinandersetzungen um die russische Revolution von 1905 (vor allem bei der Diskussion um den Massenstreik) lösten sich zwischen 1908 und 1910 die linksradikalen Kreise der Partei vom marxistischen Zentrum. Der Bruch Rosa Luxemburgs mit der »Leipziger Volkszeitung« nach dem Jenaer Parteitag 1913[45] leitete auch die organisatorische Trennung der Linksradikalen vom marxistischen Zentrum ein. Neben Revisionisten und marxistischem Zentrum bildeten die Linken um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Julian Marchlewski-Karski eine dritte ideologische Strömung der Vorkriegs-Sozialdemokratie.[46]
Die organisatorische Selbständigkeit des deutschen Kommunismus setzte jedoch die Spaltung der Sozialdemokratie voraus, die erst während des Krieges erfolgte.[47] Doch auch während des Krieges blieb Rosa Luxemburg bei ihrer Auffassung von der Rolle der Organisation: nicht kleine »reine« revolutionäre Parteien sind nötig, um die Revolution zu führen; vielmehr bringen die revolutionären Kämpfe den Massen neue Erkenntnisse, wobei auch neue Organisationsformen gefunden werden.[48]
So lehnte die Spartakusgruppe unter Rosa Luxemburgs Führung es ab, aus der kleinen Zahl linker Kriegsgegner eine eigene Partei zu formieren. Im Jahre 1917 drängte Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis heraus die Spartakusgruppe, sich der USPD anzuschließen. Ihrem engen Freund, Leo Jogiches, der damals die Spartakusgruppe organisatorisch leitete, gelang es, die Gruppe dazu zu bewegen. Die von Lenin inspirierte Vorstellung, die Linken müßten eine eigene Partei gründen, vertraten allerdings nicht nur die »Bremer Linksradikalen«, sondern auch einige Anhänger der Spartakusgruppe. Heckert und andere sträubten sich anfangs gegen den Eintritt in die USPD, beugten sich dann aber doch der Auffassung Luxemburgs und Jogiches'.[49]
Hier werden zwei Tendenzen innerhalb des damals entstehenden deutschen Kom-

---

45 Nähere Einzelheiten vgl.: Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 19), S. 10 f. – Vgl. auch Ernst Meyer: Zur Loslösung der Linksradikalen vom ›Zentrum‹. »Die Internationale«, Berlin. Heft 5, 1. März 1927, S. 153 ff. – Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln-Berlin 1967, S. 447 ff.

46 Thalheimer berief sich auf diese Tatsache, als er später schrieb, die Kommunistische Partei in Deutschland sei entstanden aus dem Klassenkampf und dem System heraus, und im Gegensatz zu allen anderen Kommunistischen Parteien »nicht durch unmittelbaren Anstoß der russischen Revolution«. (August Thalheimer: Um was geht es?, Berlin 1929, S. 23 ff.)

47 In Stuttgart gab es allerdings auch schon vor dem Krieg eine organisatorische Spaltung der SPD. Vgl. dazu: Paul Frölich in: «Die Neue Zeitung«, München, vom 1. Januar 1927.

48 Schon 1906 hatte Rosa Luxemburg geschrieben: »Die steife, mechanisch-bürokratische Auffassung will den Kampf nur als Produkt der Organisation auf einer gewissen Höhe ihrer Stärke gelten lassen. Die lebendige dialektische Entwicklung läßt umgekehrt die Organisation als Produkt des Kampfes entstehen.« (Rosa Luxemburg: Politische Schriften. Hrsg. und eingeleitet von Ossip K. Flechtheim. Frankfurt/Main 1966, Bd. I, S. 194.)

49 Die Meinung, auch Liebknecht hätte sich gegen den Eintritt gewandt, wenn er damals nicht im Zuchthaus inhaftiert gewesen wäre, ist nicht von der Hand zu weisen. (Vgl. Rudolf Lindau: Einige Bemerkungen zur Herausbildung der KPD; in: Die Gründung der KPD. Protokoll der

munismus deutlich. Während die eine Gruppe – Lenin nahestehend – eine revolutionäre Kaderpartei gründen will, wohl auch glaubt, daß eine solche Vorhut die Revolution auslösen kann und führen muß, vertrauen Rosa Luxemburg und ihre Anhänger auf die Massenbewegung, der sie eine richtige Orientierung verschaffen wollen; ihr Streben ist es daher, die der USPD anhängenden Arbeitermassen zu überzeugen.

Diese Meinung vertrat Rosa Luxemburg bei Gründung der USPD im Jahre 1917 und behielt sie auch nach dem Ausbruch der Revolution 1918 bei. Der sofort nach der Revolution an die Öffentlichkeit tretende Spartakusbund[50] sollte ihrer Ansicht nach in der USPD bleiben, um dort den Klärungsprozeß weiterzutreiben.[51] Als die Parteileitung der USPD die Forderung des Spartakusbundes, einen Parteitag einzuberufen, im Dezember 1918 nicht erfüllte, gab Rosa Luxemburg dem Drängen Liebknechts und anderer nach Gründung einer eigenen Partei nach. Leo Jogiches blieb seiner alten Meinung treu: Er war einer der drei Delegierten, die auf der Vorkonferenz am 29. Dezember 1918 gegen die Gründung einer selbständigen Partei auftraten.[52]

Innerhalb der Zentrale wollte eine Gruppe den Namen »Kommunistische Partei« annehmen. Diese Gruppe stand dem Leninismus bereits recht nahe und wollte schon mit dem Parteinamen die Bindung an den Bolschewismus demonstrieren. Auch Liebknecht trat für diesen Namen ein, um die Organisation deutlich von SPD und USPD abzugrenzen.

Doch Rosa Luxemburg war für den Namen »Sozialistische Partei«. Sie wandte sich »heftig dagegen«, die Partei »Kommunistische Partei« zu nennen, und vertrat die Ansicht, die neue Partei habe die Aufgabe, »die Verbindung zwischen den Revolutionären des Ostens und den Sozialisten Westeuropas, die heute noch im reformistischen Fahrwasser schwimmen, herzustellen und den Prozeß der Loslösung der westeuropäischen Sozialisten vom Reformismus zu beschleunigen.« Der Name »Kommunistische Partei« würde diese Aufgabe erschweren. Während Luxemburg und Jogiches betonten, daß vor allem die Massen Westeuropas für die eigenen Ziele gewonnen werden sollten, meinte die Gegengruppe, die Trennung vom Reformismus müsse schon rein äußerlich, im Namen, zum Ausdruck kommen. Doch spielte bei einigen Befürwortern des Namens »Kommunistische Partei« schon die Vorstellung mit, es sei die »Hauptaufgabe« der deutschen Linken, die »engste Verbindung mit

---

wissenschaftlichen Tagung am 22./23. 1. 1959. Berlin [Ost] 1959, S. 75.) Vgl. auch: Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 19), S. 23 ff.

50 Vgl. Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 19), S. 29 f.

51 In den Erinnerungen Piecks heißt es darüber: »Immer stärker trat die Auffassung hervor, daß die Gründung einer eigenen Partei notwendig sei, um die Bewegung auch organisatorisch mehr zu festigen. Leo Jogiches und auch Rosa Luxemburg konnten sich aber mit diesem Gedanken wenig befreunden. Sie suchten vielmehr ihr altes Ziel zu erreichen, innerhalb der USPD die Arbeiter so stark zu beeinflussen, daß die Politik des Spartakusbundes in der USPD durchgesetzt würde und die Führung der Partei in die Hände von Spartakus käme.« (Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I. Berlin [Ost] 1959, S. 457.)

52 Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 19), S. 9. – Vgl. auch Rudolf Lindau: Zu Fragen der Räte und der Linken in der deutschen Arbeiterbewegung; in: Die Oktoberrevolution und Deutschland, Berlin (Ost) 1958, S. 137.

den russischen Revolutionären zu dokumentieren«. Bei der Abstimmung in der Zentrale blieb Rosa Luxemburg in der Minderheit. Für den Namen »Sozialistische Partei« gab es drei Stimmen (Rosa Luxemburg, Jogiches und vermutlich Thalheimer), für den Namen »Kommunistische Partei« wurden vier Stimmen abgegeben (Eberlein und vermutlich Liebknecht, Heckert und Meyer). Paul Levi enthielt sich der Stimme, mit der Begründung, ihm »sei es gleichgültig, wie die Partei sich nenne«. Am nächsten Tag stimmte der Parteitag dem Namen »Kommunistische Partei Deutschlands« zu.[53]

Diese Diskussion zeigte, daß Aufgabenstellung und Rolle der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse von den führenden Kräften bei prinzipieller Übereinstimmung der Zielsetzung unterschiedlich gedeutet wurde: nämlich »luxemburgistisch« und »leninistisch«. Die frühe Ermordung Rosa Luxemburgs und Leo Jogiches' verhinderte, daß diese Differenzen völlig ausdiskutiert wurden oder gar zu einem organisatorischen Bruch führten.

Dagegen hatte eine andere, ebenfalls schon auf dem Gründungsparteitag auftretende Meinungsverschiedenheit weitreichendere Folgen. Während in der Führung die Diskussion um die allgemeine Aufgabenstellung der KPD ging, über die Funktion der Partei und über die einzuschlagende Taktik jedoch Übereinstimmung herrschte, brach auf dem Parteitag selbst ein Streit über die nächsten taktischen Schritte der Partei aus, der die gegensätzliche Auffassung von der Funktion der Partei offenbarte.

Der Gründungsparteitag (er tagte vom 30. Dezember 1918 bis 1. Januar 1919 im Festsaal des Berliner Abgeordnetenhauses) beriet u. a. über die Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung. Paul Levi als Vertreter der Zentrale schlug vor, an den Wahlen teilzunehmen, was zu »stürmischen Unterbrechungen« führte. Die Mehrzahl meinte, das Bekenntnis zum Rätesystem bedeute einen radikalen Antiparlamentarismus. Hier brach ein Gegensatz zwischen »abstrakt-radikaler Mitgliedschaft«[54] und marxistischer Führung auf. Mit 62 gegen 23 Stimmen wurde – gegen den Willen der Zentrale – eine Wahlbeteiligung abgelehnt.[55]

Der utopische Radikalismus und die Selbstüberschätzung des linken Teiles der Kommunistischen Partei ist schon aus diesem Beschluß ersichtlich. In den folgenden Monaten, in denen ein ständiger Belagerungszustand herrschte und die neue Partei illegal wirken mußte, verschärften sich die internen Gegensätze; das zeigte sich deutlich auf der illegalen Reichskonferenz vom August 1919 in Frankfurt/Main. Der im Oktober 1919 illegal in Heidelberg und Mannheim tagende II. Parteitag sollte nach dem Willen der Parteizentrale unter Levi eine Revision der Haltung zu den Wahlen, zum Parlament und zu den Gewerkschaften bringen und die Ultralinken aus der Partei drängen.[56] Die Zentrale legte »Leitsätze über kommunistische Grund-

---

53 Eberlein a. a. O. (Anm. 25). Nach dem Willen einer Parteitagskommission sollte der Name »Revolutionäre Kommunistische Partei« sein. Vgl. Der Gründungsparteitag, a. a. O., S. 38 ff, 66 ff.
54 Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 3.
55 Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 19), S. 135.
56 Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 143 f. – Vgl. dazu: Bericht über den 2. Parteitag der KPD (Spartakusbund) vom 20.–24. 10. 1919, o. O. und o. J., S. 19 ff.

sätze und Taktik« vor, nach denen die KPD »auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten« dürfe – also auch nicht auf die Wahlbeteiligung –, das der Vorbereitung von Massenkämpfen diene. Schließlich wurde für den Parteiaufbau jeder Föderalismus abgelehnt und straffster Zentralismus gefordert.[57]
Mit einer scharfen Rede vertiefte Paul Levi die Gegensätze zwischen der Zentrale und der sogenannten Hamburger Richtung. Ihm entgegnete Wolffheim für die Opposition, die Zentrale unterstelle den Oppositionellen, sie seien Syndikalisten; das sei aber falsch.[58] Der Antrag von Laufenberg, den Absatz »Die KPD verwirft jeden Föderalismus« zu streichen, wurde nur knapp mit 26 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Bei der Gesamtabstimmung wurden die »Leitsätze« mit 31 gegen 18 Stimmen angenommen.
Die Opposition war sehr heterogen; sie wurde geführt von den späteren Nationalbolschewisten Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim aus Hamburg, den Linksradikalen Karl Schröder und Wendel aus Berlin und dem früheren Mitkämpfer Liebknechts im Reichstag, Otto Rühle aus Dresden. Die Oppositionellen erklärten ihr Ausscheiden aus der Partei. Ein beträchtlicher Teil der KPD-Mitglieder und Anhänger folgte ihnen und sagte sich nach dem II. Parteitag von der KPD los. Die von Levi angewandte Methode der Spaltung wurde »zentralistisch-bürokratisch-diktatorisch« genannt und gab ein böses Beispiel für die folgenden Auseinandersetzungen.[59] Der III. Parteitag der KPD im Februar 1920 erklärte die Bezirke Berlin, Nord, Nordwest, Niedersachsen und Dresden für ausgestoßen. Im April 1920 gründeten die Oppositionellen die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD). Sie stand der leninschen Parteitheorie ablehnend gegenüber und war führerfeindlich eingestellt. Bald gelang es der KAPD, in Schwerpunktgebieten der KPD (Berlin, Wasserkante, Ruhrgebiet) die Mehrheit der KPD-Mitglieder für sich zu gewinnen.[60] 1920/21 übte sie erhebliche Anziehungskraft auf die linksradikale Arbeiterschaft aus. Sie wurde auch (gegen den scharfen Widerstand der KPD) als »sympathisierende Partei« in die Kommunistische Internationale aufgenommen. Nach 1921 verlor die KAPD rasch an Bedeutung und spaltete sich in divergierende Gruppen auf.
Der abgespaltene ultralinke Flügel umfaßte verschiedene Tendenzen: Syndikalistische Gruppen wie die um Franz Pfemfert gehörten ebenso dazu wie die National-Bolschewisten um Laufenberg-Wolffheim. Die eigentliche KAPD wurde von jenen Ultralinken geführt, die von Grund auf antiautoritär eingestellt waren, die Rätedemokratie forderten und die »Führerpartei« ebenso ablehnten wie den Bolschewismus, die aber auch zum Utopismus neigten. Durch die Ausstoßung dieser Gruppe hatte die KPD ihr politisches Profil klarer herausgearbeitet und sich deutlich nach

---

57 Bericht über den 2. Parteitag ..., a. a. O. (Anm. 56), S. 60 ff., abgedruckt in *Dokumente*, S. 73 ff.
58 a. a. O. (Anm 56), S 30 f.
59 Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 146.
60 Bei ihrer Gründung zählte die KAPD 38 000 Mitglieder (Kommunistische Arbeiterzeitung, Berlin, Nr. 90 vom 4./5. April 1920). Über die KAPD sind mehrere Untersuchungen angekündigt; vgl. »Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« Hrsg. von H. Skrzypczak. Berlin (West) Heft 1–3 1965/66.

links abgegrenzt. Die Tendenzen der ausgeschlossenen Richtung wirkten aber noch jahrelang fort.
Nach der Abspaltung der ultralinken Gruppe bahnten sich in der KPD neue Auseinandersetzungen an. Schon auf dem II. Parteitag hatte eine »Mittelgruppe« um Willi Münzenberg und Georg Schumann die Haltung Levis und der Mehrheit der Zentrale kritisiert. Unter dem Einfluß Karl Radeks versuchten Heinrich Brandler, August Thalheimer und andere im Jahre 1920, Paul Levi, Clara Zetkin und andere »Rechte« in der Zentrale zu isolieren. Diskussionen um die Taktik spielten dabei eine große Rolle. Man erkannte, daß die Revolution sich nicht so schnell wie erwartet entwickelt hatte, daß man »darum zurückkehren [müsse] zur Kleinarbeit, die mühselig ist und keinen Ruhm einbringt«.[61]
Nach dem Kapp-Putsch[62] hatte sich die Mehrheit der Zentrale für eine »loyale Opposition« gegenüber einer rein sozialistischen Regierung ausgesprochen. Doch der Zentral-Ausschuß, später auch der IV. Parteitag, lehnte diese Haltung als opportunistisch ab.[63]
Durch die Vereinigung mit der linken USPD im Dezember 1920 traten die Auseinandersetzungen in der Führung für kurze Zeit zurück. Die Vereinigung[64] war der größte Aufschwung für die KPD. Zu ihren 78 000 Mitgliedern kamen nun fast 300 000 Arbeiter der linken USPD: Sie wurde zu einer Massenpartei. Doch gerade darum erlangten Fragen der Taktik ein größeres Gewicht. Wie sollte sich diese Massenpartei verhalten? Einen radikalen Kurs verfolgen, vielleicht gar Aufstandsversuche unternehmen oder eine gemäßigte Politik betreiben? Zunächst begann die

---

61 Fritz Heckert auf dem III. Parteitag der KPD. (Bericht über den 3. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 25. und 26. 2. 1920, o.O. und o.J., S. 31.)

62 Die KPD hatte zunächst den Generalstreik gegen Kapp abgelehnt. Am 13. März waren die meisten Mitglieder der Zentrale unterwegs, nur Pieck, Thalheimer, Friesland und der Ersatzmann Walcher befanden sich in Berlin. Die Zentrale-Mitglieder glaubten, die Arbeiter seien gegen den Generalstreik und verfaßten einen Aufruf. Nur Walcher hatte sich für den Generalstreik ausgesprochen. (Jakob Walcher: in: »Die Kommunistische Internationale«, 7. Jg. 1926, S. 392 f.)
Der KPD-Aufruf ist abgedruckt in *Dokumente*, S. 138 ff. Wie die USPD später mitteilte, hatte man die kommunistischen Führer zur USPD-Leitung eingeladen, um über Einheitsfront und Generalstreik zu beraten. Doch sie »lächelten darüber, den Generalstreik in Erwägung zu ziehen.« (Sind die Kommunisten berufene Arbeitsvertreter?, o. O. 1921, S. 22.)

63 Bericht über den 4. Parteitag der KPD (Spartakusbund) am 14. und 15. 4. 1920, o. O. und o. J., S. 28 ff. – Vgl. auch: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (Ost) 1966, Bd. 3, S. 278 f. – Tjaden, a. a. O., (Anm. 2), S. 9 ff. – Wilhelm Koenen: Zur Frage der Möglichkeit einer Arbeiterregierung nach dem Kapp-Putsch; »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«. Berlin (Ost) 4. Jg. 1962, S. 432 ff.

64 Auf dem V. Parteitag wurde von einem Leipziger Delegierten unter Beifall erklärt, der Vereinigungsparteitag sei zu früh angesetzt. (Bericht über den 5. Parteitag der KPD, Berlin 1.–3.11. 1920, Berlin 1921, S. 22.) Doch wurde die Verschmelzung allgemein begrüßt. Die KPD, die vor der Vereinigung Ende 1920 nur 78 000 Mitglieder zählte und über 7 Zeitungen mit einer Auflage von 77 000 Exemplaren verfügte, hatte Anfang 1921 360 000 Mitglieder (allein in Halle-Merseburg 66 000, Rheinland-Westfalen 53 000, Wasserkante 40 000, Berlin-Brandenburg 26 000) und 33 Tageszeitungen. (Bericht, a. a. O., S. 5 f.) – Herbert Girardet: Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933. Essen 1938, S. 23.
Allerdings hatte man die Mitgliedschaft Anfang 1921 auf 450 000 geschätzt, mußte das aber berichtigen (Bericht über die Verhandlungen des 2. [d. i. 7.] Parteitages der KPD, 22.–26. 8. 1921. Berlin 1922, S. 13, 17 f).

KPD eine Politik der Einheitsfront, deren erster Höhepunkt ein ›Offener Brief‹ der Zentrale der VKPD vom 7. Januar 1921 an alle Organisationen der Arbeiterschaft (SPD, USPD, KAPD, Gewerkschaften usw.) war. Die Zentrale rief dazu auf, die wirtschaftliche Not der Massen zu lindern und schlug ein Minimalprogramm vor.[65]

Im Februar 1921 schied der Parteiführer Paul Levi zusammen mit Clara Zetkin, Ernst Däumig, Adolph Hoffmann und Otto Braß infolge von Differenzen mit der Komintern aus der Zentrale aus.[66] Die neue Zentrale unter Vorsitz Heinrich Brandlers wollte beweisen, daß die Massenpartei die Furcht vor dem Putschismus, die in der KPD nach der Niederlage von 1919 festsaß, überwunden hatte.

Die KPD war in Mitteldeutschland, im Bezirk Halle-Merseburg, unverhältnismäßig stark.[67] Obwohl ein isolierter Aufstand erfolglos bleiben mußte, rief die KPD-Zentrale nach der Besetzung Mitteldeutschlands durch Polizeieinheiten des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Hörsing im März 1921 die Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen.[68] Diese »März-Aktion« wurde nach einigen Tagen blutiger Kämpfe niedergeschlagen und führte zu einer schweren Krise in der KPD. Paul Levi wandte sich mit seiner Kritik dieser Aktion an die Öffentlichkeit. Er bezichtigte die Kominternführung, durch ihre Emissäre – die »Turkestaner«, wie er sie nannte – den »größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte«[69] provoziert zu haben.

Levi wurde wegen seiner Kritik aus der KPD ausgeschlossen. Andere Führer, die aus der USPD gekommen waren, wie Ernst Däumig, Otto Braß, Kurt Geyer und Adolph Hoffmann, erklärten sich mit ihm solidarisch und verließen ebenfalls die Partei. Die Gegensätze verschärften sich, als in den folgenden Wochen und Monaten von der Parteiführung eine »Offensiv-Theorie« entwickelt wurde, die nicht nur die »März-Aktion« rechtfertigte, sondern für eine Massenpartei die Offensive zur Pflicht machte,[70] und nach den Worten Thalheimers die Einleitung »zum Generalvormarsch der Arbeiterklasse« sein sollte. Auf dem III. Weltkongreß der Komintern verteidigten Lenin und Trotzki Clara Zetkin und die Gegner der »Offensiv-Theorie«. Lenin erklärte später sogar, »daß Levi mit seiner Kritik an der März-

---

65 »Die Rote Fahne« (im folgenden abgekürzt: *RF*) vom 8. Januar 1921, abgedruckt in *Dokumente*, S. 168 ff. – Vgl. auch Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 13. – Reisberg, a. a. O. (Anm. 37), S. 76ff.

66 Vgl. dazu Wilhelm Pieck: Partei- und Führerkrisen in der KPD. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 11/1925, S. 1200 ff. – Vgl. auch Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 159 – Lenin: Aus den Schriften 1895–1923. Hrsg. von Hermann Weber. München 1967, S. 246 ff.

67 Bei den Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921 erhielten in diesem Wahlkreis die SPD 70 340, die rechte USPD 74 754, die weitaus stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei 151 137, die KPD aber 197 113 Stimmen. (Handbuch des preußischen Landtags 1921, Anhang.)

68 Am 18. März schrieb die *RF*: »Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt eine Waffe, wo er sie findet.« Am 23. März schrieb die *RF*: »Klar zum Gefecht. Übergang zum Gegenangriff auf der ganzen Linie.« – Zur Märzaktion vgl. vor allem Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 105 ff.

69 Paul Levi: Unser Weg. Berlin 1921. S. 21 ff; abgedruckt in: *Dokumente*, S. 275.

70 Die auf dem linken Flügel stehende Ruth Fischer ging noch weiter und schrieb: »Eine kommunistische Partei von 500 000 Mann, die nicht kämpft, muß ein Sumpf werden und war schon ein Sumpf geworden.« (»Die Internationale«, Heft 5/1921, S. 170.)

Aktion 1921 in vielem im Wesen der Sache nach recht hat« (natürlich nicht darin, daß diese März-Aktion ein ›Putsch‹ gewesen sei . . .).[71]
Die rechte Gruppe um Paul Levi gründete die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG), sie verlangte vor allem mehr Unabhängigkeit von der Komintern und eine realistischere Politik der KPD.[72]
Innerhalb der KPD gingen die Auseinandersetzungen das ganze Jahr 1921 weiter.[73] Der sozialdemokratische »Vorwärts« publizierte am 25. November 1921 Materialien aus dem Besitz des preußischen Staatskommissariats für öffentliche Ordnung, um die putschistische Haltung von Mitgliedern der KPD-Zentrale bei der März-Aktion zu beweisen. Hugo Eberlein war darin besonders schwer belastet. Der Generalsekretär der KPD, Ernst Reuter-Friesland, forderte die Absetzung Eberleins. Auch Ernst Meyer hielt es für angebracht, daß Eberlein einen Prozeß provozieren müsse.[74] Die Mehrheit der Zentrale lehnte das ab. Im Dezember 1921 wandten sich daraufhin 28 führende Funktionäre gegen die Linie der Partei, Friesland verlangte die Wiedervereinigung mit der KAG. Die Oppositionellen wurden im Februar 1922 vom Zentral-Ausschuß ausgeschlossen.[75] In den folgenden Monaten verließen die meisten Kritiker die KPD oder wurden ausgeschlossen.
Trotz des großen Aderlasses an Funktionären und Mitgliedern gewann die KPD 1922, als sie unter Führung Ernst Meyers wieder zur Einheitsfrontpolitik zurückfand, an Einfluß.[76] Doch zeigte sich jetzt in den wichtigen Industriebezirken Berlin und Wasserkante eine neue Opposition auf dem linken Flügel der Partei.

---

71 W. I. Lenin, Ausgewählte Werke. Band 10. Moskau 1937, S. 287 f.

72 Vgl. die Resolution der I. Reichskonferenz der KAG; in: Unser Weg. Berlin, Heft 15, vom Dezember 1921, abgedruckt in: *Dokumente*, S. 277 ff. s. auch Weber, a. a. O. (Anm. 7), S. 50 f. In der Sitzung der KPD-Zentrale vom 28. November 1921 wurde berichtet, »daß ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft die Forderungen, die die KAG an die Partei stellt, mitgeteilt hat. Sie verlangt eine Revision der Taktik der KPD, Kampf gegen Moskau und Aufnahme der KAG in die Partei.« (Protokoll der Zentralesitzung vom 28. 11. 1921, vormitt. Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné – Vgl. auch Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung, Hamburg 1922/23, S. 647 f. und Jahrbuch 1923/24, a. a. O. [Anm. 39], S. 599 f.)

73 Im Juli forderte die starke Ortsgruppe Hanau mit überwältigender Mehrheit die Wiederaufnahme Levis in die Partei (*RF* vom 24. Juli 1921). In Köln hatte sich Franz Dahlem, ZA-Mitglied und Redakteur der »Sozialistischen Republik«, hinter Levi gestellt und davor gewarnt, die Fehler der Märzaktion zu wiederholen. Er wurde als Redakteur versetzt, eine Kölner Delegiertenkonferenz protestierte dagegen, und die »Rechten« versuchten, die Redaktion der »Sozialistischen Republik« im Sturm zu nehmen (»Sozialistische Republik« vom 22. und 25. April 1921 – »Arbeiterpolitik«, Leipzig, vom 2. Juli 1931). Vgl. auch Pieck, a. a. O. (Anm. 66), S. 1200 f.

74 In der Sitzung der KPD-Zentrale vom 28. November 1921 sagte Meyer, »daß wir aus der unangenehmen Lage nur dann rauskommen können, wenn Gen. Eberlein den Prozeß provoziert; und das könne er nur tun, wenn er sowohl aus der Zentrale ausscheide, als auch sein Landtagsmandat niederlege . . .« (Protokoll der Zentralesitzung vom 28. 11. 1921, vorm. a. a. O. [Anm. 72].)

75 Friesland (Ernst *Reuter*, 1889–1953, bis 1921 Generalsekretär der KPD, später SPD, bis zu seinem Tode Regierender Bürgermeister von West-Berlin) hatte mit weiteren Funktionären erklärt: »Wir sehen in der KAG keine gegen den Kommunismus gerichtete Gruppe«. (*RF* vom 25. Dezember 1921; vgl. auch *RF* vom 29. Dezember 1921 und Frieslands Artikel: Parteitaktische Bemerkungen, in: *RF* 27. Dezember 1921 und »Die Internationale« Heft 18/19–1921, S. 642 ff. – Zur »Friesland-Krise« vgl. vor allem Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 159 ff. – Willy Brandt u. Richard Löwenthal: Ernst Reuter, München 1957, S. 155 ff.

76 Die Einheitsfrontpolitik entsprach auch der Komintern-Taktik. Im April 1922 trafen Vertreter der III. Internationalen (Sozialistische, Kommunistische und Wiener Linkssozialistische Interna-

Immerhin hatte sich die KPD bis 1922 eine gewisse ideologische Einheitlichkeit verschafft. Die ultralinken Kreise – anarcho-syndikalistische, nationalbolschewistische und radikal-westeuropäische Tendenzen – waren ebenso aus der Partei verdrängt wie die rechtskommunistischen Vorstellungen Paul Levis und die sozialdemokratischen Neigungen, die mit Teilen der USPD in die KPD gekommen waren. Zurückgeblieben waren die Kommunisten mit »leninistischer« oder »luxemburgistischer« Färbung, die den Idealen der Komintern ergeben waren. Trotzdem zeigte gerade das Jahr 1923, daß innerhalb dieser gereinigten Kommunistischen Partei noch recht gegensätzliche Strömungen existierten.

Die Situation der KPD 1923

Das Jahr 1923 erschütterte Deutschlands Wirtschaft und Politik. Am 11. Januar marschierten französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet ein. Die Reichsregierung rief zum passiven Widerstand auf. Im Mai kam es im Ruhrgebiet zu Streiks, die an den Rand des Aufstands führten. Im Juli brachen in ganz Deutschland Unruhen wegen der Teuerung aus; die Inflation nahm katastrophale Ausmaße an. Die Reallöhne sanken rapide, und die Arbeitslosigkeit stieg. Die Zahl der Kurzarbeiter vervierfachte sich von Januar bis Oktober 1923.[77]
Im August kam es in ganz Deutschland zu Streiks. Umsturzversuche der »Schwarzen Reichswehr«, Separatisten-Putsche und kommunistische Aufstandsversuche folgten einander. Die katastrophale Lage der Bevölkerung führte zur Radikalisierung, bis sich nach der Stabilisierung der Mark und dem Verbot der extremen Parteien die Verhältnisse zum Jahresende wieder beruhigten.
Das Jahr 1923 brachte unter solchen Umständen einen stetig wachsenden Einfluß der KPD,[78] der es vermutlich zeitweise gelang, die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen.[79] Die Frage, welche Taktik die Partei

---

tionale) in Berlin zusammen (*RF* vom 3. April 1922 und folgende – Reisberg, a. a. O. [Anm. 37], S. 135 ff). Besonders nach Rathenaus Tod verstärkte die KPD ihre Einheitsfront-Anstrengungen, doch kam es dabei auch zu innerparteilichen Differenzen, vgl. dazu: *Dokumentation KPD-KI*, a. a. O., S. 183 ff.

77 Der Lohnindex fiel ständig (1913/14 = 100): Januar 1923: gelernte Arbeiter 63, ungelernte Arbeiter 83; März 1923: 77 bzw. 102; Juni 1923: 65 bzw. 84; September 1923: 61 bzw. 78; Oktober 1923: 52 bzw. 64; November 1923: 53 bzw. 66; – aber Dezember 1923: 70 bzw. 85 Jahrbuch 1923/24, a. a. O. [Anm. 39], S. 92). Ende 1922 gab es 43000 Arbeitslose, Juli 1923: 186000, September 1923: 249000, Oktober 1923: 534000, November 1923: 955000 und Dezember 1923: 1,4 Millionen (a. a. O., S. 99).

78 Einzelheiten über die KPD-Politik 1923 sind zu finden in der materialreichen Dissertation von Otto Wenzel: Die KPD im Jahre 1923, Phil. Dissertation, Berlin (West) 1955, ebenso bei Tjaden, a. a. O. (Anm. 2) und bei Angress a. a. O. (Anm. 27), S. 281 ff.

79 Diese von Rosenberg, a. a. O. (Anm. 1), S. 406 f., von Franz Borkenau (The Communist International, London 1938, S. 247) und auch vorsichtig von Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 179 f. vertretene These scheint mir trotz der von Wenzel, a. a. O., S. 161, angemeldeten Zweifel richtig zu sein.
Bei den Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Strelitz erhielt die KPD im Juli 1923 immerhin 10 633 Stimmen gegen 11 707 der SPD! (1920 hatte die SPD 23 000 und die USPD 2000 Stimmen; (*RF* vom 10. Juli 1923). Dieser Trend bestand auch noch Anfang 1924: bei den Wahlen

unter solchen, für sie günstigen Bedingungen einzuschlagen habe, führte zu erheblichen Differenzen. Schon der VIII. Parteitag – vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 in Leipzig – zeigte die zugespitzte innerparteiliche Lage. Im Mittelpunkt des Parteitages standen besonders die Probleme der Einheitsfront, der Arbeiterregierung und das Verhältnis zur SPD.[80] Die Mehrheit der Bezirke und der Delegierten stand hinter der Brandler-Führung, während die linke Opposition von den wichtigen Parteibezirken Berlin und Wasserkante getragen wurde.

Zwei Auffassungen standen sich gegenüber. Während die Linken lediglich eine »Einheitsfront von unten« mit den SPD-Arbeitern zur »Entlarvung« der SPD-Führer für zulässig hielten, erklärte die Brandler-Führung eine echte Einheitsfront für unumgänglich, um die revolutionäre Situation ausnutzen zu können. Die Parteiführung glaubte, sie könne die Sozialdemokratie vom »linken Flügel der Bourgeoisie« ablösen und sie zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung machen.[81] Mit Hilfe der Einheitsfront wollte sie die Gewerkschaften und Genossenschaften erobern. Auch trat sie für eine Arbeiterregierung ein, die »weder die Diktatur des Proletariats« noch ein »friedlicher parlamentarischer Aufstieg zu ihr« sein sollte, sondern vorerst eine Regierung »der bürgerlichen Demokratie, gestützt auf proletarische Organe und proletarische Massenbewegungen«, um so Arbeiterpolitik zu betreiben.[82]

Der linken Opposition erschienen diese Gedanken als »rechte Abweichung« von den Prinzipien des Kommunismus. Während die Brandler-Führung »Realpolitik« machen und schrittweise die Macht erobern wollte, forderten die Linken eine Politik ohne Umwege und Kompromisse und den gewaltsamen Aufstand, der direkt zur Diktatur des Proletariats führt. Wenn sie überhaupt eine »Arbeiterregierung« akzeptierten, dann nur als »Synonym der Diktatur des Proletariats«; und um solche Begriffe entspann sich ein dogmatischer Streit.[83]

Die Linken glaubten, die KPD werde von Brandler immer weiter nach rechts ge-

---

zum Landesrat der Saar am 21. 1. 1924 erhielt die KPD 39 000 Stimmen gegen 46 000 der SPD (Juni 1922: KPD 14 000, SPD 29 000). Im Februar 1924 stimmten 149 000 Wähler in Thüringen für die KPD, 183 000 für die SPD; von 1921 bis Februar 1924 stieg die KPD in Mecklenburg-Schwerin von 15 000 auf 44 000 Stimmen, die SPD ging von 137 000 auf 74 000 Stimmen zurück. (Bericht an den 9. Parteitag der KPD, Berlin 1924, S. 45). Im November 1923 erhielt die KPD in Bremen 27 000, die SPD 45 000 Stimmen. Auch die Wahlen in den Freien Gewerkschaften zeigten diese Tendenz. Bei einer Abstimmung im Berliner Metallarbeiterverband (Juli 1923) erhielten die Kommunisten 54 000, die Sozialdemokraten 22 000 Stimmen (Rosenberg, a. a. O. [Anm. 1], S. 407). Zum Textilarbeiter-Verbandstag 1923 errang die kommunistische Opposition ein Drittel der Mandate usw. (Flechtheim, a. a. O. [Anm. 3], S. 180 f.) – Vgl. auch Jahrbuch 1923/24, a. a. O. [Anm. 39], S. 604 ff.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß noch bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 die KPD in den Wahlkreisen Ostpreußen, Berlin, Potsdam I und II, Koblenz-Trier, Niederbayern und Württemberg fast so stark war wie die SPD und in den Wahlkreisen Merseburg, Westfalen-Nord, Oppeln, Köln-Aachen und Düsseldorf Ost und West erheblich mehr Stimmen erhielt.

80 Vgl. Bericht über den III. (8.) Parteitag der KPD, 28. 1.–1. 2. 1923. Berlin 1923, S. 187 ff. – Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 26 f. – Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 173 f. – Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 31 ff.

81 Flechtheim, a. a. O. (Anm. 3), S. 174 – Vgl. auch Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 28 ff.

82 Bericht III. (8.) Parteitag (Anm. 80), S. 420; abgedruckt in: *Dokumente*, S. 172 f. – Vgl. auch *RF* vom 8. Februar 1923.

83 Bericht, a. a. O., S. 267 ff, 289, 373.

trieben; es bestehe die Gefahr eines Aufgehens in der SPD. Ruth Fischer, die Führerin der Berliner Parteiorganisation, warf der Gesamtpartei – besonders der Führung – vor, in den letzten 17 Monaten eine Tendenz »der Passivität, des Opportunismus und des Revisionismus« geduldet zu haben.[84] Scharf trat ihr der Parteitagsvorsitzende, Albert Stolzenburg, entgegen.[85] Er erklärte das Verhalten der Linken für ein »Verhängnis«, da sie das Vertrauen der Mitglieder in die Führung untergrüben.[86] Seine vom Parteitag mit stürmischem Beifall begrüßten Worte unterstützte der Komintern-Vertreter in Deutschland, Kleine- Guralski.[87]
Clara Zetkin schließlich erklärte, sie vermöge im Vorhandensein unterschiedlicher Tendenzen »kein vernichtendes Unglück« zu erblicken: »Die Kritik von rechts wird manche Torheit links verhüten und umgekehrt. Kritik ist für die Partei Lebensnotwendigkeit. Erst aus dem Zusammenprall der Meinungen entspringt der Funke Wahrheit. Wir müssen in der Partei Meinungsfreiheit, Diskussionsfreiheit für die Tendenzen haben ... Aber, Genossen, die Kommunistische Partei darf nicht dulden, daß Tendenzen links oder rechts sich in Fraktionen kristallisieren. Das würde die Zersetzung der Partei bedeuten ...«[88]
Tatsächlich bestanden solche Fraktionen bereits. Doch während am 2. Verhandlungstage noch mit relativer Sachlichkeit diskutiert wurde, kam es am 3. Tage wegen einer Verfahrensfrage fast zum Bruch. Ruth Fischer hatte vom Vorsitzenden des Parteitages, Stolzenburg, das Wort zu einer persönlichen Erklärung erhalten. Sie wollte aber im Namen der Berliner Bezirksleitung eine sachliche Richtigstellung abgeben. Daraufhin versuchte Stolzenburg, ihr das Wort zu entziehen, worauf Maslow den Geschäftsordnungs-Antrag stellte, Stolzenburg seines Amtes zu entheben. Unter stürmischem Tumult nahm die Mehrheit den Antrag Schumanns an, zur Tagesordnung überzugehen. Pieck versuchte die Wogen zu glätten, indem er die Auseinandersetzungen auf Mißverständnisse zurückführte, an denen er sich mitschuldig bekannte.[89] Dieser Sturm offenbarte die zum Zerreißen gespannte Atmo-

84 Bericht, a. a. O., S. 240.
85 Albert *Stolzenburg*, geb. 20. 9. 1884, Techniker. 1902 SPD, 1919 Mitbegründer der KPD in Mannheim, 1923 Vorsitzender der KPD Rheinland-Westfalen-Nord (Ruhr). Trat 1924 aus der KPD aus, nach dem Sturz Ruth Fischers Rückkehr in die Partei. 1968 Parteiveteran der SED; veröffentlichte einen Beitrag über 1918/19 in dem Erinnerungsband: Vorwärts und nicht vergessen, Berlin (Ost) 1958.
86 Bericht, a. a. O. (Anm. 80), S. 247.
87 Kleine-Guralski sagte allerdings: »Leider haben wir keine ernste Rechte und keine ernste Linke. Unsere Rechte ist ein Typhus-Bazillus, und unsere Linke ist eine leichte Erkältung mit wechselnder Temperatur in einem gesunden Körper. Alle Ärzte werden bestätigen, daß ein Typhus-Bazillus mit einer leichten Erkältung gefährlich werden kann ...« (Bericht, a. a. O., S. 247.)
88 Bericht, a. a. O., S. 272. In der Praxis gab es aber solche Fraktionen schon einige Zeit. Am 12. Oktober 1922 hatte Heinrich Brandler an Ernst Meyer geschrieben: »Ruth Fischer und Maslow benützen das Programm, um einen Richtungsstreit vom Zaune zu brechen. Weil es ihnen an Gründen zur Opposition fehlt, ziehen sie gewaltsam welche an den Haaren herbei. Leider hat sich Heinrich [Süßkind? H. W.] auf eine Art und Weise einfangen lassen, die gefährlich werden kann. Auf dem Parteiausschuß [Sitzung des ZA vom 15./16. 10. 1922, H. W.] wird die Frage zur Sprache kommen und ich bin für Auskämpfen, da Rheinland-Westf.-Süd beantragt hat, Ruth von ihren Parteifunktionen zu suspendieren. Mit nächster Post schicke ich Dir das Material über die Fraktionsschweinereien der Berliner. Mit bestem Gruß, Heiner Brandler.« (Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné.)
89 »Pieck (Zentrale): ... Die Schuld trage ich hieran insofern, als ich dem Genossen Stolzenburg

sphäre. Auch wenn Maslow Brandler nach dessen Referat bescheinigte, daß er »dankenswerter Weise ... durch eine gewisse Sachlichkeit« absteche, blieben die Gegensätze unüberbrückbar. Die Delegierten[90] beider Richtungen standen sich feindselig gegenüber.

Auf zwei geschlossenen Nachtsitzungen (die im offiziellen Protokoll nicht abgedruckt sind) versuchte Radek als Komintern-Vertreter die Gegensätze zu schlichten. Einige Linke sollten in die Zentrale aufgenommen werden. Er erreichte jedoch nur, daß drei weniger prominente Linke auf die Liste der Mehrheit gesetzt wurden.[91] Durch einen Schachzug Brandlers, der den Linken entgegenkommen wollte, wurde auf der geschlossenen Sitzung festgelegt, daß Ernst Meyer nicht mehr in die Zentrale kommen sollte.[92]

Die Brandler-Führung konnte ihre Liste bei der Wahl durchbringen,[93] und mit einer Zweidrittel-Mehrheit (118 gegen 59 Stimmen) bestätigte der Parteitag auch

---

gesagt habe, daß die Genossin Ruth Fischer das Wort zur persönlichen Bemerkung wünsche. Er hat infolgedessen in diesem Sinne eingegriffen, als sie sachliche Ausführungen gemacht hat. Es ist deshalb nicht angebracht, den Genossen Stolzenburg von seinem Amte abzuberufen, sonst müßten sie beide Vorsitzenden abberufen, denn ich habe die gleiche Schuld ...« (Bericht, a. a. O. [Anm. 80], S. 299 f.)

90 Von den 219 Delegierten des Parteitages waren später im Führungskorps 1924–1929 noch 78 tätig. Sie sind im Führungskorps, Band 2 erfaßt.

91 Ruth Fischer schrieb später (Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt/M. o. J., S. 279), es seien »vier Delegierte der linken Opposition« aufgestellt worden (auf der offiziellen Liste), diese hätten eine »an Einmütigkeit grenzende Stimmenzahl« erhalten, da die Opposition für sie mitgestimmt habe, »die höchste für einen Mehrheitskandidaten abgegebene Stimmenzahl war 166 (von den insgesamt 219 Delegierten), nämlich für Brandler, den neuen Parteiführer, die niedrigste 112 für Ulbricht«. Tatsächlich waren nur drei Linke auf der Liste (Ewert, Pfeiffer und Lindau), die höchste Stimmenzahl erhielten Lindau (195) und Pfeiffer (192), dann folgten Clara Zetkin (174), Eberlein (173), Frölich (169), Hoernle (168) und dann erst Brandler (166). Die geringste Stimmenzahl von den Gewählten erhielten Karl Becker (107) und Ulbricht (112). (Vgl. Bericht, a. a. O [Anm. 80], S. 382. – *RF* vom 2. Februar 1923. – StA Bremen, IIA 12a Bd. 8.)

92 Meyer, der von 1921 bis Herbst 1922 die Führung der Partei innehatte, wurde nun als »zu rechts« stehend angegriffen. Er erklärte dazu in der Geheimsitzung: »Genossen, ich muß feststellen – und das ging auch aus den Worten des Gen. Brandler hervor –, daß in den 16 Monaten, in denen die alte Zentrale gearbeitet hat, keine wesentlichen politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Zentrale und mir als Mitglied und Vorsitzender des politischen Büros bestanden haben. Wenn jetzt von einzelnen Delegationen und Bezirken die Behauptung aufgestellt worden ist, daß die Politik, die ich vertreten habe in der Zeit seit Jena, ausgesprochen opportunistisch war, dann wäre es die Pflicht dieser Delegationen gewesen, bei dem politischen Bericht der Zentrale sich über diesen Punkt zu äußern (sehr richtig!) und da die Punkte zu nennen, in denen solche Verstöße stattgefunden haben. Ich muß feststellen, daß diese Kritik nicht geübt worden ist und ich sage: es ist unerhört in der Geschichte einer Partei – und erst recht in der Geschichte einer Komm. Partei, – daß große Delegationen starke Bedenken gegen ein Mitglied der Zentrale haben und diese Bedenken nicht da äußern, wo sie sie äußern müssen, nämlich in der Parteimitgliedschaft und in der Parteiöffentlichkeit. (Sehr richtig!)« (Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné.)

93 Für die Wahl der Zentrale gab es drei Listen. Die Bezirke Halle-Merseburg, Thüringen, Erzgebirge, Westsachsen, Ostsachsen, Württemberg, Rheinland-Süd, Niedersachsen, Baden und die Zentrale hatten 21 Vorschläge gemacht, darunter neben 18 Anhängern der Brandler-Führung (Becker, Böttcher, Brandler, Eberlein, Frölich, Heckert, Hoernle, Kleine-Guralski, W. Koenen, Pieck, Remmele, Schmidt, Schumann, Stoecker, Thalheimer, Ulbricht, Walcher und Zetkin) als Konzession an die Linken drei »schwankende« Linke: Ewert, Lindau, Pfeiffer. Die linken Bezirke Berlin, Wasserkante, Hessen-Frankfurt und Mittelrhein stellten vier Delegierte auf (Ruth Fischer, Geschke, Katz und König), der Bezirk Ostpreußen nominierte Ernst Meyer. Die Vertreter der

die Taktik der Führung. Eine Einheitlichkeit der Partei hatte man jedoch nicht erreicht, eher die Differenzen noch vertieft.
Nach dem Parteitag hatte die gesamte Mitgliedschaft Gelegenheit, zum Parteitag und zur Taktik der Partei Stellung zu nehmen, sie konnte die Haltung der Delegierten kritisieren oder billigen und sich bis hinunter zu den Ortsgruppen mit den Fragen der Parteipolitik auseinandersetzen.[94] Je dringlicher sich für die KPD die Frage stellte, wie sie die günstige politische Situation ausnutzen könnte, um so schärfer wurden die innerparteilichen Gegensätze. In Berlin konnten die Linken zunächst ihre Vormachtstellung ausbauen, sie gewannen in allen Berliner Bezirken[95] die überwältigende Mehrheit.[96]
Die innerparteiliche Krise erreichte im März 1923 einen neuen Höhepunkt. Auf dem Bezirksparteitag Rheinland-Nord (Ruhr), am 23. März in Essen, wurde Ruth Fischer gegen den Willen der Bezirksleitung (Stolzenburg, Graaf u. a.) als Korreferent zugelassen. Clara Zetkin als Referentin warnte vor der »Kontrolle der Gruben« unter dem Schutz französischer Bajonette, trotzdem brachte Ruth Fischer eine Resolution ein, die vorschlug: 1. Übernahme der Betriebe durch die Arbeiterschaft, unter Ausnutzung des deutsch-französischen Konflikts; 2. Belieferung der arbeitenden Bevölkerung mit Lebensmitteln und Kohlen durch die Organe der Arbeiterschaft; 3. Bildung und zentrale Zusammenfassung von ständigen Ortswehren aus den Proletarischen Hundertschaften.[97] Eine im Rhein-Ruhr-Gebiet errichtete Arbeiterrepublik sollte nach Ruth Fischers Vorstellung eine Armee nach Mitteldeutschland schicken, um dort die Macht zu ergreifen. Doch konnte sie keine klare Antwort darauf geben, ob sie diese Aktion mit Hilfe der Franzosen oder gegen

---

Zentrale wurden gewählt. (Bericht III. [8.] Parteitag, a. a. O. [Anm. 80], S. 382. – *RF* vom 2. Februar 1923 – StA Bremen IIA 12a Bd. 8 – Vgl. auch Anm. 91).

94 Wenzel (a. a. O. Anm. 78, S. 38) schreibt darüber: »Sympathisch mutet die Art an, wie sich die Partei mit dem Ergebnis des Leipziger Parteitags auseinandersetzte. In Mitglieder- und Funktionärskonferenzen, auf denen fast immer Vertreter beider Richtungen das Wort erhielten, wurde über das Verhalten der Delegierten abgestimmt und zu den Mehrheitsbeschlüssen Stellung genommen.« Allerdings fährt Wenzel fort (S. 39): »Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, möchte ich feststellen, daß diese demokratischen Freiheiten, die sich auch darin äußerten, daß die Parteipresse ihre Spalten der Opposition öffnete – es gab auch reine Oppositionsblätter – an einem bestimmten Punkt ihre Grenzen hatte(n). Sobald ein Mitglied auf den Gedanken kam, Auffassungen zu vertreten, die auf eine Auflösung der KPD und ihre Verschmelzung mit der SPD hinausliefen, war es um seine Mitgliedschaft geschehen.«
Dazu ist doch wohl zu sagen, daß es sich keine Partei erlauben kann, Mitglieder in ihren Reihen zu dulden, die auf eine Auflösung der Partei hinzielen oder für eine andere Partei arbeiten. Auch eine echte innerparteiliche Demokratie hat ihre Grenzen an den Statuten einer Partei. Das galt natürlich auch für die KPD, die gerade damals eine sehr weitgehende innerparteilich Demokratie praktizierte.

95 In der Stadt Berlin hießen die Parteigruppen der Stadtbezirke (Wedding, Mitte usw.) – wie der Gesamtbezirk Berlin-Brandenburg – »Bezirke«.

96 Nur in einem Stadtbezirk herrschte Stimmengleichheit. Schon auf dem Berliner Bezirksparteitag am 20. Januar hatten die 168 Delegierten fast einstimmig die Linken unterstützt. Auch die Haltung der anderen Bezirke änderte sich nach dem Parteitag nicht. Brandler verteidigte seine These, es gelte, die Sozialdemokratie vom linken Flügel der Bourgeoisie abzulösen und sie zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung zu machen. Er wandte sich gegen »polemische Ausführungen« der Linken und berief sich auf den IV. Weltkongreß der Komintern. (*RF* vom 22. Januar und vom 8. Februar 1923 – Wenzel, a. a. O. [Anm. 78], S. 139.)

97 Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 63 f. – Vgl. auch Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 307 ff.

deren Willen durchgeführt wissen wollte. Die Resolution wurde mit 68 zu 55 Stimmen abgelehnt. Die Gegensätze in der Partei waren jedoch durch diesen neuen Vorstoß der Linken nicht verringert worden.[98]
Vor allem erhitzte eine Bemerkung Ruth Fischers die Gemüter: »Es kommt der Tag, wo alle Genossen hinter uns stehen und die hinauswerfen, die auf dem Boden der Demokratie stehen und mit der Weimarer Verfassung liebäugeln.«[99] Daraufhin trennten sich am 10. April 1923 Arthur Ewert, Gerhart (Eisler), Hans Pfeiffer und Heinz Neumann von den Linken. In ihrer Erklärung bekundeten sie ihre scharfe Ablehnung der wesentlichen Thesen Ruth Fischers und Maslows.[100] Doch der Zentralvorstand des Bezirks Berlin-Brandenburg verwarf die Kritik der »Abtrünnigen« mit 24 zu 10 Stimmen und blieb an der Seite der Linken.
In dieser Lage lud die Komintern Anfang Mai die Vertreter der streitenden Richtungen der KPD nach Moskau ein.[101] Beide Seiten konnten zu einem Kompromiß bewogen werden und billigten grundsätzlich die Linie der Zentrale. Am 16. und 17. Mai bestätigte eine Zentral-Ausschuß-Tagung die Moskauer Abmachungen. Vier Vertreter der Linken (Ruth Fischer, Ottomar Geschke, Arthur König und Ernst Thälmann) wurden in die Zentrale aufgenommen, eine Resolution »Zur Liquidation der Parteidifferenzen« einstimmig angenommen.[102]
Doch hinter den Kulissen gingen die Fraktionskämpfe weiter. Auf der Berliner Bezirksausschuß-Sitzung am 21. Juni pflichtete Brandler dem Referat Ruth Fischers bei und stellte die These auf: »Wir müssen uns bereithalten.« Max Hesse, der als Leiter einer Berliner Delegation Sachsen bereist hatte, um die dortige Politik der rechten Kommunisten zu studieren (vor allem die Bewaffnung und die Proletarischen Hundertschaften), gab einen kritischen, doch relativ positiven Bericht. Um so schärfer verurteilte man in einer geschlossenen Sitzung der Berliner Linken Sachsen und die Rechten und sagte dem Opportunismus weiterhin »Kampf bis aufs Messer« an.[103]
Die EKKI-Tagung im Juni 1923 beschäftigte sich auch mit deutschen Problemen, doch nur mit dem Ruhrkampf und Faschismus, und dies ohne den Ausblick auf revolutionäre Auseinandersetzungen. Auf dieser EKKI-Tagung versuchte Radek die KPD im Zeichen des Ruhrkampfes[104] in ein nationalpolitisches Bündnis mit den

98 RF vom 29. März 1923 – »Vorwärts«, Berlin, vom 29. März 1923 – Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 308.
99 *RF* vom 29. März 1923 – Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 66.
100 In einem Artikel: Zur Lage und zu den Aufgaben der Partei; »Die Internationale«, Heft 8, 1923, S. 229 (Die Rote Fahne war vom 8. bis 21. April 1923 verboten) – Heinz Neumann forderte in einem Artikel die »Konzentration« in der Partei (a. a. O., S. 236).
101 Wenzel (a. a. O., Anm. 78, S. 70) schreibt darüber: »Eine Anfang Mai in Moskau stattfindende Konferenz zwischen Vertretern beider Richtungen und dem EKKI ist ein Schulbeispiel für die Art, wie in diesen Tagen Komintern-Politik betrieben wurde. Es gab keine Verurteilungen der einen und Sanktionierung der anderen Gruppe, keinen Befehlsempfang und keine Selbstbezichtigungen, sondern Verhandlungen, deren Ergebnisse den Stempel des Kompromisses trugen, das Bestreben, möglichst beide Teile zufriedenzustellen.«
102 *RF* vom 13., 17. und 19. Mai 1923 – »Vorwärts« vom 17. Mai 1923.
103 Mündl. Mitt. von Max Hesse an den Verf. – *RF* vom 27. Juni 1923.
104 Nach einem Bericht des Bayerischen Gesandten aus Berlin soll Radek schon im Januar 1923 (als

rechtsradikalen Gruppen zu drängen. Er dachte wohl, im Interesse der sowjetischen Außenpolitik zu handeln, wenn er durch eine Zusammenarbeit mit den deutschen Nationalisten zu einer Verschärfung des deutsch-französischen Gegensatzes beitrug. Die Auswirkungen der Rede Radeks waren: der sogenannte »Schlageter-Kurs«, einige Wochen (von Juli bis September 1923) der Diskussion, aber auch des Zusammenwirkens zwischen Rechtsradikalen und Kommunisten.[105]

Der innerparteiliche Disput wurde vorübergehend zurückgestellt. Im August erklärte eine Sitzung des Zentral-Ausschusses »die Partei ist einheitlich und geschlossen«.[106] Tatsächlich aber meinten alle Gruppen, das Juni-Plenum des EKKI hätte die eigene Haltung bestätigt.[107]

Auf der erweiterten Sitzung des EKKI im Juni war vom Aufstand in Deutschland noch nicht die Rede gewesen. Erst nach der Tagung änderte sich die Haltung der Komintern. Am 23. August glaubte auch das Politbüro der russischen KP, die Zeit sei jetzt reif für den Aufstand. Das russische Politbüro beriet zusammen mit Kuusinen, Hoernle und Walcher, wie der Aufstand vorbereitet werden solle.[108] Auf einer Zusammenkunft in Moskau von Ende August bis Ende September 1923 wurde

---

er im sowjetischen Regierungsauftrag Besprechungen in Berlin führte) der deutschen Regierung angeboten haben, der KPD von einer Betätigung im Ruhrgebiet abzuraten, da das nur Frankreich nützen würde. Der Reichsminister des Innern hielt jedoch an einem Redeverbot für Radek fest, weil man vor Radeks Wirken in Deutschland größte Furcht hatte. (Geh. StA München 100413.)

105 Tjaden (a. a. O., Anm. 2, S. 28) meint, daß Radeks Rede über Schlageter »in Wahrheit mit keinem Wort die theoretischen Prinzipien des Marxismus verletzte«. Aber selbst wenn das stimmen würde, sind zumindest die Auswirkungen des Kurses alles andere als marxistisch. Nicht nur, daß man bereit war, »sogar mit Leuten, die Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet haben« zusammenzugehen (Remmele, am 12. August 1923 in Stuttgart), auch die Ausführungen verschiedener Parteiführer (vor allem Ruth Fischer am 25. Juli 1923 in Berlin) zeigen das deutlich. Die Artikel des Grafen Reventlow in der »Roten Fahne« und erst recht die Auslegung des »Schlageter-Kurses« durch die unteren Parteieinheiten ließen manchmal den sonst starken internationalistischen Geist der KPD vermissen. (*RF* vom 7. Juli, 2., 10. und 18. August sowie 2. September 1923 – »Permanente Revolution« vom September 1930 – »Vossische Zeitung«, Berlin, vom 13. August 1923 – »Kommunistische Arbeiterzeitung« Nr. 55, 59 und 61, 1923 – Die KPD im eigenen Spiegel, S. 74 – Radeks Rede ist abgedruckt in: *Dokumente*, S. 142 ff; – Vgl. auch Angress, a. a. O. [Anm. 27], S. 333 ff.)

106 *RF* vom 8. August 1923.

107 Auf der ZA-Tagung sagte Ernst Meyer, daß seine Auffassungen von der Exekutive für richtig erklärt wurden. Paul Schlecht sah in der EKKI-Tagung eine Linkswendung und meinte: »Das Anknüpfen an die demokratischen Illusionen war eine gefährliche Politik.« Der Referent Böttcher wiederum sagte, von einer Schwenkung der Komintern könne keine Rede sein, die Ausführungen von Meyer und Schlecht stünden im Widerspruch zur Erklärung des EKKI (*RF* vom 7. August 1923).

108 Walcher in Nr. 2 und 3/1929 der KPO-Zeitschrift »Gegen den Strom« – Vgl. auch Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 33 –Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 175 – Ruth Fischer, a. a. O. (Anm. 91), S. 372 ff. – August Thalheimer: 1923 – eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931, S. 20 ff.

Trotzki und Radek meinten damals, daß es bis zum Aufstand noch längere Zeit dauern werde. Stalin ging noch weiter. Am 7. August 1923 schrieb er: »Sollten denn die Kommunisten (im gegenwärtigen Stadium) die Eroberung der Macht ohne die Sozialdemokratie anstreben, sind sie dafür schon reif – darin liegt meiner Meinung nach die Frage ... Wenn jetzt in Deutschland die Macht sozusagen fällt und die Kommunisten nach ihr greifen, so werden sie mit Glanz durchfallen. Das im ›besten‹ Falle. Aber im schlechtesten wird man sie zu Scherben schlagen und zurückwerfen ... Nach meiner Meinung muß man die Deutschen zurückhalten und nicht ermutigen.« (Wer leitet heute die Komintern?; »Permanente Revolution«, September 1931) – Vgl. auch Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 428.

ein Aktionsplan für die politische und technische Vorbereitung der Revolution in Deutschland beschlossen.[109] Drei weitere Vertreter der Linken wurden in die Zentrale der KPD aufgenommen.

Inzwischen war die Partei ständig gewachsen[110], und ihre militärischen Vorbereitungen gediehen ebenfalls. Nachdem auf Wunsch Brandlers schon Ende 1922 ein Dutzend erfahrene russische Bürgerkriegs-Spezialisten nach Deutschland entsandt worden waren, trafen weitere 24 militärische Berater bei der KPD ein.[111] Der Eintritt von Kommunisten in die sozialdemokratischen Regierungen von Sachsen und Thüringen[112] sollte vor allem der Waffenbeschaffung für die »Proletarischen Hundertschaften« dienen.

Am 20. Oktober 1923 setzte die Reichsregierung die verfassungsmäßige sächsische Regierung ab und ordnete den Einmarsch von Reichswehrtruppen in Mitteldeutschland an. Während die »Rote Fahne« die Arbeiter aufrief, bereit zu sein, »zu jeder Stunde den sächsischen Brüdern zu Hilfe zu eilen«,[113] beschloß die Zentrale am Abend des 20. Oktober einstimmig, »daß auf Grund der Nachrichten über den Einmarsch der Reichswehr die Losung des Generalstreiks, der den bewaffneten Kampf einschloß, herausgegeben werden sollte«. Man entschied dann aber, daß man noch den Verlauf der Chemnitzer Betriebsrätekonferenz abwarten wolle, um die wirkliche Stimmung kennenzulernen.[114]

Auf der Chemnitzer Konferenz forderte Brandler den Generalstreik, fand jedoch keinen Widerhall, vor allem die linke SPD weigerte sich mitzumachen. Da Stimmung und Situation anders waren, als der Aktionsplan vorsah, beschloß die Rumpf-Zentrale einstimmig den Rückzug. Brandler schrieb später: »Die Verant-

109 Schriftl. Mitt. von Heinrich Brandler an den Verf. – Bericht über die Tätigkeit des EKKI vom IV. bis V. Weltkongreß. Hamburg 1924, S. 18 f.

110 In Bremen hatte sich die Mitgliedschaft in den ersten neun Monaten des Jahres 1923 verdoppelt (StA Bremen IIA 12b, Bd. 4). Mittelrhein nahm im Juli/August 1200 neue Mitglieder auf (*RF* vom 11. August 1923).

111 Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 37.

112 Am 10. Oktober 1923 traten Paul Böttcher als Finanzminister, Fritz Heckert als Wirtschaftsminister und Heinrich Brandler als Staatssekretär in die sächsische Regierung ein. Am 16. Oktober 1923 wurde Karl Korsch Justizminister, Albin Tenner Wirtschaftsminister und Theodor Neubauer Staatssekretär in der Thüringischen Regierung. Dies geschah auf strikte Anweisung des EKKI, das den 9. November als Aufstandsdatum vorgesehen hatte.
Am 1. Oktober 1923 hatte das EKKI an die KPD geschrieben: »Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützen kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Lage glauben wir, bei gegebener Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die sächsische Regierung praktisch einstellen. Unter der Bedingung, daß die Zeigner-Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und Faschisten zu verteidigen, müssen wir in die Regierung eintreten, sofort die Bewaffnung von 50 000 bis 60 000 Arbeitern wirklich durchführen und den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.« (Sinowjew, Rede in der Sitzung der Exekutive der Komintern – Januar 1924; *Inprekorr* Nr. 37, vom 24. März 1924, S. 424.)
Die Thüringer Bezirksleitung der KPD stimmte dem Regierungseintritt mit 28 gegen 24 Stimmen zu. Brandler war gegen den Regierungseintritt, unterwarf sich aber der Parteidisziplin. (StA Bremen, IV, 30. Bd. 1.)

113 In einem Leitartikel der »Roten Fahne« (20. Oktober 1923) schrieb Heinrich Brandler, das deutsche Proletariat werde nicht dulden, »daß das sächsische Proletariat niedergeschlagen wird«.

114 Thalheimer, a. a. O. (Anm. 108), S. 26 f. – Mitt. von Heinrich Brandler an den Verf.

wortung für das ›Absagen‹ trifft mich allein. Ich unterbreitete diesen Vorschlag den in Chemnitz anwesenden ZK-Mitgliedern, die alle zustimmten.«[115]
Allein in Hamburg kam es zum Aufstand, der aber isoliert blieb und nach wenigen Tagen niedergeschlagen wurde.[116] Die KPD hatte eine schwere Niederlage erlitten. Anfangs glaubte die KPD-Führung jedoch noch, daß der Aufstand nur verschoben werden müsse. Am 3. November 1923 tagte der Zentral-Ausschuß. Mit 40 gegen 13 Stimmen der Linken wurden Leitsätze »Der Sieg des Faschismus über die Novemberrevolution« angenommen. Die Thesen entsprachen Vorschlägen Karl Radeks; die Vertreter der späteren Mittelgruppe hatten einige Änderungen durchgesetzt.[117] In den Thesen wurde die Macht des Generals von Seeckt als Faschismus bezeichnet und den »sozialdemokratischen Helfershelfern« der »Kampf auf Leben und Tod« angedroht. Ausdrücklich wurde betont, daß die Änderung der politischen Linie nicht vorgenommen wurde, »weil die bisherige politische Linie falsch war«, sondern weil der Sieg des Faschismus neue Fakten geschaffen habe.[118] Man erklärte, die Partei sei »dem Entscheidungskampf noch ausgewichen«, damit sei die Spekulation der Gegner, die KPD von den Massen loszulösen und zu schlagen, durchkreuzt worden; die Aussichten für den Kampf seien durch das Ausweichen aber nicht verschlechtert worden.[119]
Noch Anfang November 1923 schrieb auch der Komintern-Vorsitzende Sinowjew: »Einige Genossen sind der Ansicht, daß die Taktik der KPD in Sachsen ein Fehler war ... ist diese Diagnose richtig? Nein ...«[120] Doch Anfang Dezember nannte Sinowjew die Oktoberpolitik der KPD bereits eine »banale parlamentarische Kombination«. Die Ursache dieser Wendung war eng mit den Fraktionskämpfen im Politbüro der KP Rußlands verknüpft, wo seit Anfang 1923 Stalin, Sinowjew und Kamenew sich mit Trotzki auseinandersetzten. Die Verbindung des Trotzki-Anhängers Radek mit Brandler und die Furcht, eine deutsche Brandler-Führung werde sich Trotzki anschließen, macht Sinowjews Stellungswechsel verständlich.[121] Inner-

---

115 Brief Heinrich Brandlers vom 12. Januar 1959 an Isaac Deutscher; Kopie im Privat-Archiv Weber. – Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin (Ost) 1966, S. 429.

116 Die Gründe für die Auslösung des Aufstands in Hamburg sind noch immer umstritten. Vgl. dazu meine Einleitung in Flechtheim, Geschichte der KPD, a. a. O. (Anm. 3), S. 40 f. – Vgl. auch *RF* vom 12. Februar 1925 – Heinz Habedank: Zur Geschichte des Hamburger Aufstandes. Berlin (Ost) 1958, S. 822 ff. – Angress, a. a. O. (Anm. 27), S. 444 ff.

117 Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 36 – Flechtheim a. a. O. (Anm. 3), S. 193 f. – Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II. Berlin (Ost) 1966, S. 157, wo das Abstimmungsverhältnis mit 40 zu 15 angegeben ist.

118 Kritik an der These, der Faschismus habe gesiegt, wies die Parteiführung scharf zurück. H.[ermann] R.[emmele] behauptete: »Den Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik, die Herrschaft der faschistischen Generale leugnen, heißt die revolutionäre Epoche leugnen, in der sich das Proletariat befindet, in der Epoche der Konterrevolution.« (»Die Internationale«, Heft 19 vom 31. Dezember 1923, S. 554.)

119 »Bergische Arbeiterstimme«, Solingen, vom 4. Dezember 1923. Nach dem Verbot der KPD (23. November 1923) war die Parteipresse im Reich ebenfalls verboten, nur im besetzten Gebiet erschien sie weiterhin, allerdings wurden auch hier Ende 1923 die meisten Zeitungen (»Freiheit«, Düsseldorf; »Bergische Volksstimme«, Remscheid; »Sozialistische Republik«, Köln) mehrfach unterdrückt.

120 Tjaden, a. a. O. (Anm. 2), S. 37 – Vgl. auch Sinowjew: Die Lehren der deutschen Ereignisse; in: *Inprekorr*, Nr. 22 vom 18. Februar 1924, S. 239 – Wenzel, a. a. O. (Anm. 78), S. 264.

121 Brandler erklärte später, von den Fraktionskämpfen in Rußland habe er erst im Dezember 1923

halb der KPD verbreitete sich inzwischen die Meinung, daß die Parteiführung im Oktober versagt habe. In der illegalen Partei – sie war am 23. November 1923 verboten worden – verstummten die Diskussionen und die Kritik an der Brandler-Führung nicht.

Unter dem Druck der enttäuschten Mitglieder auf der einen und dem Druck der Komintern auf der anderen Seite zerfiel die bisherige Parteimehrheit. Auf der Sitzung der Zentrale vom 7. Dezember 1923 stimmten neben den Vertretern der Fischer-Maslow-Gruppe, die schon seit Oktober von einem Versagen der Parteiführung sprachen, 17 Mitglieder der alten Mehrheit gegen die Auffassung Brandlers und Thalheimers. Die alte Mehrheit der Zentrale zerfiel in die Gruppe der Rechten (Brandler, Thalheimer und Walcher) und eine Mittelgruppe (unter Führung von Koenen, Kleine, Hoernle, Remmele und Eberlein).[122]

Im Januar 1924 nahmen Vertreter aller drei Richtungen an einer Präsidiums-Sitzung des erweiterten EKKI in Moskau teil. Hier wurde die seit November eingeleitete Entwicklung fixiert. Die Ansichten der Rechten (Radek, Brandler, Thalheimer) wurden verworfen, ein Kompromiß zwischen den Linken und der Mittelgruppe gefunden und eine Wendung der bisherigen Einheitsfronttaktik beschlossen. Der Zentral-Ausschuß der KPD nahm am 19. Februar 1924 die Änderung der Linie an: mit wenigen Gegenstimmen wurde die Brandler-Gruppe scharf verurteilt und eine neue Zentrale aus fünf Vertretern der Mittelgruppe und zwei Vertretern der Linken gebildet.[123]

Der Streit um die »Schuldfrage« für die Oktoberniederlage ging jedoch weiter und bestimmte noch lange Zeit die Diskussionen in der KPD. Die innerparteiliche Situation 1924 wurde davon mitbestimmt.

---

erfahren: »Weder in Moskau [d. h. im September 1923. H. W.] noch während der Anwesenheit Radeks und Pjatakoffs in Deutschland erfuhren wir etwas von den russischen Fraktionskämpfen. Das ist unglaubwürdig, aber Tatsache. Erst im Dezember 1923 nach Sinowjews Brief, worin er mich des Verrats an der Revolution beschuldigte – was eine vollkommene Änderung Sinowjews zu seiner ersten Stellung war – erfuhren wir von diesen Kämpfen. Wir, ich und Thalheimer, antworteten, daß wir dazu Stellung nehmen würden, wenn wir uns mit dem Material vertraut gemacht hätten.« (Brandler, a. a. O. [Anm. 115], S. 2 – vgl. auch Tjaden, a. a. O. [Anm. 2], S. 38.)

122 Bericht, a.a.O. (Anm. 109), S. 20 – Tjaden, a.a.O., S. 39 f. – Wenzel, a.a.O. (Anm. 78), S. 265.

123 Die Entschließung der Tagung »Lehren der deutschen Ereignisse« ist abgedruckt in: *Inprekorr* vom 18. Februar 1924, S. 244 ff. Vorsitzender der KPD wurde Hermann Remmele, sein Stellvertreter Ernst Thälmann. (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin [Ost] 1966, S. 20); – Details der Entwicklung finden sich bei Tjaden, a. a. O., S. 41 ff.

2. Die Bolschewisierung der KPD 1924/25

Bis zum 1. März 1924 blieb die KPD verboten, trotzdem erschien der Parteiführung die These Sinowjews von Ende Oktober 1923: »Die KPD geht der Machtergreifung entgegen«[1] noch immer richtig. Nachdem die Inflation überwunden war, hatte sich zwar die deutsche Wirtschaft gefestigt, doch erst im April sank die Arbeitslosenzahl wieder unter die Millionengrenze. Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft war noch immer groß; in den ersten Monaten 1924 kam es vor allem in den westdeutschen Industriegebieten zu ausgedehnten Streiks.[2]

Es schien, als ob der Einfluß der KPD auf die Arbeiter noch keineswegs im Rückgang begriffen sei, Betriebsrätewahlen, aber auch allgemeine Wahlen Anfang 1924, enthüllten sogar einen verstärkten KPD-Einfluß.[3] Die Maiwahlen 1924 zeigten eindeutig die Stärke der KPD, sie konnte besonders im westdeutschen Industriegebiet die SPD überrunden.[4]

Aber die Stärke nach außen konnte nicht verdecken, daß durch die Illegalität und die als Folge der Niederlage entstandenen inneren Auseinandersetzungen die gesamte KPD und vor allem der Funktionärsapparat der Partei in eine Krisensituation geraten war.

---

1 *Inprekorr* Nr. 43 vom 27. Oktober 1923 (Wochenausgabe).

2 Mitte Januar 1924 streikten im Ruhrgebiet 500 000 Arbeiter gegen die Arbeitszeitverlängerung. Erst Anfang Februar bröckelten die Streiks ab. Im Februar und März 1924 kam es zu größeren Streiks der Hafenarbeiter, Chemiearbeiter usw. (Vgl. Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24. Hamburg o. J. [1924], S. 607 f.)

3 Bei den Gemeindewahlen in Sachsen konnte die KPD im Januar 1924 selbst in den SPD-Hochburgen Ostsachsens starke Stimmengewinne verzeichnen. Binnen Jahresfrist war ihre Wählerzahl z. B. in Bautzen von 880 auf 2928 gestiegen, die SPD-Stimmen gingen im gleichen Zeitraum von 5601 auf 4515 zurück (»Bautzener Kulturschau«, Bautzen, vom 12. Dezember 1962). – Vgl. auch oben, Kap 1, Anm. 79.

4 Auf 100 SPD-Wähler kamen im Wahlkreis Westfalen-Süd 138 KPD-Wähler, in Düsseldorf-Ost 195 (vgl. Materialien, S. 372). In der Stadt Düsseldorf erhielt die KPD 57 000, die SPD 20 000 Stimmen, in Remscheid erzielte die KPD das Viereinhalbfache der SPD, in Aachen standen 11 000 KPD-Stimmen 4000 SPD-Wähler gegenüber, in Barmen stimmten 17 000 für die KPD und 13 000 für die SPD, in Bochum 18 000 für die KPD und 9000 für die SPD. Auch in Stuttgart, Eßlingen, Böblingen und selbst in Ravensburg hatte die KPD die SPD überflügelt, in Halle erzielte die KPD 29 000 Stimmen, die SPD 11 000, im Berliner Wahlbezirk Wedding war die KPD stärker als die SPD usw. (»Vorwärts«, Berlin, vom 11. Dezember 1924 – »Freiheit«, Düsseldorf, vom 5. Mai 1924 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 6. und 7. Mai 1924 – Bericht der BL der KPD Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation 1924/25, o. O. [Berlin 1925], S. 17.)

Die Situation der KPD vor dem IX. Parteitag

Die Illegalität hatte die Partei zu einer Änderung ihrer Organisationsstruktur gezwungen. An die Spitze der Partei wurde nach dem Verbot ein Direktorium von 5 Personen gestellt, auch die Bezirke und Kreise wurden von Direktoren geleitet. Da nach dem Verbot vom 23. November zunächst keine Klarheit über dessen Dauer bestand, experimentierte die Parteiführung viel, um die bestmögliche Anpassung an die Arbeitsbedingungen der Illegalität zu erreichen.
Nachdem die Mitgliedschaft anfangs aufgefordert worden war, alle legalen Möglichkeiten auszunutzen, sich als Konsumgruppe, Radfahrerverein, Theatergruppe usw. illegal zu tarnen,[5] verwarf man diese Taktik schon Ende Dezember wieder, da sie zur Isolierung und Verschwörertätigkeit führte.[6] Die Parteimitgliedschaft schmolz zusammen: in den ersten Monaten der Illegalität verlor die Partei mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder. (Vgl. Materialien, S. 362) Eine neue Taktik sollte die schon lange angestrebte Umstellung der KPD auf Betriebsgruppen herbeiführen. Mit einer verstärkten Arbeit in den Betrieben glaubte man, nicht nur den schwindenden Einfluß wieder zurückzugewinnen, sondern auch dem Parteiverbot trotzen zu können, denn »bei den Zellen hört das Verbieten von selbst auf«.[7]
Vor allem wurde gegen die »romantischen Vorstellungen« von der illegalen Arbeit polemisiert. Illegale Arbeit, so erklärte die Führung, sei für eine Massenpartei vor allem die Frage, wie der letzte Mann mobilisiert werde, um die Arbeitermasse aufzurütteln, bis alle »Verbote aus dem Wege geräumt« seien.[8]
In einem Rundschreiben hatte das Direktorium Ende Dezember 1923 die Aufgaben der Partei beschrieben. Danach konnte der Kampf um die Macht nicht mit einem »Sprung aus dem jetzigen Zustand in einen Zustand des Endkampfes« erreicht werden. Zuerst müsse die KPD aus der politischen Passivität herauskommen. Es sei nötig, die Arbeiter und Arbeitslosen zu mobilisieren und die Partei zu aktivieren, nur so könne man für den bevorstehenden Bürgerkrieg gerüstet sein. Dazu müsse vor allem eine legale Presse geschaffen und die Basis der illegalen Organe erwei-

5 Außerdem wurde »noch straffere Disziplin« gefordert (Geh. StA München, 101 248).
6 In den ersten Anweisungen war das Funktionärkorps z. B. angehalten worden, in »Haartracht und Kleidung größte Unauffälligkeit« zu wahren (Geh. StA München, 101 248).
7 So Höllein in einem Leitartikel der »Sozialistischen Republik«, Köln, vom 2. Januar 1924 (auch dieses Organ konnte – von zeitweiligen Verboten abgesehen – trotz des Parteiverbots im besetzten Gebiet legal erscheinen). Im angeführten Artikel schrieb Höllein weiter: »Wenn nun die lokalen Parteigruppen nach allerhand Möglichkeiten suchen, um als Gesangverein und Kegelklub ›illegal‹ weiterzuexistieren, so ist das gar keine besondere revolutionäre Leistung. Das gerade Gegenteil: Je mehr sich die Lokalgruppen im Wohnbezirk und den Häuserblocks abkapseln, desto vollständiger hat der Gegner sein Ziel erreicht.«
8 »Freiheit« vom 7. Januar 1924. Schon im Dezember war in einem Artikel der Zeitschrift »Die Internationale« gefordert worden: ». . . Die Partei muß durch die Periode der Illegalität hindurch, aber nicht wie unter einer Glasglocke, unter der sie ihre Organisation konserviert . . . Die Partei gibt daher die Losung aus: Tiefer in die Massen und Verlegung des Schwergewichts der Parteiarbeit in die Parteikörper in den Betrieben, in die Zellen! . . . Ihr Überbau mit oft viel überflüssigem Apparat ist wohl zerstörbar, aber an der Grenze der Arbeitermassen selbst hört das ›Verbieten‹ auf . . . Die Partei im Betrieb! Das ist die Losung, deren Verwirklichung die zentrale Aufgabe der nächsten Tage ist.« (Die Partei im Betrieb, »Die Internationale«, Heft 19, vom 31. 12. 1924, S. 549 und 551.)

tert werden. Zur wichtigen Pflicht eines jeden Kommunisten wurde die Verbreitung der illegalen Literatur erklärt. Ziel der KPD war es, die Partei auf die Straße zu führen, zur Organisierung von Straßendemonstrationen, »welche von unseren bewaffneten Abteilungen geschützt werden«.[9]

Während dieses Rundschreiben zur Begründung der neuen Taktik noch den »Sieg des Faschismus« über die Demokratie konstatierte, beurteilte man auf der Januartagung des EKKI in Moskau die Situation schon anders. Die Aufgabenstellung der Partei unter den Bedingungen der Illegalität blieb jedoch im wesentlichen unverändert. Auf dieser Konferenz wurde auch das Verhältnis der drei rivalisierenden Hauptgruppen in der KPD klargestellt. Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew sagte zwar der neuen Mehrheit (der Mittelgruppe) seine Unterstützung zu, wünschte aber auch eine Zusammenarbeit mit der Linken. Sinowjew behauptete, daß er für die Entstehung der neuen Mittelgruppe unter Hermann Remmele und Wilhelm Koenen keineswegs verantwortlich sei. Er habe kein Wort an Remmele und Koenen geschrieben und auch die alte Zentrale nicht zerschlagen. Die Mehrheit habe ohne Zutun der Komintern »die richtige Linie« gefunden, nachdem Radeks Einfluß auf die Zentrale beseitigt worden war.[10]

Es ist sehr fraglich, ob das stimmt. Jedenfalls konnte die neue Führung der Mittelgruppe auf der Tagung des Zentral-Ausschusses vom 19. Februar 1924 in Halle mit der moralischen Unterstützung durch die Komintern leicht alle Vertreter der Rechten aus den Spitzenkörperschaften der Partei (Direktorium, Pol- und Orgbüro) entfernen. Den Beschlüssen des EKKI wurde als einer »entschiedenen Linkswendung« zugestimmt.[11]

Die Partei wurde bis zur Aufhebung des Verbots der KPD (1. März 1924) und auch noch danach auf Betriebszellen umgebaut. Ein Rundschreiben der Zentrale von Anfang März 1924 stellte ausdrücklich fest, daß Straßenzellen »nicht die gleichen Rechte wie Betriebszellen« hätten.[12] Auch der illegale Apparat wurde mehrmals umgestellt,[13] er führte seit dem Oktober ein fast selbständiges Dasein und ersetzte nicht selten die eigentliche Partei,[14] deren Stärke abnahm: Die Mitgliederflut des Jahres 1923 ging bedenklich zurück, und ein Großteil der verbliebenen Mitglieder sank in Passivität und war nicht bereit, illegale Arbeit zu leisten.[15]

Die Bedeutung der KPD innerhalb der Komintern verringerte sich daher noch weiter. Zwar blieb sie die wichtigste außerrussische Sektion, aber die Hoffnung, daß sie unmittelbar vor der Machtübernahme stehe und damit der russischen Partei an

---

9 BuA Koblenz, R. 43 I/2671, Bd. 7.

10 Sinowjew auf der EKKI-Tagung im Januar 1924, *Inprekorr*, Nr. 37 vom 24. März 1924, S. 428.

11 »Soz. Republik« vom 29. Februar 1924 – StA München I, Abg. 1958–198 b.

12 StA München I, Abg. 1958 – 198 b.

13 Das Revolutionskomitee, das die Vorbereitung zum Aufstand leitete, war nach dem Oktober 1923 aufgelöst worden. An seiner Stelle wurde eine Militärorganisation geschaffen, die als »Abteilung Verkehr« und später als »Verkehr-Verbindung« (VV) fungierte. Eine Reihe hauptamtlicher Kräfte wurde dieser Abteilung, die auch als »Merkur« arbeitete, zugeteilt (StA Koblenz, 403/13 371).

14 Hans Stetter: Der kommunistische Spitzelsumpf. Stuttgart o. J. (1926) – StA Ludwigsburg, III, Bd. 216 – Mündl. Mitt. von Hans Stetter an den Verf.

15 Mitt. von Joseph Schlaffer, von Hans Stetter und von Theodor Koegler an den Verf. – Vgl. auch die Tabelle über die Mitgliederbewegung, S. 362 f.

Einfluß gleichgestellt werde, schwand dahin. Vielmehr verstärkte sich die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion. Dadurch wurden die internen Auseinandersetzungen der KPD immer mehr mit den innerparteilichen Fraktionskämpfen in Rußland verquickt.

In Sowjetrußland war schon am 11. Dezember 1923 Trotzkis Kampfansage gegen die bürokratische Führung unter dem Titel »Der neue Kurs« in der »Prawda« erschienen. Mitte Dezember begann der großangelegte Angriff der vereinigten Gruppen um Sinowjew und Stalin gegen die Trotzkisten.[16]

Die trotzkistische Opposition errang zwar unter der Jugend und besonders den Studenten große Sympathien, aber in der Gesamtpartei sowie in der Arbeiterschaft konnte sie isoliert werden, nicht zuletzt durch den überragenden Einfluß des Apparats, der Partei und Presse beherrschte. Dabei wandelte sich seit Dezember 1923 (der »ein wichtiger Wendepunkt in der Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands« war)[17] die Struktur der sowjetischen Partei. An die Stelle einer relativ großen Führungsgruppe, in der die Meinungsverschiedenheiten frei erörtert werden konnten, trat jetzt der Apparat der Parteisekretäre mit seinen Grundsätzen hierarchischer Disziplin.

Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew versuchte, der neuen Führung der KP Rußlands auch in der Kommunistischen Internationale genügend Anhänger zu verschaffen. Am 16. Dezember 1923 hatte Radek in Moskau drohend erklärt, wenn eine Mehrheit des russischen ZK sich gegen Trotzki wende, werde sich die KPD hinter diesen stellen.[18] Nunmehr bekämpfte Sinowjew in der deutschen Partei die Rechten (die ohnehin durch die Radikalisierung der Parteimitgliedschaft völlig isoliert waren), weil er in ihnen vor allem Verbündete des Trotzkisten Radek sah. In den folgenden Monaten versuchte Sinowjew, eine neue KPD-Führung zu schaffen. Er stützte sich besonders auf die Mittelgruppe und hoffte, daß diese zusammen mit der Linken eine stabile Parteileitung bilden würde. Von der neuen Führung erhoffte Sinowjew, sie werde in der russischen Frage seine und Stalins Haltung unterstützen.

Die Rückwirkungen des russischen Fraktionskampfes auf die KPD waren nachhaltig.[19] Die Rechten um Brandler-Thalheimer verloren fast jeglichen Einfluß.[20]

---

16 Hier kann auf das Standardwerk über die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPdSU, das materialreiche Buch von Robert Daniels, Das Gewissen der Revolution, Köln-Berlin 1962, hingewiesen werden (vor allem S. 266 ff.). Das Werk ist allerdings nicht ganz frei von eigenwilligen Deutungen der Fakten.

17 Daniels, a. a. O., S. 272.

18 August Thalheimer: 1923. Eine verpaßte Revolution?, Berlin 1931, S. 11 – K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim 1964, S. 38. – Vgl. auch Isaac Deutscher: Trotzki. Bd. II, Stuttgart 1962, S. 146 f. – Daniels, a.a.O. (Anm. 16), S. 255 – E. H. Carr: A History of Soviet Russia. The Interregnum 1923/24. London 1959.

19 Die Einzelheiten der KPD-Entwicklung im Dezember 1923 und Januar 1924 sind ausführlich bei Tjaden, a. a. O., S. 37 ff. zu finden.

20 Brandler und Thalheimer wurden nach Moskau »verbannt«, sie lehnten jeden Versuch einer Parteispaltung ab. Über die Gründe schrieb Brandler später: ». . . Das Protokoll des KPD-Parteitages 1924 beweist, daß ich und Thalheimer der Troyka keine Unterwerfung angeboten haben. Die Frage stand ganz anders: Unsere Freunde forderten von uns, wir sollten der Verbannung nach Moskau nicht Folge leisten und den Kampf bis zur Spaltung in Kauf nehmen. Das lehnte ich mit folgender

Die Mittelgruppe, der es allerdings an Geschlossenheit mangelte, trat am eindeutigsten für die Komintern-Führung ein. Die zunehmende Radikalisierung der deutschen Parteimitglieder und vor allem der Funktionäre verstärkte aber nicht ihren Einfluß, sondern den der Linken.

Durch die taktischen und strategischen Unterschiede in der Haltung der verschiedenen Gruppen verlor die KPD ihre Einheitlichkeit; ihr in den ersten Nachkriegsjahren errungenes ideologisches Profil schien erneut umstritten. Selbstverständlich stand die KPD ganz allgemein gesehen auf dem Boden der marxistischen Theorie,[21] die sie – besonders nach dem Tode Lenins[22] – in ihrer leninistischen Auslegung (anfangs noch mit luxemburgistischen Färbungen) anzuwenden versuchte.[23] Sie vertrat die Weltanschauung des dialektischen Materialismus und die Gesellschaftstheorie des historischen Materialismus. Naturgemäß spielte aber in der Kampfzeit die marxistische Philosophie eine geringere Rolle als die nationalökonomischen und politischen Theorien. Außerdem gab es 1924 kein eigentliches Parteiprogramm. Das Spartakusprogramm von 1919 schien überholt, der Programmentwurf von 1922 war nie zu Ende geführt worden.[24]

Trotzdem herrschte in den programmatischen Grundfragen Einigkeit, die ideologische Grundhaltung lautete ungefähr so: Die Geschichte ist eine Geschichte des Klassenkampfes, im Weltmaßstabe stehen sich heute Proletariat und Kapitalismus gegenüber. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit ihren drei Merkmalen (Warenproduktion, Monopolisierung der Produktionsmittel durch die Kapitalistenklasse und Lohnarbeit, d. h. Arbeit, auf dem Verkauf der Arbeitskraft beruhend)[25]

Begründung ab: ... Ich sehe keine andere Möglichkeit, als das Abwirtschaften der neuen Zentrale kritisch abzuwarten und dafür zu sorgen, daß der Kern des unteren Funktionärstammes aktiv erhalten bleibt. Er wird rasch mit der Betriebs- und Gewerkschaftslinie der Ruth Fischer-Maslow-Politik konkret zusammenstoßen. Das allein könne aufs Neue eine feste Basis zur Gesundung der Partei abgeben. So sind wir nach Moskau in die Verbannung gereist.« (Brief Brandlers an I. Deutscher, vom 12. 1. 1959, S. 5.)

21 Allerdings vermerkte Trotzki 1935 in seinem Tagebuch, er habe 1926 in Deutschland den Eindruck gewonnen: »Die Politik der KPD war schon längst aus den marxistischen Gleisen gesprungen (soweit sie sich überhaupt jemals auf diesen Gleisen bewegt hatte).« Leo Trotzki: Tagebuch im Exil. Köln-Berlin 1958, S. 134.

22 Beim Tode Lenins war die KPD illegal. Das Direktorium der Partei erklärte damals: »Gerade jetzt ist der Verlust unseres großen Freundes und Führers doppelt schmerzlich«. (»Die Barrikade« – ill. Organ der KPD – vom 10. Februar 1924). Die illegale »Rote Fahne« (Nr. 37, Januar 1924) erschien unter der Schlagzeile: »Unser Lenin gestorben«, sie veröffentlichte den von Sinowjew unterzeichneten Aufruf des EKKI: »Die Kommunistische Internationale und die Sowjets werden ihre Reihen zusammenschließen, um im Geiste des Vermächtnisses Lenin weiterzuarbeiten.«

23 Dieser Aufgabenstellung sollte vor allem das theoretische Organ »Die Internationale« dienen. Eine zusammenfassende Darstellung der Theorie der KPD für die Mitglieder gab es nicht; die Partei stützte sich vor allem auf »Das ABC des Kommunismus« von Bucharin und Preobrashenski. 1927 erschien das zweibändige Werk »Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten« (Wien 1927). 1925 wurden die »marxistisch-leninistischen Zirkel« geschaffen und erst in den folgenden Jahren die Parteischulung ausgebaut (vgl. dazu unten, S. 275 ff.).

24 Im Oktober 1922 war ein – in den Grundzügen von Thalheimer ausgearbeiteter – Programmentwurf vor allem deshalb kritisiert worden, weil Übergangsforderungen fehlten und Rosa Luxemburgs Akkumulations-Theorie keine Berücksichtigung gefunden hatte. Der Zentral-Ausschuß nahm den Entwurf mit 24 gegen 23 Stimmen an, doch verschwand er später in der Versenkung. Vgl. *Dokumente*, S. 43 ff.

25 Das ABC des Kommunismus. Von N. Bucharin und E. Preobrashensky. Wien 1920, I. Teil, S. 19.

führen zur Ausbeutung der Arbeiter sowie zu Wirtschafts- und politischen Krisen. Im 20. Jahrhundert hat sich die kapitalistische Profitwirtschaft zum Imperialismus entwickelt. Die Epoche des Imperialismus (Lenin charakterisierte den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts seiner inneren Struktur nach als Monopolkapitalismus, seiner außenpolitischen Wirksamkeit nach als Imperialismus und seiner historischen Bedeutung nach als verfaulenden, sterbenden Kapitalismus, als »Vorboten der nahenden Weltrevolution«)[26] ist die Periode der Kriege und Revolutionen. Deutschland steht am Vorabend der sozialistischen Revolution[27] zur Umänderung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Ordnung, die zur klassenlosen Gesellschaft führt.

Die Revolution vernichtet nicht nur die bisherige Wirtschaftsordnung, sondern zerschlägt auch die bisherige Staatsform. Der Staat ist im allgemeinen das politische Machtinstrument der wirtschaftlich herrschenden Klasse zur politischen Niederhaltung der Ausgebeuteten. Die bürgerliche Demokratie ist eine Herrschaftsform des Kapitalismus. Die proletarische Revolution zerstört diesen Staat und ersetzt ihn durch die Diktatur des Proletariats, deren adäquate Form das Rätesystem ist. Wegen des Widerstandes der Herrschenden ist ein Bürgerkrieg unausweichlich.

Die Kommunistische Partei, ursprünglich aus der sozialistischen Bewegung entstanden, ist die Vorhut der Arbeiterklasse, die im Geiste der marxistischen Theorie die Arbeiter führt. Die Spaltung war notwendig, weil die Sozialdemokratie zur Vertreterin der Arbeiteraristokratie, der vom Kapital bestochenen Oberschicht der Arbeiterklasse geworden ist. »Die Sozial-Chauvinisten (auch Opportunisten) verwandelten sich in offene Klassenfeinde des Proletariats.«[28] In den nächsten Jahren wird im Weltmaßstabe die Entscheidung für den weiteren Weg der Revolution fallen. Sowjetrußland spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Komintern, die straffe Zusammenfassung aller Kommunistischen Parteien, die disziplinierte Weltpartei der Revolution, hat in dieser weltweiten Auseinandersetzung die Führungsrolle.

Im Rahmen dieser gemeinsamen Vorstellungen gingen innerhalb der KPD die Ansichten über die Taktik, die zum Siege der Revolution führt und über die Rolle der Partei selbst auseinander. Die Diskussionen um die Taktik entzündeten sich vor allem an der Einschätzung der jüngsten Vergangenheit, an der Niederlage des Oktober 1923.

Der rechte Flügel um Brandler und Thalheimer meinte, daß die Ursachen der Oktoberniederlage in erster Linie in der damaligen Kräftekonstellation zu suchen seien. Für Brandler und Thalheimer war der Oktoberrückzug »unvermeidlich und richtig«, die Gründe für die Niederlage waren für sie nicht in taktischen Fehlern zu suchen, sie waren objektiver Art: »Die entscheidende Ursache ist der noch zu starke hemmende Einfluß der Sozialdemokratie. Die Mehrheit der Arbeiterklasse war *nicht mehr* bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits ma-

26 Lenin: Ausgewählte Schriften, München 1963, S. 398 ff. und Lenin: Aus den Schriften 1895–1923, München 1967, S. 61 ff.

27 Die politische Revolution wurde definiert: »Das ist der bewaffnete Aufstand, der die politische Macht dem Proletariat in die Hände spielt und die soziale Revolution einleitet.« (Bela Kun: Was wollen die Kommunisten?, 2. Aufl. Hamburg 1920, S. 15.)

28 Das ABC des Kommunismus, a. a. O. (Anm. 25), S. 121.

teriell nichts mehr gab, und *noch nicht* bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen. Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.
Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD war die *falsche Beurteilung* des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD und KPD. Die KPD hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.«[29]
Demgegenüber behauptete der linke Flügel der Partei, daß der Entscheidungskampf im Oktober hätte aufgenommen werden müssen. Der Oktoberrückzug war für sie nicht eine Folge des Kräfteverhältnisses, sondern im wesentlichen des Versagens der Partei, vor allem der Parteileitung. In der Einheitsfront von oben, dem Bündnis mit der linken Sozialdemokratie, sahen die Linken den Hauptfehler der Vergangenheit.[30] Die Mittelgruppe bemängelte ebenfalls, daß der Oktoberrückzug nicht unter genügender Ausnutzung von Teilkämpfen vollzogen wurde. Mit der linken Opposition war sie »vor allem darin einig, daß die Oktoberniederlage wesentlich verschuldet ist durch ernste opportunistische Abweichungen«.[31]
Die Schlußfolgerungen aus der Oktoberdiskussion führten die drei verschiedenen Gruppen zu unterschiedlichen Auffassungen über die einzuschlagende Taktik. Die Rechten sahen die Hauptaufgabe darin, den Rückzug der Arbeiterklasse zum Stehen zu bringen. In der weiterhin revolutionären Situation würden sich die Klassengegensätze zuspitzen, es wäre aber unmöglich auszusagen, in welchem Tempo und in welchen Formen das geschehen werde. Die Partei sei ein wesentlicher, aber nicht der alleinige Faktor.[32]
Dagegen forderten die Linken die Propagierung der Endziele, der proletarischen Diktatur und der Sozialisierung. Sie erklärten zur unmittelbaren Aufgabe »die Revolution zu organisieren, das Proletariat in dem bewaffneten Aufstand siegreich zu führen und die Diktatur des Proletariats zu errichten«.[33] Maslow schrieb: »Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär.« Zur Aufgabe der Partei erklärte er: »Organisiert die Revolution«.[34] Um das Ziel zu erreichen, müßten die Linken die Parteiführung erhalten, die bisherige Einheitsfrontpolitik beenden und die Sozialdemokratie scharf bekämpfen.
Die Mittelgruppe verlangte eine Bolschewisierung der Partei, die auf Betriebszellen

---

29 *»Inprekorr«*, Nr. 5 vom 15. Januar 1924, S. 40 – Vgl. auch Thalheimer: Über die gegenwärtige Lage in der KPD; *»Inprekorr«*, Nr. 2 vom 4. Januar 1924, S. 9 f.
30 Zur Lage in der KPD; *»Inprekorr«*, Nr. 6 vom 18. Januar 1924, S. 51 f.
31 »Die Internationale«, Sonderheft 2/3, 1924, S. 47 – »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 16. März 1924.
32 Thalheimer, a. a. O. (Anm. 29), S. 10.
33 Org-Flugschriften der KPD, Nr. 3 (April 1924), S. 20.
34 *»Inprekorr«*, Nr. 41 vom 3. April 1924, S. 477. Noch in seinem Buch gegen Trotzki (Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917, Berlin 1925, das Vorwort war vom 19. November 1924 datiert) schrieb Maslow, die KPD dürfe »niemals dabei das unmittelbare Ziel, die Diktatur des Proletariats, aus den Augen verlieren« (S. 6). Die Linken forderten auch organisatorische Maßnahmen: »Einschränkung der Zentrale auf neun Mann, Verkleinerung des zentralen Apparats auf ein Zehntel, Ausschaltung der Rechten aus der Führung« (Thesen der BL Berlin-Brandenburg; *Inprekorr*, Nr. 6 vom 18. Januar 1924, S. 52).

aufgebaut sein müsse, »Zermalmung« der Rechten, aber auch Weiterarbeit in den Gewerkschaften und eine Einheitsfront von unten.[35]
Hinter diesen taktischen Gegensätzen verbarg sich auch eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit über die Rolle der Kommunistischen Partei. Während die Rechten und ein Teil der uneinheitlichen Mittelgruppe im Sinne der bisherigen KPD-Tradition die Partei als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchführung der proletarischen Revolution verstand, war besonders bei den Linken die Auffassung vorherrschend, die Partei müsse nicht Vorhut, »sondern Motor des Proletariats« sein,[36] sie müsse die Revolution *machen*.
Die radikalisierte Mitgliedschaft der KPD tendierte nach den Enttäuschungen des Jahres 1923 im Frühjahr 1924 immer mehr zu den Linken, da die Mittelgruppe keine klare Position hatte und nicht einheitlich auftrat.[37] Im Februar und März tagten in den einzelnen Parteibezirken die Bezirksparteitage. Es erwies sich, daß die Linken in den meisten Bezirken überwogen.[38] Wieder standen sich zwei Bezirke extrem gegenüber, die schon 1923 das Rückgrat der Führung bzw. der Opposition gewesen waren: Erzgebirge-Vogtland und Berlin. Auf dem Bezirksparteitag Erzgebirge-Vogtland, am 15./16. März 1924 in Chemnitz, standen 31 Delegierten der Mittelgruppe nur 4 Rechte und 7 Linke gegenüber.[39] Als Hauptaufgabe der Partei wurde die »Bolschewisierung« bezeichnet; gegen die Gewerkschaftsvorstellungen der Linken wurde scharf polemisiert. Als Spitzenkandidat zum Reichstag wurde neben Max Hoelz auch Paul Böttcher aufgestellt; das bedeutete einen Affront, denn er war den Linken als einer der Hauptverantwortlichen der sächsischen Politik von 1923 verhaßt.
Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg trat am 23. März 1924 zusammen; alle 101 Delegierten gehörten der Linken an. Der Bezirksparteitag wandte sich direkt an das EKKI und sprach die Erwartung aus, daß Moskau den Bestrebungen der Mittelgruppe, »über die Exekutive einen wesentlichen Einfluß auf die Parteiführung« zu erlangen, nicht Rechnung tragen werde, sondern die linke Führung der Partei unterstütze.[40]

---

35 »Die Internationale«, a. a. O. (Anm. 31). Auch die Mittelgruppe war der Meinung, in der Partei seien noch die »Überreste der 2. Internationale, der Sozialdemokratie« zu verspüren. »Und wir werden sie solange nicht loswerden, als wir keine Leninisten geworden sind.« (»Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 16. März 1924.)
36 »Soz. Republik« vom 21. Februar 1924.
37 Wilhelm Koenen sagte z. B. Anfang März 1924 in einer Berliner Funktionärsversammlung, die Mittelgruppe werde sich auf den Boden der Linken stellen (*RF* vom 6. März 1924). Ein schwaches Dementi Koenens (*RF* vom 7. März 1924) konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß schon damals ein Teil der Mittelgruppen-Führer bereit war, zu den Linken überzuschwenken. Zur selben Zeit standen andere Führer der Mittelgruppe wie Ernst Meyer in heftiger Auseinandersetzung mit den Linken. Am 7. März 1924 schrieb Ernst Meyer einen Brief an Ruth Fischer, in dem es heißt: »Sie bemerken in Ihrem Schreiben, daß Sie den Spieß umdrehen werden, falls irgendwelche unklaren Formulierungen über die Person des Gen. Maslow gebraucht sein sollten ... Ich nehme diese erschröckliche Androhung mit großer Ruhe zur Kenntnis ... Ich stehe mit Vergnügen jederzeit zur Verfügung.« (Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné).
38 Stärke und Bedeutung der einzelnen Bezirke für die Gesamtpartei gehen aus den Materialien, S. 367 ff. hervor.
39 »Der Kämpfer« vom 18. März 1924.
40 *RF* vom 25. März 1924 – »Kommunistische Arbeiterzeitung«, Berlin, Nr. 24 – 1924.

Im Bezirk Mittelrhein, der schon 1923 auf dem linken Flügel stand, wies der Bezirksparteitag bereits am 23./24. Februar 1924 alle Ansprüche der Mittelgruppe auf Mitarbeit in der Parteiführung zurück. Mit nur vier Gegenstimmen nahm die Konferenz die Thesen des Referenten Thälmann an (Korreferent für die Mittelgruppe war Stoecker). Der am weitesten links stehende Funktionär Eppstein wurde zum Parteisekretär gewählt, aber auch hier forderte man in einer Resolution eine »wirklich bolschewistische Massenpartei« – allerdings auf dem »Boden der Linken«.[41]

Am 9. März tagten auch die beiden großen westdeutschen Bezirke Ruhr und Niederrhein, die nunmehr zu den Linken überschwenkten. Auf dem Bezirksparteitag Ruhr wurden mit 86 gegen 5 Stimmen die Thesen der Linken bejaht, daß es nicht um einen Wechsel der Parteiführung gehe, sondern um die »grundsätzliche Änderung des Systems und der gesamten Politik«. Alle Übergangsforderungen sollten fallengelassen, der Rätegedanke wieder betont werden; »mit der konterrevolutionären SPD« solle keine Gemeinsamkeit gepflegt, die KPD zur einzigen Arbeiterpartei erklärt und damit der »Boden geschaffen (werden) für die Bolschewisierung der Partei«[42]. Im Bezirk Niederrhein, früher eine Domäne der Rechten, dann der Mittelgruppe, konnten die Linken zwar keine so erdrückende Mehrheit erringen, aber auch hier fanden nach dem Referat von Stoecker die Thesen der linken Korreferentin Ruth Fischer Zustimmung.

Auch die kleineren Bezirke gingen fast alle zu den Linken über. Am 16. März billigte der Parteitag Niedersachsens »ausdrücklich die Ansichten der bisherigen Opposition« und sprach der Mittelgruppe sein »Mißtrauen« aus. Der Referent Eberlein konnte nur ein Viertel der Stimmen auf die Resolution der Mittelgruppe vereinigen, der Korreferent Scholem errang für die Linken die Mehrheit.[43]

Nur in einigen wenigen Bezirken, so in Nordwest (Referent für die Mittelgruppe: Lindau, Korreferent für die Linke: Geschke) konnte die Mittelgruppe ihre Stellung behaupten, ebenso in Ostpreußen, Ostsachsen und in Westfalen. Der letztere Bezirk (Hagen–Hamm–Elberfeld) wurde von den Linken gleich nach dem IX. Parteitag aufgelöst und zwischen Ruhr und Niederrhein aufgeteilt. Schließlich erhielt die Mittelgruppe auch in Südbayern fast alle Stimmen. Da die KPD in Bayern weiterhin verboten blieb, kam es dort zu erregten internen Diskussionen.[44]

Auf den Bezirksparteitagen waren die Linken insgesamt fast dreimal so stark vertreten wie die Mittelgruppe. Sie hatten 910–920 Delegierte, die Mittelgruppe 350 und

41 »Soz. Republik« vom 23., 26. und 27. März 1924.

42 »Der kommunistische Funktionär«. Hrsg. vom Bezirkskomitee der KPD Ruhr, Nr. 8 vom 19. März 1924.

43 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 19. März und 4. April 1924. Für die Linken stimmten 9 Delegierte des UB Hannover, 3 aus Hildesheim, 2 aus Braunschweig, 3 aus Goslar, 9 aus Bielefeld, 3 aus Göttingen und je einer aus Osterode und Hameln. Die Mittelgruppe war vertreten durch 6 Delegierte aus Braunschweig, 2 aus Celle, 3 aus Peine und einen aus Hannover. Die Linken übernahmen die BL.

44 »Soz. Republik« vom 19. März 1924 – »Freiheit«, Düsseldorf, vom 22. März 1924 – HStA Düsseldorf 16 959 – StA München I, Abg. 1960, 20 (Akten Schlaffer). In Bayern gab es auch Widerstände gegen die Betriebszellen und einen Antrag der Münchener Sektion, den Parteiangestellten nur den »einfachen Tarifsatz« ihres Berufes zu zahlen, um keine »Bonzen« zu »züchten« (StA München I, Abg. 1960, 20).

die Rechten 11. Die 8 großen Bezirke, die fast 2/3 der Mitgliedschaft umfaßten, zeigten folgendes Bild:

Bezirk:	Linke:	Mittelgruppe:	Rechte:
Berlin	101	–	–
Erzgebirge	7	31	4
Westsachsen	63	4	–
Wasserkante	63	5	–
Ruhr	86	5	–
Niederrhein	60	21	–
Halle	18	19	–
Thüringen	41	28	–

In den wichtigsten Bezirken hatten die Linken also viermal mehr Stimmen als die Mittelgruppe.[45] Die Vorbereitung des IX. Parteitags zeigte deutlich eine linke Mehrheit in der KPD.

Der IX. Parteitag 1924

Mitte März 1924 mußte auch die Komintern-Führung erkennen, daß die Ergebnisse der Bezirksparteitage einen eindeutigen Linksruck in der KPD anzeigten. Damit wurde auch eine Änderung der KPD-Führungsspitze unumgänglich. Sinowjew, der seit Januar gehofft hatte, die KPD würde von der Mittelgruppe oder wenigstens von einer Koalition zwischen Mittelgruppe und Linken geleitet werden, mußte sich mit der neuen Lage abfinden.

Sinowjew fürchtete eine nur aus Linken bestehende KPD-Führung offenbar aus zwei Gründen: Einige ultralinke Äußerungen auf den Bezirksparteitagen, aber auch

45 Die Mittelgruppe hatte nur noch in zwei großen Bezirken (Erzgebirge, Halle), die Mehrheit, außerdem in Ostpreußen, Ostsachsen, Nordwest, Westfalen und Südbayern:

Bezirk	Linke	Mittelgruppe	Rechte
Pommern	39	9	–
Ostpreußen	5	15	–
Schlesien	27	13	–
Ostsachsen	48	54	–
Lausitz	19	9	–
Magdeburg	38	5	6
Niedersachsen	36	12	–
Mecklenburg	46	3	–
Nordwest	20	23	–
Westfalen	18	25	–
Mittelrhein	gr. Mehrheit	4	–
Hessen-Waldeck	26	11	–
Hessen-Frankfurt	33	2	–
Rhein-Saar	16	6	–
Baden	32	7	–
Württemberg	38	22	1
Nordbayern	15	9	–
Südbayern	1	6	–

(*RF* vom 26. März 1924 – StA Bremen, IIA 12 a Bd. 9 – »Der kommunistische Funktionär« vom 19. März 1924).

Bemerkungen von führenden Linken wie Rosenberg und Scholem, ließen ihn »KAP-Tendenzen« vermuten. Eine gewerkschaftsfeindliche Stimmung und die völlige Ablehnung der Einheitsfront war dabei verbunden mit dem Anspruch der Linken, die Partei gänzlich umzugestalten und die alten Parteiführer auszuwechseln. Da diese Vorstellungen hin und wieder mit einer Kritik an Sowjetrußland verbunden waren, mußten sie Sinowjew für die Komintern doppelt gefährlich erscheinen. Noch mehr befürchtete er aber, solche ultralinken Fehler würden zur weiteren Isolierung und Schwächung der KPD führen, was sich auf den innerrussischen Fraktionskampf auswirken konnte. Eine negative Entwicklung in der KPD mußte der trotzkistischen Opposition Argumente gegen die Komintern-Führung und damit gegen die Gruppe Sinowjew-Stalin liefern.[46]

Sinowjew und die Komintern-Führung versuchten daher vor dem IX. KPD-Parteitag, in den drei für sie wichtigsten Punkten die KPD-Linke zum Einlenken zu bewegen: Keine Spaltung der Gewerkschaft, keine generelle Ablehnung der Einheitsfront und Aufnahme eines größeren Teils der Mittelgruppe in die Parteiführung. Um dieses Ziel zu erreichen, ging Sinowjew verschiedene Wege. Nach seinen Direktiven schrieb das EKKI zwei Briefe an den bevorstehenden Parteitag der KPD, in denen für Gewerkschaftseinheit und Einheitsfront von unten plädiert, aber auch ziemlich eindeutig vor den Fehlern der linken Intellektuellen gewarnt wurde.

Vor dem Parteitag reisten drei Mitglieder des russischen ZK nach Deutschland, um mit den Linken zu verhandeln. Doch diese verlangten zunächst ultimativ, daß der Brief des EKKI mit den Angriffen gegen die Linken zurückgezogen werde. Maslow und Ruth Fischer weigerten sich zweimal, nach Moskau zu kommen, sie schützten Arbeitsüberlastung vor.[47]

Ende März versuchte Sinowjew direkten Einfluß auf die linke Führung zu nehmen; am 26. März traf er sich in Moskau mit deren dortigem Vertrauensmann, Max Levien. In einem offen geführten Gespräch gab Sinowjew unumwunden zu, daß sich alle Überspitzungen der deutschen Linken im innerrussischen Fraktionskampf für die Führung Sinowjew-Stalin als gefährlich erweisen müßten und Munition für Trotzki lieferten. Es gelang Sinowjew, Levien für seine Ansichten zu gewinnen, worauf Levien Maslow und Ruth Fischer in einem Brief versicherte, Sinowjew stehe auf ihrer Seite.[48]

---

46 Bisher unbekannte Einzelheiten über die Haltung Sinowjews und der Komintern zur innerparteilichen Situation der KPD im März/April 1924 sind in drei Briefen enthalten, die im folgenden erläutert werden. Zwei Dokumente sind erstmals veröffentlicht in *Dokumentation KPD-KI*, a. a. O. (Kap. 1, Anm. 30), S. 188 ff; den dritten Brief vgl. unten, Dok. 1, S. 397 ff.

47 Vgl. den Brief Leviens, a. a. O. (Anm. 46), S. 192 ff.

48 Vgl. dazu a. a. O. *(Dokumentation KPD-KI)*. Die Frage, ob Sinowjew (und damit die Kominternspitze von 1924) die Übernahme der Führung durch die Linken in der KPD verhindern wollte oder förderte, ist bisher in der Literatur widerspruchsvoll beantwortet worden. Flechtheim (a. a. O. [Kap. 1, Anm. 3], S. 195) schreibt, es sei Sinowjew und Stalin gelungen, die Linke für sich zu gewinnen, die vorher mit Trotzki sympathisiert habe (was nicht stimmt). Wenzel (a. a. O. [Kap. 1, Anm. 78], S. 270, 279) nimmt an, daß Sinowjew die Linken in die Führung brachte. Deutscher (a. a. O. [Anm. 18], S. 147) schreibt sogar, daß Sinowjew »Fischer und Maslow als Führer der deutschen Partei einsetzte«, was falsch ist. Sinowjew selbst behauptete später das Gegenteil: »Man kann uns nun die Frage stellen: Warum hat denn aber die Komintern die Bildung eines solchen

Zusätzlich versuchte Sinowjew die linken Führer durch mehrere Briefe umzustimmen. In einem Schreiben vom 31. März 1924 wollte er Ruth Fischer und Maslow davon überzeugen, daß er keineswegs den Beschwerden der Mittelgruppe nachgebe. Erneut warnte er vor Fehlern in der Gewerkschaftsfrage und KAP-Tendenzen. Er ließ durchblicken, es wäre auch mit Rosenberg und Scholem eine Zusammenarbeit möglich, wenn diese nicht auf ihren »ultralinken Fehlern« beharrten. Doch hier war unschwer zu erkennen, daß Sinowjew prüfen wollte, ob nicht doch Gegensätze zwischen Maslow-Fischer und Rosenberg-Scholem bestünden.[48a]
Gleichzeitig mit diesem Brief sandte Sinowjew (diesmal gemeinsam mit Bucharin) ein weiteres Schreiben an die »proletarischen« Führer der Linken, die ehemaligen Arbeiter Ernst Thälmann und Paul Schlecht. Dieser Brief sollte auch den anderen führenden linken Arbeitern (Arthur König, Max Hesse) gezeigt werden. Da er sich nur wenig vom Schreiben an Maslow und Fischer unterschied, muß man sich fragen, warum er gesondert abgeschickt wurde. Sinowjew und Bucharin selbst wollten den Eindruck vermeiden, daß hier ein doppeltes Spiel getrieben werde; sie schrieben, daß sie keineswegs an die »schwielige Faust« der Proletarier gegen die linken intellektuellen Führer appellieren wollten (vgl. Dok. 1).
Doch diese Beschwichtigungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Komintern-Führung zu sondieren suchte, ob innerhalb der linken Führung verschiedene Tendenzen vorhanden seien, die man notfalls gegeneinander ausspielen könnte (Arbeiter: Thälmann-Schlecht, Intellektuelle: Maslow-Fischer, Ultralinke: Rosenberg-Scholem). Die spätere Entwicklung bewies, daß die Komintern-Führung hierfür ein feines Gespür besaß. Einstweilen aber bestanden noch keine Risse innerhalb der Linken, die sich gerade anschickten, die Parteiführung zu übernehmen. Aber sie bemerkten die Spaltungsversuche Sinowjews, und sie reagierten gereizt darauf. Die Komintern-Führung sah sich einer geschlossenen linken Front gegenüber.

ZK überhaupt zugelassen. Die Frage so stellen, heißt sie allzusehr vereinfachen. Zu jener Zeit, in der damaligen Situation, gab es eben keinen anderen Ausweg. Wir standen vor der Gefahr einer Spaltung, einer Entstehung von zwei oder gar drei Parteien, d. h. vor einem möglichen Zusammenbruch unserer Partei in Deutschland auf ein Jahr hinaus. Die Entgleisungen der Brandler-Zentrale hatten die Partei fast in einen Zustand völliger Verzweiflung versetzt. Die kommunistischen Arbeiter Hamburgs, Berlins und des Ruhrgebiets hatten auch nicht das geringste Vertrauen mehr zur alten Brandler-Zentrale. Ein neues ZK aber vermochten sie sich ohne dessen Führung durch die Gruppe Fischer-Maslow gar nicht zu denken. Andere Leute gab es eben nicht. So gelangte eben diese Gruppe ans Ruder, obwohl das EKKI darüber nicht sonderlich entzückt war. Das EKKI hatte nun einmal keine andere Wahl.« (*Inprekorr*, Nr. 63, vom 27. April 1926, S. 923.) In der »Kommunistischen Internationale« (Jahrgang 1926, S. 239) wurde geschrieben: »Das EKKI versuchte daher, die Kandidatur einer ›mittleren‹ Gruppe im ZK zu unterstützten, doch hatte dieser Versuch keinen Erfolg.« Sinowjew behauptete auch: »Die Herrschaft der Linken in der Partei war der einzige Fall, wo eine Parteiführung die Partei gegen den Willen der Komintern eroberte.« (»Westf. Kämpfer« vom 25. März 1926.) Auch wenn diese Äußerungen apologetisch sind, kommen sie doch dem Kern der Dinge nahe. Im Januar und Februar schwebte der Komintern eine Führung aus Mittelgruppe und Linken vor, in erster Linie aus dem »Arbeiterkern« beider Gruppen. Auf der Januar-Tagung 1924 nannte Sinowjew Remmele und Thälmann »das Gold der Arbeiterklasse« (*Inprekorr*, Nr. 37, vom 24. März 1924, S. 428), und beide übernahmen den Vorsitz in der KPD. Im März erkannte Sinowjew, daß die Linken die Mehrheit erhalten würden und er begann, sich umzustellen. Doch noch Anfang März erklärte Sinowjew gegenüber Max Hesse, eine rein linke Führung sei abzulehnen, da sie eine Führung der Intellektuellen wäre, die Arbeiter aber die Partei leiten müßten. (Mitt. von Max Hesse an den Verf.)

48a Vgl. a. a. O (*Dokumentation KPD-KI)*, S. 190 f.

Der IX. Parteitag fand vom 7. bis 10. April 1924 in Frankfurt am Main statt. Nach der Aufhebung des Verbots fühlte sich die Partei in einem Zustand der »Halblegalität«[49], denn gegen viele Parteifunktionäre liefen noch Haftbefehle; so wurde der Parteitag illegal durchgeführt. Unter Leitung von Hugo Eberlein und Ernst Schneller hatte ein illegales Komitee den Parteitag in Frankfurt vorbereitet. Dort war gerade Messe und die Ansammlung von 163 Delegierten fiel nicht auf.[50] Da die Veranstaltung gut abgeschirmt war, hatte die Polizei keine Kenntnis davon, daß im Frankfurter christlichen Hospiz ein kommunistischer Parteitag stattfand.[51] An den Beratungen nahmen teil: 124 Delegierte mit beschließender und 5 mit beratender Stimme, außerdem 25 Mitglieder der Zentrale (die 1923 auf dem VIII. Parteitag gewählt und auf der Tagung des Zentral-Ausschuß im Mai ergänzt worden war), 7 Vertreter der Jugendzentrale, einer der Revisionskommission und eine Frauenvertreterin, zusammen also 163 Personen.[52]
Die Delegierten bildeten zwei Fraktionen, die linke Mehrheit von 92 Delegierten (geschlossen die Bezirke Berlin, Wasserkante, Ruhr, Niederrhein, Mittelrhein, Hessen, Rhein-Saar, Westsachsen, Mecklenburg, Pommern, Lausitz, Magdeburg, Schlesien, Baden und Nordbayern, sowie die Mehrheit von Thüringen und die Minderheit von Halle-Merseburg, Ostsachsen und Nordwest) und die Mittelgruppe mit 34 Delegierten (die Delegationen von Erzgebirge, Westfalen, Südbayern und Ostpreußen, sowie die Mehrheit von Halle, Ostsachsen und Nordwest und die Minderheit von Thüringen).[53] Die Rechte war nicht durch Delegierte, sondern nur durch im Jahre 1923 gewählte Zentralemitglieder vertreten. Den politischen Bericht legte die Mittelgruppe vor, von der die Partei seit Dezember 1923 geführt worden war. Die Komintern wurde von einer repräsentativen Abordnung unter Führung von Manuilski (unter dem Pseudonym: Iwanow)[54] und dem Führer der Roten Gewerkschaftsinternationale, Losowski (Pseudonym: Schwarz) vertreten.

---

49 »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 4. März 1924.

50 Am ersten Tag trafen sich die Delegierten in Offenbach, an den drei anderen Tagen im Stadtzentrum von Frankfurt (Vgl. Wolfgang Kießling: Ernst Schneller. Berlin [Ost] 1960, S. 103 f. – Mündl. Mitt. von Heinrich Galm an den Verf.).

51 Die gewöhnlich gut orientierte Abteilung IA der Berliner Polizei schrieb noch am 15. April, wo der Parteitag stattgefunden habe, sei nicht zu ermitteln (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 9, Bl. 166 a), erst im Mai konnte die Polizei den genauen Tagungsort usw. feststellen (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10, Bl. 9 b). Auch das beweist, wie wenig verläßlich Ruth Fischers Darstellung (Stalin u. der deutsche Kommunismus) ist. Sie behauptete, die Polizei habe »natürlich« gewußt, daß in Frankfurt/Main das kommunistische Parteitreffen stattfand (S. 480).

52 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt a. M. vom 7. bis 10. April 1924, Berlin 1924, S. 217.
Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission waren 7 Delegierte unter 25 Jahre alt, 34 von 25–30, 60 von 31–40, 16 von 41–50 und 1 über 50 Jahre. 5 hatten sich vor 1900 organisiert, 51 zwischen 1900 und 1910, 25 von 1911 bis 1914, 18 während und 19 nach dem Kriege. Der USPD hatten 84 Delegierte angehört, dem Spartakusbund 12, direkt von der SPD waren 17 gekommen, 5 waren vorher nicht organisiert gewesen. (Bericht ... IX. Parteitag, a. a. O., S. 399 f.)

53 Referentenmaterial für die Berichterstattung über den 9. (4.) Parteitag der KPD. Nur für Mitglieder der Partei. Hrsg. KPD, o. O. und o. J., S. 4 – StA München I, Abg. 1960, 20.

54 Bibliographie zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, Berlin (Ost) 1960, zusammengestellt von Günter Herting, S. 86 – Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4. Berlin (Ost) 1966, S. 29.

Manuilski überbrachte dem Parteitag den Brief des EKKI, der von Sinowjew unterschrieben war. Die Verlesung des Schreibens löste unter den Anwesenden Unruhe aus.[55] Noch mehr Widerspruch aber gab es, als das zweite Schreiben Sinowjews an die Delegierten verteilt wurde, obwohl Manuilski ausdrücklich betonte, es handele sich nicht um einen Brief, sondern um einen Artikel, der nur den Delegierten gegeben werden solle. »Dieser Artikel darf nicht hinausgegeben werden. Niemand soll es wagen, der kommenden Führung Schwierigkeiten zu machen auf Grund des Artikels und der freundschaftlichen Kritik an einzelnen Fehlern, die in dem Artikel enthalten ist«.[56]

Im offiziellen Dokument des EKKI, dem «Brief», wurden die allgemeinen Aufgaben der Partei umrissen. Auch das EKKI erklärte unmißverständlich, daß allein die »Einheitsfronttaktik nur von unten her« das Ziel sei und Verhandlungen mit SPD-Führern nicht in Frage kämen. Die Bewaffnung der Arbeiter wurde auch weiterhin als «wichtigste Aufgabe der Partei» bezeichnet. Nach Ansicht des EKKI signalisierte der Sieg des linken Parteiflügels in der KPD die Bereitschaft der fortgeschrittenen Arbeiter zum Kampfe.[57]

In der Hauptsache berührte der Brief das Gewerkschaftsproblem. Die KPD wurde aufgefordert, mit aller Entschiedenheit gegen den Austritt der Mitglieder aus den Gewerkschaften vorzugehen. Die von vielen Linken geforderte »neue Taktik« (selbständige kommunistische Gewerkschaften zu bilden) wurde von der Komintern abgelehnt. Die Exekutive schlug deswegen auch vor, einen geplanten Kongreß der oppositionellen Gewerkschafter nicht durchzuführen, um den Führern des ADGB nicht die Möglichkeit zu bieten, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Die sogenannten Reverse (in denen die Kommunisten ihre Loyalität gegenüber den Gewerkschaften schriftlich bestätigen sollten) seien keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage. Mit anderen Worten: man schlug vor, die Reverse zu unterschreiben.[58]

Das EKKI erwartete entweder ein rasches Heranreifen der revolutionären Situation, oder als »zweite Perspektive« eine »sich etwas länger hinziehende Periode, die eine ganze Reihe von Jahren umfassen würde«. Über die Partei selbst hieß es im EKKI-Brief, sie habe sich noch nicht von den sozialdemokratischen Traditionen gelöst, da die Organisation noch nicht auf Betriebszellen aufgebaut sei. Ihre Hauptaufgabe solle die Partei darin sehen, die Fraktionen aufzulösen und damit den Fraktionskampf zu beeenden. Es müsse endlich eine Partei geschaffen werden, »welche hundert Prozent ihrer Kräfte gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten, die Sozialdemokraten, verwendet, und die ihre Kräfte im Bruderkampf innerhalb der Partei nicht vergeudet«.[59]

Das zweite, als »Artikel« deklarierte, Schreiben Sinowjews vom 26. März ging

---

55 Mitt. von Max Hesse und Hans Weber an den Verf. – Im Mai veröffentlichte die Parteipresse den Brief, Ende Mai gab das Polbüro eine »Erklärung« zu Sinowjews Brief ab. (*RF* vom 4. Mai 1924 – »Freiheit« vom 28. Mai 1924 – Vgl. auch Anm. 190.)

56 Bericht ..., a. a. O., (Anm. 52), S. 206 f.

57 Bericht ..., a. a. O., S. 68 ff.

58 Bericht ..., a. a. O., S. 75 f. – *RF* vom 4. Mai 1924 – »Freiheit« vom 13. Mai 1924.

59 Bericht ..., a. a. O., S. 70.

weit ausführlicher auf die innerparteiliche Situation ein, es war viel schärfer gegen einen Teil der Linken gerichtet, denen Sinowjew »ungeheure Fehler der Sieger« vorwarf. Sinowjew führte eine Reihe von Äußerungen von Scholem, Rosenberg, Samosch[60] und Ruth Fischer an[61] und ging nochmals auf die Gewerkschaftsfrage ein. Dabei stellte er fest, daß die Mehrheit der Mittelgruppe in dieser Frage die Irrtümer der Linken teile.

Größte Unruhe löste auf dem Parteitag Sinowjews «Artikel» aus, weil er «zwei Strömungen« im linken Flügel der KPD unterschied. Den »ausgezeichnet revolutionär gesinnten und der Sache der Revolution tief ergebenen« Arbeitern stellte er die Gruppe der »intellektuellen Führer« gegenüber; zwar hätten einige ihre Entgleisungen eingesehen und könnten der Arbeiterbewegung die größten Dienste erweisen; »unter ihnen befinden sich aber auch äußerst unreife Elemente, ohne marxistische Bildung, ohne ernste revolutionäre Traditionen, mit einer Neigung zur leeren revolutionären Phraseologie, die der deutschen kommunistischen Bewegung den größten Schaden zufügen können«.[62]

Für Sinowjew ergaben sich daraus zwei Perspektiven: Entweder würden die Linken mit allen revolutionären Kräften zusammenarbeiten und die Partei voranführen; oder aber sie würden ihren Sieg nur im Rahmen der fraktionellen Strategie ausnutzen, den Genossen aus der Mittelgruppe den Krieg erklären und gegen die Einheitsfronttaktik überhaupt auftreten. Das Ergebnis werde die unvermeidliche Diskreditierung der linken Mehrheit und der Zerfall der KPD sein.

Die beiden Briefe Sinowjews und die mit ihnen übereinstimmende Haltung der EKKI-Vertreter überschatteten den Parteitag. Die konzilianteren Briefe Sinowjews an Maslow-Ruth Fischer bzw. Thälmann-Schlecht vom 31. März[63] (vgl. auch Dok. 1, S. 397 ff.) waren den Delegierten unbekannt, und so verbreitete sich rasch die Meinung, es gebe starke Differenzen zwischen der linken Mehrheit und dem EKKI. Ruth Fischer versuchte zu verhindern, daß der Brief des EKKI von der »Inprekorr«, der kommunistischen Pressekorrespondenz veröffentlicht wurde. Das mißlang ihr, aber sie erreichte, daß die KPD-Presse den Brief nicht nachdruckte.[64]

---

60 Samosch Muschinski, ein junger Parteifunktionär, wurde später aus der KPD ausgeschlossen.

61 Sinowjew führte folgende Fehler der Linken an: »... b) In derselben Sitzung in Berlin erklärte ein anderer hervorragender Führer der Linken, Genosse Rosenberg: ›Die Parteiorganisation muß jetzt mehr im Geiste der genialen Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg aufgebaut werden.‹ ... Wie es mit den Ultralinken öfters vorkommt, hat Gen. Rosenberg vollständig danebengegriffen und verteidigt ›zufällig‹ völlig *nicht*bolschewistische Auffassungen ... d) In der Sitzung des 2. Bezirks (Moabit) hat irgendein Genosse Samosch (Russe) eine ultra›linke‹ Resolution eingebracht, welche die Liquidierung der Praxis der Kommunistischen Internationale überhaupt bezweckt ...« (Bericht, S. 79).

62 Bericht, a. a. O., S. 84.

63 Vgl. *Dokumentation KPD-KI*, S. 190 f. und Dok. 1, S. 397 ff.

64 Protokoll der Erweiterten Exekutive, Februar/März 1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 232. – Sinowjew schilderte später die Differenzen noch schärfer, als sie waren (S. 501): »Wir entsandten damals nach Deutschland drei Genossen des russischen ZK zum Zwecke der Verhandlungen mit der ›linken‹ Leitung. Anfangs gingen die Verhandlungen nur mit großen Schwierigkeiten vonstatten. Unserer Delegation wurde die ultimative Forderung gestellt, den Brief des EKKI, der eine scharfe Kritik der Fehler der Linken enthielt, zurückzunehmen. In der Frage der Einheitsfront und in der Gewerkschaftsfrage prallten die Meinungen besonders scharf aufeinander ...«

Die heftigsten Diskussionen auf dem IX. Parteitag drehten sich um die Frage, welche Haltung die KPD zu den Gewerkschaften einnehmen sollte. Der starke Rückgang der Gewerkschaften Ende 1923 hatte jenen radikalen Kräften Oberwasser gegeben, die eigene kommunistische Gewerkschaften forderten. Ein großer Teil der Kommunisten ließ sich von der allgemeinen Stimmung mitreißen und trat Ende 1923 und Anfang 1924 aus den Gewerkschaften aus. Führer der Linken, aber auch der Mittelgruppe gaben dem Drängen der unteren Parteifunktionäre nach und traten ebenfalls für die Schaffung selbständiger kommunistischer Gewerkschaften oder zumindest für die Stärkung der bestehenden, von den Freien Gewerkschaften abgespaltenen linksradikalen Gewerkschaften ein.

Aus der Zeit der Kämpfe nach 1919 bestand noch die stärkste dieser Gruppen, die »Union der Hand- und Kopfarbeiter«, in der die Kommunisten maßgebenden Einfluß hatten.[65] Allerdings war es im März 1924 innerhalb der Union zu Differenzen gekommen, da Arthur Hammer und andere Führer gegen die KPD-Linie opponierten.[66] Doch konnte die KPD ihren Einfluß halten, so wie sie auch den (im August 1922 gegründeten) »Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter« mit seinen 22 000 Mitgliedern, den Schiffahrtsbund (16 000 Mitglieder) beherrschte[67] und im Industrieverband der chemischen Arbeiter[68] bestimmend war.

Das allgemeine Streben, eigene kommunistische Gewerkschaften zu bilden, war vor dem IX.Parteitag in Berlin besonders groß. Wortführer dieser Gruppe war Wilhelm Schumacher, der Anfang 1924 den Berliner Bekleidungsarbeiter-Verband spaltete und Führer eines selbständigen Verbandes wurde. Zusammen mit Paul Weyer, der in Berlin den Deutschen Industrieverband leitete und mit Paul Kaiser, dem Berliner Vorsitzenden des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter, versuchte diese Gruppe die »Schaffung von Industrieverbänden sofort in Angriff« zu nehmen. Auf mehreren Versammlungen der Berliner Funktionäre kam es zu heftigen Diskussionen zwischen der Gruppe um Schumacher, der KPD-Bezirksleitung und den An-

---

65 Die Union war 1923/24 vor allem im Ruhrgebiet stark. Bei der Betriebsratswahl 1924 erhielt die Union auf 187 Schachtanlagen 184 000 Stimmen, der dem ADBG angeschlossene Bergarbeiterverband 57 000 und die christlichen Gewerkschaften 55 000 Stimmen. (»Der Kämpfer«, Dortmund, vom 5. April 1924.) In der Thyssen-Hütte in Hamborn bekam die Union bei den Betriebsratswahlen 1923 12 000 Stimmen, 1924 sogar 18 000, gegen 6000 bzw. 3000 der freien Gewerkschaften und 3000 der christlichen Gewerkschaft (HStA Düsseldorf, 16 932). Der Reichskongreß der »Union« tagte kurz nach dem KPD-Parteitag am 21./22. Juni 1924 (»Freiheit« vom 25. Juni 1924). – Der Einfluß der »Union« auf die Bergarbeiter ging allerdings von März bis Juni 1924 erheblich zurück; während die »Union« bei den Betriebsratswahlen im März 118 910 Stimmen erhielt, bekam sie bei den Knappschaftswahlen im Juni 1924 nur noch 53 039 (Freie Gewerkschaften: März 92 244, Juni 96 044, Christliche: März 60 666, Juni 62 023). Vgl. Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924. Hrsg. Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Bochum 1924, S. 68. Zur Gesamtentwicklung der Union vgl. Hans-Joachim Krusch: Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung. Berlin (Ost) 1966, S. 101 ff. – Dagmar Schwab: Die Geschichte des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter. Phil. Dissertation. Leipzig 1964 – Bericht, a. a. O. (Anm. 52), S. 13 ff., 44.

66 »Bergarbeiter-Zeitung«, Organ des Bergarbeiter-Verbandes, Bochum, vom 15. März 1924.

67 Führer des Schiffahrtbundes wurde Albert Walter (vgl. seine Biographie, Bd. 2), den Bauarbeiterverband leitete Otto Bachmann (vgl. Bd. 2). Zum Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter vgl. die Arbeit von Dagmar Schwab, a. a. O. (Anm. 65).

68 Dieser Verband war im Dezember 1922 nach einem langen »wilden Streik« in der Anilinfabrik Ludwigshafen gegründet worden. Damals waren drei kommunistische Betriebsräte, unter ihnen

hängern der Mittelgruppe um August Enderle. Während Enderle meinte, die Kommunisten müßten unter allen Umständen in den Gewerkschaften bleiben,[69] wandten sich die Linken nicht grundsätzlich gegen die Gründung von eigenen Industrieverbänden.[70] Unter dem Druck der Mittelgruppe und der Komintern lehnten sie jedoch die Spaltungspolitik der Schumacher-Gruppe ab, diese blieb in der Minderheit.[71]

Der erweiterte Vorstand der als Fraktion zusammengefaßten kommunistischen Metallarbeiter in Berlin hatte allerdings am 3. Mai 1924 als dringendste Aufgabe der Partei beschlossen, »die Unorganisierten innerhalb der Betriebe mit Hilfe der revolutionären Betriebsräte sofort auf der Grundlage des Industrieverbandes zu erfassen«.[72]

Auf dem IX. Parteitag kam es dann zu heftigen Auseinandersetzungen. Ein Kompromißbeschluß sah vor, daß kein Kommunist das Recht habe, ohne Erlaubnis der Parteileitung, die Gewerkschaft zu verlassen.[73] Das war jedoch kein grundsätzliches Bekenntnis gegen eigene Organisationsversuche im gewerkschaftlichen Bereich, da man weiterhin auch die »Zusammenfassung« der nichtorganisierten Arbeiter propagierte.[74] Auch die Einberufung des sogenannten Reichsarbeiterkongresses wurde gegen den Willen der Komintern beschlossen.

Zum Gewerkschaftsproblem hatten auch die Angestellten der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale einen Brief an den Parteitag gerichtet, der ebenfalls die Gemüter erhitzte.[75] Sie forderten darin, der Parteitag solle beschließen: »1. Ablehnung aller Organisationsexperimente, Kampf allen Sondergründungen, Kampf der schematischen Gründung von Industrieorganisationen und schärfster Kampf allen, die innerhalb der Kommunistischen Partei den Austritt aus den Gewerkschaften propa-

---

Max Frenzel (vgl. Bd. 2), gemaßregelt worden, was den Streik auslöste und dann zur Absplitterung der neuen Organisation führte (vgl. auch *RF* vom 30. November und 11. Dezember 1922).

69 Der Führer der Mittelgruppe, Kleine-Guralski, nannte es sogar ein »Verbrechen gegen die Arbeiterschaft«, durch Spaltung eigene Verbände zu schaffen (»Die Internationale« vom 8. April 1924, S. 205).

70 Im März hatte der Bezirksparteitag Westsachsen, der ganz von den Linken beherrscht wurde, für Mai 1924 einen Kongreß der ausgeschlossenen und revolutionären Gewerkschafter gefordert, der »ein Gerippe von Industrieverbänden« schaffen und der Bürokratie »das Handwerk« legen sollte (*RF* vom 18. März 1924).

71 *RF* vom 22. und 29. März 1924.

72 »Gegen den Strom«, Nr. 27, vom 6. Juli 1929 – Vgl. auch »Die Kommunistische Internationale« Jg. 1926, S. 73.

73 *RF* vom 13. April 1924 – Die Beschlüsse des Frankfurter Parteitags. Berlin, o. J. (1924), S. 5. Ruth Fischer sagte, bei der Massenarbeitslosigkeit könne man den revolutionären Arbeitern nur dann zumuten, in den Gewerkschaften zu bleiben, »wenn man ihnen gestattet, den Apparat auch gewaltsam in die Hand zu nehmen«, also die Gewerkschaftshäuser zu stürmen (vgl. »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1926, S. 71).

74 *RF* vom 13. April 1924 – Vgl. auch Protokoll des 5. Kongresses der Kommunistischen Internationale o. O. und o. J. (Hamburg, 1925), Bd. II, S. 875 f.

75 Der Brief war unterschrieben von Karl Begler (Becker?), Hans Bergmann (später Versöhnler, aus der KPD ausgeschieden), Theodor Gabbey (später KPO, nach 1933 als Mitglied der Reichsleitung der KPO zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt), Max Groh (Gohl?), Max Köhler, Irmgard Rasch, Willi Schoenbeck, Hans Schröter, Erich Steffen und Fritz Wiest (vgl. Biographien Bd. 2). Außer diesem Brief hatte auch ein Schreiben Clara Zetkins an den Parteitag Aufsehen erregt. Sie erklärte darin, die Wortführer der Linken seien »in Wirklichkeit keine politischen Führer«.

gieren. 2. Kampf unter allen Umständen und mit allen Mitteln um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.«[76]
Losowski wandte sich ebenfalls gegen die Gewerkschaftstaktik der Linken, die gleichzeitig Arbeit in den alten Gewerkschaften, Organisierung der unorganisierten Arbeiter, Schaffung von selbständigen Industrieverbänden und einen Arbeiterkongreß forderten, und dabei übersähen, daß man sich auf einen Schwerpunkt konzentrieren müsse. Losowski polemisierte vor allem gegen den geplanten Arbeiterkongreß, aus dem eine neue Organisation hervorgehen sollte, obwohl damals kein Mangel an Organisationen bestand. Gerade die Frage des Arbeiterkongresses führte zu scharfen Auseinandersetzungen. Vor allem die niedersächsischen Delegierten Gohr und Bauernochse wandten sich energisch gegen Losowski.[77] Der Parteitag einigte sich in der Gewerkschaftsfrage auf eine Kompromißformel; der geplante Kongreß wurde zunächst hinausgeschoben, doch war niemand mit dieser Regelung zufrieden.[78]
Einheitlichkeit bestand auf dem Parteitag über verschiedene taktische Fragen. Die Linkstendenzen hatten dazu geführt, daß es sogar in der von der Brandler-Gruppe (Brandler, Thalheimer, Karl Becker, Walcher) vorgeschlagenen Resolution hieß: »Die Einheitsfront von unten ist die jetzt erforderliche Taktik«.[79] Auch in den Beschlüssen wurde diese ultralinke These festgehalten. Ebenso vertrat die Mittelgruppe in ihrem Bericht die Auffassung, die Führer der SPD seien eine »Fraktion des deutschen Faschismus unter sozialistischer Maske«.[80] Hier zeigten sich bereits Ansätze der ultralinken Politik, die nach 1928 unter Thälmann betrieben wurde. Selbst die Parole: »Schlagt die Faschisten« wurde vorweggenommen (»im offenen Kampf die völkische Führung und die Organisation zu schlagen«). Dabei haben keineswegs nur die Linken, sondern die Delegierten insgesamt diese Losung unterstützt.
Die wichtigsten Diskussionen auf dem Parteitag erstreckten sich jedoch auf innerparteiliche Probleme. Jede der drei Gruppen konnte in einem jeweils 1½stündigen Referat noch einmal ihre Auffassung darlegen. Für die neue Mehrheit der linken Opposition sprach Ruth Fischer.[81] Sie verteidigte die Resolutionen der Linken zum Parteitag. Alle Aufgaben sollten unter das Generalthema gestellt werden: »Organisation der Revolution«.[82] Ihre Hauptangriffe richtete Ruth Fischer gegen die Mit-

76 Bericht, a. a. O. (Anm. 52), S. 102.
77 »Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition« (Linke KP) Nr. 33 vom 16. November 1926 (Katz). – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10.
78 »Vom Arbeiterkongreß erwarteten breite Arbeitermassen und auch Teile der Partei Beschlüsse zur Gründung neuer revolutionärer Gewerkschaften ... Es galt bei der Vorbereitung des Kongresses, diese Anschauungen unter den Arbeitermassen zu zerstören. Um eine solche Vorbereitungsarbeit zu ermöglichen, wurde der Kongreß auf Ende Juni 1924 vertagt... Der Kongreß fand... Ende Juni in Eisenach statt. Er wurde von Severing verboten, durch Spitzel verraten und von starken Polizeikräften kurz nach seiner Eröffnung aufgehoben und alle Teilnehmer verhaftet.« (Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitags der KPD. 12.–17. Juli 1925. Berlin 1926, S. 60 f.) – Vgl. auch »Freiheit« vom 28. Juni 1924.
79 Bericht, a. a. O. (Anm. 52), S. 179.
80 Bericht, S. 31.
81 Im Bericht des Parteitages sind keine Namen genannt, weil er illegal abgehalten wurde. Daß es sich um Ruth Fischer handelt, ergibt sich aus dem Bericht, S. 238. Vgl. auch Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4 (a. a. O. [Anm. 54], S. 27).
82 Bericht, a. a. O. (Anm. 52), S. 121.

telgruppe, der sie einen »Mischmasch« von Vorstellungen vorwarf.[83] Vor allem aber wandte sie sich gegen die Aufrechterhaltung einer Fraktion durch die Mittelgruppe. Dabei kam sie zu einer eigenartigen Begründung für die Zulassung von Oppositionsgruppen: »Wenn wir in Leipzig gegen Brandler kämpften, hatten wir grundsätzliche, lebenswichtige Fragen. Ich sage, die Opposition ist immer ein Unglück. Wir wußten, daß das gefährlich ist, und wenn wir es trotz der Gefahren gemacht haben, wußten wir, wenn wir aufhören, gegen die liquidatorischen Tendenzen zu kämpfen, werden sie die Partei auffressen. In einer kommunistischen Partei darf man nur eine Opposition haben, wenn es gegen liquidatorische Tendenzen geht, das ist die einzige Rechtfertigung für eine Opposition.«[84]

Ruth Fischer erstrebte eine »Konsolidierung« der Partei, ganz in dem Sinne, wie die Resolution der Linken vorschlug: »Die Partei muß einheitlich gemacht werden. Ihre Führung muß einheitlich sein, ihre Ideologie einheitlich, ihre Struktur einheitlich.«[85] Besonders scharf wandte sie sich gegen die Versuche der Mittelgruppe (und in diesem Falle indirekt auch gegen Sinowjew), die Linken zu spalten. Zwar lehnte sie ultralinke Übertreibungen ab, erklärte aber als Reaktion auf Brandlers Politik Überspitzungen bei einer Parteiumgruppierung als unvermeidlich. Deutlich betonte Ruth Fischer: »Wenn Ihr spekuliert auf den Zerfall der heutigen Parteimehrheit, habt Ihr falsch spekuliert. Wir haben in der KPD zuviel durchgemacht, als daß wir nicht zusammenhalten werden wie die Kletten.«[86]

Referent der Mittelgruppe war August Kleine (Guralski).[87] Er versuchte, die Mittelgruppe besonders von den Rechten abzugrenzen; die Partei, so meinte er, hätte 1923 im Oktober kämpfen müssen, denn 40 % des Proletariats wollten den Kampf. Er forderte vor allem, die Partei müsse bolschewisiert werden. Bolschewisierung, das bedeutete nach Kleine: ideologischer Kampf gegen alle sozialdemokratischen Überreste, aber auch gegen KAP-Abweichungen; Kampf um die Massen und Kampf um die Mehrheit, ideologische Klarheit und Organisierung der Revolution. Kleine wandte sich gegen Rosenbergs Formulierung, die Parteiorganisation müsse mehr im Geiste Rosa Luxemburgs aufgebaut werden und nannte solche Vorstellungen »Menschewismus«. Er warnte vor den offenen und verschleierten Absichten der Linken, gegen die Exekutive der Komintern zu kämpfen.

Für die Rechten referierte Heinrich Brandler.[88] Er versuchte noch einmal, die Haltung seiner Führung 1923 zu rechtfertigen und lehnte die Bezeichnung »rechte Fraktion« ab. »Wir waren keine Fraktion, sondern die Exponenten, die Vertreter der Mehrheit der Partei.«[89] Auch er wandte sich gegen die Mittelgruppe: »Keiner von uns hat ein einziges Mal bestritten, daß wir schwere Fehler gemacht haben, bestritten haben wir nur, daß wir opportunistische Fehler gemacht haben, daß wir

83 Bericht, S. 223.
84 Bericht, S. 229.
85 Bericht, S. 124.
86 Bericht, S. 230.
87 Auch hier wurden keine Namen genannt, vgl. dazu Geschichte . . ., a. a. O. (Anm. 54), S. 27, und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil II. Berlin (Ost) 1966, S. 163.
88 Geschichte . . . und Chronik, a. a. O. – vgl. auch Bericht (Anm. 52), S. 239.
89 Bericht, S. 238.

die Verkörperung der sozialdemokratischen Tendenzen in der KPD sind. Die Linke hat an ihrem intransigenten Standpunkt, den ich für falsch halte, festgehalten. Das größte Verhängnis war das Hin und Her der Mittelgruppe.«[90]
Die härtesten Auseinandersetzungen entstanden durch die Diskussionen über die sogenannten Ultralinken und die Frage nach der neuen Leitung. Manuilski erklärte noch einmal: »Wir haben in der Linken ultralinke Tendenzen«,[91] und stieß auf heftigen Widerspruch; auch sein Vorschlag, eine Zentrale von 19 Mitgliedern und 10 Kandidaten zu wählen, in der alle hervorragenden Personen der Mittelgruppe vertreten sein sollten, wurde von den Linken verworfen.
Arthur Rosenberg sprach sich gegen Sinowjews Artikel aus, in dem unterschieden werde »zwischen den erhabenen Arbeiterführern und der Intelligenz ohne Bildung«.[92] Damit sei nicht nur er (Rosenberg) gemeint, sondern »auch die Genossen Scholem, Ruth Fischer, Maslow«; solche Methode sei sicher nicht im Interesse der Komintern.
Am 3. und 4. Tage der Verhandlungen verschärften sich die Gegensätze weiter. Manuilski protestierte gegen einen Diskussionsredner aus Frankfurt, der erklärt hatte, falsche Beschlüsse der Exekutive seien für die KPD nicht bindend. Zwei Sekretäre aus Halle und der dortige Redakteur Schnetter wollten ihre Posten niederlegen, wenn die linke Mehrheit allein bestimmen würde. Die beiden Resolutionen über die nächsten Aufgaben der Partei und zur Lage wurden zwar einstimmig angenommen, die Resolution über die Taktik erhielt jedoch nur die linke Stimmenmehrheit von 92 zu 34. Die Mittelgruppe wurde in der Entschließung kurzweg für »ideologisch wie organisatorisch unberechtigt« erklärt, und man forderte ihre Auflösung.
Zum Schluß diskutierte die Partei über die Listen für die Reichstagswahl aus den Bezirken und die Reichsliste; dabei entstanden erneut heftige Meinungsverschiedenheiten. Böttcher wurde von der sächsischen Liste gestrichen; auf der Reichsliste wurden außer Remmele und Münzenberg nur Linke aufgeführt. Der Antrag der Mittelgruppe, Ulbricht, Hoernle, Ewert und Hertha Sturm auf die Liste zu setzen, wurde von der Mehrheit abgelehnt. Daraufhin kam es zu schweren Tumulten; die Chemnitzer Delegierten wollten den Parteitag verlassen.[93] Nur mit Mühe ließen sie sich umstimmen, doch kam es bei der Wahl der Zentrale zu weiteren Differenzen. Losowski schlug namens der Exekutive nochmals vor, 19 Mitglieder und 10 Kandidaten zu wählen und auch Clara Zetkin in das oberste Parteigremium aufzunehmen. Die linke Mehrheit lehnte das rundweg ab.[94] Gewählt wurden 11 Vertreter

90 Bericht, S. 239 f.
91 Bericht, S. 253.
92 Bericht, S. 290.
93 Bericht, S. 352.
94 »Freiheit« vom 9. Mai 1924. Die Mittelgruppe beschwerte sich: »Wir verlangen gemäß der Abstimmung der Mitgliedschaft in den Bezirken ein Drittel der Zentrale. Die Opposition [also die Linke, H. W.] hat in dieser Frage keine Diskussion zugelassen, sondern von vornherein gesagt: Drei bekommt ihr und damit Schluß. In der Personenfrage macht man uns angeblich Zugeständnisse, aber in der Art: Ihr könnt nehmen, wen ihr wollt, aber die, die ihr vorschlagt, nehmen wir nicht ... Die Mehrheit hat ... Genossen nach ihrem Gutdünken in die Zentrale kommandiert.« (Bericht, S. 355 ff.)

der Linken und 4 der Mittelgruppe: Ruth Fischer, Arkadij Maslow, Werner Scholem, Iwan Katz, Arthur Rosenberg, Ernst Thälmann, Paul Schlecht, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Arthur König und Max Schütz von den Linken; Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Wilhelm Pieck und Ernst Schneller von der Mittelgruppe.[95] Clara Zetkin erhielt nur 5 Stimmen;[96] die führenden Vertreter der Zentrale wurden beinahe einstimmig gewählt.[97]

Nach ihrem vollen Sieg verkündeten die Linken: »Der Frankfurter Parteitag ist zu einem Konsolidierungsparteitag geworden.«[98] Das war zumindest übertrieben. Allerdings waren die 3 dem Parteitag gestellten Aufgaben formal erfüllt: Abrechnung mit der Vergangenheit, Richtlinien für die Zukunft und eine neue Leitung. Die »Hauptaufgabe«, die Abrechnung mit der Vergangenheit, war eindeutig. Doch die Aufgabenstellung der Partei, die »Organisation der Revolution« zur Hauptlosung zu machen, bewies ein völliges Verkennen der wirklichen Lage.[99] Die Differenzen mit dem EKKI bestanden weiter; in der Gewerkschaftsfrage und der Beteiligung der Mittelgruppe an der Führung war keine Einigung erzielt worden. Der IX. Parteitag schloß eine historische Periode der Parteientwicklung ab, die Partei begab sich auf einen neuen Kurs. Die linke Führung selbst schrieb darüber: »Der Frankfurter Parteitag sah vor sich die bitterste Pflicht, die eine Partei überhaupt im Verlauf ihrer Entwicklung zu erfüllen hat: er mußte den politischen Plan, nach dem die Partei über ein Jahr marschiert war, ein Jahr wichtigster politischer und wirtschaftlicher Ereignisse für falsch erklären, er mußte die Beschlüsse des vorhergehenden Parteitags aufheben; er mußte die Führung der Partei ändern ...«[100]

---

95 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10 – Geh. StA München, 101 235 – Die gewählten Zentrale-Mitglieder wurden namentlich nicht bekanntgegeben (Bericht, S. 357). Die SED veröffentlichte die Mitgliederliste erstmals in der »Chronik« (a. a. O., Anm. 87), S. 164. Darin ist allerdings Heckert anstelle von Schlecht aufgeführt; Heckert wurde jedoch erst nach der Verhaftung Maslows in die Zentrale kooptiert. Vgl. dazu: Das Führungskorps, Bd. 2.

96 Geh. StA München, 101 235. Die Behauptung von Ruth Fischer (Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 483), die Linken hätten der Mittelgruppe mehr Vertreter gegeben, als dieser zustanden, und für die Rechten auch Pieck und Zetkin aufgenommen, ist falsch. Die Rechten hatten keine Delegierten (nicht 11, wie R. Fischer schreibt!) und konnten keinen Vertreter in die Zentrale senden. Pieck kam als Vertreter der Mittelgruppe in die Zentrale, Zetkin wurde überhaupt nicht in die Zentrale gewählt (vgl. Anm. 95).

97 Nach der offiziellen Verlautbarung erhielten die Hauptkandidaten der Linken 118, 117 und 115 von 126 Stimmen (Beschlüsse, a. a. O. [Anm. 73], S. 3 f. – »Freiheit« vom 15. April 1924).

98 »Soz. Republik« vom 14. April, »Freiheit« vom 15. April, »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 15. April 1924 – »Inprekorr«, Nr. 55, vom 16. Mai 1924.

99 Beschlüsse, a. a. O. (Anm. 73), S. 5. Später schrieben die Linken selbst, ihr schwerster Fehler auf dem Frankfurter Parteitag sei es gewesen, daß sie nicht die ganze Schwere der KPD-Niederlage erkannt und die Stabilisierung geleugnet hätten (»Mitteilungsblatt«, Hrsg. Hugo Urbahns, Berlin, vom 1. März 1927 – Vgl. auch das trotzkistische Organ »Der Kommunist«, 1. Jg. Nr. 1, Berlin 1932). Ruth Fischer gab auf dem EKKI-Plenum im März 1926 zu, in Frankfurt habe man keine Bilanz gezogen, nur einen »elenden halben Beschluß« in der Gewerkschaftsfrage angenommen. Sie sagte, die Mehrheit habe die Einheitsfronttaktik nicht gewollt und einen Brandler-Kurs befürchtet. (Protokoll des Erweiterten EKKI [Anm. 64], S. 169).

100 Bericht, a. a. O. (Anm. 52), S. 8.

Die Linken übernehmen den Apparat

Sofort nach dem Parteitag begann die neue linke Führung, den gesamten Apparat der KPD umzubauen und die hauptamtlichen Funktionen mit ihren Anhängern zu besetzen. Da die offenen »Rechten« schon nach der ZA-Tagung im Februar 1924 aus den wichtigsten Positionen verdrängt worden waren, traf diese Maßnahme vor allem die Mitglieder der Mittelgruppe. Alle Angehörigen der Mittelgruppe, die nicht bereit waren, auf die Linie der Linken einzuschwenken, wurden innerhalb weniger Monate abgelöst. Insgesamt wurden etwa 60 bis 70 % der Parteifunktionäre ausgewechselt.[101]

Der Umbau des Parteiapparats begann in der Spitzenführung. Das Polbüro setzte sich anfangs nur aus Vertretern der Linken zusammen. In den ersten Wochen bildeten Ruth Fischer, Maslow und Scholem das Polbüro,[102] Ende April fungierten sie als Politsekretariat; ins Polbüro wurden auch Thälmann, Rosenberg, Schlecht, Schütz und Katz aufgenommen.[103] Aber schon kurz darauf wurde Katz nach Moskau beordert, um dort die Vertretung der KPD im EKKI zu übernehmen (zugleich vertrat Max Hesse die KPD im Orbüro des EKKI). Nach der Verhaftung Maslows am 20. Mai 1924[104] wurde auch Remmele, der sich inzwischen den Linken völlig angepaßt hatte, in die Spitzenführung einbezogen.

Unter Leitung von Scholem entstand ein neues Organisationsbüro (Orbüro), dem auch Geschke und Schneller angehörten.[105] Die eigentlichen Führer der KPD in den folgenden Monaten waren: für die Politik Ruth Fischer und (aus dem Gefäng-

---

101 Mitt. von Erna Halbe, Fritz Altwein, Joseph Schlaffer, Hans Weber, Max Hesse, Theodor Koegler an den Verf. – Vgl. auch Tjaden, a. a. O. (Kap. 1, Anm. 2), S. 44. Schon vor dem IX. Parteitag hatten die Linken auf dem Bezirksparteitag Westsachsen verkündet, wo eine linke Mehrheit bestehe, dürfe »man auch nicht einen Funktionär dulden, der auf dem Boden der Mittelgruppe steht« (»Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 16. März 1924).

102 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10 – BuA Koblenz, Akten Justizministerium, 135/8472, 196 – Mitt. von Ruth Fischer, Max Hesse und Max Köhler an den Verf.

103 a.a.O. – Vgl. dazu auch Dok. 2.

104 Maslow wurde am 20. Mai 1924 im Berliner Lustgarten unter dem Verdacht des »Handtaschendiebstahls« verhaftet. Ruth Fischer, S. 487, läßt die Vermutung durchblicken, die Komintern habe ihn der Berliner Polizei in die Hände gespielt. Das ist sicherlich falsch, denn inzwischen war eine Annäherung der neuen KPD-Führung an das EKKI unter Sinowjew erfolgt. Moskau konnte also kein Interesse an der Ausschaltung Maslows haben.
Die KPD-Presse reagierte sehr scharf auf Maslows Verhaftung. So brachte die Düsseldorfer »Freiheit« (die »Rote Fahne« war gerade verboten) auf der ersten Seite die große Schlagzeile: »Höchste Aktivität. Maslow verhaftet. Wie antworten wir?« Das Blatt schrieb: »Unser Genosse Max Maslow ist verhaftet ... wie ein Donnerschlag hat diese Nachricht unsere Partei zusammengerüttelt. Die Hunde wußten, was sie uns antaten, daß sie diesen besten Kopf, diesen umsichtigen Führer uns raubten ... Die Stunde muß kommen, wo wir Vergeltung üben.« Die Zeitung rief auf zur höchsten Alarmbereitschaft, zum Kampf auf Leben und Tod. Die Tatsache, daß auch der »Vorwärts« geschrieben hatte, Maslow sei wegen Handtaschendiebstahl verhaftet, veranlaßte die »Freiheit« zu schreiben: »Das sozialdemokratische Lumpenpack wird von Tag zu Tag schmieriger.« (23. Mai 1924.) Auch die »Sozialistische Republik« stellte die Losung auf: »Heraus mit Maslow.« (23. Mai 1924.) Das Polbüro kritisierte, daß Maslow ohne Haftbefehl festgenommen wurde und daß man ihn wegen der Vorbereitung des Oktober verhaftete, obwohl er sich im Sommer und Herbst 1923 gar nicht in Deutschland aufgehalten hatte. (»Soz. Republik« 28. Mai 1924.)

105 Vgl. Anm. 102.

nis heraus) Maslow,[106] die Organisation leitete Scholem, für die Außenpolitik war Rosenberg zuständig, und für die ideologische Linie war neben Korsch, dem Chefredakteur der »Internationale«, Sommer (Winternitz-Lenz) verantwortlich, der von Frankfurt in die Zentrale geholt worden war, um die Agitprop-Abteilung aufzubauen.[107]

Dieses Führungsgremium versuchte zunächst den Apparat der Zentrale umzubauen und mit Linken zu besetzen. In die Orgabteilung wurden die Berliner Grylewicz und Bartz berufen. Als Leiterin der Frauenabteilung holte man die Linke Erna Halbe von Magdeburg nach Berlin; den Pressedienst übernahm der Linke Dr. Friedrich Neumann, Chefredakteur der »Roten Fahne« wurde der Linke Unger-Schumann,[108] und in die Redaktion wurden Linke wie Dörr, Apelt, Liese und aus Moskau Frida Rubiner geholt.

Die größten Schwierigkeiten entstanden der Zentrale mit der Gewerkschaftsabteilung. Sie besaß nicht nur den umfangreichsten Apparat, sondern war auch eine Domäne der Rechten und Mittelgruppen-Anhänger. Das Polbüro übertrug zunächst dem linken Zentralemitglied Max Schütz die Leitung dieser Abteilung. Auf einer Sitzung des Polbüros im Mai 1924 wurde eine genaue Übersicht darüber gegeben, wer dieser Abteilung angehörte (vgl. Protokoll, Dok. 2). Bald darauf wurde ein Teil der Mitarbeiter entlassen oder in andere Funktionen abgeschoben. Später übernahm der völlig auf die neue Linie der Zentrale umgeschwenkte Fritz Heckert die Leitung der inzwischen beträchtlich reduzierten Gewerkschaftsabteilung.[109]

Parallel dazu begann die Zentrale, auch die Bezirke gleichzuschalten. Die Bezirke, die auf dem Frankfurter Parteitag bereits links gestanden hatten, wurden sofort einheitlich ausgerichtet; ihr Apparat befolgte die Anweisungen der linken Zentrale, die Opposition ging zurück. Im Bezirk Niederrhein wurden beispielsweise die Beschlüsse des IX. Parteitages im Bezirksausschuß gegen nur eine Stimme angenom-

---

106 Wenzel (a. a. O. [Kap. 1, Anm. 78], S. 278) zieht daraus den Schluß, Maslow könne doch mit der Polizei zusammengearbeitet haben. Nach allen Unterlagen, die mir zur Verfügung standen, gibt es für solche Annahme keinerlei Hinweise.

107 Allerdings wurde noch auf dem X. Parteitag 1925 erklärt, die Abteilung sei »erst im Aufbau begriffen« (Bericht des X. Parteitags, S. 2). Später warf Sinowjew Ruth Fischer vor: »... Solche Elemente wie Lenz sollen lernen, lernen bei den Arbeitern, nicht aber die Arbeiterschaft belehren ... Dann die Frage der Schaffung einer Gewerkschaftskommission. Wir haben nicht verstanden, warum man dagegen war. Jetzt ist es uns klar. Weil Lenz und das ZK nicht genug Zeit hatten, auch die Gewerkschaftskommission zu machen und ihnen keine anderen Genossen als sicher genug erschienen. Daher hat man keine Gewerkschaftskommission geschaffen. Das ist keine Übertreibung, so war die Lage. Man macht nichts in der Gewerkschaftsfrage, die eine Lebensfrage für die Partei ist ...« (Der neue Kurs. Reden der Genossen Bucharin und Sinowjew / Brief des EKKI. Hrsg. ZK der KPD, Berlin, 25. September 1925, S. 22.)

108 Schumann-Ungers Biographie konnte nicht gebracht werden, vgl. V. Das Führungskorps, Bd. 2.

109 Im Bericht über den X. Parteitag vom Juli 1925 (a. a. O., Anm. 78, S. 60) heißt es darüber: »Nach dem Frankfurter Parteitag wurde die Zentrale, Abt. Gewerkschaften, wiederholt eingeschränkt. Ferner wurden dem Sekretariat der Abteilung auch die Abteilungen Genossenschaft und Land angeschlossen. Erst vor wenigen Monaten wurde die endgültige Umorganisierung durchgeführt. Die Gewerkschaftsabteilung wurde als selbständiges Organ umgestellt zu einem Gewerkschaftssekretariat, dessen Mitarbeiter direkt mit dem politischen Büro arbeiten. Die Zahl der im Gewerkschaftssekretariat tätigen Genossen ist auf einen geringen Prozentsatz gegenüber dem früheren Zustand eingeschränkt. Das Sekretariat ist jetzt ein ausführendes Organ des Polbüros.«

men.[110] Bald wurden auch die auf dem Frankfurter Parteitag noch gegen die Linken opponierenden Bezirke unterworfen. Zuerst wurde der wichtige Bezirke Halle-Merseburg erobert. Die von Wilhelm Koenen geleitete Mittelgruppe zerfiel dort rasch, als Koenen nach dem Parteitag zu den Linken überwechselte. Das Polbüro schickte Kurt Rosenbaum aus dem Ruhrgebiet als Polleiter nach Halle, besetzte alle hauptamtlichen Funktionen mit Linken, und in kurzer Frist stand der Bezirk nach außen hin geschlossen hinter den Linken. Nach Thüringen, wo die Mittelgruppe ebenfalls starken Anhang besaß, entsandte die Zentrale Ernst Schwarz als Polleiter (er arbeitete unter dem Pseudonym Thiede). Auch hier schien es, als sei der Bezirk geschlossen zu den Linken übergegangen; doch wurden die Anhänger der Rechten und der Mittelgruppe anfangs passiv oder ihr starker Anhang isolierte die Bezirksleitung, so daß diese »in der Luft« arbeitete.[111]

Den Bezirk Südbayern hatte der von der Zentrale als Kommissar entsandte August Creutzburg schon nach wenigen Wochen für die Linke gewinnen können. Ebenso erklärte sich nach einigen Funktionswechseln der Bezirk Ostsachsen für die Linie des IX. Parteitags. Der Bezirk Ostpreußen sprach sich zwar ebenfalls für die Linken aus, aber noch im Spätherbst stellte dieser Bezirk Ernst Meyer, den eigentlichen Führer der Opposition gegen die Ruth Fischer-Führung, als Spitzenkandidat für die Landtagswahl auf.[112]

Schwierigkeiten hatte die Zentrale besonders mit den Bezirken Nordwest (Bremen) und Erzgebirge (Chemnitz). In diesen beiden Bezirken, die seit 1921 am schärfsten gegen die linke Opposition aufgetreten waren, stieß die neue linke Führung auf den größten Widerstand. Das Funktionärsorgan der Bremer KP »Bolschewist« vertrat nach dem IX. Parteitag weiterhin offen die Linie der Mittelgruppe. Die Berliner Organisation warf dem Blatt vor, es mache sich zur Aufgabe, die »Brandlerschen Tendenzen in der KPD nicht verkümmern zu lassen«.[113]

Unmittelbar nach dem IX. Parteitag, am 12. April 1924, lehnte der Bezirksausschuß Nordwest unter Leitung des Rechten Wilhelm Deisen und der Mittelgruppen-Anhänger Rudolf Lindau und Gesine Becker mit 23 zu 20 Stimmen die Ergebnisse des Parteitages ab. Gegen 6 Stimmen protestierte eine Funktionärsversammlung in Bremen gegen den Ausschluß der Mittelgruppe von der Führung der Partei. In Bremen wurde auch der Brief Clara Zetkins an den Parteitag verteilt. Die Zentrale entsandte Iwan Katz und Eugen Eppstein nach Bremen, um auf die Funktionäre Einfluß zu nehmen. Eppstein konnte anfangs den Kommunistischen Jugendverband gewinnen, auch der Chefredakteur der Bremer »Arbeiterzeitung«, Fritz Globig, und Gesine Becker gingen zu den Linken über. Lindau wurde von der Polizei verhaftet, so daß die Gruppe um Deisen in die Minderheit gedrängt wurde. Am 5. Mai bestätigte eine Funktionärsversammlung die neue Linie der Linken. Der bisherige Polsekretär Georg König[114] wurde entlassen, Eppstein übernahm die Leitung des

110 »Freiheit« vom 19. April 1924.
111 Mitt. von Fritz Altwein an den Verf.
112 Vgl. *Dokumentation KPD-KI*, S. 199.
113 »Der Funke«, Berlin, Nr. 7 vom 12. Mai 1924.
114 Georg König (19. 9. 1886–18. 11. 1965), Metallarbeiter, 1907 Mitglied der SPD, im Weltkrieg

Bezirks, der Linke Max Kranz wurde als Orgleiter nachgeholt. Schon der Bezirksparteitag vom August 1924 sprach sich einhellig für die Unterstützung der Ruth Fischer-Führung aus.

Als der Zentral-Ausschuß am 20. Mai 1924 erstmals nach dem IX. Parteitag zusammentrat, war nur noch ein einziger Bezirk gegen die Linken: Erzgebirge-Vogtland. Dort hatte der Bezirks-Ausschuß kurz nach dem IX. Parteitag mit großer Mehrheit eine Resolution gegen die taktischen Beschlüsse des Frankfurter Parteitags angenommen. Auch im Zentral-Ausschuß stimmte die Chemnitzer Delegation gegen die vorgeschlagene Linie. Frühere Anhänger der Brandler-Gruppe wie Siewert, Vettermann, Borowski und andere bestimmten die Linie des Bezirks. Die Zentrale unterstützte die linke Gruppe um Bertz, entsandte das Zentrale-Mitglied Paul Schlecht als Polleiter und bereitete systematisch den Umschwung vor. Noch im Mai trat ein Bezirksparteitag zusammen, der nunmehr den Kurs des IX. Parteitags billigte. Auf dem V. Weltkongreß im Juni wurden die letzten Differenzen zwischen der Zentrale und den Bezirken der früheren Mittelgruppe im Apparat ausgeräumt. Damit stand der Parteiapparat in Zentrale und Bezirken geschlossen hinter der neuen linken Führung.[115]

Am 20. Juli 1924 tagte der Zentral-Ausschuß erneut; diesmal wurden alle Resolutionen einstimmig angenommen. Ruth Fischer verkündete die »Konzentration aller revolutionären Kräfte«. Es wurde der Abschluß der Parteidebatte festgelegt, zur »Aktivierung und Bolschewisierung der deutschen Partei« aufgerufen, und beschlossen, »nie wieder im Bunde mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie« zu arbeiten.[116]

Mit der Eroberung des Parteiapparats hatte die linke Zentrale einen wichtigen Erfolg errungen: der erste Schritt zur Gleichschaltung der Partei war geglückt.

Den Ausgang der Reichstagswahlen vom Mai 1924, die der KPD einen Erfolg brachten, wertete die neue Führung als Bestätigung ihrer Politik. Die KPD gewann vor allem in den früher linken Bezirken (Ruhr, Hamburg, Berlin, auch Oberschlesien). Sie verlor jedoch in Thüringen und Sachsen. Dieses Ergebnis galt als Beweis dafür, daß die KPD 1923 in den Industriegebieten die Bevölkerung hinter sich gehabt hatte und »kämpfen konnte und mußte«. Der Wahlsieg wurde auch mit der Festigung der Partei begründet, die »vollkommen konsolidiert« sei.[117]

Schien in den ersten Wochen nach dem IX. Parteitag der Siegeszug der Linken in der KPD unaufhaltsam, so trat doch bald wieder eine Ernüchterung ein. Zwar hatte ein großer Teil der Mittelgruppen-Führung vor den Linken kapituliert, doch war

---

Spartakusbund. Delegierter des Gründungsparteitages der KPD, von 1920 bis 1924 Parteisekretär der KPD Bremens. Als »Rechter« abgesetzt, Gewerkschaftssekretär in Mitteldeutschland. Ab 1934 im Zuchthaus und KZ, nach 1945 Mitglied der SED (vgl. Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll u. Materialien. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber, Frankfurt/Main 1969, S. 321.)

115 »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 20. Juni 1924 – Bericht über den X. Parteitag der KPD (a. a. O., Anm. 78), S. 24 und 27.

116 *RF* vom 22., 24. und 25. Juli 1924 – »Freiheit« vom 24. Juli 1924.

117 Ruth Fischer schrieb: »Die Sozialdemokratie ist in den alten linken Bezirken am besten geschlagen worden.« (»Der Funke«, Nr. 7 vom 12. Mai 1924.)

gerade bei den mittleren Funktionären die Opposition gegen den linken Kurs noch stark. Am 16. Juni 1924 ließ Scholem auf einer Berliner Funktionärsversammlung erstmals durchblicken, daß die oft beschworene Konsolidierung der Partei eben doch nur eine Festigung des Apparats, nicht aber der Gesamtpartei im Sinne der Linken bedeutete. Scholem rügte nicht nur die Müdigkeit der Parteimitgliedschaft, er sagte den Berliner Funktionären, die Zentrale habe »mehr Schwierigkeiten, als draußen gedacht«. Nach seinen Worten betrieben »unverantwortliche ehemalige Parteiführer« eine bewußte Zersetzung, so daß die Zentrale nicht selten genötigt sei, »altbekannte Funktionäre abzusägen«. Obwohl die Bezirke von Linken geleitet würden, mache die Opposition allenthalben Schwierigkeiten, vor allem wegen des neuen Stils der Parlamentsarbeit und des sinkenden Einflusses in den Gewerkschaften.[118]

Nachdem der Apparat von der Opposition gereinigt war, entschloß sich die Zentrale Mitte 1924, auch in der Partei selbst durchzugreifen. Der große Rückgang in der Parteimitgliedschaft (Mitte 1924 zählte die KPD nur noch ein Drittel des Mitgliederbestandes von 1923; vgl. Materialien, S. 362) war zumeist nicht eine Folge des Ausscheidens der Rechten und Mittelgruppen-Anhänger (nur wenige Rechte wie Stolzenburg in Essen, traten aus der Partei aus). Der Rückgang der Mitgliedschaft war hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß unzufriedene Mitglieder, die mit der revolutionären Welle 1923 in die Partei gekommen, aber in ihr nicht verwurzelt waren, wieder ausschieden.

Im Juli 1924 begann der Ausschluß der Rechten aus der Partei.[119] Zugleich wurde das innerparteiliche Regime straffer gehandhabt. Unter Berufung auf die »revolutionäre Disziplin« schuf die Zentrale eine fast militärische Ordnung in der Partei,[120] die erst recht oppositionelle Stimmungen weckte. Die Rechten um Brandler hatten ohnehin versucht, von Moskau aus weiterhin festen Kontakt zu ihren Anhängern zu halten. Als das entdeckt wurde, erhielten Brandler, Thalheimer und andere Rechte Verwarnungen wegen Fraktionstätigkeit. Es scheint, als hätten sie

118 BuA Koblenz, R. 43 I, 2671, Bd. 7 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10. Ähnlich Scholem in einem Artikel »Feinde ringsum«, in dem er von »Mißvergnügten« schrieb, die »beiseite gestellt, ingrimmig darauf warten, daß die Linke abwirtschaftet«. (»Der Funke«, Nr. 16 vom 15. September 1924.)

119 Die Düsseldorfer »Freiheit« berichtete am 7. Juli 1924, in Barmen seien die »Rechten« Fritz Ruppert und Alfred Schuh ausgeschlossen worden. Am 10. Juli schrieb das Blatt, Gustav Schmidt aus Milspe sei ausgeschlossen worden, da er durch »Zusammengehen« mit der Sozialdemokratie die KPD »kompromittiert« habe.

120 Die Parteipresse brachte im Juni einen großaufgemachten »Parteibefehl«, der Mitgliedern bei Strafe des Ausschlusses verbot, irgendwelche Aussagen bei polizeilichen oder gerichtlichen Vernehmungen zu machen (»Freiheit« vom 5. Juni 1924 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 4. Juni 1924 – »Aachener Arbeiter-Zeitung« vom 5. Juni 1924).
Auf Funktionärsversammlungen löste man die frühere »sozialdemokratische Form« der Veranstaltung ab. So diktierte Polleiter Eppstein auf einer Bremer Funktionärsversammlung (18. 8. 1924), die Parteimitglieder hätten sich »distriktweise an Tische zu setzen, niemand dürfe vor Versammlungsende den Saal verlassen« (StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 6). Die Maßnahmen wurden mit der Gefahr eines drohenden Parteiverbots gerechtfertigt: aus diesem Grunde sei stärkere Disziplin notwendig. Die BL Ruhr rief im November 1924 alle Gruppen auf, den gesamten Parteiapparat an die illegale Arbeit zu gewöhnen. (HStA Düsseldorf, 16934.)

daraufhin (außer in gelegentlichen Gesprächen mit aus Deutschland kommenden Funktionären) nicht mehr versucht, organisiert zu arbeiten.[121]
In Deutschland verschickten Vertreter ausgesprochen rechter Anschauungen um Karl Jannack illegale Materialien. Die Gelder dafür erhielten sie angeblich von Radek über die sowjetische Botschaft.[122] Auch der Ausschluß Jannacks im Oktober konnte diese rechten Strömungen nicht aus der Partei verbannen. Es waren weniger die Rundbriefe, die Jannack auch weiterhin illegal in der KPD verbreitete (vgl. dazu den Brief, Dok. 4), als vielmehr die allgemeine Situation der Partei, die Kritik hervorrief. Die Methoden der linken Führung verstärkten die Opposition ebenso wie die Tatsache, daß die KPD im Herbst und Winter 1924 weiterhin an Einfluß verlor. Gegen diese oppositionellen Stimmungen[123] versuchte die linke Führung ihre Anhänger zu mobilisieren[124] und die Rechten in der Partei durch weitere Ausschlüsse zu dezimieren.
Nach der schweren Wahlniederlage vom Dezember 1924 befürchtete die Leitung ein erneutes Aufleben der rechten Opposition; sie verkündete deshalb, daß alle früheren Rechten »rücksichtslos ausgeschlossen« würden, falls sie Fraktionen bildeten. Doch selbst in linken Bezirken kam es zu Protesten.[125]
Im Januar 1925 wurden führende Funktionäre in Bremen (Deisen, Brodmerkel und andere)[126] wegen »Verdächtigungen gegen führende Personen in der Partei« und Verbreitung »illegaler anonymer Briefe« aus der KPD ausgeschlossen. Das gleiche Schicksal widerfuhr in Hamburg Westermann und anderen Funktionären. Im ersten Vierteljahr 1925 traten in Sachsen 57 Kommunalabgeordnete und eine

---

121 Mündl. Mitt. von Heinrich Brandler an den Verf. – Vgl. dazu Tjaden, a. a. O. (oben, Kap. 1, Anm. 2), S. 49 f.

122 Mitt. von Heinrich Brandler und von Max Hesse an den Verf. Die Rundbriefe erschienen noch 1925. Nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten verschickte die Jannack-Gruppe einen Rundbrief mit einem genauen innerparteilichen Situationsbericht (vgl. Dok. 4, S. 407 ff.). Die Zentrale verfügte daraufhin, wer Jannack-Briefe erhalte, müsse dem Ortsgruppenleiter Mitteilung machen, dieser habe die BL zu benachrichtigen (*RF* vom 30. Juni 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 2. Juli 1925 – »Soz. Republik« vom 3. Juli 1925).

123 Im September 1924 lehnte eine Versammlung in Chemnitz nur knapp (38 gegen 37 Stimmen) einen Mißtrauensantrag gegen die Zentrale ab.

124 Ende Dezember 1924 verlangte der Unterbezirk Essen in einem Rundschreiben, »Fraktionen der Anhänger Brandlers« zu ermitteln. Den Arbeitsgebieten und Blocks sollte ein Genosse »zur Überwachung« zugeteilt werden (HStA Düsseldorf, 16 934).

125 So fand im Unterbezirk Essen am 15. Dezember 1924 eine stürmische Versammlung statt. Gerade im Ruhrgebiet hatte die KPD große Stimmenverluste erlitten. Die Ausschaltung ehemaliger Führer wie Graul und anderer und die Methoden der neuen Leitung um Schwan und Kollwitz brachten die Funktionäre gegen diese auf. Nach einem Polizeibericht wurden die amtierenden Führer als Schieber und Feiglinge beschimpft.
Doch während solche Stimmungen in Funktionärsversammlungen nicht atypisch schienen, waren die Linken auf Delegiertenkonferenzen absolut bestimmend. Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz Ruhr vom 1. Februar 1925 wurde z. B. eine Resolution für den Ausschluß Brandlers und Thalheimers von 482 Delegierten bei nur 4 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen angenommen.

126 Sie wurden »für ein Jahr« aus der Partei ausgeschlossen (StA Bremen, IIA 12a, Bd. 12 – »Arbeiterzeitung«, Bremen, vom 6. Januar 1925). Johann Brodmerkel (29. 3. 1887–2. 2. 1932) war Delegierter auf dem KPD-Gründungsparteitag und einige Jahre lang Abgeordneter der Bremer Bürgerschaft. Er wurde Ende 1925 wieder in die KPD aufgenommen, aber 1929 als »Rechter« erneut ausgeschlossen. Vgl. Der Gründungsparteitag, a. a. O. (Anm. 114), S. 337. Deisen, vgl. Biographie, Band 2.

Landtagsabgeordnete der KPD zur SPD über. Diese »Reinigung« wurde zwar von den linken Kreisen der KPD begrüßt,[127] sie verminderte aber keineswegs die oppositionelle Stimmung.

Vielmehr erfolgte eine Annäherung verschiedener Tendenzen der Mittelgruppe und der Rechten,[128] die sich Anfang 1925 um Ernst Meyer, Jakob Walcher und Paul Frölich zu einer festen Fraktion verbanden. Allerdings hatten sie im eigentlichen Parteiapparat nicht Fuß fassen können, und sie setzten ihre Haupthoffnungen auf ein Eingreifen der Komintern. Mit den Rechten um Brandler wollte Ernst Meyer überdies nicht fraktionell zusammenarbeiten, da er »eine *homogene* bolschewistische Opposition im Rahmen der Partei zu schaffen« gedachte. Die Erklärungen Brandlers und das Fraktionsmaterial Jannacks stimmten ihn skeptisch und ließen eine Zusammenarbeit kaum möglich erscheinen. Auch die Erinnerung an den Leipziger Parteitag 1923, wo er sich »durch Brandler ohne Widerspruch (hatte) betrügen lassen«, hielten ihn davon ab (vgl. Brief an Fischer, Dok. 3). Der Einfluß dieser Gruppe auf die Gesamtpartei ist also nicht sehr groß gewesen.

Mit der Parole »Die Durcharbeitung muß weitergehen«[129] versuchte die Parteiführung auf verschiedenen Konferenzen, die ehrenamtlichen Funktionäre zu aktivieren und gegen die Rechten zu mobilisieren. Immer häufiger wurde die Forderung nach Ausschluß Brandlers und Thalheimers erhoben[130] und die »Begrabung des Brandlerismus« verlangt.[131]

In traditionell rechten Bezirken, vor allem in Württemberg, sammelte sich Anfang 1925 die Opposition gegen die linke Zentrale wieder. Wie schwer sich die Linke gerade im Funktionärkorps durchsetzen konnte, zeigt die Abstimmung auf einer Funktionärkonferenz, die 110 Stimmen für die Linken und 68 für die Rechten ergab.[132]

---

127 Für die Geisteshaltung bestimmter Gruppen ist eine Entschließung des UB Vegesack nach dem Ausschluß von Deisen und anderen ehemaligen Spartakusführern typisch. In der Resolution hieß es, der UB nehme »mit Genugtuung von dem Ausschluß der Menschewisten Deisen und Konsorten Kenntnis«, er hoffe, »daß auch in dieser Frage *endlich* in unserem Bezirk mit der Bolschewisierung der Partei begonnen wurde«. Der UB verlangte von der BL, »daß sie mit allen Heloten und Moralfatzken wie Deisen und Konsorten, die nur die Parteiarbeit stören, so verfährt«. (StA Bremen, IIA, 12 a, Bd. 6.)

128 Natürlich gab es auch Zusammenkünfte der verschiedenen rechten Gruppen. So trafen sich in Essen im Dezember 1924 Jannack, Ernst Graul, Georg Stetter u. a. mit Karl Becker, der wiederum Ernst Meyer nahestand. Graul, Stetter und vier andere Mitglieder wurden deswegen am 18. Februar 1925 aus der KPD ausgeschlossen (»Westf. Kämpfer« vom 8. März 1925).

129 »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 23. Oktober 1924.

130 Auf einer KPD-Konferenz Rhein-Ruhr, an der fast 500 Funktionäre der Bezirke Niederrhein, Mittelrhein und Ruhr teilnahmen, waren 7 Vertreter der Zentrale anwesend und versuchten, die Delegierten entsprechend zu beeinflussen.

131 *RF* vom 7. April 1925.

132 Der Bezirksausschuß stimmte am 25. Januar 1925 mit 18 gegen 7 Stimmen für die linke Führung. Aber in den folgenden Monaten festigte sich die Opposition und im Juni 1925 kam es auf dem Bezirksparteitag noch zu heftigen Tumulten. Doch auch hier wurde die Resolution der Linken mit 112 gegen 12 Stimmen angenommen (StA Bremen, IV, 27, Bd. 5 – »Süddeutsche Arbeiterzeitung« vom 27. und 28. Januar 1925).

Im Protokoll einer Polbüro-Sitzung heißt es darüber: »... Rechte Fraktion in Stuttgart hat Tagung im Metallarbeiterverband gehabt ... In einer Fraktionssitzung wurde ausgeführt: ›Sinowjew und Stalin stützen sich nur auf die Partei und ihre jetzige Zentrale, wankt diese, so treten sie zurück von Leitung der Internationale und machen Trotzki Platz.‹ In der Fortsetzung der Funktionärversammlung wurde die Resolution Mössner zugunsten einer von Janus, Redakteur an der

Insgesamt wurde 1924/25 jedoch nicht nur der gesamte Apparat von den Linken beherrscht, auch innerhalb der Partei war die Opposition an die Wand gedrängt. Die KPD bot das Bild einer erstaunlichen Einheitlichkeit. Während ihr Einfluß weiter zurückging, schien ihre Geschlossenheit größer denn je.

Der V. Weltkongreß der Komintern und die Aussöhnung mit dem EKKI

Nach dem Frankfurter Parteitag gab die linke KPD-Zentrale ganz offen »einen gewissen Differenzpunkt« mit der Komintern zu. Obwohl die KPD in der Gewerkschaftsfrage auf die offizielle Linie der Komintern eingeschwenkt war, bestanden über einige taktische Probleme weiterhin Unstimmigkeiten. Die KPD beabsichtigte, auf dem V. Weltkongreß der Komintern ihre Taktik der »Massenmobilisierung von unten« auf die ganze Komintern zu übertragen, allerdings »ohne jede mechanische Übernahme deutscher Formeln«.[133]
Die Vorstellung, die gesamte Komintern solle gleich der KPD einen stärkeren Linkskurs steuern, war von der EKKI-Vertretung auf dem Frankfurter Parteitag noch zurückgewiesen worden. Durch ständige Kontakte und Beratungen zwischen EKKI und KPD-Führung waren jedoch nach wenigen Wochen alle wesentlichen Streitfragen beseitigt.[134] Als eine starke deutsche Delegation Mitte Juni 1924 zum V. Weltkongreß in Moskau eintraf, hatte die KPD unter Führung Ruth Fischers die Meinungsverschiedenheiten mit der Komintern so gut wie überwunden.
Auf dem Weltkongreß, der vom 17. Juni bis 8. Juli in Moskau tagte, spielte die deutsche Abordnung eine bedeutende Rolle. Thälmann und Geschke wurden ins Präsidium der Tagung gewählt; neben dem sowjetischen Staatsoberhaupt Kalinin und dem Inder Roy sprach Ruth Fischer während der Eröffnungskundgebung auf dem Roten Platz. Die deutsche Delegation (41 ihrer Mitglieder hatten beschließende, 16 beratende Stimme) war neben der sowjetischen die weitaus größte. Die

---

Süddeutschen Arbeiter-Zeitung, zurückgenommen, die sich vor dem ZA verbeugt. Durchführung der Beschlüsse des V. Weltkongresses verlangt. Anwendung der Lehren Lenins in der praktischen Politik, Losung: Heran an die Massen, Eroberung der Mehrheit der Arbeiter, Regierung der Werktätigen. Notwendigkeit, mit den einfachen sozialdemokratischen Arbeitern zur Aktion zu gelangen, Ablehnung parlamentarischer Manöver. In der Diskussion wurde die geschickte Täuschung durch diese Resolution entlarvt durch einen plumpen Vorstoß von Willem, der die Beschlüsse des letzten Bezirksausschusses angriff. Auf diesem Bezirksausschuß war die Resolution der Zentrale mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen worden. Dagegen hatten die Delegierten von Stuttgart gestimmt, dafür Vertreter aus der Provinz.
Die Abstimmung auf der Funktionärkonferenz ergab 110 gegen 68 für die Resolution von Janus. Es wurde ferner beschlossen, sie zu veröffentlichen. Das ist aber nicht geschehen. Gegen den Ausschluß Brandlers wurde ausgeführt: beide Genossen leben im Ausland, würden von der deutschen Justiz verfolgt, könnten sich nicht frei in deutschen Zeitungen äußern, sich nicht verteidigen, genössen die Gastfreundschaft der russischen Partei, hätten große Verdienste und Fähigkeiten. Hätten sie Fehler gemacht, so andere führende Genossen auch, z. B. in der Gewerkschaftsfrage. Nach der Funktionärversammlung Mitgliederversammlung in Cannstatt. 100 Anwesende, einstimmig für die Zentrale, abgerückt von den Vertrauensleuten. Im Betrieb, wo Mössner Betriebsrat ist, wächst Stimmung gegen ihn . . .« (Sitzung des Polbüro vom 2. Februar 1925; StA Bremen, IV 23, Bd. 1).

133 Beschlüsse des Frankfurter Parteitags, a. a. O. (Anm. 73), S. 4.

134 Mitt. von Max Hesse – damals Vertreter der KPD beim EKKI – an den Verf.

deutsche Frage nahm auf dem Kongreß einen breiten Raum ein. Allerdings wurde auf Vorschlag Sinowjews auf einen speziellen Tagesordnungspunkt über die Beratung der deutschen Frage verzichtet, weil sie »in den Hauptzügen geklärt« sei.[135]
Noch einmal wurden die Ereignisse des Jahres 1923 erörtert. Radek verteidigte in einer ausführlichen Rede (in der gewohnten sarkastischen Art)[136] seine Auffassungen von der deutschen Oktoberniederlage. Auch Brandler und Thalheimer erhielten nochmals das Wort, wobei Brandler wiederum die Verantwortung für den Rückzug im Oktober 1923 auf sich nahm und diese Taktik für richtig erklärte.[137]
Clara Zetkin verteidigte mit einigen Einschränkungen die Haltung Brandlers, vor allem wandte sie sich dagegen, »Genossen Brandler als Sündenbock, als Opportunisten in die Wüste« zu jagen, da die ganze Partei an der Niederlage die Schuld trage.[138]
Die deutsche Delegation, die sich nur aus Anhängern der linken Führung zusammensetzte, trat entschieden gegen die Ansichten der Rechten auf. Ein Redner nach dem anderen verteidigte die Haltung Ruth Fischers, die den Unglauben an die bevorstehende Revolution zur »Grundlage des Radekismus« erklärt hatte.[139] Immer noch von ihrer Hauptthese ausgehend, in Deutschland bestehe nach wie vor eine »revolutionäre Situation«, wandte sich die deutsche Delegation auch gegen Varga, der die wirtschaftliche Weltlage nüchtern analysiert hatte. Nach Ansicht der deutschen Linken hatte er damit »die revolutionäre Perspektive« nicht genügend betont.[140]
Auf dem Kongreß kam es zu heftigen Diskussionen zwischen der EKKI-Führung und den »rechten« Delegierten aus Frankreich und der Tschechoslowakei. Die deutsche Delegation unterstützte das EKKI, so daß sich die Zusammenarbeit zwischen Sinowjew und den deutschen Linken sehr eng gestaltete. Die deutsche Führung billigte aber auch die Angriffe Sinowjews und Bucharins gegen die ultralinken italienischen Delegierten um Bordiga; ebenso die Attacken gegen die deutschen »Ultralinken« Korsch und Boris. Befriedigt konnte Sinowjew von der Freundschaft »zwischen uns und der Zentrale der KPD« sprechen.[141]
Auf dem V. Weltkongreß wurde klar, daß sich die Mehrheit der deutschen Linken um Ruth Fischer nicht gegen die Kominternführung zu stellen gedachte (wie es auf dem IX. KPD-Parteitag scheinen konnte), sondern daß sie die Hilfe der Komintern gegen die Rechten und die Mittelgruppe erhielt und dafür bereit war, gegen die Ultralinken in der deutschen Partei und in der Internationale aufzutreten.

---

135 Protokoll des 5. Kongresses ... a. a. O. (Anm. 74), Bd. I, S. 97.
136 Z. B. sagte er, als die Fotografen in Tätigkeit traten: »Genossen, beleuchtet nicht so grell meine opportunistischen Fehler.« (Protokoll, S. 164.) Als er von den Delegierten ständig unterbrochen wurde, rief er aus: »Wenn Radek einen Fehler begeht und ihn einsieht, so sagt er es, wenn er ihn nicht einsieht, könnt Ihr brüllen bis morgen.« (S. 178.)
137 (Protokoll, Bd. I, S. 233.) Für den rauhen Ton bei diesem Tagesordnungspunkt ist ein Zwischenruf Brandlers typisch. Als man ihn mit Levi verglich, rief er aus: »Warum schließt Ihr mich denn nicht aus, wenn ich Levi bin? Ihr seid Scheißkerle, wenn Ihr das nicht tut.« (S. 180.)
138 Protokoll, Bd. I, S. 329 – Vgl. auch die abgeschwächte Fassung in: RF vom 26. Januar 1924.
139 Protokoll, Bd. I, S. 193.
140 Protokoll, Bd. I, S. 440.
141 Protokoll, Bd. I, S. 98.

In der politischen Kommission brachte Ruth Fischer den Entwurf Bordigas für eine politische Resolution zu Fall. Auch im Plenum wandte sie sich noch einmal gegen Bordiga, der die Ursachen für die Oktoberniederlage in Deutschland auf die Haltung des EKKI zurückgeführt hatte. Ruth Fischer verteidigte Sinowjew und das EKKI. Thälmann unterstützte sie und sagte, sie habe im Namen der gesamten deutschen Delegation gesprochen.[142]

Gegen Korsch (der als Delegierter anwesend war) trat Sinowjew auf. Er kritisierte die Art, in der Korsch die theoretische Zeitschrift der KPD, »Die Internationale« leitete. Sinowjew gab Korsch den »freundlichen Ratschlag«, zunächst den »Marxismus und Leninismus« zu studieren. Er verlangte von der KPD, daß sie die Zeitschrift »Die Internationale« in die »Hände von Marxisten« lege und nicht in die Hände von Leuten, die »den Marxismus noch zu studieren« hätten.[143] Vor allem aber wurde ein Artikel von Boris[144] angegriffen, den Korsch in der »Internationale« veröffentlicht hatte.[145] Bucharin setzte sich ausführlich mit Boris auseinander. Boris hatte den Entwurf für ein Programm der Komintern kritisiert und dabei vor allem die These angegriffen, die europäischen und amerikanischen Arbeiter seien durch den Mehrprofit der Kapitalisten aus den Kolonien korrumpiert, und es habe sich eine Arbeiteraristokratie herausgebildet. Dagegen wandte Boris ein, es gebe keine Sonderprofite, die Arbeiter erhielten nur den Wert ihrer Arbeitskraft. Hinter der theoretischen Frage stand ein taktisches Problem: sollte die Komintern mit der Bourgeoisie der kolonialen Länder zusammenarbeiten oder nicht? Der radikale Boris lehnte solchen Kompromiß ebenso ab, wie er jede Teilsozialisierung verwarf. Bucharin wies diese Vorstellung schroff als antimarxistisch zurück.[146]

Wichtiger war für die KPD jedoch die Diskussion um die Gewerkschaftsfrage. Wilhelm Schumacher[147] verteidigte die Schaffung selbständiger Industrieverbände. Er

---

142 Protokoll, Bd. II, S. 592 und 605. Bordiga hatte bei seiner Reise nach Moskau in Berlin Station gemacht (vgl. Dok. 2). Die deutschen Linken hatten sich zusammen mit der italienischen KP zunächst noch eine Tür für eine Opposition offen halten wollen, auf dem Kongreß aber gaben die Deutschen ihre linksoppositionelle Haltung auf und gingen zu Sinowjew über. Nur einmal kam es wegen einer Verfahrensfrage zu einer Kampfabstimmung, bei der die deutsche und italienische Delegation zusammen mit den linken Norwegern und Österreichern in der Minderheit blieben. (563 Stimmen der für den EKKI-Antrag eintretenden Länder gegen 142 dieser linken Opposition. Protokoll, S. 829.)

143 Hier folgte ihm die KPD allerdings nicht, Korsch blieb bis Februar 1925 Chefredakteur der »Internationale«.

144 Boris war das Pseudonym von Boris Roninger, geb. 1. August 1896 in Odessa, seit 1923 Mitglied der KPD, zunächst in der russischen Handelsvertretung beschäftigt. Er studierte 1925/26 in Leipzig, brach später mit der KPD und ging nach England, wo er als Universitätsprofessor lebt. (Vgl. StA Oldenburg, 86 37 Bd. VI.)

145 Boris hatte »Zur Programmfrage« geschrieben (»Die Internationale«, Heft 10/11 vom 2. Juni 1924) und dabei den Programmentwurf von Bucharin und Thalheimer kritisiert. Maslow wandte sich scharf gegen Boris (RF vom 17. Juni 1924 – »Die Internationale«, Heft 13 vom 1. Juli 1924), der »sehr schwülstig« gegen Bucharin und Thalheimer geschrieben habe, in Wirklichkeit aber gegen Lenin sei. Der ZA der KPD kritisierte am 20. Juli den Abdruck des Artikels in der »Internationale« (RF vom 25. Juli 1924).

146 Auf einen Einwand von Korsch, die Arbeit von Boris sei nur als Diskussionsartikel gebracht worden, sagte Bucharin: »Man kann doch nicht jeden Dreck zur Diskussion stellen.« (Protokoll, Bd. II, S. 516.)

147 Schumacher (vgl. seine Biographie Bd. 2) war vom Polbüro eigens nach Moskau befohlen worden, damit er dort seine abweichende Haltung in der Gewerkschaftsfrage darlegte (vgl. Dok. 1).

berief sich darauf, »daß vor Frankfurt der Partei ein Wechsel ausgestellt wurde, der auf seine Lösung und Erfüllung drängt«. Schumacher blieb völlig isoliert. Besonders scharf trat Losowski gegen ihn auf. Auch Ruth Fischer distanzierte sich deutlich von ihm.

Während die KPD offen von Boris und Schumacher abrückte und sich von den ultralinken Kräften trennte, um mit der Komintern-Spitze einig zu werden, kam es hinter den Kulissen zu Diskussionen über taktische Fragen. Als Vorläufer einer Art von Arbeiteropposition wandte sich eine Reihe Arbeiter-Delegierter der deutschen Abordnung gegen die vom EKKI vorgelegten Thesen zur Taktik. Sie opponierten unter Führung Thälmanns gegen die Ansicht, die beste Losung, um an die Massen heranzukommen, sei die der »Arbeiterregierung«.[148] Die Debatte darüber wurde aber nicht zu Ende geführt. Man ging disziplinarisch gegen die Opponenten vor. Diese beugten sich, weil sie befürchteten, die deutsche Delegation zu spalten und damit die »Rechten« zu stärken.[149]

Links von Thälmann stehende Delegierte wollten jedoch zunächst nicht nachgeben, so daß die russischen Führer eingeschaltet wurden. Sieben bis acht Delegierte unter Führung von Wilhelm Schwan, Arthur Vogt, Hans Weber und Jean Winterich wurden zu Sinowjew und Stalin eingeladen. Die Führer Sowjetrußlands wollten von ihnen wissen, ob sie nur gegen die deutsche Leitung opponierten oder auch gegen die russische. Vogt und Weber erwiderten, sie seien keineswegs gegen die russischen Genossen, hätten allerdings den Verdacht, daß die russische Partei zu sehr ihre Staatsinteressen im Auge habe. In Westeuropa sei vor allem Kleinarbeit in den Betrieben wichtig; wenn man sich von den Tagesnöten entferne und zu sehr in Theorie ergehe, isoliere man die Partei von den Arbeitern. Sinowjew und Stalin versuchten, diese Bedenken zu zerstreuen. Die Opposition spaltete sich; während Schwan-Winterich die Kominternlinie voll billigten, sahen Vogt-Weber ihre oppositionellen Ansichten eher bestätigt, auch wenn sie sich formal der Disziplin unterwarfen.[150]

Die internen Streitigkeiten der KPD-Fraktion auf dem Weltkongreß drangen nicht nach außen. Die Wahl des neuen EKKI erfolgte einstimmig. Für die KPD wurden Ottomar Geschke, Paul Schlecht und Arthur Rosenberg als Mitglieder, Arkadij Maslow (unter dem Pseudonym Robert), Ruth Fischer und Ernst Thälmann als Kandidaten ins EKKI und Arthur König in die Kontrollkommission gewählt.[151]

In seinem Schlußwort erläuterte Sinowjew besonders die Bolschewisierung, die der

---

148 Protokoll des Erweiterten EKKI, a. a. O. (Anm. 64), S. 170 (R. Fischer).

149 Ruth Fischer enthüllte diesen Vorfall auf dem EKKI-Plenum im März 1926. Thälmann sagte dazu, das sei eine Lüge, er gab dann jedoch diese Fakten zu, als er ausführte, er habe einen anderen Standpunkt eingenommen, bei der Abstimmung aber habe Einstimmigkeit geherrscht (a. a. O., S. 170 f. und 208).

150 Mündl. Mitt. von Max Hesse und Hans Weber an den Verf. Nach Ansicht von Hans Weber wurde damit auf dem V. Weltkongreß die Grundlage für die spätere Weddinger Opposition gelegt.

151 Protokoll, a. a. O. (Anm. 74), Bd. II, S. 1021 – »Soz. Republik« vom 12. Juli 1925. Die SED erwähnt die Wahl Maslows (unter dem Pseud. »Robert«) noch immer nicht, dagegen wird fälschlich geschrieben, Clara Zetkin (die »persönlich« gewählt wurde) sei für die KPD ins EKKI eingezogen (Geschichte ..., a. a. O. [Anm. 54], S. 49 – Chronik, a. a. O. [Anm. 87], S. 168 – Vgl. auch »Inprekorr«, Nr. 87 vom 14. Juli 1925).

V. Weltkongreß für alle Parteien zur wichtigsten Aufgabe erklärte und die für die KPD in der Folgezeit zur Hauptlosung wurde. Vorrangig war es nach Sinowjew, daran mitzuarbeiten, damit die Kommunistische Internationale »wie aus einem Stück gegossen« sei.[152] Die Bolschewisierung der Parteien umriß er mit den Worten: ». . . Bolschewisierung ist der unbeugsame Wille zum Kampfe für die Hegemonie des Proletariats, ist der flammende Haß gegen die Bourgeoisie, gegen die konterrevolutionären Führer der Sozialdemokratie, gegen den Zentrismus und die Zentristen, gegen die Halbzentristen und Pazifisten und alle Auswüchse der bürgerlichen Ideologie. Bolschewisierung – das ist die Schaffung einer festgefügten, wie aus einem Stein gehauenen, zentralisierten Organisation, die harmonisch und brüderlich die Differenzen in ihren eigenen Reihen austrägt, wie es Lenin gelehrt hat. Bolschewisierung ist Marxismus in Aktion, ist Treue gegenüber der Idee der Diktatur des Proletariats, den Ideen des Leninismus. Das ist Bolschewisierung: nicht mechanisch die russischen Bolschewiki nachahmen, sondern das aufnehmen, was im Bolschewismus unsterblich war und ist.«[153]

Bolschewisierung als Hauptaufgabe 1924

Nach der Rückkehr aus Moskau erklärte Ruth Fischer, der V. Weltkongreß habe einen entscheidenden Fortschritt gebracht: die Frage der Taktik (Einheitsfront) werde endlich im Zusammenhang mit der Herausbildung bolschewistischer Massenparteien gesehen. »Das Resultat von zwei Jahren Erfahrung ist: Bolschewisierung der Parteien.«[154]

Die Losung der Bolschewisierung war seit der Niederlage von 1923 aktuell. Anfangs vertrat die Mittelgruppe diese Losung am stärksten, sie verstand darunter vor allem den Umbau der Partei auf Betriebszellen und die Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion.[155] Schon im Februar 1924 sprach sich die damals führende Mittelgruppe gegen die Ansicht aus, eine Bolschewisierung, also eine Übertragung der russischen Organisationsstruktur auf Westeuropa, sei unmöglich. Bolschewisierung bedeutete für sie ein zweifaches: Jedes Mitglied muß Funktionär werden; Betriebszellen sind die Grundlage der Partei.[156]

Die Linken hatten das Schlagwort von der Bolschewisierung rasch übernommen und bald als ihre Hauptlosung herausgestellt.[157] Dabei verstanden sie allerdings unter dieser Parole weniger den Umbau der Partei auf Betriebszellen, als vielmehr

152 Protokoll, Bd. I, S. 507.
153 Protokoll, Bd. I, S. 508.
154 »Die Internationale« vom 1. August 1924, S. 469.
155 Die Mittelgruppe hatte schon im Januar 1924 in Hamburg eine Resolution vorgelegt, in der es hieß: »Wir wollen eine bolschewistische Massenpartei werden«. (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10, Bl. 30.)
156 »Lothar« in der illegal erschienenen KPD-Zeitung »Fahne der Revolution« vom 12. Februar 1924.
157 Es ist typisch für das Buch von Ruth Fischer, daß sie darüber nichts berichtet, obwohl die Bolschewisierung unter ihrer Leitung durchgeführt wurde.

die Vereinheitlichung der Partei, die Ausschaltung aller Fraktionen und Richtungen, die innerparteiliche Gleichschaltung in ihrem Sinne. Darüber hinaus wurde Bolschewisierung als »Organisierung der Revolution« als »Unversöhnlichkeit und Manövrierfähigkeit zugleich« vage genug umschrieben.[158]

Nach dem V. Weltkongreß der Komintern bestätigte der Zentral-Ausschuß der KPD einstimmig alle Beschlüsse des Kongresses. Er billigte auch Ruth Fischers These, die Bolschewisierung der westlichen Parteien sei die »Voraussetzung für wirkliche revolutionäre Aktivität«.[159] Zwar wandte sich auf dieser Zentral-Ausschuß-Tagung die Berliner Delegation gegen Losowski, weil dieser auf dem Weltkongreß für eine »Einheitsfront von oben« eingetreten war, jedoch wurde deutlich herausgestellt, daß die Parteilinke die bedingungslose Anerkennung der Komintern-Führung als Teil der Bolschewisierung akzeptieren wolle.[160] Die weitere Auswechselung des Funktionärkorps wurde ebenfalls unter der Losung der Bolschewisierung vorangetrieben.[161]

Von nun an galten alle Schwächen als Mangel an »Bolschewisierung«. Vom 28. September bis 26. Oktober 1924 führte die KPD sogar eine »Bolschewisierungs-Kampagne« durch, bei der vor allem der »Ausschluß-Seuche« entgegengewirkt werden sollte.[162]

Immer wieder hieß es, seit dem Frankfurter Parteitag sei die Partei »so fest in sich zusammengeschlossen, wie sie es niemals seit ihrer Existenz war«.[163] Diese angebliche Geschlossenheit wurde als das Ergebnis der ersten Schritte der Bolschewisierung ausgewiesen. Um diese Behauptung zu untermauern, erklärte die Berliner Linke, sie arbeite seit 1923 an der Umformung der Partei, »um aus ihr die Vorhut des westeuropäischen Bolschewismus zu machen«.[164] Der Zentral-Ausschuß verkündete am 18./19. Oktober 1924 seine »absolute Einmütigkeit« auf dieser Linie der Berliner Parteiorganisation, und verlangte, von der Parole zur Verwirklichung der Bolschewisierung überzugehen.[165]

Die Strapazierung des Begriffs »Bolschewisierung« ging so weit, daß man schrieb: »Schlamperei in der Kassierung ... muß überwunden werden, auch das gehört zur Bolschewisierung.«[166] Trotz solcher lautstarken Werbung für die Bolschewisierung standen ihr selbst große Kreise der Berliner Parteiorganisation skeptisch gegenüber.[167] Die Berliner Parteiführung konstatierte erschreckt eine »Verzweiflungs-

---

158 Ruth Fischer in »Die Internationale«, Februar 1925; abgedruckt in: *Dokumente*, S. 260 f.
159 RF vom 22. Juli 1924.
160 »Westf. Kämpfer« vom 30. März 1926.
161 Scholem schrieb im Berliner Funktionärorgan »Der Funke« am 15. September 1924, es sei notwendig, »neue proletarische Elemente in die führende Funktionärschicht aufzunehmen«.
162 Im Bezirk Niedersachsen wurden die gestellten Aufgaben der Kampagne in den ersten drei Wochen nicht erfüllt. Ein Artikel gab Anweisungen für die Kampagne und schloß mit der Forderung: »Lest den Artikel der Genossin Ruth Fischer und beginnt.« (»Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 19. Oktober 1924.)
163 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 18. Oktober 1924.
164 »Der Funke« vom 6. Oktober 1924.
165 RF vom 21. Oktober 1924.
166 Rundschreiben an die Bezirksleitungen, Arbeitsgebiete, Ortsgruppen, Zellen. Hrsg. vom Polbüro der Zentrale der KPD. Berlin 28. Mai 1925, S. 3.
167 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 11.

stimmung« in der Organisation; nunmehr verlangte sie mit noch größerer Vehemenz die Bolschewisierung, die sie gleichsetzte mit der »Schaffung einer disziplinierten Partei«.[168]

In der Sitzung vom 10./11. Januar 1925 vollzog der Zentral-Ausschuß eine Schwenkung der Taktik: es hieß nun nicht mehr, die Revolution sei zu organisieren, sondern, man befinde sich »zwischen zwei Wellen der Revolution«. Der ZA verlangte erst recht, die Partei müsse »ihre ideologische Einheitlichkeit absolut sicherstellen, irgendwelche Fraktionsbildung, Herausbildung von Flügeln, Gruppierungen, die gerade in einer solchen Situation leicht entstehen, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden«.[169]

Zur gleichen Zeit verstärkte auch die Komintern ihre Propaganda für die Bolschewisierung. Sinowjew schrieb, nach der Sturm- und Drangperiode der Komintern 1919 bis 1921 und dem Ausbau der Kommunistischen Parteien 1921 bis 1924 müßten die Parteien nunmehr bolschewisiert werden. Nach seinen Worten bedeutete das in Sowjetrußland, den »Kampf gegen den Trotzkismus« zu führen, während es für Westeuropa hieß, gegen »linke Abstraktionisten« zu kämpfen, welche die Partei von der Masse isolierten.[170] Manuilski schrieb, das Ziel sei, auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus eine internationale Kommunistische Partei zu schaffen. Von den deutschen Parteiideologen forderte er, die Ansichten Rosa Luxemburgs einer gründlichen theoretischen Revision zu unterziehen.[171]

Damit begann eine neue Phase der Bolschewisierung. Nachdem unter dieser Losung zuerst die Anhänger der Rechten und der Mittelgruppe aus dem Apparat entfernt worden waren, um damit eine »linke« Einheit der Partei zu schaffen, wollte man nun auch die Theorie der KPD dem Bolschewismus anpassen. Gleichzeitig sollte aber auch eine Abrechnung mit den ultralinken Kräften erfolgen.

Zu dieser Zeit erschien Heinz Neumanns Schrift: »Was ist Bolschewisierung?«, die am 16. 10. 1924 abgeschlossen und im Januar 1925 ausgeliefert wurde. Neumann faßte zusammen, was die KPD zu jener Zeit unter Bolschewisierung verstand.[172] Richtschnur der III. Internationale konnten danach nur die Grundsätze des Bolschewismus sein. Doch von Deutschland aus könne »die Weltfront des Proletariats

---

168 »Referentenmaterial« vom 8. Oktober 1924. StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 11.

169 RF vom 13., 14. und 15. Januar 1925 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 17. Januar 1925.

170 Sinowjew: Die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 1, Januar 1925, S. 3 ff.; abgedruckt in: Weber, Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966, S. 118 ff.

171 Manuilski: Zur Frage der Bolschewisierung der Parteien. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 2, Februar 1925, S. 148.

172 Das »Orgbüro-Zelle« der KPD-Zentrale schickte am 3. April 1925 ein Rundschreiben an die Betriebszellen, in dem es hieß: »Neben Stalins ›Lenin und der Leninismus‹ ist es das Buch [Heinz Neumanns], das die Frage der Bolschewisierung in einfacher, verständlicher und doch meisterhafter umfassender Weise behandelt« (HStA Düsseldorf, 16 922). Neumanns Schrift wurde im Juni 1925 in der »Internationale« (Heft 6, S. 377 ff.) von K. S. kritisiert. Doch die Kritik galt weniger den allgemeinen Grundsätzen, die Neumann entwickelt hatte, als vielmehr der fehlenden theoretischen Begründung seiner Leitsätze und gewissen Einzelproblemen. Da K. S. (es ließ sich nicht ermitteln, um wen es sich handelte) als Maslow-Anhänger überdies später in den Hintergrund gedrängt wurde (vgl. »Internationale« Jg. 1925, S. 617), während Neumann weiterhin seinen Einfluß wahrte, ist der Kritik nicht allzu viel Bedeutung beizumessen.

geschaffen werden«, und die KPD müsse die Brücke von der russischen zur Weltrevolution schlagen. Voraussetzung sei die Bolschewisierung, aber erst jetzt habe die KPD die Reife erlangt, um die Aufgabe der Bolschewisierung zu lösen.[173]
Neumann vertrat die Meinung, die Niederlagen von 1919 und 1923 seien eine Folge des Fehlens einer bolschewistischen Partei in Deutschland gewesen. Daraus zog er den Schluß: »Gebt uns eine bolschewistische Partei in Deutschland, und wir werden Deutschland aus den Angeln heben.«[174]
Die bolschewisierte Partei definierte Neumann so: sie ist »erstens, die Vorhut, die revolutionäre Minderheit der klassenbewußten Arbeiter. Sie *führt* zweitens als Willenseinheit der proletarischen Vorhut die *ganze Klasse,* in allen Kämpfen. Sie beschränkt drittens, diese Aufgabe nicht nur auf eine abstrakt ›politische‹ Führung, sondern sie *organisiert* selbst die von ihr geführten Kämpfe, sie organisiert die proletarische Revolution«.[175]
Neumann verlangte, die Partei müsse ständig den inneren Feind bekämpfen, wenn sie sich bolschewisieren wolle. Kampf gegen den Opportunismus, d. h. gegen die sozialdemokratische Abweichung, aber auch gegen den ultralinken Flügel, den »umgestülpten Menschewismus«, sei ebenso notwendig, wie die Ausschaltung des »letzten Feindes«, der Passivität. »Die Vernichtung dieser drei inneren Feinde gibt der Partei die Kraft, ihre Rolle in der Revolution zu erfüllen.«[176]
Neumann forderte die Verwirklichung dreier Prinzipien: legale und illegale Arbeit sind zu vereinen, die gesamte Mitgliedschaft muß sich aus Berufsrevolutionären zusammensetzen (in dem Sinne, daß für sie die Partei absoluten Vorrang hat); »drittes Prinzip ist die restlose Durchführung des Zentralismus, der einheitlichen Führung, der Disziplin.« Eine planmäßige Personalpolitik ist ebenso unerläßlich wie die Einzeldisziplin und die Körperschaftsdisziplin, nur das allein garantiert den Zentralismus, der in der Einheitlichkeit der Führung besteht. Die Zentrale ist kein ausführendes Organ der Bezirke, sondern ein leitendes Organ. Zur Durchführung der Beschlüsse braucht die KPD ein »Netz von Angestellten«.
Neumann betonte weiter, es gebe keine Freiheit für den einzelnen Kommunisten, zu tun und zu lassen was er wolle, es gebe keine Gleichheit zwischen oberen und unteren Parteiorganen; die Grundsätze der Parteidemokratie richteten sich nach ihrer Zweckmäßigkeit für die revolutionäre Arbeit. Freiheit der Kritik, Autonomie und Selbständigkeit der Bezirke seien menschewistisch. Der Kern des Bolschewismus sei der Zentralismus: »Die Führung muß so stark wie möglich zentralisiert sein.« Die Bolschewisierung bedeute also »die Erfüllung unserer führenden und organisierenden Rolle in der Revolution. Sie bedeutet eine neue Theorie und eine neue

173 Heinz Neumann: Was ist Bolschewisierung? Berlin 1925, S. 25.
174 Neumann variierte hier Lenins Ausspruch: »Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden Rußland aus den Angeln heben.« (Was tun?, 1902, vgl. Lenin, a. a. O. [Anm. 26], S. 172.)
175 Neumann, S. 57. Er stützt sich damit auf die offiziellen »Thesen über die Bolschewisierung der Kommunistischen Parteien«, in denen es hieß: »Eiserne proletarische Disziplin ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bolschewisierung« (G. Sinowjew, Über die Bolschewisierung der Parteien. Hamburg 1925, Anhang S. 128).
176 Neumann, S. 69.

Taktik. Sie bedeutet die Vollendung unserer Theorie und Praxis durch unsere Organisation. Sie bedeutet die Konsequenz, Organisiertheit, Disziplin, Festigkeit der russischen Bolschewiki.«[177]

In diesen Thesen Neumanns vom Januar 1925, die mit der Haltung der damaligen KPD-Führung übereinstimmten, werden bereits die Konturen der späteren »Partei neuen Typus« sichtbar. Die Transformation des Kommunismus hatte begonnen, und sie bedeutete für die KPD vor allem eine Kampfansage an ihre eigene Tradition.

Ideologische Bolschewisierung: Kampf gegen Luxemburgismus und Trotzkismus

Nach der Niederlage des Oktober 1923 breitete sich in der KPD-Führerschaft (in Kreisen der Linken wie in der Mittelgruppe) eine Stimmung gegen den »Luxemburgismus«[178] aus, gegen diejenigen Ansichten Rosa Luxemburgs also, in denen sie sich von Lenin unterschieden hatte.

Die Diskussion über den Luxemburgismus war im wesentlichen eine Diskussion um die Rolle der Kommunistischen Partei. Während Rosa Luxemburg der Meinung war, es sei nicht die Aufgabe der Partei, Kämpfe auszulösen und zu organisieren, sondern Massenkämpfe zu koordinieren und auf ein höheres Niveau zu heben, interpretierte der leninistische Flügel des deutschen Kommunismus die Partei als Vorhut der Arbeiterklasse, welche die Revolution vorzubereiten, zu organisieren und vorwärtszutreiben habe.[179]

Bis 1923 nahmen die Luxemburgschen Gedanken in der KPD breiten Raum ein. Noch bei der Diskussion um das Programm der Komintern hatte der Zentral-Ausschuß im Oktober 1922 scharfe Kritik an einem Entwurf geübt, weil dessen Thesen nicht genügend an Rosa Luxemburg orientiert seien.[180] Auch dort, wo die Leninschen und Luxemburgschen Theorien im Widerstreit standen, bezog die KPD zunächst keineswegs eindeutig die Position des Leninismus.[181]

Nach 1923 rief das offene Bekenntnis der Rechten zu Rosa Luxemburg bei den Linken und der Mittelgruppe Widerstand gegen Luxemburgs Theorien hervor. Dabei war die Haltung der einzelnen Gruppen allerdings nicht einheitlich. Anfangs wand-

---

177 Neumann, S. 113 ff., 119 ff., 137 ff., 140 ff. und 154. In den offiziellen »Thesen« hieß es: »Eine zentralistische, fest geschlossene und straff organisierte bolschewistische Partei ist unmöglich ohne einen entsprechenden Parteiapparat.« (a. a. O., S. 125.)

178 Neuerdings hat Peter Nettl nachgewiesen, daß der »Luxemburgismus« eine Konstruktion war, politische »Waffe und Mythos« in den Auseinandersetzungen des Kommunismus der zwanziger und dreißiger Jahre. Vgl. Peter Nettl: Rosa Luxemburg. Köln-Berlin 1967, S. 74 ff.

179 Vgl. dazu Neumann, a. a. O., S. 57.

180 RF vom 18. Oktober 1922, vgl. auch Anm. 25.

181 So hatte Thalheimer im Februar 1920 die von Lenin kritisierte Junius-Broschüre »die schärfste und tiefste Analyse der Kriegsursachen« genannt, er hatte Luxemburg neben Marx und Engels gestellt: »Unter den Kolbenhieben eines halbidiotischen Werkzeugs der Gegenrevolution erlosch am 15. Januar 1919 das genialste Hirn, das seit Marx und Engels in der internationalen Arbeiterbewegung gewirkt hat.« (»Die Internationale«, Heft 19/20, vom 2. Februar 1920.) Gerade Thalheimer vertrat auch später (ebenso wie Paul Frölich) die Auffassung, die deutschen Kommunisten müßten Lenin *und* Luxemburg nicht Lenin oder Luxemburg als theoretische Leitbilder haben. (»Gegen den Strom« vom 11. Januar 1930.)

ten sich die Vertreter der Mittelgruppe am schärfsten gegen den Luxemburgismus. Im Februar 1924 griff Heinz Neumann die Luxemburgsche Organisationsauffassung als sozialdemokratisch an.
Daraufhin traten auf dem äußersten linken Flügel Funktionäre für Rosa Luxemburg auf. Als erster erklärte Arthur Rosenberg Anfang März 1924, die Partei müsse sich hüten, den Parteiapparat in seiner alten, rechten, opportunistischen Form einfach zu übernehmen, die Partei müsse im Sinne der genialen Führerin des deutschen Proletariats, Rosa Luxemburg, aufgebaut werden, und die KPD müsse gegen die opportunistischen Tendenzen in der gesamten Internationale kämpfen.[182]
Auf dem Berliner Bezirksparteitag im März 1924 wandte sich Samosch Muschinski scharf gegen Neumanns These. Er brachte eine gegen Neumann gerichtete Resolution ein, in der Rosa Luxemburg verteidigt und die baldige Veröffentlichung ihrer Werke verlangt wurde. Unter dem Druck der linken Führung zog Samosch seine Resolution wieder zurück. Man erklärte, Neumann habe Rosa Luxemburg lediglich antileninistische Politik vorgeworfen.[183]
Gegen die Verteidigung des Luxemburgismus traten sofort die führenden Linken auf. Das Berliner Funktionärorgan »Der Funke« schrieb, die Geschichte habe in allen Fragen, in denen Rosa Luxemburg im Widerspruch zu Lenin stand, Lenin Recht gegeben und »die Abweichung von seiner Linie als Abweichung zum Menschewismus« erwiesen.[184] Am schroffsten wurden die Überlegungen Rosenbergs und Samoschs von Ruth Fischer zurückgewiesen (ohne daß sie die beiden bei Namen nannte). Ruth Fischer verstieg sich dabei bis zu dem berüchtigten Vergleich des Luxemburgismus mit einem »Syphilisbazillus«: »Wer den Brandlerschen ›Zentralismus‹ mit der Berufung auf Rosa Luxemburg heilen will, der will einen Tripperkranken durch Einflößen von Syphilisbazillen gesund machen. Das heißt, gefährliche Verwirrung in die Partei bringen und die Brandlersche ›demokratische Arbeiterregierung‹, die man zur Vordertür hinausgeworfen hat, durch die Hintertür, nämlich auf dem Umweg über die Parteidemokratie, wieder hereinzuschmuggeln.«[185]
Durch solche demagogischen Methoden war bald die gesamte Linke – mit Ausnahme einiger auf dem äußersten linken Flügel stehender Funktionäre – gegen den Luxemburgismus eingenommen; nur die Leninsche Position, so hieß es nun, sei stets die allein richtige gewesen. Hier findet sich bereits eine für die spätere Theorie und Geschichtsschreibung des Stalinismus typische Auffassung: historisch und theoretisch kann jeweils nur eine politische Linie richtig sein, nur eine Gruppe fehlerlos handeln. Auf diese Weise soll der politische Führungsanspruch der herrschenden Gruppe in der Partei historisch untermauert werden. Die Historie wird zur zurückprojizierten Gegenwart, die Theorie zur Rechtfertigung der Politik. Damit zeigten die Linken deutliche Merkmale eines Apparatdenkens. Unschwer läßt sich erkennen, daß weniger theoretische als vielmehr praktisch-politische Gründe zur radikalen

182 RF vom 6. März 1924. Diese These wurde vor allem von Sinowjew kritisiert, vgl. oben S. 67.
183 RF vom 25. März 1924.
184 »Der Funke«, Nr. 2, 1924. Vgl. auch »Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 5, Januar 1925.
185 »Der Funke«, Nr. 4/5, April 1924.

Ablehnung des Luxemburgschen Erbes führten. Die meisten früheren Spartakisten und Freunde Rosa Luxemburgs wie Thalheimer, Ernst Meyer, Brandler und andere waren Gegner der Parteilinken. Das bot der linken Führung genug Anlaß, den Gegensatz zwischen Rosa Luxemburg und Lenin zu vergröbern und den Luxemburgismus zu verdammen. Daß auch einige junge Ultralinke die wachsende Selbstherrlichkeit des Apparats in der Partei mit den Organisationsvorstellungen Rosa Luxemburgs bekämpften, war für die linke Führung ein Grund mehr, den Luxemburgismus auszuschalten. Schließlich aber erleichterte sie sich mit dieser Frontstellung auch eine Annäherung an die Komintern.[186]

Soweit es sich tatsächlich um ideologische Differenzen handelte, bejahte die Parteilinke die Positionen Lenins gegenüber Rosa Luxemburg, einmal, weil dort das aktivistische Moment stärker hervorgehoben ist, zum andern, weil sie für ihren Organisationszentralismus bei Lenin bessere Begründungen fand.

Als »luxemburgistische Fehler« wurden vor allem folgende Unterschiede der Theorie Rosa Luxemburgs zu der Lenins bezeichnet:[187] Rosa Luxemburgs sogenannte Spontaneitätstheorie,[188] d. h. ihre Vorstellung, daß die richtigen Organisationsformen und die richtigen Einsichten vor allem in den revolutionären Kämpfen der Massen selbst gefunden würden. In dieser Sicht war die Partei keineswegs die »ideologische und organisierte Vorhut« der Arbeiter, die sie bei Lenin und in den Augen der späteren KPD-Führer sein sollte.

Die sozialistische Revolution war für Rosa Luxemburg ein politischer Prozeß, der aus dem Zusammenfallen der objektiven Faktoren mit der »Reife« der Massen entstand. Die Revolution konnte aus diesem Grunde auch nicht in der Form »geplant« werden, daß man bestimmte Aufstandsdaten festlegte, »militärische« Vorbereitungen für den Umsturz traf usw. Auch das war in den Augen der KPD-Führung von 1924, die sich sklavisch an der russischen Oktoberrevolution orientierte, ein grundlegender Fehler des Luxemburgismus. Rosa Luxemburgs Ablehnung des Terrors in der proletarischen Revolution war in der Sicht der radikalen KPD-Führung von 1924 ebenfalls eine Abweichung.

Rosa Luxemburgs Konzeption in der nationalen Frage ließ keinen Raum für eine »nationale« oder gar nationalistische Argumentation. Das schien der kommunistischen Führung in Deutschland, einem Land, das durch den Versailler Frieden ständig mit nationalen Problemen konfrontiert war, ebenfalls fehlerhaft. Aber auch Rosa

186 Eine Vertreterin der Fischer-Gruppe in Moskau, Frida Rubiner, hatte kurz vor dem IX. Parteitag (am 1. April 1924) an Ruth Fischer geschrieben, daß eine Frage, die außerordentlich »modern« und vieldiskutiert sei, die Frage des Luxemburgismus sei. Rubiner übersetzte gerade eine Antwort Lenins an Luxemburg und wies Ruth Fischer darauf hin, daß man Rosa Luxemburg nach Lenin Opportunismus gerade in Organisationsfragen nachweisen könne. Frida Rubiner schlug Ruth Fischer vor, »diesen Gesichtspunkt in dem Kampf gegen die alte Zentrale« anzuwenden (BuA Koblenz, Akten Reichskanzlei, R. 431/2671, B. 7, L, 489132–33).

187 Als grundlegende Weisung der »Bolschewisierung« und damit auch der Auseinandersetzung mit dem »Luxemburgismus« galt damals Sinowjews Rede vor dem Erweiterten EKKI im April 1926, die als Broschüre gedruckt wurde: Die Bolschewisierung der Parteien. Hamburg 1925 – Vgl. auch Anm. 170 und 175.

188 Sinowjew, a. a. O., S. 30 – Vgl. dazu auch Peter Nettl: Rosa Luxemburg; a. a. O. (Anm. 178), S. 766 ff. und Paul Frölich: Rosa Luxemburg, Gedanke und Tat. Frankfurt/M. 1967, S. 173 ff.

Luxemburgs Haltung zur Bauernschaft (der sie jedes revolutionäre Element absprach) wurde von der KPD-Führung strikt abgelehnt, obwohl dieses Problem in Deutschland keine entscheidende Bedeutung besaß. Daß man auch Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie (die auf ihrer Akkumulationstheorie beruhte und nach der der Kapitalismus nur existieren konnte, wenn gleichzeitig ein nichtkapitalistischer Raum bestand) für falsch erklärte und sich völlig zu Lenins Imperialismustheorie bekannte, ist wohl weniger als theoretische Einsicht, sondern vielmehr als politische Demonstration für den Bolschewismus zu werten.

Zunächst war auch nach dem IX. Parteitag die Beurteilung des Luxemburgismus noch nicht völlig einheitlich. Im Mai 1924 vertagte der Zentral-Ausschuß eine Diskussion über einen Programmentwurf, da »die Frage Rosa Luxemburg« nicht ausdiskutiert sei.[189] Mitte 1924 entbrannte die Diskussion innerhalb der Linken noch einmal.[190] Während die Parteiführung verkündete: »Wenn man für Rosa Luxemburg von 1905 ist, kann man nicht für Lenin von 1918 sein«,[191] vertrat Boris in der »Internationale« luxemburgistische Gedankengänge.[192]

Bei der Kritik eines Entwurfs für das Kominternprogramm (der in seinen Hauptzügen von Bucharin und Thalheimer verfaßt wurde), vertrat Boris (neben andern) in der Nationalitätenfrage die Position Rosa Luxemburgs, d. h. er verneinte die Bedeutung der nationalen Probleme im Zeitalter des Imperialismus; Karl Korsch äußerte, das Programm solle weder von »luxemburgistischen« noch von »leninistischen« Theoretikern gemacht werden. Maslow wandte sich schroff gegen Boris und den »Ansatz« einer Richtung in der KPD, die seit Anfang 1924 auf dem Boden der Luxemburgschen Theorie gegen Lenin auftrete. In dem Disput wurden für die KPD zweitrangige Probleme der Theorie, z. B. das nationale Selbstbestimmungsrecht, hochgespielt, um den Luxemburgismus abzuwerten. Nachdem auch Bucharin auf dem V. Weltkongreß Boris zur Zielscheibe seiner Angriffe gemacht hatte,[193] war für die KPD der Luxemburgismus endgültig als falsche Theorie gebrandmarkt. Auch spätere Ultralinke, wie z.B. Werner Scholem, wandten sich gegen den Luxemburgismus.[194]

---

189 RF vom 14. Mai 1924.

190 Einige Wochen nach dem IX. Parteitag, am 16. Mai 1924, hatte das Polbüro Sinowjews »Brief« an den Parteitag veröffentlicht, mit einer kritischen, vom Polbüro einstimmig beschlossenen Anmerkung. Darin wird zu Rosenbergs Äußerung über Rosa Luxemburg gesagt, man wisse nicht, in welcher Form sie gefallen sei. »Auf jeden Fall aber muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß Rosa Luxemburg gerade in der Frage des Parteiaufbaus große Fehler und Abweichungen nach der Seite menschewistischer Abweichungen gehabt hat. Sachlich hat also Genosse Sinowjew hier vollständig recht. Nur ist dazu zu sagen, daß in den früheren Fällen, wo führende Genossen wie Brandler theoretische Anschauungen, die mit Marxismus nichts zu tun hatten ... (vertraten), keinerlei Zurückweisung durch Genossen Sinowjew erfolgte.« (RF vom 4. Mai 1924 – »Inprekorr«, Nr. 55 vom 16. Mai 1924, S. 665 – Vgl. auch Anm. 55.)

191 »Der Funke« vom 15. Juni 1924.

192 Boris: Zur Programmfrage. »Die Internationale« vom 2. Juni 1924 – Vgl. auch Anm. 145.

193 Vgl. oben, S. 83.

194 Am 7. November 1924 schrieb Scholem in der »Roten Fahne«, man habe nach dem Kriege eine Niederlage erlitten, weil keine revolutionäre Partei bestand, und in der KPD »wirkten noch jahrelang die Ansichten Rosa Luxemburgs über Partei und revolutionäre Massenaktionen nach«. Erst nach ihrer Abspaltung beriefen sich die Ultralinken wieder mehr auf Rosa Luxemburg. Auf der Tagung der marxistisch-leninistischen Zirkel im Juni 1925 erklärte Schumann-Unger, daß oft

Mit der forcierten Bolschewisierung von 1925 verschärfte sich der »Kampf gegen den Luxemburgismus« noch weiter. Maslow schrieb in seinem Buch »Die zwei Revolutionen des Jahres 1917«, man könne mit absoluter Gewißheit sagen, daß »die Erfahrung, das Leben selbst, in *allen* Fällen die Richtigkeit der Leninschen, die Unrichtigkeit der Luxemburgischen Anschauungen« erwiesen habe. Die theoretischen Ansichten Rosa Luxemburgs zeigten sehr häufig menschewistische Reste, die sie zu falschen Anschauungen machten.[195] Allerdings verwahrte sich Maslow dagegen, Rosa Luxemburg als Person mit solcher Kritik zur Opportunistin stempeln zu wollen. (Dabei blieb es in der KPD-Ideologie auch weiterhin: man ehrte Rosa Luxemburg als Person, aber man verwarf den »Luxemburgismus« als theoretisches System.)

Da auch die Komintern durch Sinowjew erklärte, eine wirkliche Bolschewisierung sei unmöglich »ohne die Fehler des Luxemburgismus zu überwinden«,[196] wurde Bolschewisierung gleichbedeutend mit ideologischem Kampf gegen den Luxemburgismus. Je heftiger die Bolschewisierungskampagne wurde, um so schärfer bekämpfte man den Luxemburgismus. 1925 sprach man gar davon, auch der »instinktive Luxemburgismus« in der Partei müsse überwunden werden.[197]

Sehr bald konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf eine neue Abweichung: den Trotzkismus. Er wurde zunächst in ähnlicher Weise wie der Luxemburgismus als »antileninistische« Ideologie bekämpft, dann immer vordringlicher für die KPD – wie für den offiziellen Kommunismus überhaupt – zum Hauptfeind erklärt. Anfangs hatte Trotzki auch in der KPD in hohem Ansehen gestanden, er galt nächst Lenin als der bedeutendste Führer des Bolschewismus und als Organisator des Oktoberaufstandes; man nannte ihn stets zusammen mit Lenin in einem Atemzuge. Seine Schriften wurden übersetzt und von der KPD herausgegeben (darunter auch sein Werk über die russische Revolution von 1905, das die später verworfene Theorie der permanenten Revolution enthielt, und das er geschrieben hatte, als er noch ein Gegner Lenins war).[198]

Seitdem Trotzki gemeinsam mit Lenin auf dem III. Weltkongreß der Komintern 1921 die »Offensiv-Theorie« verworfen hatte und für die Einheitsfrontpolitik ein-

als Luxemburgismus angegriffen werde, was in Wirklichkeit Marxismus sei. (Protokoll der 2. Reichstagung der marxistisch-leninistischen Zirkel in Weimar am 31. Mai und 1. Juni 1925. O. O. und o. J. S. 33.)

195 Maslow: Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917. Berlin 1925, S. XIf.

196 Sinowjew zählte vier grundlegende Fehler des Luxemburgismus auf: a) Spontaneität – Bewußtsein, Organisation – Masse, d. h. Rolle der Partei; b) Unterschätzung der technischen Vorbereitung des Aufstands; c) Fehler in der Bauernfrage und d) Fehler in der nationalen Frage. (Bolschewisierung der Parteien [vgl. Anm. 187], S. 102 f.)

197 In einem Leitartikel zum X. Parteitag schrieb das Düsseldorfer Parteiorgan »Freiheit« am 11. Juli 1925, die KPD sei noch keine bolschewistische Partei, die »leninistische Durchbildung der Partei befindet sich erst in ihren Anfängen ... Nur wenn die leninistische Lehre zum wirklichen Gemeingut geworden ist, werden wir den instinktiven Luxemburgismus in der Partei überwinden können.«

198 L. Trotzki: Die russische Revolution 1905. Berlin 1923. In diesem Band sind verschiedene Thesen zur permanenten Revolution enthalten. Vgl. dazu auch: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektiven. Die treibenden Kräfte der Revolution. Eingeleitet von Richard Lorenz. Frankfurt/M. 1967.

getreten war, zeigte der linke Flügel der KPD Trotzki gegenüber allerdings eine gewisse Reserve. Für die KPD-Linke galt er von nun an als »Rechter«.
Als die Diskussionen in der russischen KP um die Jahreswende 1923/24 in Gang kamen, wandten sich alle drei Fraktionen der KPD gegen die trotzkistische Opposition.[199] Trotzkis Nimbus in der KPD blieb davon zunächst unberührt. Auf dem Bezirksparteitag des linken Bezirks Mittelrhein war im Februar 1924 der Saal mit den Bildern von Liebknecht, Lenin, Luxemburg und Trotzki geschmückt.[200] Am 23. September 1924 kündigte die »Rote Fahne« in Berlin sogar noch einen »Trotzki-Abend« an.
Mit dem erneuten Aufflammen der russischen Diskussion im Winter 1924 änderte sich das Bild völlig. Trotzki hatte damals in seinem bekannten Artikel »Um den Oktober« (der am 7. 11. 1924, dem Jahrestag der Revolution, gedruckt wurde und den Konflikt abermals entfachte) einen Vergleich zwischen der »rechten« Haltung von Sinowjew 1917 und dessen Verantwortung für die Niederlage von 1923 in Deutschland gezogen.[201] Obwohl Trotzki in seiner Arbeit die Auffassung der deutschen Linken teilte, man hätte im Oktober 1923 kämpfen müssen, wandten sich diese sofort gegen ihn. Die linke KPD-Führung um Ruth Fischer war inzwischen fest mit Sinowjew und der Komintern verbunden. Das ZK der KPD schickte ein Telegramm an das ZK der KPR, in dem es bedauerte, daß Trotzki die Diskussion wieder aufleben ließ. Die KPD versprach, »rücksichtslos« an der Linie des V. Weltkongresses der Komintern und des 13. Parteitages der KP Rußlands festzuhalten.[202] Damit unterstützte die KPD die Position von Sinowjew und Stalin.[203]
Auch in Deutschland begann der »Kampf gegen den Trotzkismus«. Die Parteipresse brachte ausführliche Artikel zum Thema »Was ist Trotzkismus«; die »permanente Revolution« wurde als antileninistisch zurückgewiesen, Trotzki die Unterschätzung der Bauernschaft vorgeworfen und sein Kampf gegen den Parteiapparat verurteilt.[204] Die KPD-Presse gab Sinowjew Raum für grundsätzliche Artikel wie »Leninismus und Trotzkismus« und sie stellte ihre Berichterstattung völlig in den Dienst der Sinowjew-Stalin-Gruppe.[205]

---

199 Auf dem V. Weltkongreß im Juni 1924 betonte Thalheimer nochmals für die »Rechten«: »Ich verweise auf die Tatsache, daß wir uns abgegrenzt haben, sowohl in den russischen als auch in den deutschen Fragen, von dem, was man russische Opposition nennt.« (Protokoll, a. a. O. [Anm. 74], Bd. I, S. 242.)

200 »Soz. Republik« vom 25. Februar 1924.

201 Trotzkis Arbeit wurde von Franz Pfemfert in der »Aktion« (Nr. 2/3, vom 15. Februar 1925) in Deutschland bekanntgemacht. Trotzkis Brief an das ZK vom 15. Januar 1925 wurde auch von der KPD veröffentlicht (»Die Internationale«, Heft 2, Februar 1925, S. 75 ff.).

202 »Inprekorr« vom 29. November 1924.

203 Über die Diskussion in Rußland vgl. Daniels, a. a. O. (Anm. 16), S. 285 ff. und Deutscher, a. a. O. (Anm. 18), S. 153 ff.

204 Leninismus und Trotzkismus. »Die Internationale«, Heft 2, Februar 1925, S. 92 ff. – Am 11. November 1924 berichtete die »Rote Fahne« über die »Trotzki-Diskussion in der KPR«, am 12. November »Was ist Trotzkismus?« – Vgl. auch das Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26, S. 13 – Am 19. November beschäftigte sich die »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« mit dem Thema »Die Diskussion mit Gen. Trotzki. Was ist Trotzkismus?«.

205 RF vom 28. Dezember 1924 und 1. Januar 1925 – »Freiheit« vom 27. und 30. Dezember 1924 – »Soz. Republik« vom 6. Januar 1925 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 6. Januar 1925.

Allerdings war die linke Führung irritiert, weil Trotzki die Mehrheit der KPR und der Komintern von links her kritisierte und auch die Haltung Brandlers von 1923 angriff. Zunächst blieb die KPD bei ihrer Stellungnahme, Trotzki sei ein Rechter und die Brandlerianer seien Trotzkisten.[206] Am 19. November 1924 veröffentlichte die »Prawda« jedoch die Erklärung von Brandler und Thalheimer gegen Trotzki. Die KPD-Zentrale legte das als Versuch Brandlers aus, sich bei der KP Rußlands anzubiedern. Immerhin veröffentlichte auch sie Brandlers Stellungnahme.[207] Sie wandte jedoch ein, seine Abkehr von Trotzki sei nur ein »menschewistischer Vorwand«, um eine eigene Brandler-Fraktion aufbauen zu können. Die Hauptaufgabe der KPD sei »Kampf gegen alle Formen des Menschewismus und Trotzkismus«[208].

In den folgenden Wochen begann in der kommunistischen Presse und auf Versammlungen ein wahres Trommelfeuer gegen den Trotzkismus. Die Gegensätze zwischen Lenin und Trotzki wurden mittels ausgegrabener langer Zitate aufgebauscht und der Trotzkismus als eine dem Leninismus feindlich gegenüberstehende Theorie verdammt.[209]

Für die KPD war angeblich der »Kampf gegen den Trotzkismus ... keine russische Frage«, ihre Parole lautete: »Die deutsche Partei wird dem Trotzkismus und Brandlerismus in ihren Reihen keinen Platz gönnen.«[210] Irrigerweise sah die KPD in Trotzki nach wie vor einen »rechten Kommunisten«. Die Linken übersahen – was sie später selbst zugaben[211] –, daß ein Kernpunkt des Streites zwischen Trotzki und Stalin schon damals um die Rolle der Komintern ging: sollte die sowjetrussische Außenpolitik den Interessen der Weltrevolution untergeordnet werden, oder sollte die Komintern den außenpolitischen Bedürfnissen des sowjetrussischen Staats der Diktatur des Proletariats dienen.[212] Trotzki trat im Sinne der frühen Sowjetpolitik für erstere Alternative ein, Stalin dagegen dachte im Interesse seines »Sozialismus in einem Land« an die zweite Möglichkeit. Mit ihrer Hilfestellung für Sinowjew unterstützte die Fischer-Führung in Wirklichkeit Stalin. Als Trotzki im Januar 1925 als Kriegskommissar abgesetzt wurde, gab die KPD sofort eine zustimmende Erklärung ab und schrieb, daß sie die Absetzung schon »lange erwartet hatte«.[213]

Am 10. und 11. Januar 1925 beschäftigte sich auch der Zentral-Ausschuß mit dem Trotzkismus, der einstimmig als »der rechte Flügel der Komintern« verurteilt

206 RF vom 12. und 23. November 1924.

207 Brandler sagte in seiner Erklärung, daß er schon 1909 bis 1913, ebenso in der NEP-Periode gegen Trotzkis permanente Revolution gekämpft habe. Als die Linken auf der Januar-Konferenz 1924 noch geschwankt hätten, sei er gegen Trotzki aufgetreten und werde das auch weiter tun. (RF vom 29. November 1924.)

208 Geschke in der »Inprekorr«, Nr. 164, 1924, S. 2255.

209 Dabei wurde der Leninismus ganz im Sinne Sinowjews definiert als Marxismus in der Epoche der Kriege und der Revolution, die in einem Land begann, in dem Bauernschaft überwiegt. (»Freiheit« vom 30. Dezember 1924.)

210 RF vom 10. Dezember 1924.

211 »Mitteilungsblatt«. (Linke Opposition der KPD) Hrsg. Hugo Urbahns, vom 1. März 1927.

212 Siegfried Bahne: Der Trotzkismus in Deutschland 1931–33. Phil. Diss. Heidelberg 1958, S. 52 – Vgl. auch Siegfried Bahne: Der Trotzkismus in Geschichte und Gegenwart. »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«, München. 15. Jg. 1967. Heft 1, S. 56 ff.

213 RF vom 20. Januar 1925.

wurde.[214] Nun diffamierte man den Trotzkismus als »eine Abart des Menschewismus«. Auf Bezirkskonferenzen wurde die trotzkistische Gefahr ausführlich erörtert, fast überall wurden einstimmige Resolutionen gegen ihn angenommen.[215] Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz in Düsseldorf erklärte der Referent Dengel sogar lange vor der KPR, »man muß sich unbedingt den Forderungen mehrerer Bezirke anschließen, die den Ausschluß Brandlers, Thalheimers und Trotzkis aus der Kommunistischen Partei verlangen«.[216]

Noch immer sahen gerade die linken deutschen Kommunisten in Trotzki ihren Hauptgegner, einen »rechten« Kommunisten.[217] Gemeinsam mit Sinowjew erklärte die KPD den Trotzkismus als »besonders gefährliche Abweichung vom Leninismus«, der bei der Bolschewisierung »entlarvt und als Strömung liquidiert« werden müsse.[218]

Als theoretische Hauptwaffe gegen den Trotzkismus in der KPD diente das »mit kapitalistischem Reklamerummel«[219] verbreitete Buch von Maslow »Die zwei russischen Revolutionen des Jahres 1917«, nach Darstellung der KPD-Presse »das wichtigste Buch für jedes Parteimitglied«.[220] Maslow versuchte durch umfangreiches Material und Zitate aus Lenins Schriften die Haltung Sinowjews gegen Trotzki theoretisch zu untermauern und gleichzeitig die »Luxemburgistische Tradition« zu treffen.[221]

Doch spielten beim Kampf gegen den Trotzkismus weniger theoretische, als vielmehr politische Überlegungen eine entscheidende Rolle. Trotzki war nicht nur als »rechter« Kommunist für die Linken suspekt, sein Fraktionsfreund Radek war auch der Inspirator der rechten Brandlerschen Politik in Deutschland gewesen. Deshalb identifizierte die KPD-Linke Trotzki einfach mit Brandler. Außerdem glaubte sie durch den Kampf gegen den Trotzkismus sich größere Sympathien seines damaligen Hauptrivalen Sinowjew erwerben zu können.

214 Gegen den Trotzkismus. Resolution des ZA (einstimmig angenommen). »Die Internationale«. Ergänzungsheft 1 zum Jg. 1925, S. 30 ff. – »Freiheit« vom 17. Januar 1925.

215 Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz des Bezirks Ruhr unter der Losung: »Gegen den Trotzkismus in jeder Form« wurde am 1. Februar 1925 mit 482 gegen 4 Stimmen der Ausschluß der »Trotzkisten« Brandler und Thalheimer gefordert (»Westf. Kämpfer« vom 3. Februar 1925). Die Zentrale schrieb am 15. Februar 1925 an alle Bezirksleitungen, im Arbeitsplan müsse »die innere Durcharbeitung der Partei (Leninkurs – Trotzkismus – Funktionärkurse) gesteigert werden, diese Punkte müssen im Arbeitsplan der Bezirke, Unterbezirke, Ortsgruppen, Zellen usw. berücksichtigt werden« (HStA Düsseldorf, 16922).

216 »Freiheit« vom 3. Februar 1925 – HStA Düsseldorf, 16910.

217 Mitt. von Max Hesse und Hans Weber an denVerf. – Maslow schrieb: »Die deutsche Linke hat nämlich gerade gegen den Genossen Trotzki *ununterbrochen* Kampf geführt, da sie in ihm ... einen Genossen sehe, der einen rechten Flügel führt oder führen will« (a. a. O. [Anm 195], S. XXXXV).

218 Sinowjew, Die Bolschewisierung ... a. a. O. (Anm. 187), S. 104 – Die Partei wurde aufgefordert, auf den »noch vielfach vorhandenen Trotzkismus zu achten« (»Der Funke«, Nr. 3/4, vom 20. Februar 1925).

219 So später Sinowjew und Bucharin. Der neue Kurs, Berlin 1925, S. 8 und 25.

220 »Niedersächsische Arbeiterzeitung« vom 7. April 1925.

221 Maslow z. B. schrieb: »Der zweite Weg, den, welchen die deutschen Linken, insbesondere Rosa Luxemburg, gewählt, war ein sehr gefährlicher Weg. *Das war die Erziehung der revolutionären Elemente zur Negierung der Partei.* In der Tat, jene berühmte Spontaneitätsmythologie, welche Rosa Luxemburgs Schriften so oft auszeichnet, ist nichts anderes, als die *Negierung* der Partei ...« (Maslow: Zwei Revolutionen, a. a. O. [Anm. 195], S. 15 ff.).

Unter dieser Devise des Kampfes gegen den Trotzkismus und Luxemburgismus wurden vor allem die Auseinandersetzungen mit der eigenen Tradition geführt. Ihr Höhepunkt war ein Artikel von Ernst Schneller, »Vom Trotzkismus in der deutschen kommunistischen Bewegung«, der im März 1925 in der »Internationale« erschien.[222] Schneller stellte sämtliche Differenzen zwischen Lenin und Luxemburg zusammen und versuchte, die frühe deutsche kommunistische Bewegung ebenso wie den Trotzkismus als »eine Abart des Menschewismus« darzustellen, die es auf dem »Weg zur leninistischen, zur bolschewistischen Partei« zu überwinden gelte.[223]
Allerdings blieben solche Vorstellungen in der KPD nicht unwidersprochen. Gegen Schnellers Artikel konnte Paul Frölich in der »Internationale« eine Antwort veröffentlichen. Noch 1924 waren auch Trotzkis Thesen abgedruckt worden. Trotz aller Bolschewisierung herrschte in der KPD gerade in bezug auf die theoretischen Auseinandersetzungen noch so viel innerparteiliche Demokratie, daß den Funktionären und Mitgliedern gegenteilige Auffassungen wenigstens nicht vorenthalten wurden. Doch gingen solche Stimmen in der allgemeinen Bolschewisierungspropaganda fast völlig unter.
Mit ihrem ideologischen Kampf gegen Trotzkismus und Luxemburgismus hatte die KPD eindeutig und endgültig die Position eines angeblichen Leninismus bezogen, der sich bald als Stalinismus erweisen sollte. Die innerparteiliche Erstarrung der KPD, die schließlich zu einer »monolithischen Partei« wurde, führte ebenso wie der Funktionswandel der Partei, ihre immer straffere Anleitung durch Moskau, zu einer geistigen Dogmatisierung. Luxemburgismus und Trotzkismus hatten als geistige Strömungen des Kommunismus einen stark antihierarchischen und letztlich demokratischen Grundtenor. Die KPD, die sich immer drastischer zu einer Apparatpartei stalinschen Typus entwickelte, war nicht mehr in der Lage, solche kritischen Gedanken zu assimilieren. Eine »geistige Einheitlichkeit«, die sich bald als geistige Uniformierung erweisen sollte, war die Voraussetzung der straffen Zentralisierung der KPD.
Gestattete die Parteiführung zunächst noch ideologische Diskussionen, so war der »Trotzkismus« für die KPD bald ein rotes Tuch, und auch der Luxemburgismus galt als »Abweichung«, über die jede Diskussion verpönt war. 1926 schrieb Neumann, der »unversöhnliche Gegensatz« zwischen Luxemburg und Lenin verlange die »rücksichtslose« Überwindung des Luxemburgismus.[224] Die Versuche, nach der Ausschaltung von Ruth Fischer-Maslow, auch Rosa Luxemburgs Theorien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,[225] waren gescheitert; der »Luxemburgismus« blieb – wie in noch stärkerem Maße der Trotzkismus – eine »gefährliche Abweichung«.[226]

---

222 »Die Internationale«, Heft 3, vom März 1925, S. 181 ff.
223 »Die Internationale«, a. a. O., S. 128.
224 Heinz Neumann, Leninismus und Organisation. »Der Parteiarbeiter«, Nr. 6 vom 10. April 1926.
225 Vor allem Clara Zetkin hatte auf dem März-Plenum des EKKI 1926 versucht, Rosa Luxemburg zu verteidigen, sie hatte besonders scharf den von Ruth Fischer gebrauchten Vergleich mit dem »Syphilisbazillus« gebrandmarkt (Protokoll, a. a. O. [Anm. 64], S. 248 f).
226 Die Kampagne gegen den Luxemburgismus erreichte ihren Höhepunkt nach dem Brief Stalins an die »Proletarskaja Revoljuzia« im Jahre 1932. Das Buch von Kurt Sauerland: Der dialektische

Erste Abgrenzung der KPD nach links

Nach dem IX. Parteitag stellte sich heraus, daß die Differenzen in der Gewerkschaftsfrage nicht ausgetragen waren. Der gegen den Willen der Komintern vorgeschlagene Reichsarbeiter-Kongreß war zwar beschlossen worden, aber die Zentrale sabotierte seinen Zusammentritt. Die Zentrale wußte, daß ein solcher Kongreß die Spaltung der Gewerkschaften bedeutete, und sie versuchte, ihn zu verhindern. Sie stieß dabei auf den heftigen Widerstand der Gruppe um Schumacher-Weyer-Kaiser, die auf Einberufung des Kongresses bestand, aber in der Minorität blieb.
Am 17. Juli 1924 tagte eine Reichskonferenz der kommunistischen Parteifunktionäre und der Vertreter der selbständigen Verbände.[227] Mit 370 gegen eine Stimme wurde beschlossen, die Losung: »Hinein in die Gewerkschaften!« zu verwirklichen; gegen eine Minderheit wurde auch der Beschluß gefaßt, die selbständigen Verbände wieder in die Freien Gewerkschaften zu überführen.
Der V. Weltkongreß bestätigte den eingeschlagenen Weg. Schumacher blieb mit seinen Vorstellungen isoliert; die deutsche Delegation lehnte seine Auffassung »einmütig« ab.[228] Der Zentral-Ausschuß verlangte am 20. Juli noch einmal von allen Mitgliedern, die Losung »Hinein in die Gewerkschaft!«[229] zu praktizieren. Allerdings billigte der ZA »die schweren Bedenken und Warnungen« der deutschen Delegation auf dem V. Weltkongreß gegen eine Einigung durch Spitzenverhandlungen mit den Freien Gewerkschaften auf internationaler Ebene.[230] Die KPD-Führung befürchtete, die Sowjetunion werde aus außenpolitischen Interessen (gegenüber der englischen Arbeiterregierung) zu weit gehende Zugeständnisse machen.[231] Für Deutschland wurde die Gewerkschaftseinheit bejaht. Schumacher und seine Freunde

---

Materialismus, Berlin 1932, war eigens zur Bekämpfung des Luxemburgismus geschrieben. – Vgl. dazu auch H. Weber: Manipulationen mit der Geschichte. »SBZ-Archiv«, Köln, Nr. 18, vom 25. September 1957, S. 277 f. und H. Weber: Rosa Luxemburg und der deutsche Kommunismus, a. a. O., Nr. 1., 1. Januarhaft 1962, S. 5 ff.

227 Vertreten waren 9 Gruppen: 1. Union der Hand- und Kopfarbeiter (Industriegruppe Bergbau und Metall); 2. Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter; 3. Industrieverband der chemischen Arbeiter; 4. Deutscher Schiffahrts-Bund; 5. Freier Eisenbahnerverband; 6. Verband der ausgeschlossenen Textilarbeiter; 7. Verband der Buchbinder und verwandten Branchen, Berlin; 8. Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband; 9. ZK der oppositionellen Betriebsräte. (»Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 70 vom September 1924.)

228 Protokoll des V. Weltkongresses, a. a. O. (Anm. 74), Bd. II, S. 829.

229 Allerdings sagte Dengel später, die Losung »Hinein in die Gewerkschaften!«, statt »Hinein in die Freien Gewerkschaften!« habe zur Stärkung der Industrieverbände führen sollen, was falsch gewesen sei. (»Westf. Kämpfer« vom 21. Oktober 1925.)

230 »Freiheit« vom 24. Juli 1924 – Maslow schrieb: »Von einer Liquidation der RGI zugunsten der Amsterdamer darf keine Rede sein« (»Die Internationale«, Heft 15, vom 1. August 1924, S. 490).

231 Mitt. von Max Hesse an den Verf. Sinowjew sagte später: »Wie war die Lage? Hat man uns nicht als halbe Verräter angesehen, hier, in diesem Jahre noch? Man hat gesagt, die staatlichen Interessen zwingen uns zu einer solchen Taktik. Hier in diesem selben Zimmer wurde über die Bildung des englisch-russischen Komitees verhandelt. Wir sagten, man müsse Komitees bilden. Was hat die deutsche Delegation gesagt? Welches war ihre Haltung? Was haben sie vorgeschlagen? Sie haben solche Demagogie getrieben, daß wir uns sagen mußten – obwohl wir sicher waren, daß diese Taktik die einzig richtige ist –, wir schlagen vor zu warten. Doch haben wir dann die Mehrheit bekommen« (Der neue Kurs, a. a. O. [Anm. 219], S. 19).

stemmten sich mit aller Kraft gegen diese Entwicklung, die nunmehr als Teil der Bolschewisierung vorangetrieben wurde.[232] Auf verschiedenen Gewerkschafts-Konferenzen der KPD in den Bezirken (z. B. am 26. 8. in Niedersachsen, am 31. 8. in Niederrhein) wurde diese Linie fast einstimmig gebilligt.[233]

Am 5. September 1924 schloß die KPD Schumacher, Weyer und Kaiser aus der Partei aus. Sie wurden als Anti-Bolschewisten bezeichnet, weil sie sich weigerten, die Gewerkschaftslinie der KPD zu befolgen. Ein weiterer Vorwurf lautete, sie hätten versucht, ihre unabhängigen Verbände auf ganz Deutschland auszudehnen und zusammenzuschließen.[234] In der Berliner Partei wurden Proteste gegen diese Ausschlüsse laut. Monatelang ließen die Debatten über Gewerkschaftsprobleme die Partei »nicht zu praktischer« Arbeit kommen.[235] Die Ausgeschlossenen gaben ein »Korrespondenzblatt der selbständigen Verbände« heraus, das die KPD sofort als antibolschewistisch abstempelte, obwohl Weyer versicherte: »Wir werden Kommunisten bleiben.« Weyer warf der KPD vor, sie sei »diktatorsich« und »schlimmer als die SPD«.[236]

Während die selbständigen Verbände 1925 fast alle in die Freien Gewerkschaften überführt wurden,[237] blieben die Organisationen von Schumacher, Weyer und Kaiser auch in den folgenden Jahren bestehen; doch wurden sie von den Kommunisten gemieden und die Anhänger dieser Verbände aus der KPD ausgeschlossen. Damit war die KPD auch in der Gewerkschaftsfrage auf die Linie der Komintern

---

232 Ruth Fischer schrieb in einem Artikel »Hinein in die Gewerkschaften!«: »Gewiß, es mag für Kaiser schwer sein, sich seinen Verband mit dem des Lumpen Thöns wieder vereint zu denken ... Natürlich, es ist für Schumacher fatal, sich die oppositionellen Bekleidungsarbeiter wieder bei den reformistischen Verrätern zu denken. Aber das sind falsche Fragestellungen. Es soll sich nicht Kaiser mit Thöns küssen, es sollen vielmehr die revolutionären Bauarbeiter nicht länger den Lumpen Thöns allein bei den andern Bauarbeitern lassen. Sentimentalitäten kennen wir keine. Bolschewisierung verlangt auch von jedem einzelnen Bolschewisierung an sich selbst, sogar dann, wenn er in die verhaßten Gewerkschaften hinein soll.
Man soll in den Gewerkschaften bolschewisieren, nicht mehr und nicht weniger ... Und in allem muß die Berliner Organisation vorangehen, ein Muster sein. Sonst hat sie gekämpft wie ein Löwe, und, am Ziel angekommen, sich als kastriertes Schwein erwiesen.«
(»Der Funke«, Nr. 15, vom 23. August 1924 – Die KPD im eigenen Spiegel, Hrsg. KAP, Berlin 1926, S. 153.)

233 Vgl. »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 27. August 1924 und »Freiheit« vom 2. September 1924. In Düsseldorf war allerdings ein Redner dagegen, da man »doch wieder hinausgeworfen werde«.

234 RF vom 5. September 1924 – »Süddeutsche Arbeiter-Zeitung«, Stuttgart, vom 11. September 1924 – »Vorwärts« vom 7. Oktober 1924. Die Bezirksleitung gab ein gedrucktes Flugblatt »An alle Funktionäre des Bezirks Berlin-Brandenburg« heraus. Schumacher, Kaiser und Weyer wurde »Disziplinbruch und Sabotage« vorgeworfen. Das Flugblatt endete: »Haltet treu zur RGI. Hinweg mit der Schumacherei!«.
Nach einer späteren Angabe Ruth Fischers wurden mehrere hundert Funktionäre wegen der Gewerkschaftsfrage aus der KPD ausgeschlossen. (Protokoll des Erweiterten EKKI, März-April 1925. Hamburg 1925, S. 65.)

235 Bericht der BL Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation 1924/25. Berlin o. J., S. 7.

236 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10.

237 Von den 65 000 Mitgliedern der Union waren Anfang 1925 ohnehin nur 4000 übriggeblieben (»Deutscher Industrieverband«, Nr. 3, vom 19. Januar 1925 und Nr. 4, vom 26. Januar 1925). Die IG Bergbau der Union beschloß als eine der letzten am 16. August 1925, zum Bergarbeiterverband überzutreten (»Westf. Kämpfer« vom 21. August 1925).

eingeschwenkt; und hatte auch eine klare Abgrenzung von den radikalen kommunistischen und syndikalistischen Gewerkschaftern vollzogen.
Zur gleichen Zeit trennte sich die Partei auch von einer anderen linksradikalen Gruppe, die nur den gewaltsamen Aufstand als politisches Mittel anerkannte und gegen Kompromisse war. Diese Gruppe, die sich selbst »Arbeiterlinke« nannte, war vor allem in Hamburg aktiv und hatte enge Verbindung zu Medwedjew, Mjasnikow und anderen oppositionellen Kommunisten Rußlands. Eine führende Rolle in den Reihen dieser radikalen »Arbeiterlinken« spielte Ketty Guttmann.[238] Die »Arbeiterlinke« wandte sich nicht nur gegen die »Scheinlinken«, wie Fischer, Thälmann, Scholem, die sie als Zentristen bezeichnete, sondern erklärte auch Gewerkschaften und Einheitsfront für konterrevolutionär, hatte also fast die gleichen Auffassungen wie die KAP. Im August und September 1924 wurden die Mitglieder dieser Gruppe aus der KPD ausgeschlossen.[239] Sie waren offen antibolschewistisch: »Die Arbeiterlinken, die als Antibolschewisten verrufen wurden von den Moskauer Eingeschworenen, sind bewußt antibolschewistisch, denn sie haben eingesehen, daß der Bolschewismus Sozialdemokratismus ist, und daß die Bolschewiki Reformisten und Arbeitsgemeinschaftler (mit der Bourgeoisie) sind. Lenin selbst war ein kleinbürgerlicher Opportunist und deshalb heißt Leninist sein Opportunist sein...«[240]
Unter der Losung: »Los von Moskau!« führte vor allem Ketty Guttmann einen Feldzug gegen die KPD,[241] ihre Argumentation war fast identisch mit der der KAP. Diese vertrat 1924 die Auffassung, die Kommunistische Internationale sei das außenpolitische Herrschaftsinstrument der Sowjetunion und Rußland selbst ein bäuerlich-kapitalistischer Staat.[242] Ketty Guttmann erklärte, die Komintern müsse

---

238 Ketty Guttmann (Katherina Ekey), geb. 28. April 1883, gehörte mit ihrem Mann (Guttmann) ursprünglich der Hamburger SPD, nach dem Kriege der USPD, dann der KPD an. Während der Revolution eine bekannte Agitatorin, 1921 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Mitbegründerin der Zeitschrift »Der Pranger«, des Organs einer Hamburger Prostituierten-Vereinigung, für deren Belange sie sich einsetzte. Nach dem Oktoberaufstand (1923) flüchtete sie nach Moskau, kam im Frühjahr 1924 zurück und trat in Hamburger Versammlungen als Ultralinke auf. Bereits Mitte Juli 1924 aus der KPD ausgeschlossen, war sie noch einige Zeit auf dem linken Flügel aktiv; weitere Daten ihres Lebenslaufs ließen sich nicht ermitteln. (StA Hamburg, 601 – »Freiheit« vom 23. Juli 1924 – »Der Pranger«, Nr. 13/1921 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 12. und 17. September und 18. Oktober 1924.)

239 In der »Hamburger Volkszeitung« hieß es am 1. September 1924: »Der Schlächter Albert Czerwinski ist wegen nachgewiesener Verbindung mit weißgardistischen Elementen und anderer grober arbeiterfeindlicher Bestrebungen aus der KPD ausgeschlossen. Alle Genossen werden aufgefordert, C. als arbeiterfeindliches Element zu betrachten und jeden Verkehr mit ihm zu vermeiden. Genossen, die gegen obigen Beschluß verstoßen und mit diesem Agenten der Konterrevolution sich solidarisieren, verfallen dem Ausschluß der Partei.« Gegen diesen, schon ganz im stalinistischen Geiste gehaltenen Ausschluß protestierte C., aktiver Teilnehmer des Oktoberaufstandes 1923, da die »Konterrevolutionäre«, mit denen er in Verbindung stand, die russischen oppositionellen Kommunisten Miasnikow u. a. waren. C. solidarisierte sich mit Ketty Guttmann, Schumacher, Weyer, Kaiser und warf der KPD-Führung Verrat vor, der sie »die Wahrheit scheuen läßt, wie den Maulwurf das Licht«. (Anklageakten gegen die Führer ... der 3. Internationale, Hamburg 1924.)

240 Anklageakten, a. a. O., S. 22.

241 »Vorwärts« vom 23. Oktober 1924.

242 »Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 24 und Nr. 35, Mai 1924.

zerschlagen werden, weil die Moskauer Führung nicht die proletarische Revolution, sondern die Interessen der sowjetischen Außenpolitik vertrete.[243] Sie kritisierte, daß Rußland zwar Revolutionen im Interesse der russischen Außenpolitik mache, aber nie Außenpolitik im Interesse der Revolution. Die Arbeiterschaft müsse dem Bolschewismus den Rücken kehren, »weil die Menge der Fehler der Bolschewiki jetzt zu einer andern Art Fehler geworden ist. Diese andere Art Fehler heißt: Hemmung der proletarischen Revolution«.[244]
Die Ausschaltung dieser ultralinken KAP-Tendenzen aus der KPD führte zu deren weiteren Vereinheitlichung. Allerdings hatten diese Gruppen innerhalb des Apparats keinerlei Einfluß gehabt und eigentlich nur am Rande der Partei gestanden.

Die KPD verliert Einfluß

Mitte 1924 erreichte der Mitgliederstand der KPD einen Tiefpunkt: erstmals seit der Vereinigung mit der USP sank er unter 100 000 ab. Auch die Betriebsrätewahlen und vor allem die Reichstagswahl im Dezember 1924 ließen einen schwindenden Einfluß der Partei erkennen.
Dafür gab es objektive Gründe: Die Annahme des Dawes-Plans hatte eine wirtschaftliche Konjunktur eingeleitet. 1924 wuchs die Industrieproduktion um 50%, die Zahl der Arbeitslosen ging erheblich zurück (z B. bei den Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes von 24,4% im Januar 1924 auf 7,2% im Dezember 1924), und die Löhne der Arbeiter stiegen (in manchen Berufszweigen bis zu 70%).[245] Die soziale Lage der Arbeiter in Deutschland besserte sich, und ihre Radikalisierung ebbte ab.
Da die KPD aber ihre alte linke Taktik fortsetzte und im ganzen Jahr 1924 die »Vorbereitung der Revolution« als direktes Aktionsmittel propagierte,[246] sank ihre Bedeutung noch mehr, als es ohnehin durch die Wirtschaftskonjunktur geschah.
Die KPD führte vor allem einen scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die KPD-Zentrale verbot allen Kommunisten, Sozialdemokraten zu begrüßen oder ihnen die Hand zu geben.[247] Schon Anfang 1924 war die später so verhängnisvolle These vom »Sozialfaschismus« entwickelt worden. Als erster hatte Sinowjew er-

243 Ketty Guttmann: Los von Moskau. Hamburg o. J. (1924), S. 19.
244 Guttmann, a. a. O., S. 13.
245 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik, Arbeiterbewegung 1925/26. S. 722 ff. – Norbert Madloch: Der Kampf der KPD 1925/26 gegen den Pakt von Locarno und für eine friedliche und demokratische Außenpolitik Deutschlands. Phil. Diss. Berlin (Ost) 1964, Bd. 2, S. 232 – Vgl. auch Madloch. Der Kampf der KPD 1925 gegen den Locarnopakt . . ., »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«, Berlin (Ost) 1964, Heft 2, S. 234.
246 Zum V. Weltkongreß hatte Ruth Fischer geschrieben: »Die revolutionäre Krise in Europa ist nicht liquidiert und geht weiter« (»Der Funke«, Nr. 7, vom 12. Mai 1924).
247 Protokoll. Erweitertes EKKI (Anm. 64), S. 465 – (Losowski: »In diesem Rundschreiben finden wir folgende Perlen: 1. Kommunisten dürfen Sozialdemokraten nicht grüßen und ihnen die Hand geben. 2. Sie müssen rote Handschuhe anziehen, wenn sie in die Sitzung kommen usw.«)
Der Umgang mit sozialdemokratischen Angestellten (auch in den Gewerkschaften) wurde durch »Parteibefehl« verboten: »Ein persönlicher freundschaftlicher Verkehr gibt es mit diesen Klassen-

klärt: »Die deutsche Sozialdemokratie ist eine faschistische Sozialdemokratie.« Im Januar 1924 äußerte er, die Sozialdemokratie »stellt heute einen Flügel des Faschismus dar«,[248] eine Meinung, die er des öfteren wiederholte, wie er auch Sozialdemokratie und Faschismus als »Zwillingsbrüder« bezeichnete.[249] Die Sozialdemokratie wurde als »Sozialfaschismus« diffamiert. Nach einer These von Neubauer war der »Sozialfaschismus« die letzte Erscheinungsform der Sozialdemokratie.[250] »Macht ein Ende mit der Sozialdemokratie« war eine oft zitierte Losung der Parteipresse.[251] Diese Diffamierungen wurden zwar bald wieder abgeschwächt, in der Praxis aber wurde jegliche Zusammenarbeit mit der SPD abgelehnt.[252]

Durch diese Haltung isolierte sich die KPD zusehends auch in den Gewerkschaften. Nachdem ihr Einfluß schon durch die Spaltungsaktionen und die Schaffung von Industrieverbänden geschwächt war, ging er nun noch weiter zurück. 1922 waren auf dem ADGB-Kongreß 88 kommunistische Delegierte, 1925 nur noch drei.[253] Im Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) hatte die Opposition (KPD) 1923 44% der Stimmen, 1925 nur noch 23%. Bei den Berliner Holzarbeitern sank die Zahl der Kommunisten von 6250 (1924) auf 4650 (1925), gleichzeitig vermehrten sich die SPD-Anhänger um 1000.[254]

Bald zeigte sich, daß die KPD nicht nur in den Arbeiterorganisationen immer schwächer wurde, sondern daß auch ihr allgemeiner Masseneinfluß rapide abnahm: Bei der Reichtstagswahl vom Dezember 1924 verlor die KPD eine Million Stimmen,

---

feinden nicht«. In der Presse häuften sich Beschimpfungen der Gewerkschaftsführer, in kurzem Zeitraum gebrauchte das Essener »Ruhr-Echo« fast 500 mal die Worte »Verräter, Kapitalsknechte, Lumpenpack, Strolche, Judasse, Schurken, Reformistenknechte, Subjekte« usw. (Unternehmer und Kommunisten, a. a. O. [Anm. 65], S. 43 und 52).

248 Sinowjew in der Sitzung des EKKI im Januar 1924 – »Inprekorr«, Nr. 37 vom 24. März 1924, S. 426 f. – Vgl. dazu: Siegfried Bahne: »›Sozialfaschismus‹ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs«. »International Review of Social History«. Vol. X (1965), Part 2 (S. 211 ff.).

249 Stalin baute diese These im September 1924 aus und schrieb: »Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus ... Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder.« (Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin [Ost] 1952, S. 253.)

250 »Lorenz« (Pseud. von Neugebauer): Sozial-Faszismus – Theorie und Praxis der SPD. Leitartikel der »Soz. Republik« vom 14. und der »Freiheit« vom 15. März 1924.

251 Der Kämpfer, Dortmund, vom 11. November 1924. Schon im Februar 1924 schrieb die Partei: »Die Hauptaufgabe ist deshalb: völlige Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei. (»Der kommunistische Organisator«. Hrsg. Or-Büro der KPD Ruhr. 1. Jg. Nr. 6, vom 23. Februar 1924.)

252 Das führte besonders in den Gemeindeparlamenten dazu, daß viele Positionen, die früher von der SPD mit Hilfe der KPD-Vertreter besetzt worden waren, nunmehr den Rechten in die Hände fielen. Als im Dezember 1924 im Düsseldorfer Stadtparlament die KPD-Abgeordneten im zweiten Wahlgang für die SPD-Abgeordneten stimmten, um die Wahl eines von der KPD als Erzreaktionär bezeichneten Kandidaten zu verhindern, wurde das von der BL scharf gerügt, da die SPD ebenso rechts stehe wie die anderen Parteien. Der Vorsitzende der KPD-Stadtverordneten-Fraktion mußte zurücktreten. (»Freiheit« vom 30. Dezember 1924.) In Weimar wurden 8 Gemeindevertreter auf Beschluß der BL Ruhr aus der KPD ausgeschlossen, weil sie für einen SPD-Amtmann gestimmt hatten. (»Vorwärts« vom 4. Oktober 1924.)

253 Organisationsbericht des EKKI 1926; abgedruckt bei Weber, Die Kommunistische Internationale, a. a. O. (Anm. 170), S. 124 f. Aus dem Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (Berlin 1925) geht hervor, daß Heinrich Galm (vgl. Biographie, Bd. 2), Simon Kraus-Stuttgart (später KPO) und Siegmund-Chemnitz die kommunistischen Delegierten waren.

254 O. Pjatnizki in: »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1927, S. 2140.

mehr als ein Viertel ihres Wählerbestandes. Da die KPD jedoch in Berlin – die linke Führung orientierte sich nach wie vor an der Hauptstadt – kaum einen Stimmenverlust hatte (Groß-Berlin: von 396 000 auf 372 000),[255] erklärte sie, die politische Linie sei durch das Wahlergebnis »wiederum als durchaus gültig bestätigt worden«. Das EKKI sandte ein Glückwunschschreiben, da die Partei sich trotz der Unterdrückung in den »Zuchthauswahlen« gehalten habe.[256] Die Reichspräsidentenwahl von 1925 brachte einen weiteren Rückgang der KPD-Stimmen: die Partei hatte die Hälfte ihrer Wähler vom Mai 1924 verloren.[257] Es wurde klar, daß die Taktik nicht mit der polititschen Lage übereinstimmte.

Die Änderung der Taktik wurde immer dringlicher. Zudem war die Parteiorganisation durch die Anspannung in den Wahlkämpfen fast erschöpft. Vermutlich hatte ein Polizeibericht nicht unrecht, der Anfang 1925 meldete: »Die Ansicht, daß der herrschende linke Flügel die Partei mehr und mehr zu einer isolierten Sekte machen und völlig in den Sumpf führen werde, greift in weiten kommunistischen Kreisen immer mehr um sich.«[258] Nur mit Mühe gelang es der Parteiführung, die »Ausschlußseuche« einzudämmen. Unter den radikalen linken, die Partei beherrschenden Kreisen war noch immer jene Vorstellung verbreitet, die schon in der Ära der Mittelgruppe im März 1924 aufgekommen war: »Mit der Überschätzung der bloßen Zahl muß aufgeräumt werden.«[259]

Nun bestand diese Gefahr in der schrumpfenden KPD am allerwenigsten. Schon Anfang 1924 hatten viele kleine Ortsgruppen die politische Arbeit gänzlich eingestellt. In den Industriebezirken war nur ein Stamm von 20 bis 30% der früheren Mitglieder aktiv geblieben.[260] Eine rigorose Säuberung auf Initiative der Linken mit dem Ziel, die Partei von »Papiersoldaten« zu reinigen, verschlimmerte die

---

255 Im Wedding und im Bezirk Mitte konnte die KPD sogar noch Stimmen gewinnen. Bei den Betriebsratswahlen 1925 hatte aber die SPD in fast allen Großbetrieben die Mehrheit (Bericht der BL, a. a. O. [Anm. 235], S. 33).

256 Im Dezember 1924 war die KPD nur noch in 3 Wahlkreisen stärker als die SPD: in Halle-Merseburg, Oberschlesien und Düsseldorf-Ost, doch war auch hier der Vorsprung zusammengeschmolzen. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 315. III., Berlin 1928, S. 85 ff.

257 Beim 1. Wahlgang erhielt Thälmann 1 181 815 Stimmen, beim 2. Wahlgang 1 931 151 Stimmen (Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, S. 450 f.). Im Wahlkreis Berlin sank der Stimmenanteil Thälmanns von 180 734 auf 144 879 im 2. Wahlgang, dagegen stieg der Anteil Thälmanns beim 2. Wahlgang in Sachsen erheblich an (von 204 000 auf 286 000).
Die Partei verlor in 10 Monaten (Mai 1924 bis März 1925) mehr als die Hälfte ihrer Wähler. Die KPD konstatierte: »Diese Wahl war eine typische Flaute-Wahl. Wir haben uns darin getäuscht, daß wir glaubten, der Gipfel dieser Flaute-Periode sei im Dezember schon überschritten ... Die Partei ist noch viel zu stark isoliert von den Arbeitermassen. Unsere Partei ist ideologisch schwer erschöpft. Die Jahre des Kampfes, wo eine Kampagne die andere, ein Kampf den andern hetzte, haben uns zu wenig Zeit gelassen, um die Partei durchzuschulen.« (»Der Pionier des Bolschewismus«. Hrsg. von der BL der KPD Ruhrgebiet. Jg. 2, Nr. 8, vom 15. April 1925.)

258 StA Bremen, IV 13 h, Bd. 1 (IA Berlin, Mai 1925). In einem Referentenmaterial der BL Berlin vom Oktober 1924 war von einer »Verzweiflungsstimmung« in der Partei die Rede, deren Ursache die mangelnde Aussicht auf einen nahen Sieg sei (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 11).

259 »Der kommunistische Funktionär«. Hrsg. von Bezirks-Komitee der KPD Ruhrgebiet. 1. Jg. Nr. 7, vom 5. März 1924.

260 Badisches Generallandesarchiv, Karlsruhe, 234, Nr. 10130. Im Bezirk Ruhr zahlte nur noch ein Drittel der Mitglieder Beiträge (StA Münster, Pa 254, Bl. 125). Die Zerrüttung der KPD geht auch aus einem Bericht über eine Parteiversammlung in Essen im Dezember 1924 hervor. Schwan

Misere.[261] Zwar wurde versucht, durch eine Reihe von Werbekampagnen (im August 1924 ein »Lenin-Aufgebot«, im November 1924 ein »Zuchthaus-Aufgebot« (unter der Parole: »Für 7000 Gefangene 70 000 Mitglieder«) die Partei zu stärken, doch verschlechterte sich deren Lage ständig, vor allem im westdeutschen Industriegebiet.[262] Mit Losungen von der Bolschewisierung und militärähnlichen Befehlen glaubte die Parteileitung zunächst, der Lage Herr werden zu können (so wurde z. B. genau festgelegt, daß die einzelnen Funktionäre bis 1. 12. 1924, die Mitglieder bis 1. 1. 1925 wieder in der Gewerkschaft organisiert sein mußten).[263]
Doch allmählich verbreitete sich auch in der linken Führung die Erkenntnis, der rapide Zerfall des deutschen Kommunismus könne nur durch eine Umstellung der Taktik entsprechend der veränderten Situation aufgehalten werden. Seit September 1924 versuchte auch Maslow – der aus dem Gefängnis heraus immer noch maßgeblich an der Führung der KPD beteiligt war –, die Zentrale für eine neue Taktik zu gewinnen. Erst 1925 begann schrittweise eine Änderung, jedoch führte sie rasch zu neuen innerparteilichen Spannungen und Auseinandersetzungen.

Die Spaltung der Linken 1925

Die ersten Differenzen in der linken Führung, die auf dem V. Weltkongreß auftraten, sind schon erwähnt worden. Weit tiefer ging ein Streit in der Zentrale, der im November 1924 aufbrach.[264]

---

und Kollwitz wurden für den Niedergang verantwortlich gemacht, als »Feiglinge« und die Führung als »Schieberlinge« beschimpft (HStA Düsseldorf, 16923).

261 Im Berliner »Funken« schrieb Lilly Korpus, daß alten Genossen, die seit 1890 in der Partei waren, einfach die »Parteibücher abgenommen« wurden. Sie rief auf, dem »willkürlichen Rausschmiß Riegel vorzuschieben« (»Der Funke« vom 1. August 1924).
Im Org-Rundschreiben Nr. 10 mußte die Zentrale am 11. September 1924 konstatieren, »trotz aller Bemühungen der Zentrale nimmt die Ausschlußseuche in den unteren Parteiorganen nicht ab, sondern eher noch zu.« (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 11, Bl. 37.)
Scholem klagte auf dem Berliner Bezirksparteitag: »Hunderte, wenn nicht Tausende sind der Ausschlußseuche zum Opfer gefallen« (»Vorwärts« vom 14. Oktober 1924). Wer dreimal hintereinander die Zellenversammlung nicht besuchte, wurde ausgeschlossen (»Westf. Kämpfer« vom 3. Februar 1925).

262 Wienand Kaasch hatte bei einer Inspektion im Oktober 1924 die völlige »Einflußlosigkeit unserer Partei hier im Ruhrgebiet« festgestellt. Z. B. war der Unterbezirk Gelsenkirchen von 1876 Mitgliedern auf 558 zurückgegangen. Nur ein Drittel der Mitglieder im Ruhrgebiet zahlte Beiträge. In 34 Schachtanlagen gab es nur 6 Betriebsgruppen. In der kommunistischen Hochburg Bottrop erhielt die KPD bei Betriebsratswahlen cirka 7000 Stimmen, bei den allgemeinen Wahlen aber sank ihr Anteil von 9200 im Mai 1924 auf 7450 im Dezember und 5900 bei der Präsidentenwahl 1925 (»Pionier des Bolschewismus« vom 15. April 1925 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 11 – HStA Düsseldorf, 16910 – StA Münster, Pa 254 Bl. 125).

263 »Freiheit«, vom 23. Oktober 1924 – Bericht der BL Berlin, a. a. O. (Anm. 235), S. 24 und 27.

264 In einem geheimen Rundschreiben der Ultralinken (von Scholem unter dem Pseud. Semperidem verfaßt) vom Januar 1926 wurde erstmals über die Hintergründe berichtet » . . . Arthur König ist nach Eintreffen des EKKI-Briefes die Aussage suggeriert worden, er sei nach dem Frankfurter Parteitag in einer Geheimsitzung von Maslow – Ruth Fischer und Scholem beauftragt, einen geheimen Fonds zum Kampf gegen die Komintern(!) zu sammeln. Der Zweck dieser Aussage ist, König zu entlasten, indem dann erklärt werden kann, er sei zu seinen Unterschleifen gekommen, weil er gezwungen worden sei, geheime Fonds anzulegen. Der Aussage stehen Aussagen entgegen von Ruth Fischer und Scholem, die alles als Lüge bezeichnen und ein persönlicher Brief von König

Scholem, als damaliger Orgleiter fast uneingeschränkter Herrscher über den Parteiapparat, verlangte die Absetzung des Reichskassierers Arthur König, weil dieser seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. Daraufhin kam es in der Zentrale zur Rebellion der Arbeiter gegen die Intellektuellen. Vor allem Thälmann und Schütz stellten sich vor König; sie beschuldigten Scholem, er beabsichtige, die Arbeiter aus der Leitung zu verdrängen. Scholem konnte sich nicht durchsetzen. Thälmann sah sich durch diesen Streit erneut in seinem Radikalismus bestärkt, er witterte überall »rechte Gefahren«.[265] Die Differenzen wurden zwar überwunden, aber eine Mißstimmung blieb in der Zentrale bestehen.

Auf einer Sitzung am 10./11. Januar 1925 beschloß der Zentral-Ausschuß einstimmig die Thesen »über die KPD, die einzige Arbeiterpartei«.[266] Zum erstenmal hieß es nicht mehr, es bestehe eine revolutionäre Situation, und die Aufgabe der KPD sei die direkte Vorbereitung der Revolution, vielmehr verlautete nun, die KPD befinde sich »zwischen zwei Wellen der Revolution«. Doch die neue Beurteilung der Lage brachte noch nicht die von Maslow angestrebte Änderung der Taktik. Im Gegenteil, die neuen Thesen rissen den Graben zur SPD noch weiter auf. Die KPD bezeichnete sich als die »in *jedem* Sinne einzige Arbeiterpartei«.[267] Die »Versöhnler« in den eigenen Reihen, denen man unterstellte, sie wollten »in gewissen Fragen« mit der SPD zusammenarbeiten, damit Arbeiter nicht gegen Arbeiter kämpften, wurden verwarnt. Die Führung erklärte, der Gegensatz zur SPD sei ein grundsätzlicher, es könne »nichts Gemeinsames sein zwischen der revolutionären Partei des Proletariats und einer Partei, die aus dem Marxismus das Wichtigste fortgeworfen hat, nämlich die Lehre von der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze«. Die Führer der SPD wurden als »Agenten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats« tituliert.[268] Die Bolschewisierung wurde erneut als wichtigstes Ziel bezeichnet, allerdings betont, daß die Partei die Mehrheit der Arbeiter für sich erobern und deshalb die Gewerkschaftsarbeit zur Hauptaufgabe machen müsse. In »voller bolschewistischer Einheitlichkeit« traten alle Redner gegen Trotzki auf. Es wurde abgelehnt, sich in eine Debatte mit jenen Kräften, die die jetzige Taktik än-

---

an Ruth Fischer, den er am Tage vor dieser Aussage schrieb und in dem er ausdrücklich seine Aussage als Schwindel bezeichnet. Dazu kommt die durch viele Zeugenaussagen belegte Tatsache, daß Genosse Scholem bereits seit Sommer 1924 wiederholt und nachdrücklich die Beseitigung des unfähigen König vom Posten eines Zentralkassierers verlangte, was im November dazu führte, daß Thälmann, König und Schütz die berühmte »Arbeiteropposition« in der linken Zentrale bildeten, die sofort von der Exekutive skrupellos ausgenutzt wurde und die erste Erschütterung der linken Führung darstellte. Thälmann erklärte damals ausdrücklich, Scholem wolle die ›ehrlichen Arbeiterelemente‹ wie König, entfernen . . .« (StA Koblenz, 403/13373).

265 Damals schrieb Thälmann den Brief an Iwan Katz, aus dem Auszüge in Thälmanns Biographie (vgl. Bd. 2.) abgedruckt sind. Katz veröffentlichte den Brief in seinem »Mitteilungsblatt«, Nr. 7-1926, er wurde im »Vorwärts« vom 3. Mai 1926 und der »Kommunistischen Arbeiter-Zeitung«, Nr. 34, Mai 1926, nachgedruckt.

266 Die KPD. Die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland. »Die Internationale«, Ergänzungsheft 1, Jg. 1925 – RF vom 13. Januar 1925.

267 Die KPD, a. a. O., S. 23. Schon am 11. November 1924 war »Der Kämpfer«, Chemnitz, unter der Schlagzeile erschienen: »Macht ein Ende mit der Sozialdemokratie. Hinein in die einzige Arbeiterpartei, die KPD!«

268 Die KPD . . ., a. a. O. (Anm. 266), S. 17 f. und 24.

dern wollen, »überhaupt nur einzulassen«.[269] Wie bereits üblich, bestätigten die einzelnen KPD-Bezirke die Linie des Zentral-Ausschusses.[270]
Schon kurz nach der Sitzung des Zentral-Ausschusses erklärte die Zentrale, eine neue Lage sei entstanden, mit der Regierung Luther sei die monarchistische Gefahr in Deutschland wieder heraufbeschworen.
Als im März/April 1925 das erweiterte EKKI tagte, ergab sich, daß die Thesen der Januar-Tagung verschieden ausgelegt wurden und die Losung von der monarchistischen Gefahr Ausgangspunkt einer Kursänderung der KPD werden sollte. Die führende Gruppe um Ruth Fischer verlangte eine Abkehr von der bisherigen radikalen Linie, die zur Isolierung der Partei geführt hatte. Die Mehrheit der Zentrale erklärte nunmehr unumwunden: »Wir stehen in einer nichtrevolutionären Situation«; die Partei müsse daher mehr Manövrierfähigkeit gewinnen.
Während der EKKI-Tagung in Moskau wurde bekannt, daß die bürgerliche Rechte in Deutschland als Kandidaten für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl Hindenburg nominieren werde. Im ersten Wahlgang hatte die KPD Thälmann als ihren Kandidaten präsentiert. Die Wahlziffern für die Rechte auf der einen und die republikanischen Parteien auf der anderen Seite hatten gezeigt, daß die kommunistischen Stimmen beim zweiten Wahlgang mit ausschlaggebend sein würden.
Sinowjew und die Komintern-Führung waren überrascht darüber, daß es den Rechtskreisen möglich war, Hindenburg vorzuschlagen. Sie sahen darin einen Beweis der »monarchischen Gefahr«. Sinowjew riet, die KPD solle im zweiten Wahlgang für den Sozialdemokraten Braun stimmen.[271]
Auf der Sitzung des EKKI-Präsidiums am 2. April 1925 betonte Sinowjew, es könne der KPD nicht gleichgültig sein, ob die Republik in Deutschland erhalten bleibe, oder ob die Monarchie siege. Die KPD müsse unbedingt den sozialdemokratischen Kandidaten unterstützen. Ruth Fischer stimmte ihm zögernd zu, meinte aber, die revolutionäre Periode sei zwar beendet, doch die Arbeiter würden den Unterschied zwischen 1923 und 1925 nicht verstehen, so daß die neue Taktik Schwierigkeiten für die Partei bringen würde. Gegen eine Wendung der Taktik nach rechts sprach sich Iwan Katz mit großer Schärfe aus, die Stärke der Monarchisten sei nicht größer als im Vorjahr, die Konsequenzen einer neuen Taktik würden ungeheuerlich sein und die Partei drohe auseinanderzufallen.[272]

---

269 RF vom 13. Januar 1925 – Die KPD . . ., a. a. O., S. 30 f.
270 Auch der Bezirksausschuß Württemberg billigte auf einer Tagung vom 25. Januar 1925 die Thesen des ZA mit 18 gegen 7 Stimmen, so daß auch der letzte Bezirk mit Anhängern der Rechten und der Mittelgruppe gewonnen schien.
271 Die monarchistische Gefahr und die Taktik der KPD (Berlin 1925), S. 66 ff. – Vgl. auch Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 511 ff. – Vor dem 2. Wahlgang bestritt die »Rote Fahne« in einem »Wort an die SPD-Arbeiter« die sozialdemokratischen Pressemeldungen, nach denen Sinowjew gegen die Kandidatur Thälmanns sei (RF vom 22. April 1925). Auf der 14. Parteikonferenz der KP Rußlands sagte Sinowjew später, man habe es der KPD an Ort und Stelle überlassen, wie sie handele, »doch rieten wir kategorisch der KPD, der SPD offen die Unterstützung eines sozialdemokratischen Kandidaten im 2. Wahlgang vorzuschlagen . . .« (RF vom 10. Mai 1925).
272 Auf der Vollsitzung des Erweiterten EKKI am 4. April ließ Sinowjew über die Diskussion nur

Unabhängig von der Komintern-Führung drängte auch Maslow aus dem Gefängnis auf die Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten. Doch die deutsche Zentrale – nicht zuletzt unter dem Einfluß des Präsidentschaftskandidaten Thälmann – lehnte eine Änderung der Taktik ab. Da die SPD ohnehin den Zentrumskandidaten Marx unterstützte, hielt die KPD auch für den zweiten Wahlgang an der Kandidatur Thälmanns fest. Dieser erhielt 1,9 Millionen Stimmen; Hindenburg siegte mit 14,6 Millionen über Marx, der 13,7 Millionen Stimmen erhielt. Die SPD behauptete nun, Hindenburg sei indirekt durch die Kandidatur Thälmanns zum Reichspräsidenten gewählt worden. In der deutschen Arbeiterschaft, vor allem unter den sozialdemokratischen Arbeitern, entfachte das Wahlergebnis einen Sturm der Entrüstung gegen die KPD.

Die KPD-Zentrale, unter Führung der gerade aus Moskau zurückgekehrten Ruth Fischer, schwenkte sofort auf einen neuen Kurs um. Sie richtete einen »Offenen Brief« an die Spitzen von ADGB und SPD und begab sich damit auf den Weg der bisher verpönten »Einheitsfront von oben«. Die Zentrale verkündete, Hindenburg-Monarchie bedeute Krieg, und sie gab die Losung aus: »Vorwärts zur Bildung der Roten Front, gegen Monarchie und schwerindustrielle Diktatur.«[273] Sie verlangte, die Verluste bei den Wahlen müßten selbstkritisch untersucht und das »Vorhandensein einer monarchistischen Restaurationsgefahr« dürfe nicht übersehen werden.[274]

Zwar war das Einheitsfront-Angebot der KPD-Führung zunächst nur zur »Entlarvung« der rechten SPD-Führer gedacht, bald aber stellte die KPD-Leitung die Frage, ob sich ihre Abgeordneten im preußischen Landtag der Stimme enthalten sollten, wenn es gelte, eine monarchistische Rechts-Regierung zu verhindern. Die Wende von der reinen Obstruktionspolitik, die nur von der direkten Vorbereitung der Revolution ausging, zu einer Taktik der Unterstützung linker Kreise gegen die Restauration war nicht zu übersehen. Aus Furcht vor der »monarchistischen Gefahr« erfolgte aber eine so plötzliche Schwenkung des Parteikurses, daß selbst die rechte Parteiopposition Kritik erhob. (Vgl. Dok. 4.)

In der Zentrale kam es zu erbitterten Auseinandersetzungen. Ruth Fischer stützte sich auf Schlecht, Geschke, Schneller sowie auf die früheren Mittelgruppen-Anhänger Remmele, Pieck, Heckert und Eberlein. Mit Hilfe des EKKI gewann sie auch die »Arbeitergruppe« Thälmann, Schütz, Florin und König. Auf diese Weise überstimmte sie die Ultralinken Scholem, Rosenberg und Katz. Ende April und Anfang Mai stellten sich wichtige Bezirke wie Berlin und Ruhr mit großer Mehrheit hinter die Rechtswendung der Zentrale.[275]

---

einiges durchblicken, er verlangte auch dort, den Unterschied zwischen bürgerlicher Republik und Monarchie nicht zu unterschätzen. (Protokoll, a. a. O. [Anm. 234], S. 331.) – RF vom 5. Juni 1925 – Vgl. auch »Die monarchistische Gefahr ...« a. a. O., S. 10 f.

273 RF vom 28. April 1925.

274 Ruth Fischer schrieb in einem Leitartikel, »lächerlich ist es, wenn die Sozialdemokraten behaupten, die Kommunisten hätten Hindenburg in den Sattel geholfen«. (RF vom 28. April 1925.)

275 Allerdings ging das nicht ohne Widerstand ab. Am 6. Mai tagte z. B. in Essen die Funktionärkonferenz Ruhr, auf der Schubert für die Bezirksleitung vor 110 Personen referierte. Er erklärte, Sinowjew wolle, daß die KPD die starre Linie aufgebe, »es soll eine beweglichere Linie eingeschlagen werden, um nicht völlig den Kontakt mit den breiten Massen zu verlieren«. Die Partei werde jetzt eine Schwenkung nach rechts vornehmen müssen. Nach Schuberts Ausführungen kam es zu

Bei dieser Kursänderung hatte die KPD-Führung die Unterstützung der Komintern, unter deren Druck die erhebliche Änderung der Taktik vorgenommen worden war.[276] Auf der EKKI-Tagung im April erkannte Ruth Fischer, daß sich in der russischen Führung neue Fronten gebildet hatten. Der Zerfall des Blockes Sinowjew-Stalin zeichnete sich bereits ab. Sinowjew mußte seine Position in der Komintern stärken. Der ständige Rückgang der KPD schwächte seine Stellung im russischen Fraktionskampf. Sinowjew drängte daher Ruth Fischer, die Wendung rasch vorzunehmen, um die KPD aus der Isolierung herauszuführen.[277]
Das EKKI hatte neue Thesen zur Bolschewisierung angenommen, die der Fischer-Führung die politische Wendung erleichterten. Ausdrücklich wurde die Losung: »Heran an die Massen!« in den Vordergrund gestellt. Die Ablehnung jeder Einheitsfront oder die Verneinung von Teilforderungen galt jetzt als unvereinbar mit dem Bolschewismus. Vor allem aber wurde betont, daß die kapitalistische Wirtschaft sich stabilisiert habe, und daß »in manchen Ländern, wie z. B. in Deutschland, momentan keine unmittelbare revolutionäre Situation besteht«.[278]
Damit hatte das erweitere EKKI-Plenum eine gewisse Rechts-Schwenkung eingeleitet, obwohl bei dieser Zusammenkunft gleichzeitig Brandler, Thalheimer und Radek wegen »fraktioneller Arbeit« streng gerügt wurden.[279]
Für Deutschland hatte das EKKI-Plenum die Liquidierung linker Fehler in der Gewerkschaftsfrage, die Durchführung der Einheitsfront und den Kampf gegen Abweichungen und Fraktionen als wichtigste Aufgaben bezeichnet. Wieder einmal wurde »eiserne proletarische Disziplin« als die entscheidende Voraussetzung für die Bolschewisierung genannt. Ruth Fischer war auf der EKKI-Tagung zwar vor allem gegen die Rechten aufgetreten, aber ihre Drohung gegen Fraktionsbildung sollte indirekt auch die Ultralinken einschüchtern. Auch ihre Behauptung, »unserer Partei fehlt keineswegs Demokratie, sondern eher Disziplin«,[280] war schon deutlich gegen die Ultralinken gerichtet. Ruth Fischer hoffte, mit Hilfe der Komintern die neue taktische Wendung der KPD ohne Schwierigkeiten durchsetzen zu können.
Am 10. Mai 1925 trat der Zentral-Ausschuß zusammen, um die Frage definitiv zu entscheiden. Die Tagung[281] begann mit einem Nachruf auf den verstorbenen Kommunistenführer Karski (Marchlewski) und die KPD-Funktionäre Friedrich

---

einer erregten Debatte. Einige Rechtsoppositionelle verlangten die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Rechten. Sobottka machte sich zum Wortführer der ultralinken Opposition. Er warnte davor, sich auf eine Schwenkung nach rechts einzulassen, die KPD würde damit in dasselbe Fahrwasser geraten wie Rußland. Er wolle seinen ganzen Einfluß in der preußischen Landtagsfraktion geltend machen, eine Schwenkung nach rechts zu verhindern. Eine Reihe von Rednern unterstützte seine Ausführungen. Nachdem etliche Funktionäre die Versammlung verlassen hatten, wurde die Resolution der Bezirksleitung im Sinne der neuen Taktik mit 58 gegen 31 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. (Bericht Polizeipräsidium Essen vom 7. Mai 1925, HStA Düsseldorf, 16934.)

276 Sinowjew in »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1926, S. 76.
277 Mitt. von Ruth Fischer, Max Hesse und Hans Weber an den Verf.
278 Tjaden, a. a. O. (Kap. 1, Anm. 2), S. 54.
279 Protokoll des EKKI 1925, a. a. O. (Anm. 234), S. 312 f. – RF vom 7. April 1925.
280 Protokoll, a. a. O., S. 73.
281 RF vom 12., 13. und 14. Mai, »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 17. Mai 1925. Später wurde geschrieben, es sei eine »unter dem Druck der Exekutive vorgenommene radikale Änderung

Neumann und Hans Urban. In ihrem Referat erklärte Ruth Fischer, die Partei habe die monarchistische Gefahr zu spät erkannt, auch sei die Taktik der KPD nicht elastisch genug. Das Mißtrauen der kommunistischen Arbeiter gegen einen Wechsel der Taktik nannte sie ein ernstes Hemmnis für die erfolgreiche Parteiarbeit. Sie schlug die Unterstützung des Volksblocks gegen den Reichsblock sowohl im Reichstag wie in Preußen vor.

Der Vertreter des EKKI sekundierte Ruth Fischer und sagte, die Internationale sei mit der Wendung der deutschen Politik einverstanden. Der Kampf gegen Hindenburg könne nicht nur aus der deutschen Perspektive geführt werden; Hindenburg sei vielmehr ein Vorposten des Kapitals gegen Rußland, seine Bekämpfung nütze auch Sowjetrußland.

Die Vertreter der Bezirke Berlin, Wasserkante, Ruhr, Niederrhein, Halle-Merseburg und der meisten kleineren Bezirke billigten die Wendung der Politik nach rechts. Die Vertreter von Kassel, Danzig, Baden, Südbayern sowie ein Teil der ZA-Vertreter aus Westsachsen und Niedersachsen sprachen sich gegen eine Änderung der Taktik aus, da sie einen Rückfall in den Brandlerismus befürchteten. Sie blieben mit 15 von 50 Stimmen in der Minderheit. Für den Bezirk Pfalz lehnte Hans Weber die Taktik des »Offenen Briefes« an die SPD überhaupt ab und erklärte, wenn diese Politik fortgesetzt würde, müßten die Kommunisten schließlich noch für Schwarz-Rot-Gold stimmen. Rosenberg sagte, Reichsblock und Volksblock verträten beide die Interessen der Schwerindustrie; man könne nicht eine schwerindustrielle Gruppe gegen die andere verteidigen, ohne den revolutionären Charakter der Partei aufzugeben. Ein anderer Vertreter der ultralinken Opposition, Alexander Abusch [Reinhardt], behauptete, nach der Änderung der Taktik marschiere man am Schwanze der SPD.

Auf der Zentral-Ausschuß-Tagung waren auch Vertreter ausländischer Parteien anwesend. Während die französischen und österreichischen Kommunisten die neue Politik bejahten, trat der Pole Domski für die Ultralinken ein.

Die von der Mehrheit des Zentral-Ausschusses angenommene Resolution verlangte »mehr Manövrierfähigkeit«, dazu gehöre auch die Bereitschaft, Kompromisse zu schließen. Auch die Bildung einer »linken Koalition gegen die rechte Koalition« wurde gestattet. Die Ablehnung von Spitzenverhandlungen und Teilforderungen wurde kurzerhand als »opportunistisch« bezeichnet, ganz so wie man früher solche Forderungen selbst als »opportunistisch« deklariert hatte.

Nach der Tagung des Zentral-Ausschusses verteidigte die Parteiführung die neue Linie. Eine »Kampagne« für den »Offenen Brief« an die SPD und gegen die monarchistische Gefahr wurde beschlossen und die »Durcharbeitung« der Partei nach einem genauen Arbeitsplan angeordnet.[282] An die Stelle des »Wortradikalismus« sollte in der nicht akut revolutionären Situation wieder die Kleinarbeit treten.

Die Ultralinken hatten sich auf der Zentral-Ausschuß-Tagung bereit erklärt, die

---

der Taktik« gewesen, sie sei aber mechanisch und sogar opportunistisch angewandt worden (»Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1926, S. 76).

282 In einem Rundschreiben des Polbüros vom 28. Mai 1925 (»Nur als Manuskript gedruckt«) heißt es, bei der Durcharbeitung der Partei sei zu beachten: »1. ideologische Klärung und Festigung der

Resolution nach außen zu vertreten und sich damit der »bolschewistischen Disziplin« zu fügen.[283] Als die Fischer-Führung jedoch mit organisatorischen Maßnahmen gegen die Ultralinken vorging und diese aus den entscheidenden Positionen verdrängte,[284] brachen in der gesamten Partei neue Fraktionskämpfe aus. Scholem organisierte die ultralinke Opposition, die bei den Auseinandersetzungen allerdings in sämtlichen Bezirken außer in Rhein-Saar (Pfalz) in der Minderheit blieb. Die Bezirksparteitage im Juni 1925 ergaben, daß die Zentrale auch jene Bezirke beherrschte, die auf der Zentral-Ausschuß-Tagung noch gegen die Resolution gestimmt hatten. In Hessen-Kassel, wo Schütz für die Zentrale referierte, während Neddermeyer und Lohagen für die Opposition sprachen, wurde die Resolution der Zentrale allerdings nur mit 24 zu 23 Stimmen angenommen.[285] In Baden unterlag Kenzler, der auf der ZA-Tagung gegen den neuen Kurs gestimmt hatte, mit 4 gegen 17 Stimmen (darunter auch die des Orgleiters Ritter). Auch in Süd-Bayern (wo sich die meisten Führer in Haft befanden) stimmten nach einem Referat Buchmanns von 54 Anwesenden nur 2 gegen die Kursänderung. Ebenso gelang es der Zentrale, die Bezirke Danzig, Westsachsen (mit 63 zu 30 Stimmen bei 3 Enthaltungen) und Niedersachsen (85 zu 16 Stimmen, hier wurden Iwan Katz und Theodor Gohr als Ultralinke aus der BL entfernt) zu gewinnen. Bezirke wie Niederrhein und Oberschlesien stellten sich einstimmig hinter die Zentrale; andere sprachen sich mit großer Mehrheit für die neue Linie aus.[286]

Der Berliner Bezirksparteitag trat am 6. und 7. Juni 1925 zusammen. Scholem erhielt als Korreferent eine Stunde Redezeit. Er verlangte die Beibehaltung der alten Taktik, da sich seit dem Frankfurter Parteitag nichts geändert habe; er versicherte, die Ultralinken hätten keine neue Fraktion aufgebaut. Giwan und Mahlow unterstützten Scholem, die meisten Redner vertraten jedoch den Standpunkt der Zentrale. Ruth Fischer kündigte an, man werde den Ultralinken keine Zugeständnisse machen. Scholem und Rosenberg wurden nicht mehr in die Berliner Bezirksleitung gewählt.[287]

Die Kampagne der Führung gegen die Ultralinken verschärfte sich vor dem X. Par-

---

Partei; 2. Ausbau und Vereinheitlichung der organisatorischen Arbeit der Partei; 3. Herausbildung eines zuverlässigen – auch in Verbotszeiten voll arbeitsfähigen – Funktionärkörpers; 4. Zielklare dauernde Festigung unseres Einflusses unter den entscheidenden Schichten.« Der Arbeitsplan sah vor: »1. bis 6. Juni: Durcharbeitung in den Leitungen ... 7. bis 13. Juni: Durcharbeitung in den Zellen und Fraktionen.«

283 RF vom 12. Mai 1924 – »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 12. Mai 1925 – vgl. auch RF vom 10. Juni 1925.

284 Scholem mußte die Orgleitung der Zentrale Geschke überlassen. Korsch hatte schon im März die Chefredaktion der »Internationale« an Schneller abtreten müssen. Neubauer war als Polleiter des Bezirks Ruhr wieder von seinem Vorgänger Schwan abgelöst worden. Der Polleiter von Niedersachsen, Neddermeyer, wurde nach Kassel abgeschoben. Schwarz wurde als Polleiter in Thüringen durch Florin ersetzt, usw.

285 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 14 – »Westf. Kämpfer« vom 2. Juli 1925. Eine Reichskonferenz des KJVD stimmte mit 39 gegen 8 Stimmen dem ZA zu (RF vom 29. Mai 1925).

286 StA Bremen, IV 23, Bd. 1 – »Westf. Kämpfer« vom 2. Juli 1925 – »Soz. Republik« vom 15. Juni 1925 – StA Münster, Pa 254 Bl. 453.

287 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 14 – RF vom 9. und 10. Juni 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 2. Juli 1925.

teitag, der für Juli 1925 festgesetzt war. Die Zentrale wollte verhindern, daß die Ultralinken zu diesem Parteitag eine stärkere Vertretung entsandten. Sie begann, die Ansichten der Ultralinken zu simplifizieren, um sie leichter widerlegen zu können. Erste Vorwürfe wurden laut, die Ultralinken seien gegen die Bolschewisierung (»Diese Gruppe ist im tiefsten Herzen gegen die Bolschewisierung«).[288] Vor dem Parteitag konnten die Ultralinken immerhin ihre Ansichten in der Parteipresse darlegen.[289] Die Zentrale hatte natürlich mehr organisatorische Möglichkeiten, ihre eigene Stellungnahme zur Geltung zu bringen. Es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Ruth Fischer und Rosenberg; letzterer weigerte sich schließlich, das Gebäude der KPD-Zentrale überhaupt noch zu betreten.[290]

Ruth Fischer schrieb einen Artikel zum X. Parteitag, in dem sie die Differenzen mit den Ultralinken auf den Frankfurter Parteitag zurückführte. Ihre Darstellung erweckte den Anschein, als hätten seither zwei Flügel, Linke und Ultralinke, die Führung gebildet.[291] Ruth Fischer betonte, der X. Parteitag müsse der »Parteitag der Bolschewisierung« sein. Es gelte, die Partei »*noch* mehr zu vereinheitlichen«. Bolschewisierung in der Periode der »Scheinstabilisierung« bedeute: 1. sich voll auf den Boden des Leninismus stellen, keine theoretischen Abweichungen zu dulden, keine Konzessionen »an westeuropäische ›theoretische Schulen‹, auch wenn sie sich als ›Leninisten‹ aufspielen«; 2. Verständnis des Imperialismus und Gewinnung von Verbündeten; 3. feste Fundierung der Betriebszellen, da »die Betriebszellenarbeit und die richtige Organisationsarbeit innerhalb der Partei das Haupterfordernis ist«. Alle Abweichungen müßten überwunden werden.[292]

Auf dem Bezirksparteitag Ruhr am 6. Juli 1925 sprach sich Ruth Fischer auch klar für Sowjetrußland aus: »Ich glaube, daß wir in der Partei einen Faktor unterschätzen, den Faktor der Existenz Sowjetrußlands. Heil Moskau! rufen und nicht verstehen, was in Moskau vor sich geht, nutzt nichts ... Die Klarheit über die russische Politik ist ein wichtiger Faktor, auf dem wir aufbauen können.«[293]

---

288 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 7. Juni 1925 – Auf dem Bezirksparteitag Ruhr behauptete Schwan, die Ultralinken seien in der Partei »die Gefährlichsten« (»Westf. Kämpfer« vom 7. Juli 1925).

289 In einem gemeinsamen Artikel wandten sich Scholem, Rosenberg und Katz gegen die Meinung, ihnen sei die Frage der Monarchie oder Republik gleichgültig: »Ein solcher Standpunkt hätte in der Tat mit Bolschewismus nichts gemein, aber wir haben ihn niemals vertreten. Die Gegensätze beziehen sich lediglich darauf, in welcher Weise die KPD die monarchistische Gefahr am wirksamsten bekämpfen kann ... Die KPD kann die monarchistische Gefahr wirksam nur dadurch bekämpfen, daß sie der Bourgeoisie als Trägerin des Monarchismus die rote Klassenfront entgegenstellt.« (»Neue Zeitung«, München, vom 10. Juli 1925.)

290 Madloch, a. a. O. (Anm. 245), Bd. 2, S. 241.

291 Ruth Fischer schrieb, der Frankfurter Parteitag »hat die ultralinke Abweichung wohl gesehen«. Die Differenz mit dem EKKI ging nicht darum, ob ein solcher Flügel existiert, sondern wie man ihn bekämpft. Wir glaubten, kameradschaftliche Zusammenarbeit würde helfen. »Wir haben uns geirrt.« (»Neue Zeitung«, München, vom 8. Juli 1925 – RF vom 28. Juni 1925.)

292 Ruth Fischer schrieb: »Deserteure, Feiglinge, diejenigen, die den Schwierigkeiten der jetzigen Epoche nicht gewachsen sind, ohne zu reden abzuschütteln, und dafür immer wieder aufs neue frische und revolutionär gestimmte Arbeiterelemente in unsere Partei zu ziehen«. (RF vom 28. Juni 1925.)

293 »Westf. Kämpfer« vom 7. Juli 1925. Ruth Fischer begrüßte in dieser Rede auch die Verurteilung von Kindermann u. a. in Moskau. »Die Arbeiterschaft sagt sich: im Osten sind wir die Richter. Die drei Faschisten haben ihren verdienten Lohn erhalten.«

Rußland wurde als das große Vorbild herausgestellt. Zum innerparteilichen Kampf erklärte Ruth Fischer, gegenwärtig seien die »Gefährlichsten« in der Partei nicht die Rechten, sondern die Ultralinken. Unter diesen Auspizien tagte der X. Parteitag als Höhepunkt der Auseinandersetzung zwischen Linken und Ultralinken.

Der X. Parteitag 1925

Der X. Parteitag der KPD trat am 12. Juli 1925 im Gebäude des Preußischen Landtags in Berlin zusammen. Unter einem hellbeleuchteten Bild Lenins versammelten sich 170 Delegierte, darunter 142 Betriebsarbeiter.[294] Die Ultralinken waren nur schwach vertreten. Außer den drei Zentrale-Mitgliedern Katz, Rosenberg und Scholem waren es: Hans Weber, Herbert Müller und Adolf Hoffmann (Rhein-Saar), Heinrich Giwan und Konrad (Berlin), Arthur Vogt und Bruno Lau (Leipzig) Wilhelm Kötter (Bielefeld), Ernst Lohagen (Kassel). 160 Delegierte standen fest zur Ruth Fischer-Führung.[295]

Im Namen des EKKI sandte Sinowjew einen Brief, der den Parteitagsdelegierten vorgelesen wurde. Das EKKI gab darin seiner Genugtuung Ausdruck, »daß die KPD in den 15 Monaten, die sie von Frankfurt trennen, eine große Arbeit an sich selbst vollbracht hat. Die Partei hat die partikularistischen Tendenzen einzelner ihrer Organisation überwunden und eine energische Führung geschaffen. Sie hat mit großem Erfolg ihre inneren rechten Abweichungen entlarvt und überwunden. Sie ist gleichzeitig entschlossen gegen die ultralinken Abweichungen aufgetreten ... Die Partei ist konsolidiert. Sie arbeitet energisch an der Bolschewisierung ihrer Reihen.« Der »Grundkern« der Zentrale habe die »richtige Linie gefunden« und habe sich damit »verdientermaßen das Vertrauen der Partei erobert«. Die Komintern »unterstützt diesen Kern voll und ganz und wird Hand in Hand mit ihm arbeiten«.[296]

Nach diesem Lob kritisierte Sinowjew die KPD-Führung, weil sie seine Warnungen vor Rosenberg, Scholem, Korsch usw. nicht früher berücksichtigt habe und weil der Rat des EKKI zur Reichspräsidentenwahl nicht beachtet worden sei. Sinowjew schrieb, die KPD habe sich »eine Zeitlang in einem ultralinken Fieberzustand befunden.« Der X. Parteitag müsse die Partei »endgültig aus diesem Fieberzustand«

---

294 117 Delegierte waren in der SPD, 109 in der USPD organisiert; 79 gehörten der Metall-Gewerkschaft an; 110 waren länger als 10 Jahre politisch organisiert. (Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der KPD, Berlin 1926, S. 770.)
Allerdings soll die Zentrale einen Teil der gewählten Delegierten nicht zugelassen haben (StA Bremen, IV 13h. Bd. I).

295 Die dominierende Stellung der Linken zeigt die Zusammensetzung der wichtigsten Politischen Kommission des Parteitages. Ihr gehörten an: Vorsitzende: Ruth Fischer, Sekretär: Lenz (Winternitz), aus den Bezirken: Bartz, Giwan, Schneider, Bertz, Heinrich (Süßkind), Strötzel, Rosenbaum, Besser, Stephan, Ebeling, Creutzburg, Eppstein, Schwan, Müller, Benscheid, Sommer, Hans Weber, Bellemann, Buchmann, Münzenberg. Ein Blick auf die Biographien dieser Funktionäre (vgl. Bd. 2.) zeigt die linke Zusammensetzung der wichtigsten Parteikommissionen... (Bericht, a. a. O., S. 326.)

296 Bericht, a. a. O., S. 169 ff.

befreien.[297] Das EKKI erwarte von der KPD, daß sie nunmehr, nachdem die Herrschaft der Linken in der Partei stabilisiert sei, »neue Kräfte«, die mit den Arbeitern verbunden seien, in die Zentrale hineinwählen werde, eine »größere innerparteiliche Diskussionsfreiheit« zulassen, die »Ausschlüsse überprüfen« und das Schwergewicht auf die Organisations- und Gewerkschaftsarbeit legen werde.
Anfangs sah es so aus, als wolle der Parteitag diese Kritik der Komintern beherzigen. Gegen nur eine Stimme (die des Ultralinken Heinrich Giwan aus Berlin) sprach der Parteitag der Exekutive der Komintern »sein volles Vertrauen« aus und verpflichtete die neue Führung, »allen Angriffen gegen die Politik der Exekutive und allen Abweichungen von der Linie der Komintern entschlossen entgegenzutreten.« Auch die von der linken Führung vorgeschlagene Resolution lag auf der Linie der Komintern. Der KPD wurde darin die Aufgabe gestellt, »eine feste, einheitliche, klare marxistisch-leninistische Grundlage für die gesamte Parteipraxis zu schaffen und die Reinheit der Theorie gegen jede Abweichung mit unerbittlicher Konsequenz zu verfechten.«[298]
Schon bei der Eröffnung des Parteitags (Geschke, Pieck und Wittorf wurden zu Vorsitzenden des Parteitags gewählt)[299] zeigte sich die Verbundenheit der linken Delegierten mit Maslow. Unter großem Beifall sandte der Parteitag ihm ein Telegramm ins Gefängnis; es lautete: »Der X. Parteitag der KPD sendet Dir brüderliche Grüße und den kameradschaftlichen Dank für das, was Du zur Klärung der Partei in den Grundsätzen des Leninismus getan hast. Der Parteitag gelobt, alle Kräfte einzusetzen, um die Partei im Geiste Lenins zu einer klaren, zielbewußten, bolschewistischen Partei zu machen.«[300] Auch an Hugo Urbahns und Max Hoelz, die ebenfalls inhaftiert waren, wurden Solidaritätstelegramme gesandt.
Unter dem Pseudonym Samuely hielt Manuilski – mit lebhaftem Beifall empfangen – das Referat über die weltpolitische Lage und die Aufgaben der Komintern. Er setzte sich nochmals für die neue Taktik ein, erklärte aber, diese dürfe nicht nur in den Parlamenten angewandt werden, sondern müsse vor allem der Verbesserung der Massenarbeit dienen.[301] Manuilski beschwor die »Kriegsgefahr gegen Sowjetrußland.« Er bestritt, daß hinter der Wendung der KPD außenpolitische Interessen Sowjetrußlands stünden. Gegen die Ultralinken, hinter deren »ultralinker Phraseologie nur das kleinbürgerliche Wesen« versteckt sei, richtete er scharfe Angriffe. Manuilski meinte, der Ultraradikalismus (in Italien durch Bordiga, in Polen durch Domski vertreten) sei eine »internationale Krankheit«. Nach seiner Ansicht beweise die Zusammensetzung des X. Parteitags, daß die KPD »die linke Krankheit zu überwältigen beginnt«, da die Ultralinke, die »gestern noch die Partei beherrschte, auf diesem Parteitag nur ein Grüppchen bildet«. Das Jahr seit dem Frankfurter

297 Bericht, a. a. O., S. 176.
298 Bericht, a. a. O., S. 180 und S. 415 – RF vom 17. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 17. Juli 1925.
299 Im Bericht des Parteitages und den Berichten der Presse war fälschlich von »Witthoff, Hamburg« die Rede (Bericht, S. 276, 352 und 518 – RF vom 14. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 16. Juli 1925).
300 Bericht, a. a. O., S. 282 – RF vom 14. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 17. Juli 1925.
301 Bericht, a. a. O., S. 318 – RF vom 15. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 15. Juli 1925.

Parteitag bezeichnete er als »ein Jahr der Schwankungen der Partei«.[302] Auch wenn diese Darstellung den meisten Delegierten wohl nicht ins Konzept paßte, spendeten sie Manuilski für seine Ausführungen doch langanhaltenden Beifall. Nicht weniger Beifall erhielten die übrigen Referenten: Schneller, der den Bericht der Zentrale vorlegte; Geschke, der über Organisationsfragen referierte; Ruth Fischer, die das Hauptreferat über die politische Lage, die Aufgaben und die Taktik der Partei hielt; sowie Thälmann, der über den Kampf um die Gewerkschaftseinheit sprach.

Die Hauptauseinandersetzung auf dem Parteitag spielte sich zwischen Linken und Ultralinken ab. Dabei brachen zwischen den beiden Gruppen, die ein Jahr lang gemeinsam die Partei geleitet hatten, auch schwere persönliche Differenzen aus. Es kam zu einem Rededuell zwischen Scholem, Schneller und Thälmann. Scholem warf Schneller vor,[303] sich »auf das gefährliche Gebiet der Enthüllungen« begeben zu haben. Er verwies seinerseits darauf, daß 1924 auch Thälmann in der Gewerkschaftsfrage geschwankt habe. Thälmann antwortete erregt, Maslow und er hätten »wie die Löwen«[304] gegen die Spaltung der Gewerkschaften gekämpft.[305]

Den Standpunkt der Ultralinken vertraten vor allem Scholem und Rosenberg. Scholem spielte auf den Brief des EKKI an: »Ich habe das Vergnügen festzustellen, daß die Genossin Ruth Fischer und die anderen Genossen bis zum Mai sich gemeinsam mit mir in einem ultralinken Fieberzustand befunden haben.« Wenn Ruth Fischer sich geändert habe, so seien die Ultralinken dieselben geblieben, die sie in Frankfurt waren. Bis zum März sei die Zentrale einheitlich gewesen. Die Mehrheit der Zentrale sei in der Präsidentschaftskandidaten-Frage umgefallen; der Vorschlag, sich bei der Abstimmung über die Regierung Braun der Stimme zu enthalten und den eigenen Kandidaten im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zurückzuziehen, habe die Zentrale gespalten. Er, Rosenberg und Katz seien gegen diese Änderung der Politik aufgetreten.[306]

Rosenberg ging noch weiter und erklärte, die gesamte Internationale habe den richtigen linken Standpunkt in der Einheitsfronttaktik, in der Staatslehre und in der Führerfrage preisgegeben.[307]

---

302 Bericht, a. a. O., S. 316 ff. – RF vom 15. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 15. Juli 1925.

303 Schneller, der mit großem Eifer für die Fischer-Gruppe eintrat, zog sich sowohl die Feindschaft der Ultralinken (diese sprachen später nur vom »Leutnant Schneller«) wie auch der Mittelgruppe zu. Auf dem Parteitag sprach Ernst Meyer die bezeichnenden Worte: »Und wir werden uns auch von denen keine Lehre erteilen lassen, wie zum Beispiel von den Genossen Schneller und Heinrich [d. i. Süßkind, wie sich aus den Ausführungen des Chemnitzer Delegierten Müller – S. 605 – ergibt. H. W.], die ihren Mangel an linksfraktioneller Erfahrung zu ersetzen suchen durch fast renegatenhaften linken Fraktionseifer.« (Bericht, a. a. O., S. 598.)

304 Bericht, a. a. O., S. 410

305 Thälmann hielt das Referat zur Gewerkschaftsfrage. Später behauptete die linke Opposition, die Rede Thälmanns sei »wie üblich von 6 bis 7 talentlosen Genossen zusammengestoppelt worden«. Als Thälmann sie mit monotoner Stimme abgelesen habe, sei das vor leerem Saal geschehen (»Mitteilungsblatt«, Urbahns, 1. Januar 1927). Die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« (Nr. 55, Juli 1925) schrieb, Thälmann war der »Onkel Pelle« des Parteitags, »während seiner Rede verließen viele den Saal«.

306 Bericht, a. a. O., S. 392 – RF vom 17. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 21. Juli 1925.

307 Bericht, a. a. O., S. 549 f.

Gegen die Ultralinken trat besonders Ruth Fischer auf. Sie warnte ihre bisherigen Freunde, keine Fraktion zu bilden, da sonst strengste Maßnahmen gegen sie ergriffen würden.[308] Sie behauptete auch, daß sich innerhalb der Partei Berührungspunkte zwischen Ultralinken und Rechten zeigten.[309]

Nach längerer Zeit kamen auf dem Parteitag auch wieder Vertreter der Mittelgruppe zu Wort. Ernst Meyer, Paul Frölich und Karl Becker unterbreiteten dem Parteitag einen Brief, in dem sie eine umfassende Kritik an der Zentrale und ihrer ultralinken Politik 1924/25 übten. Ihre politischen Forderungen waren zusammengefaßt in den Sätzen: »Die Eroberung der Mehrheit des Proletariats steht wiederum im Vordergrund unserer Ziele. In den Mittelschichten müssen wir uns verankern. Das ist nur zu erreichen durch eine bewußte, geschmeidige und kraftvolle Anwendung der Einheitsfronttaktik, die sich die Lehren früherer Fehler nutzbar macht.«[310] Auf dem Parteitag kritisierte Ernst Meyer, daß Maslow von einem »Tauziehen mit der Exekutive« gesprochen habe; die deutsche Partei sei dann zu ihrem eigenen Schaden mit dem EKKI in Konflikt geraten.[311] Meyers Rede fand auf dem Parteitag keine Resonanz; die linken Delegierten reagierten unwillig auf seine Vorhaltungen und den Brief seiner Gruppe.

Die Organisationsfrage nahm auf dem Parteitag einen breiten Raum ein.[312] In seinem Referat dazu betonte Geschke, die KPD werde sich von der SPD auch in ihrem organisatorischen Aufbau unterscheiden. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen müsse vorangetrieben werden. Der demokratische Zentralismus habe Grundlage der Partei zu sein. Ebenso wie Schneller hob auch Geschke hervor, der Zentralismus der KPD dürfe nicht der einer Armee sein, er müsse vielmehr von der breiten Mitgliedschaft getragen werden.[313] Der Parteitag beschloß ein neues Statut, welches auch die sozialdemokratische Tradition in der Organisationsform

---

308 In ihrem Referat sagte Ruth Fischer, die Ultralinken hätten in der Rußlandfrage eine ähnliche Haltung bezogen, wie die feindliche KAPD und die linke SPD. Auf Einwände fuhr sie fort: »Ja, hier und sonst vor der Mitgliedschaft sind sie anderer Meinung, aber wenn sie unter sich sind, was da geredet wird! (Beifall, Bravo.) (Zuruf Scholem: Vielleicht kommst Du mal hin! Zuruf Katz: In den Kreis paßt Du nicht!) Wenn sie unter sich sind mit Boris und Rolf. Der Parteitag hat auch viele Augen und die sehen, daß und wie die Gruppierungen vorhanden sind. (Bravo, Beifall.) Wehe Euch, wenn Ihr eine Fraktion aufziehen werdet. Wir werden Euch genauso bekämpfen, genauso erbarmungslos maßregeln wie die Jannackleute. (Zwischenrufe, Bravo, Beifall.) Mit denselben diziplinarischen Mitteln werden wir gegen Euch vorgehen. (Zurufe: Sehr richtig! Bravo!) (Zuruf Scholem: Die Scharfmacherei ist überflüssig!) Ihr habt keine besonderen Rechte, weil Ihr gegen die Rechten gekämpft habt. Ich sage Euch, Genossen, wir werden sehr bald Schwierigkeiten haben mit dieser Gruppe, trotz ihrer Kleinheit auf dem Parteitag . . .« (Bericht, S. 514.)

309 Bericht, a. a. O., S. 515 – Vgl. auch S. 594 – RF vom 19. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 19. Juli 1925.

310 Bericht, a. a. O., S. 262 – »Die Internationale«, Heft 8, Ende August 1925, S. 505 ff.

311 Bericht, a. a. O., S. 595.

312 Als Aufgabe des Orgbüros der Parteiführung war im Bericht an den Parteitag genannt worden: »a) Schaffung von Ordnung im zentralen Apparat, b) Schaffung politisch zuverlässiger und organisatorisch starker Bezirksleiter und Stärkung derer Autorität, c) andauernde engste Verbindung mit den Bezirken, d) Schaffung eines bolschewistischen Funktionärkorps, e) organisatorische Vorbereitung und Überwachung der Durchführung der Parteikampagnen, f) Umbau auf Zellen.« Im Bericht wurde erklärt, im zentralen Apparat hätten 1924 90% der Funktionäre der alten Richtung angehört. »Es fanden eine Reihe von Personalveränderungen statt.« (Bericht, S. 114).

313 Bericht, a. a. O., S. 434 f. und 437 f. – »Westf. Kämpfer« vom 22. Juli 1925.

»liquidieren« sollte. Basis der Partei sollten die Zellen im Betrieb (bzw. Straßenzellen) bilden, die sich in Ortsgruppen, Unterbezirken und schließlich in Bezirke zusammenschließen. An die Stelle der Zentrale und des Zentral-Ausschusses trat nunmehr das Zentralkomitee als die einheitliche oberste Führungsspitze.[314]
Die öffentlichen Sitzungen des Parteitags verliefen ohne Höhepunkte.[315] Dagegen kam es auf einer Geheimsitzung, über die zunächst Stillschweigen gewahrt wurde, zu erregten und schwerwiegenden Auseinandersetzungen, vor allem über die Zusammensetzung des neu zu wählenden Zentralkomitees. Die Delegierten befürchteten, Manuilski als Vertreter der Komintern wolle die Partei nach rechts ziehen und sie zwingen, einige Rechte in die Führung hineinzunehmen. Die Mehrheit der Parteitagsdelegierten kannte folgende Vorgeschichte der Differenzen zwischen der Zentrale und der Komintern nicht:
Vor dem Parteitag hatte eine deutsche Abordnung in Moskau mit der Kominternspitze die Linie des Parteitags beraten. Es kam aber (angeblich auf deutschen Wunsch) nur zu Verhandlungen zwischen der deutschen Delegation und den *russischen* Kominternführern. Moskau schlug die politische Linie vor, die der X. Parteitag später annahm; allerdings mit zwei wichtigen Ausnahmen: Die sowjetischen Führer wollten eine Gewerkschaftsabteilung beim ZK mit ungefähr 20 Mitarbeitern einrichten. Das sollte nach ihrer Darstellung die Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit für die Partei demonstrieren.[316]
Eine weitere Forderung der russischen Kommunisten ging dahin, die Parteizentrale zu vergrößern und einige Mittelgruppenfunktionäre aufzunehmen. Nach der Rückkehr der Delegation wandte sich die Zentrale einmütig gegen dieses Verlangen. Es kam zu einem Telegrammwechsel mit der Komintern, die auf ihrem Vorschlag beharrte, ohne eine Einigung mit der deutschen Zentrale zu erzielen.[317]
Auf der geschlossenen Sitzung des Parteitags wiederholte Manuilski nun die Vorschläge der Komintern. Er verlangte, Clara Zetkin, Georg Schumann und Walter Ulbricht sollten in das Zentralkomitee aufgenommen werden, was der Parteitag einheitlich (einschließlich Thälmann, Geschke und Florin) ablehnte. Als Manuilski sich außerhalb der Reihenfolge zu Worte meldete, wurde er von Geschke zurückgewiesen: er solle warten, bis er an der Reihe sei. Als sich der Jugendvertreter Blenkle für die Kominternforderungen einsetzte, »brüllte Geschke in den Saal, diese Rotz-

---

314 RF vom 24. Juli 1925. Die wesentlichen Teile des Statuts sind abgedruckt in *Dokumente*, S. 254 ff.
315 Der Parteitag sei eine Tagung der Langeweile gewesen, berichtete der sozialdemokratische »Vorwärts« vom 13. Juli 1925. Die Delegierten seien »hübsch brav geworden, keine Russenkittel und Schillerkragen mehr zu sehen gewesen«.
316 Nach Ruth Fischers späterer Version in »Stalin und der deutsche Kommunismus« hatte die Komintern ganz andere Gründe gehabt. »Manuilskij bestand darauf, daß ihr Apparat nicht nur nicht eingeschränkt, sondern ständig erweitert werde. Die Streitfrage war weniger gewerkschaftlicher Natur, sondern betraf den peinlichen Gegenstand der Geldmittel, die die Partei von Moskau erhielt. An sich war die Partei groß genug, um sich selbst zu finanzieren. Die Mitgliedsbeiträge, etwas höher als die in der Sozialdemokratie üblichen Beiträge, ergaben einen ganz schönen Betrag ... Daß Moskau ständig darauf bestand, die Propaganda so auszudehnen, daß die Partei sie nicht aus eigenen Mitteln bestreiten konnte, ließ die Parteiaktivität zu rein manipulatorischen Methoden entarten.« (S. 539.)
317 Vgl. Bucharin, in: Der neue Kurs, a. a. O. (Anm. 219), S. 10.

nase solle sich erst die Nase wischen lernen, ehe er alten Leuten was erzählen wolle«.[318] In der erhitzten Atmosphäre riefen einige Delegierte Manuilski zu: »Hau ab! Geh nach Moskau!«[319]
Lediglich Kaasch als Vertreter des Saargebiets unterstützte Manuilski; gegen 4 Stimmen bei 8 Enthaltungen lehnten die Delegierten der Geheimsitzung es ab, Zetkin, Schumann und Ulbricht ins ZK zu wählen.[320] Den einzigen Kompromiß, den Ruth Fischer einging, war die Erweiterung des Zentralkomitees auf 19 Vollmitglieder und zusätzlich 7 Kandidaten (anstelle der zuerst vorgesehenen 11 Mitglieder).[321] Damit war Ruth Fischers Vorhaben gescheitert, nur ihre eigenen linken Anhänger in das ZK zu bringen,[322] wenngleich es ihr gelungen war, die von der Komintern geforderte Aufnahme von Zetkin, Schumann und Ulbricht zu verhindern.
Obwohl Manuilski namens der Komintern nochmals mit aller Vehemenz forderte, in das ZK sollten nicht nur Anhänger der Fischer-Gruppe, sondern auch zwei Ultralinke und mindestens zwei Rechte gewählt werden, wurde seinem Vorschlag nicht entsprochen.[323] Die Angriffe des Komintern-Vertreters bewirkten sogar, daß der den Parteitag bestimmende Gegensatz zwischen Linken und Ultralinken auf der Geheimsitzung praktisch aufgehoben war. Die Ultralinken Scholem und Rosenberg boten Ruth Fischer ihre Unterstützung gegen die Komintern an, was diese stillschweigend akzeptierte. Beide wurden gemeinsam mit dem Ultralinken Hans Weber in das ZK aufgenommen. Einstimmig billigte der Parteitag die politische Resolution über die Aufgaben in den Gewerkschaften; ebenso einstimmig wurde das in der Geheimsitzung ausgehandelte ZK gewählt.[324] Ihm gehörten an: Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Ruth Fischer, Wilhelm Florin, Ottomar Geschke, Arthur Golke, Fritz Heckert, Arkadij Maslow, Wilhelm Pieck,[325] Hermann Remmele, Arthur

---

318 StA Bremen, IIA 12 b, 1 d – »Vorwärts« vom 9. September 1925. In der Bremer kommunistischen »Arbeiterzeitung« schrieb Remmele später, das EKKI habe gewollt, daß 2 Rechte und 2 Ultralinke ins ZK aufgenommen werden (»Arbeiterzeitung«, Bremen, vom 8. Oktober 1925).

319 Bucharin geht mehrmals darauf ein. (Der neue Kurs, a. a. O. [Anm. 219], S. 6 f.) – »Westf. Kämpfer« vom 6. Oktober 1925.

320 StA Bremen, IIA, 12 b, 1 d.

321 Sinowjew sagte im August 1925 dazu (Der neue Kurs, S. 37): »Nehmen Sie eine so kleine Frage: Die Zahl der Mitglieder der Zentrale, ob 19 oder 11, wie die Frage bei der ersten Unterredung mit Schneller stand ... Diese Frage, die eine welthistorische Frage ist, hat eine neue Lage geschaffen. Hätte Ruth das damals durchgesetzt, so hätten wir im Moment ein Zentralkomitee, das gegen die Komintern wäre.« Vgl. auch »Westf. Kämpfer« vom 2. und 3. Oktober 1925 – RF vom 26. und 27. September 1925.

322 Schon auf der offenen Sitzung des Parteitags hatte sich Manuilski gegen eine Abkapselung der Linken ausgesprochen. Scharf lehnte er einen Vorschlag ab, den die Ultralinken auf dem Bezirksparteitag Ruhr eingebracht hatten, und der vorsah, daß in die führenden Institutionen der Partei nur diejenigen gewählt werden könnten, die früher in Opposition zur Brandler-Zentrale gestanden hatten. (Bericht, S. 319 – RF vom 15. Juli 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 15. Juli 1925.) Auch Eberlein setzte sich für eine Verbreiterung der Leitung ein: »Aber man soll auch die ehemaligen Mittelgruppenleute heranziehen, natürlich unter der Voraussetzung, Genosse Schneller, daß sie keine Renegaten sind ... gegen rechts und links.« (Bericht, S. 620.)

323 »Arbeiterzeitung«, Bremen, vom 8. Oktober 1925.

324 Bericht, a. a. O., (Anm. 294), S. 658 – RF vom 18. Juli 1925 – »Neue Zeitung«, München, vom 6. August 1925.

325 Die Behauptung von Ruth Fischer (a. a. O. [Anm. 316], S. 540), anstelle von Pieck sei Ernst Meyer in das ZK gewählt worden (womit sie die Großzügigkeit der Linken nachweisen wollte),

Rosenberg, Joseph Schlaffer, Paul Schlecht, Ernst Schneller, Werner Scholem, Wilhelm Schwan, Ernst Thälmann, Hugo Urbahns und Hans Weber sowie als Vertreter der Jugend Konrad Blenkle. Kandidaten des ZK wurden Arthur Ewert, Otto Kühne, Joseph Lenz (Winternitz), John Schehr, Fritz Schimanski, Max Strötzel und Jean Winterich.[326] Ins Polbüro wurden Ruth Fischer, Dengel, Geschke, Maslow, Remmele, Schlecht, Schneller, Scholem und Thälmann gewählt.

Die Forderung der Komintern, eine große Gewerkschaftsabteilung beim ZK zu bilden, verschwieg die Zentrale den Delegierten: ein demonstrativer Affront gegen die Komintern.[327] Dabei erkannten die meisten Delegierten wohl kaum, daß ihre Stellungnahme den Konflikt beeinflußte, der sich in Moskau zwischen Stalin-Bucharin einerseits und Sinowjew andererseits anbahnte: ihre Haltung schwächte Sinowjews Position. Von diesem russischen Fraktionskampf wiederum wurde die Auseinandersetzung auf dem X. Parteitag mitbestimmt, da jede russische Gruppe die KPD auf ihre Seite ziehen wollte.[328]

Nach dem Parteitag verheimlichte die Ruth Fischer-Führung der Parteimitgliedschaft diese Differenzen mit der Komintern. Der Parteitag wurde vielmehr als Sieg der Bolschewisierung gefeiert. Die Presse bramarbasierte, noch nie seit Bestehen der Partei sei die KPD so »stark und kräftig« gewesen;[329] der Parteitag sei im »bolschewistischen Geist« durchgeführt worden; die »aus der alten Zeit und der alten sozialdemokratischen Parteitradition stammenden Parteigruppierungen« seien »ein für allemal überwunden«.[330] Der Parteitag habe die Parteilinie und -taktik durch ein »großes Vertrauensvotum« und die einstimmige Wahl der linken Parteiführung bestätigt.[331] Das neue ZK schließlich sagte in einem Aufruf an die Partei, die

---

ist offensichtlich falsch. Das ergibt sich sowohl aus den Briefen von Ernst Meyer (vgl. Dok. 25), wie auch aus Mitteilungen von Rosa Meyer-Leviné und der Liste in der SED-»Chronik«.

326 In der SED-»Chronik« (a. a. O. [Anm. 87], S. 181) wird Schimanski als Mitglied und nicht als Kandidat angegeben. Das ist offensichtlich falsch. Im Tätigkeitsbericht des EKKI 1926 (Hamburg-Berlin 1926, S. 57) heißt es z. B., ein Beschluß sei gegen die Stimmen der Genossen Urbahns und Weber und des ZK-Kandidaten Schimanski angenommen worden. Hans Weber wird in der ZK-Liste der »Chronik« überhaupt nicht aufgeführt! Außerdem ist dort als Kandidat noch angegeben: Paul Bertz.

327 Die Mitglieder des ZK verteidigen auch nach der Sitzung ihre Haltung. So sagte Ernst Schneller auf der sofort nach dem Parteitag stattfindenden Reichs-Agitpropkonferenz: »Es gab und gibt eine privilegierte Schicht von Funktionären. Wenn sie abgesägt wurden, hat die Partei nicht den Nachwuchs gehabt. Sie muß ihn erst schaffen, und hier haben wir eine Differenz mit den russischen Genossen, die meinen, daß man mit den alten Kräften doch die richtige Politik treiben kann. Wir finden das nicht richtig. Wir müssen aus der Arbeiterschaft heraus Leute finden, die nicht belastet sind durch eine luxemburgische Theorie . . .« (Bericht, S. 666).

328 Das wurde später im »Mitteilungsblatt« (Urbahns) bestätigt. In Nr. 1 des Jahrgangs 1927 heißt es, die KPD-Führung sei über die russische Frage nicht orientiert gewesen und habe daher nicht verstanden, daß es sich um das Vorspiel des Kampfes Stalin gegen Leningrad handelte. In derselben Zeitschrift (1. März 1927) hieß es noch einmal, die KPD habe nicht gesehen und nicht gewußt, daß in Rußland schon der Kampf um Sinowjews Absetzung begonnen hatte. Der X. Parteitag habe, ohne sich dessen bewußt zu sein, in die russischen Fraktionskämpfe eingegriffen.

329 Lenz-Winternitz schrieb: »Auf dem 10. Parteitag hat sich die KPD zum erstenmal bewußt und einheitlich ohne jeden Vorbehalt, auf den Boden des Bolschewismus gestellt« (»Die Internationale«, Heft 8, Ende August 1925, S. 461).

330 RF vom 1. und 26. Juli 1925 – »Soz. Republik« vom 18. Juli 1925.

331 Über die Wahl des ZK hieß es: »Geschke, Vorsitzender: Genossen, wir kommen zum letzten Punkt, zu den Wahlen. Genossen, es ist verständlich für alle, die hier in diesem Raum anwesend

KPD sei »in ihrer übergroßen Mehrheit einig und einheitlich«; es gelte, die Betriebszellen als Grundlage der Partei auszubauen, die Gewerkschaftsarbeit in den Mittelpunkt zu stellen und den im neuen Statut verbürgten demokratischen Zentralismus in der Partei zu realisieren.[332]
Damit bekannte sich die Fischer-Führung zur grundsätzlichen Aufgabenstellung, wie sie von der Komintern gefordert wurde. Differenzen gab es vor allem in bezug auf die in der Geheimsitzung diskutierten personellen Vorschläge und in der Frage, *wie* die Thesen und Aufgaben in der Praxis zu erfüllen seien.
Wenn die Komintern wenige Wochen nach dem Parteitag in ihrem »Offenen Brief« der Ruth Fischer-Führung vorwarf, sie habe eine falsche und gegen die Komintern gerichtete Politik betrieben, so verzerrte das die Wahrheit. Es war nicht die Grundsatzpolitik, sondern personelle Fragen und Probleme der praktischen Wirksamkeit der Partei, welche die Fischer-Führung der Komintern entfremdeten.
Wenige Wochen nach dem X. Parteitag brachte eine Konferenz in Moskau das Ende der Ära Ruth Fischer-Maslow. Damit wurde die Bolschewisierung abgeschlossen, die man heute als erste Periode der Stalinisierung ansehen muß. In der Folgezeit verfemte und verleumdete die KPD zwar Ruth Fischer und Maslow, die Bolschewisierung selbst aber wurde als erster Schritt zur Schaffung der »Partei neuen Typus« anerkannt.

---

sind, und es wird verständlich sein für die Sendboten der Abteilung I a, für Beauftragte der Überwachung und für besondere Leute, die ich nicht weiter namhaft machen will, die aber schon durch die Denunzierung einzelner des Parteitages sich selbst gerichtet haben, wenn wir das zu wählende Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht namentlich publizieren. Jeder einzelne der Delegierten hat die Liste des Zentralkomitees in der Hand. Ich glaube, wir können zur en-bloc-Abstimmung über die Liste kommen. (Abstimmung.) Das Zentralkomitee ist einstimmig gewählt. (Großer, langanhaltender Beifall.) Bericht, a. a. O., S. 658 – »Westf. Kämpfer« vom 31. Juli 1925.

332 Ganz anders sahen die nichtbolschewistischen Linksradikalen diese Zeit. Die KAPD umschrieb die Bolschewisierung als »Kadavergehorsam, preußischer Militarismus, Maul halten und tun, was Moskau sagt. Kritik ist verboten, wer nicht pariert, fliegt«. (Die KPD im eigenen Spiegel. Hrsg. KAP. Berlin o. J. S. 163.) Wie sich noch zeigen sollte, war eine solche Einschätzung der KPD zumindest verfrüht.
Die »Aktion« von Franz Pfemfert brachte eine Persiflage-Beilage: »Die Bolschewisierung, Zeitschrift für Theorie und Praxis des Maslowismus«. (»Die Aktion«, Nr. 15/16, 28. August 1925.)

3. Die Ausschaltung der Linken und Ultralinken 1925/27

Im April 1924 hatten die linken Führer der KPD (Ruth Fischer, Maslow, Scholem, Thälmann usw.) die Leitung der Partei übernommen, weil die Mehrheit der Mitgliedschaft auf radikalere Methoden der Politik drängte und die frühere Leitung für opportunistisch hielt. Nach einem Jahr spaltete sich diese linke Führung; der ultralinke Flügel (Katz, Scholem, Rosenberg) weigerte sich, die aufgrund der Wirtschaftskonjunktur und des Drucks der Komintern-Führung unumgängliche Änderung der Taktik mitzumachen. Doch schon ein weiteres Vierteljahr später erfolgte mit dem »Offenen Brief« der Komintern an die KPD-Mitglieder eine weit tiefere Zäsur, die allein von Moskau vollzogen wurde. Nach der Vereinigung mit der USPD von 1920 und der Ablösung der alten Führung im Dezember 1923 kann der »Offene Brief« als die dritte entscheidende Wende in der Geschichte der KPD und als völliger »Bruch mit dem bisherigen System« gelten.[1]

Der »Offene Brief« der Komintern

Aus Berlin nach Moskau zurückgekehrt, verlangte Manuilski wegen der Vorfälle auf dem X. KPD-Parteitag ein scharfes Vorgehen gegen die KPD-Führung. Er behauptete, Ruth Fischer intrigiere gegen die Komintern. Es ist zwar bisher nicht bewiesen, aber doch sehr wahrscheinlich, daß Manuilski die Reibungen mit der Fischer-Führung aufbauschte, um Stalin und Bucharin Material gegen Sinowjew zu liefern.[2] Damit konnten beide von Sinowjew einen radikalen personellen Wechsel in der deutschen Parteileitung fordern. Sinowjew kam diesem Ersuchen nach, einmal um seine eigene Stellung in der Komintern zu retten, zum andern aber auch, weil er vermutlich glaubte, ein echter Kurswechsel und damit ein neuer Aufschwung des Kommunismus in Deutschland sei nur durch drakonische Maßnahmen innerhalb der KPD zu erreichen.[3]

---

1 Der Parteiarbeiter, Heft 1, Oktober 1925 (Max Engel).

2 Mitt. von Max Hesse an den Verf. – Vgl. auch Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, Frankfurt/Main o. J., S. 542.

3 Allerdings baute Sinowjew Maslow und Ruth Fischer eine Brücke. Er sagte: »Was die Gruppe Ruth-Maslow anbetrifft, ist die Frage anders. Wir haben nicht viel Kräfte, wir müssen versuchen, mit ihnen zu arbeiten ... Was diese Untergruppe anbetrifft, so haben wir heute ebenfalls zwei Perspektiven. Die eine besteht darin, daß Ruth eine gute Rede hält, eine kautschukartige Resolution in einer kleinen Kommission macht, dann geht Ruth nach Berlin, bedient sich Hesses und Scholems und geht durch die Köpfe von Hesse und anderen gegen die Zentrale und die Komintern

Die KPD-Führung ihrerseits begünstigte durch ihr Verhalten die gegen sie eingeleiteten Schritte. Iwan Katz war als Vertreter der KPD beim EKKI abberufen und durch Heinz Neumann sowie Otto Kühne ersetzt worden. Beide gingen bald zu Stalin über.

Sofort nach dem X. Parteitag war eine Delegation der KPD-Zentrale nach Moskau gereist. Die KPD-Führer wandten sich gegen das Auftreten Manuilskis und der Kominternvertretung in Deutschland. Die Abordnung stand unter Leitung von Paul Schlecht; ihr wurde auch die Moskauer Vertretung (Neumann, Kühne und Hesse) zugeteilt. Die Komintern-Führung hatte mit dieser Delegation drei Konferenzen, auf denen keine Einigung erzielt wurde. Die Komintern-Vertreter, vor allem Bucharin, schossen »mit allerschwerster Artillerie«; er wurde »grob gesprochen«, und es wurden auch die »delikatesten Fragen berührt«; mit anderen Worten: die Komintern drohte, ihre Subventionen an die KPD einzustellen.[4] Während Schlecht und Hesse ebenso massiv zurückschlugen und die Gleichberechtigung der KPD gegenüber der russischen Partei betonten, gelang es der Komintern-Führung nach und nach, die anderen Delegierten zu gewinnen.

Um auf einer Tagung des EKKI-Präsidiums die deutsche Frage zu klären, verlangte die Exekutive der Komintern vom ZK der KPD ultimativ, eine repräsentative deutsche Delegation solle nach Moskau entsandt werden. Diese Forderung führte zum Bruch im deutschen Polbüro. Mit vier (Fischer, Geschke, Schneller, Scholem) gegen drei Stimmen (Thälmann, Dengel, Remmele) lehnte das Polbüro ab, eine solche Abordnung zu entsenden.[5] Erst nachdem die Komintern mit disziplinarischen Konsequenzen drohte, wurde das Komintern-Ersuchen vor das deutsche ZK gebracht und von diesem beschlossen, eine Delegation mit Verhandlungen zu beauftragen. In den ersten Augusttagen trafen Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Schehr und Strötzel in Moskau ein. Gemeinsam mit dieser neuen und mit der alten deutschen Delegation berieten die russischen Komintern-Führer auf zwei weiteren Sitzungen. Nach langem Bemühen gelang es den Russen, die Mehrheit dieser Abordnung zur Anerkennung der Komintern-Vorwürfe zu bewegen. Das war vor allem möglich, weil Thälmann und Dengel sich bald gegen Ruth Fischer und auf die Seite der Komintern stellten. Danach trat am 11. August 1925 das EKKI-Präsidium zusammen.

Während die deutsche Delegation nur eine Erklärung über die Tagung und die beschlossenen Maßnahmen abgeben wollte,[6] setzte die Komintern-Führung schließlich durch, daß ein »Offener Brief an alle KPD-Mitglieder« beraten wurde. Bei der

---

vor, vereinigt sich mit den anderen Elementen und versucht, Revanche zu nehmen . . . Die zweite Perspektive ist, daß man eine proletarische Zentrale schafft, die besten Elemente aus den früheren Gruppierungen einbezieht . . .« (Der neue Kurs, Berlin 1925, S. 24 – Vgl. auch »Westf. Kämpfer« vom 4. Oktober 1925).

4 Bucharin, in: Der neue Kurs, S. 11 – »Westf. Kämpfer« vom 6. und 9. Oktober 1925.

5 Sinowjew, in: Der neue Kurs, S. 15. In seiner Rede kritisierte Sinowjew nochmals, daß Scholem nach dem X. Parteitag erneut ins Polbüro aufgenommen worden war (Der neue Kurs, S. 21 – »Westf. Kämpfer« vom 2. Oktober 1925 – Mitt. von Ruth Fischer und Max Hesse an den Verf.).

6 Nach einer Erklärung Schwans auf der Sitzung der Bezirksleitung Württemberg am 5. September 1925. Protokoll im StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 14.

Diskussion um seinen Entwurf referierten Bucharin und Sinowjew, die nochmals alle Vorwürfe gegen die Fischer-Führung zusammenfaßten. Bucharin verwies darauf, daß die Fischer-Führung vor dem Parteitag der Schaffung einer großen Gewerkschaftsabteilung zugestimmt habe, um die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit zu demonstrieren. Überdies habe die Komintern eine breitere Basis für das ZK verlangt. Das Argument der KPD, der Ratschlag der Sowjetführer sei auf dem Parteitag nicht angenommen worden, »weil es kein offizieller Beschluß seitens der Komintern war«, bezeichnete Bucharin als »lächerlich«. Die Verhandlungen vor dem X. Parteitag seien nur auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Delegation keine offiziellen Kominterngespräche, sondern zweiseitige Verhandlungen zwischen KPD und KPR gewesen.

Besonders erbost zeigte sich Bucharin darüber, daß selbst die Führer der KPD in Gelächter ausgebrochen seien, als die erregten Delegierten des X. Parteitages Manuilski zuriefen: »Geh nach Moskau!« So etwas sei der »Ausdruck des absolut faulen Geistes der sozialdemokratischen Orientierung«. Allerdings gestand Bucharin konziliant zu, jede Partei müsse das Gefühl der Selbständigkeit haben; er räumte ein, »daß man nicht alles von Moskau diktieren lassen kann ... Wenn Sie auf diesen Tendenzen zu spielen versuchen, so sind wir bereit, noch ein paar Schritte zur Dezentralisierung zu machen. Wir wollen nicht loslassen, aber wir wollen auch nicht die Parteien vergewaltigen.«[7]

Bucharin warf der deutschen Parteileitung vor, sie habe keine Kontrolle von oben, weil sie keine Kontrolle durch die Komintern wolle, sie habe aber auch keine Kontrolle von unten, da sie die Partei undemokratisch geführt habe. Er rief aus: »Man muß solche Leute retten oder sie politisch totmachen.«[8] Es sei unumgänglich, »der Spitze der Partei zu sagen, wenn sie weitere Schritte gegen uns machen wird, wenn sie nicht alle Maßnahmen machen wird, um die Partei auf neue Geleise zu stellen, müssen wir sie politisch endgültig liquidieren.« Der deutschen Partei fehle ganz einfach die Verbindung mit den Massen. Besonders scharf wandte sich Bucharin gegen Maslow, dessen Theorien unleninistisch seien. Er warf Ruth Fischer »doppelte Buchführung« vor und verlangte, daß die Delegation Garantien für eine Änderung der Politik gebe.

Sinowjew erhob ähnliche Anklagen. Er kritisierte noch einmal den Frankfurter Parteitag, von dem die aus Linken bestehende deutsche Abordnung auch jetzt noch, hier in Moskau, fälschlicherweise »mit Ehrfurcht« spreche. »Ihr sagt, bei der Linken war der Eindruck, daß man Euch mit Widerwillen die Führung in die Hand gegeben hat. Richtig, aber warum? Weil in Euern Reihen Leute wie Rosenberg, Scholem und Katz waren und teilweise Maslow und Ruth, zu denen wir damals noch teilweise politisches Mißtrauen hatten.«[9] Die Komintern-Führung habe nachgegeben, weil auch Leute wie Thälmann an der Spitze der deutschen KP stünden.

---

7 Der neue Kurs, S. 6 – RF vom 2. und 3. Oktober 1925.

8 Der neue Kurs, S. 7 – RF vom 1., 2. und 3. Oktober 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 6. Oktober 1925.

9 Der neue Kurs, S. 17 – RF vom 26. und 27. September 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 9. Oktober 1925.

Daher habe man auch mit dem Bruch so lange warten müssen. »Heute, wo Dengel, Thälmann und die anderen so gesprochen haben, können wir handeln.« Die guten proletarischen Elemente seien jetzt gewonnen, die intellektuelle Gruppe könne zurückgewiesen werden. Allerdings ließ Sinowjew für Ruth Fischer und Maslow eine Hintertür offen. Er sagte, Maslow sei nicht der Schlimmste, sondern einer der besten Köpfe der Linken.[10]

Ruth Fischer versuchte sich zunächst damit zu verteidigen, daß sie die von der Komintern geforderte Wendung der KPD-Politik selbst billigte: »Ich glaube, daß die Ursache der Schwierigkeiten aus zwei Hauptquellen kommt, die aber im Zusammenhang miteinander stehen. Erstens aus einer versteckten Liquidatorenstimmung tief in der Masse der Mitgliedschaft, die sagt: Wir haben keinen Sieg errungen, wozu sollen wir uns plagen, eine Kommunistische Partei aufzubauen. Wir können ebensogut Klassenkampf in der Sozialdemokratie machen. Als Beispiel, als Beweis dafür gilt, daß unsere Parteigenossen mit geradezu leidenschaftlicher Begeisterung Demonstrationen und Roten Frontkämpferbund machen. Warum? Weil sie sich damit vorspiegeln, daß sie an der Eroberung der Macht stehen, daß sie damit spielen können Revolution zu machen, ohne die kleine Organisationsarbeit zu leisten. Meine Überzeugung ist, daß der Demonstrationscharakter überwiegt, weil unsere Leute sich flüchten in diese Demonstrationen, um die tägliche Arbeit in den Gewerkschaften und Betrieben nicht machen zu müssen.«[11] Allerdings wandte sie sich dagegen, daß sie angeblich die Entwicklung »pessimistisch« einschätze.[12]

Da es der Komintern gelungen war, Thälmann und Dengel zu gewinnen, da schließlich auch Schneller sich gegen Ruth Fischer wandte (er hatte anfangs davon gesprochen, die ganze Linke sei bankrott), unterwarf auch diese sich der Parteidisziplin und unterschrieb ebenfalls den »Offenen Brief«, der damit von der deutschen Delegation einstimmig gebilligt wurde.[13]

---

10 Sinowjew zählte die Strömungen in der Partei folgendermaßen auf: »Eine linke, eine Mittelgruppe und eine rechte Gruppe, also 3 Strömungen; jetzt noch die Ultralinke, also 4 Strömungen. Man kann aber anders zählen. Nehmen Sie z. B. den rechten Flügel, die frühere Brandler-Mehrheit. Wie sieht er jetzt aus? Wenigstens 6 Gruppen kann man feststellen: 1. Brandler-Thalheimer, 2. Meyer, Schumann, 3. Frölich, 4. Stöcker usw., 5. Ewert – ich kann mich vielleicht irren, aber ich glaube, es ist so – dann 6. Remmele usw. Von der früheren Mehrheit ist das geworden, also die einen sind fast ganz in der Linken, einige bei den Ultralinken, die dritten arbeiten gewissenhaft mit. Ich will nicht sagen, daß Remmele 1 Prozent Brandlerist ist, ich will nur feststellen, wie diese frühere Mehrheit zerbröckelt ist.
Nehmen Sie die eigentliche Linke.
Erstens Schumacher ist weg oder man hat ihn raus.
Zweitens Katz, Scholem und Rosenberg.
Drittens Ruth, Maslow, ein großes X in diesem Moment, man weiß nicht, was geschehen wird.
Viertens diese neue Arbeitergruppe usw. ...
Wir müssen das in einem Tiegel zu einer Kommunistischen Partei machen ...« (Der neue Kurs, S. 35 f. – RF vom 26. und 27. September 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 4. Oktober 1925.

11 Zitiert im »Offenen Brief«, vgl. *Dokumente*, S. 224 f.

12 Der neue Kurs, a. a. O., S. 31.

13 Ein halbes Jahr später rechtfertigte Ruth Fischer ihre Unterschrift; sie habe das getan, damit die Linke geschlossen für den Brief eintrete und die Rechte keinen Einfluß auf die Partei bekomme. Der Brief habe außerdem das ausgesprochen, »was wir zwei Jahre nicht geschafft« aber versucht hatten (Protokoll des Erweiterten EKKI, März 1926, S. 172). In ihrem Buch, Stalin und der deutsche Kommunismus, schildert Ruth Fischer es so: »Da eine oberflächliche Ähnlichkeit zwischen

Daraufhin stimmte auch das ZK der KPD am 20. August 1925 dem »Offenen Brief« gegen nur eine Stimme bei einer Enthaltung zu.[14] Zunächst war vorgesehen, den »Offenen Brief« erst nach dem Maslow-Prozeß, der Anfang September in Berlin stattfinden sollte, zu veröffentlichen. Da jedoch angeblich tendenziöse Pressemeldungen befürchtet wurden, publizierte das ZK den Brief schon am 1. September 1925 in der »Roten Fahne«;[15] in den folgenden Tagen brachte ihn die gesamte kommunistische Presse in großer Aufmachung.[16]

Der umfangreiche »Offene Brief«[17] zählte noch einmal die drei wichtigsten Fragenkomplexe auf, über die in Moskau verhandelt worden war: »Erstens: Die Exekutive hat darauf hingewiesen, daß bei der führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow einige *rechte* Abweichungen vorhanden sind, eine zu parlamentarische Einstellung usw.

Zweitens: Man hat beschlossen, eine wirkliche Wendung in der Gewerkschaftsfrage zu machen und demonstrativ auf dem Parteitag eine starke, arbeitsfähige Gewerkschaftsabteilung zu wählen, bzw. den entsprechenden Auftrag der neuen Parteizentrale zu geben.

Drittens bestanden die Vertreter der Exekutive darauf, daß in die Zentrale neue führende Arbeitskräfte, insbesondere mit der Gewerkschaftsarbeit vertraute Genossen, darunter auch einige oppositionelle Genossen, zu wählen sind. Nicht deswegen, um die Arbeit nach ›rechts‹ zu schleppen, wie es bewußt falsch behauptet wird, sondern um einen Zutritt zu den schwankenden Mitgliedern der Partei zu verschaffen.«

---

gewissen Zügen meiner eigenen Kritik an dem sektiererischen Charakter der deutschen Partei und mehreren in dem Offenen Brief erhobenen Beschuldigungen bestand, war mein Plan, diese Punkte zu akzeptieren und hauptsächlich den vorgeschlagenen organisatorischen Heilmitteln entgegenzutreten ... Stalin jedoch hatte einen anderen Plan: Alle Mitglieder des Präsidiums einschließlich meiner Person wären unter der Kominterndisziplin verpflichtet, den Offenen Brief zu unterzeichnen und ihn dann in unseren Parteien zu vertreten. Ich wurde also dazu gezwungen, mein eigenes politisches Todesurteil zu unterzeichnen und meine Sünden öffentlich zu bekennen ...« (Seiten 550 f.).

14 RF vom 1. September 1925. Es ist nicht ganz klar, wie die Abstimmung verlief. Die SED gibt an, Joseph Lenz-Winternitz habe gegen den Offenen Brief gestimmt (W. Ersil-E. Laboor: Die Parteidiskussion im September-Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD; »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, 8. Jg., Heft 3-1966, S. 598). Das wird durch eine Erklärung von Lenz (RF vom 4. September 1925) gestützt. Andererseits schrieb die »Rote Fahne«, Hans Weber, »der sich als der Vertreter der Ultralinken in der Zentrale fühlt«, habe eine Gegenerklärung zum Offenen Brief abgegeben (RF vom 3. September 1925). Schließlich war auch Scholem als ZK-Mitglied gegen den Offenen Brief. Vermutlich waren nicht alle ZK-Mitglieder auf der Sitzung vom 20. August anwesend.

15 Das erklärte Schwan auf der BL-Sitzung Württemberg am 5. September 1925, vgl. Anm. 6.

16 Allerdings war der »Offene Brief« an unterschiedlicher Stelle plaziert. Während ihn »Die Rote Fahne« und die meisten Bezirkszeitungen auf der ersten Seite veröffentlichten, brachte ihn die Düsseldorfer »Freiheit« (unter der Chefredaktion des Ultralinken Neubauer) am 2. September auf Seite 5 (in derselben Nummer wurde aber schon auf Seite 2 ausführlich über den Maslow-Prozeß berichtet; am 3. September erschien die »Freiheit« mit der Hauptschlagzeile auf Seite 1 »Genosse Maslow vor dem Klassengericht«). Die Münchener »Neue Zeitung« brachte den Offenen Brief erst am 3. September, und zwar nur einen Teil auf Seite 2, die Fortsetzung am 4. September auf Seite 6. In der »Inprekorr« erschien er in Nr. 128 vom 4. September 1925 auf S. 1863 ff.

17 Der »Offene Brief« ist ungekürzt abgedruckt in *Dokumente*, S. 218 ff.

In einem Überblick über die allgemeine Lage wies der »Offene Brief« besonders auf die »antimoskowitischen« Tendenzen hin, die auch in der deutschen Arbeiterschaft vorhanden seien und die von den Ultralinken in der KPD vertreten würden. Die »Gruppe Ruth Fischer-Maslow« habe nicht energisch gegen diese ultralinken, »in Wirklichkeit aber antikommunistischen Tendenzen« gekämpft, sondern sie sogar unterstützt, indem sie eine höchst zweideutige Rolle in den internationalen Fragen gespielt habe.

Noch einmal wurden neben der »Verständnislosigkeit der führenden Gruppe« in der Gewerkschaftsfrage, die Fehler und Niederlagen in der Gewerkschaftsarbeit aufgezählt. Breiten Raum widmete der »Offene Brief« dem Verhältnis der KPD-Führung zur Komintern. Ruth Fischer wurde vorgeworfen, trotz des Einspruchs des EKKI mehrfach Emissäre zu verschiedenen Sektionen der Komintern geschickt zu haben, um auf fraktionellem Wege die Taktik des EKKI zu ändern. Schon seit dem III. Weltkongreß (1921) war das »Verhältnis der Gruppe des Genossen Maslow zur Komintern ... ein unrichtiges, unbolschewistisches.« An Hand von Zitaten aus Maslows Schriften versuchte der »Offene Brief« den KPD-Mitgliedern zu beweisen, daß Maslow dem Leninismus »einen ›reinen‹ ›linken‹ spezifisch ›westeuropäischen‹ Kommunismus« entgegenstellen wolle.

Der Ruth Fischer-Führung wurde vorgeworfen, falsche innerparteiliche Methoden angewandt zu haben; der Ultra-Zentralismus, der mechanische Druck, die vorwiegend administrativen Maßnahmen, das Fehlen der Propaganda und der Überzeugungsmethoden überhaupt, die Furcht vor neuen Kräften usw. hätten verheerende Auswirkungen gehabt. Auf dem X. Parteitag habe es keine politische Diskussion gegeben; jede Delegation habe vorher ausführlich vereinbart, was zu sagen sei; die Diskussionsfreiheit sei annulliert worden; das alles habe gezeigt, wie weit die KPD innerlich erstarrt sei.

Ausdrücklich aber vermerkte der »Offene Brief«, nicht die Linke in der KPD sei bankrott, »sondern einige Führer dieser Linken sind bankrott, und die Linke wird sich behaupten auf anderen Gleisen«. Es sei eine bewußte Lüge, daß die Komintern die KPD »nach rechts« schleppen wolle. Für die Umorganisation stellte der »Offene Brief« der KPD drei Aufgaben: »1. Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Mitgliedschaft in und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingte konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften aber zugleich auch in den sich neu bildenden Massenorganisationen des Proletariats.«

Die »Durchdringung« mit den Grundsätzen des Leninismus und der Komintern »auf dem Wege der Anwendung dieser Grundsätze« wurde als praktische Parteiaufgabe für den Fortschritt und die Bolschewisierung der KPD bezeichnet.

In der KPD schlug der »Offene Brief« »wie eine unerwartete Bombe« ein, da vor-

her nicht einmal die Funktionäre das Geringste von einer Kritik der Komintern an der Parteileitung ahnten (vgl. Dok. 5). Sofort nach der Veröffentlichung des »Offenen Briefes« brachen heftige Diskussionen aus und spalteten die Partei in verschiedene Fraktionen.

Die Reaktion in der KPD auf den »Offenen Brief«

Am 1. September 1925, dem Tage der Veröffentlichung des »Offenen Briefes« in der »Roten Fahne«, tagte in Berlin eine Konferenz aller Politischen Sekretäre (Polleiter) der Bezirke und der Chefredakteure der KPD-Zeitungen zusammen mit dem ZK und seinen Mitarbeitern. Die Polleiter und Redakteure der 27 Bezirke stimmten nach einer heftigen Diskussion dem »Offenen Brief« mit 44 gegen 6 Stimmen bei einer Enthaltung zu, und sie billigten mit 42 gegen 7 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Resolution des ZK über die neue Linie der Partei. Die Gegenstimmen kamen von den Ultralinken und einem kleinen Teil der Ruth Fischer-Anhänger. Die von dem Berliner Polleiter Theodor Koegler eingebrachten Abänderungsanträge dieser linken Opposition wurden mit 47 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Abänderungsanträge, die Ernst Meyer gemeinsam mit Hermann Duncker und Eduard Alexander vorschlug, wurden mit 53 zu 3 Stimmen verworfen.[18]
Auch von den Mitarbeitern des ZK war eine große Mehrheit für die Linie der Komintern. Als diese zum Schluß der Tagung gemeinsam mit den Polleitern und Redakteuren abstimmten, wurden 93 Stimmen für und 10 gegen den »Offenen Brief« abgegeben; die Resolution des ZK wurde mit 92 zu 13 Stimmen angenommen.[19]
In der Resolution stellten sich Polleiter und Redakteure »vorbehaltlos auf den Boden der Beschlüsse der Komintern in der deutschen Frage«. Sie stimmten der im Brief des EKKI gegebenen Analyse der politischen Lage in Deutschland zu. Ebenso anerkannten sie die Kritik, »die von der Exekutive an der bisherigen engeren Parteileitung unter Führung der Genossen Maslow und Ruth Fischer geübt wurde«. Als schwerste Mängel wurden aufgezählt: das Fehlen einer politischen Analyse und einer taktischen Wendung auf dem Berliner Parteitag; mangelhafte Durchführung der Gewerkschaftsarbeit; trotz schärfster Angriffe gegen die Ultralinken »kein bis zu Ende konsequenter, tiefgehender, die ganze Partei ideologisch aufklärender Kampf gegen den ultralinken Geist, sondern theoretische Konzessionen an die Ultralinken«; ein unrichtiges, »völlig unerträgliches Verhältnis« zur Komintern; undemokratische Methoden im innerparteilichen Kampf; mangelnde Kollektivarbeit in der Zentrale, »Herausbildung der persönlichen Diktatur eines engeren Kreises innerhalb des Pol-Büros«.

18 Die Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Hrsg. Sekretariat des EKKI, Leiter der Informationsabteilung des EKKI, Pepper (hektographiert). (Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné) – Vgl. auch »Soz.Republik« vom 3. September 1925 – »Freiheit« vom 3. September 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 3. September 1925 – »Neue Zeitung«, München, vom 7. September 1925.

19 RF vom 2. und 3. September 1925 – »Soz. Republik« vom 3. September 1925 – »Freiheit« vom 3. September 1925.

Die Entschließung verlangte eine Neuorientierung der Partei und verpflichtete die KPD, einheitlich und geschlossen diese Linie durchzuführen und »auch den leisesten Widerstand gegen sie, von welcher Seite er auch komme, mit ganzer Kraft rücksichtslos zu bekämpfen«. Vor allem sollte die Mitgliedschaft »nicht durch diktatorische Beschlüsse, sondern durch gründliche, offene Diskussion« überzeugt werden; in allen Organen der Partei solle jeder ehrliche Genosse zur Mitarbeit herangezogen werden. Die »Herausbildung führender Arbeiterkaders« und die »unbedingte Kollektivarbeit in allen Parteiorganen« von der Betriebszelle bis zum ZK sollte garantiert werden. Neben dem »unerbittlichen Kampf« gegen alle Brandleristen und Ultralinken wurde ein »völliges Zusammengehen mit der Komintern ohne Vorbehalte und Schwankungen« gefordert.[20]

Mit der Anerkennung dieser Forderungen waren die führenden Funktionäre der Bezirke und die Mitarbeiter des ZK in ihrer überwiegenden Mehrheit auf die neue Linie eingeschwenkt, obwohl sie noch wenige Wochen zuvor auf dem X. Parteitag einmütig die Ruth Fischer-Führung unterstützt hatten. Es erfolgte eine Veränderung der Spitzenführung: »Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow wurde sofort ihrer führenden Stellung im ZK der KPD enthoben.«[21] Das bedeutete in der Praxis: Ruth Fischer und Maslow gehörten zwar formal dem Polbüro noch bis zum November 1925 an, sie hatten aber keinen Einfluß mehr und mußten nach außen hin die Linie der kominternfreundlichen Mehrheit des ZK durchführen. Scholem und Schlecht wurden aus dem Polbüro entfernt und durch Schwan ersetzt, Ruth Fischer mußte aus dem Sekretariat ausscheiden; die eigentliche Führung ging auf Thälmann und Dengel über, die zusammen mit Geschke das neue Sekretariat bildeten. Verschiedene Abteilungsleiter im ZK, vor allem der Chefideologe Lenz (Winternitz), wurden abgesetzt, Schneller wurde aus dem Sekretariat zurückgezogen. Damit sollte die »Diktatur eines Viertels Dutzend Einzelpersonen«, wie sie nach offizieller Version bestanden hatte, beendet werden, denn eine Partei von fast 200 000 Mitgliedern könne man nicht wie ein preußischer Lehrer seine Schulklasse, mit dem »organisatorischen Rohrstock« führen.[22]

Die neue Führung Thälmann-Dengel konnte sich in den meisten Bezirken durchsetzen, obwohl viele Bezirksleitungen darüber verstimmt waren, daß sie den »Offenen Brief« erst einen Tag vor seiner Veröffentlichung erhalten hatten; manche Bezirksleitungen, wie z. B. Württemberg, waren sogar von seiner Veröffentlichung überrascht worden.[23]

Als erste hatte die Bezirksleitung Erzgebirge am 30. August 1925 mit allen Stimmen bei einer Enthaltung den »Offenen Brief« bejaht. Sie wandte sich ausdrücklich »gegen ultralinke und rechte Fraktionsmacher«.[24] In den ersten Septembertagen stimmte eine Reihe Bezirksleitungen dem »Offenen Brief« einmütig zu (Ostpreußen,

20 »Soz. Republik« vom 3. September 1925 – »Freiheit« vom 3. September 1925 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 4. September 1925.
21 Pieck, in: »Die Kommunistische Internationale«, 1926, S. 244 ff. – Vgl. auch Pieck, Gesammelte Reden und Schriften, Bd. 3. Berlin (Ost) 1961, S. 152 f. – Siehe auch unten, Anm. 63.
22 RF vom 8. September 1925.
23 StA Bremen, IIA, 12 a, Bd. 14.
24 »Der Kämpfer«, Chemnitz, vom 3. September 1925 – RF vom 8. September 1925.

Ostsachsen, Oberschlesien, Niederrhein, Mittelrhein, Niedersachsen, Mecklenburg, Nordwest, Württemberg, Nord- und Südbayern). Bei anderen erfolgte die Zustimmung mit großer Mehrheit (Schlesien mit 14 zu 1, Magdeburg mit 14 zu 3, Wasserkante bei zwei Enthaltungen usw.). In Pommern nahm die Bezirksleitung allerdings mit 31 gegen 8 Stimmen eine Resolution der Gruppe Meyer-Frölich an, die dem »Offenen Brief« mit kritischen Anmerkungen zustimmte. Nur in den Bezirken mit starkem ultralinken Einfluß gab es erheblichen Widerstand. In Westsachsen entschied sich die Bezirksleitung nur knapp mit 11 gegen 10 Stimmen für den »Offenen Brief«. In der Bezirksleitung Rhein-Saar erhielt die Resolution des ZK die gleiche Stimmenzahl wie die »linke« Entschließung von Hans Weber. In Hessen-Kassel wurde der »Offene Brief« abgelehnt; nur 2 Mitglieder der BL stimmten für ihn.[25]

Dieses für die neue Linie so positive Ergebnis in den Bezirksleitungen, die bisher fest zur Ruth Fischer-Gruppe gestanden hatten, wurde jedoch nur erzielt, weil außer den Linken, die sich Thälmann angeschlossen hatten, anfangs auch die meisten Anhänger Ruth Fischers für den »Offenen Brief« eintraten. So war es im Bezirk Ruhr der Polleiter Schwan, der die Bezirksleitung dazu bewegte, den »Offenen Brief« einstimmig zu billigen; in Bremen war der Polleiter Eppstein ebenfalls für den »Offenen Brief«.

Zunächst zeigte sich nur in Berlin, daß nicht nur die Ultralinken, sondern auch viele Linke Gegner des »Offenen Briefes« waren. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg hatte am 2. September 1925 den »Offenen Brief« mit 13 zu 4 Stimmen abgelehnt, auch die Kandidaten der BL stimmten mit 9 zu 3 Stimmen gegen ihn. Daraufhin berief man zum 4. September die nächsthöhere Instanz des Bezirks Berlin ein, den Zentralvorstand. Doch auch dieser verwarf mit 41 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen den »Offenen Brief«. (Bei der späteren Befragung aller Mitglieder dieses Gremiums war das Stimmenverhältnis 63 zu 24). Ruth Fischer hatte sich der Körperschaftsdisziplin gebeugt und für den »Offenen Brief« gestimmt. Die Berliner Leitung stellte der neuen Linie jedoch den energischsten Widerstand entgegen.[26]

Das ganze Gewicht der Parteiorganisation und des Apparats wurde nun von der neuen ZK-Führung darauf gelegt, auch in Berlin die Linie der Komintern durchzusetzen. Durch lange Erklärungen in der »Roten Fahne« versuchte sie, der Ber-

---

25 In Baden gab es 2 Enthaltungen, in Thüringen 3, in Halle-Merseburg eine Enthaltung. Die Leitung von Groß-Leipzig lehnte den Brief mit 26 gegen 6 Stimmen ab, daraufhin wurde die Ortsleitung aufgelöst und Leipzig direkt der Bezirksleitung unterstellt (StA Bremen, IV, 23, Bd. 1 – RF vom 5., 6., 8. und 11. September 1925 – »Soz. Republik« vom 8. und 14. September 1925 – »Freiheit« vom 7. September 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 17. September 1925 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 6. September 1925 – »Neue Zeitung«, München, vom 7. September 1925).

26 RF vom 6. September 1925 – »Soz. Republik« vom 14. September 1925. Die SED schreibt dazu: »Mit Unterstützung der Sekretäre der Bezirksleitung Wilhelm Kasper, Theo Kögler, Josef Lenz (Winternitz) und Ernst Torgler erreichte Ruth Fischer – die selbst für den ›Offenen Brief‹ stimmte –, daß die Mehrheit der Bezirksleitung den EKKI-Brief ablehnte und sich demonstrativ mit Arkadi Maslow solidarisch erklärte.« (»Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, 8. Jg. 1966, Heft 4, S. 602.) Das ist nicht korrekt, da sich Wilhelm Kasper sofort für den »Offenen Brief« einsetzte (Mitt. von Wilhelm Kasper an den Verf.).

liner Parteimitgliedschaft zu beweisen, es sei keine »Rechts-Wendung« geplant. Vielmehr sollten lediglich frühere Fehler ausgemerzt werden. Sie appellierte an die innerparteiliche Demokratie und beschwor die von Ruth Fischer begonnene Bolschewisierung, um die linken Funktionäre zu gewinnen. Die Berliner BL unter Führung von Koegler und Lilly Korpus ging zunächst zum Gegenangriff über. Schon am 2. September hatte die BL einstimmig und demonstrativ ein Telegramm an Maslow geschickt, das auf die neue ZK-Mehrheit geradezu als Provokation wirken mußte.[27] Die Berliner Bezirksleitung benutzte das Funktionärorgan »Der Funke«, um ihre Ansicht darzulegen,[28] denn die »Rote Fahne« gewährte ihr nur sporadisch Raum. Im »Funken« kamen auch die Ultralinken zu Wort. Scholem versuchte unter der Parole »Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten« eine einheitliche Linie für die gesamte Opposition zu entwickeln. Da er jedoch Ruth Fischer für die Niederlage verantwortlich machte, kam es noch nicht zu einer Zusammenarbeit zwischen Ultralinken und der neuen linken Opposition.
Die Vertreter der Berliner BL wandten sich zunächst in vorsichtiger Weise auch gegen die Komintern. Lilly Korpus schrieb, nicht Ruth Fischer und Maslow, sondern die Rechten hätten versucht, einen »westeuropäischen Kommunismus« zu begründen. Die versprochene Parteidemokratie werde nur dazu benutzt, »jedes kritische Wort, alle Bedenken« als »Anti-Bolschewismus, konterrevolutionär und ausschlußreif« zu brandmarken. Das Verhältnis der KPD zur Komintern sei schlecht, weil die Komintern drei Jahre lang Brandler gestützt habe.[29] Solche Auffassungen beantwortete die ZK-Mehrheit mit langen Entgegnungen. »Schluß mit allen antimoskowitischen Bestrebungen in Berlin«; warnte Thälmann die Berliner Organisation, sie dürfe sich nicht von »sentimentalen persönlichen Gefühlen leiten lassen«.[30] Damit wurde vor allem die Verbindung der Berliner KP zu Ruth Fischer gerügt.

---

27 Das Telegramm lautete: »Heute versammelte Bezirksleitung Berlin-Brandenburg zur wichtigen Entscheidung zusammengetreten, sendet Dir, unserem langjährig vertrauten Kampfgenossen heiße Kampfesgrüße. Die Berliner KP wird sich durch nichts die unter Deiner tatkräftigen Hilfe in schweren Jahren des gemeinsamen Kampfes errungenen Traditionen im Befreiungskampf der deutschen und internationalen Arbeiterklasse nehmen lassen. Der fanatische Haß unserer Klassenfeinde, durch den Staatsgerichtshof gegen Dich gewendet, ist Bestätigung Deiner unerschrockenen, aufrechten, konsequenten revolutionären Arbeit im Geiste Lenins und im Geist der Komintern für die deutsche Revolution und für Sowjetrußland. Vertrau auf uns in jeder Situation! Dir unseren Handschlag! Bezirksleitung Berlin-Brandenburg.« (Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, 17. Februar – 15. März 1926, Hamburg-Berlin 1926, S. 206.) – Vgl. auch »Westf. Kämpfer« vom 6. September 1925.

28 Dagegen wandte sich das ZK mit der Bemerkung: »Der Genosse Koegler ist der Leiter der Berliner Organisation, der größten Parteiorganisation in Deutschland und dieser Genosse Koegler kennt noch nicht einmal das ABC der kommunistischen Organisationsform.« (RF vom 4. Oktober 1925 – »Vorwärts« vom 6. Oktober 1925.)
Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg erklärte am 8. Oktober 1925 dazu: »Die ›Rote Fahne‹ beklagt sich über den ›Funken‹, worin angeblich die andere Seite nicht zu Wort kommt. Die Bezirksleitung ist der Auffassung, daß in der ›Roten Fahne‹ eine andere Seite überhaupt nicht zu Wort kommt, ohne nicht sofort ›zermalmt‹ zu werden und sogar der häßlichsten persönlichen Angriffe gewärtig zu sein.« (StA Oldenburg, 136-86-37, Bd. V.)

29 RF vom 8., 9. und 10. Oktober 1925.

30 RF vom 10. September 1925. Auf der Erweiterten EKKI-Sitzung im Februar 1926 sagte Thälmann: »Wir hatten in Berlin eine Bezirksleitung, die bereits fünf Jahre in ihrer Zusammensetzung

Am 11. September 1925 hatte der Berliner Zentralvorstand (mit 59 gegen 6 Stimmen) eine vorsichtige Schwenkung vollzogen. Der Vorstand konstatierte, daß er nur die Stellen des »Offenen Briefes« ablehne, in denen die Fischer-Maslow-Gruppe angegriffen würde, zugleich betonte er ausdrücklich, daß man keinen Gegensatz zur Komintern wolle.[31]
Dieses erste Einlenken war eine Folge des Eingreifens der Komintern. Die Komintern-Führung hatte Otto Kuusinen nach Berlin geschickt, um die Berliner Opposition auszuschalten. Kuusinen hatte eine stundenlange Unterredung mit Koegler und Torgler. Unter dem Druck des Arguments, die Berliner Partei könne sich doch nicht gegen die russische Führung und damit gegen die russische Revolution auflehnen, wurde dann der Kompromiß mit Koegler und Torgler (dem die innerparteiliche Auseinandersetzung ohnehin ein Greuel war) ausgehandelt.[32]
Obwohl Ruth Fischer anfangs offiziell gegen die Berliner BL auftrat, unterstützte sie diese doch insgeheim und gab sogar Instruktionen für ihr Verhalten. In ihrem Sinne gab Lenz-Winternitz in der Presse Erklärungen ab. Er wies Thälmanns Behauptungen, Maslow habe die leninistische Theorie revidiert, als falsch zurück. Lenz sprach von der »billigen demagogischen Anspielung der braven ›irregeleiteten‹ Arbeiter gegen die ›bösen‹ Intellektuellen«[33] und wandte sich gegen ein »neues Dogma der Unfehlbarkeit der Exekutive«. Auch stellte er fest, daß eine besondere »Gruppe Ruth Fischer-Maslow« als von den Linken divergierende Gruppe nie existiert habe.[34] Da Ruth Fischer zu Recht als treibender Motor der neuen linken Opposition galt, wurde sie Ende September 1925 nach Moskau beordert.[35]

---

wenig gewechselt hatte, die unter Führung von Ruth Fischer einen bestimmten starken Einfluß besaß. Wir haben sie langsam, etappenweise erobert. Zuerst hatten wir ganz wenige Stimmen und haben uns unter schärfstem ideologischen Kampfe gegen die Ultralinken, Maslow und Ruth Fischer langsam durchgesetzt, um nach und nach eine Mehrheit auch in dieser Instanz zu gewinnen. Aber nicht etwa, daß Ruth Fischer irgendwelche Maßnahmen ergriff, uns zu unterstützen. sie ist vielmehr in jeder Situation der Partei und dem ZK in den Rücken gefallen . . .« (Protokoll, a. a. O. [Anm. 27], S. 205.)

31 RF vom 12. und 17. September 1925.

32 Mitt. von Theodor Koegler und Ernst Torgler an den Verf. Torgler und Koegler kamen nach dieser Besprechung am 11. September 1925 direkt in die Sitzung des Zentralvorstandes. Koegler berichtet darüber: »Ich werde nie vergessen, wie Torgler und ich nach dieser Besprechung in die Zentralvorstandssitzung kamen und uns an den Vorstandstisch anlehnten. Da brach der Tisch zusammen. Uns schlug ein Gebrüll entgegen: ›Umgefallen!‹ Sie hatten recht: nicht nur der Tisch, auch wir waren umgefallen. Ich möchte sagen, daß von da ab der Elan der Berliner Opposition gebrochen war.« (Mitt. Koeglers an den Verf., Brief vom 7. Mai 1963.)

33 Max Hesse, selbst ehemaliger Arbeiter, wandte sich in einem Artikel scharf gegen die Berufung auf die »schwielige Faust«, eine Politik, die vor allem Thälmann mit Erfolg in Berlin praktizierte. In einer Antwort der Redaktion wurde Hesse vorgeworfen, er habe von dem sozialdemokratischen »Vorwärts« abgeschrieben (RF vom 25. September 1925).

34 RF vom 15. September 1925 – »Klassenkampf«, Halle, vom 18. September 1925 – »Soz. Republik« vom 11. September 1925.

35 Ruth Fischer umschrieb später die Gründe ihrer Haltung folgendermaßen: »Das Appellieren an meine bolschewistische Loyalität war ein starkes Argument, aber ich hätte nicht nachgegeben, wenn nicht Sinowjew in einem persönlichen Gespräch ein weiteres Argument hinzugefügt hätte. Er eröffnete mir freimütig, seine Position sei in Gefahr; die Komintern würde in der russischen Partei von allen Seiten unter Feuer genommen. Auf der anderen Seite hoffte er, er werde auf dem vierzehnten Parteitag der russischen Partei, der in wenigen Monaten einberufen werden sollte, die Strömung wieder in die entgegengesetzte Richtung umkehren. Es sei die Absicht Stalins gewesen, informierte

Indessen brachte die Abberufung Ruth Fischers keine Minderung der Spannungen zwischen der Berliner Führung und dem ZK. Jedoch konnte das ZK den Einfluß der BL in Berlin selbst zurückdrängen. Bald wurden wichtige Erklärungen der Bezirksleitung nicht mehr in der Parteipresse abgedruckt. Einzelne Zellenversammlungen, auf denen Resolutionen für die Kominternlinie angenommen wurden, stellte man dagegen groß heraus. Am 1. Oktober gelang es dem ZK, eine Entschließung für den »Offenen Brief« in einer Versammlung der Zellenobleute mit 500 gegen 30 Stimmen durchzubringen.[36]

Schrittweise konnten die ZK-Anhänger Boden gewinnen. Sie erreichten vor allem durch den Einsatz des hauptamtlichen Apparats in den meisten Berliner Bezirken eine Mehrheit und konnten so den Zentralvorstand unter Druck setzen. Obwohl Thälmann noch am 21. Oktober 1925, als er vor dem Zentralvorstand Maslows Haltung vor Gericht kritisierte, durch einen Sturm der Entrüstung zum Verlassen des Saales gezwungen wurde,[37] konnte das ZK zwei Tage später auch in Berlin eine Wende erreichen: mit 28 gegen 24 Stimmen billigte der Zentralvorstand die Linie des »Offenen Briefes« und des ZK. Wenige Tage darauf gaben einige hauptamtliche Funktionäre mit Frida Rosenthal an der Spitze eine Erklärung für das ZK und gegen die Bezirksleitung ab.[38] Die Berliner Opposition war – gerade noch rechtzeitig vor der Reichskonferenz – zunächst geschlagen.

Gelang es dem ZK, in Berlin die Opposition zurückzudrängen, so fing diese im übrigen Deutschland erst an, sich zu organisieren. Auf den verschiedenen Bezirkskonferenzen, die im Oktober 1925 zur Vorbereitung einer Reichskonferenz stattfanden, waren es allerdings wieder die Ultralinken, die gegen den »Offenen Brief« auftraten.

Auch auf der IX. Konferenz des Kommunistischen Jugendverbandes lehnte nur der Korreferent der Ultralinken, Abusch, in seiner Rede am 17. Oktober 1925 den »Offenen Brief« ab, da dieser voller Zweideutigkeiten sei. Abusch wandte sich auch dagegen, jeden abweichenden Standpunkt als »antibolschewistisch« zu ver-

---

er mich, durch Manyilskij, Maslow und mich aus dem deutschen Politbüro entfernen zu lassen, und er hätte dies verhindern können ... Ihre Position in der deutschen Partei ist stark genug, um diese zweideutige Haltung für ein paar Monate aushalten zu können, und dann werden wir unsere Gegner in der deutschen und russischen Partei öffentlich angreifen können.
So unterzeichnete ich den Brief, nachdem ich im Präsidium gegen ihn gestimmt hatte. Alle unsere ausgeklügelten Berechnungen erwiesen sich als völlig verkehrt; der Offene Brief erleichterte nur die Festigung der Macht Stalins.« (Ruth Fischer, a. a. O. [Anm. 2], S. 552.)

36 Das gelang vor allem durch einen taktischen Trick. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg erklärte dazu am 8. Oktober 1925: »In der Vorbesprechung zwischen den Genossen Thälmann, Schlecht und Koegler wurde ausdrücklich festgelegt, daß in dieser Versammlung nur die praktischen Aufgaben besprochen werden sollen. Vor einem Korreferat der Ultralinken wurde dann ... eine Resolution gegen die BL vorgelegt, und zwar, nachdem durch die Abwürgung einer allseitigen Diskussion der BL jede Möglichkeit zur Verteidigung genommen war. Und das im Zeitalter der *Parteidemokratie!* Eine solche ›Mehrheitsbildung‹ stellt natürlich keine objektive Klärung der Frage dar.« (StA Oldenburg, 136-86-37 Bd. V – StA Koblenz, 403-13371.)

37 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 15, Bl. 38 – Geh. StA München, 101 245. Zu Maslows Verhalten vor Gericht, vgl. unten, Anm. 170.

38 RF vom 24., 28. und 29. Oktober 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 25. Oktober 1925. Die Erklärung war unterschrieben von Frida Rosenthal, Rudolf Gerber, Heinrich Winkler und August Maurischat.

dammen.[39] Die Ultralinken konnten nur örtliche Erfolge erzielen.[40] Das neue ZK erwies sich als stark genug, bei der Vorbereitung der Reichskonferenz fast überall die Linie der Komintern durchzusetzen.

Ein wichtiges Argument des ZK war die Behauptung, daß nunmehr – im Gegensatz zur Ruth Fischer-Ära – von oben bis unten echte Parteidemokratie eingeführt werde. Die Führung erklärte der Mitgliedschaft, Ruth Fischer habe eine Diktatur ausgeübt. Remmele erzählte auf Parteikonferenzen, diese Diktatur sei so weit gegangen, daß man Thälmann daran gehindert habe, nach Moskau zu fahren.[41] Thälmann selbst berichtete vor 400 Funktionären auf einer Parteiveranstaltung in Hamburg: »In der Zentrale führten zwei bis drei Genossen eine persönliche Diktatur ... von Frankfurt bis Berlin gab es dauernd Konflikte mit der Kommunistischen Internationale.«[42] Allerdings führten solche ständigen Beschwörungen der Parteidemokratie auch dazu, daß die unteren Funktionäre demokratische Forderungen anmeldeten. Ein bayerischer Funktionär verlangte: »Die Lehre aus der Diskussion ist also die, daß anstelle der bisherigen Führerpolitik die Mitgliedschaft in innigster Verbindung mit der Komintern die Linie der Partei zu bestimmen hat.«[43]

Trotz der Erfolge des ZK saßen in wichtigen Bezirken immer noch Anhänger Ruth Fischers, welche die Politik des »Offenen Briefes« in zunehmendem Maße zu boykottieren versuchten.[44] In einer Reihe von Bezirken zeigte sich im Oktober 1925 sogar ein gewisses Anwachsen der Opposition gegen den »Offenen Brief«.[45] Nicht

---

39 »Freiheit« vom 19. Oktober 1925 – »Neue Zeitung«, München, vom 20. Oktober 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 21. Oktober 1925.

40 So nahm der Unterbezirk Hannover auf einer Konferenz mit 29 gegen 25 Stimmen eine Resolution von Weber (Pfalz) gegen den »Offenen Brief« an. (»Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 27. Oktober 1925.) Die ultralinke Ortsgruppe Münster lehnte am 25. September 1925 gegen nur 2 Stimmen den »Offenen Brief« ab: »Die Mitgliederversammlung der KPD-Ortsgruppe Münster nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Offenen Brief und lehnt ihn einstimmig auf das schärfste als unkommunistisch ab.« Die Ortsgruppe wurde aus dem Bezirk Nordwest herausgelöst und dem Bezirk Ruhr zugeteilt, um sie besser unter Kontrolle zu bekommen (StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 1). Eine Leitungssitzung Groß-Leipzig lehnte den »Offenen Brief« mit 26 gegen 6 Stimmen ab. Daraufhin wurde der Vorstand am Sitz der BL – also Leipzig – aufgelöst und die Parteiorganisation der BL direkt unterstellt (StA Bremen, IV 23, Bd. 1).

41 StA Bremen, IIA 12a, Bd. 15.

42 StA Bremen, IV 4 e, Bd. 5.

43 »Neue Zeitung«, München, vom 18. Oktober 1925 (Zur Parteidiskussion. Brief des Betriebsarbeiters Arno Haucke).

44 Im Bezirk Ruhr hatte das ZK-Mitglied Schwan anfangs die Politik des »Offenen Briefes« vollständig mitgemacht. Als Ursache des EKKI-Eingreifens nannte er die falsche Politik und meinte, daß sich aus den Linken ein Kern bolschewistischer Funktionäre herausbilden müsse, der treu zur Komintern stehe (»Westf. Kämpfer« vom 25. Oktober 1925). Auf der Bezirkskonferenz Ruhr Ende Oktober 1925 wurde er jedoch wegen seiner engen Verbindung zu Ruth Fischer angegriffen. Da Schwan überdies auf seinem Standpunkt beharrte, in der KPD seien die rechten Gefahren größer als die linken, geriet er in zunehmenden Widerspruch zum ZK (»Westf. Kämpfer« vom 31. Oktober 1925). In Bremen wurde der Polleiter des Bezirks Nordwest, Eppstein, ebenfalls auf seinem Posten belassen. Doch wurde der Orgleiter Kranz nach dem »Offenen Brief« abberufen und damit die Position des Ruth Fischer-Anhängers Eppstein empfindlich geschwächt (»Arbeiter-Zeitung«, Bremen, vom 7. Oktober 1925).

45 Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz in Thüringen erhielt Thälmann für das ZK 119 Stimmen gegen 59, die der Korreferent Scholem für die Ultralinken erreichte. Auf dem Bezirksparteitag Niederrhein (Referent Dengel – Korreferent Rosenberg) wurden 32 Stimmen gegen den »Offenen Brief« (173 dafür) abgegeben (RF vom 3. Oktober 1925 – »Freiheit« vom 24. Oktober 1925).

nur die Ultralinken, sondern auch viele Anhänger Ruth Fischers und Maslows begannen den neuen Kominternkurs zu sabotieren. Und selbst unter der Gefolgschaft der neuen Führung Thälmann-Dengel überwogen noch immer die linken Elemente. Auf Unterbezirks-Konferenzen (u. a. in Dortmund, Gelsenkirchen, Hamborn usw.) wurde beispielsweise strikt abgelehnt, die in der Ruth Fischer-Ära ausgeschlossenen »Rechten« wieder aufzunehmen. Diese Haltung der Mehrheit der Partei veranlaßte die Vertreter der Mittelgruppe, die »Wendung« nach dem »Offenen Brief« als Halbheit abzulehnen (vgl. Dok. 5).
Doch gerade durch die Praxis, zwar gegen die ehemaligen linken Führer, nicht aber gegen die linke Politik Stellung zu nehmen, konnte die neue Parteileitung die überwältigende Mehrheit der Delegierten zur ersten Reichsparteikonferenz für sich gewinnen.

Die I. Reichsparteikonferenz

Am 31. Oktober und 1. November 1925 tagte im Sitzungssaal des Preußischen Landtags – wo drei Monate zuvor der X. Parteitag der Ruth Fischer-Führung das Vertrauen ausgesprochen hatte – die I. Reichskonferenz der KPD. Der Saal war mit roten Fahnen geschmückt; vor den Büsten von Marx und Engels und einem Bild Lenins eröffnete Ernst Thälmann die Konferenz.
Zum ersten Mal waren die Delegierten auf der Grundlage der Betriebszellen gewählt worden. Von den 249 Delegierten zählten 33 zur Opposition (außer einigen Anhängern der Ruth Fischer-Gruppe fast alle Ultralinke); die übrigen unterstützten die Linie der neuen Führung Thälmann-Dengel.
Bei der Eröffnung begrüßte Thälmann die soeben aus der Festung entlassenen Führer des Hamburger Oktober-Aufstands von 1923, Hugo Urbahns und Richard Schaible. Die Konferenz beriet unter Vorsitz von Geschke und Pieck; Hauptreferent war Thälmann, der über die innerparteiliche Lage der KPD sprach. Er sagte, nunmehr seien die Ultralinken zur Hauptgefahr in der KPD geworden,[46] und wandte sich besonders gegen die »kominternfeindliche Stimmung« in der Partei, die er sogar im Zentralkomitee konstatieren mußte. Er nannte drei Resultate der bisherigen falschen KPD-Politik: »Erstens die Isolierung der Partei von breiten Arbeiterschichten, insbesondere der Verlust wichtiger Positionen in den Gewerkschaften, zweitens die Erstarrung des innerparteilichen Lebens und drittens die Entfremdung der Partei von der Kommunistischen Internationale.«[47]
Thälmann griff vor allem die Ultralinken an, denen er »antimoskowitische und antikommunistische Stimmungen« vorwarf. Er verteidigte eine beweglichere Politik der KPD, die sich z. B. im Preußischen Landtag bei einem Mißtrauensantrag der

46 Dabei ließ Thälmann durchblicken, daß jetzt unter Ultralinken sowohl die Gruppe Scholem-Rosenberg-Katz wie auch die Fischer-Maslow-Anhänger zu verstehen seien. Seither ist diese Version offiziell, mit der sich die Thälmann-Führung selbst als alleinige »Linke« auswies.
47 RF vom 3. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 3. und 6. November 1925.

Deutschnationalen gegen die Regierung Braun-Severing der Stimme enthalten hatte, um diese Regierung nicht auf Initiative der Rechten stürzen zu lassen. Nach der Abgrenzung gegenüber den Ultralinken verlangte Thälmann von der Partei auch einen Kampf gegen den rechten Parteiflügel. Er baute aber der Gruppe Meyer-Frölich eine Brücke. Er fragte »den Genossen Frölich und seine Freunde«, ob sie bereit seien, »sich klar zu trennen von den Brandler-Leuten, einen ernsten Kampf gegen diese Genossen zu führen. Ja oder nein?« Er forderte von dieser Gruppe, sie solle ihre Fraktion auflösen und das ZK bedingungslos unterstützen.

Zum Schluß betonte Thälmann, Ziel der Parteikonferenz sei es, die Diskussion über den EKKI-Brief in der deutschen Partei abzuschließen. Die Losung müsse lauten: »Heran an die praktische Arbeit auf der neuen Linie!«

Nach der mit langanhaltendem Beifall aufgenommenen Rede Thälmanns hielt Scholem das Korreferat für die Ultralinken. Er stellte fest, die Parteidebatte sei zu spät und in Form wie Inhalt fehlerhaft geführt worden. Thälmann habe die theoretische Plattform der ehemaligen Mittelgruppe übernommen. Die von den Linken auf dem Frankfurter Parteitag festgelegte Linie werde heute für falsch erklärt und die Linken würden als Antibolschewisten abgestempelt. Der »Offene Brief« bekämpfe die Linken, die bis zum Mai 1925 einheitlich die Partei geführt hätten. Die Ruth Fischer-Gruppe habe ihr wohlverdientes Ende gefunden; nur die sogenannten Ultralinken setzten die Tradition von Frankfurt fort. Die Haltung der KPD in der Praxis, besonders in der Preußenfrage zeige, »daß die Partei ins Schlepptau Severings geraten« sei.[48]

Die Vorstellungen der Fischer-Maslow-Gruppe vertraten Wolfgang Bartels und Lenz-Winternitz. Bartels sagte, auf Grund eines Gesprächs mit Maslow (der noch im Gefängnis saß) könne er den Vorwurf, Maslow habe einen »westeuropäischen Leninismus« statuieren wollen, als völlig falsch zurückweisen. Lenz betonte, daß der Fischer-Maslow-Gruppe trotz aller Fehler der Fortschritt in der Bolschewisierung zu verdanken sei. »Es stimmt nicht, daß wir seit Frankfurt eine Gruppe von böswilligen und ignoranten Intellektuellen und eine solche von guten Proletariern hatten. Gerade in der Gewerkschaftsfrage hat Maslow den schärfsten Kampf geführt. Die Gruppe Ruth Fischer-Maslow hat gegen die Ultralinken gekämpft.«[49]

Hans Weber, Arthur Vogt und Arthur Rosenberg unterstützten in der Diskussion die Ansichten Scholems. Weber rief aus: »Macht darum dem lächerlichen Spiel ein Ende, daß man die Ultralinken als Antibolschewisten hinstellt.«[50] Schwan behauptete, seine Stellungnahme habe sich seit der Unterzeichnung des »Offenen Briefes« in Moskau »nicht um ein Jota geändert«. Die rechte Gefahr in der KPD bleibe akut.[51]

Ernst Meyer ging direkt auf die Fragen Thälmanns ein. Er sagte: »Es besteht

48 RF vom 3. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 6. November 1925.

49 RF vom 3. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 6. November 1925 – »Soz. Republik« vom 5. November 1925.

50 RF vom 3. November 1925 – »Soz. Republik« vom 9. November 1925 – »Westf. Kämpfer vom 6. November 1925.

51 RF vom 3. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 6. November 1925.

keine rechte, brandleristische Fraktion, es besteht aber eine Fraktion, die wegen ihres anderthalbjährigen Kampfes gegen den ultralinken Kurs der Partei als rechte bezeichnet worden ist.« Meyer erklärte sich bereit, in Übereinstimmung mit der Komintern das ZK gegen die ultralinken und rechten Schwankungen zu unterstützen. Er sagte auch zu, die eigene Fraktion aufzulösen, in der Hoffnung, »daß alle Fraktionen genauso wie wir das hier tun, diese Erklärung abgeben werden, daß die Fraktionen oder die fraktionelle Einstellung und der fraktionelle Geist in der Partei verschwinden«.[52]

Der Vertreter des EKKI[53] auf der Konferenz wiederholte Thälmanns These, die Krise in der KPD habe drei Formen; sie sei eine Krise der Beziehungen zwischen der Partei und den Massen, zwischen den leitenden Spitzen und der Mitgliedschaft sowie zwischen der KPD und der Komintern. Den Rückgang der Mitgliedschaft, das Sinken der Anziehungskraft der Partei und ihres Einflusses in den Gewerkschaften sowie die Verluste bei den Wahlen führte er auf die »fatalistische Philosophie« Ruth Fischers und Scholems zurück. »Hieraus folgt vor allem, daß wir den ganzen leitenden Stab unserer Organisation umbauen müssen auf eine Art, daß an ihrer Spitze nicht halb künstlerische, halb literarische Bohemiens stehen, sondern linke Arbeiter (sehr wahr!) mit langjähriger Parteimitgliedschaft, die in Betrieben gearbeitet haben (sehr richtig!), welche mit ihrem politischen und moralischen Weitblick jenen Arbeitermassen Vertrauen einflößen, die außerhalb des Rahmens der KPD stehen (sehr richtig! Beifall).« Der EKKI-Vertreter forderte, auch solche innerparteiliche Gruppierungen, die nicht der Linken angehörten, sollten zur Arbeit herangezogen werden. Doch sei die Fragestellung falsch, ob Meyer oder Scholem der Komintern zur Zeit näher stünden. Die »ultralinken Kindereien« seien die Hauptgefahr für die ganze Komintern.[54]

Unter dem Vorsitz Max Maddalenas wurde eine Kommission gebildet, die Scholems »politische Kampfmethoden« prüfen sollte. Diesem wurde vorgeworfen, »in einer Methode zu diskutieren, die nicht Ehrlichkeit und parteigenössisches, kameradschaftliches Benehmen darstellte.« Scholem nannte die Untersuchung eine Farce und weigerte sich, an der Beratung dieser Kommission teilzunehmen. Mit ihm verließen die Ultralinken Lau und Besser die Kommission. Der Vertreter des EKKI unterstützte den Antrag des Polbüros, Scholem aus dem ZK auszuschließen. Der neue Kurs der innerparteilichen Demokratie dürfe keine Aushöhlung der Autorität des ZK und keine Diskreditierung der Komintern bedeuten. Auf dem X. Parteitag habe die EKKI-Delegation keine Einwände gegen die Wiederwahl Scholems ins ZK erhoben, jetzt aber billige sie seinen Ausschluß und warne damit die Ultralinken vor der Nachahmung parteischädigender Methoden dieser Art. Gegen 26 Stimmen bei 8 Enthaltungen beschloß die Konferenz, Scholem aus dem ZK auszuschließen.[55]

---

52 RF vom 3. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 6. November 1925.

53 Der Vertreter der Komintern war »Robert«, also Manuilski. (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik. Teil II, Berlin [Ost] 1966, S. 185.)

54 RF vom 1. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 4. November 1925.

55 RF vom 4. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 11. November 1925 – »Soz. Republik« vom 12. November 1925.

In seinem Schlußwort nannte Scholem seinen Ausschluß aus dem ZK eine Komödie. Zu Beginn der Parteidebatte hätten er und Hans Weber einen persönlichen Brief Sinowjews erhalten, der dem ZK den Rat gegeben habe, den Kampf gegen die ultralinken Strömungen nur politisch und nicht organisatorisch zu führen. Diesen Rat habe man jetzt in den Wind geschlagen. Scholem schloß seine Rede mit den Worten: »Recht oder Unrecht, die Partei ist mein Vaterland.«[56]
Thälmann sagte in seinem Schlußwort, Scholem habe seine Rede mit denselben Worten beendet wie Trotzki auf dem XIII. Parteitag der KPR; das zeige, welchen gefährlichen Weg Scholem eingeschlagen habe. Thälmann betonte noch einmal, daß die rechten Gefahren weiterbestünden, sagte aber, »wenn Genosse Meyer erklärt, daß er bereit ist, das ZK zu unterstützen, so antworte ich, daß das ZK bereit ist, auf der Basis der praktischen Arbeit auch mit Genossen Meyer zusammenzugehen«.[57]
Am zweiten Verhandlungstage referierte Dengel über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Er forderte die Schaffung eines Linksblocks in der deutschen Arbeiterschaft und eine Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit. Diese müsse mit einer Kampagne für Sowjetrußland verbunden werden unter der Parole: »Hände weg von Sowjetrußland!« Die bisherige starre Parlamentstätigkeit müsse im Interesse der Einheitsfront geändert werden: »Unsere Arbeit in den Parlamenten besteht nicht nur darin zu entlarven, sondern auch wirklich im Interesse des Proletariats zu arbeiten, positiv etwas für das Proletariat herauszuholen.« Als unmittelbare Losung verkündete Dengel: »Weg mit der Luther-Regierung, her mit der Arbeiter- und Bauern-Regierung.« Abermals wurde die Umstellung der Partei auf Betriebszellen zur wichtigsten innerparteilichen Aufgabe erklärt.[58]
In der Diskussion unterstrich Dahlem die Wichtigkeit des organisatorischen Umbaus auf Betriebszellen. Die bisherigen Funktionärversammlungen sollten verschwinden und durch Delegiertenkonferenzen – wobei die Delegierten jeweils für eine Tagung zu wählen seien – ersetzt werden. Die Neuwahl aller Leitungen von den Zellengruppen bis zur Bezirksleitung sei notwendig.[59]
In seinem Referat zur Gewerkschaftsfrage betonte auch Heckert die Bedeutung der Betriebszellen, ohne die seiner Ansicht nach überhaupt keine Gewerkschaftsarbeit möglich sei. Er wiederholte, daß 75 Prozent der Parteiarbeit Arbeit in der Gewerkschaft sein sollte.[60] In einem letzten Referat über Partei und Jugend verlangte Braun (d. i. Ewert), der Kommunistische Jugendverband müsse zu einer Massenorganisation gemacht werden.[61]
Die I. Reichskonferenz nahm mehrere Entschließungen an, in denen die neue Linie fixiert war. Eine einstimmig beschlossene Resolution zur Organisationsfrage for-

---

56 RF vom 4. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 8. November 1925.
57 RF vom 4. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 8. November 1925.
58 RF vom 4. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 10. November 1925 –, »Soz. Republik« vom 8. November 1925.
59 RF vom 5. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 10. November 1925.
60 RF vom 6. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 11. November 1925.
61 RF vom 6. November 1925 – »Westf. Kämpfer« vom 11. November 1925.

derte noch einmal die »sofortige und restlose Umstellung der Parteiorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.« Die Resolution zur Parteitaktik wurde mit 222 gegen 30 Stimmen gebilligt.[62]
Auf der Konferenz wurde kein neues ZK gewählt, da dieses Recht nur einem Parteitag zustand. Allerdings wurde mit dem für die neue Führung erfolgreichen Abschluß der Tagung die leitende Gruppe Thälmann-Dengel im ZK bestätigt. Unmittelbar nach der Parteikonferenz tagte ein Plenum des ZK (am 11. November 1925), auf dem Ruth Fischer und Maslow aus dem Polbüro entfernt wurden. Dem neugewählten Polbüro gehörten an: Ernst Thälmann, Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Arthur Ewert, Ottomar Geschke, Fritz Heckert, Hermann Remmele, Ernst Schneller und Wilhelm Schwan.[63]

Die Säuberung beginnt

Nach der I. Parteikonferenz versuchte die Thälmann-Dengel-Führung mit den gleichen Methoden zu operieren, wie die linke Leitung nach dem Frankfurter Parteitag: Zunächst sollte der Apparat einheitlich auf die neue Linie ausgerichtet werden. Allerdings befanden sich Thälmann-Dengel in einer schwierigen Situation. 1924 hatte die überwiegende Mehrheit der radikalisierten Mitglieder hinter den Linken gestanden. Von der heterogenen Mittelgruppe war eine Richtung (Remmele, Koenen) sehr bald bereit, sich mit der Linken zu arrangieren, während die andere (Meyer, Frölich) im Apparat kaum Stützpunkte besaß. Die Rechten waren zu der Zeit so gut wie ausgeschaltet. Die geschlossene Linke stieß damals kaum auf Widerstand.
Die neue ZK-Mehrheit fand jedoch nach der I. Reichskonferenz rechte und linke Kritiker vor. Da die Thälmann-Führung an der linken Position festhielt, gelang es ihr nicht, die Gruppe Meyer-Frölich zu gewinnen. Vor allem aber bestand nun eine große ultralinke Opposition, die in einigen Bezirken (Pfalz, Westsachsen, Hessen-Kassel, Niedersachsen und Ruhr) feste Bastionen hatte. Da überdies die ehemalige Linke in zwei Flügel gespalten war (Ruth Fischer-Maslow-Schwan auf der einen und Thälmann-Dengel-Geschke auf der andern Seite), war die Stellung der von der Komintern eingesetzten Thälmann-Führung anfangs nicht sonderlich stark. Sie

---

62 Nach dem Bericht der Mandatsprüfungskommission gab es 255 gültige Mandate, doch waren nur 249 Delegierte anwesend. Wie daher die 252 Stimmen bei der Abstimmung der Resolution über die Parteitaktik zusammenkommen, ist nicht ersichtlich. (»Westf. Kämpfer« vom 13. November 1925.)

63 Chronik, a. a. O. (Anm. 53), S. 189. Faktisch waren Ruth Fischer und Maslow seit dem »Offenen Brief« entmachtet, vgl. dazu oben, Anm. 21. Madloch, der als erster das Originalprotokoll der Konferenz einsehen konnte, schreibt: »Entgegen den bisherigen Vorstellungen ergab das Studium der Originalprotokolle der I. Parteikonferenz (IML Archiv, Fonds: KPD – I. Parteikonferenz der KPD, 1/16/1-2, Bl. 311, 2. Tag), daß auf dieser Konferenz kein neues ZK gewählt worden ist.« (Norbert Madloch: Der Kampf der KPD 1925/26 gegen den Pakt von Locarno und für eine friedliche und demokratische Außenpolitik in Deutschland. Phil. Diss. Berlin [Ost] 1964, Bd. 2, S. 251.) Die SED hatte früher immer das Gegenteil behauptet, z. B. schrieb Hellmuth Kolbe: »Ein Meilenstein in der KPD war die Wahl des leninistischen ZK unter dem Vorsitz von Ernst Thälmann im Oktober 1925 auf der 1. Parteikonferenz« (»Zeitschrift für Geschichtswissenschaft«, 6. Jg. 1958, Sonderheft, S. 109).

verstand es aber, die wichtigsten zentralen und bezirklichen Funktionen mit zuverlässigen Anhängern zu besetzen und die Opposition zu zersplittern.[64]
Der erste Schachzug bestand darin, führende Oppositionelle oder unzuverlässige Bezirksleiter nach Berlin zu berufen. Hans Weber, Polleiter des ultralinken Bezirks Pfalz und ZK-Mitglied, wurde in die Gewerkschaftsabteilung des ZK in Berlin beordert; Wilhelm Schwan wurde als Polleiter des Bezirks Ruhr abgelöst und ebenfalls nach Berlin befohlen. Seit dem »Offenen Brief« war er Mitglied des Polbüros, wurde aber schon im November 1925 wieder aus diesem Gremium entfernt und in die Gewerkschaftsabteilung versetzt. Anhänger Ruth Fischers wie Rosenbaum (Polleiter Halle-Merseburg) oder Eppstein (Polleiter Nordwest) wurden abgesetzt, oder sie gingen wie Strötzel (Polleiter Westsachsen) oder Winterich (Polleiter Mittelrhein) nach kurzem Schwanken zur Thälmann-Führung über.[65]
Thälmann und Dengel beherrschten das Zentralkomitee. Allerdings waren ins Polbüro neben Thälmann, Dengel, Geschke und Schneller auch ehemalige Mittelgruppenführer wie Remmele, Heckert und Ewert aufgenommen worden. Jedoch wurde die Linie von den Sekretären Thälmann, Dengel und Schneller bestimmt.[66]
Im ZK-Apparat gelang es der Thälmann-Führung bald, Ruth Fischer-Anhänger wie Lenz-Winternitz zur Kapitulation zu zwingen. Ebenso konnten sie ihre Positionen durch den Einbau kominterntreuer Funktionäre wie Ulbricht, der aus Moskau geholt wurde, verstärken.
Der wichtigste Bezirk Berlin-Brandenburg gelangte auf dem Bezirksparteitag (17./18. 11. 1925) ebenfalls fest in die Hände der neuen ZK-Mehrheit. Auf dem Parteitag erstattete Torgler den Bericht der BL. Kasper gab den Gewerkschaftsbericht. Die Delegierten waren in den Betriebszellen gewählt; und die Resolution, welche die Ultralinken als Hauptgefahr charakterisierte, wurde gegen nur 20 Stimmen der Ultralinken angenommen. Bei der Wahl des neuen Polleiters kam es allerdings zu einer Kampfabstimmung. Dem vom ZK vorgeschlagenen Hermann Remmele stellte sich als Gegenkandidat Hugo Urbahns, der seit seiner Entlassung aus der Festungs-

---

64 Auf der Sitzung des Erweiterten EKKI im März 1926 sagte Ruth Fischer, das neue ZK sei »nicht allzu stark«, denn »ein ZK, das von der Exekutive sozusagen gezeugt wurde, das nicht aus eigener Kraft entstand, sondern gewissermaßen eingesetzt wurde von der Exekutive« müsse schwach sein (Protokoll, a. a. O. [Anm. 27], S. 176).

65 Mitt. von Joseph Schlaffer, Max Hesse und Hans Weber an den Verf. »Westf. Kämpfer« vom 20. November 1925.

66 Flechtheim übernimmt von Rist folgende Behauptung: »Die neue Zentrale setzte sich aus jenen Linken zusammen, die mit Ruth Fischer gebrochen hatten und die den Russen absolut ergeben waren (Thälmann, Dengel, Dahlem usw.), einer linkeren Apparatgruppierung (Neumann, Remmele, Ulbricht) einerseits und den gemäßigten Anhängern der früheren Mittelgruppe und Rechten (Ewert, Gerhart ... später Ernst Meyer) ...« (a. a. O., Kap. 1, Anm. 3, S. 231). Auch Tjaden hält sich an diese Version, er nennt nur Thälmann und Dahlem als »die eigentlichen Linken« (a. a. O., Kap. 1, Anm. 2, S. 56 f.). Diese Darstellungen sind nicht korrekt. Die Parteikonferenz hatte kein neues ZK gewählt (vgl. Anm. 63), bis 1927 gehörte dem ZK weder Dahlem, noch Neumann, Ulbricht oder Gerhart Eisler an. Ewert wurde vom Kandidaten zum Mitglied kooptiert. Die wichtigsten Führer nach dem »Offenen Brief« waren Thälmann, Dengel, Geschke und Schneller, die sich von der alten Ruth Fischer-Führung getrennt hatten, sowie Remmele, Heckert und Ewert, Ende 1926 kam Ernst Meyer hinzu. Schneller war zunächst (als enger Vertrauter Ruth Fischers) aus dem Sekretariat entfernt worden, er übernahm aber bald wieder anstelle Geschkes (der »versagt« hatte), die Leitung des Orgbüros.

haft die Politik der Fischer-Maslow-Gruppe unterstützte und auch bei den Ultralinken großes Ansehen genoß. Remmele erhielt 129, Urbahns 65 Stimmen. Anstelle der vom ZK vorgeschlagenen Kandidaten Max Frenzel und Kühn wählte der Bezirksparteitag Kasper und Gohl als Gewerkschaftssekretäre. Pfeiffer und Leps wurden als Orgleiter, Frida Rosenthal zur Leiterin der Frauenabteilung gewählt. Die Änderung der Bezirksleitung war unter der Parole »An der Spitze der BL müssen proletarische Elemente ausschlaggebend sein«, durchgesetzt worden. Lilly Korpus wurde zur Frauenarbeit abkommandiert, der abgesetzte Koegler nach Halle verschickt. Das Berliner Funktionärorgan »Der Funke« stellte sein Erscheinen für ein halbes Jahr ein. Personell und ideologisch schien der entscheidende Bezirk damit auf der Seite des ZK zu stehen.[67]

Aber schon wenige Wochen später mußte das ZK eine Zusammenarbeit zwischen Ultralinken und Ruth Fischer-Anhängern konstatieren. Auf einer Parteiarbeiter-Konferenz am 21. Dezember 1925 erhielt eine Resolution der Ultralinken dadurch 306 Stimmen gegen 365 für das ZK.[68] Dieser bedrohlichen Entwicklung versuchte die Leitung nun durch eine Zersplitterung der Opposition und den Ausschluß ihrer Führer entgegenzuwirken. Der radikalste Flügel der Ultralinken, die Katz-Gruppe, bot dem ZK den ersten Anlaß, zur Säuberung überzugehen.

Die Ultralinken hatten in Niedersachsen zwei Zentren. In der Stadt und im Unterbezirk Hannover verfügten Katz und seine Anhänger Lossau, Gohr, Karwahne, Schüddekopf und andere über die Mehrheit; in Bielefeld waren Kötter und seine ultralinke Gruppe bestimmend. Noch in der Ruth Fischer-Ära waren die Katz-Anhänger, die im Gesamtbezirk in der Minderheit waren, aus der BL entfernt worden. Ende 1925 spitzten sich die Differenzen zwischen der Hannoverschen KP-Ortsgruppe und der BL zu. Katz verlangte, die Stellungnahme der Opposition solle auch in der »Niedersächsischen Arbeiter-Zeitung« veröffentlicht werden. Mit Unterstützung der BL lehnte die Redaktion dieses Ansinnen ab und verschärfte damit die Situation weiter.

Am 8. Januar 1926 berief die Bezirksleitung in Hannover eine Funktionärversammlung ein, die über einen Ausschluß von Katz beriet. Von den 122 Anwesenden stimmten nur 17 gegen den Vorschlag der BL, Katz zu verwarnen. Iwan Katz erklärte, diese Versammlung sei »zusammengeschoben«. Der Vorsitzende der KPD von Hannover, Theodor Gohr, berief am 9. Januar 1926 eine neue Funktionärversammlung ein. Die 362 anwesenden Funktionäre erklärten sich gegen nur eine Stimme mit Katz solidarisch.

Nunmehr appellierte die »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« an die »seit Jahren bewiesene Treue der Parteimitgliedschaft zur Partei und Komintern« und rief die Mitglieder auf »mit der Partei und der Komintern gegen Katz! ... Keiner übt Solidarität mit dem Parteifeind.«[69] Die Redaktion lehnte es kategorisch ab, eine Stellungnahme von Katz abzudrucken. Daraufhin erschien am 11. Januar 1926

67 StA Bremen, IV 23 h, Bd. 2 – RF vom 21., 22. und 24. November 1925.
68 RF vom 25. Dezember 1925.
69 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 10. Januar 1926 – »Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD« (Linke Opposition) (Katz), Hannover, Nr. 33 vom 16. November 1926.

Katz mit 200 Anhängern vor dem Gebäude der KPD-Zeitung auf dem Hannoverschen Klagesmarkt. Katz erklärte, von den Hannoverschen Funktionären beauftragt zu sein, die Zeitung im Sinne der Opposition zu redigieren. Die Anhänger von Katz besetzten Druckerei, Expedition und Redaktion der Zeitung, Der Geschäftsführer des Verlags, Joseph Miller, weigerte sich, Katz's Forderung nachzugeben. Zum Schutz der Zeitung bot er mit Eisenstangen bewaffnete RFB-Gruppen auf. Aber auch unter den Katz-Anhängern befanden sich bewaffnete RFB-Leute. Es kam zu schweren Schlägereien. Die Überzahl der Katz-Leute konnte die kominterntreuen Kommunisten entwaffnen. Doch nunmehr griff die Polizei ein.[70] Nach Darstellung der KPD war die Polizei von einem »Spitzel« herbeigerufen worden, nach der wahrscheinlicheren Version von Katz hatte der Geschäftsführer Miller selbst die Polizei alarmiert. Daraufhin mußte die Katz-Gruppe, wie sie es selbst ausdrückte, »der vereinigten russisch-deutschen Staatsgewalt weichen«.[71] Da die einst von der Hannoverschen KP begründete Zeitung samt Druckerei inzwischen ein Zweigbetrieb der Berliner PEUVAG geworden war, erhielt die BL auch vor Gericht Recht, und das Organ blieb in ihrer Hand.[72]

Für die KPD-Führung war der gewaltsame Angriff von Katz ein Signal. Katz, Gohr, Karwahne, Schüddekopf und andere wurden vom ZK wegen »provokatorischen und putschistischen Verhaltens« sofort aus der Partei ausgeschlossen.[73] In einem Aufruf an die Parteimitglieder hieß es: »Der 11. Januar 1926 wird für alle Zeiten ein Schandfleck in der Geschichte der Hannoveraner Parteiorganisation bleiben. An diesem Tage versuchte Iwan Katz seine erschütterte Position in der Partei zu festigen durch den Versuch, in Gemeinschaft mit irregeleiteten Proletariern, sich in Besitz des Parteihauses und der Druckerei zu setzen.«[74] Die KPD rief ihre Mitglieder auf, »über den politischen Kadaver des Iwan Katz« wegzuschreiten und der Partei die Treue zu halten. Katz seinerseits ermunterte seine Anhänger zum Beitragsboykott. Die meisten Kassierer weigerten sich daraufhin, die Parteibeiträge an die BL abzuführen und diese mußte die bisherigen Marken für ungültig erklären.[75] Eine relativ große Gruppe der KPD in Hannover trat aus der Partei aus, sie bildete eine »KPD-Opposition (Linke KPD)«, für die Katz ein eigenes »Mitteilungsblatt für die Parteiarbeiter der KPD-Opposition (Linke KPD) des Bezirks Niedersachsen« herausgab. Am 25. Januar 1926 beschloß eine Parteikonferenz der KPD Niedersachsens mit 162 gegen 8 Stimmen bei 8 Enthaltungen schärfste Maßnahmen gegen diese Opposition.[76]

Die Vorgänge in Hannover führten jedoch nicht nur zur ersten Abspaltung einer Gruppe Ultralinker von der KPD, sondern auch zu einer verschärften Haltung

70 Der »Vorwärts« (12. Januar 1926) schrieb: »Schutzpolizeileute und Angehörige des RFB säuberten *gemeinsam* die Straße.«
71 »Mitteilungsblatt« (Katz), Nr. 33 vom 16. November 1926 – »Vorwärts« vom 13. Januar 1926.
72 »Mitteilungsblatt«, a. a. O.
73 RF vom 12. Januar 1926 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 12. Januar 1926 – »Hamburger Volkszeitung« vom 12. Januar 1926.
74 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 13. Januar 1926.
75 RF vom 14. Januar 1926 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 16. und 17. Januar 1926.
76 »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 26. und 29. Januar 1926.

des ZK gegenüber der Opposition. Da die Parteiführung befürchtete, das Hannoversche Beispiel könnte Schule machen, wurde die Opposition überall gezwungen, sich von Katz zu distanzieren. Es kam zum ersten Riß innerhalb der ultralinken Opposition. Die Kötter-Gruppe in Niedersachsen verurteilte das Vorgehen von Katz. Die ultralinken Reichstagsabgeordneten Neubauer, Rosenberg, Scholem, Korsch, Schwarz, Bohla und Neddermeyer mißbilligten Katz's Haltung, sie gaben allerdings dem ZK die Hauptschuld an den Vorgängen in Hannover (vgl. Dok. 7).

Da Katz sich bald von der KPD-Linie entfernte, kam es zum Bruch zwischen den Ultralinken und Katz. Im April 1926 führte die Katz-Gruppe ihre 3. Konferenz durch, auf der sie die letzte Verbindung mit Korsch löste.[77]

In seinem »Mitteilungsblatt« bekämpfte Katz nicht nur die Taktik der KPD, sondern griff schonungslos deren Abhängigkeit von Moskau an. Auch in Versammlungen erklärte er, daß die KPD »ohne die russischen Geldunterstützungen keinen einzigen Tag bestehen könne«. Es sei zwar keine Schande, wenn eine proletarische Partei Unterstützung von der anderen nehme, um die Revolution zu fördern, aber diese Unterstützung diene nur den »kleinbürgerlichen Interessen Moskaus«.[78] Sehr bald nahm die Katz-Gruppe auch eine antiparlamentarische Haltung ein, sie glitt rasch weiter nach ultralinks und schloß sich im Juni 1926 mit der »Allgemeinen Arbeiter-Union/Einheitsorganisation« Franz Pfemferts zum »Spartakusbund der linkskommunistischen Organisationen« zusammen.[79]

Als sich im Juni 1926 die Thüringer KPD-Landtagsabgeordneten Otto Geithner, Agnes Schmidt und Hans Schreyer der Katz-Gruppe anschlossen, schien es, als könne diese auf die KPD-Entwicklung nochmals Einfluß nehmen. Doch hatte sich Katz von den KPD-Vorstellungen schon zu weit entfernt.

Am 20./21. November 1926 tagte der »Spartakusbund« in Göttingen und gab sich ein Programm, das bewies wie wenig er noch mit der KPD gemein hatte. Der »Spartakusbund« stand bereits links von der KAP.[80] Die Gruppe berief sich auf

---

77 Nähere Angaben über die Gruppe sind zu finden bei Siegfried Bahne, Zwischen Luxemburgismus und Stalinismus. »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«, 9. Jg. 1961, Heft 4, S. 366 ff. Da Katz für »rote Kampfverbände« eintrat, trennten sich auch Korsch und Schwarz von ihm. (»Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 42, Mai 1926.)

78 StA Bremen, IV 13 h, Bd. 3.

79 BuA Koblenz, 135, 8472 – StA Koblenz, 13 374. In den »Richtlinien« des Spartakusbundes Nr. 2 hieß es: »Der ›Spartakusbund (politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation)‹ hat die Aufgabe, das Proletariat zu organisieren für den Sturz des kapitalistischen Systems und die Errichtung der proletarischen Diktatur, als Etappe zur Verwirklichung der klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.« (»Spartakus«. Organ des Spartakusbundes. 1. Jg. Nr. 1, November 1926.)

80 Die grundsätzliche Haltung der neuen Organisation (die sich nicht als Partei, sondern als »Kartell« verstand) lautete: »Für das Arbeiterrußland von 1917 war Existenzbedingung die Weltrevolution, für das Bauernrußland von 1926 ist Existenzbedingung ›Völkerfriede‹ und ›Völkerbund‹.
Das Bollwerk der Weltrevolution ist Bollwerk des Weltkapitalismus geworden. Gegen den russischen Kapitalismus muß das Proletariat die kommende Weltrevolution so gut schlagen wie gegen den englischen und deutschen ...
Wer am dreistesten heuchelt, wird Führer. Verächtliche Burschen raufen um Futterkrippen. Gesinnung gilt nichts, Gesinnungslosigkeit alles. Ehe der Hahn dreimal kräht, hat jeder jeden anderen

den Spartakusbund Luxemburgs und Liebknechts, sie sprach sich gegen jede »Parteidiktatur« aus und bekämpfte die Kommunistische Internationale, die eine »bürgerlich-kapitalistische Politik« betreibe.[81]
Der Katz-Pfemfertsche Spartakusbund, der nach einem Jahr dreiviertel seiner ursprünglichen Mitgliedschaft verloren hatte,[82] und von inneren Streitigkeiten zerrissen wurde,[83] blieb auch auf dem äußersten linken Flügel ohne Einfluß und löste sich 1927 wieder auf. Für die KPD und ihre inneren Auseinandersetzungen war die Katz-Gruppe nur noch indirekt interessant: Katz wurde vom ZK als Beispiel dafür angeführt, wie weit sich die Ultralinken von allgemein anerkannten kommunistischen Grundsätzen entfernt hatten.

Die deutsche Frage auf der 6. Tagung des erweiterten EKKI

Nach dem Oktober 1925 spitzten sich die Gegensätze zwischen Sinowjew und Stalin in der sowjetischen KP rasch zu. Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU (18.–31. 12. 1925) kam es zu scharfen offenen Auseinandersetzungen zwischen der die Leningrader Parteiorganisation beherrschenden »Neuen Opposition« unter Führung Sinowjews und der Mehrheit des ZK unter Führung Stalins, die den gesamten übrigen Parteiapparat in der Hand hatte. Stalins Rechenschaftsbericht wurde mit 559 gegen 65 Stimmen angenommen; damit war Sinowjews Untergang besiegelt. Im Januar 1926 konnte Stalin die Leningrader Opposition zerschlagen und Sinowjew mit seinen Anhängern aus den wichtigsten Positionen verdrängen.[84]
Formal behielt Sinowjew zunächst noch den Vorsitz im EKKI-Präsidium der Komintern, deren Politik jedoch Bucharin sowie Stalin und seine Anhänger bestimmten. Im Frühjahr 1926 bahnte sich eine Annäherung zwischen der trotzkistischen und der Sinowjew-Opposition an. Der Bruch zwischen der führenden Stalin-Gruppe und der Sinowjew-Opposition war nicht mehr zu überbrücken. In dieser Situation tagte in Moskau das erweiterte Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale. Auf der Sitzung spielten auch die Probleme der deutschen KP eine wichtige Rolle. Manuilski, der sich zu Stalins führendem Mann in der Komintern entwickelte, schrieb in einem grundsätzlichen Artikel zu dieser Tagung, die wichtigste Aufgabe der KPD sei es, »heran an die Massen« zu kommen, so daß die KPD auch in einer teilweise stabilen Periode »zur Massenpartei der Arbeiterklasse werden« könne.

---

dreimal verraten. Wo Liebknecht und Luxemburg einst standen, stehen jetzt Arthur Ewert und Heinz Neumann ...« (»Mitteilungsblatt« [Katz], Nr. 33, vom 16. November 1926.)
81 »Spartakus«, Nr. 1, November 1926.
82 StA Bremen, IV 13 h, Bd. 4.
83 Theodor Gohr, Berthold Karwahne und August Langrebe legten im Januar 1927 ihr Mandat als Hannoversche Stadtverordnete nieder und traten (da Katz seine Mandate beibehielt) aus dem Spartakusbund aus. (»Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 1, Januar 1927.) Karwahne ging kurze Zeit später zur NSDAP über, für die er 1930 in den Reichstag einzog (vgl. den Hinweis in der Biographie von Iwan Katz, Bd. 2).
84 Robert Daniels: Das Gewissen der Revolution. Köln-Berlin 1962, S. 314 ff. – Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Frankfurt/M. 1961, S. 312 ff. Die Parteipresse veröffentlichte auch Sinowjews Rede (»Westf. Kämpfer« vom 2. Januar 1926).

Vor allem forderte er einen anderen Ton gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern.[85]

Das erweiterte EKKI trat am 27. Februar 1926 im Andrejew-Saal des Moskauer Kreml zusammen. Von seinen 43 Mitgliedern waren nur 23 anwesend, von den 27 Kandidaten fehlten 14; die einzelnen Mitgliedparteien hatten weitere 92 Delegierte entsandt.[86] Ins Präsidium der Tagung wählten die Delegierten Sinowjew, Bucharin, Thälmann, Semard, Stalin, Geschke (dies die offizielle Reihenfolge), Clara Zetkin und andere.[87] Der Komintern-Vorsitzende Sinowjew eröffnete die Sitzung. Er betonte, die Bolschewisierung der einzelnen Sektionen müsse weitergeführt werden und erklärte, es sei eine Lüge, wenn behauptet würde, die Komintern mache eine Rechtsschwenkung. Er trat dafür ein, die einzelnen Sektionen mehr an der Arbeit der Komintern-Führung zu beteiligen, allerdings müßten die Zentralisation »wie auch der historisch gegebene Einfluß der KP der Sowjetunion« gewahrt bleiben, »bis die Revolution in den anderen Ländern gesiegt« habe.[88]

Die Tagung faßte den Beschluß, die »russische Frage« nicht zu behandeln und auch in den einzelnen Sektionen keine Diskussion über den XIV. Parteitag der KPdSU zuzulassen. Der auch für die Komintern bedeutungsvolle Kampf Stalin-Bucharin gegen Sinowjew sollte also einfach ausgeklammert werden.[89]

Die wirklichen Machtverhältnisse in der Komintern wurden verschleiert. Sinowjew hielt auf der EKKI-Tagung noch das Hauptreferat. Bei den Ausführungen Sinowjews war jedoch ersichtlich, daß eine Reihe der vorgebrachten Thesen nicht seiner eigenen Auffassung entsprach, sondern bereits die Ansicht der neuen Führung der KPdSU darstellte. Sinowjew nannte den »Offenen Brief« an die KPD »eines der glücklichsten Dokumente der Komintern«[90] und stellte zur deutschen Lage fest, daß »keine unmittelbare revolutionäre Situation« bestehe; eben deshalb dürften den Ultralinken nicht die geringsten Zugeständnisse gemacht werden. Die Einheitsfront-Taktik müsse wieder in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt werden. Sinowjew konstatierte den Zerfall der Ultralinken in Deutschland und sagte jedem Rückfall in ultralinke Abweichungen den Kampf an. Er führte aus, in der KPD seien 85 % linke Arbeiter, 10 % ultralinke Arbeiter und 3–5 % rechte Arbeiter, doch gebe es in den oberen Parteischichten (Parlamentarier, Stadtverordnete usw.) viel mehr Rechte.[91] Auch wenn man die rechten Gefahren nicht übersehen dürfe, »war und ist die ultralinke Gefahr die Hauptgefahr« in Deutschland. Es habe Situationen gegeben, in denen eine Parteispaltung zu befürchten gewesen sei, doch hätten Scholem und Rosenberg inzwischen Erklärungen abgegeben, die darauf deuteten, daß sie ihre Fehler einzusehen begännen.[92]

---

85 »Westf. Kämpfer« vom 22. Februar 1926.

86 Protokoll, a. a. O. (Anm. 27), S. 11. Von den deutschen Mitgliedern des EKKI (Geschke, Schlecht, Rosenberg) war Schlecht nicht anwesend. Von den deutschen Kandidaten (Maslow, Ruth Fischer, Thälmann) fehlte Maslow.

87 Protokoll, a. a. O., S. 11 – »Westf. Kämpfer« vom 23. Februar 1926.

88 Protokoll, a. a. O., S. 10 – »Westf. Kämpfer« vom 23. Februar 1926.

89 Vgl. dazu Thälmann im »Westf. Kämpfer« vom 8. April 1926.

90 Protokoll, a. a. O., S. 59.

91 Protokoll, a. a. O., S. 508 f.

92 Protokoll, a. a. O., S. 58 – »Westf. Kämpfer« vom 26. Februar 1926.

In seinem Schlußwort ging Sinowjew etwas mehr aus sich heraus (er wurde mit langanhaltendem Beifall empfangen!). Er forderte eine stärkere innerparteiliche Demokratie in allen kommunistischen Parteien. Für die KPD prophezeite er einen »vierten Waffengang« (nach 1919, 1921 und 1923). Den deutschen Linken warf er vor, der Kominternlinie »eine ganz andere Gesamtlinie entgegenzustellen«. Wieder behauptete er, die deutschen Linken hätten 1924 die Parteiführung gegen den Willen der Komintern erobert.[93] Die Lehre der deutschen Parteigeschichte bestehe darin, daß der Versuch, »der leninistischen Kominternlinie« eine eigene Linie gegenüberzustellen, Bankrott erlitt, weil es sowohl links wie rechts vom Leninismus »nur noch Antikommunismus gibt«.[94]
Das für die KPD wichtigste Ereignis auf der EKKI-Tagung war die Bildung einer »deutschen Kommission«. Ihr Vorsitzender war Stalin, ihr Sekretär Kuusinen. Der deutschen Kommission gehörten je zwei Vertreter der größeren und je ein Vertreter der kleineren Parteien an.[95] Auch die deutsche Delegation kam in dieser Kommission ausführlich zu Wort. Ihr gehörten hauptsächlich Anhänger der neuen Führung Thälmann-Dengel an. Die Ruth Fischer-Maslow-Gruppe war durch Ruth Fischer, Paul Maslowski und Gramkow (KJV Hamburg) vertreten, Hugo Urbahns schloß sich auf dieser Tagung endgültig dieser Gruppe an. Die Ultralinken, deren Verfall inzwischen begonnen hatte, waren durch Fritz Engel, der die Weddinger Opposition repräsentierte, sowie Scholem, Rosenberg und Konrad vertreten. Letztere Gruppe spaltete sich auf dem Kongreß, Rosenberg und Konrad trennten sich von der Opposition. Für seine Gruppe war auch Ernst Meyer anwesend.[96]
Die beiden wichtigsten Reden in der deutschen Kommission wurden seitens der Komintern-Führung von Bucharin und Stalin gehalten. Bucharin wandte sich vor allem gegen die These der Ultralinken, die Komintern betreibe immer deutlicher eine Politik im Interesse der »russischen Staatsnotwendigkeit«. Solche Ansichten hatten laut Bucharin »mit dem Kommunismus nichts gemein«. Die These von Karl Korsch, die russische Außenpolitik müsse aus Staatsnotwendigkeit mit kapitalistischen Ländern einen Block bilden, und die Komintern werde gezwungen, diesen Block zu unterstützen, nannte Bucharin »Hirngespinste«. Die Möglichkeit eines Bankrotts der Komintern, die Korsch aus seiner Theorie entwickelte, wies Bucharin weit von der Hand. Er erklärte, alle Befürchtungen über eine angebliche Rechtsschwenkung der russischen Partei, über die »russischen Staatsnotwendigkeiten«, die Liquidierung der Komintern und die Auslieferung der Komintern an die Rechten seien »absolut unwahr und tendenziös«; sie würden aber von allen Ultralinken »von Fischer bis Katz gemeinsam« erhoben und müßten »mit Stumpf und Stiel ausgerottet« werden.[97] Bucharin verurteilte die enge Verbindung zwischen Korsch

---

93 Vgl. dazu S. 63 f.
94 Protokoll, a. a. O., S. 507 – »Westf. Kämpfer« vom 25. März 1926 – »Inprekorr«, Nr. 63, vom 27. April 1926, S. 907 ff.
95 »Westf. Kämpfer« vom 25. Februar 1926.
96 Ernst Meyer kam verspätet nach Moskau, man wartete mit der deutschen Kommission auf seine Ankunft. (Vgl. dazu seine Briefe vom 27. Februar und 15. März 1926 an Rosa Meyer, Dok. 25.)
97 RF vom 11. April 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 15. April 1926.

und dem ausgeschlossenen Katz. Ebenso scharf sprach er sich gegen Ruth Fischer aus, die völlig pessimistisch sei.[98] Bucharin rief die ultralinken Arbeiter auf, sich von einer Konzeption zu trennen, die unter linker Maske »in der Wirklichkeit eine halbsozialdemokratische, eine halbbürgerliche Ideologie ist«.

In der Kommissionssitzung trat auch Stalin erstmals in der Komintern und in der deutschen Frage in den Vordergrund. Er erklärte sich mit den »ausgezeichneten Reden«, besonders der Rede Bucharins »vollkommen solidarisch«. Eine Rechtswendung, einen »Verrat« an den Bruderparteien im Interesse der Sowjetunion hielt er für völlig ausgeschlossen und wies diese »widersinnige und gänzlich unannehmbare Annahme« entschieden zurück.[99]

Stalin wandte sich gegen die Kritik, die Führung des ZK der KPD sei schwach.[100] Dabei gab er die später oft zitierte Erklärung ab: »Das gegenwärtige ZK der KPD ist ... weder ein rechtes, noch ein ultralinkes, sondern ein leninistisches ZK«. Daß dieses ZK arm an Theoretikern sei, nannte Stalin »kein großes Unglück«, sofern nur die richtige Politik verfolgt werde. Die theoretischen Kenntnisse würden sich schon einstellen. Stalin wandte sich gegen die Intellektuellen und riet Thälmann: »Wenn Intellektuelle wirklich der Arbeitersache dienen wollen, so stellt sie in den Dienst der Partei. Wollen sie dagegen, koste es was es wolle, herrschen und befehlen, so jagen Sie sie zum Teufel! Die Tatsache, daß im heutigen ZK Proletarier überwiegen, gereicht der KPD nur zur Ehre.« Stalin kritisierte, daß die KPD am ultralinken Übel kranke; das müsse beseitigt werden. Er beschäftigte sich besonders mit Ernst Meyer, mit Scholem, mit der Gruppe Ruth Fischer und Urbahns. Er sagte, er habe »die klugen Ausführungen des Genossen Meyer aufmerksam verfolgt«. In einem Punkte könne er ihm nicht beipflichten; Meyers Rede erwecke den Anschein, als ob nicht er sich dem ZK der KPD, sondern umgekehrt das ZK sich ihm genähert habe. Das stimme nicht. Das heutige ZK sei im Kampf gegen die Rechten entstanden, in deren Reihen Ernst Meyer »noch vor kurzem mitgestanden« habe; Ernst Meyer müsse noch einige Schritte machen, ehe die Annäherung an das gegenwärtige ZK vollzogen sei.

Gegen Scholem äußerte Stalin, dieser sei früher gegen die Demokratie in der Partei gewesen und jetzt falle er ins andere Extrem, indem er eine unbeschränkte Demokratie verlange. Auf eine solche Demokratie könne die Partei verzichten; »was wir brauchen, ist nicht eine Diskussion, Demokratie um jeden Preis, sondern eine solche Diskussion und eine solche Demokratie, die die kommunistische Bewegung in Deutschland fördert.« Stalin nannte die Ruth Fischer-Gruppe von allen »uner-

98 Bucharin zitierte aus Briefen Ruth Fischers an Schlecht und Maslow, die offenbar von der Komintern zensiert worden waren. Danach hatte Ruth Fischer am 9. Januar 1926 an Paul Schlecht geschrieben: »Was mit der Kommunistischen Internationale wird, ist vollkommen unbekannt. Wir hören hier Stimmen, daß die russische Partei für Amsterdam, für die Liga der Nationen ist.« Aus einem Brief Ruth Fischers an Maslow zitierte Bucharin folgende Stelle: »Der V. Kongreß liegt in Scherben. Der Traum der Bolschewisierung ist ausgeträumt. Im Jahre 1926 werden Dinge welthistorischer Bedeutung passieren.« (»Westf. Kämpfer« vom 15. April 1926.)

99 Der Text der Stalin-Rede wird hier nach dem im Nachlaß von Ernst Meyer (Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné) befindlichen vervielfältigten Exemplar des Protokolls wiedergegeben. In Stalins Werken (Bd. 8, S. 97 ff.) ist die Rede gekürzt und stilistisch verändert.

100 Ruth Fischer hatte auf der Tagung erklärt, die Position des ZK der KPD sei »nicht allzu stark«, vgl. oben, Anm. 64.

wünschten und negativen Gruppen der KPD« die »am wenigsten erwünschte, die negativste« Gruppe. Bordiga und selbst Scholem könne er Glauben schenken, Ruth Fischer aber nicht für eine Sekunde, »da sie niemals das ausspricht, was sie denkt.«
Größte Hochachtung bezeugte Stalin Urbahns als einem Revolutionär, der für seine Haltung vor Gericht das höchste Lob verdiene. Er leide aber an politischer Kurzsichtigkeit. Gegenwärtig tobe zwischen dem ZK und »der Katz-Bande« ein unerbittlicher Kampf. Urbahns müsse klar zu erkennen geben, ob er auf »der Seite von Katz und seiner Bande oder auf der Seite des ZK stehe«, auf »der Seite des spießbürgerlichen Philosophen Korsch oder auf der Seite des ZK.«[101]
Stalins Rede führte zu neuen lebhaften Diskussionen in der deutschen Kommission. Vor allem Bordiga, der Vertreter der KP Italiens, verteidigte die linke Opposition in der KPD.
In einer längeren Rede hatte Ernst Meyer am 4. März 1926 den Standpunkt seiner Gruppe erläutert.[102] Er sagte, ein großer Teil der kommunistischen Arbeiter einschließlich der bisher ultralinken Arbeiterschaft habe eingesehen, daß sich Deutschland im Stadium der relativen Stabilisierung befinde, und daß man in einer solchen Periode keine Methoden anwenden könne, die in akut revolutionären Situationen angebracht seien. Es sei »ein Verdienst der Gruppe Thälmann und des Genossen Thälmann selbst«, daß er den sogenannten neuen Kurs in der KPD ohne die bei Ruth Fischer übliche doppelte Buchführung praktiziere. »Und wir, die wir früher eine andere Auffassung hatten, mehr oder weniger erhebliche Differenzen, wären politische Toren und Narren, wenn wir das heutige Zentralkomitee nicht mit voller Kraft unterstützen würden, um möglichst schmerzlos die Partei aus dieser Krise gesundet herauszuführen.«[103] Ein besonderes Verhältnis müsse unbedingt zu den sozialdemokratischen Arbeitern gefunden werden; die Gleichstellung von Sozialdemokraten und Faschisten, oder gar die Prügeleien zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten müßten endgültig aufhören. Meyer verwies auf den Einfluß der Ultralinken, die z. B. in der von diesen beherrschten Ortsgruppe Zeitz den ausgeschlossenen Katz als Korreferenten zulassen wollten, oder die in Chemnitz »infolge des Kurses der alten Parteileitung, infolge der Heinrich- und Schwanleute« nur mit knapper Mehrheit (29 zu 26 Stimmen) Katz als Korreferenten abgelehnt hätten. Das seien die Früchte der Ruth-Fischer-Politik. Auf einen Zwischenruf Ruth Fischers: »Und der Oktober 1923? Sprechen Sie doch dazu«, erwiderte Meyer: »Genossin Ruth, das könnte Ihnen so passen. Sie möchten anfangs März 1926 eine Debatte über 1923 hervorrufen.« Jetzt stünden aber ganz andere Probleme im Vordergrund. Ruth Fischer und Scholem wüßten nichts Besseres, um ihre falsche Politik zu verdecken, als zu sagen, »paßt auf Ernst Meyer auf, das ist eine ernste Gefahr«.[104]

---

101 Nachlaß Ernst Meyer, a. a. O. – Stalin, Werke, Band 8. S. 102. Außerdem: »Die Kommunistische Internationale«, Heft 3, 1926.
102 Auch Ernst Meyers Rede befindet sich (in einem hektographierten Exemplar) im Nachlaß Ernst Meyer, a. a. O.
103 In der Plenum-Sitzung vom 13. März 1926 machte Meyer ähnliche Ausführungen, vgl. Protokoll, a. a. O (Anm. 27), S. 589 ff.
104 Zu den »Warnungen« vor Meyer sagte Clara Zetkin: »Nachdem die Gruppe Maslow-Fischer

Auf einen Einwand Ewerts, die Meyer-Gruppe könne mit ihrer Zustimmung zum ZK »noch andere Hintergedanken« haben, meinte Meyer, er wisse nicht, »warum wir die Politik der Zentrale nicht unterstützen sollen. Das ist doch die Politik, die wir schon lange vorgeschlagen haben und die durch das Zentralkomitee durchgeführt wird.«[105] Gegen Scholem gewandt, sagte Meyer, man dürfe nicht zulassen, daß dieser eine neue linke Fraktion aufbaue, um eines Tages wieder gegen die Einheitsfront-Taktik zu kämpfen. »Wir sind nicht so dumm, daß wir Dir, Genosse Scholem, die Gelegenheit geben, so etwas wiederherzustellen.«[106]

Thälmann betonte nochmals, »der innerparteiliche Hauptfeind steht ultralinks«. Die Basis jeder Verständigung in der Partei sei der »Offene Brief«. Scholem und die ultralinken Abgeordneten hätten sich mit Katz solidarisiert, obwohl dieser »ein Agent der Bourgeoisie« sei. Auch Ruth Fischer habe früher hinter Katz gestanden, sie habe diesen ins EKKI entsandt; die Kennzeichen des Ruth Fischer-Regimes seien: »doppelte Buchführung gegenüber dem EKKI, persönliche Diktatur, Verkennung der Rolle der Partei, antidemokratischer innerparteilicher Kurs.« Dieses Regime habe man radikal geändert. Die Versuche der Ultralinken, die Differenzen auf dem XIV. Parteitag der KPdSU auszunutzen, müßten scharf zurückgewiesen werden. »Die deutsche Delegation ist davon überzeugt, daß die russische Partei die Führerin der Komintern bleibt, da sie bisher die einzige Partei ist, die die Macht erobert hat.« Die leninistische Einheit der Komintern dürfe nicht erschüttert werden.[107]

Die verschiedenen Oppositionellen der KPD gaben Erklärungen ab. Ruth Fischer sagte, das deutsche ZK habe den »Offenen Brief« nicht im Sinne der Komintern durchgeführt, sondern ihn zu einem Fraktionsinstrument der Rechten gemacht.[108]

---

durch eine schamlose Hetze die Genossen Thalheimer und Brandler, diese hervorragenden, tüchtigen Kräfte der Partei, verfemt und in die Isolierung getrieben hat, ... hat sie einen neuen Popanz erfunden. Der schwarze Mann ist Ernst Meyer geworden. ›Ernst Meyer kommt!‹ – das ist der neue Schreckensruf.

Genossen, ich kenne die Geschichte der Partei. Ernst Meyer ist ein zehnmal so guter Revolutionär, wie es Maslow ist und Genossin Fischer selbst. Die Genossen in der Zentrale sind keine kleinen Kinder, sie lassen sich nicht durch das Geschrei schrecken: ›Ernst Meyer vor den Toren!‹ ... Nein, Genossen, man weiß in Deutschland ganz gut, daß man den ›Feind‹ Ernst Meyer nicht zu fürchten hat ...« (Protokoll, a. a. O., [Anm. 27], S. 252).

105 Dagegen wandte sich Sinowjew: »In der deutschen Kommission meinte Genosse Ernst Meyer: ›Warum sollten wir denn gegen das heutige ZK sein, wo es doch unsere Politik befolgt?‹ Mit anderen Worten: Geht Muhammed nicht zum Berge, so kommt der Berg zu Muhammed. So stellt sich die Sache Genosse Meyer vor. Diese Worte allein genügen bereits, um die KPD zu veranlassen, auf der Hut zu sein.« (Protokoll, a. a. O. [Anm. 27], S. 507.) Vgl. auch ähnliche Äußerungen Stalins, oben S. 145.

106 Nachlaß Ernst Meyer, a. a. O.

107 Thälmann sagte auch: »Genosse Urbahns besaß sogar die Kühnheit, einen Vorstoß gegen den Genossen Stalin zu unternehmen. Wir wissen nicht, in wessen Namen Genosse Urbahns hier sprach, wir wissen nicht, ob die Genossin Ruth Fischer und andere Genossen mit ihm einverstanden sind. Aber im Namen der deutschen Delegation und der gesamten deutschen Mitgliedschaft muß ich hier erklären, daß wir uns mit der Stellungnahme des Generalsekretärs der russischen Partei, des Genossen Stalin, vollständig solidarisieren. (Beifall.)« (Protokoll, a. a. O. [Anm. 27], S. 633). – »Westf. Kämpfer« vom 2. März 1926.

108 Ruth Fischer führte aus: »Das deutsche Zentralkomitee hat diesen Offenen Brief nicht in der Linie der KI durchgeführt, es hat ihn durchgeführt als ein Instrument oder als ein halbes Instrument der Rechten in der Partei, die sich sofort des Offenen Briefes bemächtigt haben. Ich bin ganz

Sie erklärte sich mit dem Referat Sinowjews »vollständig einverstanden«, anerkannte, daß es eine »relative Stabilisierung« in Deutschland gebe und forderte Kampf »gegen die rechten und linken Abweichungen«. Den »Offenen Brief« nannte sie »notwendig und richtig«, da die Partei »zwischen ultralinken und rechten Fieberzuständen« schwanke. Sie habe den »Offenen Brief« unterschrieben, »weil ich wußte, daß dieser Brief ... ausspricht, was wir seit 2 Jahren im ZK durchgekämpft haben«. Über die Aufgaben der Partei gibt es, sagte Ruth Fischer, »keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten«, die ultralinke Abweichung ist die gefährlichste.[109]

Scholem wies auf die Gefahr einer Parteispaltung hin, die am Jahresanfang 1926 bestanden habe, und die im ZK unterschätzt worden sei. »Man verkennt solche Dinge sehr leicht, wenn man mit einem willigen, nur allzu willigen Parteiapparat in der Führung sitzt, einem Parteiapparat, der geeignet ist, den Buckel zu beugen vor denjenigen, die die Führung haben, und die Stimme der unteren Mitgliedschaft dringt nicht an die Ohren der Führer.«[110] Nach wie vor lehnte Scholem den »Offenen Brief« ab.[111]

Das erweiterte EKKI beschloß eine Resolution zur deutschen Frage, in der die ultralinke Ideologie als »große Störung auf dem Wege der Partei zur Eroberung der Massen« abgelehnt wurde. Die Selbstliquidierung dieser Gruppe habe begonnen. Die Ruth Fischer-Gruppe wurde als das »schwankendste, haltloseste Element« in der KPD verurteilt. Als die Ultralinken im April 1925 zum offenen Kampf gegen die Komintern übergegangen seien, habe diese Gruppe nur formell mit ihnen gebrochen, um nicht die Parteiführung zu verlieren. Der X. Parteitag sei »ein einziges Schwanken zwischen der Komintern und der Ultralinken« gewesen. Von der Berliner Leitung, die völlig unter dem Einfluß Ruth Fischers gestanden habe, sei der »Offene Brief« abgelehnt worden. Durch dieses Doppelspiel habe die Fraktion Ruth Fischer »politisch, organisatorisch und moralisch Bankrott« erlitten.

In der Resolution wurde auch auf die Gefahren von rechts verwiesen und gesagt, Ernst Meyers Behauptung, »daß er sich nicht dem ZK der Partei genähert habe, sondern das ZK sich ihm politisch genähert habe, d. h. nach rechts gerückt sei«, sei falsch. Das neue ZK unter Thälmann wurde als »wirklich leninistische Parteiführung« bezeichnet, die eine richtige Anwendung der Parteidemokratie und »die Her-

---

ruhig in dieser Frage, die Zukunft wird zeigen, wer ein treuer Soldat der KI ist und wer nicht.« (Protokoll, a. a. O. [Anm. 27], S. 597.)

109 Protokoll, a. a. O. (Anm. 27), S. 163 ff.

110 Protokoll, a. a. O., S. 81.

111 Auf der Tagung sagte Scholem: »Und ich stehe nicht an, hier offen zu erklären, daß ich diese meine Haltung keinen Augenblick bedaure und nicht hierhergekommen bin, um einen Canossa-Gang zu machen, nicht um einen Kniefall zu tun, sondern daß ich nach wie vor erkläre: Ich unterschreibe keinen Brief, in dem ich als antikommunistisches, antibolschewistisches, ja als korruptes, von der Bourgeoisie gekauftes Element bezeichnet werde. Wir sind keine korrupten, von der Bourgeoisie gekauften Elemente, sondern die Vertreter linker Arbeiter und lassen uns auch von der Exekutive der Komintern nicht gefallen, daß man uns als antikommunistische, antibolschewistische Elemente bezeichnet. Wir überlassen es anderen, sich zu kompromittieren, wir überlassen es dem Geschmack der Genossin Ruth Fischer, diesen Brief zu unterschreiben. Wir tun das nicht und bekämpfen diese Stellen in dem Brief nach wie vor ...« (Protokoll, a. a. O., S. 78.)

ausbildung neuer aktiver Kaders aus den breiten Schichten der Mitgliedschaft erleichtern und fördern« müsse.[112]
Die Resolution wurde von Scholem abgelehnt, ebenso von Engel, der im Namen der Weddinger Opposition erklärte, am Fall Katz trüge das ZK die Hauptschuld. Urbahns lehnte im Namen Ruth Fischers und Maslowskis nur die in der deutschen Kommission erarbeitete Fassung der Resolution ab, wobei er nochmals betonte: »Der ›Offene Brief‹ war richtig.« Die Aufgabe der Partei sei es, die »ultralinken Arbeiter von den ultralinken Führern zu trennen«. Urbahns forderte »die Verschmelzung des Zentrums mit den Linken (d. h. der Ruth Fischer-Gruppe, H. W.) zu einem bolschewistischen Kern«.[113]
Ernst Meyer stimmte der Resolution zu, obwohl er »mit einzelnen Formulierungen über unsere Gruppe« nicht einverstanden war. Rosenberg stimmte ebenfalls (auch im Namen von Konrad) der Resolution zu, denn die linke Fraktion sei 1925 »elend zugrunde gegangen«, hauptsächlich durch die Volksblock-Theorie Ruth Fischers und Maslows.[114]
Außer der deutschen Frage behandelte die 6. EKKI-Tagung auch andere wichtige Probleme der Komintern. So wurde auch zu den Gewerkschaften ausführlich Stellung genommen.[115]
Im Anschluß an die EKKI-Tagung fand die zweite Organisations-Konferenz des EKKI statt, die der KPD drei Aufgaben stellte: Verbesserung der Betriebszellenarbeit, Verstärkung des Parteiapparates und Ausbau der Fraktionen (in den Gewerkschaften usw.). Während 1925 noch Widerstand gegen den Umbau auf Zellen herrschte, wurde jetzt anerkannt, daß die »Zellenorganisation keine ›russische Spezialität‹, sondern eine typische Organisationsform einer kommunistischen Partei ist und sein muß«. Der Zentralismus, der den Leitungen »große Machtbefugnis« gibt, wurde bestätigt.[116]
Die 6. EKKI-Tagung hatte der neuen KPD-Führung eine noch stärkere Unterstützung der Komintern gebracht, während die Opposition eindeutig zurückgewiesen worden war. Der Abfall Rosenbergs und Konrads von den Ultralinken war ein Beweis für deren weiteren Zerfall. Die Thälmann-Führung ihrerseits hatte sich auf der Tagung völlig auf den Boden der Stalin-Bucharin-Gruppe gestellt.

Die Ausschaltung der »Entschiedenen Linken«

1925 bildeten die Ultralinken die stärkste und geschlossenste Opposition in der KPD. Anfang 1926 brach diese Gruppe in verschiedene Richtungen auseinander,

112 »Westf. Kämpfer« vom 8. April 1926.
113 RF vom 17. März 1926 – »Kommunistische Politik«, Nr. 1, Ende März 1926.
114 Protokoll, a. a. O (Anm. 27), S. 591 und 594 – »Westf. Kämpfer« vom 26. März 1926.
115 Geschke sagte dazu: »Wir dürfen auf keinen Fall wieder in den Fehler von 1924 verfallen und diese Ausgeschlossenen in Parallelorganisationen, in besonderen Organisationen zusammenfassen. Unsere Grund- und Hauptlinie muß sein: Kampf um die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen in die freien Verbände. Keineswegs Neugründung von Sonderorganisationen der Ausgeschlossenen . . .« (Protokoll, a. a. O., S. 440.)
116 »Westf. Kämpfer« vom 26. März 1926.

so daß sie vom ZK bald aufgerieben werden konnte. Nach dem Ausschluß von Iwan Katz und seiner Anhänger in Hannover traten die Ultralinken noch im Januar 1926 zu einer Reichskonferenz zusammen. Auf dieser Konferenz gab es erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Scholem, Rosenberg und ihre Anhänger (Mahlow, Konrad und andere) wandten sich gegen die scharfen Forderungen, die vor allem von Korsch und Schwarz erhoben wurden. Korsch und Schwarz richteten nicht nur heftige Angriffe gegen die Sowjetunion und die Komintern, sie traten auch für eine unbedingte Zusammenarbeit mit Katz ein, um die Einheit der Ultralinken aufrechtzuerhalten. Scholem und Rosenberg meinten, eine solche Haltung würde zur Spaltung der KPD führen, und waren deshalb dagegen.[117] Nach heftigem Wortwechsel verließen Scholem, Rosenberg und deren Anhänger die Konferenz.[118] Doch auch in der restlichen Gruppe der Ultralinken gab es bedeutsame Differenzen. Auf einer neuen Reichskonferenz Anfang März 1926 brach Hans Weber als Vertreter der Weddinger Opposition ebenfalls mit der Gruppe Korsch-Schwarz; er verließ die Tagung.[119]

Die Folge dieser fortgesetzten Absplitterung war für die Ultralinken verheerend. Unter Führung von Korsch, Schwarz, Lossau, Loquingen, Rolf und anderen bildete sich eine neue Gruppe, die sich »Entschiedene Linke« nannte. Sie stand noch in lockerer Verbindung zu den Katz-Anhängern, bis auf einer Tagung am 16. April 1926 in Hannover auch die Trennung von Katz erfolgte, weil er »rote Kampfverbände« propagierte und gegen die Gewerkschaften sowie die Partei auftrat.[120]

Auf dem EKKI-Plenum im März 1926 löste sich auch die Gruppe Scholem-Rosenberg auf. Rosenberg und Konrad trennten sich von Scholem, nachdem schon vorher einige ihrer Funktionäre (z. B. Mahlow) zum ZK übergegangen waren.[121]

Die Weddinger Opposition, die von allen ultralinken Gruppierungen die meisten Arbeiter vereinte und in einigen Bezirken (Pfalz, Westsachsen, Berlin-Wedding) die Mehrheit der Partei besaß, operierte äußerst vorsichtig, um der ZK-Führung keine Handhabe für Repressalien zu bieten. Durch diese Taktik nahm der Einfluß der Ultralinken rapide ab.

Der Zerfall der Ultralinken ist nicht nur an den einander bekämpfenden Gruppen um Katz, Korsch-Schwarz, Scholem, Hans Weber abzulesen, sondern auch am Übergang führender Ultralinker auf die Position des ZK. Nachdem der ehemalige

---

117 »Kommunistische Politik«, Nr. 3, Anfang Mai 1926 – StA Koblenz, 13373 – »Hamburger Volkszeitung« vom 31. März 1926 – »Inprekorr«, Nr. 54, vom 9. April 1926, S. 771 – »Westf. Kämpfer« vom 12. Mai 1926.

118 Scholem konnte auf dem Bezirksparteitag von Niedersachsen im April 1926 noch 12 Delegierte für sich gewinnen, die Katz-Anhänger hatten nur 6 Delegierte. (»Westf. Kämpfer« vom 4. April 1926.)

119 StA Koblenz, 13373 – »Hamburger Volkszeitung« vom 31. März 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 12. Mai 1926.

120 »Inprekorr« Nr. 62, vom 23. April 1926, S. 907 ff. – Am 22. April 1926 wandte sich die Korsch-Gruppe in einem Rundschreiben scharf gegen die Vorwürfe von Katz, sie sei nach »rechts« gegangen. Die verschiedenen Richtungen der Ultralinken bekämpften sich fortan in recht grober Art. (HStA Düsseldorf, 16 926.)

121 Protokoll, a. a. O. (Anm. 27), S. 575. Urbahns prophezeite in der deutschen Kommission: »Rosenberg nähert sich dem ZK, bald wird er zur Sozialdemokratie übergehen.« (»Inprekorr«, Nr. 54, vom 9. April 1926, S. 771.)

Chefredakteur der »Roten Fahne« Schumann-Unger schon 1925 vor dem ZK kapituliert hatte, gingen 1926 auch andere Ultralinke zum ZK über; so Neubauer (der dann als Chefredakteur im Bezirk Niederrhein einer der schärfsten Gegner der linken Opposition wurde), Neddermeyer, Lohagen (und mit ihm die Bezirksleitung Hessen-Kassel), später auch Abusch und schließlich die Gruppe um Rosenberg.

Als die Führung der Ultralinken auseinandergebrochen war, konnte das ZK eine Fraktion nach der andern ausschalten. Zunächst wurde in Thüringen eine ultralinke Richtung um Geithner, Schmidt und Schreyer aus der KPD ausgeschlossen.[122] Dann wurde das Hauptfeuer auf die »Entschiedenen Linken« Korsch-Schwarz gerichtet: Die KPD »konzentrierte den Kampf gegen die Korsch-Schwarz-Gruppe«, um die Arbeiter-Anhänger von den intellektuellen Führern zu lösen.[123]

Am 16./17. April 1926 tagte in Berlin eine Konferenz aller Polleiter und Chefredakteure aus den Bezirken. Mit 65 gegen 2 Stimmen wurde den Ergebnissen des 6. erweiterten EKKI-Plenums zugestimmt und daraus ein verschärfter Kampf gegen die »Entschiedene Linke« abgeleitet. Korsch war auf der Konferenz anwesend, er verteidigte die Ansichten seiner Gruppe. Als die Parteiführung ihn ultimativ aufforderte, sein Reichstagsmandat niederzulegen, antwortete er, darüber müsse er »erst seine Freunde befragen«. Das wurde als Provokation und als offene Fraktionsbildung angesehen; Korsch wurde von der Sitzung ausgeschlossen.[124] Da die »Entschiedene Linke« zur gleichen Zeit noch eine gemeinsame Konferenz mit der Katz-Opposition durchführte, erklärte die Zusammenkunft der Polleiter und Redakteure die Ultralinken kurzerhand als »außerhalb der Reihen der Partei« stehend. Die anderen Oppositionsgruppen kamen zunächst noch gelinder davon: die Parteiführung warnte die »proletarischen Anhänger« von Urbahns-Ruth-Fischer davor, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen, da er zu Korsch und Katz führe. Der Weddinger Opposition hielt man vor, sie schwanke zwischen Korsch und Urbahns. An Ernst Meyer und seine Freunde richtete sich die Forderung, »ihre Vorbehalte zu liquidieren« und die Linie der Partei anzuerkennen. Das Verlangen der Ruth Fischer-Anhänger, eine Diskussion über die Auseinandersetzung in Rußland zuzulassen, wurde scharf zurückgewiesen.[125]

Schließlich gab die Konferenz das Signal zum Angriff auf die »Entschiedene Linke«, da diese einen »offenen Antibolschewismus« vertrete.[126] Der Versuch Korschs, mit anderen Ultralinken in der Komintern, z. B. dem norwegischen Parteiführer Arvid Hansen, zusammenzuarbeiten, wurde als besonders verderblich dargestellt; man forderte dazu auf, diese »Pestbeule auszuschneiden«.[127]

Um die Gefährlichkeit der »Entschiedenen Linken« zu demonstrieren, veröffentlichte die KPD-Presse Auszüge aus den Rundschreiben und Rededispositionen die-

---

122 »Westf. Kämpfer« vom 7. April 1926.
123 Tätigkeitsbericht des EKKI. Februar bis November 1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 57.
124 »Hamburger Volkszeitung« vom 21. April 1926 – »Neue Zeitung«, München, vom 27. April 1926.
125 RF vom 20., 22. und 23. April 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 26 April 1926.
126 RF vom 20. und 23. April 1926 – »Inprekorr«, Nr. 62, vom 23. April 1926, S. 907 f.
127 RF vom 20. und 23. April 1926 – »Inprekorr«, Nr. 54, vom 9. April 1926, S. 795.

ser Gruppe. Die KPD fand es besonders verwerflich, daß die Ultralinken gegen den Umbau auf Betriebszellen seien. In einer von Schlagewerth versandten Rededisposition hieß es, auch die »Entschiedenen Linken« seien für eine starke Verankerung der Partei in den Betrieben, aber der Umbau der Partei auf Zellen sei abzulehnen, er sei »von den Rechten Ulbricht und Pjatnizki« erfunden, um die Opposition zu schlagen.[128]

Die »Entschiedenen Linken« hatten sich inzwischen offen als Fraktion organisiert. Ende März 1926 erschien die erste Nummer ihrer Zeitschrift: »Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken«. Sie wurde mit der Bemerkung eingeleitet: »Dieses Diskussionsblatt erscheint nur so lange, bis die von der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale im März 1926 erneut proklamierte ›Freiheit der Erörterung aller Fragen innerhalb der Partei‹ für alle Fragen der proletarischen Revolution einschließlich auch der Frage Sowjetrußland, Komintern und KP der Sowjetunion vollständig hergestellt und gewährleistet ist.« Als Herausgeber der Zeitschrift zeichnete der Bauarbeiter und MdR Heinrich Schlagewerth; verantwortlich geleitet wurde sie von Karl Korsch und Ernst Schwarz, auch »Rolf« (d. i. Rolf Katz) war ein wichtiger Mitarbeiter.[129]

Trotz dieser offenen Fraktionsarbeit schloß das ZK die Führer der »Entschiedenen Linken« nicht sofort aus der Partei aus. Die Parteiführung wartete ab, bis es zum Bruch zwischen diesen und der Weddinger Opposition gekommen war. Danach hatten die »Entschiedenen Linken« nur noch im Ruhrgebiet und im Rheinland wesentlichen Einfluß. Bald gelang es, die Mehrheit der »Entschiedenen Linken« in Düsseldorf und in Hagen zu brechen.[130]

In Mönchen-Gladbach, Neuß, Cleve und Goch hatten die »Entschiedenen Linken« zunächst allerdings noch die Majorität. Verschiedentlich wurden die Meinungsverschiedenheiten auch gewaltsam ausgetragen. So wurde die ultralinke Ortsgruppe Ickern im Ruhrgebiet aufgelöst, weil es nach Schluß einer Parteiversammlung auf der Straße zu einer Schlägerei zwischen Anhängern des ZK und Oppositionellen gekommen war.[131]

---

128 BuA Koblenz, Nachlaß Rechberg 140 – RF vom 30. März 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 7. April 1926.

129 Einzelheiten bei Bahne, a. a. O. (Anm. 77), S. 370 ff.

130 Ende März 1926 verloren die Ultralinken erstmals die Mehrheit in der Stadt Hagen; mit 61 zu 20 Stimmen stellten sich die Delegierten hinter das ZK. Im April konnte der Polleiter von Niederrhein, Creutzburg, nach 4½stündiger Rede auch die Mehrheit einer UB-Delegiertenkonferenz Hagen für das ZK gewinnen. Nur noch ein Drittel stand hinter der Opposition. Einzelne ultralinke Ortsgruppen wie Altena wurden von der Bezirksleitung aufgelöst. (»Kommunistische Politik«, Nr. 3, Anfang Mai 1926, Tätigkeitsbericht . . . a. a. O. [Anm. 123], S. 58.)

131 Als die Vertreter der Bezirksleitung Ruhr eine Versammlung der Ortsgruppe besuchten, wurden sie mit Bierkrügen beworfen und als »Weißgardisten« und »Konterrevolutionäre« beschimpft. Daraufhin löste die BL die Ortsgruppe Ickern mit allen gegen eine Stimme auf.
Zu den Gemeinderatswahlen am 9. Mai 1926 hatten die Ultralinken eine eigene Liste aufgestellt. Die Bezirksleitung erklärte noch vor der Wahl, jeder könne wieder in die KPD zurückkehren, doch müßte er von der linken Liste zurücktreten. Auf diese Weise konnte die BL wieder Anhänger gewinnen und eine Liste in Ickern aufstellen. Die KPD erhielt 1687, die linke Opposition 501 Stimmen.
In der Folgezeit gab es noch öfter Schlägereien zwischen Ultralinken und ZK-Anhängern. So kam es nach einer Versammlung der »Entschiedenen Linken« in Herne am 26. Oktober 1926 zu Zu-

Durch die Diäten und Freifahrkarten ihrer Abgeordneten waren die »Entschiedenen Linken« materiall unabhängig. Deshalb setzte das ZK mit seinen Maßnahmen hier an. Am 30. April 1926 richtete das ZK an Korsch und Schwarz das Ultimatum, sofort ihre Reichstagsmandate niederzulegen, da sie sonst aus der KPD ausgeschlossen würden. In einer Erklärung anerkannte Korsch das Recht einer kommunistischen Führung, Mandatsniederlegungen zu verlangen, er lehnte jedoch das Ansinnen ab: »Nach meiner Überzeugung stellt die gegenwärtige Führung der KPD eine rechte Parteiführung dar, die immer mehr die Linie einer opportunistischen, d. h. unkommunistischen und unleninistischen Politik verfolgt. Sie unterdrückt zugleich durch ein Regime ideologischen Terrors und polizeilicher Methoden alle in der Partei bisher noch vorhanden gewesenen Reste von Parteidemokratie, so daß der Kampf für die Wiederherstellung einer kommunistischen Politik innerhalb der Partei heute fast überhaupt nicht mehr möglich ist.«[132]

Das EKKI bestätigte am 26. Juni 1926 den Ausschluß von Korsch und Schwarz. Nachdem ihre beiden wichtigsten Führer aus der KPD entfernt worden waren, festigte die »Entschiedene Linke« ihre Organisation; und sie formulierte ihre gegen die KPD-Linie gerichteten Ansichten noch deutlicher. Nunmehr wurden vor allem die Zustände in der Sowjetunion einer scharfen Kritik unterzogen.[133]

Schon in einer »Plattform« vom 2. April 1926 war die Taktik der KPD von den »Entschiedenen Linken« grundsätzlich abgelehnt worden. Korsch und Schwarz behaupteten, es gäbe keine relative Stabilisierung des Kapitalismus, vielmehr bestünden weitere Krisenerscheinungen und damit bliebe die Hauptaufgabe die »Vorbereitung und Organisierung der Revolution und Errichtung der proletarischen Diktatur.« Der »parlamentarische Kretinismus« der KPD wurde zurückgewiesen, ein Zusammenschluß aller Linken ohne die als »zentristisch« charakterisierte Ruth Fischer-Gruppe gefordert und innerparteiliche Demokratie für die linke Opposition verlangt.[134]

Später schrieben die »Entschiedenen Linken«, die KPD sei von einer »revolutionären Klassenkampfpartei der Kommunisten zu einer zweiten Sozialdemokratie« entartet.[135] Gegenüber der Sowjetunion nahmen die »Entschiedenen Linken« eine äußerst kritische Haltung ein; sie erklärten eine »zweite Revolution« sei in Rußland »noch nicht (!) auf der Tagesordnung«. Im Reichstag stimmten Korsch,

---

sammenstößen, bei denen dem Ultralinken Dietrich Rademacher die Schädeldecke eingeschlagen wurde. (HStA Düsseldorf, 16 925 – »Westf. Kämpfer« vom 12. Mai 1926 – »Entschiedene Linke«, Nr. 20, Mitte November 1926.)

132 »Kommunistische Politik«, Nr. 4, Mitte Mai 1926 – »Vorwärts« vom 5. Mai 1926.

133 Schon kurz nach der Veröffentlichung des »Offenen Briefes« 1925 hatte Korsch die Bezeichnung »roter Imperialismus« gebraucht. Nicht nur die Parteiführung, sondern auch Ernst Meyer hatten darin eine »offen antibolschewistische Einstellung des Genossen Korsch« erblickt, und sie schon damals schroff zurückgewiesen (»Klassenkampf«, Halle, vom 18. September 1925).

134 »Kommunistische Politik«, Nr. 2, April 1926 – »Kommunistische Politik«, Nr. 15/16, September 1926. (Vgl. auch Bahne, a. a. O., Anm. 77.) Über die Diskussionsfreiheit hieß es: »Es fällt uns nicht ein, die Freiheit der Diskussion und die Freiheit der Fraktionsbildung auch für die Rechten, die Vertreter der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse und in den Reihen der revolutionären Arbeiterklassenpartei der Kommunisten zu fordern.« (»Kommunistische Politik«, Nr. 11/12, August 1926.)

135 »Kommunistische Politik«, Nr. 7/8, Ende Juni 1926.

Schwarz und Schlagewerth am 10. Juni 1926 als einzige gegen den Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion.[136] Die Sowjetunion war nach der Ansicht der Korsch-Opposition »seit langem« keine proletarische Diktatur mehr, sondern »die Diktatur gegen das Proletariat, die Diktatur der Kulaken« geworden. Die Komintern wurde als »eine zaristisch bonapartistische, eine preußisch wilhelminische oder kaiserlich-königliche Gesinnungszwangsanstalt« abgelehnt. Die Führer der KPdSU, der Komintern und der KPD seien die gefährlichsten Antibolschewisten, weil sie das Proletariat nicht über die tatsächliche Entwicklung in Sowjetrußland aufklärten. Die »Arbeitsgemeinschaft« zwischen der UdSSR und Deutschland sei offener Verrat am Proletariat.[137]
Die KPD erklärte, solche Auffassungen seien konterrevolutionär. Führer wie Anhänger der »Entschiedenen Linken« wurden, soweit sie nicht kapitulierten, noch 1926 aus der Partei entfernt. Im Bezirk Ruhr, in dem Anfang 1926 noch ein Drittel der Mitglieder »im Fahrwasser der Opposition schwamm«,[138] konnte das ZK die heftigen Differenzen zwischen Korsch- und Urbahns-Anhängern ausnutzen und die »Entschiedenen Linken« außer Gefecht setzen.[139] Am stärksten waren diese nach wie vor im Bezirk Niederrhein vertreten. Zu dem Bezirksparteitag Niederrhein (29./30. 5. 1926) konnten sie jedoch nur 14 Delegierte gegenüber 187 ZK-Anhängern entsenden. Für die Ultralinken hielt Loquingen das Korreferat.[140] Im August 1926 erfolgte der Ausschluß von Schlagewerth, Loquingen, Lossau und anderen Führern der »Entschiedenen Linken«, sie bildeten nun feste Ortsgruppen.[141] Auch in Hessen, Mecklenburg und Thüringen hatten die »Entschiedenen Linken« zunächst innerhalb der KPD noch Einfluß, doch konnten vereinzelte Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie sehr bald aus der Partei verdrängt waren.[142]

---

136 »Kommunistische Politik«, Nr. 7/8, Ende Juni 1926. Vgl. auch unten: KPD und Parlamentarismus, S. 328 ff.

137 »Kommunistische Politik«, Nr. 13/14, Mitte August 1926 – Vgl. auch Bahne, a. a. O. (Anm. 77), S. 372 ff.

138 HStA Düsseldorf, 16 926.

139 Nur in Ausnahmefällen hatten die »Entschiedenen Linken« im Herbst 1926 noch Einfluß. So stimmten in den Unterbezirken Bochum und Essen (nach ihrer Ansicht durch die »Schweinereien des Ruthenen [d. h. Ruth Fischer-Anhänger, H. W.] Schwan« Hochburgen der Rechten) am 19. September 1926 25 Delegierte für das ZK, 9 für die »Entschiedene Linke« (bei 7 Enthaltungen). (»Entschiedene Linke« vom 1. November 1926.)

140 »Kommunistische Politik«, Nr. 6, Juni 1926 – HStA Düsseldorf, 16 926 – »Freiheit« vom 31. Mai 1926 – Vgl. auch »Freiheit« vom 26. Dezember 1926.

141 In Mönchen-Gladbach hatte Schlagewerth anfangs die Mehrheit. In 6 Fortsetzungen wurde auf einer Stadtdelegiertenkonferenz diskutiert und vom Apparat eine ganze Reihe Mandate für ungültig erklärt. Am 6. Abend verließ Schlagewerth mit 59 Delegierten den Saal. Creutzburg konstituierte mit den verbliebenen 24 Delegierten eine neue Stadtkonferenz. Die »Entschiedenen Linken« bildeten eine eigene Gruppe, sie hatten in Mönchen-Gladbach 220 zahlende Mitglieder, in Neuß 100, in Goch war die ganze KPD-Ortsgruppe von 50 Mitgliedern zu ihnen übergegangen. (HStA Düsseldorf, 16 926 – »Kommunistische Politik« Nr. 6, Juni 1926.)

142 Es war den »Entschiedenen Linken« beispielsweise im September 1926 gelungen, in Leipzig-Lindenau nach einem Korreferat von Loquingen 112 Stimmen (gegen 11 für den Polleiter Strötzel und 17 für die Weddinger Opposition) zu erringen.
Im hessischen Unterbezirk Mitte (Frankfurt) stimmten am 9. Mai 1926 25 Delegierte für das ZK, 21 für die »Entschiedene Linke«, am 19. September 1926 für das ZK 44 und für die Opposition 36 Mitglieder. Daraufhin wurden am 29. August 1926 Fritz Belleville, Rolf und Storck als führende Korsch-Anhänger ausgeschlossen. Storck war Polleiter von Darmstadt, das bis zum No-

Bis zum Herbst 1926 war es der KPD im wesentlichen gelungen, die Führer der »Entschiedenen Linken« aus der Partei auszuschließen. Durch eine geschickte Taktik gelang es der KPD-Führung in der folgenden Zeit, die Arbeiter-Anhänger wieder für sich zu gewinnen und die Leitung der »Entschiedenen Linken« zu isolieren. Da sich die »Entschiedenen Linken« auf ihrer Reichskonferenz am 28. September 1926 spalteten, waren sie ohnehin keine große Gefahr mehr für die KPD. Auf dieser Tagung kam es zwischen Schwarz, Lossau, Körbs einerseits und Korsch, Loquingen, Schlagewerth, Rolf, Johansen auf der andern Seite zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Gruppe Schwarz-Lossau übernahm mit geringer Mehrheit die Reichsleitung (nach Ansicht der Korsch-Anhänger war diese Mehrheit »zusammengeschoben«), während die Konferenz zugleich die politische Linie der Korsch-Gruppe bestätigte. Korsch gab weiterhin die »Kommunistische Politik« heraus, die Schwarz-Gruppe verbreitete die Zeitschrift »Entschiedene Linke«. Die Schwarz-Gruppe beschimpfte Korsch als »neuen Lenin«. Meinungsverschiedenheiten bestanden vor allem in der Gewerkschaftsfrage, denn die Schwarz-Anhänger traten für die Allgemeine Arbeiter-Union ein und forderten die »Zerschlagung der Gewerkschaften«.[143] Entgegen den Vorstellungen von Korsch betonten die Schwarz-Anhänger, die »Organisation der proletarischen Revolution steht auch in Rußland auf der Tagesordnung«.[144] Schwarz hatte enge Beziehungen zur KAPD, mit der er eine gemeinsame große Kampagne gegen die KPD wegen der »Sowjetgranaten« führte.[145] Die Schwarz-Gruppe trat 1927 zur KAP über.[146] Auch die Korsch-Gruppe, die zuletzt hauptsächlich ein Diskussionszirkel über theoretische Probleme des Marxismus geworden war, aber noch immer Einfluß unter Arbeitslosen besaß, löste sich 1928 auf.[147]

---

vember 1926 eine ultralinke Mehrheit hatte. In Berlin wurde Giwan ausgeschlossen, der in seiner Zelle eine Resolution eingebracht hatte, in der es hieß, in Sowjetrußland werde die Diktatur des Proletariats abgebaut, die Komintern werde liquidiert. In Mecklenburg wurden die Ultralinken Ambs und Johansen ausgeschlossen, Wenzel, Buhler und andere versetzt und der Unterbezirk Lübeck abgetrennt, so daß auch dort die Ultralinken ausgeschaltet werden konnten. (»Kommunistische Politik«, Nr. 15/16, September 1926 – »Kommunistische Politik«, Nr. 17, Oktober 1926, Nr. 18, Oktober 1926 – StA Bremen, IV 29, Bd. 2 – »Freiheit« vom 5. September 1926 – »Entschiedene Linke« vom 17./18. Oktober 1926.)

143 Geh. StA München, 101 250 – »Entschiedene Linke«, Nr. 1, Januar 1927 – »Westf. Kämpfer« vom 20. September 1926 – zu den Personen vgl. die Biographien. Henry Johansen (8. 5. 1905 – 5. 12. 1967) veröffentlichte unter dem Pseud. Ernest Salter nach 1945 mehrere Bücher.

144 »Entschiedene Linke« Nr. 15/16, vom 15. September 1926.

145 Es handelte sich um die vor allem von der SPD geführte Kampagne nach der Aufdeckung einer Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee und der Lieferung sowjetischer Granaten an die Reichswehr. Die KAPD verbreitete eine Broschüre »Von der Revolution zur Konterrevolution. Rußland bewaffnet die Reichswehr« (vgl. *Dokumente*, S. 289 ff.) – »Entschiedene Linke«, Nr. 21/22, Dezember 1926 und Nr. 1, Januar 1927.

146 Schon vorher hatte Schwarz geheime Verbindung zur KAP, wie aus den Unterlagen im Staatsarchiv Düsseldorf (Reg. Düss. Bd. 16949) hervorgeht. Vgl. auch seine Biographie, Bd. 2 – »Entschiedene Linke«, Nr. 1, Januar 1927.

147 »Kommunistische Politik«, Nr. 3, Februar 1927 und Nr. 17/18, Oktober 1927 – Vgl. auch Bahne, a. a. O. (Anm. 77), S. 373.

Die Überwindung der linken Opposition

Nachdem die Katz-Fraktion und die »Entschiedene Linke« aus der Partei verdrängt waren, bestand innerhalb der KPD nur noch eine bedeutende ultralinke Fraktion: die Weddinger Opposition. Die Gruppe um Scholem war nach Rosenbergs Übergang zum ZK bedeutungslos; Scholem selbst näherte sich der Gruppe um Ruth Fischer-Urbahns. So konnte das ZK sein Hauptfeuer gegen die beiden wichtigsten, in der Partei verbliebenen Oppositionsrichtungen lenken, gegen die Urbahns-Ruth-Fischer-Gruppe und die Weddinger Opposition. Beide besaßen 1926 noch erheblichen Anhang in der KPD. Dabei konnte sich die Weddinger Opposition nicht nur auf viele Arbeiter stützen, sondern beherrschte auch noch einige Bezirke (Pfalz, Westsachsen und Berlin-Wedding).
Nach dem Ausschluß der Korsch-Führung Mitte 1926 richtete das ZK daher den Hauptangriff nicht gegen diese festverankerte Opposition, sondern gegen die Linken um Ruth Fischer, zu deren organisatorischem und politischem Motor sich Hugo Urbahns mehr und mehr entwickelt hatte. Die ehemaligen Linken hatte sich inzwischen endgültig verfeindet, ihre Mehrheit stand hinter Thälmann-Dengel, während eine Minderheit die Fischer-Urbahns-Opposition unterstützte. Die Urbahns-Fischer-Opposition wandte sich besonders gegen die neue Führung Stalin-Bucharin in der Sowjetunion und deren These vom »Sozialismus in einem Land«. Gemeinsam mit der Opposition Sinowjew-Trotzki vertrat die deutsche Opposition die Auffassung, der Sozialismus könne nur im Weltmaßstab verwirklicht werden; hinter der Losung vom »Sozialismus in einem Land« verberge sich die nationale russische Beschränktheit der neuen sowjetischen Führungsspitze, die von bürokratischer Entartung bedroht sei. In der Thälmann-Dengel-Führung sah die Oppositon nur ein Werkzeug dieser »rechten« Sowjetführung. Taktische Politik wie innerparteiliche Methoden der Thälmann-Führung wurden von den Linken schroff verworfen. Im Mai 1926 hatte Urbahns Gelegenheit, seine Meinung in der »Roten Fahne« darzulegen.[148]
Urbahns grenzte sich zwar klar von Korschs Ansichten ab, er verwarf vor allem Korschs These, in der Sowjetunion bestehe keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur der Kulaken, trotzdem hielt er die organisatorischen Methoden des ZK gegen Korsch für völlig falsch. Wenn Korsch sein Mandat niederlege, schrieb Urbahns, bedeute das, daß dieser – seit 1923 polizeilich gesucht – sofort verhaftet werde und damit aus der Diskussion ausscheide. Auf diese Weise dürfe aber eine Diskussion »nicht abgeschlossen« werden. Eine organisatorische Unterbindung der Diskussion über Rußland dürfe ebenfalls nicht geduldet werden.[149]
Im ZK, in dem die linke Opposition nur noch durch Urbahns, Schlecht und Schimanski vertreten war (außerdem durch Hans Weber für die Weddinger Opposi-

---

148 Allerdings erschien gleichzeitig mit seinem Artikel eine umfangreiche Antwort des ZK, in der »eine politische Linie von Korsch bis Urbahns« konstatiert und Urbahns aufgefordert wurde, sofort mit der »Fraktionsmacherei« aufzuhören. (RF vom 8. Mai 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 25. Mai 1926.)

149 RF vom 8. Mai 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 25. Mai 1926. In anderen Zeitungen, z. B. der Düsseldorfer »Freiheit« (die unter Leitung des ehemaligen Ultralinken Neubauer nur wenig Material zur innerparteilichen Auseinandersetzung brachte) wurde der Artikel nicht veröffentlicht.

tion), konnte Urbahns mit seinen Ansichten natürlich nicht durchdringen. Eine von ihm eingebrachte Resolution, die vor allem eine Diskussion der russischen Frage in der KPD auslösen sollte und die taktischen Vorstellungen der linken Opposition enthielt, wurde von der Mehrheit des ZK rundweg abgelehnt. Die »Parteiarbeiter-Konferenz« der Redakteure und Sekretäre am 16./17. April 1926 nahm in einer Entschließung (mit 65 gegen 2 Stimmen) gegen die linke Opposition Stellung.[150]
Dennoch konnte die linke Opposition, auch wenn sie in den zentralen Führungsgremien bereits bedeutungslos war, in einigen Bezirken noch eine relativ starke Anhängerschaft mustern, so vor allem in Berlin. Vor dem erweiterten EKKI-Plenum im Februar 1926 hatte das ZK zwar in 14 von 20 Berliner Verwaltungsbezirken die Majorität, doch gewann in 4 Bezirken die Opposition Fischer-Urbahns und in 2 Bezirken die ultralinke Weddinger Opposition eine starke Mehrheit.[151] Zwar stimmte die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg Ende März den Beschlüssen des erweiterten EKKI-Plenums zu, doch standen den 26 Stimmen für das ZK 8 Gegenstimmen der Fischer-Urbahns-Opposition (bei einer Enthaltung; 12 BL-Mitglieder fehlten!) gegenüber.[152] Im April 1926 stimmten auf einer Sitzung der Pol- und Orgleiter der Berliner Verwaltungsbezirke 25 für und 10 gegen die Beschlüsse des erweiterten EKKI.[153]
Daraufhin gestattete das ZK bei der Vorbereitung des Bezirksparteitags in den einzelnen Berliner Verwaltungsbezirken Diskussion und Abstimmung nach verschiedenen Richtungen. 4350 Mitglieder traten für die offizielle Parteilinie ein, 677 billigten die Haltung der Urbahns-Gruppe, 671 stimmten der Weddinger Opposition zu und 154 waren für die »Entschiedenen Linken«. Bei den Delegiertenwahlen erhielt die ZK-treue Mehrheit 77 %, die Urbahns-Gruppe 8 %, die Weddinger Opposition 11 % und die »Entschiedene Linke« 3 % der Stimmen. Fast ein Viertel der aktiven Parteimitglieder standen also Mitte 1926 hinter der Opposition.[154]
Der Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg tagte am 3./4. Juli 1926. Von den Berliner Delegierten waren 88 ZK-Anhänger, 11 gehörten der linken Opposition, 12 der Weddinger Opposition und 3 der »Entschiedenen Linken« an; hinzu kamen 34 ZK-Anhänger und 3 Oppositionelle aus der Provinz. Mit dieser Mehrheit konnte das ZK zwar alle seine Beschlüsse durchsetzen, es mußte aber auf die starke oppositionelle Stimmung Rücksicht nehmen. Zum Polleiter des Bezirks wurde Wilhelm Pieck (106 Stimmen) gegen Hugo Urbahns (26 Stimmen) gewählt. Orgleiter wurde Hans Pfeiffer (111 Stimmen) gegen Wilhelm Kötter (28 Stimmen). Der Agitpropsekretär Horst Fröhlich erhielt 83, sein Gegenkandidat Anton Grylewicz 31 Stimmen.[155] Mit dem Berliner Bezirksparteitag wurde die Diskussion über den »Offenen Brief« von 1925 offiziell für »abgeschlossen« erklärt, doch war sie damit na-

---

150 »Hamburger Volkszeitung« vom 20. April 1926 – »Inprekorr«, Nr. 62 vom 23. April 1926, S. 908 f.
151 »Die Kommunistische Internationale«, 1926, S. 237.
152 RF vom 30. März 1926 – »Hamburger Volkszeitung« vom 31. März 1926.
153 »Westf. Kämpfer« vom 15. April 1926.
154 BuA Koblenz, Akten Reichskanzlei, R. 43 I 2671, Bd. 9 – HStA Düsseldorf, 16926.
155 »Hamburger Volkszeitung« vom 5. Juli 1926.

türlich nicht zu Ende, auch wenn nunmehr die Bildung von Gruppen und Fraktionen als mit der Parteidisziplin unvereinbar verboten war.[156]

Ein knappes Jahr nach dem »Offenen Brief« hatte das ZK zwar den Apparat des Bezirks Berlin-Brandenburg fest in der Hand, jedoch war die Opposition noch immer nicht endgültig geschlagen. Die Schwäche dieser Opposition bestand in der Spaltung zwischen linker (Urbahns) und ultralinker (Weber) Gruppierung.

Im Juli 1926 versuchten die Oppositionsgruppen innerhalb der KPD auf einer Konferenz eine Einigung zwischen linker und Weddinger Opposition herbeizuführen. Am 14. Juli trafen sich Urbahns, Scholem, Karl Rieger, Paul Maslowski und andere Funktionäre in Berlin. Sie beschlossen, sich scharf von der Korsch-Schwarz-Gruppe abzugrenzen, für die übrige Opposition aber ein gemeinsames Kampfziel zu erreichen: völlige Diskussionsfreiheit über die russische Frage, unbeschränkte Kritik an der Politik des EKKI und des ZK, schärfste Protestbewegung gegen die Vergewaltigung und Maßregelung der Opposition und deren Führer, Verpflichtung der kommunistischen Presse zur offenen Diskussion über die Streitfragen, andernfalls Herausgabe eigener Kampfschriften.[157]

Bei den Einigungsversuchen spielte vor allem Scholem eine wichtige Rolle. Es gelang jedoch nicht, die Opposition auf einer gemeinsamen Plattform zusammenzuführen. Scholem selbst schloß sich eng an die Urbahns-Opposition an.

In den folgenden Monaten konnte sich die Opposition in Berlin zwar noch halten,[158] aber ihr Einfluß ging zunehmend zurück. In den übrigen Bezirken war ihre Bedeutung nach wie vor geringer als in Berlin. Schon auf dem Bezirksparteitag Ruhr am 28./29. März 1926 (mit 100 Delegierten) war mit 82 gegen 3 Stimmen eine Resolution angenommen worden, die Partei solle sich »vorbehaltlos« für die Beschlüsse des EKKI einsetzen. Die von der BL eingebrachte Entschließung über die politische Lage erhielt allerdings 26 Gegenstimmen, die der Korreferent Urbahns auf das Konto der linken Opposition buchen konnte. Im Bezirk Ruhr versuchte man schon nach diesem Parteitag, die Diskussion zu beenden, die sich seit der Absetzung Schwans[159] im November 1925 verstärkt hatte. Die Delegierten wurden sogar verpflichtet: »Die Berichterstattung muß seitens aller Delegierten im Sinne der Mehrheitsbeschlüsse durchgeführt werden.«[160]

---

156 »Hamburger Volkszeitung« vom 10. Juli 1926.

157 StA Bremen, IV 13 h, Bd. 12.

158 Auf einer Delegierten-Versammlung in Neukölln wurde eine Resolution gegen Korsch zwar mit 60 zu einer Stimme angenommen, aber es gab 65 Enthaltungen der Anhänger Urbahns-Schimanskis. (RF vom 29. August 1926.)

159 Die Vorwürfe gegen Schwan wurden im politischen Bericht der Bezirksleitung noch einmal zusammengefaßt. Schwan wurde für »Korruptionserscheinungen im Bezirk« verantwortlich gemacht. Weiter hieß es: »Wie sah die Partei aus? 1. ein völliges Fehlen kollektiver Arbeit, eine auch darum unfähige Bezirksleitung, 2. zum Teil unfähige Unterbezirkssekretäre, 3. eine personelle Diktatur, die sich nach unten in den Unterbezirksleitungen auswirkte und übertrug, 4. in der Mitgliedschaft starkes Mißtrauen und tiefer Haß gegen die Leitungen und Sekretäre, 5. kein Zusammenarbeiten zwischen BL und Redaktion, vielmehr ein zugespitztes Verhältnis zwischen Redaktion und BL, 6. starke Korruptionserscheinungen, 7. der Kassierapparat in vielen Ortsgruppen zusammengebrochen, 8. die Mitgliederzahl ging von Monat zu Monat zurück. Dasselbe bei den Abonnenten . . .« (HStA Düsseldorf 16 926).

160 »Westf. Kämpfer« vom 30. März 1926.

In anderen Bezirken, so vor allem in Baden, wo anfangs keine oppositionellen Tendenzen bemerkbar waren, kam es wegen taktischer Fragen zu Differenzen zwischen ZK und BL. Das ZK hatte die Haltung der badischen Landtagsfraktion öffentlich gerügt, was wiederum zu einem Protest der BL gegen das ZK führte. Aus diesen Meinungsverschiedenheiten entwickelte sich in der linken BL-Mehrheit eine Opposition, die Mitte 1926 erste Verbindungen zu Urbahns aufnahm.[161]

Auch in wichtigen Bezirken mit erdrückender ZK-Mehrheit wie Wasserkante, war es nicht ohne heftige Diskussionen abgegangen. Auf dem Bezirksparteitag im Mai 1926 hatte zwar die Urbahns-Gruppe nur 6, die Korsch-Gruppe 5 Stimmen gegenüber 108 Anhängern des ZK,[162] doch brachen einige radikale Gruppen mit der Partei.[163] In anderen Bezirken, z. B. Württemberg, blieb die linke Opposition ohne Einfluß.[164]

Im Juli 1926 nahm die linke Opposition einen Aufschwung, nachdem Maslow aus dem Gefängnis entlassen worden[165] und Ruth Fischer (entgegen einem ausdrücklichen Beschluß der Komintern-Führung[166]) aus Moskau zurückgekehrt war. Die Situation in der KPD verschärfte sich, wobei die russische Frage eine immer größere Rolle spielte; die Linken solidarisierten sich offen mit dem Oppositionsblock Sinowjew-Trotzki.

Die KPD-Führung ging offiziellen Diskussionen über das russische Problem noch immer aus dem Wege, und sie geriet in eine mißliche Lage, als Sinowjew Ende Juli 1926 aus dem Politbüro der KPdSU entfernt wurde. Das deutsche ZK gab eine zustimmende Erklärung ab, vermied aber, Sinowjews Position in der Komintern anzugreifen, um die linke Opposition in Deutschland nicht zu stärken. Nach dem XIV. Parteitag der KPdSU hatte sich ja das ZK der KPD (in einem Informationsmaterial vom Januar 1926) gegen »jeden Versuch, die Führer der Opposition, zu

---

161 Mitt. von Ludwig Hurm an den Verf. – »Neue Zeitung«, München, vom 6. Dezember 1926. Vgl. S. 340 ff.

162 StA Bremen, IV 4 e, Bd. 5 – »Hamburger Volkszeitung« vom 17., 21. und 22. Mai 1926.

163 Die Mehrheit der Ortsgruppe Schiffbek verließ später die KPD, ihre Anhänger druckten ein Flugblatt, in dem sie erstmals auch von einem »Korruptionsskandal« in der Hamburger KP schrieben.
Sie behaupteten, es seien 100 000 Mark unterschlagen worden. Thälmann, Creutzburg, Borstel und andere seien in den 1925 aufgedeckten Skandal, über den Thälmann 1924 schon Bescheid gewußt habe, verwickelt. Über Thälmann, der als »Stalins Vertrauensmann« bezeichnet wurde, hieß es in rauher Sprache: »So berichten Parteigenossen, als Augenzeugen, daß ›Teddy‹ am Tage des Hamburger Aufstands in seiner Kotze mit Wurstzipfeln gelegen hat, während Dengel am gleichen Tage die Flucht per Expreß nach Berlin ergriff. Als Thälmann spitz bekam, daß es auch in Berlin Steinhäger gibt und es in Hamburg rebellierte, erklärte er, zu derselben Zeit als der Skandal in der Verlagsgesellschaft aufgeklärt wurde, beim Zentralkomitee in Berlin: in Hamburg stinkt's.« (StA Bremen, IV 4 e, Bd. 6.)

164 Die Bezirksleitung Württemberg hatte, um ihre positive Haltung zur Einheitsfront zu demonstrieren, der SPD im November 1925 Listenverbindungen bei den Gemeindewahlen vorgeschlagen. Die SPD lehnte allerdings ab. (»Süddeutsche Arbeiterzeitung«, Stuttgart, vom 28. November 1925.)

165 Maslow, der im September 1925 zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde am 10. Juli 1926 aus dem Gefängnis entlassen. Tätigkeitsbericht des EKKI, a. a. O. (Anm. 123), S. 57 – Vgl. auch Anm. 170.

166 Am 8. Juli 1926 berichtete die »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung«, Ruth Fischer müsse nach einem Komintern-Beschluß in Moskau bleiben. Über die Rückkehr vgl. Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 688 ff. – Tätigkeitsbericht, a. a. O. (Anm. 123), S. 57.

denen die autoritativsten Führer des internationalen Kommunismus wie Sinowjew und Kamenew gehören, zu diskreditieren«, gewandt.[167] Deshalb war ein halbes Jahr später keine völlige Kehrtwendung möglich.
In einem Leitartikel des Chefredakteurs der »Breslauer Arbeiterzeitung«, Rudert (Menne), wurde es allerdings für selbstverständlich gehalten, Sinowjew auch aus dem Apparat der Komintern zu entfernen.[168] Das führte zu Differenzen zwischen Rudert und der BL, die das ZK mit dem Hinweis schlichtete, der Artikel enthalte »Übertreibungen« (vgl. Dok. 8).
Nach der Absetzung Sinowjews begannen die linken Gruppen in Deutschland Unterschriften gegen die Linie der russischen Partei zu sammeln; die deutsche Opposition sprach sich »gegen die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land« aus. Das ZK der KPD begegnete der Opposition auf zweierlei Weise: Es versuchte, der Opposition eine Zusammenarbeit mit bereits ausgeschlossenen Kräften nachzuweisen, um damit eine Handhabe gegen die linken Führer zu gewinnen, und es griff noch einmal die Person Maslows an, um die Opposition zu belasten.
Zwar hatte man Maslow während der unmittelbaren Verhandlungen im September 1925 gelobt und von seiner »Anklagerede« geschrieben,[169] aber in der Folgezeit sein Verhalten als unkommunistisch disqualifiziert. Die internationale Kontrollkommission verurteilte am 12. Oktober 1925 Maslows Verhalten vor Gericht, das seiner »als Parteimitglied und besonders als eines geistigen Führers und Mitgliedes des ZK nicht würdig war«. Bis zu Maslows Freilassung sollte keine öffentliche Stellung bezogen werden. Als sich aber im Januar 1926 der Fraktionskampf zuspitzte, gab das ZK der KPD am 10. Februar 1926 Material über den Maslow-Prozeß (»Nur für internen Gebrauch«) heraus, später wurde sogar eine Broschüre »Zum Fall Maslow« veröffentlicht,[170] mit dem offensichtlichen Ziel, die Fischer-Maslow-Urbahns-Gruppe zu diskreditieren.

---

167 »Kommunistische Politik«, Nr. 11/12, August 1926. Informationsmaterial, Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné.

168 »Um Sinowjew«, Leitartikel der »Arbeiter-Zeitung für Schlesien und Oberschlesien« vom 29. Juli 1926.

169 RF vom 2. September 1926: »Maslows Anklagerede«.

170 In der Broschüre waren die Angriffe des ZK zu Maslows Prozeßführung zusammengetragen. Er habe die »revolutionären Ziele der KPD« unrichtig dargestellt, als er ausgesagt habe: »In der Anklage ist an einem Punkt gesagt, das Ziel der KPD ist der Sturz der Bourgeoisie mit allen Mitteln, auch mit der Waffe in der Hand.« Das ist falsch, das Ziel der KPD ist vielmehr die klassenlose Gesellschaft. Maslow habe weiter ausgeführt, die Kommunisten seien keine Anbeter der Gewalt: »Glauben Sie, daß irgendein Mensch, der einen Verstand im Kopf hat, die Gewalt liebt oder anbetet?«
Damit hatte Maslow, nach den späteren Kommentaren der KPD, nicht genügend den »gigantischen Unterschied zur SPD« herausgestellt und das Problem der Gewalt »auf akademisches Gebiet zu verschieben gesucht«. Als »an schlimmsten Verrat grenzend« erklärte die KPD Maslows Versuch, dem Gericht zu beweisen, daß die KPD lediglich propagandistische Aufgaben habe. Daß Maslow auch über innerparteiliche Auseinandersetzungen gesprochen hatte, wurde ihm vollends als Vergehen angelastet, ebenso, daß er über seine Verbannung in Moskau 1923/24 berichtet hatte. (»Zum Fall Maslow«, Informationsmaterial für Parteiarbeiter. Hrsg. ZK der KPD, Berlin 1926, S. 14–18.)
Ruth Fischer hatte auf dem XIV. Parteitag der KPdSU eine Erklärung zum Fall Maslow abgegeben. Sie konstatierte, Maslow sei seit dem 18. Mai 1924 ununterbrochen im Gefängnis, sie sei als ZK-Beobachterin die ganzen zehn Tage des Prozesses im Gerichtssaal anwesend gewesen; Mas-

Es läßt sich nicht übersehen, daß Maslows Prozeßführung in erster Linie aus fraktionellen Gesichtspunkten angegriffen wurde und weniger wegen seiner »nichtkämpferischen« Haltung vor Gericht. Auch die theoretischen Arbeiten Maslows wurden nach dem »Offenen Brief« als falsch und unbolschewistisch verworfen, der angeblich von ihm begründete »westeuropäische Kommunismus« als »zum Sterben verurteilt« charakterisiert.[171] Solche Beschuldigungen sollten Maslow als einen Führer der linken Opposition in den Augen der Funktionäre herabsetzen und damit die Opposition überhaupt schwächen.

Auf einer Sitzung des ZK vom 6. August 1926 wurde – gegen den Widerstand von Urbahns und Weber – noch einmal jede Verbindung mit der ausgeschlossenen Korsch-Gruppe als antibolschewistisch verfemt.[172] Daraufhin veröffentlichte das ZK vor seiner nächsten Vollsitzung, die am 19. August 1926 stattfand, zwei Rundschreiben Korschs, die »den bündigen Beweis« lieferten, daß Verhandlungen zwischen den oppositionellen Gruppen stattgefunden hätten, um gemeinsam Unterschriften für einen Aufruf zur russischen Frage zu sammeln.[173]

Diese Verhandlungen wurden zum Anlaß genommen, Ruth Fischer und Maslow aus der KPD auszuschließen. Im ZK stimmten nur Urbahns, Schlecht, Weber und Schimanski gegen diese Repressalie. Auch Lossau, Loquingen und Tiedt verfielen dem Ausschluß. Das ZK warf den Oppositionsführern vor, die Losung »Gegen Moskau!« ausgegeben zu haben, und sich damit »mit dem Kriegsplan der Imperialisten« zu identifizieren. Eine Konferenz der Politischen Sekretäre und Redakteure aus den Bezirken billigte am 27. August 1926 mit 83 gegen 7 Stimmen die Ausschlüsse ebenso wie das ZK des Kommunistischen Jugendverbandes[174] und die verschiedenen Bezirksleitungen.[175] Das ZK appellierte an die Partei: »Nach der Ausstoßung der Renegaten in geschlossenen Reihen vorwärts!«[176]

Trotz dieser Ausschlüsse setzten die Oppositionsgruppen ihre Unterschriftensamm-

---

low habe eine »ausgezeichnete Vertretung der kommunistischen Ideen und der kommunistischen Partei« gegeben, er habe sich an eine Disposition gehalten, die von Vertretern des ZK und des Sekretariats gebilligt worden sei, kein Vertreter des ZK habe damals eine Korrektur der Verhandlungsführung vorgeschlagen und auch im Urteil sei Maslow als Mensch »von einer ganz besonderen Gefährlichkeit« bezeichnet worden. (Vgl. auch R. Fischers Darstellung, in: Stalin und der deutsche Kommunismus.)

171 Heinz Neumann: Maslows Offensive gegen den Leninismus, Berlin 1926, S. 78. Neumanns Schrift wird neuerdings von der SED gelobt, sie spielte angeblich eine »positive Rolle«. (»Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, Berlin [Ost], 8. Jg. 1966, Heft 4, S. 607.)

172 »Hamburger Volkszeitung« vom 10. August 1926 – Mitt. von Hans Weber an den Verf.

173 »Westf. Kämpfer« vom 19. August 1926.

174 Das ZK des KJVD stimmte dem Ausschluß mit nur einer Stimmenthaltung zu. (StA Bremen, IV 4e, Bd. 5 – »Freiheit« vom 31. August 1926 – Tätigkeitsbericht ... a. a. O. [Anm. 123], S. 57.)

175 Die Bezirksleitung Halle-Merseburg begrüßte den Ausschluß gegen eine Stimme, da »offene Renegaten in der Partei nichts zu suchen« hätten. Die Bezirksleitung Ruhr stimmte gegen zwei Stimmen zu, der Unterbezirk Duisburg mit 45 gegen 3 Stimmen, die Unterbezirke Hamm und Buer gegen 13 Stimmen. In Duisburg, wo Schwan als Korreferent auftreten wollte, kam es zu einer Schlägerei. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg stellte sich mit 41 gegen 6 Stimmen hinter den Ausschluß, die Bezirksleitung Baden gegen eine Stimme, die Bezirksleitung Magdeburg mit 19 gegen vier Stimmen, hier solidarisierte sich Besser mit der russischen Opposition. (RF vom 22. August, »Westf. Kämpfer« vom 24. und 26. August 1926.)

176 Leitartikel der »Roten Fahne« vom 20. August 1926.

lung für eine Solidaritätserklärung mit der russischen Opposition fort. Anfang August hatten sich Weber, Kötter, Korsch, Maslow und Ruth Fischer getroffen, um einen Entwurf zu diskutieren. Weber schrieb dann an Kötter, der gewisse Bedenken hatte: »Morgen haben wir eine Unterredung mit Korsch wegen der Unterschrift. Er hatte schon vorher Streit mit Schwarz. Er ist nämlich nicht gegen die Unterschriften und hat auch gegen unsere Resolution keine Einwendungen. Nur diese Prestigefrage, daß nur wir benannt sind, gefällt ihm nicht. Schwarz hat auch noch Differenzen mit Korsch und zwar sehr ernste... Inzwischen unterzeichnen allerdings die Korsch-Anhänger unsere Listen ...«[177]

Die Leipziger Gruppe der Weddinger Opposition, die ebenfalls die gemeinsame Aktion verwarf, war in einem Brief vom »Kopf«, d. h. der Leitung der Weddinger Opposition Weber, Engel usw. vom 11. August 1926 aufgefordert worden, ihre Bedenken zurückzustellen. Der »Kopf« wisse, was der Name Ruth Fischer im Leipziger Bezirk bedeute, und wie schwer es sei, für eine Resolution einzutreten, auf der auch dieser Name stehe. Man könne jedoch die Namen von Fischer und Maslow nicht weglassen, weil sonst die Urbahns-Gruppe auf eigenen Listen Unterschriften sammeln werde. Dann würden zwei Listen kursieren, obwohl es in der »russischen Frage keinerlei Differenzen« gebe.[178] Trotz dieser Beschwichtigung unterschrieben die Leipziger Gruppe und die Kötter-Anhänger in Berlin die Erklärung nicht, aber alle übrigen Oppositionellen standen hinter diesem »Brief der 700«, der am 11. September 1926 veröffentlicht wurde.[179]

Unter der Losung »Zurück zu Lenin, zum wirklichen echten, unverfälschten Leninismus« unterschrieben 700 KPD-Funktionäre (alle noch Mitglied der Partei), darunter 50 weithin bekannte linke Führer, den Aufruf; unter anderen: die Reichstagsabgeordneten Urbahns, Scholem, Schlecht, Schütz, Schwan; die preußischen Landtagsabgeordneten Grylewicz, Gustav Müller, Gehrmann, Eppstein, Skjellerup, Bartels, Kilian und Hedwig Krüger, sowie das ZK-Mitglied Hans Weber und der ZK-Kandidat Fritz Schimanski. Der Brief erregte großes Aufsehen, da sich die Unterzeichneten »voll und ganz mit der Leningrader Opposition«[180] solidarisierten, die »im Kampfe um die Politik der RKP und Komintern die richtige leninistische Linie vertreten hat, und ... allein die Tradition Lenins wirklich fortsetzt«. Thälmanns Behauptung, die KPD stände hinter Stalin, sei falsch, »die Arbeitermitglieder der KPD, die mit tiefer Liebe an Sowjetrußland hängen«, fühlten instinktiv, daß die Opposition »sich gegen die offenen rechten Strömungen stemmt«. Der »Belagerungszustand in der KPD, vor allem die fortwährende Hetze mit dem Schlagwort des Antibolschewismus« verhinderten, daß die KPD-Mitglieder ihrem Instinkt folgten und sich offen für die Leningrader Opposition erklärten. Die Un-

---

177 RF vom 31. August 1926 – Hans Weber bestätigte dem Verf. die Echtheit des Briefes.

178 RF vom 31. Oktober 1926.

179 Der 1925 aus der KPD ausgeschlossene Reinhold Schönlank schrieb im »Vorwärts«, es sei erstaunlich, daß die Opposition 700 Unterschriften zusammenbekommen habe. Die linke Opposition »ficht einen verzweifelten Kampf gegen die von dem Moskowiter Stalin begünstigte deutsche Zentrale. Diese beherrschte den Parteiapparat und die Parteipresse und damit die öffentliche Meinung der Partei.« (»Vorwärts« vom 1. Oktober 1926.)

180 D. h. der Sinowjew-Kamenew-Opposition.

terzeichner behaupteten, daß die Mitglieder, würden sie das Material der Diskussion kennen, sich für die Linie der Opposition entscheiden würden. Im Aufruf hieß es auch: »Parteigenossen, laßt Euch nicht terrorisieren! Schließt Euch einzeln und ortsgruppenweise dieser unserer Erklärung an.«[181]

Das ZK wandte sich gegen den »Brief der 700«, der als »verbrecherischer Spaltungsversuch« und ein Schanddokument schlimmster antibolschewistischer Sorte bezeichnet wurde.[182] Die Parteiführung verlangte, die Spalter, die das »Memorandum« in der Partei verbreiteten, zu isolieren. Die BL Berlin-Brandenburg beschloß, jeden Funktionär, der seine Unterschrift nicht zurückziehe, seines Postens zu entheben.[183]

Das ZK konnte einzelne Unterzeichner dazu bewegen, sich zu distanzieren, so z. B. Hedwig Krüger und die Hamburger Jugendfunktionäre Gramkow und Franz Heitgres. Vor allem gelang es, die Weddinger Opposition zu spalten, da Kötter, Vogt und andere gegen die Unterzeichnung auftraten.[184]

Im Ruhrgebiet wurden vier Unterbezirkssekretäre (Nowak, Kelch, Körner und Petrasch), die den »Brief der 700« unterschrieben hatten, ihrer Funktionen enthoben.[185] Das ZK führte einige Wochen lang einen energischen Kampf gegen die linke Opposition und ließ nunmehr auch eine Diskussion über die russischen Probleme zu; im Oktober 1926 konnte es allenthalben eine Mehrheit verbuchen.[186]

Verwirrt wurde die linke Opposition auch durch die Entwicklung in der UdSSR. Als Trotzki, Sinowjew und ihre Anhänger in einer Erklärung am 16. Oktober 1926 bekannten, die Parteidisziplin verletzt zu haben und sie sich von der linken Opposition in der Komintern distanzierten, hatte dieser taktische Rückzug nicht nur innerhalb der russischen Opposition katastrophale Folgen,[187] er wirkte auch deprimierend auf die deutsche Opposition. Auf einer Berliner Parteiarbeiter-Konferenz am 20. Oktober 1926 grenzten sich Urbahns und Schimanski vom Zurückweichen Sinowjews und Trotzkis ab. Urbahns stellte fest, die Opposition der KPdSU habe ihre prinzipielle Linie nicht aufgegeben. Er griff erneut die Stalin- und die Thälmann-Führung an. Kötter distanzierte sich von der russischen Opposition; Riese bestritt ihm jedoch das Recht, für die Weddinger Opposition zu sprechen.[188] Die Anhängerschaft der linken Opposition verminderte sich, weil ja gerade die russische Frage ihre Hauptargumentation bildete und sich nun die russische Opposition offi-

---

181 »Vorwärts« vom 13. September 1926 – RF vom 15., 18., 29. und 31. Oktober 1926 – »Soz. Republik« vom 18. September 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 15. und 19. September 1926.

182 RF vom 17. September 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 15. und 22. September 1926.

183 RF vom 22. Oktober 1926.

184 RF vom 18., 29. und 31. September 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 23. September 1926.

185 Vgl. »Westf. Kämpfer« vom 15. September 1926, wo von den »abgebauten« vier Unterbezirkssekretären die Rede ist.

186 In den Stadt-Delegiertenkonferenzen Berlin stimmten 806 für und 344 gegen die Resolution der Bezirksleitung, die die Politik Stalins befürwortete. Die Entschließung Weber-Urbahns erhielt 323, die der »Entschiedenen Linken« 20 Stimmen. Ein Antrag Schimanskis, Ruth Fischer und Maslow wieder aufzunehmen, wurde gegen 276 Stimmen abgelehnt. Die Opposition konnte zwar ihren Anteil auf fast 30 % steigern, sie hatte sich jedoch nicht durchsetzen können. (RF vom 22. Oktober 1926.)

187 Daniels, a. a. O. (Anm. 84), S. 327 – »Westf. Kämpfer« vom 20. und 22. Oktober 1926.

188 »Vorwärts« vom 22. Oktober 1926.

ziell von den deutschen Gesinnungsfreunden abwandte.[189] Auf der Parteiarbeiter-Konferenz wurde eine Resolution des ZK mit 469 gegen 92 Stimmen angenommen.

Das ZK beabsichtigte, Urbahns und die noch in der Partei befindlichen Führer der Opposition möglichst rasch auszuschließen. Es verlangte von diesen weitgehende Zugeständnisse: Aufgabe ihrer politischen Auffassungen usw. Auch die Einzelheiten des Maslow-Prozesses sollten bekannt gemacht werden.

Das EKKI riet zu einer anderen Taktik: zwar begrüßte es ein Ultimatum an Urbahns, damit dieser möglicherweise noch vor der geplanten erweiterten Exekutiv-Tagung ausgeschlossen werden könne, doch sollte man ihm lediglich disziplinarische Forderungen stellen, um so einen Ausschlußgrund zu schaffen (vgl. dazu den Brief Heinz Neumanns, Dok. 9). Daraufhin wurde den Führern der Urbahns-Gruppe am 2. November 1926 eine »Erklärung« vorgelegt, in der sie sich verpflichten sollten, die Parteidisziplin einzuhalten, alle Parteibeschlüsse durchzuführen, die Fraktionen aufzulösen, »jede Verbindung mit den Ausgeschlossenen Maslow, Ruth Fischer usw. abzubrechen« und die Rede Urbahns und Schimanskis auf der Parteikonferenz vom 20. Oktober 1926 zu verurteilen.[190]

Die meisten Führer der linken Opposition innerhalb der Partei (mit Ausnahme von Paul Maslowski, Skjellerup u. a.) weigerten sich, den Revers zu unterschreiben. Daraufhin beschloß das ZK am 5. November 1926, Urbahns, Scholem und Schwan aus der KPD auszuschließen.[191] Auf einer ZK-Tagung am 18. November 1926 wurde auch Max Schütz aus der KPD entfernt, weil er es »provokatorisch« abgelehnt habe zu unterschreiben.[192] Die linke Opposition protestierte heftig gegen diese Ausschlüsse,[193] doch wurde sie durch diese Maßnahme des ZK erheblich geschwächt.

Die ausgeschlossenen Kommunisten bildeten im November im Reichstag die »Fraktion linker Kommunisten« bestehend aus: Ruth Fischer, Katz, Korsch, Schlagewerth, Schwarz, Scholem, Schwan, Urbahns, Schütz und Tiedt.[194] Dieses Zusammengehen war rein formal, denn die verschiedenen Gruppen hatten weiterhin untereinander Differenzen.

Auch die Weddinger Opposition hatte gegen den Ausschluß von Urbahns, Scholem und Schwan protestiert. Doch hatte diese letzte ultralinke Oppositionsgruppe in der KPD bereits ihre Bedeutung in der Partei eingebüßt. Das ZK behielt bei der Bekämpfung der Urbahns-Führung auch die Weddinger Opposition ständig im Auge. Seit Anfang 1926 hatte Hans Weber als Vertreter der Weddinger Oppo-

---

189 Mitt. von Max Hesse an den Verf. – »Hamburger Volkszeitung« vom 28. Oktober 1926.

190 RF vom 2. und 4. November 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 5. November 1926 – StA Bremen, IV 13 h, Bd. 3.

191 Der Ausschluß erfolgte gegen die Stimmen von Urbahns, Schlecht, Weber und Schimanski. RF vom 7. und 9. November 1926 – »Westf. Kämpfer« vom 8. November 1926 – »Freiheit« vom 9. November 1926 – »Hamburger Volkszeitung« vom 10. November 1926.

192 »Westf. Kämpfer« vom 1. Dezember 1926.

193 Die Leitung des oppositionellen Unterbezirks und die Zellenleiter von Bremerhaven sandten ein Telegramm an das ZK: »Protestieren auf das Schärfste gegen den Ausschluß der Genossen Urbahns, Scholem und Schwan.« (StA Oldenburg, VI. 86 13 b, Bd. 2.)

194 »Vorwärts« vom 13. November 1926.

sition im ZK gegen die »falsche Frontstellung« in der Sowjetunion polemisiert und eine »gründliche Diskussion über die russischen Probleme in der KPD« gefordert.[195] Im April 1926 hatte sich die Weddinger Opposition in einer Resolution zum 6. erweiterten EKKI-Plenum gegen die »Vergewaltigung der Parteidemokratie« und gegen die »fraktionelle Aufziehung der Reorganisation« gewandt, mit der das ZK den Parteiapparat unter seine Kontrolle brachte.[196]

Im Frühjahr 1926 hatte das ZK durch einen taktischen Schachzug versucht, die Weddinger Opposition zu dezimieren, indem es die stärkste Bastion der Gruppe, den von dieser beherrschten Bezirk Pfalz, auflöste und in den Bezirk Baden überführte.[197] Unter dem Druck der Opposition und beeinflußt durch die Tatsache, daß auch im Bezirk Baden seit Ende 1926 eine starke linke Opposition auftrat, wurde der Zusammenschluß der beiden Bezirke später wieder rückgängig gemacht; der Bezirk Pfalz blieb selbständig.

Mehr Erfolg bei der Bekämpfung der Weddinger Opposition hatte das ZK, als die Diskussion um die Unterzeichnung des »Briefs der 700« zum Auseinanderbrechen der Weddinger Opposition führte.[198] Die starke Leipziger Gruppe [199] hatte die geheime Unterschriftensammlung verweigert und sich gemeinsam mit einem Teil der Berliner Gruppe unter Kötter in einem Brief an das ZK gegen das Manifest der 700 gewandt.[200]

Das ZK versuchte, die Kötter-Gruppe als die eigentliche Weddinger Opposition anzusprechen und diese für die ZK-Mehrheit zu gewinnen. Man stellte fest, daß nunmehr »innerhalb und außerhalb der KPD sechs ultralinke Fraktionen« existierten, formiert um Katz, Schwarz, Korsch, Maslow-Ruth Fischer-Urbahns, Weber und Kötter. Die Taktik des ZK war weiter darauf gerichtet, »die Differenzierung in den Reihen der Ultralinken zu vergrößern, um die Arbeiterelemente von den Führern der Gruppe loszulösen.«[201] Da das ZK strikt den »Verzicht auf

---

195 Informationsmaterial über den 14. Parteitag der KPdSU. Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné – Mitt. von Hans Weber an den Verf.

196 Unterschrieben war die Resolution von Böttcher, Polleiter des 18. Berliner Verwaltungsbezirks; Baumgärtner, Polleiter des Bezirks Pfalz; Fritz Engel, Orgleiter des 3. Berliner Verwaltungsbezirks; Jädicke, Orgleiter des 6. Berliner Verwaltungsbezirks; Riese, Polleiter des 3. Berliner Verwaltungsbezirks (Wedding); Vogt, Orgleiter von Westsachsen sowie Kötter und Weber. (RF vom 22. April 1926.)

197 Die heftigen Angriffe der Opposition gegen diese fraktionellen Methoden des ZK nannte die Parteipresse »bewußte Demagogie«. Man schrieb, beide Bezirke gehörten zusammen, so wie die Städte Mannheim und Ludwigshafen eigentlich eine Stadt bildeten, nur die französische Besetzung der Pfalz habe zur selbständigen Bildung des Bezirks Pfalz geführt. (»Westf. Kämpfer« vom 19. Mai 1926.) Diese Argumentation kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine der Maßnahmen des ZK gegen die Opposition darin bestand, oppositionelle Körperschaften einfach aufzulösen.

198 »Freiheit« vom 24. September 1926 – Vgl. auch oben, Anm. 184.

199 Auf einer Leipziger Delegiertenkonferenz am 6. Juni 1926 hatten sich nach einem Referat Thälmanns 372 Delegierte für die Weddinger Opposition Weber-Vogt und nur 282 für das ZK ausgesprochen. Auf dem Bezirksparteitag Westsachsen am 10./11. Juli 1926 konnte das ZK durch die Delegierten aus der Provinz eine geringe Mehrheit von 66 zu 57 Stimmen erhalten, ein Mißtrauensantrag gegen Weber-Vogt wurde allerdings mit 65 zu 55 Stimmen abgelehnt. Trotzdem wurde Vogt als Orgleiter abgelöst, er übernahm die Funktion des Sekretärs für Gewerkschaftsfragen in Westsachsen. (StA Bremen IV 23, Bd. 2 – StA Bremen IIA 12 a, Bd. 17.)

200 RF vom 18. September 1926.

201 Tätigkeitsbericht des EKKI, a. a. O., (Anm. 123), S. 59.

fraktionelle Arbeit und fraktionelle Unterstützung der Feinde der Komintern«[202] forderte, gelang es der Parteiführung zwar nicht, die Mehrheit der Opposition für sich zu gewinnen, bei der Masse der Mitglieder aber konnte sie sich durchsetzen. Ein großer Wahlsieg in Sachsen am 31. Oktober 1926 (die KPD erhielt 342 000 Stimmen gegenüber 266 000 Stimmen bei den Landtagswahlen 1922 und 294 000 bei der Reichstagswahl im Dezember 1924[203]) verstärkte den Kredit des ZK bei den Mitgliedern, da die KPD-Politik wieder erfolgreich war.
Als das erweiterte EKKI im November 1926 zu einer Tagung zusammentrat, um den Einfluß der Sinowjew-Opposition in der Komintern endgültig zu liquidieren, war die linke Opposition in der KPD so gut wie geschlagen. Die ultralinken Fraktionen um Katz, Korsch und Schwarz standen außerhalb der Partei und waren bedeutungslos geworden. Die Weddinger Opposition war in sich gespalten. Die Hauptführer der Linken waren ausgeschlossen. Allerdings sollte sich zeigen, daß damit die linke Opposition noch nicht vollständig beseitigt war.

Der Kurs der »Konzentration«

Seit dem »Offenen Brief« versuchte die Thälmann-Dengel-Führung, Unterstützung bei den rechts von ihr stehenden Parteikreisen zu finden, um die damals im Funktionärkorps starke linke Opposition schlagen zu können. Zwar war es Thälmann-Dengel rasch gelungen, ehemalige Mittelgruppen-Führer wie Remmele, Koenen oder Stoecker zu gewinnen, die bisher schon jede Wendung der Politik mitgemacht hatten, doch die seit 1924 wichtigste Oppositionsgruppe Meyer-Frölich war nicht bereit, der Thälmann-Führung bedingungslos zu folgen. Mit Hilfe der Komintern hoffte das ZK nun, auf der 7. erweiterten EKKI-Tagung endgültig eine Übereinkunft mit dieser Gruppe treffen zu können.
Das 7. erweiterte EKKI-Plenum trat am 22. November 1926 in Moskau zusammen. Nach der üblichen, diesmal von Bucharin gehaltenen Begrüßung, verlas Thälmann (der zusammen mit Remmele als deutscher Vertreter ins Präsidium gewählt wurde) einen Brief Sinowjews, in dem dieser seine Funktion als Vorsitzender der Komintern niederlegte. Das EKKI beschloß einstimmig, Sinowjew seiner Funktion in der Komintern zu entheben.[204]
Im Mittelpunkt der Beratungen von 191 Delegierten (darunter 38 Mitglieder des EKKI) stand die chinesische Revolution. Das Hauptreferat über die internationale Lage und die Aufgaben der Komintern hielt der Nachfolger Sinowjews, Bucharin. Nach dessen Worten bestand die Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien in der weiteren Bolschewisierung und Konsolidierung sowie in einer leninistischen

202 »Die Internationale«, Heft 1, vom 10. Januar 1927, S. 794.
203 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927. Berlin 1927, S. 500 f. – »Vorwärts« vom 1. November 1926.
204 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. November-Dezember 1926. Hamburg-Berlin 1927, S. 20 – »Westf. Kämpfer« vom 25. November 1926.

Schulung und in der Eroberung der Massen unter den neuen Verhältnissen.[205] In der chinesischen Revolution (die damals von der Kuomintang geführt wurde!) sah Bucharin einen großen Erfolg der Kommunisten.
Eine einschneidende Veränderung bedeutete der Beschluß der EKKI-Tagung, die Spitze der Komintern umzubilden: Das Orgbüro des EKKI wurde aufgelöst und Orgbüro und Politbüro zu einem »Politsekretariat« verschmolzen, um die zentrale Anleitung zu verbessern.[206]
Soweit Probleme der KPD auf dieser Tagung überhaupt eine Rolle spielten, ging es in der Hauptsache um personelle Fragen. Die Tagung bildete eine Kommission, die sich mit der Beschwerde von Maslow, Ruth Fischer, Scholem, Urbahns und Schwan gegen ihren Ausschluß aus der KPD beschäftigte (Vorsitzender: Kuusinen, Sekretär: Humbert-Droz, Mitglied u. a.: Togliatti). Die auf dem X. Parteitag der KPD ins ZK gewählten Funktionäre hatten auf ihrem Recht bestanden, der höchsten Instanz der Komintern ihren Einspruch vorzutragen.[207]
Zur Überraschung der KPD-Führung, die den Ausschluß der »Renegaten« bereits als »unwiderruflich« hingestellt hatte, schickte die Kommission am 2. Dezember 1926 ein Telegramm an die linken Oppositionellen und forderte sie auf, nach Moskau zu kommen und persönlich den Verhandlungen beizuwohnen. Eine Reichstagung der linken Opposition, an der auch die noch nicht ausgeschlossenen linken Führer Schlecht, Eppstein, Bartels, Gustav Müller, Gehrmann (Rathenow), Wischeropp, Max Hesse u. a. teilnahmen, entschied, daß alle bis auf Maslow, der als russischer Staatsbürger Gefahr lief, in Moskau festgehalten zu werden, fahren sollten.[208]
In Moskau erklärten Urbahns, Ruth Fischer, Scholem und Schwan vor der Kommission, daß sie jede Propaganda gegen die Sowjetunion »als unvereinbar mit den Grundsätzen des Kommunismus« ablehnten. Ruth Fischer äußerte jedoch: »Wir sind nicht als Angeklagte hierhergekommen, sondern als Ankläger ... Wir haben Maslow nicht mitgenommen, um ihn nicht in Ihre Hände zu liefern.« Die Oppositionellen führten aus, sie seien zwar gegen die Fraktionsarbeit, aber »auch gegen die Fraktionsarbeit der Mehrheit«. Urbahns warnte das EKKI vor weiteren Verunglimpfungen, denn »dann werden auch wir auspacken, und ich sage Euch, Ihr werdet dabei Kratzer bekommen«. Die harten Auseinandersetzungen führten Kuusinen zu dem Schluß: die Leute stehen »bereits auf der anderen Seite der Barrikade«. Die Kommission bestätigte einstimmig den Ausschluß aus der KPD.[209] Anschließend fuhr die Ruth Fischer-Gruppe, die sich vor der Hinfahrt hatte »Garantien« geben lassen, unbehelligt aus Moskau nach Deutschland zurück.
Die EKKI-Tagung faßte auch einen neuen Beschluß über Brandler und Thalheimer. Da sich beide jeder Fraktionsarbeit enthalten hatten, wurden ihre Partei-

205 Protokoll, a. a. O., S. 25 ff. – »Westf. Kämpfer« vom 25. November 1926.
206 Protokoll, a. a. O., S. 844. Vgl. unten, S. 294 ff.
207 »Mitteilungsblatt« (Linke Opposition der KPD), Hrsg. Hugo Urbahns, Nr. 11, vom 15. Mai 1927.
208 »Westf. Kämpfer« vom 6. Juni und 10. Dezember 1926.
209 »Inprekorr«, Nr. 9, vom 20. Januar 1927, S. 177 ff. – »Inprekorr«, Nr. 16, vom 2. Februar 1927, S. 344 f.

strafen aufgehoben, »die Frage der Verwendung beider erwähnter Genossen für die Arbeit in Deutschland wird dem ZK der KPD überlassen«.[210]
Weit einschneidender für die KPD war die Übereinkunft über den neuen Kurs der »Konzentration«: die Zusammenarbeit zwischen der Thälmann-Dengel-Führung und der Gruppe Ernst Meyer. Nachdem die Komintern schon vor der Tagung erklärt hatte, eine Grundlage für die Zusammenarbeit des ZK mit der »rechten Gruppe« Meyer, Gerhart (Eisler) und Karl Becker sei gefunden,[211] wurden in Moskau mehrfache Verhandlungen mit Ernst Meyer geführt. Nachdem bereits Einigkeit über Meyers Mitarbeit in der KPD-Führung bestand, forderte die Komintern überraschend noch eine »Erklärung« von Meyer. Erst nach längeren Diskussionen und nachdem beide Seiten zu Konzessionen bereit waren, einigte man sich auf eine gemeinsame Erklärung (vgl. die 4 Versionen, Dok. 10), die nach einer Parteiarbeiter-Konferenz am 20. Januar 1927 in der »Roten Fahne« und in den folgenden Tagen auch in der übrigen Parteipresse (wenn auch unvollständig) veröffentlicht wurde.[212] Damit war für 1927 die von der Komintern angestrebte Kooperation der schwachen Thälmann-Dengel-Führung mit der Mittelgruppe unter Ernst Meyer Wirklichkeit geworden.
Die Zusammenarbeit stand allerdings von Anfang an unter keinem guten Stern. Die Komintern wie das ZK waren bestrebt, ihre These aufrechtzuerhalten, daß nicht die Linke, sondern nur einige linke Führer Bankrott gemacht hätten. Ausdrücklich wurde die »linke Tradition« herausgestellt; das ZK erklärte, die neue Politik der KPD sei »vor allem das Verdienst der Kräfte, die sich aus der alten Linken entwickelten.«[213] Solche Thesen mußten bei den Anhängern der Mittelgruppe Widerstand hervorrufen. Da überdies schon die Ansätze einer neuen Politik wieder rückgängig gemacht worden waren (z. B. wurde im Juli 1926 die Unterstützung der KPD im Landtag von Mecklenburg zugunsten einer sozialdemokratischen Regierung unter dem Druck der linken Parteimitglieder für falsch erklärt),[214] hatten diese Differenzen nicht nur historischen, sondern auch politischen Charakter. Nicht zuletzt dadurch wurden in der Meyer-Gruppe ernste Auseinandersetzungen über den Kurs der Konzentration ausgelöst, die schließlich zur Spaltung der Gruppe führten.
Auf einer Fraktionssitzung Anfang Januar 1927 wandten sich Jacob Walcher, Paul Frölich, Rose Wolfstein und August Enderle gegen Ernst Meyers Vereinbarung mit

---

210 Protokoll, a. a. O. (Anm. 204), S. 871 f. – »Westf. Kämpfer« vom 21. Dezember 1926.
211 Tätigkeitsbericht EKKI, a. a. O. (Anm. 123), S. 60.
212 RF vom 20. Januar 1927 – »Soz. Republik« vom 22. Januar 1927 – »Freiheit« vom 10. Februar 1927 – »Neue Zeitung«, München, vom 26. Januar 1927 – Mitt. von Rosa Meyer-Leviné an den Verf.
213 »Westf. Kämpfer« vom 25. Januar 1927.
214 Lediglich in der Gewerkschaftsfrage wurde der Kurs konsequent durchgesetzt; z. B. war die Verschmelzung der Union mit dem Bergarbeiterverband 1926 vollzogen worden; selbst die Führer der »Union«, z. B. Gustav Sobottka, wurden in den Bergarbeiterverband aufgenommen. Auch der gemeinsame Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung war ein solches Beispiel neuer Politik. (Protokoll der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, S. 95 ff. – Die internationale Gewerkschaftsbewegung in den Jahren 1924 bis 1927. Bericht des Vollzugsbüros der RGI an den 4. Kongreß in Moskau am 15. März 1928. Berlin o. J. [1928], S. 163 – *Dokumente*, S. 95.)

dem ZK, während Gerhart Eisler, Georg Schumann, Karl Becker und Karl Frank sich hinter Meyer stellten. Insgesamt war die Mehrheit der Gruppe zunächst gegen den Kurs der Konzentration (vgl. Dok. 25, Brief Ernst Meyers vom 6. 1. 1927).
Die Berliner BL stimmte am 9. Januar 1927 den Beschlüssen des 7. erweiterten EKKI-Plenums mit 36 gegen 3 Stimmen zu, erklärte jedoch, die Aufhebung der organisatorischen Maßnahmen gegen Brandler und Thalheimer dürfe keine Rückkehr der beiden nach Deutschland bedeuten.[215] Schließlich tagte am 13./14. Januar 1927 eine Parteiarbeiter-Konferenz auf der alle Pol- und Orgleiter, Sekretäre für Gewerkschaft und Redakteure aus den 27 Bezirken sowie Betriebsarbeiter in Berlin über den Kurs der Konzentration berieten. Die Hauptreferate hielten Dengel und Ewert. Sie berichteten vom 7. EKKI-Plenum und rechtfertigten die Vereinbarungen mit der Meyer-Gruppe. Für die linke Opposition sprachen Schlecht und Weber, die Chemnitzer Richtung kritisierte die Rehabilitierung Brandlers und Thalheimers, während Paul Böttcher gegen Ernst Meyers Vereinbarung mit dem ZK auftrat. Ernst Meyer verteidigte seine Haltung und bekannte offen, daß es bessere Methoden der Konzentration gebe, als das Abverlangen von Erklärungen, und daß er sich anfangs dagegen gesträubt habe; trotzdem stehe er zu seiner Erklärung. Der Bruch zwischen Meyer, Eisler, Schumann und Becker auf der einen Seite (der später vom ZK als »Versöhnler« bezeichneten Gruppe) und den »Rechten« Walcher, Böttcher, Frölich und Enderle war damit auch öffentlich vollzogen.[216] Auf der Konferenz mit der Losung: »Die Partei über alles« wurde die neue Linie mit 200 gegen 4 Stimmen gebilligt.[217]
Es gelang der neuen vereinigten Führung, weitere Erfolge gegen die linke Opposition zu erringen. In der Hochburg der linken Opposition, in Neukölln z. B., stimmte eine Delegiertenkonferenz im Januar 1927 mit 115 gegen 37 Stimmen für die Linie des ZK. Der Kurs gegen die Linken verschärfte sich noch, als Urbahns im Januar 1927 die erste Nummer des »Mitteilungsblattes. Linke Opposition der KPD« (später »Fahne des Kommunismus« genannt) herausgab. Die Berliner BL ordnete an, alle Genossen, denen eine Verbindung mit Korsch, Schwarz oder Urbahns nachgewiesen werde »oder die sich nach ihren Anweisungen in der Partei betätigen, der Bezirksleitung namhaft zu machen, damit sie aus der Partei entfernt werden.«[218]
Das ZK sandte im Januar und Februar 1927 seine Mitglieder in die Bezirke, um eine »genaue Prüfung« vorzunehmen und die Opposition vor dem bevorstehenden Reichsparteitag endgültig auszuschalten. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden beispielsweise allein in Württemberg 10 ZK-Mitglieder zwei Wochen lang eingesetzt.[219]

215 RF vom 11. Januar 1927.
216 Tjaden, a. a. O. (Kap. 1, Anm. 2) arbeitet diese Entwicklung m. E. nicht klar genug heraus. Daß es sich um die Spaltung *einer* Fraktion handelt, geht aus den erwähnten Dokumenten (vgl. S. 448 f.) hervor.
217 RF vom 16. und 20. Januar 1927 – »Neue Zeitung«, München, vom 18. Januar 1927 – »Soz. Republik« vom 22. Januar 1927 – »Freiheit« vom 10. Februar 1927 – »Die Kommunistische Internationale«, 1927, S. 268.
218 »Der Funke«, Januar 1927; zitiert nach: »Kommunistische Politik«, Nr. 4/5, vom 1. März 1927.
219 StA Oldenburg 136-86-37 Bd. 5 Bl. 952. – In Württemberg trat Anfang 1927 die rechte Oppo-

Der XI. Parteitag 1927

Bei der Vorbereitung des XI. Parteitags konnte die neue vereinigte Führung die Opposition weiter dezimieren. Der Parteitag, der ursprünglich schon im November 1926 stattfinden sollte,[220] war auf März 1927 verschoben worden, um vorher die Opposition ausschalten zu können.

Die Bezirksparteitage ließen die Überlegenheit des ZK klar erkennen. Nach dem Ausschluß ihrer führenden Kräfte lag die Opposition in den wichtigsten Bezirken am Boden. Auf dem Berliner Bezirksparteitag am 19. Februar 1927 hielt Thälmann das Referat. Er betonte, daß die »Geschlossenheit der Partei« notwendig sei, um die Aufgaben zu erfüllen; hätte die KPD nicht sechs Zehntel ihrer Arbeit der inneren Parteidiskussion widmen müssen, wären ihre Erfolge größer. Von den 170 Delegierten unterstützten 140 Thälmanns Resolution; 21 Stimmen entfielen auf eine Entschließung der linken Opposition, für die sich auch die Kötter-Gruppe aussprach, während sich 9 Delegierte der Weber-Gruppe von der linken Opposition distanzierten. Kötter warf dem ZK vor, die Opposition durch die »Atomisierung« in Zellen geschlagen zu haben, denn diese hatte nicht genügend Leute, um alle Zellen zu besuchen. Dagegen erklärte Wilhelm Hein, die Zellenarbeit müsse noch mehr forciert werden, die praktische Arbeit sei das Wichtigste: »Diskutiert ist genug«. Als Delegierte für den Reichsparteitag wurden 23 ZK-Anhänger, 3 der linken und einer der Weddinger Opposition gewählt.[221]

Auf dem Bezirksparteitag Ruhr, der am 5./6. Februar 1927 tagte, vertraten von 116 Delegierten 105 die Linie des ZK, 6 waren »Entschiedene Linke« und 5 Anhänger der Urbahns-Gruppe. Dieses Ergebnis wurde nur erreicht, weil noch kurz vor dem Parteitag linke Führer ausgeschlossen wurden.[222]

Auf dem Bezirksparteitag Niederrhein (12./13. 2. 1927) waren die 117 Delegier-

---

sition wieder stärker in den Vordergrund. In einer turbulenten Versammlung in Stuttgart am 17. Januar 1927 wurde der sofortige Ausschluß von Carl Müller angegriffen und von dem Rechten Mößner die alsbaldige Rückkehr von Brandler und Thalheimer in leitende Funktionen gefordert. (StA Bremen, IIA, 12 a, Bd. 18.)

220 Bereits im September 1926 war der Parteitag zum 27. November bis 1. Dezember 1926 nach Essen einberufen worden. Den politischen und organisatorischen Bericht sollte Braun [d. i. Ewert, H. W.] geben (tatsächlich sprach später Dengel zu diesem Tagesordnungspunkt), das Hauptreferat Thälmann übernehmen. In einem Rundschreiben des ZK vom November 1926 wurde mitgeteilt, daß der Parteitag auf der Grundlage der Betriebs- und Straßenzellen durchgeführt werde, die Wahl der Delegierten in den Unterbezirken erfolgen sollte. Nach den endgültigen Richtlinien des ZK wurden dann aber die Delegierten (auf 800 Mitglieder kam ein Delegierter) in den Bezirken gewählt, offensichtlich weil dort die Chancen der in den Unterbezirken noch stärkeren Opposition geringer waren. (Geh. StA München, 101 250 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 18, Bl. 60 ff.)

221 RF vom 22. und 23. Februar 1927 – »Westf. Kämpfer« vom 23. Februar 1927.

222 Das Beispiel des Bezirks Ruhr zeigt, daß der Apparat zwar gesäubert war, sich aber die untere Parteiorganisation noch in Gärung befand. Auf den Unterbezirks-Konferenzen war die Opposition noch verhältnismäßig stark gewesen, so standen in Dortmund 52 ZK-Anhängern 16 Oppositionelle gegenüber, in Hamborn war das Verhältnis 48 zu 16, in Buer 32 zu 11. Nach der Rückkehr der linken Führer, Urbahns, Schwan usw., aus Moskau fanden im Bezirk Ruhr mehrere Fraktionssitzungen der Linken statt. Die Folge war Ende Januar 1927 der Ausschluß führender Dortmunder Funktionäre wie Kelch, Körner, Czerkus (»Westf. Kämpfer« vom 27. Januar und 8. Februar 1927 – RF vom 26. Februar 1927 – »Entschiedene Linke«, Nr. 4, März 1927).

ten geschlossen für die Linie des ZK. Gegen die Mitarbeit der Gruppe Meyer und die EKKI-Erklärung über Brandler legte der UB Krefeld eine Resolution vor, die aber unter dem Druck der BL wieder zurückgezogen wurde. Der ehemalige Ultralinke Neubauer gab den Bericht der BL, in dem er die »bolschewistische Festigung und stählerne Einheit« der Partei forderte.[223]

Der Bezirksparteitag Erzgebirge in Chemnitz wurde von den Differenzen zwischen den sogenannten Chemnitzer Linken und den ZK-Anhängern geprägt. Die Chemnitzer Linken unter Leitung von Süßkind und Wesche, hinter denen auch Bertz, Opitz und andere standen, waren »parteitreu«, mit der gleichen Schärfe wie das ZK bekämpften auch sie die linken Oppositionsgruppen. Die Chemnitzer Linken befürchteten aber eine weitere Rechtswendung der KPD und wandten sich deshalb gegen jede Mitarbeit von Meyer, Brandler usw. Auf dem Bezirksparteitag (12./13. 2. 1927) erhielt der Polleiter des Bezirks Erzgebirge, Wesche, nur noch 43 Stimmen, 47 Delegierte waren Anhänger des ZK, das somit auch hier die Mehrheit gewann.[224] Eine beachtliche Opposition zeigte sich auf dem Bezirksparteitag von Niedersachsen. Den 98 Delegierten der ZK-Linie standen 21 Oppositionelle der Kötter-Gruppe gegenüber.[225]

Inzwischen hatte sich auch die linke Opposition im Bezirk Baden gesammelt und erst nach wochenlangen Debatten gelang es, die linke Mehrheit der BL zu brechen. Auf dem Bezirksparteitag Ende Februar 1927 in Offenburg standen 49 ZK-Anhängern nur noch 7 Oppositionelle gegenüber.[226]

Allein im Bezirk Pfalz konnte die (»Weddinger«) Opposition ihre Mehrheit behaupten. Die alte BL mit Baumgärtner als Polleiter und Frenzel als Orgleiter wurde wiedergewählt, die Resolution von Hans Weber erhielt 51, die des ZK nur 8 Stimmen.[227] In allen übrigen Bezirken brachten die Parteitage einen mehr oder weniger klaren Sieg des ZK.[228]

---

223 »Freiheit« vom 14. und 17. Februar 1927 – RF vom 26. Februar 1927.

224 Bei der Schlußabstimmung erhielt die Resolution des ZK 80 Stimmen, 24 wurden dagegen abgegeben, 11 Delegierte enthielten sich der Stimme (nur wegen der Brandler-Frage). Am 29. Mai 1927 fand daraufhin noch einmal ein Bezirksparteitag statt, auf dem Schneller anstelle von Wesche als Polleiter gewählt wurde. (StA Bremen, IV, 23, 2.)

225 »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 30. Januar 1927 – RF vom 26. Februar 1927.

226 Generallandesarchiv Karlsruhe 234-10131. – StA Bremen, IV, 31, Bd. 2. – RF vom 26. Februar 1927.

227 Geh. StA München, 101251 – »Inprekorr«, Nr. 118, vom 12. Dezember 1927 und RF vom 26. Februar 1927 gaben andere Zahlen an (43 zu 23 für die Weddinger Opposition).

228 Von den folgenden Bezirken wurden die Ergebnisse veröffentlicht: Berlin-Brandenburg: 140 Stimmen für das ZK, 16 Urbahns-, 9 Weber- und 5 Kötter-Gruppe. Für das ZK bzw. die Opposition stimmten:

Pommern:	55 : 1	Stimmen		Ruhr:	105 : 11	Stimmen	
Danzig:	41 : 0	„		Niederrhein:	117 : 0	„	
Schlesien:	73 : 5	„		Mittelrhein:	59 : 5	„	(Weber-Gr.)
Halle:	118 : 7	„		Hessen-Frankfurt:	87 : 6	„	
Erzgebirge:	80 : 24	„	(11 Enthalt.)	Baden:	49 : 7	„	
Magdeburg:	85 : 15	„		Ostpreußen:	76 : 9	„	
Niedersachsen:	98 : 21	„		Hessen-Kassel:	alle : 9	„	
Wasserkante:	143 : 7	„		Saar:	alle : 7	„	
Mecklenburg:	33 : 0	„		Pfalz:	8 : 51	„	(Weber-Gr.)

Der XI. Parteitag der KPD tagte vom 2. bis 7. März 1927 in Essen. Er wurde durch eine Massenkundgebung am 1. März eingeleitet, die ein Telegramm nach Moskau sandte, in dem die KPD versprach, die »drohende Intervention gegen die Sowjetunion« zu bekämpfen.[229]

Am 2. März 1927 hielt Geschke im Essener Saalbau die Eröffnungsrede. Ottomar Geschke, Wilhelm Pieck und Bernhard Becker (Essen) wurden ins Parteitagspräsidium gewählt. Schriftführer waren Wilhelm Hein, Otto Weber (Remscheid), Albert Bassüner und Anton Switalla. Unter großem Beifall wählte der Parteitag ein Ehrenpräsidium aus Stalin, Bucharin, Rykow, Tomski und dem »Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas«.[230] Von 183 stimmberechtigten Delegierten gehörten nur 10 den drei Oppositionsgruppen an.[231]

Der Parteitag sollte den Abschluß des Kampfes gegen diese linke Opposition bilden. Das EKKI schrieb in einem Brief, die »ruhmvolle KPD« werde sich in der Auseinandersetzung mit Rechten und Linken stärken; das ZK der KPdSU verlangte, die »ultralinke Krankheit endgültig« zu überwinden.[232] Diese Aufgabenstellung bestimmte die innerparteiliche Diskussion auf dem Parteitag.

Dengel ging in seinem Bericht über die Arbeit der Partei seit dem X. Parteitag auf das Verhältnis zur Komintern ein, das erst nach dem »Offenen Brief« wieder besser geworden sei: »Wir haben in ernster Arbeit anerkannt und der Partei klargemacht, daß die nichtswürdigen Versuche eines Maslow und einer Ruth Fischer, einen Spalt zu treiben zwischen die deutsche Kommunistische Partei und die Komintern, zum Verderben der deutschen Partei führen muß.« Die Versuche der Opposition, »die Komintern zu verdächtigen, als ob sie nach rechts marschiere, als ob sie den Leninismus abgesetzt, als ob ein *Stalinismus* an die Stelle des Leninismus getreten sei«, nannte Dengel eine Hetze und Verrat an der Komintern. Das früher »erbärmliche Verhältnis« der KPD zur Komintern sei verbessert worden, nicht weil die KPD-Führer »Agenten von Moskau« geworden seien, sondern weil jeder

---

In Westsachsen war das Stimmenverhältnis nur 82 zu 53 für das ZK, daher entsandte der Bezirk auch 4 oppositionelle Delegierte (Vogt, Joachim, Lau und W. Schneller) zum Parteitag (»Leipziger Volkszeitung« vom 2. März 1927). Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitages der KPD, Essen, März 1927. Berlin 1927, S. 153 – RF vom 26. Februar 1927 – »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 25. Januar 1927.

229 Bericht, a. a. O., S. 3 – RF vom 2. März 1927 – »Westf. Kämpfer« vom 2. März 1927.

230 Bernhard Becker, geb. 30. 11. 1892, war Betriebsrat bei Krupp in Essen. Anton Switalla, geb. 6. 10. 1896, war Parteifunktionär im Ruhrgebiet, 1968 Generalmajor der Volkspolizei und SED-Funktionär. Die übrigen Personen vgl. die Biographien, Bd. 2.

231 Grylewicz, Bartels und Schlecht der Urbahns-Gruppe; Hans Weber und Riese der Weddinger Opposition, Kötter, Vogt, Wilhelm Schneller, Joachim und Lau der Leipziger Richtung der Weddinger Opposition. Ein Delegierter der Kötter-Gruppe aus Niedersachsen wurde nicht zugelassen. Der niedersächsische Parteitag hatte – entsprechend der Delegiertenstärke – 4 ZK-Anhänger und den Oppositionellen Winschig zum Parteitag entsandt. Doch erklärte das ZK vor dem Reichsparteitag überraschend, Niedersachsen habe nur 4 Mandate zu beanspruchen, Winschig wurde gestrichen. Deswegen entbrannten auf dem Parteitag heftige Diskussionen.
Von den 183 Delegierten waren 85 Betriebsarbeiter, davon nur 29 aus Betrieben mit über 1000 Beschäftigten. 41 waren erwerbslos und 46 Parteiangestellte (davon allerdings nur 15 politische Angestellte, nämlich 5 ZK-Mitglieder und 10 Parteisekretäre). 177 hatten nur die Volksschule besucht, 5 hatten Hochschulbildung und 4 Mittelschulbildung. (Bericht, a. a. O. [Anm. 228], S. 67 f. 87, 172.)

232 RF vom 3. März 1927 – »Inprekorr«, Nr. 25, vom 4. März 1927, S. 511.

kleine Schritt weg vom Leninismus in den opportunistischen Sumpf führe. Die Parteidemokratie sei niemals breiter gewesen, als nach dem »Offenen Brief«.[233]
Dengel führte weiter aus: die Partei hat den Oppositionsführern gegenüber große Geduld bewiesen, aber eine Kommunistische Partei kann nur existieren, wenn sie einheitlich ist, wenn sie die auf dem Parteitag gewählte Führung anerkennt. Nur diejenigen, die den Boden der Komintern verlassen haben, oder Disziplinbruch um Disziplinbruch begingen, sind ausgeschlossen worden. Monate hindurch mußten »drei Viertel und vier Fünftel der Arbeit« darauf verwendet werden, »um solche Elemente wie Katz, Korsch, Ruth Fischer und Scholem zu isolieren, loszulösen von einer großen Zahl von Arbeitern in der Partei. Wir mußten die Partei von diesen Elementen säubern, ohne daß wir gute und tüchtige Arbeiter verloren.« Dengel rügte ferner »opportunistische« Fehler, wie sie in Mecklenburg und Thüringen begangen wurden; der Hauptkampf richte sich aber weiterhin gegen die ultralinken Feinde.[234]
Nach Dengel kamen die Vertreter der drei Oppositionsgruppen zu Wort. Für die stärkste Gruppe erhielt Kötter eine verlängerte Redezeit von einer halben Stunde. Er bestritt die offizielle These der Partei, es bestehe eine relative Stabilisierung des Kapitalismus, er behauptete vielmehr, die »Widersprüche des Kapitalismus verschärfen sich gerade in der jetzigen Zeit zusehends«. Kötter verlangte daher, daß die KPD neben der legalen auch die illegale Arbeit mehr berücksichtige. Die Einheitsfrontpolitik werde nach seiner Ansicht opportunistisch betrieben. Scharf verurteilte er die Methode des ZK, »die Zellenorganisation in den Dienst der fraktionellen Interessen des ZK zu stellen«. Kötter beendete seine ständig von Gelächter, Heiterkeit und Unruhe unterbrochenen Ausführungen mit der Mahnung, der innerparteiliche Kurs müsse geändert werden, wenn die Partei ihre Aufgaben erfüllen solle.[235]
Nach ihm bekam Hans Weber zehn Minuten Redezeit. Er sprach sich ebenfalls gegen die ZK-These von der Stabilisierung des Kapitalismus aus und warf dem ZK die »tollsten Widersprüche« in den politischen Fragen vor.[236]
Für die Urbahns-Gruppe verlas Wolfgang Bartels eine Erklärung.[237] Darin wurde der Parteimehrheit vorgeworfen, »den Kurs der Strangulierung und der Niederknüppelung der Opposition« fortzusetzen, die Vertreter des nach dem »Offenen Brief« eingesetzten ZK könnten trotz der günstigen Situation keine Erfolge aufweisen, die letzten Wahlen in Thüringen usw. hätten der Partei große Verluste gebracht. Die KPD habe auch keineswegs mehr organisierte Mitglieder als zur Zeit der linken Zentrale, obwohl die KPD die kommunistischen Grundsätze verwische und vor der SPD zurückweiche. Von Schluß-Rufen unterbrochen, solidarisierte sich

233 Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen sei gegen die Opposition ausgenutzt worden, sagte Dengel. Bericht, a. a. O., S. 29.
234 Bericht, a. a. O., S. 26 ff. – RF vom 4. März 1927.
235 Bericht, a. a. O., S. 76 ff. – RF vom 5. März 1927.
236 Bericht, a. a. O., S. 83 ff. – RF vom 5. März 1927.
237 Bartels wurde sofort mit dem Zuruf empfangen: »Hat die Scholem gestern geschrieben?« (Bericht, a. a. O., S. 86.) Die Erklärung ist abgedruckt in *Dokumente*, S. 282 ff.

Bartels mit Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Scholem, Schwan und den anderen Ausgeschlossenen.[238]
Pieck wies »diese nur als Provokation gedachten Ausführungen«, die große Unruhe in den Parteitag gebracht hatten, zurück, da die »Partei sich solche Unverschämtheiten nicht mehr gefallen lassen wird«. Thälmann sagte, daß Scholem und Urbahns in Essen anwesend seien und er warnte jeden, an Fraktionssitzungen dieser Gruppe teilzunehmen. Das veranlaßte Schlecht zu der Erwiderung, Thälmann wolle eine »Pogromstimmung« in die Versammlung hineintragen, um dem Parteitag »wenigstens etwas Leben zu geben«.[239] Daraufhin verlangte Wittorf, daß Genossen, »die mit Parteifeinden heute noch verkehren«, nicht mehr Mitglieder der Partei sein können.[240]
Der Parteitag beschloß, Bartels, Grylewicz und Schlecht für ein Jahr alle Parteifunktionen zu entziehen und forderte diese auf, ihre Parlamentsmandate niederzulegen. Auch Hans Schröter verlangte schärfsten Kampf »gegen alle Abweichungen, sei es von rechts oder sei es von links«; und der Delegierte Biefang aus dem Ruhrgebiet meinte gar, »die dauernde Kritik am ZK muß nach dem Parteitag aufhören«.[241]
Ernst Meyer begann seine Ausführungen mit einem Tadel solcher Vorstellungen. Er sagte, nur mit der »fraktionellen Kritik an den leitenden Körperschaften« müsse Schluß gemacht werden, an ihre Stelle solle die »gegenseitige, kameradschaftliche Kritik treten«. Meyer warf der linken Opposition vor, eine falsche Politik gegenüber der SPD zu empfehlen, sie wollten »eine Verdonnerung der SPD in Bausch und Bogen«. Die Phraseologie gegenüber der SPD aus der Ruth Fischer-Zeit führe aber zur Prügeltaktik, wie sie in Berlin und Bremen gegen SPD-Arbeiter und nicht nur gegen SPD-Führer gehandhabt worden sei. »Die Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit will aber von der Wiederholung dieser falschen Politik nichts wissen.«[242]
In seinem Referat »Die politische Lage und die Aufgaben der Partei« legte Ernst Thälmann die allgemeinen Linien der KPD-Politik fest. Er befaßte sich besonders mit dem Aufbau in der Sowjetunion, sprach von der Entstehung des neuen deutschen Imperialismus und über die Rolle der SPD. Die Generallinie der Partei sah er durch den »Offenen Brief« vorgezeichnet: »Im Mittelpunkt unserer ganzen Tätigkeit stehen in Zukunft die Tageskämpfe der deutschen Arbeiterbewegung.« Der Partei stellte Thälmann »zwei Generalaufgaben: 1. der inneren Konsolidierung der Partei; 2. des Kampfes um die Führung der deutschen Arbeiterklasse durch die Kommunistische Partei«.[243]
Über die Parteidiskussion und die innerparteilichen Aufgaben referierte Arthur

238 Bericht, a. a. O., S. 87 – RF vom 5. März 1927.
239 Bericht, a. a. O., S. 88 f. – RF vom 5. März 1927.
240 Bericht, a. a. O., S. 90 – RF vom 5. März 1927.
241 Bericht, a. a. O., S. 101.
242 Bericht, a. a. O., S. 102 ff. – RF vom 6. März 1927.
243 Bericht, a. a. O., S. 52 und 63 ff. – RF vom 4. März 1927. Die Rede Thälmanns ist auch – stilistisch stark verändert und gekürzt! – abgedruckt in: Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 1955, S. 438 ff.

Ewert. Er versuchte noch einmal, die innerparteilichen Diskussionen seit 1924 nachzuzeichnen. Ewert meinte, die linke Opposition würde »in dem Sumpf des kleinbürgerlichen Radikalismus oder in den Reihen des Halbfaschismus« landen. Die These der linken Opposition, »der Kampf gegen den Stalinismus ist ein Kampf gegen die Liquidation der Komintern«, bezeichnete er als »Gift«, das man systematisch in die Arbeiterklasse und in die KPD trage.[244] Ewert nannte es ein »Charakteristikum dieser oppositionellen Gruppen und bezeichnend für ihre Unklarheit, daß eine der konfusesten Gruppen am stärksten hier auf diesem Parteitag vertreten ist«, nämlich die Kötter-Gruppe. Ewert kündigte an, daß das Fraktionswesen »wie es jahrelang in der Partei bestanden hat« aufhören werde und müsse. Die parteifeindliche Opposition sei geschlagen. Ewert wandte sich auch gegen rechte Tendenzen, wie sie Böttcher auf dem Parteitag vertrat, und gegen die Chemnitzer Richtung, die den Beschluß über Brandler kritisierte. Die Konzentration der Partei sei »die erste und entscheidende Aufgabe, die wir durchzuführen haben«. Die Zentralisation müsse verstärkt werden, eine wirkliche Körperschaftsdisziplin herrschen.[245] »Schluß mit der Fraktionsarbeit, Niederringung des parteifeindlichen Einflusses«, das sei die innerparteiliche Hauptaufgabe.[246]
Für die Kommunistische Internationale gab Kuusinen auf dem Parteitag (unter dem Pseudonym Jansen) den »Bericht von der 7. Tagung der Erweiterten Exekutive der Komintern«. Er verteidigte Stalins These vom Aufbau des Sozialismus in einem Land und forderte die KPD auf, »gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen« zu kämpfen.[247]
Außerdem referierte Schneller über die Aufgaben der KPD in den »überparteilichen Massenorganisationen«, Heckert über die Gewerkschaftsarbeit und Geschke über »Partei und Jugend«.
Der Parteitag machte deutlich, daß das ZK zwar die überwältigende Mehrheit der Delegierten[248] hinter sich hatte, daß diese Mehrheit aber sehr heterogen war. Nach

---

244 Bericht, a. a. O., S. 187 f. – RF vom 8. März 1927.
245 Hierzu sagte Ewert: »Die Frage der Zentralisation aber, die wir in Verbindung mit der Demokratie entwickeln werden, müssen wir jetzt stellen als eine Frage der Herausbildung einer wirklichen Körperschaftsdisziplin, daß wir in den einzelnen Leitungen um die richtige Linie ringen, daß, wenn wir zu einer bestimmten Frage Beschlüsse fassen, jeder einzelne, soweit eine Kollektivmaschine in der Partei in Betracht kommt, diese Beschlüsse einheitlich hinausträgt in die Mitgliedschaft und in die Arbeiterschaft ... Hier ist die Zurückstellung der eigenen persönlichen Meinung notwendig, der eigenen persönlichen Nuancen, und jeder muß versuchen, aus den Diskussionen eine kollektive Meinung dieser leitenden Körperschaften herauszuarbeiten und sie in die Gesamtarbeiterschaft hineinzutragen. Erst so kann die Partei eine wirkliche Entwicklung als Führerin der Arbeiterklasse erzielen.« Bericht, a. a. O., S. 189.
246 Bericht, a. a. O., S. 190 – RF vom 8. März 1927.
247 Bericht, a. a. O., S. 243 ff. – RF vom 6. März 1927. Daß es sich bei Jansen um Kuusinen handelt, bestätigt die SED-»Chronik« (a. a. O., Anm. 53, S. 205).
248 In die entscheidende »Politische Kommission« wurden gewählt (Bericht, a. a. O., S. 69): *Blau, Grasse, Grylewicz* (Berlin), Richter, Wilhelm Schneller (Westsachsen), *Wesche*, Bauer (Erzgebirge), *Melcher* (Ostsachsen), *Schröter* (Halle), *Tittel* (Thüringen), *Richthofer* (Niedersachsen), *Wittorf*, Stefan (Wasserkante), Jegelke (Ruhrgebiet), *Neubauer* (Niederrhein), *Winterich* (Mittelrhein), *Betz* (Pfalz), *Fugger* (Württemberg), Stützel (Südbayern), *Heucke* (Hessen), *Kollwitz* Ostpreußen), *Steffen* (Pommern), *Hausen* (Schlesien), *Blenkle* (Jugend), sowie für das ZK *Ewert, Schneller, Remmele, Pieck, Heckert, Geschke* und *Ernst Meyer*, Vorsitzender der Kommission wurde *Thäl-*

langen Diskussionen mit den »Chemnitzer Linken« lehnte das ZK es ab, Brandler und Thalheimer Parteifunktionen in der KPD zu geben, solange diese »ihre früheren Fehler nicht anerkannt haben«.[249] Auf dieser Basis gelang es zwar, die Chemnitzer »Opposition« zunächst auszuschalten (für diese erklärte Wesche auf dem Parteitag die Differenzen mit dem ZK für beendet[250]), aber Ewerts Schlußfolgerung (es gebe in der Mehrheit keine Gruppierungen, die gegeneinander kämpften, die Mehrheit sei einheitlich »und auf dem Wege zu einer noch strafferen Zusammenfassung«[251]) erwies sich als unrichtig.

Der Parteitag bewies zwar, daß die linke Opposition aus allen wichtigen Funktionen in der KPD verdrängt war, aber die führende Mehrheit war keineswegs einheitlich. Neben der Thälmann-Dengel-Führung hatten sich die linken Chemnitzer ihren Einfluß bewahrt, und durch die Konzentration hatte auch die Meyer-Gruppe an Bedeutung gewonnen. Hinzu kam, daß auf dem XI. Parteitag erstmals wieder eine rechte Opposition auftrat (Paul Böttcher). Böttcher sagte, eine Konzentration sei nur möglich, wenn die linken Fehler der Vergangenheit korrigiert würden.[252] Hans Beck und der frühere Ultralinke Rosenberg kritisierten die Parteilinie ebenfalls von »rechts«. Beck verlangte ein besseres Verhältnis zur linken SPD, und Rosenberg ging so weit zu sagen, gegenwärtig sei der Hauptfeind nicht die Bourgeoisie, »sondern die scheinradikale Phrase in unseren eigenen Reihen ...«[253] Tittel, Melcher und Walcher wandten sich dagegen, daß die rechte SPD als »Hauptfeind« bezeichnet wurde.[254]

Die Parteiführung selbst bemerkte sehr wohl, daß die ständig zitierte Einheitlichkeit noch nicht erreicht war.[255] Deshalb wurden nicht nur die üblichen Resolutionen zur Lage und den Aufgaben der Partei beschlossen,[256] sondern die »Schaffung von

---

mann, Sekretär Paul *Dietrich*. (Die kursiv gesetzten Namen vgl. Biographien Bd. 2.) Wilhelm Schneller war Anhänger der Ultralinken, Stadtverordneter in Leipzig. Nach 1945 SED-Funktionär, Pressereferent im Ministerium für Volksbildung. Jegelke wurde 1929 als Rechter aus der KPD ausgeschlossen, Stefan vgl.: V. Das Führungskorps, Bd. 2.

249 Bericht, a. a. O., S. 226.

250 Bericht, a. a. O., S. 206 – RF vom 9. März 1927 – Vgl. auch »Kommunistische Politik«, Nr. 6, vom 18. März 1927.

251 Bericht, a. a. O., S. 230 – RF vom 10. März 1927.

252 Bericht, a a. O., S. 197. Böttcher sollte nach den ursprünglichen Plänen ebenfalls ins ZK gewählt werden (vgl. Anm. 261), doch hatten die Ultralinken im Bezirk Westsachsen durch Drohungen seine Kandidatur verhindert (vgl. Dok. 25 und »Leipziger Volkszeitung« vom 2. März 1927). Vom Bezirk Leipzig wurden Schumann und der Ultralinke Gerbig ins ZK gewählt.

253 Bericht, a. a. O., S. 112 f. und 202 f. – RF vom 6. und 8. März 1927.

254 2 Jahre Arbeit und Kampf. Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag. Berlin 1929, S. 213 – »Neue Zeitung«, München, vom 8. November 1928.

255 Die Urbahns-Maslow-Gruppe zählte in ihrem »Mitteilungsblatt« innerhalb und außerhalb der KPD zehn verschiedene kommunistische Fraktionen auf, vgl. dazu Kap. 6, S. 279, Anm. 136. Auch wenn diese Aufzählung, was die Richtung der einzelnen Personen betrifft, nicht ganz korrekt ist, so gibt sie doch einen Eindruck von der Zersplitterung, die 1927 im deutschen Kommunismus bestand. Die meisten der angeführten Gruppen hatten allerdings in der Partei keinen wesentlichen Einfluß mehr.

256 Die »Thesen« des Parteitags wurden einstimmig angenommen, der Kampf gegen die »Kriegsgefahr« in den Vordergrund gestellt, »stärkste Unterstützung der Sowjetunion und der chinesischen Revolution« versprochen. Die Verbesserung der Gewerkschaftsarbeit und die Bekämpfung der SPD wurden ebenfalls hervorgehoben. (RF vom 12 März 1927.)

Kontrollkommissionen« zur Überwachung der Parteiorgane gefordert, um Disziplin und Einheitlichkeit der Partei zu sichern.[257]
Eine Entschließung »über die Einheit der Partei und die Unzulässigkeit von Fraktionen« stellte fest, durch das Auftreten der Opposition sei »das Ansehen der Partei geschädigt« und die Partei »an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte« gehindert worden. Der Parteitag stellte deshalb die Forderung, »alle Gruppen und Fraktionen aufzulösen«, er verpflichtete das ZK, »alle Maßnahmen zu treffen, um die Gefahr weiterer fraktioneller Kämpfe in der Partei zu bannen«. Wer dem Beschluß zuwiderhandelte, wurde mit dem Ausschluß aus der Partei bedroht.[258]
Der KPD wurden vier innerparteiliche Aufgaben gestellt: 1. Schaffung einer festen und breiten Parteiführung, 2. Vertiefung des Bewußtseins in der Mitgliedschaft über die führende Rolle der KPD, 3. revolutionäre Parteidemokratie und Parteidisziplin und 4. Vergrößerung des Einflusses der Betriebszellen in der Partei.[259]
Auch die Zusammensetzung des auf dem Parteitag (wieder in »geschlossener Sitzung«)[260] neugewählten Zentralkomitees[261] zeigte, daß die Führung noch immer mit dem Widerstand einzelner Richtungen und Fraktionen zu rechnen hatte. Ins ZK wurden außer Anhängern von Thälmann und Dengel, der Meyer-Gruppe und der Chemnitzer Linken auch Vertreter der Weddinger Opposition, der Leipziger Linken, ja selbst der ehemaligen linken Opposition (Betz, Gerbig, Paul Maslowski) gewählt.[262]
Ins Polbüro wurden als Mitglieder berufen: Ernst Thälmann, Philipp Dengel, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Fritz Heckert, Paul Merker, Ernst Meyer, Ernst Schneller und Hermann Remmele; als Kandidaten: Gerhart Eisler, Wilhelm Pieck und Heinrich Süßkind. Sekretär des Polbüros blieb Leo Flieg. Politische Sekretäre wurden Thälmann, Dengel, Ewert und Meyer (während seiner schweren Krankheit löste ihn im Herbst 1927 Schneller ab).[263]
Der XI. Parteitag bildete den Abschluß des Kampfes gegen die linke Opposition im Apparat und Funktionärkorps, er leitete offiziell den Kurs der Konzentration ein. Damit wurde aber zugleich die Auseinandersetzung mit den Rechten in der Partei begonnen. Die offizielle Losung, von der Diskussion zur »praktischen Parteiarbeit« überzugehen,[264] konnte die Spannungen ebensowenig verdecken wie die

---

257 Bericht, a. a. O., S. 401.
258 Bericht, a. a. O., S. 390 f.
259 RF vom 12. März 1927.
260 Bericht, a. a. O., S. 453 – RF vom 8. März 1927.
261 35 Mitglieder und 18 Kandidaten wurden ins ZK gewählt. Die Namen der Mitglieder und Kandidaten vgl. V. Das Führungskorps, Bd. 2.
262 In der SED-»Chronik« a. a. O. (Vgl. Anm. 53, S. 206) werden bis auf Maslowski die gleichen Mitglieder angegeben. Anstelle von Maslowski wird ein »Jürgens« (ohne Vorname!) genannt. Aus den verschiedenen Angaben, u. a. Mitt. von Joseph Schlaffer an den Verf., geht hervor, daß Vertreter aller Richtungen ins ZK kamen, darunter Maslowski für die linke Opposition (vgl. auch Anm. 263). Maslowski selbst gab auf eine Anfrage keine Antwort.
263 Mitt. von Joseph Schlaffer, Max Köhler, Fritz Altwein, Heinrich Galm, Erich Hausen, Ernst Torgler, L. S. an den Verf.
264 Die Kommunistische Internationale vor dem VI. Weltkongreß. Tätigkeitsbericht des EKKI. Hamburg 1928, S. 111.

Behauptung: »Der Parteitag hat die taktischen Auseinandersetzungen beendet und die Gesamtpartei geht geschlossen an die Arbeit unter einer Führung, die in ihrem Zentralkomitee Vertreter fast aller Gruppierungen in der Partei vereint hat und trotzdem oder gerade deshalb eine einheitliche und geschlossene ist.«[265]

Das Ende der linken Opposition

Nach dem XI. Parteitag ging die neue Führung tatkräftig an die Arbeit, um die verkündete innerparteiliche Einheitlichkeit zu verwirklichen. Die restlichen Oppositionellen in der Partei wurden in den nächsten Monaten vor die Alternative gestellt: entweder vor dem ZK zu kapitulieren oder ausgeschlossen zu werden.
Bereits die erste ZK-Tagung nach dem XI. Parteitag statuierte ein Exempel: Am 1. April 1927 wurden Bartels, Grylewicz und Schlecht (bei Stimmenthaltung von Betz und Gerbig) aus der KPD ausgeschlossen, weil sie ihre Mandate nicht niedergelegt hatten. Eine Reihe von Abgeordneten, die sich mit ihnen solidarisiert hatten,[266] wurde streng verwarnt.[267]
In den folgenden Monaten wurden die meisten Anhänger der Urbahns-Gruppe aus der Partei entfernt,[268] einige traten aus der KPD aus[269], und eine Reihe, darunter die Abgeordneten Gehrmann (Rathenow), Hedwig Krüger, Skjellerup und andere, gewann das ZK mit unterschiedlichen Methoden für die neue Linie.
Einige mittlere Funktionäre mit einem gewissen Anhang, die 1926 ausgeschlos-

265 »Neue Zeitung«, München, vom 15. März 1927.

266 Am 17. März 1927 hatten die Reichstagsabgeordneten Bohla, Kenzler, Obendiek und Vierath, die preußischen Landtagsabgeordneten Heym, Gehrmann (Rathenow), Kilian, Gustav Müller, Eppstein, Skjellerup und Hedwig Krüger sowie der badische Landtagsabgeordnete Jakob Ritter in einer Erklärung geäußert, daß sie die Haltung von Bartels, Grylewicz und Schlecht auf dem XI. Parteitag vollkommen billigten und an deren Stelle genauso gehandelt hätten. (»Mitteilungsblatt«. Linke Opposition in der KPD. Hrsg. Urbahns, vom 15. März 1927 – StA Bremen, IIA 12a, Bd. 19 Bl. 28.)

267 RF vom 3. April 1927.

268 Im Ruhrgebiet wurden auch die letzten aktiven Anhänger der »Entschiedenen Linken«, Schmitz-Bocholt, Triebel-Wattenscheid, Restetzki und Szymzak-Buer, Koppatz-Rheinhausen usw. ausgeschlossen. (»Westf. Kämpfer« vom 15. April und 18. August 1927.)

269 Auch Arthur Rosenberg erklärte in einem Artikel im sozialdemokratischen »Vorwärts« seinen Austritt aus der KPD; er behielt aber sein Mandat als unabhängiger Abgeordneter bei. In einem Brief an das ZK schrieb er u. a.: »Der vollständige Zusammenbruch der Komintern-Politik in China unmittelbar nach der großen Niederlage in England nötigt zu einer Überprüfung der Organisationsform der internationalen Arbeiterbewegung. Es zeigt sich immer mehr, daß die unaufhörlichen Niederlagen der 3. Internationale nicht allein aus äußeren Ursachen zu erklären sind, sondern daß hier ein Grundfehler des Systems vorliegt. Das moderne Sowjetrußland beruht auf dem Kompromiß des qualifizierten russischen Arbeiters mit dem besitzenden Bauerntum und darüber hinaus auch der nationalen russischen Demokratie. Daher wäre Sowjetrußland der natürliche Verbündete der nationalen Freiheitsbewegungen des Auslandes sowie der gemäßigten, kompromißbereiten aufbauwilligen sozialistischen Arbeiterschichten. Die Kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands dagegen müssen sich, um ihre Sonderexistenz zu rechtfertigen, auf die ärmsten, radikalsten, kompromißfeindlichen und antinationalen Arbeiterschichten stützen. Auf der andern Seite aber soll die Komintern die politische Linie Sowjetrußlands nicht durchkreuzen. So ergeben sich untragbare Widersprüche. Aus den Widersprüchen entstehen die ständigen taktischen Schwankungen, die Fehler, die Niederlagen ... Die große Wendung der sowjetrussischen Innenpolitik auf dem

sen worden waren, wurden 1927 wieder in die KPD aufgenommen. Auf diese Weise gelang es dem ZK, den Einfluß der linken Opposition in deren letzten Zentren zu zerbrechen. Im Bezirk Berlin-Brandenburg beispielsweise wurde die Opposition im Laufe des Jahres 1927 zu einer bedeutungslosen Minderheit zurückgedrängt. Auf dem Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg (20./21. 11. 1927) standen von 141 Delegierten nur noch 14 auf seiten der Opposition. Ohne Vorbehalte begrüßte die überwältigende Mehrheit den inzwischen erfolgten Ausschluß Trotzkis aus der KPdSU.[270]

Auch in Baden, wo sich die linke Opposition erst spät entwickelt hatte, gelang es dem ZK (allerdings unter großen Anstrengungen), diese zu isolieren. Im März 1927 wurden Kenzler, Ritter und ihre Anhänger aus dem Apparat entfernt; man warf ihnen »systematische Untergrabung des Vertrauens zur Sowjetunion« vor.[271] Eine Stadtdelegierten-Konferenz in Mannheim am 16. Juli 1927 brachte dem ZK mit 97 zu 27 Stimmen die Mehrheit. Anschließend wurden am 2. August 1927 die führenden Oppositionellen Kenzler, Ritter, Hurm, Mohr, Faulhaber und andere wegen »parteischädigenden Verhaltens« ausgeschlossen. In einem Rundschreiben stellten sich die Oppositionellen auf den »Boden Maslows-Urbahns« und meinten: »Viele kuschen sich und heucheln Parteitreue, besonders Mandatsträger und solche, die es werden wollen. So werden Lakaien und Postenjäger gezüchtet.« Auf dem badischen Bezirksparteitag im Dezember 1927 wurde auch hier die Opposition ausgeschaltet: unter den 68 Delegierten waren nur noch 2 Oppositionelle.[272]

Große Schwierigkeiten hatte das ZK mit dem Unterbezirk Suhl in Thüringen. Hier hatte die Opposition unter Georg Heym seit 1926 nicht nur die Mehrheit der Delegierten hinter sich, sie beherrschte auch den Apparat und den von Heym redigierten Suhler »Volkswillen«. Auf der UB-Konferenz im Februar 1927 stimmten 25 Delegierte für die Opposition, 16 waren ZK-Anhänger. In den folgenden Monaten konnte die Opposition ihre Mehrheit sogar ausbauen: Von 20 Ortsgruppen standen 13 hinter ihr, am 5. Dezember 1927 stellte sich die UB-Leitung mit 11 zu 6 Stimmen gegen das ZK (das 7 Vertreter zu dieser Sitzung nach Suhl entsandt hatte!).[273] Da der Suhler »Volkswille« als einzige KP-Zeitung nicht der PEU-

---

14. Parteitag der Bolschewiki hätte als logische Folge die Auflösung der 3. Internationale haben müssen. Die klugen Staatsmänner, die heute Sowjetrußland führen, wissen das ohne Zweifel genauso gut wie ich ... Aber sie sind noch sehr die Gefangenen der Ideologie von gestern, daß sie das Notwendige noch nicht tun können ...« (RF vom 29. April 1927 – »Vorwärts« vom 27. April 1927 – »Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 33, Mai 1927.)

270 StA Bremen, IIA 12a, Bd. 21 – RF vom 29. November 1927 – Nur in Ausnahmefällen, wie in der Stadt Rathenow, hatte die Opposition noch Anhänger. Dort wurden im Oktober 1927 für die Unterbezirkskonferenz noch 23 Delegierte der Opposition und nur 3 der ZK-Richtung gewählt. 1929 waren in der Stadtverordnetenversammlung Rathenow vertreten: »11 SPD, 15 bürgerliche, 3 Linkskommunisten, 2 Stalinisten« (»Volkswille«, Berlin, vom 26. Januar 1929). In Berlin war die Spaltung soweit gegangen, daß im Oktober 1927 Schimanski und zwei seiner Anhänger eine eigene Fraktion in der Neuköllner Bezirksverordneten-Versammlung bildeten. (»Fahne des Kommunismus« vom 11. November 1927 und »Westf. Kämpfer« vom 4. Oktober 1927.)

271 StA Bremen, IV 31, Bd. 2 – Generallandesarchiv Karlsruhe, 234-10131.

272 StA Bremen, IV 31, Bd. 2 – »Arbeiter-Zeitung«, Mannheim, vom 2. August 1927 – RF vom 2. Dezember 1927 – »Vorwärts« vom 5. August 1927.

273 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 19 und Bd. 21.

VAG des ZK angeschlossen war, konnte er die Ansichten der Opposition unzensiert verbreiten. Urbahns gelang es, mit Heym folgende Vereinbarung zu treffen: der »Volkswille« sollte ab 1. Januar 1928 als Reichsorgan der Opposition in ganz Deutschland vertrieben werden. Die KPD-Opposition besaß damit nach ihren Worten »die erste Tageszeitung, seitdem die KPD in den Sumpf des Reformismus gegangen ist.«[274] Daraufhin schloß das ZK Ende Dezember 1927 die Gruppe Heym aus der KPD aus.[275] Doch konnte das ZK nicht verhindern, daß die Mehrheit des Unterbezirks bei der Opposition blieb.[276]
Größere Erfolge erzielte das ZK gegen die Weddinger Opposition in Leipzig. Ende Juli 1927 wurden Arthur Vogt und einige seiner Anhänger aus der KPD ausgeschlossen, weil sie dem Parteibefehl, ihre Funktionen in den Massenorganisationen niederzulegen, nicht Folge geleistet hatten. Nach einer Selbstkritik wurden sie jedoch im Herbst wieder aufgenommen, aber ihr Einfluß war geschwunden. Auf dem Bezirksparteitag Westsachsen im Dezember 1927 standen 115 Delegierte hinter dem neuen Polleiter Georg Schumann, nur 17 stimmten gegen ihn und davon gehörten nur 9 der Vogt-Gruppe an, die sich nach dieser Niederlage auflöste.[277]
Auch im Berliner Bezirk Wedding, der seit Januar 1925 oppositionell war, konnte die Mehrheit der Opposition gebrochen werden. Am 13. Dezember 1927 gelang es Thälmann auf einer Delegiertenversammlung im Wedding, mit 88 gegen 83 Stimmen, bei 8 Enthaltungen, eine Resolution für das ZK durchzubringen. Das war erreicht worden, weil sich der Orgleiter Fritz Engel mit seinen Anhängern von Hans Weber und Riese getrennt hatte. Hans Weber wurde am 14. März 1928 aus der KPD ausgeschlossen. Riese, der dem »von seinen Anhängern umringten« Weber am 16. März 1928 gestattete, in einer Versammlung zu reden, wurde am 17. März 1928 ebenfalls ausgeschlossen. Damit zerfiel die Opposition, die allerdings selbst nach der Wittorf-Affäre noch (in drei Richtungen aufgespalten) existierte, bis es Heinz Neumann 1929 endgültig gelang, sie durch weitere Ausschlüsse zu beseitigen.[278]
Die Pfalz als letzter oppositioneller Bezirk hatte auch auf dem Bezirksparteitag am 10. Dezember 1927 für die Weddinger Opposition gestimmt. Obwohl das ZK Merker und Dahlem als Referenten entsandt hatte, konnte der Korreferent Weber seine Resolution mit 43 gegen 23 Stimmen durchsetzen. Der Parteitag verlangte (mit 43 gegen 18 Stimmen) die Abberufung des ZK-Kommissars Karl Fischer, da dieser nicht gewählt sei; zugleich protestierten die Delegierten dagegen, daß die »Arbeiterzeitung« in Ludwigshafen im Sinne des ZK redigiert werde.[279] Das ZK be-

274 »Volkswille«, Reichsorgan der Opposition (Marxisten-Leninisten) in der KPD, Suhl, vom 21. Dezember 1927 – »Soz. Republik« vom 10. Dezember 1927 – StA Münster I Pa Bd. 381.
275 »Inprekorr«, Nr. 2, vom 6. Januar 1928 – »Westf. Kämpfer« vom 28. Dezember 1927.
276 Die oppositionelle Ortsgruppe Meiningen schloß am 24. Januar 1928 sogar acht ZK-Anhänger »aus der KPD aus«. (»Inprekorr«, Nr. 5, vom 15. Januar 1928.)
277 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 19 – RF vom 30. Juli 1927 – »Soz. Republik« vom 16. Dezember 1927 – »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 20. Dezember 1927.
278 StA Bremen, IIA 12a, Bd. 22 – RF vom 18. Dezember 1927, vom 14., 17., 18. und 25.März 1928 – »Soz. Republik« vom 19. Dezember 1927 – »Volkswille« vom 26. Januar 1928 – Riese war ein Pseud. von Max Kuß, der 1968 in Bayern lebte.
279 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 21.

gann nun, die führenden Pfälzer Funktionäre auszuschalten. Am 7. Februar 1928 wurden der Polleiter Baumgärtner und der Orgleiter Frenzel ausgeschlossen, weil sie im Oktober 1927 eine Zusammenkunft der Weddinger Opposition mit dem Trotzkisten Christian Rakowski (der damals als sowjetischer Botschafter von Paris nach Moskau zurückfuhr) geleitet hatten. Die Mehrheit der Funktionäre des Bezirks Pfalz traf sich (gemeinsam mit Baumgärtner, Frenzel und Hans Weber, der aus Berlin gekommen war) am 9. März 1928 mit Urbahns und Grylewicz, um ein Bündnis mit den linken Kommunisten einzugehen. Der »Volkswille« sollte als »Süddeutsche Arbeiterzeitung« im Bezirk verbreitet werden. Daraufhin wurden Weber in Berlin und andere führende Funktionäre in der Pfalz ausgeschlossen. Das ZK, das August Creutzburg und Karl Fischer als Kommissare in die Pfalz entsandt hatte, konnte auf einer Pfälzer Tagung am 1. April 1928 erstmals die Mehrheit der Delegierten gewinnen. Die ausgeschlossene Opposition vereinigte sich jedoch zu einer festen Organisation, sie gab unter Leitung von Frenzel eine eigene Zeitung heraus und wurde später, nach Spaltung des Leninbundes, ein Teil der trotzkistischen Richtung in Deutschland.[280]

In den übrigen Bezirken, in denen noch kleinere Oppositionsgruppen existierten, konnte das ZK auf den Bezirksparteitagen Ende 1927 ebenfalls umfassende Siege erringen.[281]

Allerdings kam es innerhalb der Parteiführung zu ernsthaften Differenzen über die Behandlung der Opposition. Das ZK hatte in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1927 zwar davon gesprochen, daß die »Einheit hergestellt« sei, mußte aber dennoch zugeben, daß in Baden, Thüringen, Frankfurt und der Pfalz große Verwirrung in der Partei bestand. Da Grylewicz im September 1927 in Prag mit Victor Stern und Zapotocki (KPTsch) und Ruth Fischer in Paris mit Führern der KPF verhandelten, befürchtete man in den ausländischen Kommunistischen Parteien weitere Spaltungen in Deutschland. Aber auch in Deutschland selbst wurden kritische Stimmen gegen die Behandlung der Opposition laut. Edwin Hoernle machte sich zum Sprecher dieser Meinungen und stellte fest, ein großer Teil der Parteimitglieder, die politisch absolut zum ZK ständen, glaube, »daß eine große Anzahl Ausschlüsse und Austritte sich hätte vermeiden lassen, wenn die Parteidebatten von Anfang an politisch tiefgreifender und ohne überstürzende Redeverbote oder kleinliche Disziplinmaßregeln geführt worden wären.« In diesem Sinne tadelte die BL Württemberg das ZK mit 21 gegen 3 Stimmen.[282]

---

280 Geh. StA München, 101236, 101251 – »Inprekorr« vom 12. Dezember 1927 – »Westf. Kämpfer« vom 17. Oktober 1927 – »Kommunist«, 1. Jg. Nr. 1, April 1930.

281 Nach der Auflösung der »Entschiedenen Linken« im Juli 1927 ging nur ein Teil mit Schwarz zur KAP, viele Funktionäre kehrten in die KPD zurück.
Auch auf anderen Parteitagen (Ruhr im Januar 1928, Mittelrhein [97 gegen 1 Stimme] im Dezember 1927) herrschte Einmütigkeit. Nur im Bezirk Halle standen auf dem Bezirksparteitag von 114 Delegierten noch 20 bei der Opposition, doch diese Zeitzer Gruppe unter Benkwitz ging kurz darauf ebenfalls zum ZK über. (Auf der Unterbezirks-Konferenz in Halle stimmten 316 für das ZK, 22 für Kilian.) (»Freiheit« vom 12. Dezember 1927 – »Soz. Republik« vom 12. Dezember 1927 – HStA Düsseldorf 16 927 – StA Koblenz 13 379 – RF vom 6. Oktober 1927.)

282 »Die Internationale«, Heft 20, vom 15. Oktober 1927 (Hoernle). StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 20, Bl. 58 – »Fahne des Kommunismus« vom 21. und 28. Oktober 1927.

Die Maslow-Urbahns-Gruppe versuchte diese Stimmungen auszunutzen; 15 führende Oppositionelle stellten einen Wiederaufnahme-Antrag an die KPD.[283] Das Präsidium des EKKI lehnte deren Ansinnen jedoch am 17. September 1927 als »doppelzüngig« ab, die offizielle Parole lautete: »Für die kleinbürgerlichen konterrevolutionären Kreaturen gibt es keinen Raum in den proletarischen Reihen der Kommunistischen Internationale.«[284]
Die Partei wandte sich wieder geschlossen gegen die Linken. In der ZK-Sitzung am 8./9. Dezember 1927 trennte sich Betz, der als Vertreter der Weddinger Opposition (Pfalz) ins ZK gewählt worden war, von der Opposition.[285] Damit war die Opposition von links ebenfalls beseitigt.
1928 war die linke Opposition in der KPD tot, sie versuchte nun, außerhalb der Partei Einfluß zu gewinnen. Vor allem der rührige Urbahns wollte eine einheitliche, links von der KPD stehende Organisation aufbauen. Die ideologischen Vorstellungen dieser linken Kommunisten waren in der 1927 erschienenen Broschüre »Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition der KPD« niedergelegt.[286]
Die Urbahns-Gruppe wandte sich gegen die Unterstellung des ZK, sie sei antibolschewistisch und sowjetfeindlich. Sie grenzte sich von Katz, Korsch und Schwarz ab, denen sie »KAPismus« vorwarf.[287] Die Urbahns-Gruppe stimmte mit dem ZK darin überein, daß eine »relative Stabilisierung« des Kapitalismus eingetreten sei, auch darin unterschied sie sich von den Theorien Katz', Korschs, Webers und Kötters. Allerdings warf sie dem ZK vor, die Stabilisierung zu überschätzen und daraus eine falsche Taktik abzuleiten. Die linke Opposition vertrat weiterhin die Auffassung, daß die KPD »die einzige Arbeiterpartei« sei, die ihre Ziele und Endlösungen (»Diktatur des Proletariats und Rätestaat als einziger möglicher Weg zum Sozialismus«) offen propagieren müsse und ihre gesamte Tätigkeit dieser Generalaufgabe unterzuordnen habe.[288]
Durch die Niederlage der Opposition in der KPdSU sah die linke Opposition die »ernsteste und tiefste Krise« in der Komintern heraufbeschworen. Die Stalinsche These vom Aufbau des Sozialismus in einem Land wurde als »nationale Beschränktheit« und »Revisionismus des Marxismus und Leninismus« abgelehnt.[289]
Die Opposition erklärte, die Zeit vom Frankfurter Parteitag[290] bis Anfang 1925

---

283 RF vom 24. und 28. August 1927. Es handelte sich um Bartels, Deutschmann, Ruth Fischer, Grylewicz, Hesse, Joko, Koegler, Maslow, Mätzchen, Gustav Müller, Schlecht, Schimanski, Scholem, Urbahns und Wischeropp (vgl. auch Anm. 300).
284 »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 40, vom 5. Oktober 1927.
285 RF vom 5. Dezember 1927.
286 Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition der KPD. o. O. und o. J. Auszüge in: *Dokumente*, S. 285 ff.
287 »Die von Korsch und Schwarz erfundene ›zweite Revolution‹ in Sowjetrußland ist selbstverständlich scharf abzulehnen.« (Der Kampf ..., a. a. O., S. 55).
288 Der Kampf ..., a. a. O., S. 12 (*Dokumente*, S. 286).
289 Der Kampf ..., a. a. O., S. 13.
290 Die Opposition verwies darauf, daß auf dem Frankfurter Parteitag Thälmann über die nächsten Aufgaben der Partei referierte, er war also »genauso wie die ganze spätere Zeit hindurch (wo er Vorsitzender des ZK war) voll verantwortlich für alles, was geschah. Wenn es später Mode gewor-

sei die einzige Periode gewesen, in der die Partei »geschlossen, einheitlich und krisenlos leben konnte«. Der »Offene Brief« der Komintern habe »das Parteileben getötet, die Partei atomisiert, den Rechten die Bahn freigemacht, den Einfluß der Partei auf das Proletariat stark herabgedrückt und die Partei beinahe liquidationsreif gemacht.« Die Politik der KPD weiche »immer mehr von der Klassenlinie« ab.[291]

Die linke Opposition behauptete, die teilweise Unterstützung der SPD (z. B. in den Landtagen von Mecklenburg und Preußen) zeige die Gefahr »der Liquidation der kommunistischen Bewegung«, noch nie seien »die Beweise für den Revisionismus und das Liquidatorentum« so groß gewesen. Nur eine radikale Kursänderung der KPD könne diese Gefahren bannen.[292]

Diese linkskommunistischen Vorstellungen waren schon auf einer ersten »Reichskonferenz« der Opposition am 23. Oktober 1927 von 120 Delegierten gebilligt worden.[293] Anfang 1928 führten die Linken verschiedene Bezirkskonferenzen durch, um eine eigene Organisation aufzubauen.[294]

Im März forderten die bekanntesten linken Oppositionellen in einem Aufruf die Gründung einer neuen Organisation.[295] Am 8. und 9. April 1928 tagte dann in Berlin der Gründungskongreß des linkskommunistischen »Leninbundes«, anwesend waren 153 Delegierte[296] und 100 Gäste (darunter drei Russen und Vertreter aus der Tschechoslowakei und Österreich). Nach einem Bericht von Werner Scholem und Referaten von Hugo Urbahns, Wolfgang Bartels und Gustav Müller beschlossen die Delegierten die Konstituierung des Leninbundes.

Die Konferenz nahm eine politische Resolution an, in der es hieß, der Leninbund wolle keine zweite Partei sein; die Wiedervereinigung aller Kommunisten »auf Leninscher Grundlage« bleibe sein Ziel.[297] Das ebenfalls beschlossene Statut verkündete: »Der Leninbund ist die organisierte Zusammenfassung aller Kommunisten innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands, die unter Ablehnung des Stalinismus auf dem Boden der Leninschen Grundsätze ... kämpfen.« Mitglied könne jeder sein, »der die Leitsätze und Statuten der Kommunisti-

---

den ist, diesen ›starken Führer‹ als vergewaltigte Unschuld zu behandeln, so ist das platteste Demagogie, die überdies lediglich die jetzige ›Führung‹ lächerlich macht, die in der Mehrzahl aus solchen ›vergewaltigten‹ Helden besteht.« (Der Kampf ..., a. a. O., S. 54.)

291 Der Kampf ..., a. a. O., S. 14.

292 Der Kampf ..., a. a. O., S. 58 f.

293 StA Bremen, IIA, 12 a Bd. 1 – Geh. StA München 101 251.

294 So fand am 26. Februar 1928 in Frankfurt eine Konferenz statt, auf der der Reichstagsabgeordnete Kenzler referiert und auf der ehemals führende hessische Bezirksfunktionäre wie Ebner, Härtle und Katharina Roth anwesend waren. (StA Bremen, IV 29, Bd. 3.)

295 »Schacht und Hütte«. Zeitung der klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter des Ruhrgebietes, vom 16. März 1928. StA Münster, I Pa 381.

296 Von den Delegierten waren 10 vor 1900, 24 bis 1909, 31 bis 1914, 35 bis 1919, 31 bis 1923 und 8 später in die sozialistische Bewegung eingetreten. 101 Delegierte waren aus der KPD ausgeschlossen, 17 ausgetreten, einer vorher nicht politisch organisiert und 31 noch Mitglied der KPD. 127 waren Industriearbeiter, 8 Angstellte, 15 gehörten freien Berufen an. Unter 20 Jahre waren 3, 20–25 = 22, 26–30 = 31, 31–35 Jahre = 41, über 45 Jahre 12 Delegierte. (»Fahne des Kommunismus« vom 13. April 1928.)

297 Die Aufgaben der linken Kommunisten, o. O. und o. J., S. 11 f. und 34.

schen Internationale« und die grundlegenden Beschlüsse ihrer fünf Weltkongresse anerkenne.[298] Der Leninbund stellte den Antrag, in die Kommunistische Internationale aufgenommen zu werden.[299]
Der Leninbund, der von allen linken Oppositionsgruppen die meisten prominenten Namen aufwies,[300] behauptete, 5000 bis 6000 Mitglieder zu vereinen. Differenzen entstanden bei der Frage, ob sich der Leninbund an den kommenden Reichstagswahlen beteiligen solle, die Wahlbeteiligung wurde gegen 26 Stimmen beschlossen.[301] Dieser Beschluß bildete den Spaltungsgrund im Führungskern des Leninbundes. Ruth Fischer, Maslow und ihre Anhänger waren gegen eine Wahlbeteiligung.
Als das EKKI am 8. Mai 1928 bekanntgab, ausgeschlossene Parteimitglieder nach 6 Monaten wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß sie mit dem Leninbund brechen und von der Kandidatenliste zurücktreten würden, verließen am folgenden Tag Ruth Fischer, Maslow, Schlecht, Schimanski und später auch Scholem und Hesse den Leninbund.[302] Da überdies die stärkste Gruppe des Leninbunds, der UB Suhl unter Führung Heyms kurz vor der Wahl zur SPD übertrat, ging die Bedeutung des Leninbunds (der sich unter Führung von Urbahns, Grylewicz, Bartels, Ritter, Gustav Müller und anderen an den Wahlen beteiligte) stark zurück. Die linken Kommunisten erhielten nur 80 000 Stimmen.[303]
Der Leninbund stand anfangs Trotzki nahe. Als Urbahns 1930 die These aufstellte, die Sowjetunion sei kein Arbeiterstaat mehr, verließen Grylewicz und andere Trotzki-Anhänger den Leninbund. Am 30. März 1930 schloß sich die Pfälzer Gruppe der Weddinger Opposition mit der Grylewicz-Gruppe zur »Vereinigten linken Opposition der KPD« zusammen, sie stellte die eigentliche trotzkistische Opposition in Deutschland dar. Unter Führung von Urbahns bestand der Lenin-

298 HStA Düsseldorf, 30661 – Geh. StA München 101 236.
299 Geh. StA München, 101236 – »Fahne des Kommunismus« vom 13. April 1928 – »Inprekorr«, Nr. 45, vom 11. Mai 1928, S. 804.
300 Zu den Mitbegründern des Leninbundes gehörten u. a. die ehemaligen ZK-Mitglieder: *Fischer*, *Maslow*, *Scholem*, *Urbahns*, *Schlecht*, *Schimanski*, die Abgeordneten: *Bartels*, *Grylewicz*, *Gustav Müller*, *Eppstein*, *Kilian*, *Guido Heym*, *Adam Ebner*, *Katharina Roth*, *Kenzler*, *Ritter*, *Otto Weber*-Rathenow und die Funktionäre: *Koegler*, *Hesse*, Wischeropp, Joko, Mätzchen, *Wölk*, *Gehrmann*-Elbing (die kursiv gesetzten Namen, vgl. Biographie, Band 2).
Oskar Wischeropp (1883–1956). 1919 USPD, 1920 KPD, wurde 1929 wieder in die KPD aufgenommen. Nach 1933 lange inhaftiert, 1945 KPD, dann SED. Lange Jahre Mitarbeiter beim Zentralvorstand für deutsch-sowjetische Freundschaft. Joko (Joseph Kohn) emigrierte 1933 nach Südamerika.
301 »Fahne des Kommunismus« vom 15. Mai 1928 – RF vom 17. April 1927.
302 RF vom 10. und 15. Mai 1928 – »Inprekorr«, Nr. 45, vom 11. Mai 1928 – StA Bremen, IIA 14 a. Von diesen Personen wurde nur Schimanski später wieder in die KPD aufgenommen, doch eine Reihe der linken Anhänger kehrte in die KPD zurück.
1928 wurden auch Ultralinke wieder in die KPD übernommen, so im Oktober die Ortsgruppe Triebes (Thür.) unter Führung H. Kahnerts, ehemalige Anhänger Korschs (»Soz. Republik« vom 5. Oktober 1928).
303 Vgl. Materialien, S. 368 ff. Die KPD verlor aber in den ehemals linken Gebieten weit mehr Stimmen, sie ging in Suhl von 10 000 auf 4000 Stimmen zurück; in der Pfalz, wo die Weddinger Opposition ebenfalls für die linken Kommunisten eintrat, erhielt die KPD 29 000 (gegen 35 000 im Dezember 1924), die linken Kommunisten bekamen 3000 Stimmen. Auch in einigen Teilen Badens und im Dortmunder Gebiet waren die Linken relativ stark.

bund bis 1933; nach der Linkswendung der KPD-Politik versuchte er mit anderen Oppositionsgruppen (KPO, SAP) zu einer Zusammenarbeit zu kommen.[304]
Da die KPD nach 1928 selbst eine ultralinke Politik betrieb, konnte die ehemalige linke Opposition, die nunmehr vor allem den Kampf gegen den Stalinismus in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellte, innerhalb und außerhalb der kommunistischen Bewegung keine Bedeutung mehr erlangen.

---

304 Vgl. dazu den gemeinsamen Aufruf von SAP, KPO und Leninbund vom Dezember 1931. *Dokumente*, S. 312 f.

4. Die Ausschaltung der Rechten und »Versöhnler« 1928/29

Die in viele gegensätzliche Gruppen zersplitterte linke und ultralinke Opposition wurde 1926/27 aus der KPD entfernt. Bei diesen Oppositionellen, von denen sich die Partei »reinigte«, handelte es sich vor allem um leitende Funktionäre. Durch die Ausschlüsse erlangte das Funktionärkorps der KPD eine größere Einheitlichkeit, denn die Kritiker der Sowjetunion und der Komintern waren damit aus der Partei verbannt.

Diese Geschlossenheit erreichte die Parteiführung aber nur mit Hilfe jener Kräfte, die früher zur Mittelgruppe oder zu den »rechten Kommunisten« gehört hatten. Um die KPD völlig einheitlich auszurichten und alle selbständig denkenden Köpfe, die potentielle Kritiker der Stalin-Linie waren, auszuschalten, erstreckte sich die nächste Säuberung gerade auf diese Gruppe der Rechten und »Versöhnler«.[1]

Risse im Kurs der »Konzentration«

Nach dem XI. Parteitag 1927 war die Linie der Partei im wesentlichen von zwei Gruppen bestimmt worden, von Thälmann-Dengel und ihren Anhängern aus der alten Linken, denen sich der 1924 zur Linken übergeschwenkte Teil der Mittelgruppe (Remmele, Koenen) angeschlossen hatte, einerseits, und der Mittelgruppe um Ernst Meyer, Gerhart Eisler, Karl Becker, zu denen auch bald Arthur Ewert stieß und zu denen später Karl Volk und Heinrich Süßkind von den Chemnitzer Linken kamen, andererseits. Schließlich arbeiteten im zentralen Apparat, besonders in der Gewerkschaftsabteilung, auch viele »Rechte« (Jakob Walcher, Max Köhler, August Enderle).

Die Konzessionen der Thälmann-Führung an die ehemalige Mittelgruppe (teilweise auch die Rechten)[2] bei der Bekämpfung der linken Opposition führte 1927 zu einem

---

1 Der Begriff »Versöhnler« wurde zur Diffamierung der Gruppe um Ernst Meyer, Ewert und Eisler gebraucht, denen man vorwarf, die »richtige Parteilinie« mit den »falschen« Auffassungen der rechten Kommunisten »versöhnen« zu wollen. Der politische Begriff »Versöhnler« war erstmals 1904 bei den Bolschewiki aufgetaucht, die damit eine Gruppe um Nogin bezeichneten. Diese »Versöhnler« wollten – gegen den Willen Lenins – eine Wiedervereinigung mit den Menschewiki.

2 Brandler sagte auf einer Versammlung im März 1929 in Köln, man habe ihm 1927 einen Sitz im ZK angeboten, vorausgesetzt, er gebe seine Fehler von 1923 zu; er habe das Ansinnen aber abgelehnt. (StA Koblenz 403/16 770.)
Brandlers Anhänger Böttcher war seit 1927 Chefredakteur der wichtigen SAZ in Leipzig und Vorsitzender der Landtagsfraktion in Sachsen, obwohl er auf dem XI. Parteitag den Kurs der Konzentration abgelehnt hatte.

Gleichgewicht der Kräfte. Die vier entscheidenden Parteisekretäre (im Politsekretariat) waren Thälmann, Dengel, Meyer und Ewert. Zwischen ihnen kam es im Sommer 1927 zu größeren Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Chemnitzer Linken und über die Haltung gegenüber der SPD. Die Mittelgruppe konnte ihre Vorstellungen auf den ZK-Sitzungen vom Juli und September 1927 durchsetzen, als Hauptlosung wurde der Sturz der Bürgerblock-Regierung durch »die Kampfgemeinschaft aller Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der KPD« propagiert.[3] Das ZK beschloß am 16. Juli 1927 einstimmig,[4] die Unterschiede »von rechter SPD, linker SPD und revolutionärer Arbeiteropposition ..., von linken SPD-Führern und ihren klassenbewußten proletarischen Anhängern« stärker zu berücksichtigen.[5] Die Parteiführung war bestrebt, ihre bisherige verbale Ablehnung der SPD aufzugeben und stärker zu differenzieren.

Die Chemnitzer Linken widersetzten sich der ZK-Linie, vor allem wollte sich die Redaktion des »Kämpfer« nicht fügen. Daher erweiterte die Führung den Beschluß: »Es ist die Aufgabe der Partei, diesen revolutionären sozialdemokratischen Arbeitern zu helfen, sich die fehlende Zusammenfassung und Führung zu schaffen.«[6] Das ZK bestätigte diese von Meyer, Lenz und Koenen ausgearbeitete Resolution. Schneller (damals Polleiter des Bezirks Erzgebirge) stimmte im ZK für die Resolution, schwenkte aber acht Tage später in Chemnitz wieder um und stellte sich auf die Seite der Chemnitzer Linken. Die Folge waren neue personelle Schwierigkeiten.

Als die Parteileitung den von Brandler verfaßten Entwurf für ein Aktionsprogramm behandelte, zeigte sich wiederum, daß zwischen beiden Richtungen kein gutes Arbeitsverhältnis bestand.[7] Unter dem Druck der Linken lehnte die Parteiführung

3 RF vom 29. Juli 1927 – RF vom 14. September 1927 (Entschließungen der ZK-Tagungen). Vgl. dazu auch K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO). Meisenheim/Glan 1964, S. 67.

4 Ernst Meyer zählte Ende 1928 auf einer EKKI-Sitzung diese Fakten auf: »Am 16. Juli vorigen Jahres hat das ZK zu den Fragen der SPD Stellung genommen und einstimmig, mit den Stimmen der Genossen Lenz und anderer linker Vertreter innerhalb des Zentralkomitees folgendes beschlossen:
(Zwischenruf Ulbricht: Thälmann war nicht anwesend.)
Thälmann war in Berlin, aber er war nicht zu dieser Sitzung erschienen, manchmal haben wir Glück, nicht anwesend gewesen zu sein.« (Protokoll der Sitzung des EKKI-Präsidiums. November-Dezember 1928. Rede Ernst Meyer. S. 131 f. Nachlaß Ernst Meyer, Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné.)

5 Ernst Meyer, a. a. O., S. 131.

6 Meyer, a. a. O., S. 135.

7 Auf der EKKI-Sitzung 1928 sagte Ernst Meyer darüber: »Im vergangenen Jahr schrieb Brandler sein Aktionsprogramm. Dieses Aktionsprogramm hielt – wie ich zu meinem Erstaunen hörte – der Genosse Lominadse monatelang in seiner Hosentasche. Nach einiger Zeit kam es nach Deutschland, aber nicht in die Hände des Polbüros, wie man annehmen sollte, sondern in die Hände des Genossen Dengel, der es wiederum einige Zeit in seiner Tasche behielt. Das ist auch ein Zeichen für die kollektive Arbeit. Zufällig hörte ich, daß es ein Aktionsprogramm von Brandler gibt und daß es dem Polbüro, also auch mir zugestellt worden sei. Ich erkundigte mich bei dem technischen Sekretär des Zentralkomitees, und es wurde festgestellt, daß der Genosse Dengel im Besitz eines Exemplars sei. Darauf fragte ich den Genossen Dengel, der mir erklärte, daß der Genosse Thälmann es habe, und man warten müsse, bis er aus dem Urlaub kommt. Das ist auch eine Methode, wenn ein Polbüro-Mitglied in Urlaub ist, kann nichts gemacht werden. Wenn man es so macht, dann hätte man 12 Monate nichts tun dürfen, denn ich war 12 Monate abwesend.

den Entwurf (der erst Anfang 1928 veröffentlicht wurde) rundweg als »opportunistisch« ab; er bildete einen der Diskussionspunkte gegen die Rechten.[8] Zwischen den »Rechten« und dem Kominternvertreter in Deutschland, Lominadse, gab es im theoretischen Organ »Die Internationale«[9] heftige Auseinandersetzungen über die Haltung zur linken SPD. Der schwerste Zusammenstoß erfolgte innerhalb der Führung, als Ewert im August 1927 aus Moskau zurückkehrte und vom Polbüro verlangte, Brandler und Thalheimer sollten zur Parteiarbeit nach Deutschland zurückgeholt werden. Dagegen wandte sich Thälmann, und es gelang ihm, die Mehrheit des Polbüros zu einem Beschluß zu bewegen, in dem die Rückkehr der beiden rechten Führer abgelehnt wurde. Doch dann erlitt Thälmann eine Niederlage: das ZK setzte sich über die Meinung der Polbüro-Mehrheit hinweg und forderte (bei nur 2 Stimmenthaltungen) Thalheimer auf, »zurückzukehren und die Mitarbeit in den zentralen Publikationsorganen der Partei aufzunehmen«. Auch das Polbüro-Mitglied Dengel und der Kandidat des Polbüros, Süßkind, (der damit seinen Übergang zu den »Versöhnlern« vollzog) wandten sich gegen Thälmann, den sie im Polbüro noch unterstützt hatten, und stimmten der ZK-Forderung zu.[10]
Die linkskommunistische »Fahne des Kommunismus« berichtete später, daß die sowjetrussischen Parteiführer damals auf Intervention Thälmanns die Rückkehr Thalheimers verhindert hätten. Stalin, Bucharin und Kuusinen verlangten von Thalheimer zunächst ein Reuebekenntnis über sein Verhalten im Jahre 1923. Thalheimer lehnte dieses Ansinnen ab und mußte deshalb weiter in Moskau bleiben.

(Zwischenruf Ulbricht: Es ist auch ganz gut gegangen.)
Es gibt andere Auffassungen darüber, ob es gut gegangen ist. Es gibt wohl kaum einen Genossen im Saal, der das ernst nimmt. Es ist besser, nur das auszusprechen, was man ernst meint, und nicht solche scheinbare Abfuhr hinzuwerfen. Da ich die Empfindlichkeit der Genossen kenne, habe ich mich einverstanden erklärt zu warten, bis der Genosse Thälmann aus dem Urlaub zurückkommt. Der Genosse Thälmann kommt aus dem Urlaub zurück, ich stelle die Frage, daß eine Kommission eingesetzt werden soll zum Kampf gegen das Aktionsprogramm. Der Genosse Thälmann antwortet, es habe Zeit, das könne auch in ein paar Monaten geschehen. Darauf habe ich scharf protestiert und gesagt, die ganze rechte Fraktion, mit Walcher an der Spitze, lebt davon, daß wir nicht den Mut haben, das Aktionsprogramm zu publizieren und zu beantworten. Ich habe kategorisch die Frage gestellt, das Aktionsprogramm zu publizieren und zu beantworten. Erst unter dem Druck von mir hat das Polbüro beschlossen, eine Kommission zu dieser Frage einzusetzen. Der Genosse Ulbricht weiß, daß die Antwort von mir zur Grundlage der Beantwortung genommen worden ist.« (a. a. O., S. 145 f.)

8 Vgl. die detaillierte Darstellung der Diskussion um das Aktionsprogramm bei Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 70 ff.

9 »Die Internationale«, Heft 7, vom 1. April 1927, S. 208 ff. (Walcher: Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung) – S. 213 ff. (M. Osten: Die KPD als Führer und Organisator des ›Linken Flügels‹) – »Die Internationale«, Heft 11, vom 1. Juni 1927, S. 325 ff. (Walcher: Nochmals die KPD und der linke Flügel) – S. 335 ff. (Osten: Über die opportunistische Entstellung der Taktik der Einheitsfront.) Hinter dem Pseudonym Osten verbarg sich der junge Bolschewik Besso Lominadse, Georgier, seit 1917 Mitglied der KPR, von 1925–1930 Kandidat, 1930 Mitglied des ZK der KPdSU. Im Dezember 1930 als Mitglied der »parteifeindlichen Fraktion« Syrzow-Lominadse abgesetzt, beging 1934 Selbstmord. (Vgl. KPdSU. Historischer Abriß, Statistisches Material, Berlin [Ost] 1967 – Robert Daniels: Das Gewissen der Revolution. Köln 1962, S. 316, 435 f. – Mitt. Babette Groß' an den Verf. – Margarete Buber-Neumann: Kriegsschauplätze der Weltrevolution. Stuttgart 1967. S. 82 f., 127 ff. usw.)

10 Zwei Jahre Arbeit und Kampf. Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag. Berlin 1929, S. 212 f. – »Der Funke«, Nr. 10, vom Oktober 1927 – »Die Fahne des Kommunismus« vom 2. September und 21. Oktober 1927 – Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 67.

Das Blatt schrieb: »Die Thälmannschen Mamelucken fallen wieder nach der umgekehrten Seite um ... das Polsekretariat läßt ein triumphierendes Rundschreiben an die Bezirksleitungen im Reich los, worin es von seiner gewonnenen Schlacht erzählt. Meyer, der versuchen will zu retten, was zu retten ist, stellt im Polbüro ... einen Mißtrauensantrag gegen das Polsekretariat, das durch sein Rundschreiben einen gefaßten Beschluß des ZK, eben jenen oben genannten Beschluß vom 9. September, durchbrochen habe. Meyer erhält genau eine Stimme, nämlich die von Meyer.«[11]

Thälmann, der sich zeitweise grollend nach Hamburg zurückgezogen hatte, erhielt durch die sowjetrussische Unterstützung wieder Oberwasser. Aber auch er machte im Herbst die gemäßigte Politik der KPD mit, die so weit ging, daß man der SPD nach den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft vom 9. Oktober 1927 anbot, eine sozialdemokratische Regierung zu tolerieren.[12]

Im Winter 1927 wendete sich das Blatt. Ernst Meyer mußte wegen seiner schweren Krankheit aus dem Sekretariat ausscheiden. Es gelang Thälmann, als Nachfolger Meyers Schneller aus Chemnitz zurückzuholen. Damit gewann der linke Flügel in der KPD erneut das Übergewicht und Thälmann versuchte, die Partei wieder auf einen radikaleren Kurs zurückzubringen. Die ersten schweren Auseinandersetzungen im Polbüro gab es groteskerweise um die Frage, ob nach den kommunistischen Unruhen, die in Wien ausgebrochen waren, für Österreich »revolutionäre Räte« propagiert werden sollten.[13]

Nachdem auf dem 15. Parteitag der KPdSU im Dezember 1927 vor allem von Bucharin eine Akzentverschiebung der Einheitsfront und der Gewerkschaftspolitik gefordert worden war, versuchte die führende Gruppe der KPD, diesen Kurs gegen den Widerstand der »Versöhnler« auf Deutschland zu übertragen.[14] Ewert und Gerhart Eisler brachten im Polbüro eine Resolution ein, die eine ausdrückliche Verurteilung des von Lominadse und Schatzkin auf dem 15. Parteitag der KPdSU geforderten »Kampfes gegen die Rechten« (Kommunisten) enthielt.[15] Die »Versöhnler« unterlagen.

Unter dem Druck von Thälmann, Dengel und Schneller wurde beschlossen, für den 2. Januar 1928 einen Hütten- und Bergarbeiterstreik durch die KPD zu propagieren, obwohl im ZK niemand an die Möglichkeit eines erfolgreichen Streiks glaubte. Die Gewerkschaftsabteilung lehnte solche Experimente ab; in der darauf-

---

11 »Fahne des Kommunismus« vom 21. Oktober 1927.

12 RF vom 13. Oktober 1927 – »Hamburger Volkszeitung« vom 12. und 14. Oktober 1927. Das Angebot war von der BL Wasserkante bei 3 Enthaltungen angenommen worden.

13 Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 214. Vgl. auch RF vom 16. und 17. Juli 1927.

14 Es ist anzunehmen, daß Bucharin seine Rede unter dem Druck der Stalinschen Mehrheit hielt. Das gilt besonders auch für die deutsche Frage, bei der er die »Versöhnler«-Gruppe zu schützen suchte, dieses aber nicht offen zu tun wagte. Dadurch kam es zu neuen Differenzen zwischen ihm und Meyer. Vgl. dazu *Dokumentation KPD/KI*, S. 206 f. – Vgl. ferner: Protokoll. Fünfzehnter Parteitag der KPdSU, 2.–19. 12. 1927 in Moskau, S. 209, 214 f., 240 ff. – RF vom 3. November 1928.

15 Walcher auf der Internationalen Konferenz der Kommunistischen Opposition, 17.–19. 3. 1930 in Berlin. Protokoll im Arbetarrörelsen Arkiv, Stockholm, 1951/12256. Vgl. auch Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 142.

hin einsetzenden Säuberung verlor Walcher als erster seine Funktion, später folgte Max Köhler. Die Kontroverse um die »Rechten« erhielt neuen Auftrieb, als dem ZK ein Brief Brandlers an einen sächsischen Funktionär in die Hände fiel, in dem Brandler seine alten Vorstellungen verteidigte.[16]

Als im Januar und Februar 1928 die Kandidatenliste für die im Mai fälligen Reichstags- und Landtagswahlen beschlossen werden sollten, kam es im Polbüro und im ZK zu erbitterten Auseinandersetzungen. Beide Gruppen, die ehemaligen Linken um Thälmann-Dengel und die Mittelgruppe um Ewert-Eisler versuchten, vor allem ihre Anhänger als Kandidaten zu nominieren, um auf diesem Wege das Kräfteverhältnis im Funktionärapparat zu ihren Gunsten zu verändern. Der Vorschlag Ewerts (den später auch Ernst Meyer unterstützte), auch Brandler und Thalheimer als Kandidaten zu nominieren, wurde abgelehnt. Der Thälmann-Gruppe gelang es, die meisten ihrer Kandidaten durchzubringen.[17] Die Versuche Ewerts und Eislers, das Politsekretariat personell zu erweitern (um das Übergewicht Thälmann-Dengel-Schneller zu beseitigen), wurden ebenfalls vereitelt. Die Gegensätze hatten sich aber so zugespitzt und die Mehrheitsverhältnisse waren so unklar geworden, daß gerade die »bei der Kandidatenaufstellung zum Reichstag zum Ausdruck gekommenen Differenzen« Thälmann veranlaßten, vor dem im Februar tagenden EKKI die innerparteiliche Lage der KPD aufzuwerfen.[18]

---

16 Brandler schrieb in diesem Brief u. a.: »... Ich bin der Überzeugung, daß ich ein Kommunist und kein Sozialdemokrat bin. Hielte ich die sozialdemokratische Politik für richtig, dann zöge ich die Konsequenzen und ginge zur Sozialdemokratie, statt mich hier in der Verbannung festhalten zu lassen. Ich habe immer bestritten und bestreite, daß ›meine Politik‹ bis 1923 sozialdemokratisch, opportunistisch, liquidatorisch war, wie sie von Maslow und nicht nur von ihm, verschrien wurde und wird. Ich habe immer dagegen gekämpft, daß ich und meine Gesinnungsfreunde die rechte menschewistische Richtung in der deutschen Partei vertreten haben. Die Maslow – Ruth Fischer – Thälmann – Dengel – Schneller die bolschewistisch-kommunistische. Ich bestreite nicht und habe nie bestritten, daß ich bei dem Versuch, eine revolutionäre Politik durchzuführen, im Jahre 1923 Fehler gemacht habe ...
Maslow, Ruth Fischer haben gehaust wie eine Räuberbande, die weiß, daß sie bald wieder vertrieben wird, und deshalb darauf bedacht ist, alles zu verwüsten, die Parteivergangenheit zu beschmutzen und dergl.
Ich kann mir nicht helfen. Ich habe zu denen, die hemmungslos 2 Jahre fast [fest] eine solche Politik mitgemacht haben, habe ich nicht das geringste Vertrauen. Die müssen sich das zuerst durch wirkliche solide Parteiarbeit erwerben. Nach dem offenen Brief, der in weitvorgerückter Stunde dem Spuk ein Ende machte, ist die falsche Linie korrigiert, das ZK der WKP [KPdSU] hat sich damit, daß es Sinowjew das Handwerk legte, ein Verdienst erworben. Eine prinzipielle Differenz zwischen der Linie des offenen Briefes und den nachfolgenden Ergänzungen und meiner Auffassung besteht nicht mehr. Ich halte jedoch die Durchführung der Linie für schwach, schwankend und unsicher. Ich reflektiere auf keinerlei Posten in der Partei, sondern will lediglich die Verwirklichung der Beschlüsse des VII. Plenums des EKKI von Dezember 1926, d. h. Zulassung zur Parteiarbeit ...« (StA Koblenz, 403/16767.)
Heinrich Brandler bestätigte dem Verf. die Echtheit des Briefes.

17 Vgl. Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 214 – Protokoll. Sechster Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Moskau, 17.7.–1.9. 1928. 1. Bd., Hamburg-Berlin 1928, S. 414. Von den 54 gewählten KPD-Reichstagsabgeordneten gehörte nur einer (Paul Frölich) zu den Rechten, neun waren den Versöhnlern zuzurechnen (Alexander, Dietrich, Ende, Ewert, Kaßler, Miller, Schmitt, Schröter und Schumann), außer Clara Zetkin gehörten alle übrigen der Thälmann-Richtung an (vgl. Handbuch des Reichstags 1928 – RF vom 1. April 1928, sowie auch: Das Führungskorps. Bd. 2).

18 Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 214.

Das Geheimabkommen vom Februar 1928

Im Februar 1928 tagte in Moskau das 9. erweiterte EKKI-Plenum. Auf der Tagesordnung standen der Kampf gegen den Trotzkismus und die Abwehr der trotzkistischen Kritik an der katastrophalen Niederlage der chinesischen Kommunisten.[19] Die deutsche Frage spielte auf diesem Plenum kaum eine Rolle. Die EKKI-Tagung berief den VI. Weltkongreß der Komintern zum Juli 1928 ein und beschloß, ein westeuropäisches Büro mit Sitz in Berlin einzurichten.[20] In der Gewerkschaftskommission richtete Thälmann heftige Angriffe gegen »rechte Abweichungen«, er kritisierte vor allem August Enderle.[21] Auf der Tagung selbst betonte Stalin, in Deutschland seien nicht mehr die Ultralinken, sondern die Rechten die Hauptgefahr. Damit war die Auseinandersetzung in der KPD zugunsten des linken Flügels entschieden. Stalin, der sich auf den Machtkampf mit den »Rechten« Bucharin, Rykow und Tomski vorbereitete, wollte die gleiche Politik auch nach Deutschland übertragen. Die neue Linkswendung entsprang zunächst nicht politischem Kalkül, sondern war eine Personenfrage. Stalin wollte alle Funktionen mit ergebenen Anhängern besetzen; die neue Parteilinie wurde zunächst ohne jede politische Begründung vereinbart. Offensichtlich sollten neben den Rechten auch die »Versöhnler« in der KPD getroffen werden. Die Kursänderung fand ihren Niederschlag in einem statutenwidrigen Geheimabkommen zwischen der deutschen und der sowjetischen Delegation des EKKI, das faktisch die Beschlüsse des XI. KPD-Parteitages aufhob.[22]
Die »rechte Abweichung« wurde als Hauptgefahr bezeichnet und der »Kampf gegen die rechte Gefahr in der Partei« zur wichtigsten Aufgabe erklärt. Auch die »Duldsamkeit gegenüber den Trägern der rechten Gefahr in der Partei« wurde verfemt; das war eine direkte Warnung an die »Versöhnler«. Gravierend aber waren die personellen Folgerungen: Die Haltung der Thälmann-Richtung in der Parteiführung wurde ebenso bestätigt, wie die Ablehnung der Kandidatur von Brandler und Thalheimer gebilligt wurde.
Das am 29. Februar 1928 ausgehandelte Geheimabkommen unterzeichneten nicht nur Thälmann und seine Anhänger Dengel, Remmele, Neumann und Blenkle, sondern unter dem Druck der Russen auch Ewert und Gerhart Eisler.[23] Die »Versöhnler« – ihr führender Kopf Ernst Meyer konnte wegen Krankheit nicht an der Tagung teilnehmen – besiegelten ihren eigenen Untergang.
Die Rechten erkannten, daß das Geheimabkommen, hinter dem Rücken und ohne

---

19 RF vom 28. Februar und 1. März 1928.
20 Das Büro wurde aber erst im November 1928 eingerichtet. Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik. Teil II. Berlin (Ost) 1966, S. 232. Über die Arbeit des Büros s. Günther Nollau: Die Internationale. Köln 1959, S. 115 ff.
21 Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 215 – »Inprekorr«, Nr. 26, vom 10. März 1928. Vgl. auch Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 75.
22 Das Dokument ist vollständig abgedruckt in *Dokumentation KPD-KI*, S. 207 f. Vgl. auch StA Bremen, IIA 12a, Bd. 22 – Walcher, a. a. O. (Anm. 15) – »Fahne des Kommunismus« vom 6. April 1928.
23 Außerdem unterschrieben für die KPdSU: Bucharin, Stalin, Tomski, Molotow, Losowski, Mikojan und Pjatnizki.

Wissen der Parteimitglieder abgeschlossen,[24] eine radikale Kursänderung der Politik einleiten werde. Am 6. März 1928 schrieb Thalheimer aus Moskau: »Der Abschnitt, der mit dem ›Offenen Brief‹ begann, ist zu Ende. Es beginnt organisatorisch und politisch ein ausgesprochener Linkskurs ... der Ausgangspunkt der Wendung sind die sich vorbereitenden neuen Auseinandersetzungen und Konstellationen in der KPdSU«.[25] In einem Rundschreiben warnten die Berliner Rechten, nunmehr beginne »eine Wiederholung des Ruth Fischer-Kurses«.[26] Mit scharfen Worten wandte sich aus Moskau auch Clara Zetkin gegen das Abkommen, dem sie als einzige die Unterschrift verweigert hatte. Sie nannte die Besprechung zwischen der deutschen und der sowjetischen Delegation einen »wohlvorbereiteten Überfall, nichts als Kulisse für eine fix und fertige Abmachung«. Die Resolution werde, da sie die Linie des Offenen Briefes und des Essener Parteitags revidiere, »die verhängnisvollsten Wirkungen haben«.[27] Die rechte Opposition begann, sich nach dem »Moskauer Geheimabkommen« offen fraktionell zu organisieren.[28]
Die Auseinandersetzung in der Führung zwischen der Thälmann-Gruppe und den »Versöhnlern« war durch das Geheimabkommen keineswegs beendet, sie wurde in neuen Formen fortgesetzt.

Der Kampf um die Parteilinie 1928

Thälmann, Dengel und die anderen Führer des linken Flügels im ZK sahen ihre Ansichten durch das EKKI-Plenum bestätigt, und sie versuchten in den folgenden Monaten, ihre Vorstellungen in der Gesamtpartei durchzusetzen. Die Hauptdifferenzen bestanden wie zuvor in der Haltung gegenüber der SPD (und vor allem deren linkem Flügel) und in der Stellung der Kommunisten zu den Gewerkschaften.
Auf der ersten ZK-Sitzung nach dem EKKI-Plenum, am 14. März 1928, (am 15./16. März folgte eine Parteiarbeiterkonferenz aller führenden Funktionäre) berichtete Dengel über die Beschlüsse des 9. EKKI-Plenums; das ZK stimmte einmütig zu. Allerdings warnten einige ZK-Mitglieder davor, den verschärften Kampf gegen »opportunistische Gefahren zu einem unberechtigten Kampf gegen einzelne Genossen« zu machen und damit die Konzentration zu stören. Thälmann, Dengel und Ewert wiesen diese Einwände zurück; der schärfere Kampf gegen rechts liege in der objektiven Situation begründet, der selbstverständlich nicht »in eine allgemeine

---

24 Der volle Wortlaut des Geheimabkommens wurde nur den ZK-Mitgliedern, den Mitgliedern der Bezirksleitungen und den Chefredakteuren sofort bekanntgegeben; in der Parteipresse zitierte man lediglich einige Stellen des Abkommens, ohne seine genaue Entstehung und Bedeutung klarzulegen, so berichtete z. B. die Bremer »Arbeiter-Zeitung« (22. 8. 28), daß zwischen den Delegationen der KPD und der KPdSU auf dem 9. Plenum des EKKI eine Erklärung über die rechte Gefahr unterschrieben wurde. Aus dem Dokument selbst veröffentlichte die Zeitung nur Auszüge.
25 Vgl. »Gegen den Strom« vom 8. Juni 1929 – Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 75.
26 »Gegen den Strom« vom 8. Juni 1929 – »Arbeiterpolitik« vom 14. Dezember 1930 – Vgl. auch Tjaden, a. a. O., S. 75.
27 Zitiert bei Tjaden, a. a. O., S. 76.
28 Einzelheiten bei Tjaden, a. a. O., S. 76 ff.

Hetze ›gegen rechts‹ ausarten dürfe«.[29] Die ZK-Tagung gab nunmehr offen die Losung aus, »Hauptgefahr« in der Partei sei »die rechte Gefahr«.[30]
Der Thälmann-Flügel sah sich in seiner Auffassung bestärkt, als der 4. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale (17. 3.–3. 4. 1928 in Moskau) die Kurs-Schwenkung – wenn auch recht widerspruchsvoll – zu ultralinken Forderungen weiterführte. Der Kongreß proklamierte wieder als wichtigste Losung »die Einheitsfront von unten her« und befahl den Anhängern der RGI, »die Streiks ohne Einwilligung und gegen den Willen der reformistischen Führer zu leiten«.[31] Nach dieser neuerlichen Wendung der RGI zu einer ultralinken Gewerkschaftspolitik orientierte auch die KPD-Führung die Partei sofort auf die »Organisierung und Führung der Arbeitskämpfe«, die »gegen den Willen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleitungen« durchzuführen seien. Die seit dem »Offenen Brief« übliche Form der oppositionellen Gewerkschaftsarbeit wurde als opportunistisch abgelehnt.[32] Der »rechte« Kommunist Lieberasch warnte zwar vor der »Gefahr der Isolierung«, die eine solche Anwendung der RGI-Beschlüsse nach sich ziehen werde, doch RGI-Führer Losowski wies solche Befürchtungen strikt zurück. Auch Losowski forderte die »selbständige Führung« von Arbeitskämpfen durch die KPD.[33] Als Enderle, Köhler und andere zu bedenken gaben, zwischen den Führern des ADGB, der christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunckerschen-Gruppen bestünden Unterschiede, wurden sie von Merker scharf angegriffen, der diese Richtungen gleichsetzte.[34] Man sprach vom »Hineinwachsen« der Gewerkschaften in den Staatsapparat, was neue Formen des Klassenkampfes notwendig mache.[35]
Eine Kraftprobe zwischen den beiden Strömungen im ZK gab es nochmals vor dem VI. Weltkongreß. Anfang Juni 1928 äußerte die Thälmann-Fraktion die Absicht, den Chefredakteur der »Roten Fahne«, Süßkind (»Kurt«), und den Chefredakteur des Pressedienstes, Karl Volk (»Robert«), die 1927 von den Chemnitzer Linken zu den »Versöhnlern« übergegangen waren, ihrer Posten zu entheben. Auch

29 »Inprekorr«, Nr. 31, vom 20. März 1928, S. 590 f.
30 RF vom 18. März 1928.
31 Protokoll des 4. Kongresses der RGI, Moskau 1928, S. 527 – RF vom 22., 28. und 31. März sowie vom 6., 13. und 19. April 1928 – Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 77 f. – Beschlüsse, Resolutionen und Aufrufe des IV. Kongresses der RGI. Berlin 1928, S. 85 ff.
32 »Der Parteiarbeiter«, Nr. 6, Juni 1928, S. 162 f. – RF vom 19. April 1928 (Merker). Vgl dazu auch Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 10), S. 141 f.
33 »Die Kommunistische Internationale«, Heft 12, 21. März 1928, S. 658 ff. – Protokoll, a. a. O. (Anm. 31), S. 61 f.
34 »Die Kommunistische Internationale«, Heft 33/34, vom 22. August 1928, S. 2092. Auf dem IV. RGI-Kongreß hatte sich Merker (ebenso wie Heckert) noch gegen Losowski gewandt, der die verschiedenen Gewerkschaften gleichsetzte. Merker hatte im Namen der deutschen Delegation auf dem Kongreß gefordert, Losowskis Thesen abzuändern, damit die Unterschiede »zwischen den freigewerkschaftlichen, christlichen und nationalen Verbänden nicht übersehen werden«. (Protokoll, a. a. O., S. 250.)
Auch Heckert hatte auf dem Kongreß Losowski» linke Abweichungen« vorgeworfen und betont: »Wir werden uns nicht davon abbringen lassen, daß wir für die Einheit der [Gewerkschafts] Organisation sind« (a. a. O., S. 123). Nach dem Kongreß schwenkten Merker und Heckert auf die neue Linie um.
35 Protokoll, a. a. O., S. 44 (Losowski) – RF vom 31. März 1928. Diese These wurde dann zur Grundlage der KPD-Strategie gemacht. Vgl. dazu: Paul Merker, Revolutionäre Gewerkschaftsstrategie und die rechten Liquidatoren. Hamburg-Berlin (Februar) 1930, S. 9.

der Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung«, der Versöhnler Stephan, sollte entfernt werden. Ernst Meyer protestierte in einem Schreiben vom 5. Juni 1928 energisch gegen diese Pläne der Thälmann-Fraktion,[36] die auf der ZK-Tagung Ende Juni nur teilweise realisiert werden konnten. Auf dieser ZK-Tagung (25.–27. 6. 1928) prallten die Gegensätze hart aufeinander (vgl. Dok. 17). Es kam zu einer Diskussion über »die Meinungsverschiedenheiten im Politsekretariat des Polbüros der Partei, die zwischen den Genossen Thälmann, Dengel, Schneller einerseits und dem Genossen Ewert andererseits in der Frage des innerparteilichen Kurses bestanden und teilweise noch bestehen«.[37] Thälmann sagte in seinem Referat, der Anstoß zu den Auseinandersetzungen habe in verschiedenen Personalfragen gelegen, z. B. in seinen Vorschlägen nach der Reichstagswahl, die Besetzung der »Roten Fahne«, des Pressedienstes und der »Hamburger Volkszeitung« zu ändern, da »kein genügendes Vertrauensverhältnis mit diesen Genossen bestehe«. Nach heftigen Diskussionen habe man sich dahingehend geeinigt, Süßkind als Chefredakteur der »Roten Fahne« zu belassen, aber Stephan von Hamburg nach Essen zu versetzen und Volk vom Pressedienst zur »Hamburger Volkszeitung« abzustellen. In der Debatte wandten sich vor allem die drei Rechten Hausen, Galm und Bassüner gegen die neue Parteilinie.

Die personellen Umbesetzungen wurden gegen wenige Stimmen beschlossen. Wiederum wurden Parteimitgliedschaft und Öffentlichkeit nicht über die Diskussionen der Personalfragen informiert; die Parteipresse berichtete nur von der allgemeinen Tagesordnung.[38] Nach der ZK-Sitzung zeigte sich Thälmann verstimmt, weil es ihm nicht gelungen war, den Chefredakteur Süßkind durch Heinz Neumann zu ersetzen.[39] Anfang Juli 1928 drohte Thälmann mit seinem Rücktritt. Das politische Gewicht von Ewert und Eisler war durch die ZK-Abstimmung gewachsen.[40] Sie versuchten, den Mitte Juli vorzeitig aus dem Zuchthaus entlassenen Max Hoelz[41] zum RFB-Vorsitzenden zu lancieren, um Thälmanns Macht weiter einzudämmen.

---

36 Vgl. Dok. 16, S. 426 – Vgl. auch die Diskussion auf der ZK-Tagung. Dok. 17, S. 430 f.

37 Vgl. Dok. 17, S. 429 – »Fahne des Kommunismus«, Juli 1928. Nach der Wittorf-Affäre warf der Leninbund Thälmann vor, er habe Stephan aus Hamburg entfernt, weil dieser den Unterschlagungen Wittorfs auf die Spur gekommen war.

38 RF vom 8. Juli 1928 – »Westf. Kämpfer« vom 6. Juli 1928.

39 In einem vertraulichen Schreiben des Leninbundes vom 13. September 1928 hieß es: »Infolge der Fraktionskämpfe wird der Chefredakteur der Roten Fahne, Heinrich Süßkind, abgesägt. An seine Stelle soll Heinz Neumann treten ... In der Redaktion der Roten Fahne kommt es oft vor, daß die Artikel der einzelnen Richtungen zu einer Frage nacheinander der Ablehnung verfallen, weil sich die Redaktionskonferenz nicht einig werden kann.« (StA Bremen, IV 29, Bd. 4.)

40 Am 17. Juni 1928 hatte die Reichsleitung des Leninbundes ihre hessischen Freunde informiert: »Zwischen der Stalin-Thälmann-Gruppe einerseits und der Rykow-Bucharin-Ewert-Gerhart-Gruppe andererseits tobt ein erbitterter Kampf um die Führung. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß bei der Gesamtlage die Rykow-Gruppe siegen wird ... Anläßlich der Debatten zwischen den Gruppen des ZK kam es zu einer Rücktrittsdrohung Thälmanns.« (StA Bremen, IV 29, Bd. 3. Vgl. auch: »Volkswille« vom 14. September 1928.)

41 Max Hoelz (1889–1933), Techniker, nach dem Krieg kommunistischer Führer im Vogtland, zeitweilig Anhänger der KAP, Führer bewaffneter Putschaktionen, 1922 verhaftet, 1928 amnestiert, 1933 in der Sowjetunion umgekommen. Vgl. zu Hoelz' Amnestie: RF vom 18., 19. und 20. Juli 1928.

Der linksoppositionelle »Volkswille« konstatierte im Juli 1928, Ewert stelle Thälmann mehr und mehr in den Schatten, und deshalb balle Thälmann »seine Rote-Front-Faust in der Tasche« und hoffe auf den VI. Weltkongreß.[42]

Der VI. Weltkongreß der Komintern 1928

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale tagte vom 17. Juli bis 1. September 1928 in Moskau. Er sollte auch für die KPD definitiv entscheiden, welche Gruppe in der Führung bestimmen werde, und welche Linie in der Politik einzuschlagen sei.

Die Hauptberatungspunkte des Kongresses waren die übliche Analyse der internationalen Lage und die Aufgabenstellung für die Komintern. Außerdem wurde beraten über »Methoden des Kampfes gegen die imperialistische Kriegsgefahr«, über die Kolonialfrage und über die Lage der UdSSR. Schließlich diskutierten die Delegierten ein Programm der Komintern, das der Kongreß billigte.

Bucharin, trotz der sich bereits anbahnenden Auseinandersetzungen mit Stalin noch immer nomineller Führer der Komintern, gab den Tätigkeitsbericht des EKKI. Er stellte die These auf: »Die Hauptgefahr bildet jetzt die rechte Abweichung, wenn man die Kommunistische Internationale als Ganzes betrachtet.«[43] Die Konsequenz dieser offiziellen These des VI. Weltkongresses bedeutete für die KPD die personelle Verstärkung der Linken in der Partei.[44]

Erster KPD-Redner auf dem Kongreß war Fritz Heckert, er unterstützte die Wendung nach links und forderte, die Beschlüsse des IV. Kongresses der RGI zum »Allgemeingut« aller Kominternsektionen zu machen. Nach Heckerts Darstellung hatte sich der Reformismus geändert, so daß man ihn schärfer als bisher bekämpfen müsse. Heckert bezichtigte die rechten Kommunisten, vor allem die Redaktion der Zeitschrift »Einheit«, über die Rolle der SPD Illusionen zu haben.

Auf der 11. Sitzung des Weltkongresses ergriff Ernst Thälmann selbst das Wort. Von den Delegierten mit stürmischem Beifall begrüßt, verteidigte er die Politik der linken Mehrheit in der KPD-Führung. Nach seiner Ansicht entwickelte sich die Sozialdemokratie vom »Reformismus zum Sozialfaschismus«, sie beteiligte sich angeblich aktiv an der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion.[45] Die linke

---

42 »Volkswille« vom 6. Juli und 31. August 1928. Vgl. auch »Neue Zeitung«, München, vom 16. und 23. Juli 1928.

43 Protokoll des VI. Weltkongresses, a. a. O. (Anm. 17), S. 66 – RF vom 20. Juli 1928. Bucharin dürfte damit versucht haben, den stalinschen Angriffen gegen seine eigene »rechte« Position den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bei seiner Berichterstattung war Bucharin aber an die Körperschaftsdisziplin gebunden und mußte auch gegen seine Überzeugung die Vorstellungen der stalinistischen Mehrheit vortragen.

44 Das zeigten schon die Wahlen auf dem VI. Weltkongreß. Ins Präsidium des Kongresses wurden aus Deutschland Remmele und Thälmann gewählt, ins Sekretariat des Kongresses kam Schneller, der auch einer der Referenten des Kongresses war (zum Thema Kriegsgefahr). (Protokoll, a. a. O., S. 9 und 101).

45 Thälmann sagte: »Diese Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus steht in enger Ver-

Sozialdemokratie spielte nach Thälmanns Ausführungen eine besonders gefährliche Rolle. Den Grund für die innerparteilichen Spannungen sah Thälmann in den »Schwankungen« eines Teils der Parteiführung gegenüber der linken SPD. Im Sinne der Komintern deklarierte er die rechten Kommunisten zur »Hauptgefahr«. In der KPD kritisierte Thälmann ein »Zurückweichen vor dem Reformismus, eine Häufung von opportunistischen Gefahren, sogar einige Fälle von Renegatentum«.[46]
Wie weit die Differenzen in der KPD-Führung gediehen waren, erfuhren die Delegierten des Weltkongresses jedoch erst durch die Rede Arthur Ewerts. Ewert – auch ihn begrüßte der Kongreß mit Beifall – deutete sogar an, in der Sitzung der deutschen Kongreß-Delegation hätten die linken Funktionäre die politischen Thesen in Bucharins Rechenschaftsbericht als »zu pessimistisch« abgelehnt. Gegen solche radikalistischen Strömungen verwahrte sich Ewert ebenso, wie er Heckerts Behauptung zurückwies, in der KPD gäbe es viele »arbeiteraristokratische Elemente«. Ewert hob hervor, daß gerade die hochqualifizierten Metallarbeiter den kommunistischen Ideen sehr zugänglich seien, was man von der großen Masse der ungelernten Arbeiter nicht sagen könne.[47]
Ewert verlangte – von Thälmann durch Zwischenrufe unterbrochen – eine Demokratisierung der innerparteilichen Verhältnisse. Die Differenzen über die »Frage der Rechten, respektive über die Zweckmäßigkeit der Rückkehr von Brandler und Thalheimer«, seien durch das Abkommen vom Februar 1928 erledigt, aber die Mehrheit der Parteiführung versuche nun mit organisatorischen Maßnahmen gegen jene Kräfte vorzugehen, die man fälschlicherweise der »Duldsamkeit« beschuldige. »In der Delegationssitzung, die wir hier in Moskau hatten, wurde bereits weiter deklariert, daß die Hauptgefahr nicht durch die rechte Gruppe, sondern durch jene Genossen dargestellt wird, die gegenüber dieser rechten Gruppe eine Tendenz der Duldsamkeit an den Tag legen. Obgleich man sich nicht die Mühe gab, dieses zu beweisen, stempelte man eine Reihe von Genossen, die auf dem Boden der Partei stehen, zu einer solchen Gruppe und kündigte auch organisatorische Maßnahmen gegen sie an. Eine solche Linie ist eine Gefahr für den innerparteilichen Kurs der Partei und muß zum Aufleben neuer Gruppenkämpfe auf einer ungenügenden, ungerechtfertigten politischen Basis führen. Man muß diese Gefahr bereits in ihren Anfängen signalisieren ... Eine solche Linie muß zu einem Gruppenmonopol in der Führung, zu einer Gruppenideologie in der Partei führen ... Es ist klar, daß auch eine Mehrheit in der Führung zu einer Gruppe entarten kann. Wir haben das in verschiedenen Parteien bereits gehabt.«[48]

---

bindung mit den wachsenden Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und der wachsenden Kriegsgefahr. Die Sozialdemokratie ist nicht nur eine Kampforganisation gegen das revolutionäre Proletariat und die proletarische Revolution, sondern sie bereitet heute bereits Kriegsorganisationen vor, um sich mit der Bourgeoisie auf diesem ideologischen und militärischen Gebiet gemeinsam einzureihen ...« (Protokoll, a. a. O., S. 303).

46 Protokoll, S. 315 f. – vgl. auch RF vom 28. Juli und 12. August 1928.

47 Protokoll, S. 350.

48 Protokoll, S. 353. Im ersten Bericht der RF (28. Juli 1928) über Ewerts Rede waren alle Hinweise auf die Differenzen weggelassen, die RF brachte Ewerts Rede erst am 12. August im vollen Wortlaut.

Ewerts maßvolle Worte fanden auf dem Kongreß keine Resonanz. So wandte sich der RGI-Führer Losowski besonders scharf gegen die »rechten Wirrköpfe« in der KPD. Er beschuldigte namentlich Smolka, Hammer, Tittel, Enderle, Walcher, Melcher und Frenzel »Rechte« zu sein, weil diese die ultralinke Wendung der Gewerkschaftspolitik ablehnten.[49] Losowski griff die These aus der Ruth Fischer-Ära wieder auf, die SPD sei keine Arbeiterpartei.

Eine scharfe Rede gegen die Rechten und »Versöhnler« hielt auch Ulbricht, der damit erstmals offen im innerparteilichen Fraktionskampf hervortrat. Nach Ulbrichts Darstellung versuchten die »Anhänger der Rechten, systematisch die Partei an der Erfüllung ihrer Aufgabe zu hindern«. Ulbricht konstatierte, »daß weiterhin eine Strömung, die wir als die ›Duldsamen‹ bezeichneten, eine versöhnlerische Strömung, vorhanden ist, die die Überwindung dieser rechten Fraktionsarbeit behindert«.[50] Ulbricht beschuldigte Ewert, die Stabilisierung des Kapitalismus und die Stärke der Sozialdemokratie zu übertreiben, zugleich mißbilligte er Ewerts Einstellung zur Sowjetunion: »Ebenso unterstrich der Genosse Ewert besonders die Schwierigkeiten in der Sowjetunion. Wir haben in Deutschland die Schattenseiten des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion zur Genüge hervorgehoben. Besonders in Europa müssen wir jetzt stärker als bisher die positiven Seiten des fortschreitenden sozialistischen Aufbaus hervorheben. Das ist auch gerade gegenüber jenen Hetzen, die die Reformisten und Sozialdemokraten in den letzten Wochen systematisch durchführen, notwendig.« Ulbricht zählte nochmals alle Differenzen im innerparteilichen Disput vom Standpunkt der linken Mehrheit aus auf.[51] Der schwerste Vorwurf Ulbrichts gegen die Ewert-Gruppe war die Behauptung, sie habe nach dem Essener Parteitag versucht, die Linie des Parteitags »auf kaltem Wege« zu korrigieren. »Das Zentralkomitee hat nach dem Essener Parteitag mit allen Kräften versucht, die Konzentrierung der Kräfte der Partei durchzuführen und hat fast alle Genossen, die früher zur rechten Gruppe gehörten, in verantwortlichen Funktionen beschäftigt. Aber einige dieser Genossen haben systematisch versucht, diese Funktionen auszunutzen, um ihren falschen politischen Standpunkt zum Standpunkt der Kommunistischen Partei zu machen. Das nennt man auf deutsch Fraktionsarbeit. Und diese Fraktionsarbeit der rechten Gruppe wurde mehr oder weniger von den Genossen der Gruppe um Gerhart ausgenutzt, damit sie ihre Positionen ausbauen können.«

Auch Lominadse, der zeitweilig als Kominternvertreter in Deutschland gearbeitet hatte, schloß sich der Kritik an Ewert an. Nicht in den organisatorischen Maßnahmen gegen die rechten Kommunisten sah Lominadse den Hauptfehler der KPD-

---

49 Protokoll, S. 367 ff.

50 Protokoll, S. 409.

51 Protokoll, S. 410. »Es wurde versucht, durch Erweiterung des Politsekretariats des ZK, die Mehrheit im Politsekretariat Genossen zu verschaffen, die der Gruppe Gerhart-Ewert angehörten.
Es wurde vorgeschlagen, daß Genosse Walcher nicht nur in die Leitung der Gewerkschaftsabteilung kommt, sondern auch andere Genossen der gleichen Richtung leitende Funktionen erhalten.
In der Kandidatenfrage versuchten die Genossen, nicht nur Brandler und Thalheimer, sondern eine ganze Reihe anderer Genossen in das Parlament zu bringen, um auf diesem Wege das Kräfteverhältnis im Funktionärkörper zu ändern ...« (Protokoll, S. 413 f.)

Taktik, sondern darin, »daß sie diese organisatorischen Maßnahmen viel zu wenig angewendet hat«.[52]
Gegenüber dieser allgemeinen Ablehnung der Rechten durch den Kongreß versuchte deren einziger Vertreter, Hans Tittel – von vielen Zwischenrufen unterbrochen –, die Vorstellung seiner Freunde darzulegen. Tittel warf der Parteiführung Unsicherheit und Schwanken vor. Durch die neue Gewerkschaftstaktik werde die KPD gelähmt. Mit besonderer Härte kritisierte Tittel, daß mit dem neuen ultralinken Kurs die Linie des »Offenen Briefes« von 1925 und des Essener Parteitages verlassen werde. Als entscheidenden Fehler bemängelte er, daß in der Partei jede praktische Anregung, besonders wenn sie von den sogenannten »Rechten« komme, sofort als Opportunismus verschrien werde. »Dadurch wird das geistige Leben in der Partei gelähmt, und das ist wiederum mit eine Ursache für die mangelnde Werbekraft und die Fluktuation in der Partei. Ich verlange keinerlei Duldung gegenüber Abweichungen von bestehenden Parteibeschlüssen. Die jetzige Führung duldet aber auch keine Meinung bei den Versuchen der Genossen, in der komplizierten Lage den besten Weg ausfindig zu machen. Das ist eine Gefahr.«[53]
In seinem Schlußwort verteidigte Bucharin die Thälmann-Führung. Die Rechten müßten nach seiner Meinung »auf der ganzen Front« verdrängt werden. Bestrebungen der deutschen Minderheit, einen Wechsel in der KPD-Leitung herbeizuführen, lehnte Bucharin ab. »Das EKKI unterstützt voll und ganz den historisch entstandenen Kern des Polbüros des ZK mit Thälmann an der Spitze.« Zugleich wandte sich Bucharin aber auch unmißverständlich gegen eine Entfernung Ewerts und dessen Freunde; »die Delegation der KPdSU hat mich z. B. beauftragt – was die deutsche Partei anbelangt – zu erklären, daß wir gegen die Versuche sind, den Genossen Ewert aus der Parteileitung zu verdrängen.«[54]
Ewert selbst polemisierte in seiner Erklärung nochmals gegen Ulbricht und Thälmann. Doch auch diese Ausführungen hinterließen wenig Eindruck. Es gab keinen Zweifel: der VI. Weltkongreß hatte die Position der Thälmann-Gruppe erheblich gefestigt. Das vom Kongreß angenommene (hauptsächlich von Bucharin verfaßte) Programm der Komintern[55] war zwar ein Kompromiß zwischen ultralinken und gemäßigten Vorstellungen, die in Moskau beschlossene These von der »dritten Periode« stützte dennoch die ultralinken Tendenzen. Danach war die erste, revolutionäre Periode mit der Niederlage des deutschen Proletariats 1923 beendet. Die zweite Periode, die »teilweise Stabilisierung des kapitalistischen Systems« wurde 1928 von der dritten Periode abgelöst. In dieser »dritten Periode« vollziehe sich in der Sowjetunion der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft, vor allem aber werde diese »dritte Periode« »zu einer weiteren Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung und zu einer äußersten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus« führen.[56]

---

52 Protokoll, S. 418.
53 Protokoll, S. 470.
54 Protokoll, S. 550 – RF vom 31. Juli und 12. August 1928.
55 Das Programm ist vollständig abgedruckt in H. Weber: Die Kommunistische Internationale. Eine Dokumentation. Hannover 1966, S. 165 ff.
56 Protokoll, a. a. O. (Anm. 43), S. 522 f.

Damit erhielt die neue ultralinke Wendung auch ihre ideologische Begründung. Als die deutsche Delegation Anfang September vom VI. Weltkongreß zurückkehrte, schien keine Chance mehr zu bestehen, den ultralinken Kurs in der KPD zu verhindern.

Die Wittorf-Affäre

Die Hamburger Parteiorganisation der KPD galt als Domäne Thälmanns. Immer wieder tauchten Gerüchte auf, Thälmanns engste Mitarbeiter in der Bezirksleitung Wasserkante seien in Korruptionsaffären verwickelt.
Auf Betreiben Thälmanns war der Polleiter des Bezirks Wasserkante, der verdiente Funktionär Rudolf Lindau, im März 1927 seines Postens enthoben worden. Es war kein Geheimnis, daß die Absetzung Lindaus nicht nur aus politischen Gründen erfolgte, sondern auch, weil er hart gegen Cliquen-Wirtschaft und Korruption durchgegriffen hatte. Die Verdächtigungen gegen führende Hamburger Kommunisten wurden nach Lindaus Ablösung massiver. Im Mai 1927 versandte eine oppositionelle Gruppe, die sich »Reinopp« (Reinigungsopposition) nannte, ihre Rundschreiben. Die Opposition erhob schwere Vorwürfe gegen Thälmann, sie enthüllte angebliche Korruptionsfälle im Bezirk Wasserkante.[57]
An Lindaus Stelle als Polleiter des Bezirks war John Wittorf getreten. Der ehemalige Hafenarbeiter galt als Busenfreund Thälmanns, manche behaupteten sogar, er sei dessen Schwager.[58] Bald verlautete gerüchteweise, Wittorf – der angeblich oft in Spielclubs und Nachtlokalen verkehrte – habe Gelder unterschlagen. Als sich Unstimmigkeiten in der Kasse herausstellten, versuchte Wittorf, diese dem Kassierer der Bezirksleitung, Dehmel, anzulasten. Dehmel, der mit der linken Opposition sympathisierte, wurde auf Betreiben Wittorfs aus der KPD ausgeschlossen. Eine Kassenrevision im April 1928 offenbarte jedoch die Unschuld Dehmels, statt dessen wurde Wittorf der Unterschlagung überführt (nach offizieller Darstellung handelte es sich um 1850 Mark). Zusammen mit seinen engsten Fraktionsfreunden John Schehr, Wille Presche und Ludwig Rieß beschloß Thälmann am 23. Mai 1928, die ganze Angelegenheit zu vertuschen. Alle verpflichteten sich zum Schweigen, und Wittorf, der Besserung versprach, blieb auf seinem Posten.[59]

---

57 »Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 37, Mai 1927.

58 In der KPD war die Meinung, Wittorf sei ein Schwager Thälmanns, allenthalben verbreitet. Demgegenüber erklärte die »Rote Fahne« am 3. Oktober 1928: »Genosse Thälmann ist mit Wittorf weder verschwägert noch verwandt.«
Bucharin vertrat noch auf dem April-Plenum der KPdSU im April 1929 die Ansicht, Wittorf sei ein Schwager Thälmanns. Dagegen wurde auf dem 10. EKKI-Plenum im Juli 1929 von der deutschen Delegation gesagt: »Nein, das ist eine Lüge.« (Protokoll des 10. Plenum des EKKI, Hamburg-Berlin o. J. [1929], S. 622 ff. Vgl. auch Anm. 252, S. 233.)
Wittorf selbst ließ meine Fragen unbeantwortet. In der Tat waren Thälmann und Wittorf nicht verschwägert: Thälmanns Frau Rosa war eine geb. Koch aus Bargfeld, Krs. Stormarn, Wittorfs Frau Caroline eine geb. Lewerenz aus Hamburg. (Mitt. der Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg an den Verf.)

59 «Volkswille» vom 28. September 1928 – «Kommunistische Arbeiter-Zeitung», Nr. 56 vom Oktober 1928 – «Vorwärts» vom 27. September 1928. Thälmann schilderte in der ZK-Sitzung vom

Der linkskommunistische »Volkswille« erhielt jedoch Kenntnis von der Manipulation, die Zeitung beschuldigte Wittorf der »Ausnutzung der Bezirkskasse zu persönlichen Zwecken«, und in einer Pressekampagne enthüllte das Blatt den Skandal.[60] Die KPD-Zeitungen wiesen die Vorwürfe zunächst entrüstet zurück. Die »Hamburger Volkszeitung« schrieb, es erübrige sich, »auch nur mit einem Wort darauf einzugehen«, das Blatt drohte den Redakteuren des »Volkswille« einen »proletarischen Denkzettel« an.[61] Immer neue Hinweise und Enthüllungen der Opposition veranlaßten nach dem VI. Weltkongreß endlich das ZK, die Hamburger Vorgänge zu untersuchen.[62] Eberlein und der Reichskassierer Golke fuhren nach Hamburg, sie fanden einen finanziellen »Saustall« vor.[63] Sie entdeckten rasch, daß die Unterschlagungen Wittorfs von Thälmann und dessen Freunden vertuscht worden waren. Eine Sitzung der BL Wasserkante schloß am 23. September Wittorf aus der KPD aus. Schehr, Presche und Rieß erklärten Eberlein, falls man sie ausschließe, müsse das gleiche auch mit Thälmann geschehen, da auch er alles gewußt habe. Daraufhin wurden sie zunächst nur ihrer Funktionen enthoben.[64]

Eberlein nahm sofort Rücksprache mit Gerhart Eisler. Der Fall Wittorf und Thälmann schien den führenden Versöhnlern doch noch eine Chance, den verhängnisvollen Linkskurs abzuwenden. Sie sahen keine politische Möglichkeit, die Linie zu ändern, und hofften deshalb, durch die Absetzung Thälmanns ihr Ziel zu errei-

---

26. September 1928 diese Sitzung folgendermaßen: »An Hand der Tatsachen haben wir dann noch einmal zu der Angelegenheit Stellung genommen und haben die Handlungweise des Gen. Wittorf nicht nur aufs schärfste verurteilt, sondern waren alle der Meinung, daß es ein Verbrechen ist, wie Wittorf gehandelt hat. Wir waren uns alle einig und ... [Auslassung im Original, H. W.] kamen zu der Auffassung, den Ausschluß gegen ihn einzuleiten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage erwogen, inwieweit eine solche Angelegenheit die Partei schädigt, und jetzt beginnt eben der verhängnisvolle Fehler, der der Angelpunkt war für das, was heute hier geschildert wurde und mich insofern stark belastet, weil ich mich aus bestimmtem Motive habe dazu verleiten lassen zu schweigen. Die Wahlen waren eben erst vorbei, die Ausnutzung der Ergebnisse der Wahlen spielten eine große Rolle, und die Genossen standen in der Vorbereitung des Stahlhelmtages, der acht Tage nachher in Hamburg stattfand. Wir haben hin und her erwogen, was in der Sache nun geschehen soll und sind dann zu dem Ergebnis gekommen, zunächst zu schweigen und bei der nächsten Gelegenheit den Wittorf zu erledigen.« (Protokoll der ZK-Sitzung vom 26. September 1928; abgedruckt in: »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 42 vom 17. Oktober 1928, S. 2580 f.)

60 So schrieb der »Volkswille« am 31. August 1928, eine Revision der Parteikasse in Hamburg habe ergeben, daß sich Wittorf ein »Darlehen« entnommen habe. Der gut informierte »Volkswille« kündigte an, das werde einen »Hauptschlager« gegen Thälmann geben.
Am 21. September 1928 schrieb der »Volkswille« gegen die Vorwürfe der KPD, er arbeite mit seinen Enthüllungen der SPD in die Hand: »Nicht wir liefern der SPD ›Material‹, sondern die korrupte Teddy BL sorgt in Hülle und Fülle für Stoff in den SPD-Zeitungen. Die korrupten Bonzen wollten sich noch als die verfolgten Unschuldslämmer hinstellen. Wie heißt denn der aus der KPD ›wegen Unterschlagung ausgeschlossene Kassierer‹, wie die Volkszeitung schreibt? Warum nennt sie nicht den Namen? Er heißt doch nicht am Ende Wittorf? Über diesen Mandatshelden ist die Mitgliedschaft mit Recht empört. Entpuppt er sich doch immer mehr als üble Thälmannkreatur. Sein Herumtreiben nachts in Spielclubs, seine mystischen ›Darlehen‹ haben die Mitglieder darüber aufgeklärt, daß das Herumlaufen am *Tage* ohne Wäsche und in Pilothosen noch nicht den ›Bolschewisten‹ ausmachen. Diese Tricks hat Wittorf glücklich seinem Meister abgeguckt.«

61 Zitiert im »Vorwärts« vom 26. September 1928.

62 »Volkswille« vom 21. September 1928 – »Vorwärts« vom 26. September 1928.

63 »Volkswille« vom 27. September 1928.

64 »Volkswille« vom 28. September 1928.

chen.[65] Am 25. September 1928 tagte das Polbüro der KPD, es bestätigte den Ausschluß Wittorfs durch die Bezirksleitung Wasserkante.[66] Am 26. September trat das ZK unter Vorsitz Schnellers zusammen, um über den Fall Wittorf zu beraten. Das Polbüro hatte dem ZK vorgeschlagen, Thälmann aller Funktionen zu entheben und die Entscheidung seiner weiteren Verwendung statutengemäß (Thälmann war Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern) dem EKKI zu überlassen. Eberlein berichtete ausführlich über die Hamburger Vorgänge, er forderte Thälmann auf: »Genosse Thälmann, tuen Sie der Arbeiterbewegung noch einen Gefallen und verschwinden Sie aus ihr!«[67] Thälmann selbst war mit den Vorschlägen des Polbüros einverstanden, er hatte wohl befürchtet, aus der KPD ausgeschlossen zu werden. Den Ausschluß Thälmanns aus der Partei verlangte jedoch nur der rechte ZK-Kandidat Hausen.[68] Sein Antrag wurde verworfen; nur die rechten ZK-Kandidaten Galm und Bassüner stimmten ihm zu. Daraufhin lehnte Hausen den Beschluß des Polbüros mit folgender Begründung ab:

»Ich habe dem Beschluß des Polbüros nicht meine Zustimmung geben können, da er nicht weitgehend genug ist. Aus dem Verhalten des ZK und aus dem Bericht des Genossen Eberlein geht einwandfrei hervor, daß

1. Thälmann von der Unterschlagung seit mindestens im Monat Mai wußte und dies verschwieg.

---

65 Der sozialdemokratische »Vorwärts« schrieb am 27. September 1928 dazu: »Was die Leute um Ewert mit politischen Mitteln nicht fertigbrachten, das ist ihnen mit Hilfe des Hamburger Skandals gelungen. Daß Thälmann sich an den Unterschlagungen beteiligt hat, deren die Lokalgröße Wittorf angeklagt ist, ist nicht anzunehmen. Aber er hat sie früher gewußt, als seine Freunde in der Parteileitung, er hat geschwiegen und damit Wittorf gedeckt.«
Die ultralinke Opposition ging in ihren Anschuldigungen weiter. Sie meinte, Thälmann habe sich an Wittorfs »nächtlichen Saufgelagen« beteiligt und das ZK sei ein »netter Schweinestall«. Allerdings wies man sofort darauf hin, der »Diktator Stalin« könne den treuen Thälmann nicht entbehren. (»Mitteilungsblatt Gruppe Kommunistische Politik«, Bezirk Ruhrgebiet, 28. September 1928.) Vgl. auch »Volkswille« vom 28. September 1928.

66 Im Polbüro verlangte Ewert »schärfere Maßnahmen« gegen Thälmann (»Die Kommunistische Internationale«, Heft 42 vom 17. Oktober 1928, S. 2582). Im Beschluß gegen Wittorf wurde nur von dem früheren Sekretär der Hamburger Organisation gesprochen, daß Wittorf Polleiter des Bezirks Wasserkante und Mitglied des ZK war, blieb unerwähnt, ebenso auch, daß er 1927 einer der Vorsitzenden des Parteitags war und als Hauptredner gegen die Opposition auf der EKKI-Sitzung im November 1926 aufgetreten war.
Die Meldung über Wittorfs Ausschluß brachte die Parteipresse einheitlich in kleiner Aufmachung auf der zweiten oder dritten Seite.
RF und »Westf. Kämpfer« vom 27. September, »Freiheit« und »Soz. Republik« vom 26. September, »Neue Zeitung«, München, und »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover vom 28. September 1928.

67 »Die Kommunistische Internationale«, Heft 42, vom 17. Oktober 1928, S. 2582 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 23 – Vgl. auch Schwarz: Völker hört die Zentrale, Berlin 1933, S. 180.

68 Hausen stellte folgenden Antrag: »1. Ausschluß von Thälmann aus der Partei. 2. Kampf gegen alle Korruptionserscheinungen im führenden Funktionärkörper der Partei. 3. Behandlung des Falles Thälmann in voller Öffentlichkeit, Einberufung eines Parteitages und Neuwahl der Zentrale. 4. In der legalen Zeit Wählbarkeit und Absetzbarkeit der Parteifunktionäre durch die Mitglieder. d. h. keine Einsetzung und Absetzung der Funktionäre ohne Zustimmung der Mitglieder. 5. Laufende Diskussion und Kritik der gesamten Tätigkeit der Partei ... 6. Rückgängigmachung aller in letzter Zeit erfolgten politischen Maßregelungen. 7. Schluß mit dem System der Strafversetzungen. Heranziehung von Brandler und Thalheimer zur Parteiarbeit in Deutschland. 8. Einstellung der sportsmäßigen Rechtshetze gegen die alten revolutionären Parteikader . . .« (»Volkswille« vom 1. Oktober 1928).

2. Thälmann beim Ausschlußantrag und beim Ausschluß des Kassierers Dehmel durch Wittorf wußte, daß nicht Dehmel, sondern der Antragsteller Wittorf der Dieb an Parteieigentum ist. Trotzdem schwieg Thälmann.
3. Thälmann wußte bereits beim letzten Auftreten Wittorfs im ZK und bei der Versetzung des Genossen Stephan nicht nur, daß Wittorf ein Schuft, sondern auch, daß er Stephan nicht nur aus politischen Gründen aus seinem Wirkungsbereich entfernen wollte. Thälmann schwieg trotzdem noch.
4. Thälmann wußte, daß im Bezirk eine Untersuchungskommission zur Aufhellung der Unterschlagung Wittorfs eingesetzt war, und er schwieg noch immer.
5. Thälmann hat sogar der engsten Führung der Partei die Angelegenheit verheimlicht. Bei einer solchen Handlungsweise kann kein Parteiinteresse der Beweggrund der Haltung Thälmanns gewesen sein, denn die Anerkennung eines solchen Beweggrundes bedeutet praktisch, daß die Mitteilung an die Genossen Dengel, Ewert und Schneller das Parteiinteresse schädige.
6. Werden durch den Beschluß des ZK die Genossen Schehr, Rieß und Presche, die systematisch die Unterschlagungen verheimlichten, Parteiinstanzen belogen und eine Fraktionssitzung zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der an der Korruption Beteiligten durchgeführt haben, nicht aus der Partei ausgeschlossen, trotzdem feststeht, daß der geringste Parteifunktionär wegen solcher Vergehen rücksichtslos aus der Partei hinausgeworfen würde.
7. Werden im Beschluß des ZK nicht die aus dem Vorfall erforderlichen innerparteilichen Konsequenzen gezogen«.[69]

Die meisten ZK-Mitglieder sprachen sich für den Vorschlag des Polbüro aus. Nur Lenz-Winternitz und Leo Flieg verteidigten Thälmann,[70] sie waren vor allem gegen eine Veröffentlichung des ZK-Beschlusses. Eisler und Eberlein dagegen drängten darauf, das Verdikt in der Parteipresse bekanntzugeben, da in der Öffentlichkeit bereits zuviel Staub aufgewirbelt worden sei. Das ZK nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es hieß:

»Das ZK mißbilligt auf das schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen; bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann.«[71]

Stalins Plan, Thälmanns Absetzung zu verhindern, scheiterte zunächst. Der Kominternemissär Petrowsky-Bennett kam nicht rechtzeitig in Berlin an.[72] Auch Herman Remmele, damals Vertreter der KPD beim EKKI, kam zu spät nach Berlin,

69 »Volkswille« vom 1. Oktober 1928.

70 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 23 – Mitt. von Joseph Schlaffer an den Verf. Neumann soll bei der Abstimmung Stimmenthaltung geübt haben, nach der Darstellung von Margarete Buber-Neumann (Kriegsschauplätze der Weltrevolution, Stuttgart 1967, S. 238) war Neumann jedoch in Moskau.

71 Der Wortlaut des Beschlusses ist abgedruckt in *Dokumente*, S. 264 ff. Das Gerücht, Ulbricht habe sich der Abstimmung dadurch entzogen, daß er die Toilette aufsuchte (Buber-Neumann, a. a. O., S. 238), dürfte kaum stimmen, da er damals zusammen mit Remmele und Heckert beim EKKI in Moskau weilte. (vgl. Ulbrichts Biographie, Bd. 2.)

72 »Volkswille« vom 1. Oktober 1928. Nach Mitteilung von Frau Babette Groß, der Lebensgefährtin Münzenbergs, versuchte der Kominternvertreter, über Münzenberg zum Sitzungsort des ZK zu

er konnte die Veröffentlichung des ZK-Beschlusses nicht mehr unterbinden.[73] Remmele traf am 28. September 1928 mit dem Flugzeug aus Moskau in Berlin ein (nach anderen Berichten sogar erst am 1. Oktober 1928). In Stalins Auftrag bemühte er sich, Thälmann als Parteivorsitzenden zu halten.[74]

In der KPD stieß Thälmanns Absetzung anfangs nur auf geringen Widerstand. Die KPD-Presse nannte die Funktionsenthebung des Vorsitzenden ein Beispiel für die konsequente Reinheit der Partei. Die KPD, so hieß es, habe »keinen Augenblick gezögert, trotz der großen Verdienste des Genossen Thälmann um die Partei« dessen Verhalten vor der Arbeiteröffentlichkeit zu kritisieren. Thälmanns Absetzung wurde als »Garantie für die innere Festigkeit und Reinheit« der Partei apostrophiert.[75] Die Presse schrieb: »Die Erledigung der Hamburger Angelegenheit beweist der Arbeiterschaft, mit welcher rücksichtslosen Strenge die KPD gegenüber jedem Korruptionsfall vorgeht.«[76] Die »schärfste Mißbilligung des politischen Fehlers des Genossen Thälmann« werde »das Ansehen der revolutionären Arbeiterpartei ... stärken«.[77]

Gegen Thälmanns Absetzung hatte sich anfangs nur die Mehrheit der Hamburger Bezirksleitung ausgesprochen, die auch die Funktionsenthebung von Schehr, Presche und Rieß als zu weit gehend ablehnte. Als Schneller diese Tatsache auf einer Parteiarbeiterversammlung der Hamburger KP am 1. Oktober 1928 bekanntgab, herrschte allerdings bei den unteren Funktionären helle Empörung und Rufe wie: »Nieder mit der BL!« wurden laut.[78] Auch andere Funktionärsversammlungen, die in den ersten Tagen nach der Absetzung Thälmanns stattfanden, unterstützten die Haltung des ZK. Eine Kölner Parteiarbeiterversammlung beschloß am 28. September 1928 nach ausgiebiger Diskussion:

»Die einstimmige Annahme aller dieser Beschlüsse in der Vollsitzung des ZK bei gründlichster Untersuchung werden jedem Genossen, jedem Proletarier, eine erneute Garantie für die innere Festigkeit und Reinheit der kampfentschlossenen Führung der Kommunistischen Partei sein.«[79]

Am 1. Oktober 1928 bekannte sich die Bezirksleitung Niederrhein in Düsseldorf

---

gelangen. Er erreichte den illegalen Tagungsort jedoch nicht. Vgl. auch Babette Groß: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie. Stuttgart 1967, S. 217 ff.

73 Die Parteipresse publizierte den Beschluß in unauffälliger Form; »Die Rote Fahne« am 27. September 1928 auf Seite 4, die »Freiheit« am 27. September auf Seite 3, »Sozialistische Republik« am 27. September auf Seite 2, das »Ruhr-Echo« (»Westf. Kämpfer«) am 28. September auf Seite 2, die Hannoversche »Neue Arbeiter-Zeitung« am 29. September auf Seite 3 usw. Dagegen brachte die nichtkommunistische Presse Thälmanns Funktionsenthebung in großer Aufmachung. So erschien das sozialdemokratische »Hamburger Echo« am 27. September mit der Schlagzeile »Thälmann abgesetzt!«

74 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 23 – Geh. StA München 101 236 – »Volkswille« vom 1. Oktober 1928 – »Vorwärts« vom 2. Oktober 1928.

75 RF vom 28. September 1928 – »Soz. Republik« vom 28. September – »Westf. Kämpfer« vom 29. September – »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 29. September 1928. Die Düsseldorfer »Freiheit« brachte außer dem Beschluß keinerlei Hinweis, bis sich die Situation wieder geändert hatte.

76 »Westf. Kämpfer« vom 2. Oktober 1928.

77 »Neue Zeitung«, München, vom 5. Oktober 1928.

78 »Volkswille« vom 3. Oktober 1928 – »Vorwärts« vom 4. Oktober 1928.

79 »Soz. Republik« vom 29. September 1928.

einstimmig zu den Beschlüssen des ZK; sie nahm aber zugleich »aufs entschiedenste Stellung gegen Versuche gewisser Genossen, den Hamburger Fall für ihre politischen Gruppeninteressen auszunutzen« und forderte das ZK auf, das zu verhindern.[80] Das war das erste Echo des linken Parteiflügels, der mit Recht befürchtete, Ewert und seine Freunde wollten Thälmanns Sturz zu einer Palastrevolution ausweiten und ihre eigene Position in der Partei verbessern.[81]

In dieser Situation bemühte sich vor allem der Rote Frontkämpferbund unter Führung von Willy Leow, Thälmann zu stützen. In einem Telegramm nach Moskau setzte sich der RFB für ein Verbleiben Thälmanns als Parteivorsitzender ein. Das Sekretariat des RFB erklärte in einem Rundschreiben an die RFB-Gauführungen: »Wir haben nach wie vor Vertrauen zum Kameraden Thälmann, der glaubte, im Interesse der Organisation zu handeln und dessen Fehler uneigennützigen Motiven entsprang ... Wir hoffen, daß der Kamerad Thälmann seine Arbeit an der Spitze unserer Organisation weiterführen wird. Wir werden nicht zulassen, daß man den Kameraden Thälmann mit Schmutz bewirft ...«[82] (Vgl. Dok. 18).

Alle verzweifelten Versuche seiner engen Freunde hätten Thälmann nicht halten können; seine Rettung war allein dem Eingreifen Stalins zu verdanken. Die Tatsache, daß Remmele die Einwände Stalins gegen die Funktionsenthebung Thälmanns darlegte, genügte einigen Parteiführern, ihre Stellungnahme zu wechseln. Dann rief Stalin in den ersten Oktobertagen Remmele, Thälmann, Ewert, Dengel, Eberlein und Pieck zu sich nach Moskau und machte ihnen unmißverständlich klar, nach Meinung der sowjetischen Parteiführung müsse Thälmann Vorsitzender der KPD bleiben.[83] Die Anhänger der linken Mehrheit im Polbüro, die vorher entweder Thälmanns Absetzung zögernd mitgemacht (Merker, Flieg) oder selbst aktiv mitbetrieben hatten, da sie die Korruptionsaffäre als schwerwiegend ansahen (Dengel, Schneller), überstimmten nunmehr die »Versöhnler« (Eberlein, Ewert und Heinrich Süßkind). Am 2. Oktober 1928 beschloß das Polbüro mit 10 Stimmen bei drei Enthaltungen, die Mehrheit des ZK sei »von der Erwägung ausgegangen, daß Genosse Thälmann trotz seines schweren politischen Fehlers in der Führung der Partei bleiben soll«. Die innerparteiliche »Ausnutzung« der Hamburger Vorgänge durch die Rechten und »Versöhnler« wurde vom Polbüro scharf gerügt.[84]

Die »Rote Fahne« veröffentlichte am 6. Oktober 1928 eine Erklärung von 25 ZK-Mitgliedern,[85] die nun »nach Kenntnis neuer Tatsachen« ihre Zustimmung

---

80 »Freiheit« vom 3. Oktober 1928.

81 Meldungen der oppositionellen kommunistischen Presse bzw. der SPD-Presse, wonach in Neukölln Funktionäre jede Parteiarbeit verweigert und mit Beitragssperre gedroht hätten, bis der Fall Thälmann endgültig geklärt und jede Korruption ausgeschlossen sei, wurden von den KPD-Zeitungen als falsch zurückgewiesen. Doch konnte auch die Parteipresse die Unruhe, die wegen der Hamburger Ereignisse in der KPD herrschte, nicht völlig vertuschen. (RF vom 3. und 10. Oktober 1928 – »Neue Zeitung«, München, vom 4. Oktober 1928.)

82 StA Bremen, IV 27, Bd. 8, vgl. unten, S. 433 f.

83 »Volkswille« vom 2. Oktober 1928.

84 RF vom 5. Oktober 1928 – »Westf. Kämpfer vom 5. Oktober – »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 6. Oktober – »Neue Zeitung«, München, vom 6. und 8. Oktober 1928.

85 Die Erklärung war unterschrieben von Remmele, Heckert, Ulbricht, Merker, Stoecker, Winterich, Dahlem, Golke, Geschke, Dengel »und weiteren 14 ZK-Mitgliedern«. Kurze Zeit später

zum Beschluß vom 26. September 1928 zurückzogen.[86] Der Druck der Stalinführung hatte die deutsche ZK-Mehrheit zu diesem Schritt bewogen. Zum Vorwurf der Sozialdemokratie, das ZK der KPD sei aus Moskau zurückgepfiffen worden, schrieb die KPD-Presse: »Glaubt der ›Vorwärts‹ im Ernst, daß sich kommunistische Arbeiter von den Tintenkulis des Trustkapitals gegen die Kommunistische Internationale aufhetzen lassen?«[87]

Am 6. Oktober 1928 tagte in Moskau das EKKI-Präsidium. Diese Präsidiums-Sitzung hatte Stalin so arrangiert, daß seine Gegner nicht anwesend waren – Bucharin weilte als Urlauber am Schwarzen Meer, auch Humbert-Droz und andere Kritiker Thälmanns fehlten.[88] So verlief Stalins Manipulation ohne Widerstand: Thälmann wurde rehabilitiert.

Diesen EKKI-Beschluß veröffentlichte die »Rote Fahne« am 9. Oktober 1928 in großer Aufmachung, er enthielt drei Punkte: Erstens wurde der Ausschluß Wittorfs aus der KPD begrüßt, zweitens wurde Thälmann gerügt, weil er das ZK nicht sofort von der Unterschlagung Wittorfs in Kenntnis gesetzt hatte. Doch wurde Thälmann zugebilligt, er habe nicht beabsichtigt, Wittorf zu schützen, er wollte vielmehr »die öffentliche Erledigung der ganzen Angelegenheit mit möglichst geringem Schaden für die Partei« durchführen. Drittens kritisierte das Präsidium des EKKI, »daß das ZK der KPD die Resolution über die Verurteilung des Genossen Thälmann veröffentlichte..., ohne daß das ZK den Versuch gemacht hätte, diese Resolution auch den aktiven Parteifunktionären zur Kenntnis zu bringen ...« Dadurch habe das ZK »einen für die Partei höchst gefährlichen Fehler« begangen. Ein derartiger grober Fehler sei nur dadurch möglich geworden, daß die Mehrheit der Mitglieder des ZK nicht genügend informiert war, und sich »von den politischen Gegnern innerhalb des ZK« leiten ließ. Der Fall Wittorf sei »im fraktionellen Gruppeninteresse« gegen Thälmann, einen der Hauptvertreter der Linie des VI. Weltkongresses geführt worden, um auf diese Weise den »neuen politischen Kurs zu verhindern«. Da die meisten Mitglieder des ZK bereits ihren Fehler eingesehen hätten, schlage das Präsidium des EKKI vor, »gewisse Änderungen in der Zusammensetzung der leitenden Organe des ZK (Polbüro, Sekretariat, Redaktion der »Roten Fahne«) vorzunehmen«. Das EKKI-Präsidium sprach Thälmann »das volle politische Vertrauen aus« und verpflichtete die KPD, ihn in seiner Funktion zu belassen. Gefordert wurde ein ideologischer Kampf gegen die Rechten und »Versöhnler«, allerdings auf der Grundlage innerparteilicher Demokratie; eine »freie Erörterung« der Probleme wurde zugesichert.[89] Damit war die »Palastrevolution«

---

wurde eine »Richtigstellung« dieser Meldung veröffentlicht, und es hieß nunmehr, Leo Flieg und Remmele hätten sich schon am 27. bzw. am 28. September 1928 gegen den ZK-Beschluß ausgesprochen, Heckert und Ulbricht sich am 30. September 1928 in einem Telegramm aus Moskau von diesem Beschluß distanziert.

86 RF vom 7. Oktober – »Soz. Republik« vom 8. Oktober – »Freiheit« vom 8. und 10. Oktober – »Neue Arbeiter Zeitung«, Hannover, vom 10. Oktober – »Neue Zeitung«, München, vom 8. Oktober 1928.

87 RF vom 7. Oktober 1928.

88 Mitt. von Jules Humbert-Droz an den Verf.

89 RF vom 9. Oktober – »Soz. Republik« vom 9. Oktober – »Freiheit« vom 9. Oktober – »Westf.

der »Versöhnler« vereitelt. Ihr Versuch, den Fall Wittorf zur Umstellung der Parteiführung und damit zur Veränderung der politischen Linie auszunutzen, war gescheitert.[90]

Diese Rehabilitierung durch das EKKI ermöglichte es Thälmann – auch seine Fraktion hatte sich in einer erstaunlich schnellen Wendung wieder hinter ihn gestellt –, seine Position auszubauen. Zunächst wandte er sich gegen die Rechten und »Versöhnler«; er veranlaßte außerdem, daß alle, die ihn nicht voll unterstützt hatten (Schneller, Dengel, Pieck) ihrer Funktionen verlustig gingen.

Die Parteipresse trat nun entschieden für die EKKI-Resolution ein, sie zeigte sich überzeugt davon, »daß die überwältigende Mehrheit der Partei den Beschluß des EKKI auf das Freudigste begrüßen wird«.[91]

Thälmanns Vergeltung traf zuerst die Rechten. Gegen Hausen hatte das ZK bereits am 5. Oktober 1928 eine Untersuchung eingeleitet: angeblich hatte er seine Reden und Anträge auf der ZK-Tagung vom 26. September 1928 dem Organ des Leninbunds »Volkswille« in die Hände gespielt.[92] Am 18. Oktober 1928 schrieb die »Rote Fahne« schon, die Rechten hätten den »Weg des Verrats« beschritten und die Versöhnler betrieben eine »verbrecherische Hetze« gegen Thälmann. Am gleichen Tag hatten die führenden Rechten (August Thalheimer, Jakob Walcher, Albert Schreiner, Max Köhler, Paul Frölich und August Enderle) einen Brief an das EKKI gesandt, in dem sie gegen den EKKI-Beschluß vom 6. Oktober »schärfsten Protest« erhoben. In dem Brief hieß es:

»Der eigentliche Sinn des Geschreies der Thälmann-Clique ist aber der, daß die Thälmannleute den Kern der Beschlüsse des 6. Kongresses in der Bestätigung der Führung der Partei durch Thälmann und seine Freunde, in der Bestätigung des neuauflebenden Maslow-Kurses, in der Fortsetzung der verlogenen Hetze gegen die »Rechten« sehen ...

Beharrt Ihr auf Eurem Beschluß zum Fall Thälmann-Wittorf, so bedeutet das, daß Ihr den Weg zum Ruin der KPD und der Komintern beschreitet. Wir fordern von Euch die sofortige Aufhebung des Beschlusses.

Kämpfer« vom 10. Oktober – »Echo des Ostens«, Königsberg, vom 10. Oktober – Neue Zeitung«, München, vom 10. Oktober 1928.

90 Ernst Meyer, der damals zu einer Kur auf der Krim weilte, hatte schon in einem Brief vom 30. Oktober 1928 die Aktion von Eisler und Ewert mißbilligt (vgl. diesen Brief, Dok. 19).

91 »Neue Zeitung«, München, vom 11. Oktober 1928.

92 »Soz. Republik« vom 10. Oktober 1928. Erich Hausen selbst bezeichnete diesen Vorwurf als »reine Erfindung«. »Wie der Volkswille in den Besitz des Antrags gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe weder dem »Volkswillen« noch dem »Vorwärts« irgendwelches Material zugestellt oder in die Hände gespielt.« (Brief vom 12. Juni 1964 an den Verf.)
Der damalige Chefredakteur des »Volkswille«, Wolfgang Bartels, bestätigt diese Darstellung: ». . . die betreffende Information hat damals Hausen nicht besorgt. Hugo Urbahns wurde sie zugespielt von einem Vertrauensmann, den wir noch im ZK hatten.« (Brief von Wolfgang Bartels an den Verf. vom 28. September 1964.) Allerdings ließ sich nicht mehr feststellen, wer der Vertrauensmann des Leninbunds im ZK war. Auch wenn es zwischen den ausgeschlossenen Linken und Rechten keine Zusammenarbeit gab, waren sie sich doch einig in der Bekämpfung des »Korruptionssumpfes«. »Wir bewerten den Vorstoß der Brandler-Gruppe im ZK als den ernsthaften Willen zur Parteireinhaltung – aber diese Methoden und die grundsätzliche Einstellung dieser Gruppe zu den Ursachen der Korruption sind unzureichend.« (»Volkswille« vom 1. Oktober 1928.)

Darüber hinaus fordern wir zur Einleitung der Gesundungsaktion in der Partei und in der Komintern die Durchführung folgender Maßregeln:

1. Vorlegung des gesamten Materials zum Fall Thälmann und den verwandten Korruptionsfällen an die gesamte Mitgliedschaft.
2. *Freie Diskussion* über die politische Linie der Partei in Organisation und Presse.
3. *Wählbarkeit* und Absetzbarkeit *aller Parteifunktionäre* durch die Mitgliedschaft als Regel in legalen Zeiten.
4. Einstellung der Rechtshetze, Aufhebung aller Maßregelungen und Verschickungen.
5. *Säuberung* der Partei von den entarteten und korrupten Elementen.
6. Einberufung eines außerordentlichen *Parteitages* und Neuwahl des ZK.«[93]

Solche Forderungen bezeichneten das EKKI und das ZK als Provokation. Die letzten Bande zwischen rechter Opposition und ZK-Mehrheit waren endgültig zerrissen. Die Ausschaltung der Rechten und Versöhnler nahm ihren Lauf.

Am 18. Oktober traf sich das ZK wieder zu einer Vollsitzung. Die gleichen Personen, die drei Wochen zuvor Thälmann seiner Funktion enthoben hatten, übten nun Selbstkritik. Mit 25 gegen 6 Stimmen (bzw. 9 zu 3 der Kandidaten) beschloß das oberste Parteigremium: »Das ZK hebt die Beschlüsse vom 26. 9. auf, deren Unrichtigkeit und Schädlichkeit bereits durch die höchsten Instanzen der Komintern festgestellt worden ist.«[94] Der Beschluß vom 26. September wurde als »verhängnisvoller, die Partei schwer schädigender Fehler« bezeichnet. Die Absetzung Thälmanns und die Veröffentlichung des Beschlusses wurden bedauert, das sei »mit der internationalen Parteidisziplin unvereinbar« und ein Eingriff in die Kominternrechte gewesen. Vom Polbüro wurden personalpolitische Umbesetzungen verlangt, um die rechten und versöhnlerischen Strömungen zu überwinden. Die Funktionäre Hausen und Galm wurden ihrer Funktionen enthoben,[95] die Rechten als »Agenten des Feindes im eigenen Lager« verfemt.[96] Am gleichen Tage akzeptierte die Berliner Bezirksleitung mit 17 gegen 6 Stimmen (der Versöhnler) die EKKI-Beschlüsse.[97]

Nunmehr wurde eine neue, wenn auch kurze Diskussion in der Partei eröffnet. Zunächst begann die Führung – wie schon früher üblich – mit einer Serie von Funk-

93 Flugblatt: An die Mitglieder der KPD (Als Manuskript gedruckt. Nur für die Mitglieder der KPD). Kopie im Privatarchiv Weber.

94 Die Gegenstimmen kamen von Karl Becker, Paul Dietrich, Hugo Eberlein, Arthur Ewert, Johannes Schröter und Georg Schumann (Ernst Meyer war nicht anwesend) bei den Mitgliedern sowie von Franz Bellemann, Albert Bassüner und Erich Hausen (Gerhart Eisler war in Moskau, Heinrich Süßkind und Heinrich Galm fehlten) bei den Kandidaten.

95 Hausen und Bassüner protestierten auf der ZK-Sitzung (auch im Namen von Galm) »gegen die Behauptung, die Aufrollung des Fehlers Thälmanns sei ein rechtes Fraktionsmanöver«. Sie wiesen darauf hin, daß vielmehr die Erklärung der 25 ZK-Mitglieder fraktionell sei und ein Verstoß gegen die Parteistatuten bedeute, da diese nicht berechtigt seien, gegen einen Beschluß des Plenums Stellung zu nehmen. (»Volkswille« vom 29. Oktober 1928.)

96 RF vom 20. Oktober – »Westf. Kämpfer« vom 23. Oktober – »Soz. Republik« vom 22. Oktober 1928.

97 »Hamburger Volkszeitung« vom 20. Oktober 1928. Im »Westf. Kämpfer« hieß es, das Abstimmungsergebnis in der BL sei 17 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung gewesen. Die erweiterte BL stimmte sogar mit 68 gegen 9 bei 8 Enthaltungen den EKKI-Beschlüssen zu, die Funktionärkonferenz mit 112 gegen 11 Stimmen (»Inprekorr«, Nr. 122, vom 30. Oktober 1928, S. 2407 f. – RF vom 20. Oktober – »Soz. Republik« vom 22. Oktober 1928).

tionsenthebungen. Bereits Anfang Oktober war Stephan als Chefredakteur des »Ruhr-Echo« abgelöst worden, er hatte versucht, eine Versöhnler-Fraktion im Ruhrgebiet aufzubauen, und »tagelang die Parteiarbeit lahmgelegt«.[98] Süßkind (»Kurt«) wurde als Chefredakteur der »Roten Fahne« durch Heinz Neumann ersetzt. Hugo Eberlein verlor seinen Sitz im Polbüro. Gleichzeitig mußten Süßkind und Eisler ihre Funktionen als Kandidaten des Polbüros niederlegen. Die Versöhnler waren im Polbüro nur noch durch Ernst Meyer und Arthur Ewert vertreten. Im Oktober mußte auch Karl Volk seinen Posten als Chefredakteur der »Hamburger Volkszeitung« abgeben. Auch der Chefredakteur der »Bergischen Arbeiterstimme«, Ernst Becker, wurde abberufen. Beide gingen ihrer Funktionen verlustig, weil sie in ihren Zeitungen die Beschlüsse der von Versöhnlern beherrschten Bezirksleitung Halle-Merseburg abgedruckt hatten. Abgesetzt wurden auch der Chefredakteur des Chemnitzer »Kämpfer«, Möller, und der Chefredakteur der »Sächsischen Arbeiterzeitung«, Paul Böttcher. Damit befand sich die gesamte Parteipresse, mit Ausnahme des »Klassenkampf« in Halle, fest in der Hand der Thälmann-Fraktion.[99]

Die Diskussionen und Abstimmungen in den einzelnen Bezirksleitungen während des Oktobers 1928 ergaben eindeutig, daß die Rechten und Versöhnler im Parteiapparat in der Minderheit waren. Als erste Bezirksleitung stellte sich am 10. Oktober die Führung von Wasserkante hinter die Beschlüsse des EKKI. In einer Entschließung forderte die BL eine Diskussion über den VI. Weltkongreß mit der »Spitze« gegen die Rechten und Versöhnler. Die Resolution wurde mit 35 Stimmen bei 16 Enthaltungen der Versöhnler und einer Gegenstimme angenommen.[100] Die Bezirksleitungen von Erzgebirge, Ostsachsen, Oberschlesien, Magdeburg, Nordbayern und Pfalz stimmten geschlossen für das ZK. In Mittelrhein war das Stimmenverhältnis 27 zu 1 (bei einer Enthaltung) für das ZK, an der Ruhr 17 zu 2 bei 4 Enthaltungen, Niederrhein 15 zu 3 bei einer Enthaltung;[101] Nordwest 37 zu 3,[102] Niedersachsen 10 zu 2 (3 Versöhnler stimmten hier für das ZK – dabei soll es zu einer Schlägerei gekommen sein). In der Sitzung der Bezirksleitung Südbayern wurde zwar von der »Umfallakrobatik« des ZK gesprochen, aber doch mit 17 gegen 1 Stimme der EKKI-Beschluß gutgeheißen (5 BL-Mitglieder wandten sich allerdings gegen eine Wiedereinsetzung Thälmanns).[103] Wie rasch die Mitglieder der einzelnen Bezirksleitungen umschwenkten, demonstriert besonders das Beispiel Württembergs. Am 2. Oktober 1928 hatte die Bezirksleitung einstimmig beschlossen: »Die Bezirksleitung des Bezirks Württemberg, an der alle Redakteure und

98 »Westf. Kämpfer« vom 10. Oktober 1928 und 16. April 1929 – StA Koblenz, 403/16770.

99 StA Bremen, IIA 12 a 1 a, Bd. 1 – »Hamburger Volkszeitung« vom 20. Oktober 1928 – Chronik, a. a. O. (Anm. 20), S. 230 – »Gegen den Strom« vom 1. Dezember 1928.

100 RF vom 10. Oktober – »Westf. Kämpfer« vom 11. Oktober 1928.

101 In der erweiterten BL-Sitzung stimmten allerdings 30 für und 18 gegen das ZK (bei 2 Enthaltungen). Der Polleiter (Breuer) gehörte selbst zu den Versöhnlern.

102 Es kam in Bremen zu heftigen Auseinandersetzungen und selbst die Mehrheit der BL verlangte: »Gleichfalls fordert die BL künftig eine umfassendere Information der Mitglieder über alle politischen Vorgänge.« (StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 10).

103 RF vom 29. November – »Soz. Republik« vom 22. Oktober – »Freiheit« vom 26. Oktober – »Volkswille« vom 22. Oktober – Geh. StA München, 101236.

Landtagsabgeordneten teilnahmen, hat in ihrer Sitzung vom 2. 10. zu den Hamburger Vorgängen Stellung genommen. Sie billigt die entschiedenen Maßnahmen des Zentralkomitees und die Veröffentlichung in der Presse, die beweisen, daß die revolutionäre Partei rücksichtslos jede Korruption ausrottet im Gegensatz zur SPD, wo die Zudeckung von Korruptionsaffären zum System gehört.«[104]
Drei Wochen später, am 23. Oktober 1928, beschlossen die gleichen BL-Mitglieder mit 21 gegen 9 Stimmen: »Die BL billigt vorbehaltlos die Beschlüsse des EKKI und des ZK zur Erledigung des Hamburger Falles. Der von der BL am 2. Oktober gefaßte Beschluß wird damit zurückgenommen.«[105]
In Halle-Merseburg stand die Bezirksleitung anfangs beinahe geschlossen auf seiten der Versöhnler. Das Parteiorgan »Klassenkampf« hatte schon Anfang Oktober geschrieben, »daß die Methoden des innerparteilichen Kurses in der KPD, wie sie in der letzten Zeit in einem immer größeren Umfange angewandt werden, Gefahren in sich bergen, die solche Erscheinungen wie die Affäre Wittorf-Thälmann begünstigen«.[106] Die Bezirksleitung Thüringen wurde von den Rechten beherrscht, sie lehnte den Umfall des ZK ab.
Auch in der Bezirksleitung Westsachsen (Leipzig) waren die Thälmann-Gegner (Versöhnler und Rechte) zunächst in der Mehrheit. Sie sprachen sich am 18. Oktober noch einmal für den Beschluß des ZK vom 26. September aus und nannten das »Einsetzen des Genossen (Thälmann) in seine alten Funktionen eine Lähmung der Partei im Kampf gegen Korruption und Cliquenwirtschaft«.[107] Auch in Schlesien[108] und Hessen (Offenbach) hatten die Rechten anfänglich noch starke Positionen.
Doch Ende Oktober konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Thälmann-Fraktion den Parteiapparat im wesentlichen beherrschte und auch die Mehrheit in der Partei hinter sich hatte. Die Vorbereitungen zu einer Parteikonferenz sollten dazu dienen, die neue Linie politisch und personell zu konsolidieren. Der Opposition blieb keine Chance mehr. Ende Oktober beschloß die Berliner Bezirksleitung,[109] nunmehr die »Körperschaftsdisziplin« straff zu handhaben, das hieß, daß alle BL-Mitglieder in den unteren Organisationen die Linie der Mehrheit vertreten mußten: »Demnach sind keine Korreferate zulässig.«[110]

---

104 StA Bremen, IV 27, Bd. 8 – StA Bremen, IIA 12 a 1 a, Bd. 1, Bl. 55.
105 StA Bremen, IV 27, Bd. 8.
106 Zitiert in: »Vorwärts« vom 9. Oktober 1928 (Nr. 478).
107 »Vorwärts« vom 20. Oktober 1928 (Nr. 498).
108 In Schlesien hatte Hausen unter den Breslauer Funktionären größeren Anhang. In einer Funktionärkonferenz am 15. Oktober sagte er: »Wir gehören nicht zu den Typen, die drauf und dran sind, die KPD und die Kommunistische Internationale zugrunde zu richten, weil sie für einen Posten ihre Gesinnung verkaufen.« Hausen warf vor allem Dahlem vor, schon jetzt, nach dem VI. Weltkongreß, bereitwillig sein »ja« auch für den VII. und VIII. Weltkongreß zu geben. (»Volkswille« vom 20. Oktober 1928.)
109 In den einzelnen Berliner Stadtbezirken waren die Versöhnler und die Rechten ebenso wie in der BL in der Minderheit. Auf einer Berliner Parteiarbeiterkonferenz erhielt die Resolution des ZK rund 800 Stimmen, 85 Funktionäre waren dagegen. Nur im 5. Stadtbezirk (unter Leitung von Moelders) war die Thälmann-Fraktion in der Minorität, hier standen 11 Versöhnlern und 5 Rechten nur 9 ZK-Anhänger gegenüber. In den 19 Stadtbezirken stimmten 525 Delegierte für die ZK-Beschlüsse, 91 waren dagegen und 20 enthielten sich der Stimme. (RF vom 1. und 26. Oktober – »Volkswille« vom 24. Oktober 1928.)
110 Über die »Körperschaftsdisziplin« schrieb Remmele in der »Internationale«: »Das Gesetz der Kör-

Bei der Vorbereitung der Parteikonferenz scheute sich die KPD-Presse nicht, die Hamburger Vorgänge in ihr Gegenteil zu verkehren. Jetzt hieß es, Thälmann habe über die Wittorf-Affäre »aus Liebe zur Partei und zu ihrem Besten« geschwiegen.[111] Am 26. Oktober 1928 berichtete die »Rote Fahne« über eine Berliner Versammlung, die zur »Vertrauenskundgebung für den Genossen Thälmann« wurde, die Anwesenden empfingen ihn mit »begeisterten Ovationen«. Die Wittorf-Affäre schien in der KPD vergessen; Thälmanns Stellung war stärker denn je. Das Organ des Leninbundes »Volkswille« erschien unter der zynischen Schlagzeile: »Korruptions Partei Thälmanns!«

Die II. Parteikonferenz der KPD und der »Offene Brief« des EKKI gegen die Rechten

Ende Oktober 1928 war der Parteiapparat fast ganz unter Kontrolle der Thälmann-Fraktion. Im Polbüro waren die Versöhnler nur noch durch Ewert und Meyer vertreten. Im ZK besaß die Thälmann-Richtung fast eine Dreiviertel-Mehrheit. Von 28 Bezirksleitungen hatten sich nur zwei (Halle-Merseburg und Thüringen) gegen den EKKI-Beschluß zum Fall Thälmann ausgesprochen. In der Bezirksleitung Westsachsen, in der die Thälmann-Fraktion in der Minderheit war, konnte sie wegen des Streites zwischen Versöhnlern und Rechten bald die neue ZK-Linie durchsetzen. Die Polleiter der Bezirke Niederrhein (Breuer–Ende) und Württemberg (Fugger), die zu den Versöhnlern zählten, blieben in ihren Bezirksleitungen in der Minderheit. Die Parteipresse, deren wichtigste Organe sich bisher in der Hand von Versöhnlern befunden hatten (Berlin, Hamburg, Chemnitz, Essen) oder von Rechten geleitet worden waren (Leipzig, Solingen) beherrschte nunmehr – mit Ausnahme von Halle – die linke Mehrheit.[112]
Das ZK beauftragte die Presse, die Opposition anzugreifen. Im Bezirk Thüringen bildeten die Rechten zwar die stärkste Fraktion, jedoch vertraten dort sämtliche Parteizeitungen ausschließlich die Linie des ZK. Alle Thüringer KP-Zeitungen ver-

perschaftsdisziplin erfordert, daß sich jeweils die Minderheit der Mehrheit im Rahmen einer Parteikörperschaft unterzuordnen hat. Wenn im ZK oder in der Bezirksleitung ein Beschluß gefaßt ist, dann müssen alle Mitglieder des ZK bzw. die Mitglieder der Bezirksleitung diesen Beschluß vor den unteren Parteikörperschaften und vor der gesamten Mitgliedschaft vertreten und verteidigen, selbst dann, wenn sie innerhalb der Zentrale oder einer andern Parteikörperschaft, der sie angehören, vor der Abstimmung gegen den Beschluß waren.« (»Die Internationale« vom 1. Dezember 1928.)

111 Diese Version stand bereits am 20. Oktober 1928 in der »Hamburger Volkszeitung«: »Genosse Thälmann hat geschwiegen, genau wie die Genossen Rieß, Presche und Schehr, lediglich aus Liebe zur Partei und zu ihrem Besten.«

112 »Die Parteiführung mußte bekanntlich gegen eine Anzahl Disziplinbrecher mit organisatorischen Maßnahmen vorgehen. So u. a. in Hamburg, wo der bisherige leitende Redakteur der Zeitung trotz EKKI-Beschluß und trotz der Erklärung der 25 ZK-Mitglieder die Resolution der engeren Bezirksleitung Halle-Merseburg abdruckte – alles zu dem Zweck, die Parteimitgliedschaft zu verwirren und die Geschäfte der Rechten zu besorgen.« (»Hamburger Volkszeitung« vom 20. Oktober 1928.) Der Grund für die Ablösung des Chefredakteurs war nach dieser offiziellen Version das Nachdrucken einer Resolution einer KPD-Bezirksleitung!

öffentlichten in großer Aufmachung einen Brief des ZK vom 22. Oktober »An alle Parteimitglieder im Bezirk Großthüringen«. Darin wurde den Rechten vorgeworfen, in der Partei die »wüste Verleumdungskampagne« Urbahns und des »Vorwärts« zu verbreiten.[113] In den Bezirken Thüringen und Westsachsen waren Kommissare des ZK den oppositionellen Mehrheiten übergeordnet worden, um die Opposition zu paralysieren.[114]

Noch vor der Parteikonferenz gelang es dem ZK, auch im Bezirk Schlesien die Majorität zu gewinnen. In Breslau hatten zunächst die Rechten unter Führung Hausens dominiert. Die Stadtteile Breslau-Ost und Breslau-West verlangten noch im Oktober 1928 mit großer Mehrheit die Wiedereinsetzung Hausens und den Ausschluß Thälmanns.[115] Mit Hilfe des dortigen Parteiorgans »Arbeiterzeitung« und der Mehrheit der Bezirksleitung unter der Führung des anstelle von Hausen vom ZK eingesetzten Wollweber wurde der Einfluß der Rechten zunächst eingedämmt.

Durch diese Methoden erreichte das ZK auf der II. Reichsparteikonferenz der KPD, deren Teilnehmer nur zum Teil durch die Mitgliedschaft gewählt worden waren,[116] ein eindeutiges Übergewicht.

Die Parteikonferenz tagte am 3. und 4. November 1928 in Berlin. Unter den 225 Delegierten waren 4 Rechte und 19 Versöhnler.[117] Das Hauptreferat: »Die Weltlage, die Kriegsgefahr, die revolutionäre Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale und die Aufgabe der Partei«, hielt Thälmann.

Er befaßte sich vor allem mit der Sozialdemokratie und behauptete erneut, sie mache eine »Entwicklung vom Sozialimperialismus zum Sozialfaschismus« durch.

---

113 Da die rechte Opposition in der Presse nicht zu Wort kam, konnte sie den Angriffen nicht entgegentreten. Das schlesische Oppositionsorgan »Gegen den Strom« wurde deswegen rasch zum zentralen Sprachrohr der Opposition ausgebaut.

114 In Thüringen wurden Wilhelm Koenen und Nikolaus Pfaff als Kommissare eingesetzt, in Westsachsen Rudolf Renner.

115 »Volkswille« vom 29. Oktober 1928 – Über die Gründe der Niederlage der »Rechten« in Schlesien schrieb Hausen später: »Das ZK hatte in der Bezirksleitung Schlesien wohl immer eine Mehrheit, vor allem in dem Moment, wo es zum Bruch kam. Wollweber, der zu meiner Zeit Gewerkschaftssekretär war, und August Reiman[n], der Orgsekretär war, gingen mit dem ZK, so daß ich auch im Parteisekretariat in der Minderheit war . . . Das ZK sandte eine Reihe von Abgesandten in den Bezirk und die Opposition wurde außerhalb Breslaus überhaupt nicht zu Wort gelassen.
In Breslau selber (die Partei in Breslau u. Schlesien war schwach) war die soziale Zusammensetzung der Partei nicht zu gut, trotzdem hatte die Opposition eine Mehrheit unter den Parteifunktionären. Darauf überführte das Sekretariat Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes in die Partei, um die Opposition zu majorisieren. Ich selber wurde um die Zeit der Vorbereitung des Bezirksparteitages nach Moskau beordert und kam nur einige Tage vor Beginn des Bezirksparteitages in Langenbielau zurück. Die Opposition hatte auf dem Parteitag 16 Delegierte, die hauptsächlich Breslau vertraten.« (Brief Hausen vom 31. März 1963 an den Verf.)

116 »Volkswille« vom 7. November 1928. Die Zeitung schrieb über die Mehrheit Thälmanns: »Die heutigen Thälmann-Anhänger werden morgen ihrem Herrn und Meister mit derselben erdrückenden Mehrheit einen Fußtritt verabfolgen, wenn ein Teddy nicht mehr über die Stalinschen Subventionen und dementsprechend über die Parteianstellungen verfügen kann.«

117 Die Rechten wurden von Paul Böttcher, Hans Tittel, Kurt Lehmann-Thüringen und Kroitisch-Breslau vertreten; für die Versöhnler waren u. a. Ewert, Gerhart (Eisler), Eberlein, Kurt (d. i. Heinrich Süßkind), Schumann, Schröter, Fugger, Breuer (d. i. Adolf Ende), Karl Becker anwesend. (RF vom 6. November – »Neue Zeitung«, München, vom 10. November – »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 11. November – »Volkswille« vom 7. November – »Gegen den Strom« vom 17. November 1928.)

»Rechte Abweichungen« in der Komintern denunzierte er in der Tschechoslowakei, in Österreich, Jugoslawien und selbst in der Sowjetunion; in der deutschen Partei seien die Rechten der Hauptfeind und mit diesen bildeten die Versöhnler einen »Block«. Thälmann stellte der KPD die innerparteiliche Hauptaufgabe, zu erkennen, daß ein »systematischer, ständiger Kampf gegen die Rechten und Versöhnler« notwendig sei.[118]

Diese These beherrschte auch die ganze Parteikonferenz. Lenz-Winternitz referierte über das neue Programm der Komintern und legte es ganz im Sinne des Kampfes gegen Rechte und Versöhnler aus. Heckert,[119] der über die revolutionäre Gewerkschaftstaktik und die Wirtschaftskämpfe sprach, verteidigte die »selbständige« Führung von ökonomischen Kämpfen durch die Kommunisten, womit er den Boden für die neue ultralinke Gewerkschaftspolitik vorbereitete. Selbst Remmeles Vortrag über die »revolutionäre Bewegung in den Kolonien« war von der innerparteilichen Situation geprägt. Heinz Neumanns Referat »Die Lage in der Sowjetunion und in der KPdSU« war ein klares Bekenntnis zu Stalins Politik.[120]

Die Opposition mußte auf dieser Konferenz erkennen, daß sie die Partei nicht erobern konnte. Korreferate gab es nicht mehr.[121] Ewert erhielt lediglich eine verlängerte Redezeit zugebilligt. In der Diskussion wurde den Versöhnlern vorgeworfen, »die Entwicklung des Reformismus zum Sozialfaschismus« nicht zu sehen. Sie wurden beschuldigt, schon vor dem VI. Weltkongreß den Boden der Beschlüsse des Essener Parteitages verlassen zu haben.[122] Die Parteikonferenz proklamierte die »Liquidierung des Liquidatorentums«.[123]

Unter diesen Umständen entschlossen sich die Versöhnler zu einer Taktik, die ihnen den Verbleib in der Partei ermöglichte, um die Linie eventuell doch noch ändern zu können. Daher stimmten sie auf der II. Parteikonferenz für die Resolution des ZK, gaben allerdings eine besondere Erklärung ab, in der sie ihre Vorbehalte darlegten.

Auf diese Weise wurde die Resolution mit 221 gegen 4 Stimmen angenommen. Allein die Rechten hatten dagegen votiert. Sie waren entschlossen, nicht zurückzuweichen, sondern ihren Standpunkt hart zu vertreten. In einer Erklärung von Böttcher, Tittel und Lehmann hieß es, die Mehrheit habe einen »bürokratisch entarteten Zentralismus« errichtet und die Parteimitglieder »entmündigt«. Gegen die »Herrschaft des unkontrollierten Apparats« protestierten die Rechten ebenso wie gegen die »Duldung von Korruption«.[124]

---

118 RF vom 4. November 1928.

119 Heckert, der 1923 als sächsischer Wirtschaftsminister einer der Vertreter der rechten Politik war, hatte sich später der Mittelgruppe angeschlossen, war aber bald zu den Linken übergeschwenkt. Nach der Absetzung Ruth Fischers hatte er sich der Thälmann-Führung zugewandt. Zusammen mit Remmele und Ulbricht aus der früheren Mittelgruppe war er einer der Hauptverteidiger Thälmanns. (Vgl. auch Heckerts Biographie Bd. 2).

120 »Inprekorr«, Nr. 124, vom 4. November 1928, S. 2456 f.

121 »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 28. November – »Neue Zeitung«, München, vom 10. November 1928.

122 RF vom 6. November 1928.

123 »Gegen den Strom« vom 17. November 1928.

124 »Gegen den Strom« vom 17. November 1928.

Für die Rechten ergriff Paul Böttcher das Wort. Seine Rede – mehrfach von Gelächter unterbrochen – rief bei der Mehrheit heftigen Widerspruch hervor. Böttcher beschuldigte das ZK, die Einheitsfronttaktik abzulehnen: »Ihr seid auf derselben Basis angekommen wie Ruth Fischer mit ihren Formulierungen: Einheitsfront nur von unten.« Zu »jeder Sache, die aus opportunistischen Tagesinteressen gebraucht« werde, liefere das ZK und vor allem Schneller eine »Theorie«.[125]

Solche Angriffe wurden in der Resolution der Parteikonferenz scharf zurückgewiesen. Die Mehrheit bezichtigte die Rechten, sie seien »vom Standpunkt des Opportunismus zum Standpunkt des Liquidatorentums und des Parteiverrats« herabgesunken. Damit war bereits eine Begründung für den Ausschluß der Rechten gefunden. Nach der Parteikonferenz verschärfte das ZK die Maßnahmen gegen die Opposition.

Die eigentliche Parteileitung, das Politsekretariat, bildete nunmehr das Triumvirat Thälmann-Remmele-Neumann. Ewert, Dengel und Schneller waren aus dem Sekretariat entfernt worden.[126] In den Bezirken wurde ebenfalls gegen die Opposition vorgegangen. Eine Parteikonferenz in Niederrhein setzte am 25. November 1928 den Polleiter Breuer-Ende (Versöhnler) ab, da dieser als Polleiter die Hamburger Vorgänge »skrupellos« ausgenutzt habe, um den »innerparteilichen Kurs zu ändern«.[127] In Württemberg wurde der Versöhnler Fugger von der Bezirksdelegiertenkonferenz am 18. November 1928 mit 45 gegen 18 Stimmen als Polleiter abberufen.[128] In Thüringen herrschten die ZK-Kommissare Wilhelm Koenen und Nikolaus Pfaff; Hans Tittel und andere BL-Mitglieder verloren ihre Funktionen. Mit Hilfe von »Parteiarbeiterkonferenzen« vermochte die Thälmann-Fraktion ihre führende Stellung Ende November 1928 weiter zu festigen.[129]

Lediglich im Bezirk Halle konnten sich die Versöhnler anfangs noch behaupten. Am 25. November 1928 tagte dort die erweiterte Bezirksleitung. Gegen den Widerstand des ZK referierte der Polleiter des Bezirks (Schröter); dem ZK-Vertreter Remmele wurde nur eine verlängerte Redezeit zugebilligt. Mit 40 gegen 7 Stimmen wurde eine Resolution der Versöhnler gegen die Linie des ZK angenommen. Auf einigen Unterbezirks-Konferenzen erzielte das ZK jedoch erste Erfolge; so stimmten im Halle-Saale-Kreis 44 Delegierte für das ZK und nur 18 für die Bezirksleitung, in Weißenfels-Zeitz 24 für das ZK und 18 für die BL, Torgau erklärte sich ein-

---

125 RF vom 6. November 1928.

126 Schneller, der die Polbüro-Sitzung über die Wittorf-Affäre geleitet hatte, verlor auch seinen Sitz im Polbüro, er wurde zum Geschäftsführer des ZK degradiert. Auf diesem Posten löste er den Versöhnler Eberlein ab. Dengel und Ewert (letzterer behielt seinen Sitz im Polbüro) waren nach Moskau abgeschoben worden, wo sie im Kominternapparat arbeiteten. (Vgl. auch Dok. 23, S. 438).

127 »Freiheit« vom 27. November 1928.

128 Referent der Tagung war Thälmann, der ohne Manuskript eine dreistündige Rede gegen die Opposition hielt. Die erweiterte BL hatte sich mit 24 gegen 9 Stimmen hinter das ZK gestellt. Für die Versöhnler hatten Bellemann und Fugger gesprochen, für die Rechten Ludwig Becker. (StA Bremen, IV 27, Bd. 8. Lagebericht Stuttgart vom 28. November 1928.)

129 »Die Rote Fahne« berichtete über folgende Abstimmungsergebnisse: zugunsten des ZK: Bez. Wasserkante 256 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen; Bez. Erzgebirge 132 gegen 4 Stimmen; Bez. Niederrhein 93 gegen 9 Stimmen; Bez. Magdeburg 123 bei 8 Enthaltungen; Bez. Württemberg 47 gegen 18 Stimmen; Bez. Pommern 82 gegen 6 Stimmen; Bez. Pfalz einstimmig (44); Bez. Saar 60 gegen 8 Stimmen. (RF vom 29. November 1928.)

stimmig für das ZK.[130] Immerhin waren die Versöhnler im Bezirk Halle-Merseburg Ende November 1928 noch tonangebend.
Die Kominternführung in Moskau wußte, daß die Versöhnler noch Einfluß in der KPD besaßen, deshalb wollte sie die Gruppe zum Einlenken bewegen. Ende November 1928 beschäftigte sich das Politsekretariat des EKKI mit der deutschen Frage, zu dieser Sitzung wurde auch Ernst Meyer eingeladen. Von den Kominternführern trat nur Humbert-Droz für die Versöhnler ein. Die Vorstellungen der Versöhnler trug Ernst Meyer ausführlich vor.[131] Während dieser Rede kam es zu mehrfachen Zusammenstößen mit Walter Ulbricht.[132]
Meyer wies auf die Abschwächung der Konjunktur in Deutschland hin. Wenn die ZK-Mehrheit in diesem Moment »offensive Wirtschaftskämpfe« führen wolle, betreibe, sie eine »Politik der Phrase«. Er führte aus: »Ich bin derselben Meinung wie das ZK der KPD, daß man die innerparteilichen Fragen von den allgemeinen politischen Fragen nicht trennen kann. Manchmal zeigen sich die Fehler erst auf innerparteilichem Gebiet und dann auf dem allgemein-politischen Gebiet und manchmal umgekehrt. Ich bin der Meinung, daß diese Differenzen mit der falschen Einschätzung der Lage zusammenhängen ...«[133]
Meyer warf der ZK-Mehrheit vor, wieder einen ultralinken Kurs einzuschlagen,[134] er konstatierte »Ruth Fischer-Tendenzen« bei Neumann, Remmele und zum Teil bei Lenz, Dahlem und Ulbricht. Er verlangte einen »unversöhnlichen Kampf ... gegen die Verfälschungen und Entstellungen des VI. Weltkongresses durch die Mehrheit der Parteizentrale«. Vom EKKI forderte er einen »Offenen Brief« nicht nur an die ZK-Mitglieder, »sondern an alle Mitglieder überhaupt, diese zu warnen vor der Übertreibung, die zum Ruth Fischer-Kurs geführt hat«.[135]
Auf der Tagung des Politsekretariats war Meyer isoliert. Von der Komintern-Führung war vor allem Gussew gegen die Versöhnler[136] aufgetreten, nach seiner Darstellung unterschieden sie sich von den Rechten nur noch in Nuancen. Er warf den Versöhnlern vor, die Rechten zu »decken« und deren »sozialdemokratische Sün-

130 RF vom 7. Dezember 1928 – »Gegen den Strom« (1. Dezember 1928) berichtete, daß die BL mit 49 gegen 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen das ZK stimmte.
131 Eine Kopie der Rede Meyers befindet sich in seinem Nachlaß im Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné.
132 Während der Tagung kam es zu einem bezeichnenden Briefwechsel zwischen Meyer und Ulbricht; abgedruckt in H. Weber, Ulbricht fälscht Geschichte. Köln 1964, S. 136 f.
133 Meyer, a. a. O. (Anm. 131), S. 125.
134 »Ich erkläre, daß ich, als ich das Protokoll der deutschen Parteikonferenz gelesen hatte, daraus sah, daß die wirklichen Verteidiger der Beschlüsse des VI. Weltkongresses gegenüber den rechten und linken Abweichungen nur die Genossen Ewert und Gerhar(t)d waren. Alle anderen Genossen waren diejenigen, die die Thesen des VI. Weltkongresses angegriffen haben. Ich könnte das aus unzähligen Zitaten aus den Reden der Genossen beweisen, ich möchte nur den Genossen Ulbricht, der die deutsche Partei besser kennt als die übrigen hier anwesenden Genossen, an die Diskussion mit dem Genossen Weber über die Frage der Stabilisierung erinnern. Ist nicht das, was der ausgeschlossene Weber und die Vogtleute im Jahre 1927 gesagt haben, nicht dasselbe, was der Genosse Neumann heute sagt? Wo ist da ein Unterschied? Ich bin bereit, Ihnen für die nächste Sitzung das Material mitzubringen und es den Ausführungen des Genossen Heinz Neumann gegenüberzustellen. Es ergibt sich eine fast 100prozentige Übereinstimmung ...« (a. a. O., S. 127 f.)
135 Meyer, a. a. O., S. 156 und 165.
136 Auf der Tagung hatte Meyer über die »Versöhnler« gesagt: »... Wie ist der Begriff, und nicht nur der Begriff, sondern die Gruppe der Versöhnler entstanden? In Wirklichkeit ist es die alte Mittel-

den« zu »verwischen«.[137] Für Gussew und die Komintern-Führung waren die rechten Kommunisten bereits »Feinde«.
Am 13./14. Dezember 1928 trat das ZK der KPD in Berlin zusammen. Die Rechten hatten eine feste Fraktion unter Leitung Brandlers (der inzwischen aus Moskau zurückgekehrt war) und Thalheimers gebildet.[138] Das Sekretariat schlug dem ZK vor, die Führer der Rechten aus der Partei zu entfernen. Formell wurden Walcher, Frölich und anderen führenden Rechten »Fragen« vorgelegt, deren Beantwortung die Rechten entweder zur Kapitulation zwingen oder einen Grund für ihren Ausschluß bieten sollte. Bis zum 20. Dezember mußten die Rechten öffentlich erklären, daß sie vorbehaltlos die Parteidisziplin wahren, sämtliche Beschlüsse der kommunistischen Weltkongresse billigen, ihre Zeitungen und Mitteilungsblätter einstellen, jede fraktionelle politische Arbeit aufgeben und jegliche Propaganda gegen die Beschlüsse der Partei unterlassen würden. Falls sie die Forderungen »nicht oder unbefriedigend« erfüllten, hatte das Polbüro Vollmacht, sie auszuschließen.[139] Beim ZK der KPdSU beantragte das ZK der KPD, Brandler, der noch Mitglied der KPdSU war, ebenfalls auszuschließen.
Die auf der ZK-Sitzung anwesenden acht Versöhnler (Meyer, Ewert, Becker, Dietrich, Eberlein, Schröter, Schumann und Bellemann) wandten sich gegen diese Pläne.[140] Meyer und Ewert gaben eine längere Erklärung ab, in der sie zwei Gefahren der innerparteilichen Entwicklung nachwiesen: »Erstens, die Entwicklung der liquidatorischen Auffassungen und parteifeindlichen Kampfmethoden der rechten Fraktion, die objektiv (zum Teil auch subjektiv) aus der Partei herausstrebt; zweitens, gefährliche ›linke‹ Schwankungen in der Mehrheit des ZK.«[141]
Die Versöhnler betonten in der Erklärung: »Die rechte Gefahr ist die Hauptgefahr«; zugleich aber wandten sie sich gegen die »linken sektiererischen Abweichun-

---

gruppe, die sich gegen Brandler und später gegen Ruth Fischer gebildet hat. Damals sind einige Genossen übergelaufen zu Ruth Fischer und zu Vorkämpfern von Ruth Fischer geworden, wie Heinz Neumann, Remmele usw., wie den Genossen bekannt ist ...« (a. a. O., S. 160 f.)

137 Die Rede Gussews befindet sich im Nachlaß Ernst Meyer, Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné. (Das Zitat steht auf S. 136).

138 Über die Rückkehr Brandlers aus Moskau berichtete »Gegen den Strom« am 24. November 1928 Einzelheiten. Danach hatte das Politbüro der KPdSU am 11. Oktober beschlossen, Brandler dürfe nicht nach Deutschland zurück. Brandler erklärte, er füge sich diesem Beschluß nicht und erhielt nach einer Woche Paß und Visum. Die KPD kolportierte, Brandler habe gedroht, er werde auf die deutsche Botschaft gehen, »Gegen den Strom« wies diese Version jedoch zurück.

139 RF vom 16. Dezember 1928.

140 In der Erklärung der 8 ZK-Mitglieder hieß es: »1. Wir stimmen gegen den Antrag des Polbüros in der Frage Brandler und Thalheimer und stimmen für den von uns gestellten Antrag, der das Ersuchen an das ZK der KPSU richtet, Brandler und Thalheimer aufzufordern, sofort die Fraktionstätigkeit einzustellen und bei ihrer Weigerung, dies zu tun, sie auszuschließen.
2. Wir enthalten uns der Abstimmung, bei dem Beschluß Walcher und Genossen, weil das ZK die von uns gestellten Abänderungsanträge nur zum Teil angenommen hat und die Ausschlüsse überstürzt, ohne genügende ideologische Vorbereitung – insbesondere in den Bezirken, in denen die Rechten noch zahlreiche Anhänger haben – durchführt.« (RF vom 23. Dezember 1928.)
Die beiden anderen ZK-Mitglieder bzw. -Kandidaten konnten an der Sitzung nicht teilnehmen, Eisler war nach Moskau abkommandiert, Süßkind befand sich nicht in Berlin.

141 »Die Internationale«, Heft 3 vom Februar 1929 veröffentlichte die Erklärung der Versöhnler, allerdings war der dreiseitigen (in kleinster Schrift wiedergegebenen) Erklärung eine fast siebenseitige »Erläuterung« und Entgegnung des ZK vorangestellt worden (S. 103 ff.).

gen der Mehrheit des ZK« und konstatierten »eine pseudolinke Gruppierung« in der Parteileitung.[142] Ebenso verurteilten sie »die vollkommene Ausschaltung der Selbstkritik der leitenden Organe der Partei« und die Tatsache, daß jede Meinung, »die mit der Mehrheit des ZK nicht bedingungslos übereinstimmt ... unterschiedslos als rechts oder versöhnlerisch abgestempelt« werde. Die Personalpolitik des ZK[143] wurde genauso bemängelt wie das »katastrophale« ideologische Leben der Partei.[144]

Scharf protestierten Meyer und Ewert dagegen, daß »Genossen wie Brandler, Thalheimer, Walcher, Frölich, Enderle, Schreiner, die zu den Gründern des Spartakusbundes gehören, die am 4. August bei Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg standen ... mit Verrätern à la Levi, Friesland oder Kleinbürgern à la Maslow und Ruth Fischer auf eine Stufe gestellt« wurden. Vor allem forderten sie anstelle organisatorischer Maßnahmen, einen ideologischen Kampf gegen die Rechten zu führen.[145]

Die Mehrheit des ZK lehnte jeglichen Kompromiß mit den Versöhnlern ab. Daraufhin sandten Meyer und Ewert ein Telegramm an das EKKI. Sie ersuchten die Komintern dringend, die Bedingungen für Walcher und Genossen zu ändern, und die Erklärungsfrist für die Oppositionellen zu verlängern. Ewert fuhr nach Moskau. (Vgl. Dok. 22).

Doch das EKKI entschied anders. Am 19. Dezember 1928, am gleichen Tag, an dem Meyer und Ewert ihr Telegramm abschickten, trat das EKKI-Präsidium in Moskau zusammen. Stalin, der an der Tagung teilnahm, erklärte, das »Treiben« der Rechten und Versöhnler in der KPD könne »nicht länger geduldet werden« und forderte »eiserne, revolutionäre Disziplin« und harten Kampf gegen die »sozialdemokratischen Gefahren in der KPD«.[146] Gegen Stalins Politik wandten sich

---

142 Namentlich wurden dabei erwähnt: Remmele, Neumann, Lenz (Winternitz), Grube und Opitz. (Erklärung zur innerparteilichen Lage. Nachlaß Ernst Meyer. Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné.)

143 In der Erklärung hieß es darüber: »In den vergangenen Wochen wurde wiederum eine ganze Anzahl der besten Parteifunktionäre sinnlos gemaßregelt. Wir nennen nur zwei charakteristische Fälle: Mitten aus dem Ruhrkampf heraus wurde Genosse Breuer, der seit 3 1/2 Jahren in dem Industriegebiet arbeitet, seiner Funktion als Bezirkssekretär in Niederrhein enthoben. In Hamburg wurde mit dem Genossen Otto Unger, einem der besten Funktionäre der Partei, der letzte Genosse aus dem Sekretariat der BL. Wasserkante entfernt, der von den Unterschlagungen Wittorfs keine Kenntnis hatte. Gleichzeitig wurden alle Funktionäre, die diese Unterschlagungen der Parteileitung monatelang verheimlichten, mit vollen Rechten in ihre Funktionen wieder eingesetzt.« (S. 4)

144 Dazu hieß es u. a.: »Das theoretische Organ der Partei ›Die Internationale‹ ist unter der Leitung des Genossen Remmele zu einem Abladeplatz seichtester Agitationsartikel und hemmungslosen Fraktionsklatsches geworden. (Die nicht überbietbare Unverschämtheit Remmeles, der die innerparteiliche Haltung von Gen. Ewert, Gerhart usw. mit der ›Linken‹ aus der SPD vergleicht, ist kennzeichnend für die Verhunzung durch diesen ehemaligen Propagandachef der Person und der Ideen Maslows.)« (S. 4).

145 In der Erklärung hieß es darüber: »Die Mehrheit des ZK. handelt nach dem falschen Rezept des Genossen Ulbricht in der Sitzung des Sekretariats des EKKI: ›Die erste Phase des Kampfes gegen die Rechten sind die organisatorischen Maßnahmen, die zweite der ideologische Kampf gegen sie.‹ Wir hingegen sind der Meinung des Genossen Stalin: ›Natürlich ist es leichter, jemand seines Postens zu entheben, als eine breite und durchdachte, erläuternde Kampagne über die rechte Abweichung, über die rechte Gefahr und über den Kampf gegen sie zu führen. Nicht das Leichteste ist das Beste.‹ (Rede am November-Plenum des ZK der KPSU.)« (S. 5.)

146 RF vom 4. Januar 1929.

Humbert-Droz, Serra (A. Tasca) und Clara Zetkin. Auch Bucharin versuchte hinter den Kulissen, die Position der Versöhnler zu stärken und den Ausschluß der Rechten zu verhindern. Clara Zetkin verlangte, die Frage aufzuschieben und bis zum Parteitag Diskussionsfreiheit für alle Auffassungen zu geben. Die Maßregelungen sollten rückgängig gemacht und Heinz Neumann (nach Clara Zetkins Ansicht »ein agent provocateur der Ausschlüsse und Spaltungen«) aus der KPD-Führung abberufen werden.[147] Dagegen erklärte Gussew: entweder akzeptierten Brandler und Thalheimer sofort alle Forderungen, »oder sie werden sofort ausgeschlossen werden. Nur so kann die Frage stehen.«[148]

Das EKKI-Präsidium statuierte selbst ein Exempel und schloß die ZK-Kandidaten Hausen und Galm aus. Das ZK der KPD hatte beim EKKI ein Verfahren gegen sie beantragt, und beide waren nach Moskau geladen worden. Anfang Dezember hatte eine Kommission unter Vorsitz Gussews gegen sie verhandelt. Als Ankläger fungierte Ulbricht, Vertreter des ZK der KPD beim EKKI. Die Kommission warf Hausen neben ideologischen Fehlern auch Disziplinbrüche vor, als schlimmste Verfehlung galt jedoch, daß er in Breslau die Oppositionszeitung »Gegen den Strom« herausgab. Nach vier Kommissionssitzungen verlangte die Mehrheit der Mitglieder den Ausschluß von Hausen. Eine letzte Sitzung untersuchte die Tätigkeit von Galm, der erst verspätet in Moskau eingetroffen war. Beiden wurden die üblichen Fragen vorgelegt,[149] doch ließen sich Hausen und Galm nicht auf Kompromisse ein. Daraufhin verkündete das Präsidium des EKKI den »Ausschluß von Hausen und Galm aus der KPD und aus der Kommunistischen Internationale«.[150]

Allerdings hatten einige Kominternführer versucht, Hausen und Galm eine »goldene Brücke« zu bauen und die Rechten zum »Abrüsten« zu bewegen. Bela Kun sagte zu Hausen, die Komintern-Führung wisse, daß »Thälmann ein Dummkopf und Neumann ein Schweinehund« sei. Da aber in der Sowjetunion Schwierigkeiten bevorständen, müsse die Komintern geschlossen bleiben, und die Rechten müßten ihre Fraktion auflösen. Bucharin schickte Eisler mit dem Rat zu Hausen, formell zu kapitulieren, damit die Rechten in der Partei verbleiben könnten. Hausen beriet sich mit Clara Zetkin, die ihm empfahl, keine Kompromisse einzugehen. Sie war auch die einzige, die im EKKI-Präsidium gegen den Ausschluß stimmte.[151]

Im Anschluß an die Tagung gab das Präsidium des EKKI einen »Offenen Brief«

---

147 »Gegen den Strom« vom 12. Januar 1929 – »Inprekorr« vom 22. Februar 1929.

148 »Inprekorr« vom 19. Februar 1929.

149 »1. Anerkennen Sie das Programm der Komintern und insbesondere seinen taktischen Teil.
2. Anerkennen Sie die Beschlüsse des IV. Kongresses der RGI. und des VI. Kongresses der Komintern und werden Sie die durchführen und vertreten.
3. Sind Sie bereit, sofort Ihre Fraktion aufzulösen, Ihre Fraktionszeitung einzustellen, keine Fraktionsdokumente herauszugeben, jede Fraktionsarbeit einzustellen und die Verteidigung der linkssozialdemokratischen Plattform der Rechten aufzugeben, die ein Dokument ist, das sich im Widerspruch mit dem Leninismus befindet.
4. Sind Sie bereit, diszipliniert die Beschlüsse der Parteitage, Parteikonferenzen, des ZK und der Bezirksleitungen durchzuführen.
Im Auftrag der Kommission: der Vorsitzende, Gussew.«
(»Gegen den Strom« vom 22. Dezember 1928.)

150 RF vom 22. Dezember 1928 – Vgl. auch »Gegen den Strom« vom 22. Dezember 1928.

151 Mündl. Mitt. von Erich Hausen an den Verf. – Vgl. auch »Gegen den Strom« vom 6. April 1929.

über die »rechte Gefahr« in der KPD heraus. Die Rechten wurden als »Agentur des Reformismus in der kommunistischen Partei« verunglimpft, Brandler und Thalheimer als »politisch unverbesserlich« charakterisiert. Den Rechten wurden »menschewistische Denkweise« und »Bruch mit dem Leninismus« vorgeworfen. Nach Ansicht der Komintern-Führung erstrebten die Rechten die »Bildung einer neuen opportunistischen Partei«, die »Spaltung der kommunistischen Partei« und den Zusammenschluß mit den linken Sozialdemokraten. Ausdrücklich billigte das EKKI-Präsidium den Beschluß des ZK der KPD vom 14. Dezember 1928 und die »Bedingungen an Walcher und Genossen«. Damit erhielt das ZK der KPD endgültig freie Hand für den Ausschluß der Rechten. Auch für die Versöhnler enthielt der »Offene Brief« eine ernste Warnung: »Für das Versöhnlertum ist in der KPD gegenwärtig kein Platz mehr.«[152]

Das Polbüro der KPD begrüßte »rückhaltlos die klare und entschiedene Stellungnahme des Präsidiums des EKKI zur rechten Liquidatorengruppe in der KPD«, die Parteiführung erblickte darin »die stärkste Unterstützung des Kampfes der KPD gegen die Feinde des Kommunismus innerhalb der eigenen Reihen.« Im Polbüro stimmte lediglich Ernst Meyer gegen den »Offenen Brief«.[153] Die Parteiführung verkündete, mit dem »Offenen Brief« sei ein »bedeutsamer innerparteilicher Prozeß« beendet: »Eine Richtung, eine Strömung ... findet mit dem ›Offenen Brief‹ ihre Ausmerzung und Überwindung.«[154]

Die Öffentlichkeit erfuhr allerdings nichts davon, daß das EKKI-Präsidium zusammen mit dem »Offenen Brief« auch ein vertrauliches Schreiben an die KPD-Führung gesandt hatte. In diesem Geheimschreiben kritisierte das EKKI-Präsidium zwar vor allem die Versöhnler, doch wurde auch die Ansicht von Remmele und Neumann zurückgewiesen, die Versöhnler seien »gefährlicher« als die Rechten. Offensichtlich war die Komintern-Führung bestrebt, ultralinke Überspitzungen der KPD-Führung zu bremsen.

Moskau genehmigte den Ausschluß der rechten Führer. Am 20. Dezember entschied das Polbüro einstimmig, die Antwort der rechten Führer auf die »Bedingungen« sei unbefriedigend. Am 21. Dezember wurden Jakob Walcher, Albert Schreiner, Max Köhler, Paul Frölich, August Enderle, Hans Tittel, Alfred Schmidt und Karl Rehbein in zwei Gruppen zum ZK bestellt. Sie mußten im Vorzimmer des Polbüros warten. Franz Dahlem forderte dann einen Sprecher auf mitzukommen. Vor dem Polbüro hielt Hans Tittel im Namen der Rechten an den Vorstellungen der Opposition fest, daraufhin wurde gegen alle der Ausschluß verfügt.[155] Das ZK stellte noch am gleichen Tage auch dem ZK-Kandidaten Bassüner die üblichen Fragen, am 1. Januar 1929 wurde auch sein Ausschluß verkündet.[156] Brandler und Thalheimer – beide formal Mitglieder der KPdSU – erhielten von Moskau die Auflage, bis

152 RF vom 22. Dezember – »Freiheit« vom 22. Dezember 1928.
153 RF vom 24. Dezember 1928.
154 »Neue Zeitung«, München, vom 3. Januar 1929.
155 Schriftl. Mitt. von Alfred Schmidt an den Verf. – Vgl. auch »Inprekorr« Nr. 143, vom 28. Dezember 1928, S. 2864 f. – »Gegen den Strom« vom 29. Dezember 1928.
156 RF vom 1. Januar 1929.

zum 20. Januar 1929 die »Bedingungen« zu akzeptieren. In einem Brief vom 18. Januar lehnten sie das ab und wurden nun ebenfalls ausgeschlossen.[157]

Der Ausschluß der Rechten und die Ausschaltung der Versöhnler

Die Rechten führten am 29. Dezember 1928 ihre erste Reichskonferenz durch. 74 Delegierte (davon waren erst 17 aus der KPD ausgeschlossen) konstituierten die Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition (KPO).[158] Durch die Gründung einer festen Organisation ließen die rechten Kommunisten erkennen, daß sie nicht bereit waren, um der Parteidisziplin willen von ihren Auffassungen abzurücken oder zu taktieren. Die KPD-Führung ihrerseits griff nun scharf durch, in wenigen Wochen wurden fast alle Rechten aus der Partei entfernt.[159]
Da die Rechten im zentralen hauptamtlichen Apparat seit 1928 keine Funktionen mehr ausübten, wurden nunmehr die Bezirke und die Massenorganisationen »gesäubert«.[160] In den traditionell linken Parteibezirken ging die Aktion fast reibungslos vor sich. Immerhin nahmen Parteiarbeiter-Konferenzen im Januar 1929 selbst im Bezirk Wasserkante einen »stürmischen Verlauf«. 50 Funktionäre wurden ausgeschlossen und 120 ihrer Funktionen enthoben, nach einem Polizeibericht ging dadurch die Parteiarbeit »beträchtlich zurück«.[161] Bei einer Abstimmung entschieden sich 560 Funktionäre für das ZK, 67 für die Versöhnler und nur 8 für die Rechten.[162]
In anderen Bezirken war der Widerstand größer, doch konnte sich das ZK überall durchsetzen. Bereits am 15./16. Dezember 1928 hatte in Langenbielau der Bezirksparteitag Schlesien mit 64 gegen 15 Stimmen der politischen Resolution des ZK zugestimmt; die Anhänger Hausens wurden mit 62 gegen 19 Stimmen ausgeschlossen, sie mußten den Parteitag verlassen.[163]
Die Bezirksleitung Westsachsen schloß am 4. Januar 1929 die führenden Rechten Böttcher und Lieberasch aus, setzte aber zugleich auch den Versöhnler Schumann

157 »Inprekorr«, Nr. 9 vom 29. Januar 1929, S. 263. Über die anderen Ausschlüsse führender Rechter vgl. Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 96 ff.
158 Vertreten waren 15 Bezirke (Berlin, Erzgebirge, Halle, Hessen, Niederrhein, Mittelrhein, Oberschlesien, Ostsachsen, Ruhr, Schlesien, Thüringen, Wasserkante, Nordwest, Pommern und Württemberg). Von den 72 Delegierten waren 43 bereits im Spartakusbund organisiert gewesen. Walcher sprach über die Krise der Partei, Thalheimer über die politische Plattform, Hausen gab einen Bericht über die Moskauer Verhandlungen (Geh. StA München, 101 236.)
159 Vgl. dazu Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 99 ff.
160 Die Rechten waren vor allem in der Roten Hilfe stark vertreten. In einem Rundschreiben vom 1. März 1929 berichtete das ZK: ». . . Unter der Zentrale Ruth Fischer wurden in den Jahren 1924/25 eine ganze Anzahl rechtsstehender Genossen nach ihrer Ausscheidung aus den politischen Funktionen in der Partei in den Apparat der R. H. übernommen. Besonders unter der Leitung des Gen. Schloer bauten diese nach wie vor eng mit den Brandler und Thalheimer zusammenhängenden Genossen den Apparat der R. H. zu einer wahrhaften Domäne der Rechten aus, in dem sie ihre Anhänger bis in die technischen Funktionen des R. H.-Apparats einbezogen . . .« (StA Münster Reg. Minden, I P 546, Bd. IX.)
161 StA Oldenburg, 86-13 c II.
162 »Westf. Kämpfer« vom 23. Januar 1929.
163 RF vom 19. Dezember 1928.

als Polleiter ab.[164] In der Hochburg der Rechten, in Thüringen, hatte sich die Landtagsfraktion fast einmütig hinter die Opposition gestellt. Über 1000 Parteimitglieder sollen einen Brief der rechten Kommunisten unterzeichnet haben.[165] Doch das ZK beherrschte alle Parteizeitungen und erzielte auf dem Bezirksparteitag Thüringen (26./27. Januar 1929) einen eindeutigen Erfolg: mit 76 gegen 16 Stimmen konnte eine neue Bezirksleitung gebildet werden, schon zuvor hatten sich 4/5 der Unterbezirke gegen die Opposition gestellt.[166]
In den folgenden Wochen wurden auch die übrigen Bezirksleitungen »gesäubert«; ein traditionell »rechter« Bezirk wie Württemberg schloß die Oppositionellen allerdings erst im April 1929 aus.[167] Doch schon im Januar 1929 wurden in Berlin, Frankfurt/Main, Solingen und anderen Städten Dutzende von Parteifunktionären aus der KPD entfernt. Ortsgruppen mit fester oppositioneller Mehrheit wurden vom ZK kurzerhand aufgelöst, die Partei erklärte oppositionelle Ortsgruppen als »außerhalb der Partei stehend« und gründete neue Parteizellen.[168] Das geschah in Thüringen (Weimar, Altenburg und Greiz),[169] vor allem aber mit der starken Ortsgruppe Offenbach im Bezirk Hessen–Frankfurt, die sich mit Heinrich Galm solidarisiert hatte. Offenbach sperrte bereits im Dezember 1928 die Mitgliedsbeiträge und gab eigene Beitragsmarken heraus.[170] Die Ortsgruppe trat fast geschlossen zur KPO über.
Bis März 1929 war die Partei im wesentlichen von Rechten gesäubert. Nach Schätzung eines späteren KPO-Mitgliedes wurden insgesamt etwa 6000 Mitglieder aus der KPD ausgeschlossen.[171] Während sich die Eliminierung der Ultralinken 1926/27 über 1½ Jahre hinzog, entledigte sich die Partei der rechten Opposition innerhalb weniger Wochen. Die Ausschlüsse hatten erheblichen Umfang, dadurch wurde die KPO die »dauerhafteste und stärkste *oppositionelle* Gruppierung der deutschen Kommunisten«.[172] Die Wahlen, an denen sich die KPO selbständig beteiligte,[173]

164 Die erweiterte BL stimmte mit 17 gegen 7 Stimmen für den Ausschluß der Rechten und mit 16 gegen 8 Stimmen für die Absetzung Schumanns. Dabei hatte die engere BL noch am 6. Dezember 1928 mit 9 gegen 4 Stimmen beschlossen, den ZK-Kommissar Renner abzusetzen. (»Volkswille« vom 9. Januar 1929 – »Gegen den Strom« vom 12. Januar 1929.)
165 »Gegen den Strom« vom 16. Februar 1929.
166 »Westf. Kämpfer« vom 31. Januar – »Volkswille« vom 2. Februar 1929 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 23.
167 »Gegen den Strom« vom 4. Mai 1929.
168 »Gegen den Strom« vom 9. März 1929.
169 Allein in Greiz verlor die KPD durch die »Auflösung« und durch Ausschlüsse 370 Mitglieder (StA Bremen, IV 30, Bd. 2).
170 Zwei Jahre Arbeit und Kampf ..., a. a. O. (Anm. 10), S. 218 f.
171 Tjaden, a. a. O. (Anm. 3), S. 100.
172 Wolfgang Abendroth, Vorwort zu Tjaden, a. a. O., S. X. Auf die Entwicklung der KPO braucht hier nicht eingegangen zu werden, sie ist umfassend bei Tjaden dokumentiert.
173 Bei den Wahlen zum Thüringer Landtag im Dezember 1929 konnte die KPO kein Mandat erringen, immerhin erhielt sie etwa 15 % der für die KPD abgegebenen Stimmen.
Bei den Landtagswahlen in Sachsen (Mai 1929) erhielt die neugegründete Organisation 0,8 % aller Stimmen und 6,5 % der für die KPD abgegebenen Stimmen. Bei den Gemeindewahlen im November konnte sie ihren Anteil verstärken. In Offenbach erzielte sie viermal soviel Stimmen wie die KPD. Bei der Thüringer Landtagswahl im Dezember 1929 errang sie 1,5 % der Stimmen und damit fast 15 % der KPD-Stimmen. In der folgenden Zeit konnte die KPO diese Teilerfolge jedoch nicht wiederholen, sie blieb eine Sekte (vgl. dazu Tjaden, a. a. O., S. 231 ff.).

zeigten allerdings sehr bald, daß ihr der Durchbruch zur Massenorganisation nicht gelungen war, doch konnte die KPO bis zur ihrer Spaltung[174] als ausgesprochene Kaderorganisation in Thüringen, Sachsen, Württemberg und Hessen Einfluß auf die kommunistische Bewegung nehmen. Die KPD-Führung ging mit Verbalinjurien gegen die KPO vor;[175] um den Einfluß der KPO einzudämmen, schreckte die Partei aber auch bald vor Tätlichkeiten gegen die Oppositionellen nicht zurück.[176]
Die Parteiführung schaltete nicht nur die Rechten aus, auch die Funktionsenthebungen der Versöhnler gingen weiter. Im Frühjahr 1929, als die Bezirksparteitage zusammentraten, wurde offensichtlich, daß die Versöhnler kaum noch Einfluß in der Partei besaßen. In Westsachsen, einem früher von den Versöhnlern geführten Bezirk, standen auf dem Parteitag 165 ZK-Anhängern nur noch 4 Versöhnler gegenüber.[177] In den wichtigen Bezirken Berlin und Ruhrgebiet regte sich kaum noch Opposition.[178] Andere Bezirksparteitage, so Niederrhein[179] und Ostsachsen, sprachen sich sogar einstimmig für das ZK aus. In Niedersachsen siegten die ZK-Anhänger im Verhältnis von 134 gegen 16.[180] Auf dem Bezirksparteitag Südbayern trat lediglich Rosa Aschenbrenner gegen die Parteilinie auf.[181]

---

174 Die Minderheit unter Frölich, Walcher, Enderle, Köhler, Halbe, Galm schied Anfang 1932 aus der KPO aus und schloß sich der SAP an. Über die SAP vgl. die umfassende Darstellung von Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Meisenheim am Glan 1965.

175 Schon im April 1929 bezeichnete die KPD die KPO als »Helfer des Sozialfaschismus«, es hieß: »Mit dieser Clique größenwahnsinniger Konterrevolutionäre gibt es keine Gemeinsamkeit mehr« (»Soz. Republik« vom 2. April 1929).

176 Die KPO-Presse berichtete von Dutzenden Überfällen, vgl. z. B. die Biographie von Vettermann, Bd. 2. Zu schweren Schlägereien war es im August 1929 in Elberfeld zwischen dem »Antifaschistischen Schutzbund«, der Nachfolgeorganisation des RFB, und KPO-Anhängern gekommen (StA Düsseldorf, 30649). Die Erbitterung der KPD war groß, mußte sie doch wegen der Übertritte zur KPO ganze Organisationen neu aufbauen. So mußte in Delitzsch »eine ganz neue Partei gebildet« werden, da auch die Parlaments-Fraktion zur KPO übergetreten war (»Der Parteiarbeiter«, Heft 8, 1930, S. 316). In Duisburg traten von 13 Stadtverordneten 12 zur KPO über (StA Koblenz, 403/16770).

177 Allerdings hatte die Leitung kurz vor den Delegiertenwahlen Verfahren gegen Rechte und Versöhnler eingeleitet, so daß diese nicht gewählt werden konnten (»Arbeiterpolitik« vom 16. und 23. Februar 1929).

178 Auf den Berliner Unterbezirkskonferenzen standen 2190 Delegierte hinter dem ZK, 24 waren Rechte und 19 Versöhnler. Auf dem Bezirksparteitag waren nur ZK-Anhänger anwesend. Von den 104 Mitgliedern der neugewählten BL wurden nur 47 aus der alten Leitung übernommen (StA Bremen, IV 13 i, Bd. 1). Auch die 123 Delegierten des Bezirksparteitags Ruhr standen geschlossen hinter dem ZK. Von den Unterbezirken hatten Hamborn, Oberhausen, Hamm, Gelsenkirchen und Bochum einstimmig für das ZK votiert. Im UB Duisburg war das Verhältnis 77 zu 25, in Dortmund 86 zu 19, in Essen 175 zu 7, in Recklinghausen gab es 21 Enthaltungen (»Westf. Kämpfer« vom 8. Januar 1929).

179 Im Bezirk Niederrhein hatte die Führung allerdings harte Auseinandersetzungen mit den Rechten in Solingen durchzustehen, in einem Offenen Brief an die Mitglieder wandte sich die Bezirksleitung gegen die führenden Solinger Funktionäre (»Westf. Kämpfer« vom 8. Januar 1929). Auf den Unterbezirkskonferenzen waren von 480 Delegierten 463 für die Parteilinie eingetreten (»Freiheit« vom 9. April 1929).

180 Auf der UB-Konferenz in Braunschweig standen 64 ZK-Anhängern 16 Versöhnler gegenüber. Auf dem Bezirksparteitag Niedersachsen erklärte der führende Versöhnler Sepp Miller: »Die organisatorischen Methoden im Bezirk sind ein Hohn auf die Parteidemokratie.« (»Neue Arbeiter-Zeitung« vom 24. März und 10. April 1929.)

181 Auch die Wahl der neuen Bezirksleitung erfolgte gegen nur eine Stimme (bei 49 Delegierten). »Neue Zeitung«, München, vom 30. März und 2. April 1929.

Einer der letzten Bezirksparteitage fand am 27./28. April 1929 in Halle statt. In diesem Bezirk hatte das ZK den Einfluß der Versöhnler schrittweise einzuschränken vermocht. Durch den Übertritt des Orgleiters Lademann und des Chefredakteurs Grade zur ZK-Linie sowie durch Schwankungen des Polleiters Schröter hatten die Versöhnler im März in der Bezirksleitung ihre Mehrheit verloren.[182] Das Parteiorgan »Klassenkampf« wurde bereits seit Januar im Sinne des ZK redigiert. Durch intensive Bearbeitung bekam das ZK auch die meisten Unterbezirke in den Griff, auf dem Bezirksparteitag konnten die Versöhnler mit Johann Schröter, Bernhard Koenen und Karl Baumgärtel nur noch 10 Vertreter stellen, 110 Delegierte bekannten sich zum ZK. Eine neue Bezirksleitung unter Wilhelm Koenen, Max Lademann, Arthur Sämisch und Alfred Grade beendete die Vorherrschaft der Versöhnler.[183]

Die Versöhnler, die als »Apparatfraktion« wichtige Positionen in der Partei besessen hatten, bildeten für das ZK keine Gefahr mehr. Aus der Führungsspitze waren sie eliminiert, Ewert und Eisler lebten in der Moskauer »Verbannung«, Süßkind und Eberlein waren ihrer Funktionen enthoben, im Polbüro blieb nur noch Ernst Meyer, der aber von allen wichtigen Entscheidungen ferngehalten wurde. Die Versöhnler stellten im ZK nur noch eine hoffnungslose Minderheit, außerdem waren sie auch aus fast allen Bezirksfunktionen verdrängt. Die meisten Versöhnler waren ohnehin immer wieder zu Konzessionen bereit gewesen. Auf gar keinen Fall wollten sie – wie die Rechten – »bis zum Bruch« gegen die Komintern kämpfen.[184] Immerhin bildeten sie bis zum Reichsparteitag eine feste Fraktion, sie verbreiteten ihre Vorstellungen legal und illegal. In der »Internationale« und den »Materialien zum Reichsparteitag 1929«[185] konnten sie der Mitgliedschaft ihre »Plattform« unterbreiten. Das ZK hatte die Auffassungen der Versöhnler auf einer Sitzung am 25. Januar 1929 gegen nur 5 Stimmen zurückgewiesen. Auch die letzte ZK-Tagung vor dem Parteitag (15. März 1929) brachte noch einmal heftige Zusammenstöße, da Ernst Meyer und Karl Becker kategorisch verlangten, die Mehrheit müsse mit ihrer »schwankenden und zweideutigen Haltung in der Gewerkschaftsfrage« brechen.[186]

In ihrer umfassenden politischen »Plattform« hatten sich die Versöhnler für die Weiterführung der Einheitsfronttaktik und für eine aktive Gewerkschaftsarbeit ausgesprochen. Dem ZK wurde vorgeworfen, es unterbinde jede Kritk: »Die Bürokratisierung der Partei (Ausschaltung der Wahl von Funktionären und der Einschränkung jeder Initiative von unten) machen weitere Fortschritte... Das ZK handelt nach dem Grundsatz: Lieber einen unfähigen gehorsamen Funktionär oder

182 Im März stimmten auf einer BL-Sitzung 37 Mitglieder für das ZK und 25 für die Versöhnler (»Arbeiterpolitik« vom 6. April 1929).

183 »Volkswille« vom 3. Mai 1929 – »Gegen den Strom« vom 4. Mai 1929. »Arbeiterpolitik« vom 18. Mai 1929.

184 So erklärte z. B. Karl Becker, er werde sich niemals gegen die Sowjetunion stellen. Auf keinen Fall dürfe die Opposition so weit gehen, daß es zum Bruch mit Moskau komme. (Mitt. von Rosa Meyer-Leviné an den Verf.)

185 Materialien zum Reichsparteitag 1929. Herausgegeben vom Sekretariat des ZK. Nr. 2, S. 6.

186 RF vom 21. März 1929.

einen schlechten Artikel als einen kritischen erfahrenen Genossen oder einen guten Artikel, der einen ›Versöhnler‹ zum Verfasser hat.«[187]
Diese Kritik der Versöhnler kennzeichnete die Verhältnisse, unter denen der XII. Parteitag, der letzte KPD-Parteitag in der Weimarer Republik, vorbereitet wurde.

Der XII. Parteitag 1929

Bis zum April 1929 standen die Parteitagsvorbereitungen vorwiegend unter innerparteilichen Aspekten. Die Ereignisse des 1. Mai 1929 in Berlin änderten die Situation schlagartig. Bis dahin war der linksradikale Kurs schrittweise weitergetrieben worden; wie stets in der Geschichte der KPD spiegelte sich auch diesmal die Linkswendung im Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wider. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz hatte schon im September 1928 der Sozialdemokratie eine »immer mehr zum Vorschein kommende sozialfaschistische Tendenz« nachgesagt.[188] Die These, die Sozialdemokratie sei »sozialfaschistisch« und müsse schärfer bekämpft werden, wurde immer lautstärker verkündet.[189]
Nach dem 4. RGI-Kongreß (17. März–3. April 1928) änderte die KPD auch ihren Kurs in der Gewerkschaftsfrage, offensichtlich schreckte sie jetzt auch vor einer Spaltung der Gewerkschaft nicht mehr zurück. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 1929 stellten die KPD und die kommunistische Gewerkschaftsopposition erstmals eigene Listen auf. Die Arbeiter wurden aufgerufen, rote Betriebsräte zu wählen.[190]
Auf dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet im April 1929 erklärte Thälmann die Organisierung der RGO zum »Zentralpunkt für unsere Arbeit«.[191] Seit Herbst 1928 vermehrten sich auch die gewalttätigen Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, zwischen Anhängern des RFB und des Reichsbanner.[192] In die-

187 Materialien, a. a. O. (Anm. 185), S. 6.
188 »Die Kommunistische Internationale« vom 12. September 1928, S. 2311.
189 Der bayerische KPD-Führer Joseph Götz schrieb in der »Neuen Zeitung«, München (11. Februar 1929): »Genossen, schreckt nicht zurück vor der Verschärfung des Kampfes gegen den Reformismus.«
190 RF vom 17. Februar 1929. »Die roten Listen, die gegen die Gewerkschaftslisten aufgestellt wurden, enthielten organisierte und unorganisierte Arbeiter als Kandidaten. Da nach den Beschlüssen des Leipziger ADGB-Kongresses von 1922 die Kandidatur eines Gewerkschaftsmitgliedes auf einer andern als der Gewerkschaftsliste den sofortigen Ausschluß zur Folge hatte, bedeutete die neue Linie Massenausschluß von Kommunisten aus den Gewerkschaften. 1929 wurden aber nur ganz wenige rote Listen aufgestellt, die Zahlenangaben schwanken zwischen »mehr als 100« und »500«, eine ganz winzige Zahl, da Wahlen in 40 000–50 000 Betrieben stattfanden.
Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder kümmerte sich nicht um die Beschlüsse des ZK. In den wenigen Betrieben, wo die Linie durchgeführt wurde, errang die KP – besonders in der Berliner BVG – einen bedeutenden Erfolg – sie erhielt am 16. März 11 000 gegenüber 6000 der SP und 4000 der anderen Gruppen –, der aber sehr überschätzt und verallgemeinert wurde, dabei ohne praktische Wirkung und von sehr kurzer Dauer war.« (H. R. – d. i. Heinz Schürer: Die Politik der SPD und KPD von 1928–1933. Manuskript Zürich 1934, S. 6.)
191 »Westf. Kämpfer« vom 17. April 1929.
192 Meldungen über solche Zusammenstöße kamen im September 1928 aus Hamburg, Berlin, Barmen u. a. Orten (»Vorwärts« vom 5., 6., 10., 13. und 14. September 1928).

ser Situation wirkten die Ereignisse des 1. Mai 1929 wie ein Katalysator für die ultralinke Politik.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Zörgiebel, hatte wegen der zunehmenden Gewalttätigkeiten auf der Straße Aufmärsche unter freiem Himmel verboten. Auch für den 1. Mai, den traditionellen Tag öffentlicher Umzüge der sozialistischen Arbeiterschaft, hielt er das Demonstrationsverbot aufrecht. »Die Leitung der KPD suchte nach einer billigen Gelegenheit, ihren frischen Radikalismus zu beweisen; sie forderte ihre Anhänger auf, das Demonstrationsverbot nicht zu beachten«, schrieb Rosenberg später.[193] Der Leninbund beschuldigte die KPD sogar, sie habe ein Verbot provozieren wollen, um über jede innerparteiliche Kritik erhaben zu sein und den Versöhnlern zu zeigen: wir hatten ja recht.[194] Der Mai-Aufruf des ZK der KPD richtete sich eindeutig gegen die Sozialdemokratie, die als Feind der Arbeiterklasse apostrophiert wurde.[195] Die KPD prangerte das angeblich »sozialfaschistische Terrorregime der SPD« an und forderte ein Sowjetdeutschland.[196]

Am 1. Mai erschien »Die Rote Fahne« mit der Schlagzeile: »Kampfmai 1929. Auf die Straße!« Es kam zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei. In Neukölln und Wedding, vor allem in der Köslinerstraße, entwickelten sich regelrechte Barrikadenkämpfe. Die Demonstranten hatten 25 Tote und 160 Verletzte zu beklagen, auch 48 Schupos erlitten Verletzungen; über 1200 Personen wurden verhaftet.

Die KPD-Führung erklärte den 1. Mai zu einem »Wendepunkt der politischen Entwicklung«. Das ZK bramarbasierte, die Partei sei »zum ersten Male ganz nahe daran, die Mehrheit der deutschen Arbeiter zu erringen, die entscheidenden Schichten des deutschen Proletariats für den Bolschewismus zu erobern«.

Die KPD verkündete, die Bourgeoisie habe »den Bürgerkrieg eröffnet«; jetzt sei eine »offensive Kampfstrategie notwendig«.[197] Die »faschistischen Methoden« der SPD wurden angeprangert, die KPD sah nur noch »Sozialfaschismus von Levi bis Müller«.[198]

In kraftmeierischer Sprache verlangte die Führung von der Partei: »Herausarbeitung der revolutionären militärpolitischen Lehren des Berliner Kampfes unter dem Gesichtspunkt der Taktik, Organisation und Technik des Bürgerkrieges.«[199] In Wirklichkeit erlitt die KPD jedoch einen Rückschlag. Der RFB wurde verboten, und die Parteimitgliedschaft fühlte sich in eine Ausnahmesituation gedrängt. Für Funktionäre und Mitglieder hatte der 1. Mai aber große ideologische Bedeutung: ihre emo-

---

193 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1955, S. 468.

194 »Fahne des Kommunismus« vom 24. Mai 1929.

195 Aufruf des ZK vom 12. April 1929. RF vom 13. April 1929.

196 Ernst Schneller in der RF vom 19. April 1929.

197 RF vom 24. Mai 1929. »Die KPD«. Organ des ZK der KPD zum 12. Parteitag, Nr. 1, vom 8. Juni 1929. (»Die KPD« war ein Ersatzorgan für »Die Rote Fahne«, die mehrere Wochen verboten worden war.)

198 Schlagzeile des »Westf. Kämpfer« vom 28. Mai 1929. Vgl. auch RF vom 12. Mai und »Westf. Kämpfer« vom 21. Mai 1929.

199 »Westf. Kämpfer« vom 21. Mai 1929.

tionale Feindschaft gegen die SPD versteifte sich; die Führung vermochte unter Hinweis auf die »faschistischen Methoden«, ihre These vom Sozialfaschismus zu erhärten.[200] Auch auf das innerparteiliche Leben warf der 1. Mai seine Schatten. Zwar hatten die Berliner Ereignisse die Schwäche der KPD-Organisation und die Fehler der ultralinken Politik deutlich gemacht,[201] doch in der Partei wandte sich die Stimmung noch mehr gegen die Versöhnler, war doch die gespannte Atmosphäre rationalen Einsichten wenig zuträglich. Das galt vor allem für den XII. Parteitag, der vom 16. bis 19. Juni 1929 in Berlin-Wedding stattfand.[202]

217 Delegierte (darunter als einziger Versöhnler der Arbeiter Lüttich aus Halle) und 177 Gäste traten in den Pharus-Sälen zusammen.[203] Das Hauptreferat über die politische Lage und die Aufgaben der Partei hielt Thälmann; Remmele referierte über den »Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Verteidigung der Sowjetunion, das Wehrprogramm der SPD und die Aufgaben der Partei«. Dritter Referent war Paul Merker, der über »Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik« sprach.[204]

In der Eröffnungsansprache zählte Wilhelm Pieck »die Maikämpfe, das Verbot der ›Roten Fahne‹, das Verbot des RFB und die Bestrebungen auf Verbot der kommunistischen Partei« zu den »Erfolgen« der KPD-Politik.[205]

---

200 Rosenberg schreibt über das Verhalten der Polizei: »Die gegenrevolutionären Polizeioffiziere benahmen sich am 1. Mai in ihrer gewohnten Weise. Sie ließen auf die unbewaffneten Demonstranten schießen. 25 Menschen wurden getötet, darunter auch viele Unbeteiligte. Die politische Verantwortung für das schreckliche Blutvergießen fiel auf die Sozialdemokratie, obwohl die Preußenregierung mit ihrem Demonstrationsverbot gerade solche Vorfälle hatte vermeiden wollen ... In Wirklichkeit zeigte der 1. Mai 1929, daß die preußische Schutzpolizei, trotz aller Bemühungen der preußischen Minister, doch kein zuverlässiges Instrument einer demokratischen Politik geworden war.« (Rosenberg, a. a. O. [Anm. 193], S. 468.)

201 Über die Ereignisse des 1. Mai 1929 erschienen mehrere Broschüren, darunter die offizielle KPD-Darstellung: Werner Hirsch, Blutige Maitage in Berlin (Berlin 1929), in der es hieß: »Geächtet ist, wer in den Betrieben es wagt, sich zur Partei Zörgiebels, zur Partei des Arbeitermordes zu bekennen« (S. 32). In einer kritischen Schrift von Paul Frölich, Der Berliner Blutmai (Berlin 1929) wurde gesagt: »Im Anmarsch ist der Faschismus ... Hier liegt die größte Gefahr, und es kann keinem Einsichtigen zweifelhaft sein, daß die Regierung und die Sozialdemokratie durch ihre kapitalistische Gesamtpolitik und ihre Attacken auf das Proletariat dem Faschismus den Weg frei machen. Aber ebenso klar ist, daß die Kommunistische Partei durch ihre Politik, die die Spaltung der Arbeiter erleichtert, ihre Zerfahrenheit und ihre Abenteuer den Widerstand des Proletariats schwächt, die Verzweiflungsstimmung fördert und damit faktisch dem Faschismus die Anhänger zutreibt ...« (S. 31 f.)

202 Der Parteitag war ursprünglich für den 5.–10. Mai 1929 nach Dresden einberufen worden. Er wurde verschoben und absichtlich ins Zentrum der Berliner Barrikadenkämpfe verlegt. (»Westf. Kämpfer« vom 8. März 1929.)

203 Von den 217 Delegierten waren 132 Betriebsarbeiter, darunter 76 Betriebsräte. 28 Delegierte waren Parteiangestellte, 26 Delegierte Frauen. Unter den Gästen waren auch 40 Mitglieder und Kandidaten des ZK. (Protokoll des 12. Parteitages der KPD, Berlin 1929, S. 282 ff. – »Neue Arbeiter-Zeitung« vom 16. Juni 1929.)
Der Tagungssaal war mit rotem Tuch ausgeschlagen und mit Bildern von Marx, Lenin, Liebknecht und Luxemburg dekoriert. Der »Vorwärts« (10. Juni 1929) berichtete, daß »bürgerliche Kleidung« überwog und der Typ Funktionär, dem die Organisation zum Selbstzweck geworden war, das Gros stellte.

204 Protokoll, a. a. O., S. 49 ff., 300 ff. und 429 ff. Thälmanns Rede ist (stilistisch verändert) abgedruckt in: Thälmann, Reden und Aufsätze, Berlin (Ost) 1956, Bd. 2, S. 44 ff.

205 Protokoll, S. 10 f.

Zunächst bildete der Parteitag ein Präsidium, dem Ernst Thälmann, Hermann Remmele, Fritz Heckert und Wilhelm Pieck vom ZK angehörten, außerdem wurde ein »Ehrenpräsidium« gewählt, in das Stalin, Molotow und andere berufen wurden.[206] Der erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit Begrüßungsreden, es kamen vor allem die Vertreter ausländischer Bruderparteien zu Wort. Der Parteitag berauschte sich noch einmal an den Geschehnissen des 1. Mai. Nach den Worten des österreichischen Kommunisten Schüller stellte dieses »kolossale Ereignis« angeblich »die Frage der Macht zum erstenmal seit 1923« wieder auf die Tagesordnung. Schüller prophezeite, daß »wir einer unmittelbar revolutionären Lage in Deutschland entgegengehen«. Um den Problemen gewachsen zu sein, müsse die KPD »mit den versöhnlerischen Tendenzen Schluß machen«, die Partei von ihnen »säubern« und zu einer »eisernen bolschewistischen Kohorte der Revolution« werden.[207]
Der polnische Vertreter Bitner konstatierte gar, »Faschismus, Reformismus, linke SPD, rechte Gefahr und Versöhnlertum, das alles zusammen bildet eine einheitliche Gruppe, welche auf verschiedene Weise und mit verschiedenen Mitteln den revolutionären Elan und Kampfeswillen des Proletariats zu verhindern versucht«[208]. In einem Telegramm an die Komintern in Moskau versicherte der Parteitag dem »Generalstab der Weltrevolution«, die KPD werde in »unverbrüchlicher Treue zum Marxismus-Leninismus« unter »Führung und mit Hilfe des EKKI« den »kommenden imperialistischen Krieg in den siegreichen Bürgerkrieg des Proletariats« umwandeln.[209]
Im Mittelpunkt des zweiten Verhandlungstages stand das Referat von Ernst Thälmann. Er war nunmehr unbestrittener Parteiführer und wurde bei seinem Auftreten mit langanhaltendem Beifall empfangen. Das Protokoll vermerkt: »Der Parteitag bereitet für Genossen Thälmann eine stürmische Ovation. Die Delegierten erheben sich und singen die ›Internationale‹. Die Jugenddelegation begrüßt den 1. Vorsitzenden der Partei mit einem dreifachen ›Heil Moskau‹.«[210] Dieser Führerkult ließ erkennen, wie weit die Wandlung der KPD bereits fortgeschritten war. Der XII. Parteitag war nicht mehr Diskussionsforum um die Parteilinie oder eine Arbeitstagung, sondern Schauveranstaltung mit Akklamationen, er bot ein für stalinistische Parteitage typisches Bild.
In seinem umfangreichen Referat ging Thälmann auf die internationale Lage ein, behandelte Wirtschaftsprobleme und den angeblich drohenden Krieg. Er beschäftigte sich aber auch mit der Sozialdemokratie und den innerparteilichen Auseinandersetzungen. Thälmann behauptete, die »Entwicklung der Sozialdemokratie zum

206 Protokoll, S. 12. Ins Präsidium wurden außerdem Betriebsarbeiter gewählt: Niederkirchner, Lux, Rosenhainer und Schettkat (sie wurden vom Parteitag auch alle ins ZK gewählt; vgl. die Biographien), außerdem Nietsch (vermutlich Schreibfehler des Namens Nitschke; ebenfalls ins ZK gewählt), und weitere Betriebsratsvorsitzende. Ins Ehrenpräsidium kamen u. a. auch Kuusinen, Losowski und Manuilski, Marty-Frankreich, Rakosi-Ungarn und Rudolf Margies, ein Kommunist, der damals im Zuchthaus saß (er kam später in den Moskauer Säuberungen ums Leben).
207 Protokoll, S. 23 f.
208 Protokoll, S. 18.
209 Protokoll, S. 28.
210 Protokoll, S. 49. Bei seinem Auftritt erfuhr Remmele die gleiche Ehrung (S. 300). Über Thäl-

Sozialfaschismus« gehe ebenso beschleunigt voran wie die »Vorbereitung des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion«.[211] Thälmann verlangte von der Partei, zusammenzustehen »wie eine eiserne Front«, und beschwor die »revolutionäre Disziplin« und den »einheitlichen Charakter«, die »bolschewistische Festigkeit« der Partei. Dazu müsse sich die Partei noch auseinandersetzen »mit einer Gruppe des feigen Opportunismus, den Versöhnlern, die zwar keinen Anhang in der Partei mehr haben, aber die Rolle der Rechten in der Partei weiterspielen«. Thälmann beschuldigte sie, den Fall Wittorf zu einer politischen Angelegenheit »aufgebauscht« zu haben, wobei die »Schwankungen bis ins Zentralkomitee reichten«.[212] Unter stürmischem Beifall wiederholte Thälmann die Losung der KPD von 1925: »Wir sind die einzige Partei der Arbeiter.« Die Forderung nach »straffster Disziplin«, ja sogar »Disziplin einer proletarischen Armee« für die KPD erhielt lebhafte Zustimmung.[213] Die meisten Redner betonten »die Verschärfung der Klassengegensätze, die ständig drohende Kriegsgefahr, die Faschisierung der Sozialdemokratie«.[214]

Der Schwerpunkt der innerparteilichen Auseinandersetzung lag bei den Angriffen gegen die Versöhnler. Fast alle Diskussionsredner verlangten, der Parteitag müsse eine Führung schaffen, »die frei von rechten und versöhnlerischen Elementen« sei.[215] Unter dem Beifall des Parteitags warf ein Sprecher dem ZK vor, nicht rechtzeitig den Kampf gegen die Versöhnler eröffnet zu haben. Als das ZK endlich Maßnahmen ergriffen habe, sei »ein Aufatmen« durch die Partei gegangen.[216] Die Rechten, mit denen man sich kaum noch auseinandersetzte, wurden beschuldigt, sie seien »bereits offen zur Konterrevolution übergegangen«.[217] Willi Münzenberg sprach für viele Parteiführer, als er sich gegen den Vorwurf wandte, jetzt sei er für Thälmann, früher habe er für Ruth Fischer und andere gekämpft:

»Ja, ich habe mit Frölich gestanden, als er mit Lenin in Zimmerwald war, und ich habe gegen ihn gekämpft, als er gebrochen hat mit der bolschewistischen Partei, mit Moskau. Darauf kommt es an. (Beifall.) Je mehr der imperialistische Todfeind hetzt gegen Sowjetrußland, und je mehr ehemalige Freunde schwanken und stürzen, um so mehr müssen aus neuen Kaders neue Kämpfer für die Sowjetunion hervorgehen. Neue große Aufgaben stehen vor uns. Ein neuer Krieg droht ... Auch

---

manns Rede berichtete ein Teil der Parteipresse unter der Schlagzeile »Der Parteiführer spricht« (»Westf. Kämpfer« vom 11. Juni 1929).

211 Protokoll, S. 74. In einem Leitartikel der Parteipresse zum XII. Parteitag hatte Thählmann ausgeführt, der »konterrevolutionäre Kurs der gesamten Staats- und Parteipolitik der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus« treibe zum Krieg gegen die Sowjetunion (»Westf. Kämpfer« vom 8. Juni 1929).

212 Protokoll, S. 85 ff. Thälmann sagte: »Fast das ganze Zentralkomitee ließ sich überrumpeln. Es fand nicht genügende Kraft und Entschlossenheit, den parteischädigenden Vorstoß der Versöhnler und Rechten so abzuwehren, wie es notwendig war ... Das war der große Fehler der Führung, daß wir *viel zu spät die Veränderung des Funktionärkaders* selbst in der höchsten Spitze der Partei in Angriff genommen haben ...« S. 87 f. Die oppositionelle »Arbeiter-Tribüne«, Stuttgart, (15. Juni 1929) nannte das »selbstgefällige Unfehlbarkeit der unfähigen Parteibürokratie«.

213 Protokoll, S. 100.

214 Protokoll, S. 133 (Kober, Baden).

215 Protokoll, S. 149 (Schubert, Ostpreußen).

216 Protokoll, S. 157 (Rosenbusch, Erzgebirge).

217 Protokoll, S. 185 (Winterich, Mittelrhein).

heute erklären wir: ›Keine Vaterlandsverteidigung eines imperialistischen Landes!‹, aber ergänzen diese Forderung mit dem Zusatz: ›Verteidigung unseres Vaterlandes, der Sowjetunion!‹.«[218]

Münzenberg beendete seine Rede mit einer Freundschaftsbeteuerung zur KPR »unter Führung des Genossen Stalin!« Eine links von Thälmann stehende Gruppe, vor allem Theodor Neubauer und Ernst Grube, wandten sich besonders scharf gegen die Versöhnler. Grube verlangte, »rückhaltlos Schluß zu machen mit der Sentimentalität und Loyalität gegenüber den Versöhnlern«. Er sprach von der »falschen Konzentrationspolitik in der Vergangenheit«. Der Parteitag dürfe »keine Versöhnler und Halbversöhnler ins neue ZK wählen«.[219]

Gegen die Versöhnler sprach auch der Vertreter des EKKI, Pierre Sémard, Vorsitzender der KP Frankreichs. Er behauptete: »Die Versöhnler haben die Rolle der Rechten in der KPD« übernommen und innerhalb der Partei »eine neue rechte Fraktion gegründet«. Er warnte die Versöhnler, »daß sie, wenn sie ihre Tätigkeit auf der Linie der vorgelegten Deklaration fortsetzen, das Schicksal der ausgestoßenen Liquidatoren teilen werden«.[220] Diese begeistert aufgenommenen Drohungen heizten die Stimmung gegen die Versöhnler weiter an. Ein Großteil der Delegierten war nicht einmal bereit, den Vorschlag der Führung zu akzeptieren, Arthur Ewert eine verlängerte Redezeit zu gewähren.[221]

Die Versöhnler kamen kaum zu Wort. Der Arbeiter Lüttich, der Delegierte der Versöhnler aus Halle, war die dauernden Unterbrechungen leid; er sagte, die Wahrheit werde »hier sehr schlecht vertragen«. Unter Zurufen und Protest schloß er: »Und weil ich sehe, daß es Unsinn ist, hier zu versuchen, jemand zu belehren über taktische Fragen, verzichte ich auf weitere Ausführungen.«[222] In einer sehr vorsichtig gehaltenen Rede machte Arthur Ewert dem ZK Zugeständnisse, er wandte sich aber gegen die vereinfachenden Faschismus-Theorien der Führung.[223] Die wichtigste Rede für die Versöhnler hielt Ernst Meyer. Er nannte den Gegensatz zwischen ZK-Mehrheit und Versöhnlern »taktischer Natur«. Zu den Vorwürfen, der Kurs der Konzentration sei falsch gewesen, Ewert und Meyer hätten in der Parteiführung die KPD an der Ausnützung günstiger Situationen behindert, sagte Meyer sarkastisch:

»Es gibt kein vernichtenderes Urteil über die Mehrheit des ZK, wenn sie sich von zwei Genossen der versöhnlerischen Richtung politisch verwirren läßt. Denn, Genossen, der Genosse Meyer war seit Essen einundeinviertel Jahr im Ausland und krank und hatte keine Möglichkeit, dieses ZK zu ›verführen‹, und der Genosse

---

218 Protokoll, S. 200.

219 Protokoll, S. 191 f.

220 Protokoll, S. 264 – »Westf. Kämpfer« vom 17. Juni 1929.

221 Heckert gab bekannt, die Delegationsleiter hätten mit geringer Mehrheit beschlossen, Ewert eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren. Sofort kam der Zwischenruf: »Überflüssig«. Hans Kiefert vom KJVD (1905–1966, Tischler, Mitglied des ZK des KJV, nach 1945 Mitglied des ZK der SED) beantragte, Ewert, wie jedem anderen auch, nur 10 Minuten Redezeit zu bewilligen. Erst nachdem Thälmann sich für eine halbstündige Redezeit Ewerts einsetzte, fand sich eine Mehrheit für diese Handhabung (Protokoll, S. 175 f.).

222 Protokoll, S. 209.

223 Protokoll, S. 181.

Ewert sollte das allein fertiggebracht haben? Wenn Genosse Grube die Schlußfolgerung gezogen hat: wählt heraus die Genossen Meyer und Ewert, so war das keine logische Schlußfolgerung. Er hätte sagen müssen: wählt heraus den größten Teil dieser Mehrheit, die so schwach ist, daß sie in einer solchen Situation nicht imstande ist, ihre Politik durchzusetzen gegen eine so kleine Minderheit.«[224]

Meyer kritisierte auch die Aktion vom 1. Mai 1929; die Überschätzung der Kraft der Partei habe dazu geführt, daß man sich auf die Spontaneität der Massen verließ und glaubte, der bloße Aufruf zu Demonstrationen ohne entsprechende politische und organisatorische Vorbereitung werde schon Erfolge bringen. Außer Ewert, Meyer und Lüttich kamen von den Versöhnlern nur noch die ZK-Mitglieder Hugo Eberlein und Karl Becker zu Wort. Eberlein endete mit der für die Versöhnler typischen These:

»Auf diesem Parteitag sind ungeheure Angriffe gegen uns gerichtet worden. Alles das ändert nichts an der unerschütterlichen Tatsache meiner Treue zur Kommunistischen Partei, zur Kommunistischen Internationale und zu Sowjetrußland. Und wenn der Tag kommen wird, an dem es für das deutsche Proletariat um Kopf und Kragen geht, dann will ich in der ersten Reihe mitkämpfen.«[225]

Die realistischen und mäßigenden Reden der Versöhnler fanden bei den Delegierten keine Resonanz. Remmele schimpfte, die Versöhnler sollten »ihre Richtung machen und marschieren, wohin sie wollen. Die Partei wird auf dem richtigen Wege vorwärtsmarschieren und das Quaken der Froschperspektivler, das aus diesem stinkenden Loch des feigen Opportunismus kommt, nicht berücksichtigen.«[226]

Unter dem Druck der Stimmung auf dem Parteitag (alle Resolutionen wurden mit allen gegen eine Stimme angenommen)[227] gab Ewert am Schluß der Tagung eine Erklärung ab. Die Versöhnler verpflichteten sich, »keine fraktions- und gruppenmäßige Verbindungen einzugehen, zu der Taktik der Partei nur im Rahmen der für jedes Mitglied bestehenden Rechte und Pflichten Stellung zu nehmen und die Parteitagsbeschlüsse sowie die des ZK diszipliniert durchzuführen«. Auf Vorhaltungen Thälmanns antwortete Ewert, die Versöhnler würden ihre »Plattform« in der Partei nicht zur Diskussion stellen.[228] Dieser abermalige Rückzug der Versöhnler ging den meisten Delegierten noch immer nicht weit genug. Blau-Berlin rief unter Beifall: »Die Versöhnler müssen hundertprozentig abrüsten!«[229]

Der XII. Parteitag hatte sich mit drei politischen Problemkreisen zu befassen: »Organisierung und Führung des revolutionären Klassenkampfes, drohende Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion, Gewerkschaftsfrage.«[230] Breiten Raum beanspruchte die Diskussion eines angeblich drohenden Überfalls des Westens (auch Deutschlands) auf die Sowjetunion. Schon vor dem Parteitag hatte Walter Ul-

224 Protokoll, S. 221.
225 Protokoll, S. 400.
226 Protokoll, S. 206.
227 Protokoll, S. 518.
228 Protokoll, S. 518 f.
229 Protokoll, S. 519.
230 »Die KPD«. Organ des ZK der KPD zum 12. Parteitag, Nr. 1 vom 8. Juni 1929.

bricht[231] geschrieben: »Die Organisierung des revolutionären Massenkampfes gegen die kapitalistische Staatsgewalt, für die Verteidigung der Sowjetunion ist die zentrale Frage des Parteitages.«[232]
Hermann Remmele ging in seinem Referat so weit zu behaupten, »daß die Kriegsgefahr nicht allgemein oder in einem imperialistischen Krieg der kapitalistischen Länder untereinander besteht, sondern alle Anzeichen weisen mit zwingender Kraft darauf hin, daß auf der Tagesordnung der Geschichte vor allem ein Krieg steht; der Krieg der imperialistischen Großmächte gegen die Sowjetunion ... Und hier dokumentiert sich insbesondere die grundlegende Tatsache, jene Veränderung, die wir seit dem VI. Weltkongreß gehabt haben, daß nämlich die Sozialdemokratie, die II. Internationale, es ist, die heute an der Spitze der Organisierung, an der Spitze der ideologischen Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion steht.«[233]
Hans Kippenberger, der Leiter des KPD-Militärapparates, forderte von der Partei die »direkte Unterstützung der Roten Armee im Hinterlande im Rücken der weißen Armee«. Um »revolutionären Defaitismus« zu verbreiten, sei sofortige »praktische antimilitaristische Arbeit in den bewaffneten Organisationen erforderlich«.[234] Als logische Schlußfolgerung wollte Ernst Schneller »eine eiserne, fast militärische Disziplin« in der Partei, »eine Disziplin, die Schluß macht mit jedem Störungsversuch«.[235]
Die Vorstellung, ein Krieg gegen die Sowjetunion werde unmittelbar vorbereitet, und es gelte, das »revolutionäre Rußland« zu verteidigen, drängte alle sachlichen Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Die Versöhnler mußten sich sogar gegen den Vorwurf wehren, »im Interesse des Imperialismus von der wirklichen Kriegsvorbereitung« abzulenken, weil sie leise Kritik an der Kriegshysterie übten.[236] Im Beschluß des Parteitags hieß es dann auch, die »zentrale Aufgabe der Partei« sei: »Verteidigung der Sowjetunion durch revolutionäre Massenaktionen und deren Steigerung zum Kampf um die proletarische Diktatur in Deutschland.«[237]

---

231 Ulbricht gab auf dem Parteitag nur einen kurzen Diskussionsbeitrag, er war nicht ins Präsidium des Parteitags gewählt worden. »Die Arbeiterpolitik« vom 15. Juni 1929 schrieb, es sei kein Zufall, daß Heinz Neumann »erkrankt« sei und Ulbricht weder im Präsidium noch als Referent auftrat. In seinem Schlußwort hatte Thälmann ausgeführt: »... Genossen, in diesem Zusammenhang ist es notwendig, einen Genossen zu verteidigen, der leider nicht in der Lage ist, an den Sitzungen des Parteitags teilzunehmen, *Genossen Neumann*, der bekanntlich seit über 14 Tagen schon im Krankenhaus liegt. Wenn der Genosse Meyer hier erklärt, daß Genosse Neumann nicht recht hatte, als er auf dem Bezirksparteitag in Mittelrhein erklärte, daß die Versöhnler gegen die Durchführung einer geschlossenen Maidemonstration waren, so werde ich durch die Erklärungen, die die Versöhnler selbst hier abgegeben haben, beweisen, daß das, was Genosse Neumann gesagt hat, richtig ist.« (Protokoll, S. 416.) Dieser Passus fehlt bezeichnenderweise in Thälmanns »Reden und Aufsätze«, a. a. O. (Anm. 204), S. 140.
232 »Inprekorr«, Nr. 49 vom 7. Juni 1929, S. 1183.
233 Protokoll, a. a. O. (Anm. 203), S. 301 und 303.
234 Protokoll, S. 406 f.
235 Protokoll, S. 404.
236 Protokoll, S. 398 und 406.
237 Protokoll, S. 398 – Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitages der KPD (Berlin 1929), S. 52. Gegen die Versöhnler gerichtet hieß es in diesem Beschluß: »Sabotage und Diskreditierung dieser Taktik durch die Liquidatoren und Versöhnler ist Sabotage des revolutionären Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik.« (S. 54.)

Lenz-Winternitz ging noch einen Schritt weiter und verlangte, »daß der Parteitag geschlossen die Hegemonie der russischen Partei anerkennen muß. Unsere russischen Genossen haben größere Erfahrungen auf dem Gebiet der revolutionären Politik und Taktik. Wir müssen diese Hegemonie aufs vollste anerkennen und fordern«[238].

In seinem Referat über Gewerkschaftspolitik sagte Paul Merker der Gewerkschaftsführung den Kampf an. Er wandte sich allerdings gegen die »sofortige Gründung neuer, paralleler Gewerkschaften«.[239] Trotz dieser Einschränkung begann mit dem Weddinger Parteitag der Kurs der Gewerkschaftsspaltung.

In einer nicht öffentlichen Sitzung[240] wurden interne Parteiangelegenheiten erörtert. Heckert eröffnete die Sitzung und gab dem Hauptkassierer Artur Golke das Wort zum Kassenbericht. Daraus ging hervor, daß die Zentrale ihre Gesamtausgaben von 4,8 Millionen Mark durch Mitgliedsbeiträge, Sammlungen, Einzug der Diäten usw. bestritten hatte.[241] Die Wahlen zum Reichstag und den Landtagen hatten die Partei 500 000 Mark gekostet. Schneller gab bekannt, die Partei habe durch Zeitungsverbote 100 000 Mark verloren. Kippenberger referierte über die illegale Arbeit der Partei mit Schwerpunkten im Heer und in der Polizei. Bei der Wahl des neuen ZK kam es zu Auseinandersetzungen, da viele jüngere Funktionäre durchweg neue Leute ins ZK delegieren wollten. Dagegen wandte sich Florin; das neue ZK aus 38 Mitgliedern und 25 Kandidaten wurde einstimmig bestätigt.[242]

Das ZK wählte ein neues Polbüro, dem Ernst Thälmann, Franz Dahlem, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Walter Ulbricht und Jean Winterich als Mitglieder sowie Wilhelm Hein, Wilhelm Kasper, Heinz Neumann und Helene Overlach als Kandidaten angehörten. Das erweiterte Sekretariat setzte sich zusammen aus: Thälmann, Dahlem, Flieg, Heckert, Merker, Neumann, Remmele und Ulbricht.[243] Merker übernahm anstelle von Heckert die Leitung der Gewerkschaftsarbeit, Dahlem anstelle von Ul-

---

238 Protokoll, S. 245.

239 Protokoll, S. 475. Merker sagte auch: »Jeder Kommunist muß verstehen, daß zwischen der Gewerkschaftsbürokratie und der revolutionären Opposition ein prinzipieller Gegensatz besteht ... Infolgedessen ist eine ›Einheitlichkeit‹ zwischen diesen beiden Kontrahenten, die auf zwei Seiten der Barrikade kämpfen, in keinem Falle möglich.« (S. 459.) »Die Rote Fahne« schrieb (17. Juli 1929), es sei das Verdienst des Weddinger Parteitages, daß »Genosse Merker« den Ausgangspunkt der RGO gezeigt habe.

240 Im offiziellen Protokoll wird über die Sitzung nicht berichtet. Das Polizeipräsidium Berlin, Abtl. IA, informierte die Polizeistellen im Juni 1929 über diese Geheimsitzung (StA Bremen, IV 13i, Bd. 1 – StA Oldenburg, VI - 86 - 13 a).

241 Vermutlich sind in dieser Summe auch die Unterstützungen der Komintern enthalten, die vor allem für besondere »Aktionen« gewährt wurden, die Mittel für die illegalen Apparate dürften dagegen kaum eingeschlossen sein. Zur Finanzierung vgl. unten Kap. 7, S. 308 ff.

242 Laut Protokoll sagte Heckert in der öffentlichen Sitzung: »Wir kommen jetzt zur Wahl des Zentralkomitees und der Beschwerdekommission. Die Wahl dieser beiden Körperschaften wird vorgenommen entsprechend den Bestimmungen der Kommunistischen Internationale über die Wahl des ZK und der zentralen Beschwerdekommission. Die Wahlergebnisse des ZK werden den Delegationsführern bekanntgegeben, die sofort nach Schluß des Parteitages zusammentreten, um die Ergebnisse der Wahl entgegenzunehmen. Eine öffentliche Bekanntgabe des Wahlresultats erfolgt nicht.« (Protokoll, S. 528). Die Mitglieder des ZK siehe Das Führungskorps, Bd. 2.

243 Mitt. von Kurt Müller und Joseph Schlaffer an den Verf. – Chronik, a. a. O. (Anm. 20), S. 242.

bricht die Organisationsarbeit und Koenen anstelle von Stoecker die Leitung der Reichstagsfraktion. Ulbricht löste Pieck als Polleiter von Berlin-Brandenburg ab. Im Karl-Liebknecht-Haus, dem Sitz des ZK, soll schon vor dem Parteitag 35 Mitarbeitern gekündigt worden sein.[244]
Die Stalinisierung war im wesentlichen abgeschlossen Remmele verkündete: »Zum erstenmal in der Geschichte der Partei geht der Parteitag dazu über, eine absolut homogene, einheitliche Parteiführung zu schaffen, wo keinerlei Konzessionen an Gruppierungen innerhalb der Partei gemacht werden.«[245] Im Rückblick erkannte die Partei allerdings zwei Jahre später, daß die vom Parteitag angestrebten Ziele nicht erreicht wurden. Die geplante »Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse« war der KPD nicht gelungen, man konstatierte, daß die »unteren Leitungen« nicht restlos imstande waren, die Beschlüsse des Weddinger Parteitages durchzuführen, und daß deshalb überall »neue frische Kräfte« benötigt würden.[246]

Die Stalinisierung wird beendet

Die KPD-Organisationen stimmten den Beschlüssen des Weddinger Parteitages fast einmütig zu.[247] Damit war die ultralinke Wendung bis in die unteren Gliederungen vollzogen. Auch das 10. Plenum des EKKI in Moskau (3.–19. Juli 1929) bestätigte die Linie des Weddinger Parteitages. Der Kampf gegen die Rechten und Versöhnler wurde nunmehr für alle Sektionen zur Pflicht. Da inzwischen die Auseinandersetzung zwischen der Stalin-Führung und den Rechten um Bucharin in der Sowjetunion offen ausgebrochen war, kamen auch die Hintergründe der Kominternwendung zum Vorschein. Auf der EKKI-Tagung referierten Kuusinen und Manuilski über die allgemeine Lage, Losowski und Thälmann über die Haltung der Kommunisten in den Wirtschaftskämpfen.[248] Die These vom Sozialfaschismus wurde erweitert, die deutschen sozialdemokratischen Führer als »Polizei-Sozialisten«, als angeblich »aggressivste Kriegspartei gegen die Sowjetunion« diffamiert. Nun komme es, erklärten die Kommunisten, nicht mehr auf akademische Erörterungen des Sozialfaschismus an, sondern auf die »Bestimmung der Kampfmethoden der kommunistischen Parteien gegen den Faschismus, gegen die zum Faschismus entartende Sozialdemokratie«. Italien sei das klassische Land des Faschismus, »Deutschland das klassische Land des Sozialfaschismus«.[249]
Zum Gewerkschaftsproblem sagte Thälmann, der Gedanke Stalins, die Kommunisten

---

244 »Volkswille« vom 5. Juni 1929. Der »Volkswille« schrieb über die Fraktionskämpfe: »Dem guten Teddy« (Thälmann) habe »wieder seine gute Fraktionsnase geholfen«. Er habe »erneut den Segen Stalins«, doch hätten Neumann, Heckert, Pfeiffer, Florin, Remmele, »die schon so viele verraten« haben, bereits die »Säge angesetzt«.
245 »Freiheit« vom 20. Juni 1929.
246 A. Creutzburg: Die Organisationsarbeit der KPD. Hamburg-Berlin 1931, S. 6 f.
247 Schon am 23. Juni billigte eine Berliner Funktionärkonferenz einstimmig die Parteitagsbeschlüsse, am 25. Juni nahm eine Parteiarbeiter-Konferenz von 800 Funktionären gegen nur 12 Stimmen die Resolutionen des Parteitags an (RF vom 27. Juni 1929).
248 Protokoll. 10. Plenum des EKKI. Hamburg-Berlin o. J. (1929), S. 5, 50 f., 634 ff., 681 ff.
249 Protokoll, a. a. O., S. 39 (Kuusinen), S. 60 (Manuilski), S. 420 (Molotow), S. 474 (Neumann)

seien »keine prinzipiellen Gegner der Organisierung neuer Gewerkschaften«, behalte seine volle Gültigkeit. »Das heißt aber nicht, daß wir jetzt schon in allen Ländern die Bildung neuer Gewerkschaften als eine konkrete Organisationsfrage behandeln können.«[250]

Bei der Erörterung der innerparteilichen Situation wurden vor allem die Versöhnler angegriffen, da »das Versöhnlertum bereits in Liquidatorentum reinsten Wassers umgeschlagen« sei. Es genüge nicht mehr, von den Versöhnlern zu verlangen, daß sie ihre Fraktionsarbeit aufgeben, »sondern sie müssen ihren politischen Standpunkt aufgeben und ihre politischen Fehler offen anerkennen«; den Versöhnlern wurde »feiger Opportunismus« vorgeworfen.[251] Gegen die »Gruppe Bucharin« als Zentrum »aller versöhnlerischen und rechten Gruppen in der ganzen Komintern« richtete man heftige Attacken. Ulbricht berichtete, im Präsidium der Komintern habe es »in allen wichtigen Fragen Auseinandersetzungen« mit Bucharin, Humbert-Droz und Serra gegeben. Bucharin, Rykow und Tomski wurde vorgeworfen, »in den entscheidenden Lebensfragen des sozialistischen Aufbaues« falsche Auffassungen vertreten zu haben.[252] Die Tagung forderte die weitere Bolschewisierung der kommunistischen Parteien sowie eine verstärkte Disziplin, die »eine feste militärische« sein müsse. In den Parteien dürfe es nur eine »einheitliche leninistische Führung« geben.[253]

Zur Situation der KPD führte Thälmann aus, die deutsche Partei habe bei der Vorbereitung des Weddinger Parteitages »zuviel Demokratie walten« lassen.[254] Unmutig reagierten die KPD-Vertreter auf die kritischen Hinweise Pjatnizkis zum Stand der KPD-Organisation,[255] aber seine Feststellung, es gebe »30 bis 60 Pro-

---

250 Stalin hatte am 19. Dezember 1928 erklärt, es könne erforderlich sein, »parallele Massenvereinigungen der Arbeiterklasse« zu schaffen, mit andern Worten: die Gewerkschaften zu spalten (Stalin, Werke Bd. 11, Berlin [Ost] 1954, S. 268).
Thälmann führte ferner aus: »Die Zahl der Einzel-Ausgeschlossenen in Deutschland beträgt jetzt ungefähr 1500–1700, trotzdem können und dürfen wir nicht zur Gründung von neuen Gewerkschaften schreiten.« (Protokoll, S. 866.)

251 Protokoll, S. 82 (Manuilski), S. 359 (Ulbricht), S. 899 (Thesen des EKKI).

252 Protokoll, S. 366 (Ulbricht), S. 554 (Thälmann), Bucharin wurde auch vorgeworfen: »Noch unlängst, auf dem April-Plenum des ZK der KPSU, hat Genosse Bucharin behauptet, daß Genosse Thälmann ein Schwager von Wittorf sei. Ich frage die deutsche Delegation, ob das stimmt (Antwort der Delegation: Nein, das ist eine Lüge.). (Zwischenruf Remmele: Das wußte auch Bucharin.) Es ist notwendig, dies hier öffentlich zurückzuweisen, damit niemand mehr mit diesem Klatsch die deutsche Parteileitung diskreditieren kann.
Ich kann nicht begreifen, wie Genosse Bucharin sich solche Lügen einflüstern lassen und dann ohne nähere Prüfung verbreiten kann. Es ist doch ein echt kleinbürgerlicher Gedankengang, daß, wenn Genosse Thälmann einen Schwager hatte, der Unterschlagungen gemacht hat, es natürlich ist, daß er ihm dabei geholfen haben sollte. Diese kleinbürgerliche Verleumdung wollte man im vorigen Herbst ausnutzen, um die Leitung der KPD zu entbolschewisieren. Aber die Exekutive und die deutsche Parteimitgliedschaft waren auf dem Posten. Wer sollte an die Stelle des Genossen Thälmann in die Parteiführung kommen? Ewert und Ernst Meyer, und im Hintergrund warteten Brandler und Thalheimer. Ist es vom Gesichtspunkt der Bolschewisierung nicht besser, daß Genosse Thälmann an der Spitze der Parteileitung geblieben ist? ...« (Protokoll, S. 622 – Kuusinen.)

253 Protokoll, S. 610 (Kuusinen), S. 560 (Thälmann), S. 177 (Skrypnik).

254 Protokoll, S. 548.

255 Pjatnizki berichtete, die Betriebszellen der KPD seien von 2243 im Jahre 1926 auf 1556 im Jahre 1928 zurückgegangen und die Masse der KPD-Mitglieder sei in Klein- und nicht in Großbetrieben beschäftigt (Protokoll, S. 245 und 248).

zent Parteimitglieder, die ein passives Element in den kommunistischen Parteien darstellen«,[256] konnten sie nicht widerlegen.

Um die Parteimitgliedschaft zu aktivieren, versuchte die KPD vor allem, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu verschärfen. Bis zum Frühjahr 1930 überschlug sich die KPD im »Kampf gegen den Sozialfaschismus«, der sich keineswegs nur gegen die SPD-Führung richtete.[257] Als das Reichsbanner im August 1929 einen Aufmarsch durch Berlin veranstaltete, schrieb die »Rote Fahne« von »Reichsbannerhorden«, »Hörsing-Banden« und gab die Parole aus: »Den Sozialfaschisten keinen Schluck Wasser und kein Stück Brot!«[258] Den Höhepunkt der anti-sozialdemokratischen Kampagne bildete die Losung: »Heraus mit den Sozialfaschisten aus der Arbeiterbewegung!«[259]

Die Presseangriffe der KPD richteten sich bis zum Herbst 1929 vorwiegend gegen den »Sozialfaschismus«, erst danach schenkten die KPD-Zeitungen auch den Nationalsozialisten stärkere »Beachtung«. Die Landtagswahlen in Sachsen, Baden und Thüringen hatten ein rasches Ansteigen der NS-Anhängerschaft gezeigt. Bei den sächsischen Wahlen im Mai 1929 verlor die KPD Stimmen, trotzdem verkündete sie: »Die Linie der Partei ist richtig, sie wird von den Massen verstanden.«[260] Bei den Wahlen in Baden im Oktober 1929 verzeichnete die KPD Stimmengewinne, bei den Thüringischen Landtagswahlen im Dezember 1929 aber verlor sie mehr als ein Viertel ihrer Wähler.[261] Das Anwachsen der Rechtsradikalen veranlaßte die KPD zu-

---

256 Protokoll, S. 262.

257 Die SED behauptet in ihren Darstellungen, der Kampf habe sich nur gegen die SPD-Führung gerichtet, oder aber sie schreibt die Auswüchse der »parteifeindlichen« Tätigkeit Heinz Neumanns zu (vgl. z. B. Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin [Ost] 4. Aufl. 1963, S. 156 f. – Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin [Ost] 1966, S. 239 f., 258, 283, 291 ff. und 312 ff.). Tatsächlich betrachtete die KPD aber die SPD als ihren »Hauptfeind«, nach der offiziellen Parteilinie waren auch Funktionäre und Mitglieder der SPD »Sozialfaschisten«. Vgl. hierzu *Dokumente*, S. 182 ff., Hermann Weber, Von Rosa Luxemburg zu Walter Ulbricht, Hannover 1961, S. 57 ff., (Neuauflage in Vorbereitung), ders., Ulbricht fälscht Geschichte, Köln 1964, S. 71 ff. und 140 ff.

258 RF vom 7., 8. und 9. August 1929. In einem Leitartikel (RF vom 8. August 1929) hieß es: die SPD, der Sozialfaschismus, sei »Sozialismus in Worten, Faschismus in der Tat«. »Faschismus in der Tat: das ist die Außenpolitik der SPD, die bewußt und planmäßig den Krieg gegen die Sowjetunion entfesselt. Faschismus in der Tat: das ist die Wirtschaftspolitik der SPD . . . Faschismus in der Tat: das ist der terroristische Kampf, den die Sozialdemokratie auf offener Straße gegen das revolutionäre Proletariat einleitet . . . Das Reichsbanner ist der bewaffnete Sozialfaschismus.«

259 Bald folgten geradezu hysterische Aufrufe: »Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden wird. Wir müssen die proletarischen Reihen in Betrieb und Gewerkschaft und in den übrigen Massenorganisationen mit aller Rücksichtslosigkeit von allen verfaulten Elementen säubern. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß fliegen – und wenn er noch so radikal tut.« (RF vom 22. Februar 1930.) Vgl. auch Schürer, a. a. O. (Anm. 190), S. 6 ff. Eine Zusammenstellung von Zitaten dieser Art brachte 1934 die von der IV. Internationale herausgegebene Broschüre »Leninismus gegen Stalinismus« mit einem Vorwort von Trotzki (Neuauflage: Hrsg. Deutsche Sektion der Vierten Internationale, o. J. 1947).

260 »Der Parteiarbeiter«, Heft 6, Juni 1929, S. 185. Demgegenüber bemerkte der linkskommunistische »Volkswille«: »Die Kommunistische Partei ist mit ihrer gesamten Beurteilung der Lage durch die Wahl bitterlich gebackpfeift worden. Sie stellte seit Monaten eine stürmische Linksentwicklung der Arbeiterklasse fest. Sie konstatierte eine dauernde Zunahme des Einflusses der KPD« – und sie habe nun 10 % Wähler verloren (»Volkswille« vom 15. Mai 1929).

261 Bei den Landtagswahlen 1927 erhielt die KPD 113 295 Stimmen (14,1 %), 1929 nur 85 209 Stimmen (10,7 %). Die KPO bekam 12 156 Stimmen. (»Westf. Kämpfer« vom 9. Dezember 1929 –

nächst, die »Demagogie der Hakenkreuzler« zu entlarven,[262] aber schließlich steigerte sie sich in die später verpönte Losung: »Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft.«[263] Es war offensichtlich: die KPD konnte 1929 mit ihren verworrenen und verwirrenden Faschismus-Theorien keine klare politische Konzeption entwickeln.
Trotz der Vorbehalte Thälmanns auf dem 10. EKKI-Plenum steuerte die Partei auf die Spaltung der Gewerkschaften zu. Auf die »Zusammenfassung der Unorganisierten« und die »Führung der Millionenarmee der Erwerbslosen«[264] legte sie nunmehr stärkeren Wert als auf die Arbeit innerhalb der Gewerkschaften. Ein erster Schritt zur Gewerkschaftsspaltung war der Streik der Berliner Rohrleger im Oktober 1929. Die Berliner Rohrleger-Branche der Gewerkschaft wurde seit Jahren von dem Kommunisten Niederkirchner beherrscht. Die starre Haltung der Gewerkschaftsleitung und der Kommunisten führte zum Bruch, die Rohrleger wurden aus dem Gewerkschaftsverband ausgeschlossen. Kurze Zeit später trennte sich die Gewerkschaftsführung auch von der kommunistisch beherrschten Berliner Ortsverwaltung der Zimmerer.[265]
Die KPD ihrerseits zögerte nicht länger. Am 30. November und 1. Dezember 1929 tagte in Berlin der 1. Reichskongreß der »Revolutionären Gewerkschaftsopposition« (RGO).[266] Über 1100 Delegierte[267] beschlossen, es sei Aufgabe der RGO, selbständige Kämpfe um Lohnerhöhung zu führen, Arbeitskämpfe und Streiks zu organisieren, die »innere Organisations- und Erziehungsarbeit« der Gewerkschaftsopposition zu steigern, aber auch die Tätigkeit innerhalb des ADGB zu intensivieren.[268] Der Kongreß erklärte die Sozialdemokratie zum gefährlichsten Feind der Arbeiter.[269] Paul Merker, nunmehr Führer der RGO, behauptete, in den freien Gewerkschaften sei »eine breite arbeiteraristokratische Schicht vorhanden«, die Unorganisierten aber seien »nicht mehr ein Hemmnis, sondern ein vorwärtstreibender Faktor im ökonomischen Kampf«.[270] Mit solchen Thesen entfernte sich die KPD von ihrer früheren leninistischen Gewerkschaftslinie, sie propagierte und organisierte nunmehr die Gewerkschaftsspaltung. Um die neue Umkehrung der kommunistischen Politik in der Parteimitgliedschaft ohne Widerstand durchsetzen zu können,

---

Siegfried Vietzke/Heinz Wohlgemuth: Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1919–1933. Berlin [Ost] 1966, S. 363.)
262 RF vom 6. Juli 1929.
263 »Soz. Republik« vom 9. Oktober 1929. Diese Parole war schon einmal in der KPD-Presse aufgetaucht: »Arbeiter, schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft.« (RF vom 15. Mai 1924.)
264 »Der Parteiarbeiter«, Heft 2, Februar 1929.
265 »Gegen den Strom« vom 6. Juli 1929 und vom 4. Januar 1930 – »Volkswille« vom 15. Januar 1930 – RF vom 12. Oktober 1929 und »Westf. Kämpfer« vom 14. März 1929.
266 Protokoll des I. Reichskongresses der revolutionären Gewerkschafts-Opposition Deutschlands, am 30. November und 1. Dezember 1929. Berlin 1930.
267 Nach den offiziellen Angaben waren von 1117 Delegierten noch 759 im ADGB und 152 ausgeschlossen, der Rest war unorganisiert. 811 der Delegierten waren politisch gebunden, davon 754 in der KPD, 3 SPD, ein linker Kommunist, 53 im KJV (Protokoll, S. 74).
268 Protokoll, S. 99.
269 Protokoll, S. 94.
270 Paul Merker: Die Gewerkschaftsstrategie und die rechten Liquidatoren in Deutschland. Berlin 1930, S. 91 und 95. Vgl. auch Merkers Rede auf dem I. Kongreß der RGO, Protokoll, a. a. O., S. 17 ff.

beabsichtigte die Führung, alle oppositionellen Regungen endgültig auszumerzen.[271] Bereits auf der ZK-Tagung am 13. und 14. August 1929 hatte Remmele das »Zurückbleiben der Partei hinter den entschlossenen Arbeiterschichten« kritisiert. In einer Resolution forderte das ZK nachdrücklich eine »Säuberung von allen rechten und versöhnlerischen Tendenzen«. Das angebliche »Nachhinken« der Partei hinter der Massenbewegung wurde als eine »Widerspiegelung sozialdemokratischer Überreste« verworfen.[272] Eine neue Reinigungswelle begann; noch im August wurde in Ostpreußen eine starke Gruppe von Versöhnlern unter Führung von Martin Hoffmann aus der KPD ausgeschlossen[273] und die Versöhnler in den folgenden Monaten vermehrt unter Druck gesetzt.

Die Parteiführung hatte die Versöhnler isoliert und drängte die einzelnen Gruppen nun zur Kapitulation. In der Spitze der Versöhnler war es über das weitere Verhalten zu schweren Differenzen gekommen. Während sich Ernst Meyer noch kurz vor seinem Tode (er starb am 2. Februar 1930) gegen eine Kapitulation stemmte, neigten Ewert, Becker und auch Schumann schon dazu, die Fraktionstätigkeit aufzugeben, um in der KPD verbleiben zu können.[274] Sofort nach dem Tod von Meyer schickte Ewert eine Erklärung an das ZK. »Die Rote Fahne« veröffentlichte Ewerts Kapitulation am 23. Februar 1930 mit der triumphierenden Überschrift: »Der Bankrott des Versöhnlertums.« Die »Einheitsfront aller Kräfte der Reaktion« und die angeblich »wachsende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion« erforderten nach Ewerts Ansicht eine »klare Stellungnahme«. Unumwunden bezeichnete Ewert alle seine früheren, von der Parteiführung abgelehnten Auffassungen als falsch, auch in allen taktischen Fragen habe allein die Parteiführung recht gehabt. Ewert schrieb:

»... Ich verpflichte mich, in allen Fragen die Beschlüsse der Partei aktiv durchzuführen, und erkenne die Unzulässigkeit jeder Fraktions- und Gruppenbildung an. Ich bin vollständig mit der Generallinie der Taktik des ZK der KPdSU einverstanden und lehne die Auffassungen ab, wie sie vom Genossen Bucharin vertreten wurden. Ich verpflichte mich, unter Führung des ZK und seiner Leitung den Kampf gegen alle opportunistischen Auffassungen innerhalb der Partei, gegen die rechten Parteifeinde sowie gegen jede versöhnlerische Haltung ihnen gegenüber zu führen. Meine Zustimmung zu den Beschlüssen der KI und der KPD und die Verpflichtung, sie aktiv durchzuführen, bezieht sich auch auf den Beschluß der KI in der Angelegenheit Wittorf.«

Nach Ewerts Erklärung existierten die deutschen Versöhnler, die letzte Gruppe, die innerhalb der KPD offen als Fraktion aufgetreten war – zumindest offiziell – nicht mehr. Noch vor Veröffentlichung der Ewert-Erklärung in der Parteipresse hatte das Sekretariat des ZK in einem Rundschreiben an die Bezirke die Versöhnler

---

271 Nach einer von der Polizei zusammengestellten Übersicht über die Opposition in Süddeutschland wurde vermerkt, die linken Kommunisten seien auch in Baden im Rückgang (bei den Landtagswahlen 1929 erhielten sie 1530 Stimmen gegenüber 55 000 der KPD). Die Rechten seien in Württemberg stark (400 Mitglieder gegen 3000 der KPD), in Hessen (800 Mitglieder, davon 500 in Offenbach) und in Nordbayern (StA Oldenburg 86-37-2858. Bl. 131).

272 RF vom 16. August – »Westf. Kämpfer« vom 19. August 1929.

273 »Arbeiter-Tribüne«, Stuttgart, vom 7. September 1929.

274 Mitt. von Rosa Meyer-Leviné an den Verf.

vor die Alternative gestellt: »Entweder Anerkennung ihrer Fehler im einzelnen, vorbehaltlose Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitags, des Zentralkomitees und der Bezirksleitungen und offene Anerkennung, daß ihr bisheriges Schweigen eine Unterstützung der Opposition bedeutete, oder die Partei muß die organisatorischen Konsequenzen ziehen«.[275]
Die führenden Versöhnler hatten sich für die Kapitulation entschieden. Sie mußten nun den Vorwurf hinnehmen, daß sie noch im November 1929 nicht offen gegen Bucharin und die rechte Opposition der KPdSU aufgetreten seien. Nach Ansicht der Parteiführung hatten die Versöhnler seit dem Weddinger Parteitag »mit verteilten Rollen einen versteckten Kampf gegen die Partei geführt«.[276] Dieser Kampf schien nun beendet.
Auch die außerhalb der KPD stehende Opposition konstatierte, die Versöhnler hätten Schiffbruch erlitten, da sie »um jeden Preis in der Partei bleiben« wollten. Der »einzige ernstgenommene Führer der Versöhnler«, Ernst Meyer, habe sich von der kapitulierenden Gruppe getrennt, er sei tot und die Versöhnler nun am Ende.[277]
Die bekannte Führung und die meisten Versöhnler hatten zwar den Kampf eingestellt, dennoch blieben vor allem jüngere Versöhnler als geheime Gruppe innerhalb und außerhalb der KPD aktiv. Sie versandten ihre illegalen Rundschreiben, und ihr Fraktionssekretär Eduard Wald hielt die getarnte Organisation zusammen. Allerdings bekannten sie sich (z. B. nach der Absetzung Paul Merkers, 1930) auch weiterhin zur »absoluten Führungsrolle« der Sowjetunion.[278] Unter der Leitung von Karl Volk, Max Frenzel und Georg Krausz wirkte in Berlin eine geheime Versöhnlerfraktion in den Reihen der KPD. Die Gruppe in Hamburg (unter Führung Westermanns und Stephans) arbeitete außerhalb der KPD, nachdem sie im Februar 1930 aus der Partei augeschlossen worden war. Nunmehr waren die Versöhnler nur noch eine kleine Kaderorganisation ohne nennenswerten Einfluß auf die KPD; aber sie betätigten sich auch nach 1933 illegal. 1933 fand in Zürich eine internationale Konferenz der Versöhnler statt, hier trennten sich Heinrich Süßkind und andere von der deutschen Gruppe.[279] Während Max Frenzel, Westermann u. a. in Deutschland wieder mit der illegalen KPD zusammenarbeiteten, lehnten Volk, Krausz und Wald diese Taktik ab. Nach Ansicht von Krausz konnte man »mit Ulbricht keine Politik machen«.[280] Sie bildeten die »Berliner Opposition« und gaben bis 1938 in der Emigration die Zeitschrift »Funke« heraus. Verhaftungen in Deutschland (Wald, Krausz) und der Kriegsbeginn beendeten die Tätigkeit dieser Überreste der Versöhnler.
Mit der Auflösung der offiziellen Versöhnler-Fraktion war 1930 die letzte legale

---

275 Rundschreiben Nr. 2 des ZK der KPD vom 21. Februar 1930. StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 26.
276 RF vom 23. Februar 1930. Die Parteiführung sah in Ewerts Erklärung noch keine »ausreichende Garantie« für die Aufgaben des »opportunistischen Standpunktes« der Versöhnler. »Die Rote Fahne« schrieb, die Erklärung müsse »mit Mißtrauen« aufgenommen werden.
277 »Gegen den Strom« vom 15. Februar 1930 – »Der Pionier des Bolschewismus« (trotzkistisch) vom Mai 1930.
278 »Gegen den Strom« vom 22. Mai 1930.
279 Mitt. von Eduard Wald an den Verf.
280 Mitt. von Eduard Wald an den Verf.

Oppositionsgruppe innerhalb der KPD verschwunden. Zwar stellte der Organisationsleiter Creutzburg auch 1931 noch versöhnlerische »Stimmungen« in der KPD fest,[281] doch die Stalinisierung der KPD war abgeschlossen. Legale Opposition oder gar Fraktionsbildung standen außerhalb jeder Diskussion, die monolithische Einheit der Partei war oberstes Gebot. Da sich die KPD ohnehin auf die Illegalität »vorbereitete«,[282] schien es der Führung und den Funktionären geradezu verbrecherisch, die Einheit der Partei durch abweichende Meinungen zu gefährden. Damit erhielt die Führung in der politischen Strategie und Taktik ebenso freie Hand wie in Personalfragen.[283]

Nach außen schienen alle Kriterien einer monolithischen Partei gegeben, doch waren weder Stärke und Zusammenarbeit noch die Qualität der Führung groß genug, um eine solche einheitliche Organisation zu formieren. Es gab weiterhin Auseinandersetzungen, Querelen, Intrigen, aber sie wurden im Rahmen der stalinistischen Partei, hinter den Kulissen und ohne Wissen der Mitgliedschaft ausgetragen. Die innerparteiliche Demokratie der KPD war zerstört, ohne daß eine wirklich monolithische Partei entstanden wäre.

281 A. Creutzburg: Die Organisationsarbeit der KPD. Hamburg-Berlin 1931, S. 6.

282 Bereits Mitte Mai 1929 hatte die Partei gefordert: »Weg mit dem Legalitätsfett« (»Der Parteiarbeiter«, Nr. 6, Juni 1929). Vor allem 1931 und 1932 versuchte die KPD, sich auf die Illegalität umzustellen.

283 Von den 52 Reichstagsabgeordneten des Jahres 1928 wurden für die Wahl im September 1930 24 nicht mehr als Kandidaten nominiert, darunter die Versöhnler Alexander, Ewert und Ende, aber auch Dengel und Pfeiffer, die sich bei der Wittorf-Affäre gegen Thälmann gestellt hatten, oder Arendsee und Maslowski, die Intrigen zum Opfer gefallen waren. (»Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 37, September 1930, vgl. auch Reichstags-Handbuch 1930, S. 208 ff.)

5. Ausblick: Die KPD 1929-1933

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise radikalisierten die deutsche Arbeiterschaft und stärkten den Einfluß der KPD. Anhänger und Mitglieder der KPD nahmen nach 1929 erheblich zu, allerdings nicht so rasch wie die der NSDAP. Die stalinistische Führung der KPD glaubte an eine »revolutionäre Situation«, sie bezeichnete daher – trotz der heraufziehenden Gefahr des Nationalsozialismus – SPD und Weimarer Republik als ihre Hauptgegner. Nach Weisung der Komintern entwikkelte die KPD eine »Theorie«, nach der es zwischen Weimarer Republik und Faschismus, zwischen NSDAP und SPD keinen prinzipiellen Unterschied gebe, weshalb »zuerst« die SPD und der Weimarer Staat bekämpft werden müßten. Die Brüning- und die Papen-Regierung wurden als »faschistisch« angegriffen. Im November 1931 stellte der Komintern-Führer Knorin die für die damalige Politik charakteristische These auf: »Man kann gegen den Faschismus nur kämpfen, indem man einen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie führt.«[1] Obwohl sich viele Funktionäre gegen eine solche Politik stemmten, die Masse der Mitglieder und Anhänger eine antifaschistische Einheitsfront erstrebte und aktiv gegen die Nationalsozialisten auftrat, ließ die stalintreue Parteiführung nicht ab von ihrer verhängnisvollen Generallinie. Diese Politik führte schließlich zum Untergang der KPD.[2]
Zunächst sah es allerdings nach einem stetigen Siegeszug der Partei aus, vor allem ihre Wählerschaft wuchs ständig. Die KPD hatte bei den Reichstagswahlen 1928 3,3 Millionen Stimmen erhalten, 1930 bereits 4,6 Millionen, im Juli 1932 5,3 Millionen und im November 1932 fast 6 Millionen, das heißt beinahe doppelt soviel Stimmen wie 1928. Im gleichen Zeitraum war die SPD von 9,1 Millionen auf 7,3 Millionen Wähler zurückgegangen.[3]
Die ultralinke Politik der KPD-Führung brachte gewisse Erfolge, weil das verzweifelte Heer der Arbeitslosen sich ständig vergrößerte und viele radikalisierte Menschen ihre Hoffnung auf die KPD setzten. Doch dieselbe ultralinke Politik vertiefte

---

1 Knorin: Die Sozialdemokratie im Kampf gegen den revolutionären Aufstieg. RF vom 26. November 1931.

2 Im Rahmen dieser Arbeit kann kein chronologischer Abriß der KPD-Politik bis 1933 gegeben werden. Eine Darstellung der KPD-Politik von 1929 bis 1933 findet sich bei Siegfried Bahne: Die Kommunistische Partei Deutschlands; in: Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960, S. 655 ff. Eine wichtige und differenzierte Untersuchung konnte ich erst nach Abschluß dieser Arbeit lesen: Thomas Weingartner, Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Phil. Diss. Berlin (West) 1969. Sie wird auch gedruckt erscheinen unter dem Titel: Stalin und der Aufstieg des Nationalsozialismus.

3 Vgl. Alfred Milatz: Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen, a. a. O., S. 743 ff.

den Riß innerhalb der Arbeiterbewegung. Die KPD bezeichnete die Sozialdemokratie zeitweise als ihren »Todfeind«.[4] Der Ausbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) zu einer kommunistischen Gewerkschaft war ein weiterer verhängnisvoller Schritt der KPD, der die antifaschistischen Kräfte zersplitterte und schwächte.[5]

Die KPD unterschätzte zunächst die Gefahr des Nationalsozialismus, und durch ihre Faschismus-Theorien verwirrte sie die Arbeiter.[6] Am 14. September 1930 erzielte die NSDAP ihren ersten großen Wahlsieg, statt der 800 000 Stimmen von 1928 erhielt sie 6,5 Millionen. Die KPD beurteilte das Anwachsen der faschistischen Bedrohung völlig falsch: »Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.«[7] Der »einzig wirkliche Sieger« sei die KPD, schrieb die Kominternführung in absoluter Verkennung der Lage in der »Roten Fahne« vom 19. September. Die KPD vertrat nun verschärft die Theorie (manchmal überspitzt, dann wieder abgeschwächt), es bestehe kein wesentlicher Unterschied zwischen dem damaligen Weimarer Staat (»Brüning-Faschismus«, »Papen-Faschismus«) und dem Hitlerschen Nationalsozialismus. Thälmann erklärte im Januar 1931: »Der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen ...«[8] Entsprechend dieser Einschätzung richtete die KPD ihren »Hauptstoß« vor allem gegen die Sozialdemokratie. Im allgemeinen wurde ein Zusammengehen mit der SPD gegen die NSDAP abgelehnt:

»Die Sozialfaschisten wissen, daß es für uns mit ihnen kein gemeinsames Zusammengehen gibt. Mit der Panzerkreuzerpartei, mit den Polizeisozialisten, mit den Wegbereitern des Faschismus kann es für uns nur Kampf bis zur Vernichtung geben ... Es gibt in der Kommunistischen Partei keinen Menschen mit solchen Illu-

---

4 In einem Aufruf des ZK vom 9. Februar 1930 hieß es: »Kommunist sein heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein.« (RF vom 9. Februar 1930.) Vgl. dazu: *Dokumente,* S. 186 f.

5 Zeitweilig rief die KPD direkt zum Verlassen der freien Gewerkschaft auf. »Heraus aus dem Gesamtverband der sozialfaschistischen Verräter« forderte die »Rote Wacht«, das Organ der kommunistischen Seeleute und Hafenarbeiter (2. Jg. 1931, Nr. 8, StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 4). Die RGO blieb allerdings als Gewerkschaft eine Sekte, sie erreichte nicht einmal die KPD-Mitgliederzahlen. Bei den Betriebsratswahlen hatte sie 1930 und auch 1931 teilweise (z. B. im Ruhrbergbau) größeren Einfluß bei den Betriebsratswahlen, 1932 verlor sie aber bis 50 % ihrer Stimmen (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 12).
1932 verurteilte der RGO-Führer Schulte das »Herauslaufen« aus den Gewerkschaften. Er war »fest davon überzeugt, daß zehntausende unserer Anhänger freiwillig aus den Gewerkschaften herausgelaufen sind«. Schulte forderte, »nicht den Kampfposten« zu verlassen, innerhalb und außerhalb der freien Gewerkschaften für die RGO zu wirken. (Fritz Schulte: RGO im Angriff. Berlin 1932, S. 17.)

6 Im September 1929 gab die KPD z. B. folgende Definition des Faschismus: »Der Faschismus in allen seinen Formen – als mit dem bürgerlichen Staat verwachsener Sozialfaschismus, als gelegentlich unter radikaler Marke auftretendes Hakenkreuzlertum – ist eines der wichtigsten Mittel des Finanzkapitals zur Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges« (»Der Revolutionär«. Diskussions- und Mitteilungsblatt des Bezirks Niederrhein, Jg. 6, Nr. 6. September 1929). In einem »Informationsmaterial« der KPD über Faschismus vom Januar 1931 (Hrsg. ZK der KPD) hieß es, das Zentrum sei »Träger der faschistischen Diktatur in Deutschland« geworden. Die KPD klebte also kurzerhand allen ihren Gegnern das Etikett »Faschismus« auf, mit dieser Formel verwirrte sie ihre Anhänger völlig.

7 RF vom 16. September 1930.

8 RF vom 29. Januar 1931.

sionen, daß im Bunde mit dem Sozialfaschismus der Faschismus geschlagen werden könne.«[9]
Die KPD lehnte die Einheitsfront, d. h. die gleichberechtigte Zusammenarbeit beider Parteien (ebenso wie die SPD) praktisch ab, dagegen proklamierte sie die sogenannte »Einheitsfront von unten«. Die KPD verneinte damit Spitzenverhandlungen mit den anderen Arbeiterorganisationen, sie versuchte, die Masse der SPD- und Gewerkschaftsanhänger von ihren Führungen zu trennen; und sie erstrebte lediglich eine »Einheitsfront unter Führung der KPD«.[10] Thälmann forderte Ende 1931: »Wir müssen überall den sozialdemokratischen Arbeitern die Herstellung der roten Einheitsfront vorschlagen, die sich ... gegen Hitlerpartei und sozialdemokratische Führerschaft (sic!) richtet.«[11]
Wenn untere Organe der Partei sich über solche »Theorien« hinwegsetzten und gemeinsam mit der SPD gegen den Faschismus auftraten, wurden sie von der KPD-Führung gerügt. Im Januar 1932 wandte sich die BL Ruhr in einem Rundschreiben gegen eine »falsche« Einheitsfrontpolitik. Die KPD-Leitung drohte ihren Anhängern, jeder Versuch, mit den Sozialdemokraten (»diesen konterrevolutionären Agenten«) »auch nur zu verhandeln«, komme »einem Verrat gleich und erfordert die schärfsten Maßnahmen der Parteidisziplin gegen diejenigen, die sich solcher Handlungen schuldig machen«.[12] Ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt erklärte das Sekretariat des ZK in einem Rundschreiben, die SPD sei nach wie vor die »Hauptstütze der Bourgeoisie«, jegliche Vereinbarung zwischen KPD- und SPD-Leitungen über gemeinsame Demonstrationen und Veranstaltungen wurden für »unzulässig« erklärt. »Verhandlungen von Unterbezirksleitungen der KPD mit Unterbezirksleitungen der SPD, des Reichsbanners usw., wie sie z. B. in Dessau stattgefunden haben, sind absolut unzulässig ...«[13]
Die KPD-Führung (ähnlich wie die SPD-Führung) verwarf also im Grunde genommen jede Zusammenarbeit beider Parteien gegen die NSDAP. Die KPD ging noch einen Schritt weiter: Sie betrachtete die linken Sozialdemokraten, die einheitliche Aktionen bejahten, als ihren eigentlichen Gegner. Im Januar 1931 erklärte das ZK der KPD: »Unseren schärfsten Kampf müssen wir gegen die ›linke‹ SPD als den gefährlichsten Feind innerhalb der Sozialdemokratie richten.«[14] Thälmann forderte die Steigerung des »schonungslosen Kampfes gegen den Sozialfaschismus, insbesondere den ›linken‹ Sozialfaschismus«.[15]
In den Jahren 1929 bis 1933 vertrat die KPD eine ultralinke Position, ähnlich wie

9 RF vom 22. März 1931.
10 »Die Internationale«, Juli-August 1932, S. 340.
11 »Die Internationale«, November-Dezember 1931, S. 490.
12 Über die Prinzipien der Einheitsfront hieß es in diesem Rundschreiben vom Januar 1932: »Es ist ganz klar, daß die Einheitsfront der Arbeiter nur im Kampf gegen Lohnraub, für Verbesserung der Lebenshaltung, nur im rücksichtslosen Kampf gegen Faschismus, für die Sowjetunion erstehen kann bei gleichzeitiger Vernichtung des Masseneinflusses der sozialfaschistischen Organisation und gänzlicher Entlarvung derselben als Organe und Hilfstruppen des Faschismus.« (HStA Düsseldorf, 30 657g).
13 Rundschreiben Nr. 14 des Sekretariats des ZK der KPD, Berlin, 14. 7. 1932. StA Bremen, IV 13 k.
14 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 2. Aufl. Berlin (Ost) 1955, S. 306.
15 RF vom 29. Juli 1930.

1924/25 sah sie in der Sozialdemokratie ihren »Hauptfeind«. Auch wenn sich die Parteiführung hin und wieder selbstkritisch von Überspitzungen distanzierte,[16] beharrte sie doch auf Stalins Theorie vom »Sozialfaschismus« und behandelte die SPD als »Zwillingsbruder« des Faschismus.[17] Zu ernsthaften Versuchen, mit der SPD einheitliche Aktionen gegen den drohenden Faschismus zu führen, kam es nur sporadisch, und sie blieben in Halbheiten stecken.[18] Ihre kompromißlose Haltung gegenüber dem Weimarer Staat brachte die KPD zeitweise sogar in gefährliche Nähe zur äußersten Rechten. Da die NSDAP mit ihren chauvinistischen Parolen bei den Landtagswahlen Erfolg hatte, kopierte die KPD bereits 1930 diese nationalistische Propaganda. Im August 1930 wurde ein »Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« veröffentlicht. Auch dieses Programm war in erster Linie gegen die Sozialdemokratie gerichtet, deren Führern wurde vorgeworfen, »Hab und Gut, Leben und Existenz des werktätigen deutschen Volkes meistbietend an die Imperialisten des Auslandes verkauft« zu haben. Mit nationalem Pathos verkündete die KPD: »Alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie sind fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands.

Nur wir Kommunisten kämpfen wirksam sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden, den Ausgangspunkt der Versklavung aller Werktätigen Deutschlands, ebenso wie gegen alle internationalen Verträge, Vereinbarungen und Pläne (Locarnovertrag, Dawesplan, Youngplan, deutsch-polnisches Abkommen usw.), die aus dem Versailler Friedensvertrag hervorgehen. Wir Kommunisten sind gegen jede Leistung von Reparationszahlungen, gegen jede Bezahlung internationaler Schulden.«[19]

Obwohl die KPD ständig Auseinandersetzungen mit der NSDAP hatte, kam es in wenigen Fällen dennoch zu einem Zusammengehen mit den Rechtsextremisten. Das markanteste Beispiel dafür war der preußische Volksentscheid 1931. NSDAP und Deutschnationale hatten ein Volksbegehren gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung eingebracht. Dagegen wandte sich die KPD. Im April 1931 erklärte Thälmann: »Wir können selbstverständlich nicht mit den Faschisten gegen

---

16 Auf einer Rede vor dem EKKI am 20. März 1930 wandte sich Thälmann gegen die Überspitzungen der »Sozialfaschismus«-Thesen. Er brachte Beispiele von Beschimpfungen der Sozialdemokraten in der KPD-Presse, die er als »unsinnig« zurückwies (SPD-Betriebsräte waren danach »ebensolche Bluthunde wie Noske«, Sozialdemokraten sollten aus Betrieben und Berufsschulen »vertrieben werden« usw. (Ernst Thälmann: Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Berlin 1930, S. 29 ff. – Vgl. auch: *Dokumente*, S. 188 ff.)

17 Im Februar 1932 betonte Thälmann erneut, »SPD und NSDAP sind Zwillinge«, er forderte die Partei auf, den »Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie« zu richten. (Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Berlin 1932, S. 25 und 36.)

18 Es gab eindrucksvolle Beispiele der »Einheitsfront« unterer Organe der KPD und SPD. Bei der Beerdigung des von der SA erschlagenen Kommunisten Bischoff marschierten am 24. Juni 1932 2500 Anhänger der Eisernen Front, darunter 500 in Reichsbanneruniformen, und 6000 Kommunisten auf. Die Kommunisten hatten die Eiserne Front zum Beistand aufgerufen. Eine danach geplante Einheitskonferenz unterblieb, weil die Sozialdemokraten die KPD-Forderung als unzumutbar zurückwiesen, wonach keine Spitzenverhandlungen stattfinden durften. (Bericht des Polizeipräsidiums Duisburg, 27. 6. und 10. 11. 1932. HStA Düsseldorf, 17 189.)

19 RF vom 24. August 1930 (Vgl. auch: *Dokumente*, S. 58 ff.).

die Preußenregierung ein gemeinsames Volksbegehren durchführen.«[20] Ein Vierteljahr danach änderte die KPD ihre Taktik und beteiligte sich mit den Nationalsozialisten am Volksentscheid. Das geschah nicht etwa, weil die Mehrheit der Mitgliedschaft und des ZK für den Volksentscheid votierte, sondern auf Anweisung der Komintern oder genauer: Stalins. Die jüngste SED-Darstellung gibt Aufschlüsse über die Hintergründe:

»Das Politbüro faßte einmütig den Beschluß, daß die KPD sich nicht am Volksentscheid beteiligen werde. Anders in der Politkommission des EKKI. Hier konnten sich D. S. Manuilski und andere führende Funktionäre, die die Lage realistisch einschätzten, nicht durchsetzen. Da sich auch J. W. Stalin und W. M. Molotow für die Teilnahme der KPD am Volksentscheid in Preußen einsetzten, erhob die Politkommission des EKKI Einspruch gegen den Beschluß des Politbüros des ZK der KPD. Die KPD wurde aufgefordert, endlich ihre Haltung zu ändern. So entstand ein Gegensatz zwischen den Beschlüssen der KPD und denen des führenden Organs der Kommunistischen Internationale. Die KPD wurde zu einer Entscheidung gedrängt, die den wirklichen Gegebenheiten in Deutschland nicht Rechnung trug. Das Sekretariat, das Politbüro und das ZK traten am 22. Juli nacheinander zusammen und revidierten die Haltung der KPD zum Volksentscheid.«[21]

Die KPD-Führung wurde also von Moskau zu diesem falschen Schritt veranlaßt. Die Abhängigkeit der KPD von der Komintern und Stalin war inzwischen so groß, daß sie sich den Anordnungen ohne nennenswerten Widerstand unterwarf. Viele KPD-Wähler versagten der Schwenkung allerdings ihre Zustimmung. Vor allem in den KPD-Hochburgen wurden weniger Stimmen für den Volksentscheid abgegeben, als die ihn tragenden Parteien 1930 erhalten hatten.[22] Bei der KPD-Mitgliedschaft selbst fand der neue Beschluß über die Beteiligung am Volksentscheid kaum Gegner. Die Partei war inzwischen so zentralisiert und diszipliniert, daß jede Wendung akzeptiert wurde.[23]

Die soziale Zusammensetzung der KPD änderte sich, sie wurde eine Partei der Arbeitslosen. Ende 1931 waren nur noch 21 % der Parteimitglieder Betriebsarbeiter, dagegen 78 % Erwerbslose, im April 1932 waren es sogar schon 85 % Erwerbslose.[24] Auch die Fluktuation in der Partei nahm zu. Nach offiziellen Angaben betrug sie 1931 38% und 1932 54%.[25] Durch die Fluktuation änderte sich auch die Zusammensetzung des Funktionärkorps der Partei, die Kontinuität schwand. Von den 1300

---

20 RF vom 21. April 1931.

21 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bd. 4. Berlin (Ost) 1966, S. 302 f.

22 In der KPD-Hochburg Berlin-Wedding gingen 41 % weniger Wähler zur Urne als KPD, NSDAP und DNVP 1930 Stimmen erhalten hatten. Ähnlich war es in anderen Berliner Arbeiterbezirken. (»Arbeiterpolitik« vom 23. August 1931.)

23 Die Leitung des UB Bochum begrüßte die Wendung wie inzwischen üblich »mit Begeisterung«. Die UBL schrieb: »Mit bolschewistischer Kühnheit hat das ZK der Partei beschlossen, den Roten Volksentscheid zur Auflösung des preußischen Landtags durchzuführen. In einer neuen Situation mit anderen Methoden zu antworten, entspricht unserer bolschewistischen Taktik ...« (HStA Düsseldorf 17 149.)

24 HStA Düsseldorf, 30 688 – StA Hannover, Hann 88 II, 779.

25 »Der Revolutionär«. Organ für die Mitglieder der KPD, Bezirk Niederrhein. Sondernummer, Bezirksparteitag Dezember 1932.

Delegierten zum KPD-Bezirksparteitag Sachsen 1932 gehörten nur 55 der KPD seit ihrer Gründung an, von 970 Berliner Delegierten waren 400 weniger als ein Jahr, 300 zwischen 1 bis 3 Jahre und nur die restlichen 270 länger als 3 Jahre in der KPD organisiert.[26] Der Parteiapparat konnte seine Vormachtstellung gegenüber einem solchen Funktionärkorps, das weder ideologische Traditionen noch organisatorische Erfahrungen besaß, leicht aufrechterhalten. Die politisch-organisatorische Arbeit allerdings lag im Argen. 1932 schrieb Dahlem, eine rasche Änderung der Formen und Methoden der Parteiarbeit sei eine unbedingte Voraussetzung für die Durchführung der Parteibeschlüsse.[27] Thälmann forderte »180 Grad Wendung« in der Betriebsarbeit, um »endlich vom Wort zur Tat« zu kommen.[28]

Gab es auch in der Parteiarbeit zahlreiche Mängel, so konnte die Führung bis Anfang 1933 doch einen klaren Erfolg buchen: die innerparteilichen Auseinandersetzungen schienen endgültig der Vergangenheit anzugehören. Voll Stolz verglich Thälmann auf dem Bezirksparteitag Ruhr (8. 1. 1933) den Stand der Partei mit dem zur Zeit des Essener Parteitags 1927: »... unser heutiger Bezirksparteitag steht gegenüber der damaligen Zeit der Partei in völliger Einheit und Geschlossenheit. Wir haben hier nicht zu kämpfen gegen irgendwelche Gruppen und Fraktionen. Unser Ruhrbezirksparteitag zeigt eine ebensolche Einheit und Geschlossenheit wie die übrigen Bezirksparteitage im Reich, eine Geschlossenheit, wie sie in der gesamten deutschen Partei in den bisherigen Stadien ihrer Entwicklung bisher nicht zu verzeichnen gewesen ist.«[29]

Aus diesen Feststellungen leitete Thälmann allerdings recht irrige Schlußfolgerungen ab. Er behauptete, nunmehr sei es möglich, »im Kampf gegen die Klassenfeinde des Proletariats die größte Schlagfertigkeit und Einheitlichkeit an den Tag zu legen«. Und er ließ sich drei Wochen vor Hitlers Machtantritt unter starkem Beifall zu der falschen Prognose hinreißen, die KPD sei so reif geworden, »daß eine solche Niederlagenpolitik wie die der Brandlerführung im Oktober 1923 für die Gegenwart und Zukunft unserer Partei niemals wieder denkbar ist.«

Anfang 1933 konstatierte Thälmann eine einheitliche KPD. Zwischen 1929 und 1933 hatte sich allerdings mehrfach gezeigt, daß es auch in der stalinistischen KPD noch Auseinandersetzungen gab. Es handelte sich jedoch nicht mehr um Richtungskämpfe verschiedener Gruppen und Fraktionen, die offen ausgetragen wurden, sondern um Querelen der Führungsspitze, von denen die Mitgliedschaft erst nach ihrer Erledigung erfuhr, oder um kleine Absplitterungen von der Partei.

Der erste Machtkampf nach der Ausschaltung der Versöhnler brach im April 1930 aus. In Übereinstimmung mit der Komintern versuchte die KPD-Führung damals, den ultralinken Kurs etwas abzuschwächen. Das stieß auf den Widerstand des Politbüro-Mitglieds Paul Merker, der auf dem äußersten linken Flügel der Partei stand.

---

26 BuA Koblenz, Reichssicherheitshauptamt. R 58 – 390 (Parteitage der KPD) – »Gegen den Strom«, Nr. 8, 1932 – Im Mai 1932 gab es im Bezirk Halle-Merseburg mehr Austritte als Eintritte (»Volkswille« vom 26. August 1932).

27 »Der Parteiarbeiter, Nr. 8/9, August-September 1932, S. 228.

28 »Der Parteiarbeiter«, Nr. 4, April 1932.

29 »Westf. Kämpfer« vom 9. Januar 1933.

In einem Telegramm an das EKKI beschuldigte er die KPD, sie verhülle »die sozialfaschistische Rolle der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie« und schaffe alle Voraussetzungen für eine »Einheitsfronttaktik zwischen dem ZK der Partei und dem Parteivorstand der SPD«.[30] Das Politbüro der KPD wies diese Behauptung sofort »als parteifeindliche Verleumdung« zurück. Merker versuchte, eine Fraktion zu bilden, dabei fand er eine Mehrheit im Berliner Unterbezirk Zentrum und kurze Zeit auch in Ostpreußen. Das ZK und die Bezirke wandten sich gegen Merker und seine Anhänger.[31] Die Gruppe wurde rasch zerschlagen. Merker und seine engsten Freunde verloren ihre führenden Positionen.

Fast gleichzeitig mit dem Disput in der Spitzenführung trat in Berlin eine Oppositionsgruppe mittlerer Funktionäre auf, die gegen den ultralinken Kurs auftrat. 60 Parteifunktionäre, die vorher keiner Oppositionsgruppe angehört hatten, protestierten unter Führung des preußischen Landtagsabgeordneten Raddatz gegen die Zersplitterung der Arbeiterschaft und die Methoden der KPD-Führung. Die KPD entledigte sich dieser Opposition durch Ausschlüsse.

Die »Opposition der 60« verbreitete ein eigenes Mitteilungsblatt. Anhänger hatte sie zunächst in verschiedenen Berliner Betrieben. Die unabhängigen Kommunisten waren vorwiegend Praktiker, die sich »gegen theoretische Haarspaltereien« aussprachen, bald gingen die meisten zur SPD über.[32]

Nach 1930 hörten auch solche Formen der Opposition auf. Die Parteistruktur war erstarrt, Abweichungen wurden durch Einzelausschlüsse oder -austritte oder durch die Maßregelung von Funktionären verhindert.[33] Unter der Herrschaft des Apparates gab es keine Diskussionen mehr, dadurch war auch keine Fraktionsbildung möglich, sondern höchstens eine »stille Sammlung von Kräften, Gespräche zwischen den Abweichlern«.[34] 1932 wurden Heinz Neumann und Hermann Remmele, die bis dahin gemeinsam mit Ernst Thälmann die Partei gelenkt hatten, zusammen mit anderen Parteifunktionären aus der Leitung entfernt. Die Mitgliedschaft hatte bis zuletzt vom Zwist innerhalb der Parteispitze keine Ahnung. Heinz Neumann und Leo Flieg waren bereits im Mai 1932 aus der Parteiführung ausgeschlossen worden,[35] aber erst im Oktober 1932 auf der 3. Parteikonferenz erfuhr die KPD-Mitgliedschaft von der Auseinandersetzung zwischen Thälmann und Neumann. Die Parteikonferenz erklärte:

---

30 RF vom 6. April 1930.

31 HStA Düsseldorf, 30 651.

32 StA Oldenburg, 86 - 13 a, Bd. 2 – »Vorwärts« vom 28. Februar 1930 – »Gegen den Strom«, September 1930 – »Mitteilungsblatt der Gruppe Unabhängiger Kommunisten Deutschlands« (60 Ausgeschlossene). Nr. 3, Juni 1930.

33 Auf der ZK-Tagung im Februar 1932 kritisierte Thälmann das Buch von Langner über den Massenstreik wegen »ideologischer Fehler«. Er fügte hinzu: »Der Genosse Langner hat bereits in einer Erklärung an das ZK seine Fehler anerkannt.« Auch die Arbeit von Fritz David über den Reformismus wurde von Thälmann als zu »akademisch« und fehlerhaft kritisiert. (Ernst Thälmann: Der revolutionäre Ausweg und die KPD. Berlin 1932, S. 69 ff.) Ende 1931 wurden führende Propagandisten ebenfalls wegen »theoretischer« Fehler gemaßregelt (Alexander Emel, später Mitangeklagter im Schauprozeß gegen Sinowjew, und Kraus, d. i. Lenz-Winternitz). »Arbeiterpolitik« vom 3. Januar 1932.

34 Margarete Buber-Neumann: Von Potsdam nach Moskau. Stuttgart 1957, S. 288.

35 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik. Teil II, Berlin (Ost) 1966, S. 288.

»Das Bestreben des Genossen Heinz Neumann und seiner Gruppe war darauf gerichtet, die Linie des 11. Plenums des EKKI zu entstellen in der Richtung einer Unterschätzung des Faschismus und einer Abschwächung des prinzipiellen Kampfes gegen die Sozialdemokratie ... darüber hinaus versuchte die Gruppe Neumann mit den Mitteln eines verwerflichen Gruppenkampfes, Parteigenossen gegen die Parteiführung einzustellen, diese zu diskreditieren und die Führung des Jugendverbandes in Gegensatz zur Partei zu bringen.«[36]

Zusammen mit Heinz Neumann wurde eine größere Zahl angeblicher oder tatsächlicher Neumann-Anhänger aus ihren Funktionen verdrängt.

Ein Vierteljahr nach der Parteikonferenz ging mit der Weimarer Republik auch eine Ära der KPD zu Ende. Die Partei hielt bis zum Schluß an ihrer falschen Frontstellung fest. Zwar hatte sich Thälmann am 30. Januar 1933 mit einem Aufruf zur Einheitsfront direkt an die SPD gewandt, ein Appell der antifaschistischen Intellektuellen (Heinrich Mann, Käthe Kollwitz, Emil Gumbel usw.) zur Zusammenarbeit gegen den Faschismus wurde jedoch im Februar 1933 von der KPD als »Verwirrungsmanöver« verworfen.[37] Obwohl die KPD einige verbale Einheitsfrontangebote an die SPD machte, behielt sie die frühere ultralinke Linie bei, damit wurde jede Aufforderung zum gemeinsamen Kampf unglaubwürdig. Im Mai 1933 erklärte das ZK der KPD im alten Jargon:

»Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellen.«[38]

Noch Ende 1933 schrieb der KPD-Führer Fritz Heckert: »Für die Arbeiterklasse gibt es wirklich einen Feind – das ist die faschistische Bourgeoisie und die Sozialdemokratie, ihre soziale Hauptstütze. Gegen diesen Feind muß ein entschiedener revolutionärer Einheitsfrontkampf der breiten Massen des Proletariats geführt werden, aber nicht gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, sondern gegen sie.

Die Sozialdemokratie war die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie nicht nur, solange es ihr im bürgerlichen Staat gut ging, sie ist die soziale Hauptstütze auch heute noch ... Keinerlei Äußerlichkeiten wie die gegenwärtige Verfolgung der SPD und die Zerschlagung ihres Parteiapparats können uns vergessen machen, daß die Sozialdemokratie als Stütze der Bourgeoisie und in ihrem Auftrag ihre geschichtliche Rolle ... bis zu Ende spielen muß.«[39]

Auch die KPD mußte ihre Rolle »bis zu Ende spielen«. Nach dem Reichstagsbrand wurde die Partei zerschlagen. Allein im Rhein-Ruhr-Gebiet wurden bis Anfang April 1933 7300 KPD-Funktionäre verhaftet.[40] Die Kommunisten bekamen

---

36 Zit. bei Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Offenbach 1948. S. 293.

37 »Echo des Westens«, Nr. 8, 3. Februar-Woche 1933. (HStA Düsseldorf, 30 658 g.)

38 »Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung«. Basel, Nr. 17 vom 2. Juni 1933, S. 543.

39 Fritz Heckert: Ist die Sozialdemokratie noch die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie? Basel 1933, S. 15 – Noch Anfang Februar 1934 hielt die KPD an der These fest, die SPD sei »soziale Hauptstütze der Bourgeoisie« in Deutschland. (»Rundschau«, Basel, Nr. 22-1934, S. 826.)

40 Im April wurden weitere 700 Kommunisten verhaftet, so daß im März-April 1933 im Rhein-Ruhrgebiet 8000 Kommunisten festgenommen wurden. (StA Münster, Reg. Minden, I P 601.)

als erste den Unterschied zwischen der Weimarer Republik und Faschismus zu verspüren. Die KPD, die so lange Illegalität »geübt« hatte, erwies sich im entscheidenden Augenblick als unfähig, organisierten Widerstand zu leisten. Doch nach dem ersten Schock der kampflosen Niederlage entstanden überall illegale Widerstandsgruppen. Es gelang in relativ kurzer Zeit, wieder eine zentrale Leitung mit Verbindung zu den Bezirken aufzubauen. Das EKKI behauptete allerdings, der Sieg Hitlers bedeute keine Niederlage der Arbeiterbewegung; die Moskauer Führung bescheinigte der KPD sogar, daß »die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK der KPD mit dem Genossen Thälmann an der Spitze bis zum Hitlerschen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war«.[41] Solche Beschönigungen konnten die Niederlage nicht ungeschehen machen. Trotz großer Opfer[42] ging die alte KPD 1933 und in den folgenden Jahren unter. Die Stalinisierung der Partei hatte zu ihrem Untergang beigetragen: Die KPD war ein unbeweglicher Koloß auf tönernen Füßen, zur Abwehr und zur Überwindung des Faschismus ebensowenig fähig wie die übrigen deutschen Parteien.

41 »Rundschau«, Nr. 9, 1934, S. 229. Die illegale »Rote Fahne« (Ausgabe Mitte April 1933) hatte bereits damals die politische Linie als »vollkommen richtig und durch die Ereignisse bestätigt« bezeichnet.

42 Von den 300 000 KPD-Mitgliedern waren nach Angaben der SED 145 000 inhaftiert. (»Neues Deutschland«, Berlin [Ost] vom 11. September 1957.) Die KPD hatte zweifellos auch die größten Blutopfer zu bringen.
In einem Lagebericht der Gestapo vom Dezember 1934 hieß es: »Trotz schärfster Überwachung der KPD-Bewegung, verhältnismäßig schneller Zerschlagung der einzelnen Organisationszellen und abschreckender Strafen für die zahlreich festnommenen Funktionäre finden sich immer wieder Personen, die sich der illegalen KPD-Arbeit zur Verfügung stellen und versuchen, den Organisationsapparat neu aufzuziehen.« (HStA Düsseldorf, Aachen 1026. Lagebericht an die Gestapo Berlin, Dezember 1934.)

II. Die Struktur der KPD



6. Das Organisationsgefüge der KPD

Demokratischer Zentralismus

Das Organisations-Ideal kommunistischer Parteien ist das Prinzip des sogenannten demokratischen Zentralimus.[1] Der Begriff demokratischer Zentralismus beruht weitgehend auf Lenins Vorstellungen vom inneren Aufbau einer revolutionären Partei.[2] Die KPD verstand sich von Anfang an als »kommunistische« Partei, als Organisation der Weltrevolution, sie bekannte sich zu den Ideen Lenins und nahm sich schon bald die russischen Kommunisten zum Vorbild. Ihr Organisationsgefüge war jedoch zunächst noch nicht von der Theorie Lenins oder der Kommunistischen Partei Rußlands geprägt, es entwickelte sich vielmehr aus der deutschen Tradition und Realität (Spartakusbund, Bremer Linksradikale) und aus der Auseinandersetzung mit der SPD. Das geht sowohl aus der realen Verfassung der frühen KPD als auch aus ihrer formalen Satzung hervor.

---

1 Im Parteistatut der KPdSU, angenommen auf dem XXII. Parteitag 1961, heißt es: »Leitendes Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus; dieser bedeutet:
a) Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von unten bis oben;
b) regelmäßige Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor ihren Parteiorganisationen und vor den übergeordneten Organen;
c) straffe Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;
d) unbedingte Verbindlichkeit der Beschlüsse der höheren Organe für die unteren Organe.« (Georg Brunner, Das Parteistatut der KPdSU 1903–1961. Köln 1965, S. 190).
Ähnlich lautet Artikel 23 des Statuts der SED: »Der Organisationsaufbau beruht auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. Dieser Grundsatz besagt:
a) daß alle Parteiorgane von unten bis oben demokratisch gewählt werden;
b) daß die gewählten Parteiorgane zur regelmäßigen Berichterstattung über ihre Tätigkeit vor den Organisationen verpflichtet sind, durch die sie gewählt wurden;
c) daß alle Beschlüsse der höheren Parteiorgane verbindlich sind, straffe Parteidisziplin zu üben ist und die Minderheit sowie der einzelne sich den Beschlüssen der Mehrheit diszipliniert unterordnet.« (Protokoll des VI. Parteitages der SED, Bd. IV, Berlin [Ost] 1963, S. 419.)

2 Lenin hatte in seinen Schriften über die Parteiorganisation (Was tun? Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben, usw.; vgl. dazu Lenin, Ausgewählte Schriften, München 1963, S. 34 ff, 114 ff.) vor allem die Situation der russischen illegalen sozialistischen Bewegung im Auge. Nach der Revolution 1917 sah er für alle kommunistischen Parteien das Prinzip des demokratischen Zentralismus als grundlegend an. In den von Lenin 1920 verfaßten »21 Bedingungen« über die Aufnahme in die Komintern hieß es: »Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitglieder, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet wird.« (Der zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale, Protokoll der Verhandlungen am 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau. Hamburg 1920, S. 601 f.

Die Internationalen Kommunisten Deutschlands (die ehemaligen Bremer Linksradikalen), die um die Jahreswende 1918/19 gemeinsam mit dem Spartakusbund die KPD bildeten, hatten bereits vor dem Zusammenschluß erklärt, »daß der revolutionäre Klassenkampf heute eine wesentlich föderative Organisationsform aller kommunistischen Elemente notwendig mache«.[3] Ganz in diesem Sinne bekannten sich die Delegierten auf dem Gründungsparteitag der KPD nicht zum Zentralismus, sondern zum föderalistischen Organisationsaufbau. Hugo Eberlein, der auf dem Parteitag über Organisationsfragen referierte, lehnte das alte Organisationsschema der SPD mit der Begründung ab, die SPD sei schon vor 1914 lediglich ein »Wahlverein« und bürokratisch verknöchert gewesen. Die Organisationsmethoden des Spartakusbundes könnten aber auch nicht übernommen werden, erklärte Eberlein, da entsprechend der »illegalen Tätigkeit eine feste Organisationsform nicht möglich« gewesen sei. Am zweckmäßigsten schien es ihm, kommunistische Parteiorganisationen in den Betrieben, »in der ganzen Industrie« zu bilden. Eberlein betonte jedoch, es dürfe nicht schematisiert werden:

»Wir sind weiter der Meinung, daß das alte System der Unterordnung der einzelnen Orte unter die Zentrale aufhören muß, daß die einzelnen örtlichen Organisationen, die einzelnen Betriebsorganisationen eine völlige Autonomie haben müssen ... Wir erwarten, daß unsere neue Organisationsform die Autonomie der einzelnen Bezirke gewährleisten wird, daß die Zentrale in der Hauptsache die Aufgabe hat, die geistige und politische Leitung zu übernehmen und das zusammenzufassen, was draußen im Lande vor sich geht ...

Wir sind weiter der Meinung, daß die Frage der Presse nicht zentral geregelt werden kann, daß die örtlichen Organisationen überall die Möglichkeit haben müssen, eigene Zeitungen zu gründen, eigene Flugblätter, eigene Broschüren herauszugeben ...«[4]

Dieses Bekenntnis zum Föderalismus der Organisation stand in striktem Gegensatz zu den Leninschen Auffassungen. In der Praxis war die KPD sogar noch weiter vom Leninismus entfernt. Die Partei wirkte 1919 fast ständig illegal, ihre Anhänger glaubten an einen baldigen Sieg des Kommunismus, und sie maßen Organisationsfragen kaum Bedeutung bei, selbst die Beitragskassierung schien ihnen »überflüssiger Ballast«.[5]

Im Frühjahr 1919 verschickte die Zentrale den Entwurf einer Partei-Satzung. Be-

---

3 Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II, Band 2, Berlin (Ost) 1957, S. 610. Die Reichskonferenz fand vom 15. bis 17. Dezember 1918 statt.

4 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. und eingeleitet von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969, S. 240 ff., 247 ff.

5 Eberlein sagte auf dem II. Parteitag der KPD: »... Viele glaubten, daß ein umfangreicher organisatorischer Apparat, wie überhaupt eine organisatorische Zusammenfassung der Genossen nicht notwendig sei, da doch in Kürze das Proletariat die Herrschaft übernehmen werde und dann im Rätesystem auch die politische Organisation aufgehen würde. Die Gründung von Mitgliedschaften, die Beitragszahlung erschien vielen Genossen als überflüssiger Ballast und erst allmählich kamen unsere Genossen zum organisatorischen Aufbau. Wie in jeder Organisation, die auf der äußersten Linken steht, fanden sich auch bei uns viele zweifelhafte Elemente ein, politische Sonderlinge, Abenteurer, ja selbst Gesindel, das auf Grund der Hetze des Bürgertums und der Regierung glaubte, bei uns Geschäfte machen zu können. Erst allmählich konnten diese Elemente abgestoßen werden.« (Bericht über den 2. Parteitag der KPD, o. O. u. o. J., S. 26).

merkenswert darin war die Forderung, die KPD solle in ihrem Organisationsgefüge eine Verbindung von Wohnbezirks- und Betriebsorganisation sein. Interessant war § 8, der vorsah: »Besoldete Angestellten werden gewählt ... sie haben sich alljährlich aufs neue zur Wahl zu stellen.« Die Vorstellung, selbst der Parteiapparat müsse der »direkten Demokratie« unterworfen sein, läßt erkennen, wie weit die KPD noch vom Zentralismus entfernt war.[6]

Bei den heftigen Auseinandersetzungen auf dem II. Parteitag der KPD im Oktober 1919, die zur Spaltung der Partei führten, ging es weniger um den Organisationsaufbau selbst, sondern primär um die Rolle der Partei in der Revolution. Die zum Syndikalismus neigende »Hamburger Richtung« und die Opposition, die später die KAPD bildete, verwarfen die »führende Rolle« der Partei. Sie traten für eine »Einheitsorganisation« ein (die wirtschaftliche *und* politische Aufgaben lösen, also gleichzeitig Gewerkschaft und Partei sein sollte), und sie stellten die Frage »Parteidiktatur oder Arbeiterdiktatur«?[7] Es waren überdies taktische Gründe, die die Opposition bewogen hatten, auch den innerparteilichen Zentralismus abzulehnen: als Minderheit fürchtete sie die Macht einer starken Zentralgewalt. Die Ausschaltung der Opposition führte zwar zu einer Vereinheitlichung der jungen Partei, doch war damit noch keineswegs die Organisationsform der Partei präjudiziert.

Immerhin erklärte der II. Parteitag in den »Leitsätzen über kommunistische Grundsätze und Taktik«, in revolutionären Zeiten müsse die Partei »in straffster Zentralisation vereinigt« sein, Föderalismus lähme die Partei, die KPD verwerfe jeden Föderalismus.[8] Doch auch mit diesem Bekenntnis war der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip noch keineswegs verwirklicht. In der vom II. KPD-Parteitag angenommenen Satzung hieß es noch immer: »Die Ortsgruppen sind in ihrer Organisationsarbeit im Rahmen der Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse selbständig.«[9] Außerdem legte § 7 fest:

»Die Lokalpresse untersteht den Genossen des Verbreitungsgebietes. Zuschüsse der Geamtpartei werden von den lokalen Organen verwaltet. Durch ihre Bewilligung dürfen keine besonderen Rechte des Zentralausschusses in bezug auf Anstellung und Entlassung der Redakteure bedingt werden.«[10]

Schließlich stand allen Ebenen auch immer noch das Recht zu, hauptamtliche Parteiangestellte selbst zu wählen:

»Besoldete Angestellte in leitender Stellung der Partei werden von den höchsten Instanzen (Mitgliederversammlung der Ortsgruppe, Bezirkskonferenz, Parteitag) gewählt und können jederzeit von diesen Instanzen abberufen werden. Sie haben sich alljährlich aufs neue zur Wahl zu stellen.«[11]

Auf dem III. Parteitag (Februar 1920) kritisierte Brandler den organisatorischen

---

6 Der Gründungsparteitag der KPD, a. a. O. (Anm. 4), S. 308 – Vgl. auch »Die Internationale«, Jg. 8, Heft 12 vom 15. Dezember 1925, S. 765.
7 Bericht über den 2. Parteitag, a. a. O. (Anm. 5), S. 21 ff., 30 ff. und 39 ff.
8 a. a. O., S. 62.
9 a. a. O., S. 67.
10 a. a. O., S. 68.
11 a. a. O., S. 68.

Zustand der KPD, er behauptete: »Wir haben überhaupt noch keine Partei.«[12] Tatsächlich konnte Anfang 1920 von einer disziplinierten Partei im Sinne des demokratischen Zentralismus noch keine Rede sein.[13]

Daher versuchte die KPD-Führung im gleichen Jahr, nachdem die Partei wieder legal arbeiten konnte, den Zentralismus durchzusetzen. Die Zentrale berichtete Ende 1920: »Nach langen Auseinandersetzungen über Zentralismus und Föderalismus in der Organisation hat sich die Partei zum Zentralismus bekannt. Da es auch hier nicht bei bloßen Beschlüssen bleiben darf, die straffe Zentralisation und eine eiserne Disziplin zur Stärkung der Kampfkraft der Partei unbedingt nötig ist, mußten wir auch praktisch den organisatorischen Apparat den Beschlüssen der Partei anpassen.«[14]

Die Parteizentrale unternahm eine »Reorganisation« ihrer Arbeit, schuf ein Politisches Büro (Polbüro) und ein Organisationsbüro (Orgbüro); zur Verbindung mit den Bezirken setzte sie »Kommissare« ein.

Auf dem V. Parteitag der KPD (November 1920), der die Vereinigung mit der USPD vorbereitete, kam es über den Zentralismus nochmals zu Meinungsverschiedenheiten. Hermann Duncker erklärte, es sei »eine der wichtigsten Erkenntnisse, die wir aus der russischen Revolution gewinnen mußten«, daß »eine revolutionäre Partei straff organisiert sein muß«.[15] Dagegen forderte Hans Tittel im Auftrag des Bezirks Württemberg, die Zentralisierung nicht zu überspitzen: »Wir wollen keinen bürokratischen, sondern einen demokratischen Zentralismus.«[16] Ein Antrag des Bezirks Württemberg, der gegen den bürokratischen Zentralismus protestierte, wurde allerdings vom Parteitag abgelehnt.[17]

Zu einer Massenpartei wurde die KPD erst durch die Verschmelzung mit der linken USPD. Die auf dem Vereinigungsparteitag im Dezember 1920 gebildete Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands zählte neben den 78 000 ehemaligen KPD-Mitgliedern etwa 300 000 USPD-Mitglieder. Da die USPD im wesentlichen ein sozialdemokratisches Organisationsgefüge besessen hatte, kamen erneut »sozialdemokratische Auffassungen« in die Partei.

---

12 Bericht über den 3. Parteitag der KPD, o. O. u. o. J., S. 16. Eberlein widersprach Brandler: »Der Genosse Brandler sagt, daß es um unsere Parteiorganisation trostlos bestellt sei, daß organisatorisch die Partei eigentlich nur ein Trümmerhaufen sei. So liegen die Dinge nun doch nicht.« (S. 34.) Eberlein brachte aber folgendes Beispiel: »Der Bezirk Rheinland-Westfalen ist ein Schmerzenskind der Partei. Es ist Tatsache, daß alle Versuche der Zentrale, die Verbindung aufzunehmen, gescheitert sind. Die Sekretäre haben gewechselt, wie man ein Hemd wechselt. Der Zusammenbruch ist dort nicht so groß wie es äußerlich den Anschein hat. Aber es ist dadurch, daß nie die geeigneten Kräfte vorhanden waren, dahin gekommen, daß jeder auf die Beschlüsse der Partei gepfiffen hat ...« (S. 36 f.).

13 Auf dem IV. Parteitag (1920) mußte darüber diskutiert werden, ob die Partei das Recht habe, »jeden Genossen auf den Posten zu entsenden, zu dem er befähigt ist«. Dazu sagte Paul Levi: »Mögen sie beschließen, was sie wollen, ich werde mich diesen Beschlüssen nicht unterwerfen«, Edwin Hoernle wandte sich gegen »mechanischen Zwang«, Heinrich Brandler verlangte, bei der Kandidatenaufstellung zum Reichstag müsse jeder Bezirk die Reihenfolge selbst bestimmen können. (Bericht über den 4. Parteitag der KPD, o. O. u. o. J., S. 73, 77).

14 Bericht über den 5. Parteitag der KPD, Berlin 1921, S. 11.

15 a. a. O., S. 38.

16 a. a. O., S. 40.

17 a. a. O., S. 107.

In seinem Parteitagsreferat zu Organisationsfragen betonte Wilhelm Koenen, die deutsche Arbeiterbewegung neige »zur Überschätzung der Organisationsform«, die KPD solle sich davor hüten. Die Organisation dürfe nicht Selbstzweck sein, allerdings müsse man sich darüber klar werden, »daß wir nur auf organisatorischer Grundlage überhaupt zum Siege kommen können und daß die schönsten Parolen und die schönsten Artikel und die schönste Politik zu keiner praktischen Auswirkung kommen kann, wenn dahinter keine festgefügte Organisation steht«.[18] Wesentliche Aufgabe der Partei sei die Organisierung der Massen, eine starke Führung müsse in der Lage sein, Massenaktionen zusammenzufassen, um sie für das Ziel der Eroberung der politischen Macht auszunutzen. Koenen, der selbst aus der USPD kam, sagte:

»Der Grundfehler, den die bisherige revolutionäre Massenpartei, die bisherige USP mit ihren zwei verschiedenen Schattierungen gehabt hat, war der Föderalismus ... wir müssen uns darüber klar sein, daß dieser Föderalismus in keiner Weise mit in die Partei der Vereinigten Kommunisten übernommen werden darf.«

Koenen verlangte deshalb für die Parteizentrale »eine starke Macht«, doch sollte diese auf einer demokratischen Grundlage beruhen. Nur gewählte Delegierte sollten auf den Parteitagen Entscheidungen treffen. »Aber, wenn von diesen Delegierten der Parteimitgliedschaften die Richtlinien festgelegt worden sind, darf es an diesen Richtlinien, an diesen Beschlüssen, kein Rütteln mehr geben, bis der neue Parteitag zusammentritt.«[19]

Der Vereinigungsparteitag nahm eine Organisationssatzung an, die auf den Vorstellungen des demokratischen Zentralismus beruhte. § 1 besagte: »Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt.«[20] Ein Abänderungsantrag, nach dem Parteimitglied nur sein dürfte, »wer in der Parteiorganisation arbeitet und seine Mitgliedsbeiträge entrichtet«, wurde von Koenen mit der Bemerkung zurückgewiesen, »Selbstverständlichkeiten soll man nicht in die Statuten hineinschreiben«.[21] Hier wird deutlich, wie wenig die Entstehungsgeschichte des Bolschewismus in der KPD bekannt war; die russische Sozialdemokratie war 1903 gerade an dieser »Selbstverständlichkeit« zerbrochen. § 2 umschrieb die Aufgaben der Mitglieder, die sich auch in den Betrieben zusammenschließen sollten. Aber nicht diese Betriebsfraktionen, sondern die Ortsgruppen, »die sich je nach ihrer Größe in Distrikte und Straßengruppen gliedern«, bildeten die Grundorganisation der Partei (§ 4). Neben den Vorständen sollte auch ein »Vertrauensmänner-Körper« tätig sein.

---

18 Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitags der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Berlin-Leipzig 1921, S. 108.

19 a. a. O., S. 112.

20 a. a. O., S. 243.

21 Der Antrag stammte vom Bezirk Groß-Berlin (a. a. O., S. 14). Bekanntlich erfolgte die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands 1903 auf dem II. Parteitag wegen der Formulierung des Paragraphen 1 im Parteistatut. Lenins Entwurf unterschied sich damals vom Entwurf Martows nur dadurch, daß Lenin »die persönliche Mitarbeit in einer Parteiorganisation« forderte. (Vgl. Lenin, a. a. O. [Anm. 2], S. 234.)

Die Ortsgruppen waren in Kreise zusammengefaßt, diese wiederum in Unterbezirke. Mehrere Unterbezirke bildeten einen Bezirk, dessen höchstes Organ, der Bezirksparteitag, »eigene Satzungen« für die organisatorischen Angelegenheiten des Bezirks festlegte. (Diese bedurften allerdings der Genehmigung der Zentrale.)
§ 7 bestimmte: »Der Parteitag ist die höchste Instanz der Partei, er entscheidet über Programm, Satzungen und die internationalen Verbindungen der Partei, sowie über alle grundsätzlichen und taktischen Fragen. Seine Beschlüsse sind für jedes Parteimitglied bindend.«[22] Der Parteitag sollte mindestens einmal im Jahr zusammentreten, die Wahl der Delegierten der Bezirke (ihre Zahl richtete sich nach der Abrechnung an die Zentrale) erfolgte in den Mitgliederversammlungen der Ortsgruppen. Die vom Parteitag gewählte Zentrale hatte die »politische und organisatorische Leitung der Partei« und die »Kontrolle sämtlicher Organe und Funktionäre« auszuüben. Zur Kontrolle der Zentrale wählte der Parteitag den Zentral-Ausschuß, dessen Mitglieder von den Bezirken vorgeschlagen wurden, und der mindestens alle drei Monate tagen mußte (§ 9).[23] Alle Parlamentarier wurden der Kontrolle der Parteileitungen unterstellt. Über die Parteiangestellten hieß es in § 13:
»Die Anstellung der Bezirkssekretäre, Redakteure, Agitatoren und Geschäftsführer kann nur im Einverständnis mit der Zentrale erfolgen. Die Anstellung von Sekretären und Hilfskräften in den Ortsgruppen unterliegt der Genehmigung der Bezirksleitung. Sämtliche Angestellte können jederzeit von ihren Posten abberufen werden. Bei allen Anstellungen hat die Zentrale das Einspruchsrecht, bei Differenzen entscheidet der Zentralausschuß.«[24]
Die gesamte politische und taktische Haltung der Parteipresse unterlag der Kontrolle der Zentrale. Die Parteizeitungen hatten sämtliche Veröffentlichungen der Zentrale aufzunehmen. Ausschlüsse aus der Partei fällten die Bezirksleitungen.[25]
Mit diesem Statut hatte sich die KPD dem demokratischen Zentralismus weitgehend angenähert. Der III. Weltkongreß der Komintern (Juni/Juli 1921) befahl für alle kommunistischen Parteien diesen demokratischen Zentralismus als Organisationsform. Der Kongreß beschloß:
»Der demokratische Zentralismus in der kommunistischen Parteiorganisation soll eine wirkliche Synthese, Verschmelzung des Zentralismus und der proletarischen Demokratie sein ... Die Zentralisation in der kommunistischen Parteiorganisation bedeutet keine formale und mechanische Zentralisation, sondern eine Zentralisation der kommunistischen Tätigkeit, d. h. die Bildung einer starken, schlagfertigen und zugleich auch anpassungsfähigen Führung.«[26]
Auf dem Kongreß referierte wiederum Wilhelm Koenen über Organisationsfragen. Er betonte, die kommunistischen Parteien müßten sich unterscheiden von der

22 Bericht a. a. O. (Anm. 18), S. 244.
23 a. a. O., S. 245.
24 a. a. O., S. 246.
25 a. a. O., S. 247.
26 Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Hamburg 1921, S. 960.

»bürokratischen Zentralisation« der alten Sozialdemokratie wie auch vom Föderalismus der USPD.[27]
In diesem Sinne änderte der VII. KPD-Parteitag im August 1921 die Parteistatuten. Nunmehr war sich die Statutenkommission darüber einig, »daß wir in den Satzungen ein Wort über die Arbeitspflicht der Kommunisten sagen müssen«.[28]
Entsprechend lautete § 1:
»Die KPD ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale, Mitglied der Partei kann jede Person werden, die Programm, Satzungen und die Beschlüsse der Partei und der Kommunistischen Internationale als für sich bindend anerkennt, an der täglichen Parteiarbeit teilnimmt, regelmäßig die Parteibeiträge zahlt, die Parteizeitung abonniert und für sie wirbt.«[29]
Im Statut wurde ausdrücklich erwähnt, der Parteiaufbau richte sich nach »dem Prinzip des demokratischen Zentralismus«. Die Parteiarbeit vollziehe sich in den Ortsgruppen auf der Grundlage von »Zehnergruppen« sowie in KPD-»Fraktionen« in Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. Ein Paragraph über Parteidisziplin (§ 15) wurde neu eingeführt:
»Die Kommunistische Partei Deutschlands ist eine zentralistische Parteiorganisation, die auf straffe Disziplin in ihren eigenen Reihen zu achten hat. Die Beschlüsse der Organisationen und ihrer Leitungen müssen unbedingt durchgeführt werden.«[30]
Das abgeänderte KPD-Statut galt von 1921 bis 1925, bis der X. Parteitag dann ein neues, »bolschewistisches Statut« beschloß. Anfang 1925 hatte die Kominternführung ein »Musterstatut« vorgelegt, das für alle Kommunistischen Parteien verbindlich wurde. Das Musterstatut definierte den demokratischen Zentralismus: Wahl aller Parteiorgane, Rechenschaftslegung aller Parteiorgane, Anerkennung der Beschlüsse der übergeordneten Organisationen. Der territoriale Parteiaufbau sah jeweils gewählte Leitungsgremien vor. Es hatte zu wählen:

Der Parteitag	das Zentralkomitee (ZK)
Die Bezirkskonferenz	die Bezirksleitung (BL)
Die Unterbezirkskonferenz	die Unterbezirksleitung (UBL)
Die Stadtteilkonferenz	die Stadtteilleitung
Die Ortszellenkonferenz	die Ortszellenleitung
Die Straßen- und Betriebszellen	die Zellenleitung

Bei allen Leitungen waren Abteilungen zu schaffen (Organisation, Agitation, Propaganda, Gewerkschaft, Frauen usw.), die nach den Weisungen der Leitung (und den »Parteileitungen untergeordnet«), die Arbeit zu leisten hatten. Betriebszellen sollten die Grundlage der Organisation bilden. Nochmals wurde hervorgehoben: »Die strengste Parteidisziplin ist die höchste Pflicht aller Parteimitglieder.«[31]

---

27 a. a. O., S. 959.
28 Bericht über den 2. Parteitag [d. i. der VII. Parteitag] der KPD. Berlin 1922, S. 370.
29 a. a. O., S. 432.
30 a. a. O., S. 436.
31 »Inprekorr«, Nr. 17 vom 19. Januar 1925, S. 213 ff.

Der X. Parteitag im Juli 1925 faßte den Beschluß »zur Reorganisation der Partei« und sprach sich erneut für den demokratischen Zentralismus aus.[32] Die Partei sollte auf Betriebszellen basieren, über alle politischen Fragen mußte »in den Betriebszellen als den untersten Parteiorganen beraten und entschieden« werden. Über den demokratischen Zentralismus hieß es:

»Der demokratische Zentralismus hat nichts zu tun mit einer Bürokratisierung der Partei – noch darf er unter dem Deckmantel des Selbstbestimmungsrechts zur Anarchie werden ...

Herausbildung arbeitsfähiger Leitungen und richtige Arbeitseinteilung – diese beiden Faktoren sind entscheidend für den demokratischen Zentralismus einer bolschewistischen Partei.

Die Kontrolle über die zweckmäßige Tätigkeit und die gute Zusammenarbeit der Leitungen haben sowohl die Mitglieder wie die übergeordneten Leitungen; die letzte Entscheidung liegt bei der höchsten Leitung, dem Zentralkomitee.«[33]

In seinem Referat über Organisationsfragen sagte Ottomar Geschke, das Wesen des Zentralismus bestehe in der Einheitlichkeit der Führung. Die Minderheit habe sich der Mehrheit unterzuordnen. Die bolschewistische Disziplin dürfe niemals als eine rein formale betrachtet werden. Die Minderheit dürfe Beschlüsse, die gegen ihren Willen gefaßt werden, nicht nur aus Disziplin, sondern müsse sie »aus voller Überzeugung der politischen Notwendigkeit durchführen«. Die zentralistische Disziplin verpflichte absolut, in jeder einzelnen Frage, den Gesichtspunkt der Gesamtpartei höher zu stellen als die Auffassung irgendeines Teiles der Partei. »Der Zentralismus ist viel weitgehender als die bloße Unterordnung unter die Partei. Er umfaßt auch den Begriff der Körperschaftsdisziplin, die unbedingte Unterordnung jedes Kommunisten unter die Beschlüsse der Parteikörperschaft, in der er arbeitet.«[34]

Der Delegierte Müller (Erzgebirge-Vogtland) bemängelte, daß ein Entwurf des Statuts nicht erst in der Mitgliedschaft diskutiert werden konnte. Er kritisierte auch die Abschaffung des Zentralausschusses und die Bildung eines einheitlichen ZK nach russischem Muster, da die KPD noch keine dem russischen Zentralkomitee gleichwertige Führung habe.[35]

Das auf dem X. Parteitag angenommene Statut[36] (das formell bis 1933 in Kraft blieb) konstatierte in § 1: Die KPD ist eine Sektion der Kommunistischen Internationale. Mitglied der Partei konnte nur sein (§ 2), »wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei anerkennt und Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern und der Partei unterordnet und regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet«. Nach dem Statut war die KPD, »wie alle Sektionen der Komintern«, auf der Basis des demokratischen Zentralismus aufgebaut. § 6 definierte dessen grundlegende Prinzipien:

32 Bericht über die Verhandlungen des 10. Parteitags der KPD. Berlin 1926, S. 226 ff.

33 a. a. O., S. 227 f.

34 a. a. O., S. 438.

35 a. a. O., S. 453 f.

36 Das Statut ist abgedruckt in: RF vom 24. Juli 1925, im Bericht des 10. Parteitags (a. a. O., Anm. 32), S. 232 ff. Wesentliche Teile sind nachgedruckt in *Dokumente*, S. 254.

»a) Wahl sowohl der unteren wie der oberen Parteiorgane in Vollversammlungen der Parteimitglieder, auf Konferenzen und Parteitagen.
b) Periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren Wählern.
c) Bindende Anerkennung der Beschlüsse höherer Parteiorgane durch die unteren, strenge Parteidisziplin und schnelle genaue Durchführung der Beschlüsse des EKKI und der leitenden Parteiorgane. Diejenige Organisation, die ihre Tätigkeit auf ein gewisses Gebiet ausbreitet, wird als höhere gegenüber denjenigen Parteiorganisationen betrachtet, die ihre Tätigkeit bloß auf einzelne Teile dieses Gebietes beschränken.«[37]
Ausdrücklich bestimmte § 6, Diskussionen über Parteifragen durch die Mitgliedschaft dürften nur bis zur Entscheidung durch die entsprechenden Parteiorgane geführt werden: »Nach Fassung eines Beschlusses auf dem Kongreß der Komintern, auf dem Parteitage oder durch die leitenden Parteiorgane, muß dieser unbedingt durchgeführt werden, auch dann, wenn ein Teil der Mitglieder oder der lokalen Organisationen mit einem solchen Beschluß nicht einverstanden ist.« Das Statut sah auch (»unter außergewöhnlichen Verhältnissen«, § 7) die Einsetzung der unteren Parteiorgane durch höhere sowie Selbstergänzung der Leitungen vor. Als Relikt des früheren Föderalismus gestand § 8 den Parteiorganisationen Selbständigkeit »in den lokalen Fragen« zu, allerdings nur »im Rahmen der bestehenden Beschlüsse« der Komintern und der Parteiführung.
Das Schema des Parteiaufbaus wurde nach dem Musterstatut der Komintern geregelt und als Grundlage der Parteiorganisation (»ihr Fundament«) die Betriebszelle bestimmt, »der alle an dieser Stelle arbeitenden Parteimitglieder angehören müssen«. Mitglieder, die in keinem Betriebe arbeiteten, wurden an die bestehenden Betriebszellen angegliedert, und nur dort, wo das nicht möglich war, durften Straßenzellen arbeiten. Ausführlich legte das Statut Aufbau und Tätigkeit der Ortsgruppe, der Unterbezirks- und Bezirksorganisation fest. § 25 bestimmte, die hauptamtlichen Bezirkssekretäre seien »im Rahmen der Bezirksleitung durch den Bezirksparteitag« zu wählen. Die Aufgaben der Bezirksleitung (BL) bestanden darin, »die Beschlüsse des ZK« durchzuführen (§ 27). Die Abteilungen (Organisation, Propaganda, Gewerkschaften usw.) hatten unter Führung der BL die eigentliche Arbeit zu leisten. Die Wahl der Bezirksleitung bedurfte der Bestätigung durch das ZK. Die BL ernannte »im Einverständnis mit dem ZK« die Redaktionen der Bezirkszeitungen.
Das Statut sah Parteikonferenzen vor, die »in der Regel jährlich zweimal« zusammentreten sollten (in Wirklichkeit tagten bis 1933 nur 3 Parteikonferenzen). Höchste Instanz blieb der Parteitag, der »in der Regel einmal jährlich im Einverständnis mit dem Exekutivkomitee der Komintern« einzuberufen war. Der Parteitag hatte die Berichte des ZK entgegenzunehmen, in Programmfragen zu entscheiden, Beschlüsse in allen politischen, taktischen und organisatorischen Fragen zu fassen und die leitenden Organe zu wählen (§ 34). Höchstes Organ zwischen den Parteitagen war das ZK, vom Parteitag »aus gleichberechtigten Mitgliedern« gewählt.

37 Bericht des 10. Parteitags, a. a. O., S. 232.

Das ZK mußte die gesamte organisatorische und politische Arbeit leisten, es ernannte die Redaktion des Zentralorgans, »das unter seiner Führung und Kontrolle arbeitete«, und es mußte die zentrale Kasse führen. Ein aus der Mitte des ZK gewähltes politisches Büro, ein Organisationsbüro und ein Sekretariat dirigierten sämtliche laufenden Arbeiten. Wie die Bezirksleitungen, mußte auch das ZK für bestimmte Zweige seiner Arbeit (Organisation, Agitation, Gewerkschaften usw.) Ressorts und Abteilungen bilden. Eine zentrale Revisionskommission (»zur Kontrolle der Kasse, der Buchführung und der Geschäfte der gesamten Partei«) wurde ebenfalls vom Parteitag gewählt.

Als »höchste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen« nannte § 41 »strengste Parteidisziplin«. Alle Beschlüsse der Komintern, des ZK und der höhergestellten Parteiinstanzen waren »schnell und genau« durchzuführen. Nur solange noch kein Beschluß gefaßt war, blieb die »Besprechung aller Fragen, die Differenzen hervorrufen, vollständig frei«. Als Parteistrafe galten gegenüber Organisationen »Rüge, Absetzung der Leitung und Einsetzung einer provisorischen Leitung ... Auflösung der Organisation und Umregistrierung der Mitglieder«, gegenüber den Mitgliedern »Parteirüge, öffentliche Rüge, Enthebung von der Funktion, befristeter Ausschluß und endgültiger Ausschluß«.

Ausführlich beschäftigte sich das Statut mit den »Fraktionen« der Kommunisten. Damit waren nicht nur die Parlamentsfraktionen gemeint (die der Parteileitung verantwortlich waren, und deren Mitglieder von der Führung zurückberufen werden konnten), sondern feste Gruppen aller Kommunisten in Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturorganisationen usw. Die Kommunisten hatten sich in allen diesen Vereinigungen zusammenzuschließen und Leitungen zu wählen, die der Parteiführung unterstanden. Die Fraktionen mußten in ihrer jeweiligen Organisation geschlossen auftreten und abstimmen.

Die KPD glaubte, mit dem neuen Statut ihre Aufgaben besser lösen zu können. Franz Dahlem schrieb, damit sei der Weg freigemacht für eine wirklich bolschewistische Organisation. Nach Krisen und Fraktionsstreitigkeiten habe sich die KPD Schritt für Schritt zu einer geschlossenen Partei entwickelt, die organisatorische Zerrissenheit und die Gegensätze der Bezirke untereinander seien verschwunden. Als wesentlichen Grund für Niederlagen der Revolutionäre (z. B. 1923) kritisierte Dahlem »ihre mangelnde Organisiertheit, das Fehlen eines schlagfertigen, straff zentral aufgebauten Parteiapparates«.[38] Auch die Orgabteilung des EKKI begrüßte das neue Statut der KPD, frühere Fehler der deutschen Partei führte sie »zum großen Teil auf den ungenügenden kommunistischen Einfluß in den Betrieben« zurück. Alle

---

38 »Westf. Kämpfer« vom 4. August 1925. Über die Praxis der früheren Organisationsarbeit urteilte 1925 besonders Maslow abfällig: »... Die Organisation, die nach der Vereinigung [1920] zustande kam, war schauderhaft. Eine typische sozialdemokratische Organisation mit Zahlabenden und Bezirkskirchturmhorizont, freilich alles gemischt mit einer Begeisterung und Aufnahmefähigkeit, die nur ganz selten sich finden.
Das Organisatorische konnte leider nicht schnell und energisch angegriffen werden: bei der ›Heirat‹ mußten alle möglichen üblen Rücksichten genommen werden, und nur mit Schaudern kann man beispielsweise an jene 11 Sekretäre zurückdenken, die anfangs in der Münzstraße herumlungerten, meist ohne eine Ahnung zu haben, wozu.« (»Die Internationale«, Heft 1, Januar 1925, S. 31).

politischen Aufgaben müßten nunmehr von den Betriebszellen erfüllt werden. In den Straßenzellen hätten nur die Mitglieder volle Pflichten und Rechte, die nicht in Betrieben beschäftigt seien.[39]
In den folgenden Jahren änderten sich die Organisationsvorstellungen kaum noch. Die Frage des demokratischen Zentralismus war entschieden. Die theoretische Konzeption der innerparteilichen Struktur hatte sich zwar gegenüber der Gründungszeit entscheidend gewandelt, sie blieb aber in den zwanziger Jahren fast konstant. Veränderungen gab es dagegen weiterhin in der realen Verfassung der Partei.

Der Organisationsaufbau in der Praxis

Bis 1925 stand an der Spitze der KPD die vom Parteitag gewählte Zentrale, danach das Zentralkomitee (ZK); die leitenden Organe waren: Polbüro, Orgbüro und Sekretariat. Die Zentrale zählte zwischen 7 (1919) und 21 Mitgliedern (1923). Dem Polbüro gehörten zwischen 5 und 8 Personen an. Ein hauptamtlicher Apparat (vor allem eine starke Gewerkschaftsabteilung) diente der Zentrale zur Anleitung der Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen. Die Zentrale wurde vom Zentral-Ausschuß (ZA) kontrolliert. Den ZA wählte der Parteitag auf Vorschlag der einzelnen Bezirke, um damit zu gewährleisten, daß auch die oppositionellen Bezirke in der Führung vertreten waren. Der ZA setzte sich 1923 aus 37 Mitgliedern und ebenso vielen Ersatzmitgliedern zusammen,[40] er tagte in der Regel alle zwei bis drei Monate. Wie manche andere Organisationspraxis, beruhte auch der ZA auf sozialdemokratischem Vorbild, er entsprach dem Partei-Ausschuß der SPD.
Als das Statut von 1925 den ZA abschaffte, verloren die Bezirke ihr Kontrollorgan und ihr Einfluß auf die Parteispitze ging zurück. Das Zentralkomitee (ZK) erhielt größere Machtbefugnis als die fühere Zentrale, es war nunmehr alleiniges Führungsorgan. Der Territorialaufbau der KPD änderte sich in der Periode der Weimarer Republik nur unwesentlich. Die Partei zählte etwa 25 Bezirke, die entsprechend in Unterbezirke usw. unterteilt waren.[41] Die einschneidenden Änderungen der Parteistruktur in den zwanziger Jahren wirkten sich vor allem in drei Bereichen aus: 1. in der Parteispitze, 2. im Parteiapparat der hauptamtlichen Funktionäre und 3. in den Grundorganisationen der KPD.

---

39 »Westf. Kämpfer« vom 13. und 20. September 1925.
40 Die großen Bezirke Berlin, Wasserkante, Rheinland-Nord hatten drei, die Bezirke Thüringen, Erzgebirge-Vogtland, Halle-Merseburg, Rheinland-Süd und Mittelrhein hatten zwei und alle anderen Bezirke hatten einen Vertreter und ebensoviele Ersatzmitglieder im ZA. Vgl. die Berichte der Parteitage, hier vor allem den Bericht vom 8. Parteitag 1923, S. 441 f.
41 1923 gab es folgende 26 Bezirke: Berlin-Brandenburg, Lausitz, Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Westsachsen, Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Mecklenburg, Wasserkante, Nordwest, Rheinland-Nord, Rheinland-Süd, Mittelrhein, Hessen-Waldeck, Hessen-Frankfurt, Pfalz, Baden, Württemberg, Nordbayern und Südbayern.
1929 gab es 27 KPD-Bezirke: Berlin-Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien, Oberschlesien, Ostsachsen, Erzgebirge-Vogtland, Westsachsen, Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Mecklenburg, Wasserkante, Nordwest, Ruhr, Niederrhein, Mittelrhein, Hessen-Kassel, Hessen-Frankfurt, Baden, Pfalz, Saar, Württemberg, Nordbayern und Südbayern.

Aufbau und Funktion der KPD-Spitzenführung entsprachen den Anweisungen des EKKI in Moskau. Eine Organisationsberatung des EKKI hatte 1925 gefordert, das ZK müsse aus 25 oder mehr Mitgliedern und einigen Kandidaten bestehen, außerdem wurden ein Pol- und Orgbüro sowie ein Sekretariat aus 2 bis 3 Mitgliedern vorgeschrieben.[42] Die 2. Orgkonferenz des EKKI 1926 präzisierte die Anweisungen, so sollte z. B. das Plenum des ZK einmal im Monat tagen, Polbüro, Orgbüro und Sekretariat sowie die Abteilungsleiter des Apparats sollten vom ZK gewählt werden.[43] Das deutsche ZK zählte bis zum XI. Parteitag 1927 zwar weniger Mitglieder als vorgesehen, aber sonst hielt sich die KPD exakt an die Anweisungen der Komintern. Die zentrale Parteiführung bestand nun aus folgenden beschließenden Körperschaften: ZK, Polbüro und Orgbüro sowie aus den Arbeitsorganen: Sekretariat, Abteilungen bzw. Ressorts beim ZK.

Nominell höchstes Organ zwischen den Parteitagen war das ZK, das sich aus 19 Mitgliedern und 9 Kandidaten (1925–1927) bzw. 35 Mitgliedern und 18 Kandidaten (1927–1929) zusammensetzte.[44] Außer den entscheidenden Parteiführern gehörten dem ZK auch Bezirksfunktionäre und ab 1927 Betriebsarbeiter an. Da das ZK immer seltener zusammentrat,[45] verlor es an Bedeutung, außerdem wurde die Wahl der ZK-Mitglieder auf dem Parteitag immer offensichtlicher vom Apparat gegängelt. 1924 entsprach die vom Parteitag gewählte Zentrale dem fraktionellen Kräfteverhältnis in der Partei und damit dem Willen der aktiven Mitglieder. Anhänger verschiedener Richtungen wurden auch 1927 noch ins ZK gewählt. Der Parteitag von 1929 bestimmte ein einheitliches ZK, ein Akklamationsorgan, das den Wünschen und Vorstellungen der Führung entsprach.[46]

Innerhalb der Beschlußkörperschaften trat eine Machtverschiebung zugunsten des Polbüros ein. Die 9 Mitglieder und 3 Kandidaten des Polbüros (1927) mußten mindestens einmal wöchentlich zusammenkommen, sie hatten alle politischen Fragen zu entscheiden. Das vom ZK gewählte Orgbüro, das ebenfalls wöchentlich beriet, hatte »die Verteilung der aktiven Parteikräfte« zu bestimmen und sich mit allen Organisationsfragen zu befassen. 1926 wurde das Orgbüro aufgelöst, seine Aufgaben

---

42 Der organisatorische Aufbau der Kommunistischen Parteien. Organisationsberatung der Erweiterten Exekutive (März-April 1925), Hamburg o. J. (1925), S. 121. – HStA Düsseldorf 16927.

43 Die 2. Organisationskonferenz. Beschlüsse und Resolutionen. Hamburg-Berlin 1926, S. 105 – »Inprekorr«, Nr. 65 vom 29. April 1926, S. 980 f.

44 Vgl. dazu: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil II, Berlin (Ost) 1966, S. 181 und 206, sowie oben, Kap. 2–4.

45 1924 tagte die Zentrale z. B. allein in der 2. Aprilhälfte zweimal (»Soz. Republik« vom 26. April 1924), der ZA trat von Mai 1924 bis Mai 1925 fünfmal zusammen. 1925 fand beinahe jeden Monat eine ZK-Sitzung statt, 1928 im ersten Halbjahr nur zwei Tagungen, dann wieder fast monatlich eine Sitzung. 1929 trat das ZK zweimonatlich zusammen. 1930 bis 1932 fanden jährlich nur noch 2 bis 3 ZK-Tagungen statt. (Vgl. RF und »Chronik«, a. a. O., S. 168 ff.)

46 Auf den Parteitagen bis 1927 kannten die Fraktionen und Delegierten die Vertreter, die sie ins ZK wählten auch persönlich. Nicht wenige der Mitglieder und vor allem der Kandidaten, die auf dem Parteitag 1929 in das umfangreiche ZK »gewählt« wurden, dürften aber den Delegierten unbekannt gewesen sein. Selbst die ZK-Mitglieder und Kandidaten untereinander waren sich oftmals völlig fremd. Viele, die aus den Bezirken kamen (und die keine Parteiangestellten waren), kannten sich nur beim Vornamen. Die »Vorbereitung auf die Illegalität« ging bereits so weit, daß alle ZK-Mitglieder mit einer Nummer gekennzeichnet wurden, mit der sie dann z. B. auch Quittungen über Fahrgeld usw. unterschreiben mußten. (Mitt. von Klara Blinn an den Verf.)

hatten sich oftmals mit denen des Sekretariats (Politsekretariat) überschnitten. Damit stiegen die Befugnisse des Sekretariats, das jetzt endgültig zur eigentlichen Entscheidungs- und Befehlsinstanz der KPD wurde. Das zahlenmäßig kleine Sekretariat (es setzte sich aus 3 bis 4 Mitgliedern zusammen)[47] mußte den Apparat des ZK, d. h. die verschiedenen Abteilungen, anleiten. Durch die Koordinierung der Arbeit aller Abteilungen und die Verbindung mit den Bezirken sollte das Sekretariat die Beschlüsse des Polbüros (und bis 1926 des Orgbüros) in die Praxis umsetzen. Tatsächlich dirigierte das Sekretariat weitgehend die Politik der Partei. Mit der Ausdehnung des Parteiapparats in den Jahren nach 1924 waren Einfluß und Bedeutung des Sekretariats rasch angewachsen. Die gesamte Korrespondenz mit den Bezirken, d. h. faktisch die Anleitung der Partei, konnte nur über das Sekretariat erfolgen, das damit eine Schlüsselposition in der Parteihierarchie einnahm. Da in der Regel alle Sekretäre auch dem Polbüro angehörten, waren die Sekretäre die eigentlichen Führer der Partei.

Nach den Vorschriften der Komintern mußte beim ZK ein Ressort-Apparat mit mindestens folgenden Abteilungen eingerichtet werden: Organisation, Gewerkschaften, Agitprop, Frauen, Land[48] sowie eine Geschäftsabteilung (mit Buchhaltung und Kasse). In den einzelnen Abteilungen gab es wiederum Unterabteilungen.[49]

An dieses Schema hielt sich die KPD. Nach dem »Offenen Brief« von 1925 wurde der zentrale Parteiapparat reorganisiert. Neben der bereits bestehenden Agitprop-Abteilung[50] erhielt das ZK eine umfangreiche Gewerkschafts- und eine Organisationsabteilung.[51] Nach zuverlässigen Schätzungen arbeiteten Anfang 1926 in der Gewerkschaftsabteilung 30 und in der Organisationsabteilung 18 Funktionäre, dem Polbüro standen weitere 12 Mitarbeiter zur direkten Verfügung.[52]

Die Abteilungen waren Arbeitsstäbe des ZK-Sekretariats. Die Zuständigkeit eines Sekretärs erstreckte sich auf mehrere Abteilungen. Allein der Sekretär konnte bestim-

---

47 Alle Sekretariatsmitglieder mußten dem Orgbüro angehören, mindestens eines dem Polbüro (Die 2. Organisationskonferenz, a. a. O. Anm. 43, S. 105). Mitglied des Sekretariats (oft als Politsekretariat bezeichnet) waren 1924/25 Ruth Fischer, Maslow und Scholem, 1926/27 Thälmann, Dengel, Ewert und Schneller bzw. Meyer, dann (ab 1928) Thälmann, Remmele und Neumann. Nach dem XII. Parteitag wurde das Sekretariat erweitert, im Mai 1932 wieder verkleinert (Thälmann, Remmele, Schehr). Vgl. Kap. 2–4 und Chronik (a. a. O. Anm. 44), S. 288.

48 Die Abteilung wurde 1925 der Gewerkschaftsabteilung angeschlossen. (Tätigkeitsbericht des EKKI 1925–1926. Hamburg 1926, S. 92).

49 HStA Düsseldorf 19 927. In der Agitprop-Abteilung gab es 1925 folgende Unterabteilungen: Agitation, Propaganda, Presse und Pressedienst, Verlagswesen, Literaturvertrieb, Kultur und Sport, Film (»Der Parteiarbeiter«, Heft 2, Februar 1925).

50 Der Agitprop-Abteilung waren 1924/25 u. a. folgende Aufgaben gestellt: Die Unterabteilung Propaganda mußte einen Elementarkurs für Mitgliederschulung in den Bezirken organisieren, die Funktionärschulung anleiten und die »marxistisch-leninistischen Zirkel« ins Leben rufen. Die Unterabteilung Agitation war vor allem im Wahlkampf (Dezember 1924) aktiv gewesen, sie hatte zentrale Wahlmaterialien hergestellt, die in einer Auflage von fast 33 Millionen Exemplaren versandt wurden (darunter 61 Plakate, 76 Flugblätter, 65 Referentenmaterialien, 37 Rundschreiben, 24 Flugschriften, außerdem Klebezettel). Bericht 10. Parteitag, a. a. O. (Anm. 32), S. 3 und 14 f.

51 Bericht des EKKI, a. a. O. (Anm. 48), S. 18.

52 Nach einem Bericht des Polizeipräsidiums Stuttgart (StA Bremen, IV 27, Bd. 5). Das ZK der KPD beschäftigte nach dem Essener Parteitag 1927, laut einer Mitteilung der SPD, allein 24 Dezernenten oder Abteilungsleiter (Sozialdemokratische Parteikorrespondenz für die Jahre 1923 bis 1928 [Ergänzungsband], Berlin o. J. [1930], S. 387).

men, »in welchen beschließenden Körperschaften des ZK (d. h. Polbüro oder Orgbüro) die von den Abteilungen gestellten und vorbereiteten Fragen entschieden« wurden. »Die Erörterung der von der Abteilung gestellten und vom Sekretariat geprüften Fragen und deren Entscheidungen durch die leitenden Organe des ZK« konnte nicht ohne den verantwortlichen Sekretär stattfinden.[53] An der Spitze der Abteilungen stand ein vom ZK eingesetzter Abteilungsleiter (der zugleich Mitglied des Orgbüros war, bis dieses 1926 aufgelöst wurde). Dem Abteilungsleiter standen für die Arbeit politische und technische Mitarbeiter sowie Instrukteure und Hilfskräfte zur Verfügung. Über die Struktur der Orgabteilung hieß es:
»1. Die Orgabteilung besteht aus einem Leiter (möglichst einem Mitglied des Orgbüros des ZK) und dessen Stellvertreter, einigen verantwortlichen und technischen Arbeitern, einem oder mehreren Instrukteuren des ZK ...
2. Die laufende Arbeit der Orgabteilung wird unter den ständigen verantwortlichen Mitarbeitern verteilt. Der Leiter führt die Arbeit der Abteilung, gibt den Mitarbeitern konkrete Hinweise und Aufgaben, überwacht deren Durchführung, unterhält die Verbindung der Abteilungen mit dem Sekretariat des ZK. Die laufende Arbeit der Orgabteilung wird nach Gebieten unter den verantwortlichen Mitarbeitern verteilt, wie z. B. Reorganisation der Partei, Mitarbeit in der Presse, Verbindung mit den anderen Abteilungen des ZK, u. dgl. Möglich ist auch die Zuteilung bestimmter Parteibezirke an die verantwortlichen Mitarbeiter der Orgabteilung zur ständigen Bearbeitung.
3. Die Kollektivität in der Arbeit der Orgabteilung wird durch Besprechungen mit den verantwortlichen Mitarbeitern der Orgabteilung und periodisch stattfindenden Sitzungen der Abteilung hergestellt. Der Leiter der Orgabteilung beruft regelmäßig Sitzungen der Orgabteilung zusammen. Auf diesen Sitzungen gelangen wichtige Fragen der Organisationsarbeit, Berichte der Instrukteure und der aus der Provinz eingeladenen Funktionäre zur Verhandlung, werden die einlaufenden Berichte der Bezirksleitungen erörtert usw. Die Beschlüsse zu diesen Fragen werden protokolliert. An den Sitzungen der Orgabteilung beteiligen sich: der Leiter und die verantwortlichen Mitarbeiter der Orgabteilung, die Instrukteure des ZK, der Vertreter der Orgabteilung der Bezirksleitung am Vorort, wo das ZK seinen Sitz hat, sowie womöglich einige Zellensekretäre größerer Betriebe der betreffenden Stadt (zur Schulung der Organisationsarbeiter und Herstellung einer engen Verbindung mit den unteren Organisationen), die Vertreter der wichtigeren Abteilungen (Gewerkschaftsabteilung, Agitpropabteilung und des Jugendverbandes) ...«[54]
Aufbau und Methoden der übrigen Ressorts ähnelten denen der Orgabteilung. Folgende Arbeitsmethoden wurden angewendet: 1. Entsendung von ZK-Instrukteuren in die Bezirke, 2. Durchführung von Organisationsberatungen auf Bezirksebene, 3. Besprechungen mit den Bezirks-Orgleitern, 4. ständige schriftliche und persönliche Verbindung mit den Bezirken, 5. Rundschreiben, 6. Ausnutzung der Partei-

53 Die 2. Organisationskonferenz ... a. a. O. (Anm. 43), S. 208.
54 »Inprekorr«, Nr. 65 vom 23. April 1926, S. 984.

presse, 7. Broschüren, Handbücher usw.[55] Nach diesem Prinzip arbeiteten auch die übrigen Abteilungen, die Gewerkschaftsabteilung hatte außerdem die kommunistischen »Fraktionen« in den Gewerkschaften und Genossenschaften anzuleiten.
Ende 1929 wurde die zentrale Organisationsarbeit verändert, die Orgabteilung wurde als selbständiger Apparat aufgelöst, sie war nunmehr dem Sekretariat direkt unterstellt.[56] Das bedeutete einen weiteren erheblichen Machtzuwachs des Sekretariats.
Die immer straffer und bürokratischer werdende Leitung der Organisation durch die Zentrale verminderte die demokratischen Impulse von unten. Der Einfluß der gewählten Funktionäre schwand in dem Maße, in dem die Macht der besoldeten Parteiangestellten zunahm. Über den Apparat selbst wird an anderer Stelle berichtet, doch schon hier kann festgestellt werden, daß der gesamte Parteiapparat in immer größere Abhängigkeit von der Zentrale geriet.
Der hierarchische Aufbau des Parteiapparats schritt rasch voran, bereits 1924 hieß es: »Alle Parteileitungen unterliegen der Bestätigung der nächsthöheren Instanz«, die Parteiangestellten im Bezirk »können von den Bezirksorganen nur im Einverständnis mit der Zentrale eingestellt oder abberufen werden«.[57] Nach dem Frankfurter Parteitag 1924 wechselten die Linken nicht nur weitgehend die Parteiangestellten aus, sie änderten auch die Führungsstruktur. Die linke Zentrale verdammte vor allem »die Ressortarbeit«, denn sie habe sich »zu einem Bürokratismus« ausgewachsen: »Die Hauptarbeit der Zentrale bestand zunächst darin, den Ressortfimmel zu überwinden und eine gesunde Arbeitsteilung mit straffster Zentralisierung zu verbinden ... Mit dieser Reorganisation war ein weitgehender Abbau im Apparat verbunden ...«[58]
Der Frankfurter Parteitag verpflichtete das ZK und die Bezirke, auch »eine Registratur der leitenden Parteiarbeiter zu schaffen«. Vergangenheit, Dauer der Parteizugehörigkeit, bisher ausgeübte Funktionen und besondere Fähigkeiten auf dem Gebiet der Politik, Organisation, Gewerkschaften, Sprachen, sollten festgehalten werden.[59] Damit begann eine zentralistisch-geplante und gezielte Kaderpolitik, die es der Führung erlaubte, personelle Entscheidungen nach ihren personalpolitischen Gesichtspunkten zu fällen.
Ebenfalls 1924 begann die Vereinheitlichung der Bezirksleitungen. Die vom Bezirksparteitag gewählte Bezirksleitung (BL) bestimmte die Leiter der Ressorts (Gewerkschaft, Agitprop, Betriebsräte, Kommunales, Genossenschaft), die beratend an den Leitungssitzungen teilnahmen.[60] Struktur und Aufgaben der BL wurden 1925/26 konkretisiert. Die Bezirksleitung wählte aus ihrer Mitte eine engere Leitung (engere BL) von 7 bis 10 Mitgliedern und ein hauptamtliches Sekretariat mit 3 bis 4 Mit-

55 a. a. O., S. 983.
56 A. Creutzburg: Die Organisationsarbeit der KPD. Hamburg-Berlin 1931, S. 8.
57 Organisationsbeschlüsse für die Umgestaltung der Parteiorganisation (Beschlossen von der Zentrale der KPD). Mai 1924. Hrsg. Zentrale der KPD – Orgbüro, Berlin o. J. (Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 2), S. 5 f.
58 Bericht des 10. Parteitags, a. a. O. (Anm. 32), S. 55.
59 »Der Parteiarbeiter«, Nr. 8, 1924, S. 135.
60 Kampferfahrungen Organisationsaufgaben (Referentenmaterial). Hrsg. Zentrale der KPD – Orgbüro, Berlin o. J. (1924). (Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 4), S. 16.

gliedern. Der Politische Leiter (Polleiter) trug die alleinige Verantwortung für die gesamte Arbeit im Bezirk, »er leitet, überwacht und verbindet die Arbeit sämtlicher Abteilungen und Organe. Bei ihm bzw. beim Orgsekretär läuft alle Post ein, die er zur Erledigung an die Sekretäre bzw. Abteilungsleiter weitergibt, mit ihnen bespricht, deren Durchführung er kontrolliert. Die gesamte ausgehende Korrespondenz muß durch seine Hände gehen.«[61] Über ihre Arbeit mußte die BL mindestens einmal im Monat genauen Bericht an das ZK erstatten.[62]

Seit 1926 leitete das ZK den Parteiapparat straffer, unumwunden wurde gefordert, »daß die Leitungen größere Machtbefugnisse haben müssen, als es bisher der Fall war«.[63] Die Wahl der Leitungen bzw. Sekretariate und der Abteilungs- und Ressortleiter dürfe »nicht mehr wie bisher in der Mitgliederversammlung bzw. Delegiertenkonferenz, sondern durch die betreffende Gesamtleitung« erfolgen. Das war vor allem für die Bezirksleitungen einschneidend. Bis 1926 wurden der Polleiter und die Sekretäre vom Bezirksparteitag gewählt. In diesem relativ großen Gremium gelang es Apparat und Zentrale nicht immer, den von oben vorgesehenen Kandidaten durchzubringen. Nun wählte der Bezirksparteitag nur noch die Gesamt-BL, diese wiederum bestimmte die »engere BL« sowie Sekretariat und den Polleiter. Im kleinen Kreis der BL gelang es den ZK-Emissären und dem Apparat eher, ihre Kandidaten durchzusetzen; schließlich gestattete die Führung sogar der »engeren BL«, die Sekretäre einzusetzen.[64] Um zu verhindern, daß andererseits der lokale oder bezirkliche Parteiapparat zu stark werde (und auch aus ideologischen Gründen) bestimmte das ZK, daß von den 7 bis 13 Personen der engeren Leitung nur ein Drittel Parteiangestellte sein durften.[65] In der Regel bestand das hauptamtliche Sekretariat aus Polleiter, Orgleiter und Sekretär für Gewerkschaften, in größeren Bezirken kam noch ein Agitprop-Sekretär dazu. Das Sekretariat, das schrittweise zur allein bestimmenden Leitung im Bezirk wurde, traf sich zu täglichen Sitzungen.[66] Noch straffer wurden die Unterbezirke von der BL angeleitet. Bereits Ende 1925 beschloß die Führung, alle Unterbezirks-Sekretäre seien nicht mehr in den Unterbezirken zu wählen, sondern als Angestellte der BL von dieser einzusetzen.[67]

In der Befehlsgewalt des hierarchisch aufgebauten Apparats erblickte die Parteiführung einen Fortschritt, ihr Ziel war es, mit Hilfe des disziplinierten Parteiapparats den Kurs der Partei allein zu bestimmen. 1927 wurde prophezeit: »Wir sind ... auf dem Wege, einen bolschewistischen Parteiapparat aufzubauen.«[68]

Die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre blieb relativ klein,[69] dennoch bestimmte

---

61 »Der Parteiarbeiter«, Heft 2, 1925, Sonderbeilage: Zum Aufbau der Leitungen, S. 1.
62 »Inprekorr«, Nr. 65 vom 29. April 1926, S. 982 f.
63 »Westf. Kämpfer« vom 30. März 1926.
64 »Der Parteiarbeiter«, Heft 5, Mai 1926.
65 Die 2. Organisationskonferenz ... a. a. O. (Anm. 43), S. 104 f.
66 StA Münster, IP 542.
67 HStA Düsseldorf 16 914.
68 »Der Parteiarbeiter«, Heft 1, Januar 1927.
69 1927 waren 1,64 % der Mitglieder Parteiangestellte (Wienand Kaasch: Die soziale Struktur der KPD. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 19, Jg. 1928, S. 1052), also 2348 Personen. Davon arbeiteten die meisten aber als sogenannte technische Angestellte (Arbeiter und Angestellte der parteieigenen Druckereien, Stenotypistinnen usw.). Die Zahl der politischen Angestellten dürfte

dieser Apparat weitgehend Politik und Linie der Partei und beherrschte das gesamte Parteileben. Die Opposition warf der Parteiführung Ende 1928 vor, sie mißbrauche den Parteiapparat, die Organisation und die Presse zur Irreführung der Parteigenossen; sie dulde bei den Angestellten (Sekretäre und Redakteure) nicht die Spur einer eigenen Meinung. Durch Maßregelungen, Einschüchterungen, Korrumpierung und Beschimpfung würden »einstimmige Beschlüsse« erreicht.[70] 1928 verlangten die Versöhnler Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Funktionäre durch die Mitglieder. Die Parteiführung erklärte, solche Forderung sei falsch, nur die Parteileitungen seien zu wählen. »Welche Funktionäre die Parteiführungen für die Arbeit heranziehen, muß von ihnen selbst geprüft werden. Es ist in Widerspruch zum demokratischen Zentralismus und würde die Ausschaltung der Leitungen bedeuten, wenn *alle* Funktionäre durch die Mitglieder gewählt würden ...«[71] Mit andern Worten bestätigte die Führung: Mitarbeiter des Apparats, Sekretäre, Redakteure usw. waren nicht von den Mitgliedern zu wählen und diesen daher auch nicht verantwortlich.

Damit wurde die Problematik des demokratischen Zentralismus offensichtlich. Nach der Theorie des demokratischen Zentralismus waren alle Leitungen von den Mitgliedern bzw. den entsprechenden Gremien (Mitgliederversammlung, Bezirks- und Reichsparteitag) zu wählen. Diese Aussage war jedoch nicht exakt genug formuliert, sie ließ verschiedene Auslegungen offen. Es war möglich, daraus die Forderung nach extremer Demokratie abzulesen: jeder Funktionär gehörte einer Leitung an, gleichgültig, in welcher Position er sich befand; also mußten demnach auch Apparatfunktionäre, Sekretäre oder Redakteure gewählt werden. Indes konnte der Passus auch so verstanden werden, wie ihn das ZK 1929 interpretierte: nur der jeweilige Vorstand, also die eigentliche Leitung war zu wählen; dieser gewählten Führung stand es dann frei, die Arbeitsorgane, Ressorts, Sekretäre (also den Apparat) ohne direkte Mitwirkung der Mitgliedschaft einzusetzen.

Es war eben nicht das abstrakte Prinzip des demokratischen Zentralismus, das ursächlich zur bürokratisch-zentralistischen Herrschaft des Apparats in der KPD führte, sondern umgekehrt bewirkte die reale politische Lage, vor allem die Macht und das Eigeninteresse des Apparats, die in den Kommunistischen Parteien bald übliche Auslegung dieses theoretischen Prinzips. Im übrigen war in der KPD nach 1929 allerdings nicht mehr die jeweils gewählte Leitung für die Zusammensetzung des Apparats maßgebend, vielmehr bestimmte der Apparat bzw. die Führung allein die Personalpolitik der Partei.

Anfang 1930 konstatierte eine Oppositionsgruppe: »Der von Parteiangestellten be-

---

bei 500 gelegen haben. Die meisten Angestellten waren beim ZK beschäftigt. Ein kleinerer Bezirk wie beispielsweise Niedersachsen hatte 1928 überhaupt nur 7 hauptamtliche Angestellte des Parteiapparats: 3 Bezirkssekretäre, 2 Unterbezirkssekretäre, einen Kassierer und eine Stenotypistin. Dazu kamen noch der Chefredakteur und 3–4 Redakteure der Zeitung. (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 21) – Dagegen beschäftigte das Sekretariat der BL Berlin-Brandenburg 1927 offiziell 30 Angestellte (Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz. Über die Tätigkeit der Organisation vom 1. Januar bis 31. Oktober 1927. Berlin o. J. S. 107) Vgl. auch »Das Führungskorps«, Bd. 2 und Anm. 9).

70 »Gegen den Strom« vom 17. November 1928.

71 RF vom 2. November 1928.

herrschte Funktionärkörper drückt in Parteisitzungen und Versammlungen jeden ihm in die Hand gegebenen Beschluß durch.« Für den Apparat sei die Hauptsache, er könne einstimmige Annahme melden, die Opposition verlangte, den »Zwang einer ungesunden Parteidisziplin zu brechen«.[72] Dazu war es zu spät. Die Veränderung der Leitungen hatte weitgehend den von der Führung erstrebten Erfolg gebracht, eine disziplinierte und zentralisierte Organisation geschaffen.

Allerdings war das Problem nicht restlos im Sinne der Führung gelöst worden. Ende 1929 wurden viele Funktionäre ausgewechselt, da sie die Absichten der Führung nicht realisiert hatten:

»Das Versagen vieler Genossen in den Leitungen verlangt von der Partei gebieterisch, eine gründliche Reinigung von allen schwankenden Elementen. Neue Elemente, die sich in den Kämpfen des Proletariats bewährt haben, müssen in die Leitung hinein.«[73]

Die überwiegende Mehrheit der Funktionäre bestand aus ehrenamtlichen Mitarbeitern, deshalb genügte es nicht, den hauptamtlichen Parteiapparat zu reglementieren. Eine monolithische Partei war nur zu schaffen, wenn alle Funktionäre, ja sogar alle aktiven Parteimitglieder der Parteiführung ohne Widerspruch folgten. Beinahe ein Drittel der Mitgliedschaft war 1930 in rund 8000 Parteileitungen als Funktionäre aktiv.[74] Die meisten betätigten sich in den 6000 Grundorganisationen, denen die Führung seit Mitte der zwanziger Jahre erhöhte Aufmerksamkeit schenkte.

Das Problem der Grundorganisation war vor allem: soll die KPD – nach dem Vorbild der KPdSU – auf der Basis der Betriebszellen aufgebaut sein, oder sollen – nach sozialdemokratischer Tradition – die Wohnbezirke die untersten Parteieinheiten bilden? 1919 hatte die KPD zunächst versucht, eine »Verbindung von Wohnbezirks- und Betriebsorganisation« herzustellen, doch setzte sich Anfang der zwanziger Jahre die Wohnbezirksorganisation durch. Im Mai 1923 nahm die Parteiführung nach einer entsprechenden Begründung durch Ulbricht eine Resolution an, in der die Schaffung von Betriebszellen gefordert wurde.[75] Die Betriebsarbeit wurde als Schwerpunkt angesehen: »... unsere Kraft liegt nicht in öffentlichen Versammlungen allein. Diese sind nur ein Mittel und nicht das wichtigste. Viel, viel, viel wichtiger ist, daß wir in den Betrieben und Gewerkschaften erfolgreich arbeiten.«[76] Während der Illegalität der KPD, Anfang 1924, beschloß die Parteiführung, Grundeinheit der Partei sollten die in Fünfergruppen gegliederten Betriebszellen sein.[77] Es wurde sogar erklärt: »Die entscheidende Vorbereitung der Kommunistischen Partei für den siegreichen Kampf ist der Aufbau der Betriebszellen.«[78] Mit der »Bolschewisierung« der Partei 1924/25 beabsichtigte die Führung, die Betriebsorganisationen endgültig zur Basis der KPD zu machen. Nunmehr bestimmte das

---

72 »Vorwärts« vom 28. Februar 1930 (Kritik der Berliner »Opposition der 60«).
73 StA Düsseldorf 90 657 (»Ruhr-Echo« vom 27. November 1929).
74 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 18. Danach gab es 7807 Parteileitungen, 31,9 % der Mitglieder übten Funktionen aus.
75 RF vom 17. Mai 1923.
76 »Der Parteiarbeiter«, Heft 8, 1. August 1923, S. 77.
77 »Der Parteiarbeiter« vom 15. Januar. 1924.
78 »Der Kämpfer« (Chemnitz) vom 8. März 1924.

EKKI: Mitglieder der Partei »müssen in Betriebszellen zusammengefaßt werden und sich in dieser aktiv betätigen.«[79] Alle Bemühungen waren vergebens, obwohl das Statut von 1925 Betriebszellen vorschrieb, gelang die Umstellung in der Praxis nur teilweise.[80]

1927 waren 15 % der Parteimitglieder in Betriebszellen organisiert, 1928 sogar nur noch 12 %.[81] Trotz aller Anstrengungen stieg der Anteil auch 1929 und 1930 nicht nennenswert. Auch der XII. Parteitag 1929 mußte Organisation und Mitglieder erneut »kategorisch auf die Bedeutung der kommunistischen Arbeit im Betriebe« hinweisen, noch immer mußte die Führung »restlose Umstellung der Partei auf Betriebszellen« fordern.[82] 1930 war es nur im Bezirk Ruhr gelungen, ein Drittel der Mitglieder in den Betriebszellen zu erfassen. In allen anderen Bezirken stagnierte die Überführung (Halle–Merseburg = 13 %, Thüringen = 10 %, Ostpreußen = 9 %, Hessen = 4 % usw.). Die Zahl der Betriebszellen ging sogar zurück: 1926 = 2243, 1927 = 2135, 1928 = 1556, 1929 = 1411, 1930 = 1524).[83]

Das war zum Teil auf eine schwache Verankerung der Kommunisten in den Betrieben zurückzuführen. Bei der Reichskontrolle im Januar 1927 hatte sich herausgestellt, daß überhaupt nur 53 % (der damals 143 172 Mitglieder) in Betrieben beschäftigt waren.[84] Mit Beginn der Wirtschaftskrise ging der Anteil der Betriebsarbeiter in der KPD stetig zurück. Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen sollte nach der offiziellen These den Einfluß der KPD in den Betrieben verstärken. Das war aber auch vor der Krise nicht erreicht worden. 70 % der kommunistischen Betriebsarbeiter waren in Betrieben mit weniger als 500 Beschäftigten tätig, nur 7 % arbeiteten in Großbetrieben mit mehr als 3000 Beschäftigten. Nur in der Hälfte aller Großbetriebe (mit über 5000 Beschäftigten) hatte die KPD Betriebsgruppen, und auch diese waren schwach. Bei Krupp in Essen (21 000 Arbeiter) zählte die KPD-Zelle beispielsweise 1930 nur 90 Mitglieder.[85] Die Umstrukturierung der Partei hatte ihr politisches und organisatorisches Ziel nicht erreicht.

Die Zerschlagung der alten Orts-Parteiorganisation und ihre Ersetzung durch Betriebs- und Straßenzellen hatte aber auch einen innerparteilichen Aspekt. In den Wohnorganisationen waren die Funktionärsversammlungen ein wichtiges politisches

79 »Inprekorr«, Nr. 65 vom 29. April 1926, S. 980 f.

80 Die Behauptung, gegen Ende 1927 habe die KPD »fast alle Organisationen im großen und ganzen auf Betriebszellen umgestellt« (Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, Hamburg 1928, S. 17) war falsch. 1927 waren z. B. im wichtigen Bezirk Erzgebirge-Vogtland von 5119 überprüften Mitgliedern nur 992 in Betriebszellen erfaßt (Pjatnizki, in: »Die Kommunistische Internationale«, Heft 18, 1927, S. 881). Seit 1926 ging die Zahl der Betriebszellen sogar zurück.

81 Protokoll 10. Plenum des EKKI. Hamburg-Berlin o. J. (1929), S. 246. Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56) gibt etwas andere Zahlen: 1927 = 15,6 %, 1928 = 18,9 %, 1929 = 14,7 %.

82 Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitags der KPD. Berlin o. J. (1929), S. 83 ff.

83 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 56 f. Im wichtigen und industriellen Bezirk Niederrhein hatten 1929 von 138 Ortsgruppen 63 überhaupt keine Zellen, in den übrigen 75 gab es nur 111 Betriebs-, aber 231 Straßenzellen. Die Betriebszellen erfaßten nur 14 % der Mitgliedschaft, obwohl 59 % der Mitglieder Betriebsarbeiter waren. (»Der Revolutionär«. Diskussions- und Mitteilungsblatt der KPD Niederrhein-Düsseldorf, April 1929.)

84 Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1051 und 1055.

85 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 56 f.

Gremium. Die Zusammenfassung aller Funktionäre zu regelmäßigen Besprechungen förderte das politische Leben der Partei vor allem in den großen Städten. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen wurden auf diesen Veranstaltungen am heftigsten ausgetragen. Mit dem Umbau auf Zellenorganisationen sollten die Funktionärsversammlungen abgeschafft und gleichzeitig durch Delegiertenversammlungen ersetzt werden. Das schien im Sinne der innerparteilichen Demokratie zu liegen, tatsächlich wurde damit jedoch die Vormachtstellung des Apparats verstärkt. In den großen Funktionärsversammlungen entschieden politische Argumente, rhetorisches Geschick der Redner usw. die Abstimmung, in den kleineren Zellenversammlungen aber konnte der Apparat seinen Einfluß leichter geltend machen.[86] Apparatfunktionäre konnten in jede kleine Zelle geschickt werden und im Sinne der Führung argumentieren, der Opposition fehlten dazu die Kräfte. Die Delegiertenversammlungen waren entsprechend linientreu zusammengesetzt. Neben der Verdrängung der Opposition kam es dem Apparat auch auf die Ausschaltung »überflüssiger« politischer Diskussionen in den Funktionärsversammlungen an sowie auf die Belebung praktischer, d. h. organisatorischer Arbeit in den Zellen und Delegiertenkonferenzen.

Die Organisationsfunktionäre, die den innerparteilichen Zwist als »parteischädigend« verwarfen, forcierten die Umstellung auf Betriebszellen ganz besonders.[87] Sie trieben den Umbau auf Zellen 1925 voran. Dagegen rebellierte die Opposition. Nur die Hälfte der Betriebszellen funktioniere, man sei in eine Sackgasse geraten, konstatierte Scholem vor dem X. Parteitag 1925 für die ultralinke Opposition. Er protestierte gegen die Abschaffung der Funktionärsversammlungen, da mit dieser Maßnahme nur die Opposition getroffen werden sollte.[88] Tatsächlich konnte die linke Opposition nicht zuletzt durch die Umstellung auf Parteizellen verdrängt werden. Anfang Oktober 1925 wandte sich eine Versammlung der Berliner Zellen-Obleute von der oppositionellen BL ab und begrüßte die Komintern-Linie. Damit begann der Zerfall der linken Opposition in Berlin. Pjatnizki schrieb später ganz offen: »In Berlin haben sich [im Oktober 1925, H. W.], laut Statut, nur Mitglieder von Betriebs- und Straßenzellen an den Wahlen beteiligt ... Die Organisation Berlin-

86 Auf dem XI. Parteitag 1927 sagte Dengel: »Einige Genossen der Opposition wollen uns hier auf diesem Parteitag eine Resolution vorlegen, in der von einem Mißbrauch der Betriebszellen bei der innerparteilichen Auseinandersetzung geredet wird. Es ist freilich leichter, Genossen der Opposition, in einer großen Versammlung mit demagogischem Geschwätz die Mitglieder zu überrumpeln, als in mühevoller Arbeit unseren Genossen das klarzumachen, auf was es ankommt. Das war die Methode Ruth Fischers, Blendwerk nach außen, aber keine wirkliche Arbeit. (Beifall.) Wir sind hineingegangen in die Betriebszellen, und wir sind stolz darauf, daß gerade in Berlin diese Arbeit am gründlichsten gemacht wurde. (Beifall.) Wir sind stolz darauf, daß wir – wie ihr euch ausdrückt – der Parteiapparat, alle Kräfte anspannten, um in die Betriebszellen hineinzugehen, um die Genossen in zäher Arbeit für die Linie der Partei zu gewinnen.« (Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der KPD. Berlin 1927, S. 29.)

87 Einer der eifrigsten Verfechter des Umbaus der Partei auf Zellen war Walter Ulbricht, der auf dem VIII. Parteitag 1923 in die Zentrale gewählt wurde und in der Orgabteilung tätig war. Ulbricht führte sogar den Parteinamen »Zelle«. Vgl. dazu Franz Dahlem: Warum er Genosse Zelle hieß. »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, 5. Jg. 1963, Heft 2, S. 264 ff. Vgl. auch Ulbrichts Biographie, Bd. 2.

88 »Die Internationale«, Sonderheft vom 12. Juli 1925.

Brandenburg, die mit Hilfe der Funktionäre der früheren Wohnorganisation ein Stützpunkt der ultralinken Fraktion und der Gruppe Ruth Fischer-Maslow ... in ihrem Kampf gegen das EKKI gewesen ist, ist nunmehr, nach der Bildung von Zellen und nach ihrer Beteiligung an der Diskussion, zu einer Organisation geworden, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit sich als Anhänger des EKKI und der neuen Leitung der KPD bekannt haben. Das Berliner Beispiel hat gezeigt, daß die aktive Arbeit der Betriebszellen zur Verdrängung und Liquidierung des Blocks der Ultralinken und der Anhänger Ruth Fischers, die noch in Berlin hie und da Erfolg haben, beiträgt.«[89]

Die Opposition warf der Führung ein »fraktionelles Aufziehen der Reorganisierung« vor und beschwerte sich, es gebe in der KPD ein »Zwei-Klassen-Wahlrecht«: im Bezirk Wasserkante wählten je 10 Mitglieder einer Betriebszelle einen Delegierten, während je 30 anderen Mitgliedern ebenfalls nur ein Delegierter zugestanden wurde.[90]

Die Komintern bezeichnete die früher üblichen Funktionärsversammlungen als »direkte Gefahr für die Partei«.[91] Die KPD-Führung rief die Partei auf, »Gegner der Zellenorganisation aus den führenden Positionen auszuschalten«.[92] Die »Weddinger Opposition« versuchte zu beweisen, daß die Betriebszellen »nicht die richtige Organisationsform für die deutsche Partei« seien,[93] die Zellenorganisation habe zur Inaktivität und zur Bürokratisierung geführt.[94] Die Parteileitung wischte solche Einwände beiseite. Obwohl der Umbau auf Betriebszellen mißlungen war, wurde weiterhin am Zellensystem festgehalten.

Die KPD behauptete, durch die Veränderung ihrer Führungsspitze, die Zentralisierung des Apparats und die Umstellung auf Betriebszellen habe sie die sozialdemokratische Tradition überwunden. Im Selbstverständnis war die Partei nunmehr vom »Sozialdemokratismus« gereinigt. Die Unterschiede zwischen einer kommunistischen und einer sozialdemokratischen Organisation stellten sich in der KPD-Sicht so dar: 1. Die SPD leistet ihre Hauptarbeit außerhalb, die KPD innerhalb

---

89 »Die Kommunistische Internationale«, Heft 2, Februar 1926, S. 124. Auch bei den späteren Diskussionen hatte das ZK in den Betriebszellen mehr Erfolg. Bei den Auseinandersetzungen um das VI. Erweiterte EKKI 1926 (I), der russischen Frage 1926 (II) und zum XI. Parteitag 1927 (III) konnte im Bezirk Berlin-Brandenburg das ZK an Delegierten gewinnen: I: In Betriebszellen 758, in Straßenzellen 430, in den Betriebszellen also fast doppelt soviele Delegierte, während auf die Opposition entfielen: in Betriebszellen 203, aber in Straßenzellen 214. Bei den beiden andern Abstimmungen gab es folgende Ergebnisse. II: Für das ZK 575 in Betriebszellen, 335 in Straßenzellen; Opposition 138 in Betriebs- und 204 in Straßenzellen. III: Für das ZK 763 in Betriebs- und 629 in Straßenzellen, für die Opposition 141 in Betriebs- und 234 in Straßenzellen. (Bericht BL 1927, a. o. O. [Anm. 69], S. 95 f.).

90 BuA Koblenz, Nachlaß Rechberg, 140.

91 Der neue Kurs. Berlin 1925, S. 70.

92 »Der Parteiarbeiter«, Heft 1, Januar 1927.

93 »Der Parteiarbeiter«, Heft 10, Oktober 1927, S. 311.

94 Ein Beispiel für diese Bürokratisierung zeigt der »Rundbrief Nr. 2 an Großbetriebszellen«, den das ZK-Sekretariat, Orgabteilung, am 9. Oktober 1925 versandte. Für die Berichterstattung der Zellen wurden 26 Fragen gestellt! U. a. sollten die Zellenleitungen mitteilen, welches politische Material durchgearbeitet wurde (z. B. »Was ist Bolschewisierung?«), welche Auswirkung der Offene Brief des EKKI in der Zelle, in der Belegschaft, im Verhältnis zur SPD hatte. Die Fragen sollten bis zum 25. Oktober beantwortet sein. (Rundbrief Nr. 2. Arbetarrörelsen Arkiv Stockholm, 1934/7097).

der Betriebe. 2. Die SPD-Politik führt von Kampagne zu Kampagne, hauptsächlich von Wahl zu Wahl, die KPD organisiert in zäher Tagespolitik die Massen. 3. In der SPD ist die treibende Kraft die Parteispitze, die Massen der Mitglieder sind passiv, in der KPD sind gerade die Massen aktiv. 4. Die SPD hat keine feste Disziplin, die KPD verfügt über eine »eiserne Disziplin«. 5. Sozialistische Parteien sind ihrer Struktur nach Föderationen verschiedenartiger Auffassungen, kommunistische Parteien »müssen aufgebaut werden als geistig absolut monolithe Organisationen«.[95]
Diesen theoretischen Postulaten entsprach die Wirklichkeit der KPD keineswegs. Auch sie leistete ihre Arbeit mehr außerhalb als innerhalb der Betriebe, wie die Schwäche ihrer Betriebszellen zeigt. Ihre Arbeit war durchaus nicht kontinuierlich, sondern ging ebenfalls von Kampagne zu Kampagne, auch wenn das nicht ausschließlich Wahlkämpfe waren, sondern Antikriegstage, RFB-Treffen, Vorbereitung der Parteitage usw.
Da die KPD weitaus weniger Mitglieder hatte als die SPD[96] war die Zahl der kommunistischen Aktivisten zwar prozentual höher, aber es waren durchaus nicht alle Mitglieder aktiv. Die Orgabteilung des EKKI warf der KPD z. B. im August 1925 vor: »Die Hauptschwäche der Parteiorganisation besteht darin, daß nur ein geringer Teil der Parteimitglieder Parteiarbeit leistet.«[97] Auch vier Jahre später, im August 1929, schätzte die Komintern den Anteil der »passiven Elemente« auf 30 bis 60 Prozent.[98]
Was schließlich die »eiserne Disziplin« der KPD und die »monolithe« geistige Ausrichtung der Partei angeht, so konnte eine Annäherung an diese Ideale erst nach Beendigung der Fraktionskämpfe, also ab 1929, erreicht werden. Die Wirklichkeit der KPD-Organisation war also nicht so grundsätzlich von der SPD unterschieden, wie die Kommunisten glauben machten und selbst wünschten. Die sozialdemokratische Tradition wirkte in der KPD noch sehr lange nach.

Politische Meinungs- und Willensbildung in der KPD

Die KPD behauptete, die Willensbildung in der Partei erfolge demokratisch, Entscheidungsprozesse würden durch die Mehrheit getroffen.[99] In der Praxis konnte die Parteiführung die Willensbildung jedoch manipulieren und alle wesentlichen Fragen selbst entscheiden oder, genauer gesagt: sie konnte die Anweisungen der

95 Die Kommunistische Internationale vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 80), S. 13.
96 Die SPD zählte Ende 1923 1 261 072 und Ende 1929 1 021 777 Mitglieder, die KPD im April 1924 121 394 und Ende 1929 135 160 Mitglieder. (Osterroth-Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie. Hannover 1963, S. 296 und 340. – Die Kommunistische Internationale vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. [Anm. 80], S. 122. – Creutzburg, a. a. O. [Anm. 56], S. 53 – Vgl. auch S. 362 f.
97 Der neue Kurs, a. a. O. (Anm. 91), S. 76.
98 Protokoll. 10. Plenum, a. a. O. (Anm. 81), S. 262 (Pjatnizki).
99 Vgl. dazu oben, »Demokratischer Zentralismus«. Der X. Parteitag 1925 hatte z. B. erklärt: »Je mehr die Masse der Mitglieder an den politischen Entscheidungen mitwirkt ... um so mehr wird der Gegensatz zwischen Leitung und Massen, zwischen Funktionären und Mitgliedern ausgeglichen ...« (Bericht 10. Parteitag, a. a. O. [Anm. 32], S. 226).

Komintern ausführen bzw. konkretisieren, und die Mitgliedschaft hatte kaum Einfluß auf diese Entscheidungen. Die KPD-Spitze bemühte sich, eine monolithische Parteiorganisation zu schaffen. Voraussetzung dafür war die einheitliche Ausrichtung des Apparates, der Funktionäre und der Mitgliedschaft. Nur eine Minderheit der Mitgliedschaft nahm überhaupt am Parteileben teil, und diese aktiven Mitglieder beeinflußte die KPD-Führung mit Hilfe der Presse; die Funktionäre wurden überdies durch die Parteischulung indoktriniert. Die zentralistische Parteieinheit sollte aber vor allem durch Überwindung der Fraktionen und Ausschaltung oppositioneller Elemente geschaffen werden.

Die Parteipresse hatte die Aufgabe, die Kommunisten zu informieren, über die Aktivität der Kommunisten zu berichten, die Politik der KPD nach außen zu vertreten, den Einfluß der Partei zu vermehren, neue Anhänger und Mitglieder zu gewinnen und die Partei anzuleiten. Da die KPD-Presse nur über 1 Prozent aller Zeitungen in Deutschland verfügte, blieb ihre Wirkung gering.[100] Ende 1926 zählte die KPD 133 000 Mitglieder, die KPD-Presse hatte insgesamt nur eine Auflage von 282 000 Exemplaren.[101]

Die Resonanz der kommunistischen Zeitungen in Deutschland war schwach, um so wichtiger waren die ihr zugedachten innerparteilichen Aufgaben: sie sollte als »kollektiver Organisator« wirken,[102] und sie prägte damit weitgehend die politische Meinung der KPD-Mitgliedschaft.

Die Parteizeitungen waren ursprünglich von der Zentrale relativ unabhängig, die Bezirke bestimmten die Redakteure; allerdings mußten Veröffentlichungen der Zentrale in den Bezirkszeitungen gebracht werden. Vor der Vereinigung mit der USPD besaß die KPD außer dem Zentralorgan »Die Rote Fahne« nur 6 Bezirkszeitungen, die Auflage betrug unter 100 000 Exemplaren.[103] 1921 verfügte die KPD über 33 Tageszeitungen (davon waren 11 Kopfblätter). Die meisten dieser Zeitungen waren von der USPD übernommen worden und führten deren Tradi-

---

100 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925/26. Hamburg-Berlin 1926, S. 745. Ab 1928 versuchte die KPD ihren Einfluß vor allem durch »Betriebszeitungen« auszudehnen. Diese meist hektographierten Blätter erschienen zeitweise in relativ starker Auflage. Von Januar bis April 1929 gab die KPD speziell zu den Betriebsrätewahlen 176 Betriebszeitungen heraus (2 Jahre Arbeit und Kampf, Berlin 1929, S. 164). Allein im Mai 1929 wurden im Bezirk Berlin-Brandenburg 158 Betriebszeitungen mit einer Auflage von 266 000 Exemplaren verbreitet (HStA Düsseldorf 30 662).

101 Pjatnizki in: »Die Kommunistische Internationale«, Heft 17, 1927. Selbst im Bezirk Niederrhein, in dem die KPD-Presse relativ gute Verbreitung fand, kamen 1929 auf 1 KPD-Mitglied im UB Düsseldorf 3,5 Abonnenten, im UB Remscheid 2,8 und in den UB Hagen und Solingen nur 2,7 Abonnenten der Parteizeitungen (»Der Revolutionär«. Diskussions- und Mitteilungsblatt der KPD Niederrhein, April 1929). Vgl. auch Anm. 111.

102 Dieser Begriff geht ebenfalls auf Lenin zurück. In seinem Artikel »Womit beginnen?« hatte Lenin 1901 geschrieben: »Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator sondern auch ein kollektiver Organisator.« (Lenin, a. a. O [Anm. 2], S. 111.) In »Was tun?« veröffentlichte Lenin 1902 ein Unterkapitel »Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?« (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. IV, 2. Halbband, Berlin-Wien 1929, S. 310 ff.). In der kommunistischen Theorie und Praxis wird seither die Rolle der Presse als »kollektiver Organisator« hervorgehoben.

103 Die Zeitungen erschienen in Chemnitz, Duisburg, Hanau, Mannheim, München und Stuttgart. Vgl. Bericht 2. Parteitag, a. a. O. (Anm. 5), S. 68 und Bericht 5. Parteitag, a. a. O. (Anm. 14), S. 6.

tion weiter fort. Auf dem Vereinigungsparteitag 1920 wurde zwar die politische und taktische Haltung der Presse der Kontrolle der Zentrale unterstellt, doch erst durch die Schaffung einer zentralen Agitprop-Abteilung im September 1923 wurde das Pressewesen zentralisiert. In der Ruth Fischer-Ära bildete sich schließlich die Praxis heraus, Chefredakteure und politische Redakteure der Zeitungen durch die Zentrale einzusetzen und abzuberufen. Damit waren sie weitgehend von den Bezirksleitungen unabhängig und dem ZK gegenüber verantwortlich.[104] Während der Fraktionsauseinandersetzungen 1925 bis 1928 zeigte sich, daß die Zentrale ihr Ziel nicht überall erreichte. Der »Volkswille« in Suhl z. B. wurde 1926/27 von Heym im linksoppositionellen Sinne redigiert. 1928 vertrat der »Klassenkampf« in Halle einige Wochen die Ansichten der Versöhnler, die in der BL die Mehrheit besaßen. Im gleichen Jahr war es dem ZK jedoch bereits möglich, oppositionelle Chefredakteure ohne nennenswerten Widerstand abzulösen.[105] Da die Parteizentrale inzwischen auch die Verlage und Druckereien dirigierte, konnte sich eine Parteizeitung kaum noch gegen die Führung stellen.

Ein wichtiges Instrument zur Beherrschung der Presse schuf sich die Parteispitze mit der 1924 gegründeten PEUVAG (Papiererzeugungs- und Verwertungs Aktiengesellschaft), eine Dachgesellschaft mit lokalen Betrieben, ähnlich der fast gleichzeitig errichteten »Konzentration« der SPD. Die PEUVAG übernahm die KPD-Druckereien in den einzelnen Bezirken[106] und stellte sie unter eine zentrale Leitung. Ende der zwanziger Jahre gehörten sämtliche KPD-Druckereien, mit Ausnahme des Hamburger Betriebs, der PEUVAG. Die Hamburger Druckerei blieb eine selbständige Genossenschaft, wohl nicht zuletzt, weil Thälmann dort Einfluß hatte.[107]

Auch das Verlagswesen wurde zentralisiert. Bereits 1925 rügte das EKKI die große Zersplitterung der Zeitungen und forderte eine Zusammenlegung.[108] In den Bezirken gab es im allgemeinen nur ein Parteiblatt, ab 1926 wurde in den beiden Bezirken Niedersachsen und Hessen-Kassel sogar nur noch ein gemeinsames Organ verbreitet.[109] In einigen Bezirken erschienen jedoch mehrere selbständige Zeitungen, sie waren 1920 größtenteils von der USPD übernommen worden. Nach dem Zusammenschluß von Verlagen wurden 1925 auch im Bezirk Ruhr einige Zeitungen eingestellt, und ab 1926 kam nur noch das Essener »Ruhr-Echo« mit den beiden Kopfblättern »Westfälischer Kämpfer« (Dortmund) und »Niederrheinische Arbei-

---

104 StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 6, und IV 31, Bd. 2.

105 Die Chefredakteure der Hamburger Volkszeitung, der Bergischen Arbeiterstimme, des Ruhr-Echo, des Chemnitzer Kämpfer und der Sächsischen Arbeiter-Zeitung wurden als Rechte oder Versöhnler abgelöst. Vgl. oben, S. 208.

106 Die KPD-Druckereien waren vorher meist sogenannte Arbeitergenossenschaften, in denen Kommunisten Anteile gezeichnet hatten.

107 Die PEUVAG hatte u. a. Betriebe in Berlin, Bremen, Breslau, Chemnitz, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Gotha, Hannover, Jena, Köln, Königsberg, Leipzig, Magdeburg und Mannheim. Nähere Einzelheiten über die PEUVAG finden sich bei Herbert Girader, Der wirtschaftliche Aufbau der kommunistischen Tagespresse in Deutschland von 1918 bis 1933. Essen 1938, S. 36 ff. und 54 ff.

108 Ein Jahr Arbeit und Kampf. Tätigkeitsbericht des EKKI 1925–26. Hamburg 1926. S. 52.

109 Ab 1. November 1926 erschien in Hannover die »Neue Arbeiter-Zeitung« als »Organ für die Gebiete Hannover, Braunschweig, Westfalen-Lippe und Hessen-Waldeck«.

terzeitung« (Duisburg) heraus.[110] Im Oktober 1927 wurden im Bezirk Niederrhein 4 Parteiblätter zusammengelegt. Die als Hauptorgan erscheinende Düsseldorfer »Freiheit« wurde von einem PEUVAG-Betrieb gedruckt, und auch der Verlag war eine Filiale der Berliner Zentrale.[111] Eine ähnliche Zentralisierung der Presse erfolgte Ende der zwanziger Jahre auch im Bezirk Thüringen.

Die Redaktionen stützten sich im wesentlichen auf die Informationen des offiziellen Parteipressedienstes und auf die Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr). Schließlich wurde ein Materndienst eingeführt, der sicherte, daß wichtige politische Fragen und vor allem innerparteiliche Probleme in der Gesamtpresse einheitlich behandelt wurden. Das ZK nahm außerdem durch direkte Rundschreiben an die Redaktionen und durch Besprechungen mit den Chefredakteuren Einfluß auf die Zeitungen.[112]

Die zentrale Zeitschrift »Der Parteiarbeiter« befaßte sich hauptsächlich mit Organisationsfragen, diente aber auch der Ausrichtung der Funktionäre. Daneben existierten in verschiedenen Bezirken Funktionärorgane, die jedoch nicht regelmäßig erschienen. Die führenden Kader wurden seit Herbst 1925 von einer »Informations-Abteilung« des ZK unterrichtet. Die Abteilung lieferte an die Bezirksleitungen Material, machte die ZK-Mitglieder mit den Beschlüssen und der Arbeit der einzelnen Ressorts und des Apparats bekannt und gab Informationen über die SPD, die Außenpolitik und die Wirtschaft heraus.[113] Die systematische Zentralisierung des Informations- und Pressewesens erleichterte es der Führung, die gesamte Partei nach ihren politischen Vorstellungen zu prägen.

Ein weiterer Faktor der Meinungsbildung war die Schulung der Funktionäre, die schrittweise ausgebaut wurde. In der revolutionären Nachkriegskrise hatte es in der KPD nur sporadisch eine Parteischulung gegeben. Revolutionärer Enthusiasmus hielt Mitglieder und Funktionäre stärker zusammen als ideologische Beeinflussung. Doch versuchte die Führung bereits damals, den mittleren und höheren Funktionä-

---

110 Die beiden Kopfblätter hatten nur einen eigenen Lokalteil und selbständigen Inseratenteil. Vgl. Jahrbuch der kommunistischen Ruhrpresse 1927, Essen o. J. (1927).

111 »Freiheit« vom 8. Oktober 1927. Die Niederrheinische Parteipresse hatte im März 1925 folgende Auflage gehabt: »Freiheit« = 11 150, »Arbeiter-Tribüne« für den linken Niederrhein = 1400, »Bergische Volksstimme« = 4650, »Rote Tribüne« (Hagen) = 2100, »Bergische Arbeiterstimme« (Solingen) = 7100. Im Bezirk Mittelrhein hatte die »Sozialistische Republik« 6500 und die »Aachener Arbeiter-Zeitung« 1250 Exemplare Auflage. Im Ruhrgebiet das »Ruhr-Echo« 9000, »Niederrheinische Arbeiter-Zeitung« 1900, »Arbeiter-Zeitung« (Gelsenkirchen) 2350, »Westfälische Arbeiter-Zeitung« (Dortmund) 2600 und »Rote Fahne Westfalens« (Hamm) 1600 Stück. Im Rhein-Ruhrgebiet hatte die KPD-Presse also etwa 50 000 Exemplare verbreitet. (StA Münster, I Pa 254).

112 Trotzdem hatte das ZK bis 1929 immer wieder Grund, mit der Parteipresse unzufrieden zu sein. Im Januar 1929 beschwerte sich die Parteiführung in einem Rundschreiben über die ungenügende Auswertung des »Kampfes gegen die Rechten und Versöhnler« in der Presse. Nur 13 der 23 Zeitungen hatten die Beschlüsse der ZK-Tagung vom 13./14. Dezember 1928 abgedruckt. Der »Offene Brief« des EKKI gegen die Rechten war nach Ansicht des ZK nur von der »Roten Fahne« und den Parteizeitungen in Chemnitz, Breslau und Jena in richtiger Aufmachung publiziert worden. Die »Arbeiter-Zeitung« Bremens wurde kritisiert, weil sie den Brief im Feuilleton (neben einem Artikel über »Sexueller Bolschewismus«) veröffentlichte, die Stuttgarter »Süddeutsche Arbeiter-Zeitung«, weil sie das EKKI-Schreiben gar auf die Inseratenseite verbannt hatte (»Gegen den Strom« vom 19. Januar 1929).

113 Tätigkeitsbericht, a. a. O. (Anm. 108), S. 54.

ren ein ideologisches Rüstzeug zu vermitteln. Im Winter 1920, kurz vor der Vereinigung mit der USPD, veranstaltete die KPD einen Wochenkurs für ihre hauptamtlichen Angestellten.
Im Herbst 1922 führte die Partei in Berlin eine dreimonatige Schulung durch. Alle Teilnehmer, ehemalige Betriebsarbeiter, waren zuvor zwei Monate als Volontäre in Redaktionen und Sekretariaten mit der zukünftigen Arbeit vertraut gemacht worden. Der Lehrplan war auf die Heranbildung von Redakteuren und Sekretären zugeschnitten und behandelte vor allem ökonomische und politische Probleme. Für November/Dezember 1923 war ein ähnlicher Kurs geplant, der wegen des Parteiverbots ausfiel.[114] Neben der ausgesprochenen Schulung der Spitzenfunktionäre fanden 1920/21 auch 7 Bezirksparteischulungen statt, die allerdings nur jeweils 2 Tage dauerten.[115]
Im Zuge der Bolschewisierung der Partei begann die KPD Anfang 1925 mit einer intensiven Mitgliederschulung. Am 21. Januar 1925 beschloß die Zentrale, »marxistisch-leninistische Zirkel« zu bilden.[116] Mitgliederkurse, Funktionärsschulung und »Lenin-Zirkel« bei den Unterbezirks- und Bezirksleitungen sollten die Partei ideologisch ausrichten. Am 1. Februar 1925 trat die 1. Reichskonferenz der marxistisch-leninistischen Zirkel zusammen; 56 Vertreter der Bezirke, fast alle unter 30 Jahre alt, berieten über die »Verbindung von Theorie und Praxis«. Maslow wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Das Hauptreferat über Leninismus und Trotzkismus hielt Schneller. Die Konferenz erklärte, die KPD benötige einen »Kader leninistisch geschulter Funktionäre«.[117] Auf der 2. Tagung der marxistisch-leninistischen Zirkel (am 31. Mai und 1. Juni 1925 in Weimar) kam es zu erheblichen Differenzen. Über die Aufgaben einer Schulung wurde keine Einheitlichkeit erzielt. Korsch, Konrad und andere Ultralinke warfen der Parteiführung überdies ein völliges Unverständnis des Marxismus vor.[118]
Tatsächlich erschöpfte sich die sogenannte Schulung in der Ruth Fischer-Ära im wesentlichen darin, die Tagespolitik der Führung zu rechtfertigen.[119] Nach dem »Offenen Brief« 1925 hörte die Parteischulung wegen der Fraktionskämpfe zunächst fast auf, aber bereits im Frühjahr 1926 wurde wieder die »Schulung im Marxismus-Leninismus« gefordert.[120] Ein planmäßiges Schulungssystem baute die KPD allerdings erst 1927 auf. Grundlage war die Elementarschulung, in der vor

114 »Inprekorr«, Nr. 37 vom 15. September 1923, S. 878.
115 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitags der KPD. Berlin 1923, S. 90.
116 RF vom 10. Februar 1925.
117 »Soz. Republik« vom 10. Februar – »Freiheit« vom 13. Februar 1925 – Geh. StA München 101 248.
118 Protokoll der 2. Reichstagung der marxistisch-leninistischen Zirkel. O. O. und o. J. (1925), S. 33, 42. Korsch sagte: »Der deutschen Partei ist von der Marxschen Theorie sehr wenig bekannt.«
119 Am 6. Februar 1925 gab die Zentrale in einem Rundschreiben Anweisungen für die Funktionärsschulung. Gegen Genossen, die unentschuldigt fehlten, sollte »mit Parteimitteln«, also Parteistrafen, vorgegangen werden. In 5 Abendkursen sollte über »die KPD als einzige Arbeiterpartei«, über Sowjetrußland als »Zentrum« der Komintern usw. unterrichtet werden. Stalins »Lenin und der Leninismus« galt als Pflichtliteratur (Geh. StA München, 101 249). Der Arbeitsplan für August 1925 sah vor: »Jeder Bezirk ist verpflichtet, einen Kursus über die politischen Beschlüsse des X. Parteitags zu veranstalten.« (StA Oldenburg VI–86–37, Bd. V).
120 »Der Parteiarbeiter«, Heft 3, März 1926.

allem die neuen Parteimitglieder erfaßt werden sollten. Zwei bis drei Monate lang mußten die Kandidaten zwei bis drei Schulungsabende absolvieren. Auf einer zweiten Stufe wollte man die »Fortgeschrittenen« weiter indoktrinieren. Das Schwergewicht lag aber auf der Funktionärschulung. Neben Bezirks-Wochenendschulungen wurde eine zentrale Parteischule eingerichtet.[121]

Im Frühjahr 1927 besuchten (erstmals wieder seit 1923) 42 Teilnehmer diese Schule. Grundfächer waren Marxismus-Leninismus und Geschichte der Arbeiterbewegung, doch wurden auch Gewerkschaftsfragen, Kommunalarbeit und andere Themen abgehandelt.[122] Die Rosa-Luxemburg-Schule wurde eine ständige Einrichtung, zunächst in Dresden, ab 1929 auf einem eigenen Grundstück in Berlin-Lichtenau.[123] Auf dieser Schule konnte die KPD jährlich bis zu 200 Funktionäre in Kursen von unterschiedlicher Dauer ausbilden. Zur Schulung ihrer Spitzenfunktionäre standen der Partei außerdem Plätze in den Vierjahreskursen an der Lenin-Schule in Moskau zur Verfügung.[124] Nach einem Bericht der Parteiführung wurden 1927 und 1928 in Bezirksschulen (7–14 Tage) 575 Schüler und in Vierteljahreskursen auf der Zentralschule 104 Funktionäre ausgebildet.[125] Die Schulung spielte bei der Meinungsbildung der Partei zwar eine große Rolle, ihre Wirkung sollte jedoch nicht überschätzt werden.

Wesentlich für die einheitliche politische Willens- und Meinungsbildung war die immer straffer gehandhabte Zentralisierung der KPD. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz schrieb bereits 1924: »Leninismus, das ist vor allem eiserne Disziplin seitens der Mitgliedschaft, das ist militärische Zentralisation.«[126] 1925 erklärte die Führung, Bolschewisierung sei »vollkommenster zentralistischer Aufbau der Organisation«.[127] In der Praxis bedeutete das: in der KPD gingen Arbeitsanweisungen, ja sogar »Parteibefehle« von oben nach unten, die bezirklichen und lokalen Einheiten durften die von oben kommenden Pläne nicht mehr modifizieren, sondern nur noch konkretisieren.[128] Die Instrukteure des ZK in den Bezirken bzw.

---

121 »Inprekorr«, Nr. 4 vom 13. Januar 1928, S. 85. Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 80), S. 117. Eine Reihe von Bezirken hatte in Anträgen an den XI. Parteitag (März 1927) einen Ausbau des Parteischulwesens gefordert. Der Bezirksparteitag Halle-Merseburg hatte verlangt, »sofort eine Parteischule zu eröffnen, um die aktivsten und fähigsten Parteiarbeiter in einer längeren Zeit politisch zu schulen«. Der XI. Parteitag unterstützte diese Forderung, ebenso den Wunsch nach Bezirks-Parteischulen. (Bericht XI. Parteitag, a. a. O. [Anm. 86], S. 417 f.)

122 »Die Kommunistische Internationale«, Heft 40 vom 5. Oktober 1927, S. 1974 ff. Unter den Schülern waren 13 Parteiangestellte (StA Bremen, IIA, 12 a, Bd. 20).

123 a. a. O. – Vgl. auch StA Oldenburg, VI-86-13 a.

124 Im August 1927 hatte das ZK allerdings beschlossen, für den am 19. September beginnenden Kurs keine deutschen Schüler zu entsenden, da man keine qualifizierten Kräfte entbehren wollte (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 20).

125 Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O. (Anm. 100), S. 267 f.

126 »Der Funke«, Nr. 15 vom 28. August 1924. Ende 1928 drückte sich Lenz-Winternitz ähnlich aus: »Eine einheitliche, zentralistische Organisation mit einer – wie Lenin sagte – militärischen Disziplin ist notwendig für eine Partei, die im Feuer des Feindes die Massen sammelt.« (RF vom 30. Dezember 1928.)

127 Geh. StA München, 101 249.

128 Bereits 1924 gaben die Leitungen »Parteibefehle« heraus (»Freiheit« vom 5. Juni 1924). Bei Parteikampagnen wurden verbindliche »Anweisungen« erlassen (Anweisungen. Kampfwoche 27. Juli bis 4. August 1924. Zentrale der KPD. An alle Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen. Ber-

die der BL in den Unterbezirken und Orten erhielten größere Machtbefugnisse als die gewählten regionalen und lokalen Leitungen.[129] Seit 1926 nahmen an allen BL-Sitzungen stets Vertreter des ZK teil, sie stellten die politischen Weichen.[130] Hand in Hand mit der verstärkten Zentralisierung ging die Abkehr von der Kollektiv-Führung. Ende 1927 hieß es noch: »Das ZK wird nach wie vor an dem Prinzip einer kollektiven Führung der Partei festhalten.«[131] Schon zwei Jahre später begann der Personenkult um den »Führer« Thälmann, und die Bezirksleiter wurden als »Führer der Bezirke« herausgestellt.[132]

Die erstrebte Einheitlichkeit richtete sich vor allem gegen die Fraktionen. Die Komintern forderte: »Die Kommunistischen Parteien müssen aufgebaut werden als geistig absolut monolithe Organisationen.«[133] Mit den Parteikontrollen (Generalmusterung, wie man sie später nannte)[134] wollte man in erster Linie Fraktionsbildungen verhindern.

Bei der chronologischen Darstellung konnte bereits gezeigt werden, daß die Existenz verschiedener Fraktionen in der KPD ein gravierendes Moment für die innerparteiliche Demokratie war. In der Frühzeit spielten fest organisierte Fraktionen allerdings noch keine entscheidende Rolle, die Partei befand sich oft in der Illegalität, vor allem war sie aber noch eine offene Partei, Auseinandersetzungen führten wiederholt zur Spaltung.

---

lin, 20. Juni 1924. Nur als Manuskript gedruckt.) Vgl. auch: Kampferfahrungen und Organisationsaufgabe (Referentenmaterial). Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 4. Hrsg. Zentrale der KPD, Orgbüro. Berlin o. J. (1924).

129 In einer »Instruktion für Beauftragte des ZK zu den BL-Sitzungen (Februar 1926)« hieß es z. B.: » ... Folgende Gesichtspunkte sind zu berücksichtigen:
1. Die Kampagne für das Volksbegehren muß in stärkster Weise für die Bildung der Einheitsfront ausgenutzt werden. Dazu gehört:
a) wir müssen die politische Führung haben, viel lebendigeres Auftreten vor allem der SPD gegenüber, deren Anhänger sehr unzufrieden sind über die Verwirrungsmanöver der Führer der SPD und des ADGB, vor allem auch Stellung zur Luther-Regierung ...
3. Die Presse muß die Verbindung zwischen Enteignungsfrage und anderen Problemen dauernd im Auge behalten und wirklich aufzeigen. Außerdem durch Schulmeister geschichtliches Material zusammentragen lassen für Landpropaganda aus Zeiten des Bauernkrieges ...
8. *Unsere Versammlungskampagne:* Es ist zu kontrollieren, wie sie organisiert ist (alle Vorbereitungen prüfen!).
Im Anschluß daran: Plakatkleben, Flugblattverteilung, Schlepperdienst, Erwerbslosenversammlung (geschlossen zum Unterzeichnen führen), Überwachung der Einzeichnungslokale, Propaganda dort ... (Geh. StA München, 101 250.)

130 Offensichtlich waren den ZK-Mitgliedern jeweils bestimmte Bezirke zugeteilt, es fällt z. B. auf, daß Heckert 1926/27 fast immer an Sitzungen in Württemberg teilnahm, Stoecker 1927 und 1928 in Baden. (StA Bremen, IV 27, Bd. 6 f. – IV 31, Bd. 2).

131 »Die Internationale«, Heft 20 vom 15. Oktober 1927 (Ernst Meyer).

132 »Heute spricht unser Führer« kündigte »Die Rote Fahne« am 12. September 1930 eine Rede Thälmanns an. Der Personenkult um Thälmann ähnelte immer stärker dem Stalin-Kult und dem Hitler-Kult.

133 Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 80), S. 13.

134 »Generalmusterung unserer Partei« hieß ein Artikel Walter Ulbrichts (RF vom 3. Januar 1930), in dem er eine Überprüfung der KPD ankündigte. Die Oppositionspresse schrieb über diese Methode spöttisch: »KPD-Feldwebel Ulbricht, der neueste den Berlinern aufoktroyierte Feldwebel, hat zur Behebung der Mängel in der KPD Berlin-Brandenburg eine ›Generalmusterung‹ angeordnet ... Getreu dem alten Feldwebelgehirne sagt sich auch Ulbricht: wir haben einen großen Kaiser (Stalin), haben eine geniale Regierung (ZK), haben glänzende Generale (Merker, Dahlem,

Bei den fraktionellen Differenzen 1921 (nach der Märzaktion) herrschte breiteste innerparteiliche Demokratie: Erklärungen der Opposition wurden selbstverständlich in der Parteipresse abgedruckt, ihre Redner hielten Korreferate usw.[135] Ähnliche Möglichkeiten besaß die Opposition auch in den Jahren 1922 und 1923. Nach der Oktoberniederlage 1923 spiegelte sich die innerparteiliche Demokratie in der Fraktionsauseinandersetzung wider: Rechte, Mittelgruppe und Linke traten auf allen Delegiertenkonferenzen, Bezirksparteitagen usw. mit eigenen Rednern und Plattformen auf, und die aktive Mitgliedschaft konnte ihrem Willen Ausdruck geben. Die Zusammensetzung und Diskussion des IX. Parteitages 1924 gab ein Bild von der Franktionsstärke. Ziel der Linken nach 1924 war es, durch die »Bolschewisierung« die Fraktionen zu liquidieren. Das gelang ihnen nicht, schon im Frühjahr 1925 bestand eine ultralinke Opposition und auch die gemäßigten Kräfte arbeiteten mehr oder weniger fraktionell zusammen.

Nach dem Höhepunkt des Fraktionskampfes 1926 führte die Überspitzung der fraktionellen Auseinandersetzungen schließlich dazu, daß sich innerhalb und außerhalb der KPD fast ein Dutzend Fraktionen bekämpften[136] und die Partei zu zersplittern drohte. Das erleichterte es der Parteiführung und ihrem Apparat, bei den meisten Mitgliedern und Funktionären Abscheu vor jeder Fraktionstätigkeit zu erwecken. Darüber hinaus bewirkten die Fraktionskämpfe eine allgemeine Diskussionsmüdigkeit; Thälmann hatte auf dem VIII. Parteitag 1923 noch gesagt, eine Partei, die nicht über bestehende sachliche Differenzen diskutiere, sei »überhaupt tot«.[137] In diese Situation geriet die KPD einige Jahre später, als sich geradezu ein Horror vor jeder Diskussion bemerkbar machte. Wie die Parteizeitungen berichteten, stöhnten die Mitglieder: »Schon wieder eine Diskussion«.[138] Diese Diskussionsmüdigkeit machten sich Führung und Apparat zunutze; schon 1926 for-

---

Ulbricht), doch wir haben bei den Mannschaften eine Sauschlamperei.« (»Gegen den Strom« vom 14. Januar 1930).

135 Nach der Märzaktion 1921 druckte die Parteipresse alle Erklärungen der Opposition, auch solche, in denen die Zentrale wegen der Aktion scharf angegriffen wurde. In der RF vom 24. Dezember 1921 kamen z. B. nochmals 128 oppositionelle Funktionäre aus Berlin, Barmen, Hamborn, Remscheid, Königsberg usw. zu Wort, sie veröffentlichte praktisch eine Fraktionsplattform.

136 Das »Mitteilungsblatt« der Opposition zählte für Anfang 1927 zehn Fraktionsgruppen innerhalb und außerhalb der KPD auf:
»1. die *offene* Brandler-Fraktion mit Paul Böttcher, Jakob Walcher, Robert Siewert, Rosi Wolfstein, Arthur Rosenberg;
2. die Ernst-Meyer-Fraktion, die *Versöhnler*;
3. die Parteibeamten – Arthur Ewert, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Hans Pfeiffer;
4. die Thälmann-Fraktion mit Philipp Dengel, Heinz Neumann, Ernst Schneller, Theo Neubauer, Heinrich Süßkind, Karl Volk;
5. die Chemnitzer linke Fraktion unter Führung von Paul Bertz, die auch Gruppen in Berlin und Mittelrhein hatte;
6. die Pfälzer ultralinke Gruppe unter Führung von Hans Weber;
7. eine ultralinke Gruppe unter Führung von Paul Kötter (Weddinger Linke);
8. die linke Opposition unter Führung von Arkadij Maslow, Hugo Urbahns, Ruth Fischer;
9. die ultralinke Gruppe von Karl Korsch;
10. die ultralinke Gruppe von Ernst Schwarz.« (»Mitteilungsblatt«. Linke Opposition der KPD. Nr. 7 vom 15. März 1927.) Vgl. auch oben, Kap. 3, S. 176, Anm. 255.

137 Bericht 8. Parteitag, a. a. O. (Anm. 115), S. 357.

138 »Westf. Kämpfer« vom 12. August 1926.

derte eine Konferenz des kommunistischen Jugendverbandes, »endlich mit der Diskussion Schluß zu machen« und »praktische Arbeit« zu leisten.[139]
Erst recht wurde nun die »endgültige Vernichtung aller Fraktionen« als eine »Lebensnotwendigkeit« für die KPD angesehen und auch der »Fraktionsgeist« verurteilt.[140] Während die fraktionellen Auseinandersetzungen mit der linken Opposition sich 1926/27 noch über eine längere Zeit hinzogen, konnte die Führung den Kampf gegen die Fraktionen der Rechten und Versöhnler 1928/29 schon nach kurzer Zeit beenden. Mit der Ausschaltung der Fraktionen war die Macht des Apparates beträchtlich angewachsen[141] und die Partei einer einheitlichen Ausrichtung merklich nähergekommen. Die Zerschlagung der Fraktionen signalisierte aber auch das Ende der innerparteilichen Demokratie in der KPD.
Die Veränderung der Organisationsstruktur der KPD 1924 bis 1929 brachte vor allem die Zentralisierung der Partei: eine entsprechend vergrößerte Machtbefugnis der Zentrale; eine straffere Anleitung des Apparates von oben; die Auflösung der großen Grundorganisationen durch Umbau auf Zellen (und damit weitgehende Beeinträchtigung des inneren Parteilebens); eine einheitliche Meinungsbildung durch Presse und Schulung; nicht zuletzt aber die Zerschlagung der Fraktionen und die Ausschaltung jeder legalen Opposition. Mit diesen einschneidenden Wandlungen der KPD-Organisation wuchs die Bedeutung des Apparats in der Partei erheblich.

Mitglieder, Funktionäre und Apparat

Die KPD verstand sich zunächst als Kaderpartei, alle Mitglieder sollten Funktionäre sein, der hauptamtliche Apparat war klein. Anfang 1920 meinte Thalheimer, die KPD sei »nicht darauf angewiesen, unbedingt viele Genossen aufzunehmen«. Er verwies auf das russische Beispiel, wo eine kleine Partei enorme Arbeit leiste.[142] Nachdem die KPD Ende 1920 durch den Zusammenschluß mit der linken USPD zur Massenbewegung geworden war (über 350 000 Mitglieder), schwankte ihre organisatorische Zielvorstellung zwischen Kader- und Massenpartei. Auch der ideologische Zwiespalt der KPD reflektierte sich: die Linken und Ultralinken neigten eher zur sektiererischen Kaderpartei, die Rechten tendierten zur Massenpartei.
1924 behauptete die KPD-Führung einerseits, »mit der Überschätzung der bloßen Zahl muß aufgeräumt werden«,[143] andererseits betonte sie, es komme darauf an,

139 »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 19. März 1927.
140 »Westf. Kämpfer« vom 1. September 1926 und 25. Januar 1927.
141 Schon im Herbst 1926 warf die Opposition der KPD-Führung vor, sie dominiere bei den Abstimmungen vor allem, weil viele hauptamtliche Funktionäre die Versammlungen beherrschten. Im September 1926 behaupteten die Ultralinken, eine Berliner Parteiarbeiter-Konferenz sei »zusammengeschoben«, es seien allein 200 Parteiangestellte in der Versammlung gewesen. Nach einem Antrag der Opposition, festzustellen, wieviele Parteiangestellte anwesend seien, erhoben immerhin 78 Funktionäre die Hand! (»Entschiedene Linke« vom 15. September 1926).
142 Bericht über den 3. Parteitag der KPD, o. O. u J. (1920), S. 47.
143 »Der kommunistische Funktionär«. Hrsg. Bezirkskomitee der KPD Ruhrgebiet. Nr. 7 vom 5. März 1924.

breite Massen organisatorisch in der Partei zu erfassen.[144] Entsprechend wechselte die Taktik zwischen Werbekampagnen[145] und Aufnahmesperren oder Parteisäuberungen.[146] Die formalen Parteistatuten paßten eher zu einer Kaderpartei (danach mußte jedes Mitglied »*aktiv* in der Partei mitarbeiten«),[147] in der Realität war die Frage seit dem Zusammenschluß mit der linken USPD zugunsten einer Massenpartei beantwortet. Zwischen 1924 und 1929 hatte die KPD allerdings ihren niedrigsten Mitgliederstand zu verzeichnen: nämlich um die 100 000; im 2. Quartal 1924 zählte sie 95 000, am 1. April 1925 122 755, im Januar 1926 112 300, im Januar 1927 143 172 und im März 1929 105 744 Mitglieder.[148] Das war – wie schon an anderer Stelle erwähnt – nur eine winzige Minderheit der Industriearbeiterschaft (0,6 %)[149] und ein Bruchteil der SPD-Mitgliedschaft. Und doch war die KPD, »mehr als sonst eine Partei, eine ausgesprochene *Klassenpartei*. Als solche übte sie auf klassenbewußtes Proletariat immer eine bestimmte Anziehungskraft aus.«[150] Über die Zusammensetzung der Partei geben zwei »Reichskontrollen« (1927 und 1929) Aufschluß, bei denen die Parteimitglieder zu konkreten Punkten befragt wurden.[151] Die KPD präsentierte sich als ausgesprochene Arbeiterpartei mit relativ jungen Mitgliedern. Die Altersstruktur der 143 000 Mitglieder zeigte 1927 folgendes Bild:

Bis	25 Jahre	12,3 %
bis	30 Jahre	19,5 %
bis	40 Jahre	32,7 %
bis	50 Jahre	21,9 %

Während der Anteil der Jugend in der KPD (bis 25 Jahre) nur knapp über dem Anteil der unter 25jährigen in Deutschland lag, waren die Gruppen bis 30 Jahre

---

144 »5000 neue Parteimitglieder sind mehr wert als 100 000 Wählerstimmen und 5000 neue Abonnenten wiegen 50 000 Wählerstimmen auf.« (»Der Revolutionär«. Diskussions- und Mitteilungsblatt des Bezirks Niederrhein, Nr. 7 vom 16. Juni 1924.)

145 So wurde Ende 1924 ein »Zuchthausaufgebot«, 1927 ein »Herbstaufgebot« für Mitgliederwerbung durchgeführt. (»Hammer und Sichel«. Parteiarbeiterschrift für den Bezirk Mittelrhein. Sondernummer September 1927.)

146 1924 wurde darüber diskutiert, ob man »Parteikandidaten« als Vorstufe für die Mitgliedschaft einführen solle. (»Der kommunistische Funktionär« vom 5. März 1924.) Ab März 1924 konnten wieder Aufnahmen in die KPD erfolgen, aber nur bei Bürgschaft von 2 Genossen (RF vom 25. März 1924). Im Juli 1927 beschloß die BL Erzgebirge-Vogtland: »Gründe organisatorischer und politischer Natur zwingen uns, die Aufnahme neuer Mitglieder nicht mehr durch die Betriebs- und Straßenzellen vornehmen zu lassen. Über die eingereichten Aufnahmen entscheidet in letzter Instanz die BL. Natürlich darf dies nicht dazu führen, daß jede Werbung von Mitgliedern unterbleibt, sondern diese Maßnahme ist erforderlich, um eine eiserne Kohorte gemäß den Beschlüssen des EKKI zu schaffen und unsauberen Elementen das Einschleichen in die Partei zu erschweren.« (StA Bremen, IIA 12a, Bd. 19, Bl. 79).

147 Die Organisation der Kommunistischen Weltpartei. Berlin 1924, S. 3.

148 »Kommunistische Politik«. Diskussionsblatt der Entschiedenen Linken in der KPD. Nr. 4–5. Mai 1926 – »Die Kommunistische Internationale«, Heft 17, 1927, S. 2138 und Heft 19, 1928, S. 1051 – StA Bremen, IIA 12a, Bd. 16, Bl. 102 – Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 53 ff. Vergl. auch unten, Materialien S. 362 f.

149 Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1066.

150 Sigmund Neumann: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932, S. 96.

151 Kaasch, a. a. O. – 2 Jahre Arbeit und Kampf. Bericht des ZK der KPD an dem 12. Parteitag. Berlin 1929, S. 252 ff.

doppelt und bis 40 Jahre in der KPD mehr als doppelt überrepräsentiert, entsprechend die über 50jährigen weit unterrepräsentiert.[152] Die wichtigsten Kader der KPD waren in ihrer Jugend von Krieg und Revolution geprägt worden (die Jahrgänge 1888–1900 waren stark vertreten), die KPD-Mitglieder waren im Durchschnitt auch jünger als die der SPD. Als neue und radikale Bewegung hatte die Partei in den ersten acht Jahren seit ihrem Bestehen vor allem jüngere Menschen angezogen und erfaßt.

Nach der Reichskontrolle von 1929 ergab sich, daß nur 16,5 % der Parteimitglieder Frauen waren, diese also in der KPD – wie in der Arbeiterbewegung überhaupt – eine Minorität blieben (SPD = 21 % Frauen).[153] 94,6 % der Parteimitglieder hatten nur Volksschulbildung, 2,4% hatten die Mittelschule und 0,9% (1400 Mitglieder) eine Hochschule absolviert.[154]

Die soziale Struktur der KPD zeigte 1927 folgendes Bild: 68 % der Mitglieder waren Industriearbeiter (davon 40 % gelernte und 28 % ungelernte Arbeiter), hinzu kamen 10 % handwerkliche Arbeiter und 2 % Landarbeiter, insgesamt also 80 % Arbeiter. Der Rest setzte sich zusammen aus: Bauern = 0,1 % »Mittelstand« (mittlere Beamte, Kleingewerbetreibende und freie Berufe) = 2,2 %, untere Beamte = 0,7 %, Handlungsgehilfen = 1,7 %, in Genossenschaften und Gewerkschaften Beschäftigte = 2,6 %, Parteiangestellte = 1,6 % und sonstige (Hausfrauen usw.) = 11,1 %.[155] Eindeutig waren also die Industriearbeiter (vor allem die ungelernten Industriearbeiter) überdurchschnittlich repräsentiert. Allerdings waren von den 143 000 KPD-Mitgliedern 1927 nur 53,2 % in Betrieben beschäftigt. Davon arbeiteten wiederum 36,3 % in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten, 12 % in Betrieben bis 100, 22,3 % in Betrieben bis 500, 9 % in Betrieben bis 1000, 13,2 % in Betrieben bis 3000, 5 % in Betrieben bis 5000 und nur 2,5 % (d. h. weniger als 2000 Mitglieder) in Betrieben mit über 5000 Beschäftigten.[156] Anfang 1929 hatte sich zwar der Prozentsatz der in Betrieben tätigen KPD-Mitglieder auf 62,3 % erhöht, aber die Relation zwischen den in Groß- und Kleinbetrieben Beschäftigten war fast kon-

---

152 Kaasch, a. a. O., S. 1051 – Wl. Woytinsky: Zehn Jahre Neues Deutschland. Ein Überblick in Zahlen. Berlin 1929, S. 17.

153 2 Jahre Arbeit . . ., a. a. O., S. 253 – Protokoll. Sozialdemokratischer Parteitag Magdeburg 1929. Berlin 1929, S. 44.

154 Kaasch, a. a. O., S. 1052.

155 Kaasch, a. a. O., S. 1052 f. In Berlin-Brandenburg ergab die Reichskontrolle 1927 59,4 % Industriearbeiter (36,6 % gelernte und 22,8 % ungelernte), 11,7 % handwerkliche Arbeiter und 1,3 % Landarbeiter, zusammen also 72,4 % Arbeiter. Außerdem: 5,9 % Handlungsgehilfen, 1,1 % »Untere Beamte«, 5,0 % »Mittelstand«, 15 % Hausfrauen. Gegenüber dem Reich waren in Berlin die Arbeiter unterrepräsentiert, die Angestellten und Hausfrauen überrepräsentiert. Eine andere Zusammensetzung als im Reichsdurchschnitt bestand zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, das zeigte sich vor allem im Funktionärkorps: von 1789 Delegierten der Unterbezirkskonferenzen waren 28 % gelernte und 24 % ungelernte Industriearbeiter. (Bericht der BL 1927, a. a. O. [Anm. 69], S. 87, 100).

156 Kaasch, a. a. O., S. 1055. Im Bezirk Berlin-Brandenburg waren 1927 51 % der Mitglieder Betriebsarbeiter, von diesen arbeiteten 37 % in Betrieben bis 50 Beschäftigten, 12 % in Betrieben bis 100, 26 % in Betrieben bis 500, 12 % in Betrieben bis 1000, 10 % in Betrieben bis 3000, 3 % in Betrieben bis 5000 und 3 % in Betrieben über 5000 Beschäftigten. Im wichtigsten Bezirk galten also ebenfalls die Werte des ganzen Deutschland, nur in den Betrieben von 100–1000 Arbeitern war die Berliner KP relativ stärker als im Reich, in den Betrieben über 1000 Beschäftigte sogar noch schwächer (Bericht der BL 1927, a. a. O., S. 89).

stant geblieben.[157] Die Masse der KPD-Mitglieder arbeitete in kleinen und mittleren Betrieben. Das ist für den Typus des deutschen Kommunisten recht bedeutsam, allerdings darf nicht übersehen werden, welche Gründe diese Entwicklung förderten: sie ist auch darauf zurückzuführen, daß im Kleinbetrieb der spezialisierte Arbeiter weniger leicht zu entbehren ist als im Großbetrieb, wo außerdem eine kommunistische Agitation größere Auswirkungen haben konnte, und eine kommunistische Betätigung schneller zur Entlassung führte.

Die Reichskontrolle ergab, daß die herkömmliche kommunistische Behauptung, die SPD erfasse die »Arbeiteraristokratie«, die Kommunisten aber rekrutierten sich aus den unteren Schichten, für die KPD-Mitgliedschaft kaum zutraf. Nach der Leninschen These[158] und den Vorstellungen von Karl Liebknecht bildete die »besitzlose Masse der ungelernten Arbeiter« das eigentliche Proletariat, das von der KPD repräsentiert wurde.[159] Die Reichskontrolle 1927 bewies jedoch: die gewerkschaftlich organisierten KPD-Mitglieder waren zu 30 % Metallarbeiter, 12 % Bauarbeiter, 7 % Bergarbeiter, 6 % Holzarbeiter, 4 % Textilarbeiter, während im Fabrikarbeiterverband 8 %, im Transportarbeiterverband 6 % und in den graphischen Verbänden 4 % der Kommunisten organisiert waren. Flechtheim hat bereits nachgewiesen, daß der Unterschied in der Entlohnung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern nicht so groß war wie der zwischen einzelnen Berufssparten, etwa zwischen Bauarbeitern und Textilarbeitern. Die KPD hatte aber in den besser bezahlten Berufszweigen ebenso erheblichen Einfluß, wie umgekehrt in schlecht bezahlten (Textilarbeiter, Landarbeiter) die SPD dominierte. Flechtheims These ist zuzustimmen: das vorhandene Material ist zwar für exakte Schlüsse nicht reichhaltig genug, immerhin kann aber hypothetisch gesagt werden: »daß die These von der Arbeiteraristokratie als Bollwerk der SPD nicht wahrscheinlich gemacht, geschweige denn bewiesen worden ist: Vielmehr scheint es so zu sein, daß große Teile auch der unqualifizierten und schlecht bezahlten Arbeiterschaft der sozialdemokratischen Führung folgen, während nicht unerhebliche Elemente der qualifizierten Gruppen wenigstens zeitweise zur KPD neigen.«[160]

Während der Krise 1929–1933 änderte sich die Lage gründlich, die KPD rekru-

---

157 2 Jahre Arbeit ..., a. a. O., S. 253.

158 Lenin vertrat die Meinung, die Sozialdemokratie habe sich zur Interessenvertretung der »Arbeiteraristokratie« entwickelt, daher seien die Kommunisten Vertreter des eigentlichen Proletariats. Vgl. vor allem »Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus«, 1916; in: Lenin, Ausgewählte Schriften, München 1963, S. 546 ff.

159 »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« Nr. 3 vom 12. Januar 1928.

160 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1969, S. 316. Bereits 1932 hatte Sigmund Neumann geschrieben: »Die KPD umfaßt nicht einmal, wie es in einer beliebten soziologischen Aufrechnung meistens geschieht, ausschließlich die ungelernte Arbeiterschaft gegenüber der SPD mit einer vorherrschend gelernten Arbeiterschaft ... Es gibt auch in der KPD viel hochqualifiziertes und entschlossenes Proletariat. Die politischen Wahlen und die Betriebsrats-Abstimmungen beweisen, daß vor allem in den hochindustrialisierten Bezirken die KPD ihre Hochburgen hat und daß sie zum Teil sogar in besonders qualifizierten Gewerbezweigen Fuß fassen konnte.« (Neumann, a. a. O. [Anm. 150], S. 96.) Wenn Neumann (S. 88 ff.) die KPD-Mentalität von den »verzweifelten Schichten« geprägt sieht und sie mit dem Rechtsradikalismus vergleicht, so hat diese Aussage nur Gültigkeit für die KPD 1930–33, nicht für die hier untersuchte Periode.

tierte sich aus Arbeitslosen, und sie vertrat nun tatsächlich die »unteren Schichten« der Arbeiterschaft. Allerdings ist der Anteil der Erwerbslosen in der KPD immer sehr hoch gewesen. In Berlin-Brandenburg waren im September 1924 fast 25 % und im April 1925 15 % der Parteimitglieder erwerbslos, im März 1927 30 %, im Bezirk Mittelrhein 1925 sogar 50 %.[161] Bereits 1929/30 hatte die KPD durchschnittlich 50 % Arbeitslose in ihren Reihen.[162]
Der Einfluß und die Zusammensetzung der KPD waren regional recht unterschiedlich. Von den 27 Parteibezirken umfaßten die acht wichtigsten Bezirke (1929) zwei Drittel der Mitgliedschaft: Berlin-Brandenburg 15,8 %, Halle-Merseburg 9 %, Wasserkante 8,9 %, Niederrhein 7,8 %, Erzgebirge-Vogtland 7,5 %, Ruhr 6,7 %, Westsachsen 6,1 % und Thüringen 4,7 %.[163] Die KPD war also vor allem in Mitteldeutschland, im Rhein-Ruhrgebiet, in Berlin und Hamburg ein politisch gewichtiger Faktor. Die organisatorisch schwächsten KPD-Bezirke waren Hessen-Kassel, Mecklenburg, Schlesien, Bayern, Pommern und Niedersachsen. Regionale Stärke und Schwäche der KPD-Wählerschaft entsprach ungefähr dem Stand der Parteiorganisation. In den Bezirken Berlin, Halle-Merseburg, Niederrhein und Ruhr überrundete die KPD bei den Wahlen verschiedentlich die SPD, als Wählerpartei war sie auch in den übrigen organisatorisch stabilen Bezirken stark.[164] Von den Bezirken mit schwacher Organisation hatte Oberschlesien eine überdurchschnittlich große KPD-Wählerschaft, ähnlich auch das Saargebiet. Die KPD-Organisation war in der Fertigwaren-Industrie weit stärker als in der Schwerindustrie verankert,[165] die Wählerschaft der Partei konzentrierte sich aber nicht zuletzt in Regionen mit Schwerindustrie.
Im Mai 1924 zählte die KPD mehr als 20 % der Wähler in den Wahlkreisen Merseburg (25,7 %), Düsseldorf-Ost (24,9 %), Westfalen-Süd (21,9 %), Berlin (20,6 %). Im Mai 1928: Berlin (29,6 %), Düsseldorf-Ost (28,3 %), Merseburg (24,4 %). Im November 1932: Berlin (37,1 %), Düsseldorf-Ost (28,3 %), Merseburg (27,1 %) Potsdam I (23,6 %), Potsdam II (23,2 %), Westfalen-Süd (23,2 %), Düsseldorf-West (22,6 %), Hamburg (21,94 %), Chemnitz-Zwickau (21,4 %) und Leipzig (20,7 %).
Die Wählerhochburgen der KPD waren also dicht besiedelte Industriegebiete (Mit-

---

161 »Soz. Republik« vom 15. Juni 1925 – Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD September 1924 – April 1925. Berlin o. J. – Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz. 1. Januar bis 31. Oktober 1927. Berlin o. J., S. 62.

162 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 10.

163 Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (National Archives of the United States), T-175, Roll No. 312, p. 811 759. Vgl. auch unten III. Materialien, S. 367 f.
Im Verhältnis zur Einwohnerzahl waren in einigen Städten organisierte Kommunisten: Leipzig 0,7 %, Essen 0,36 %, Frankfurt-M. 0,24 %, Dortmund 0,19 %, Fürstenwalde 0,49 %, Rathenow 0,45 %, Perleberg 0,13 %, Potsdam 0,07 %. (Kaasch, a. a. O. [Anm. 69], S. 1066 – Bericht BL 1927, a. a. O. [Anm. 161], S. 58.)

164 Zwischen 1924 und 1932 erhielt die KPD bei den Reichstagswahlen in Berlin-Brandenburg zwischen 15 und 25 %, in Halle-Merseburg zwischen 22 und 27 %, in Wasserkante zwischen 9 und 17 %, in Niederrhein zwischen 16 und 25 %, in Erzgebirge-Vogtland zwischen 14 und 21 %, Ruhr zwischen 13 und 24 %, Westsachsen zwischen 12 und 20 % und Thüringen zwischen 13 und 19 %. Dagegen im Reichsdurchschnitt zwischen 9 und 16 %.

165 Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1056, und unter III. Materialien, S. 368 ff.

teldeutschland, Rhein-Ruhr, Berlin und Hamburg), in denen auch die KPD-Organisation florierte. Die konfessionelle Gliederung der KPD-Wählerschaft war unterschiedlich: in fast rein evangelischen Gebieten finden sich ebenso KPD-Hochburgen wie in katholischen Gegenden, allerdings hatte die KPD in den katholischen Industrierevieren im allgemeinen mehr Wähler als die SPD: Wahlkreis Oppeln: KPD = 16,7 % – SPD = 4,2 %; Köln-Aachen: KPD = 14,2 % – SPD = 10,1 %; Düsseldorf-West: KPD = 18,9 % – SPD = 9,7 % (1924). Die KPD wurde auch mehr von Männern als von Frauen gewählt.[166]
Stärke und Schwäche der KPD-Organisation wurden auch von traditionellen Momenten mitbestimmt. Die acht bedeutenden KPD-Bezirke waren bis 1920 Hochburgen der USPD gewesen, aber nur in Niederrhein und Erzgebirge-Vogtland hatte auch die KPD-Spartakusbund über einflußreiche Organisationen verfügt. Allerdings dürfte die von Schorske gezeichnete tradierte Verbindung von der linken SPD der Vorkriegszeit über die USPD zur KPD die Entwicklung zu sehr vereinfachen.[167] Eine solche Entwicklungslinie läßt sich z. B. für Solingen-Remscheid nachweisen, hier war die KPD in der Weimarer Republik dann stärker als die SPD; sie trifft aber bereits weniger zu für Stuttgart, wo sich eine starke SPD halten konnte, oder für Bremen, wo die KPD weit weniger Einfluß besaß. Es ist wohl zu unterscheiden, daß die USPD in Solingen-Remscheid den SPD-Parteiapparat und die Presse übernahm, die dann mit der linken USPD zur KPD kamen, während in Bremen und Stuttgart die USPD und dann die KPD diese Möglichkeit nicht besaßen. Die regionalen und lokalen Entwicklungslinien und die Wirkung der Tradition[168] können hier nicht im einzelnen untersucht werden; auch die Auswirkung der regionalen Unterschiede auf das innerparteiliche Leben der KPD kann hier nur pauschal registriert werden. Immerhin ist bemerkenswert, daß die innerparteilich

166 Zu den Wahlergebnissen vgl. Alfred Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1965, S. 108 ff.
Die KPD erhielt in der Weimarer Republik gegenüber anderen Parteien die relativ wenigsten Frauenstimmen. Diese im großen und ganzen richtige Tatsache wird in der Literatur als allgemeingültig angesehen. Es gab jedoch Ausnahmen. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 wurde die KPD in einer größeren Zahl Thüringer Gemeinden von mehr Frauen als Männern gewählt. Eine nähere Untersuchung läßt folgenden Schluß zu: Die KPD erhielt u. U. mehr Frauen- als Männerstimmen, wenn: a) die Partei überdurchschnittlich stark, meist überhaupt stärkste Partei im Ort war, b) wegen der Struktur des Ortes viele Frauen arbeiteten (keine Schwerindustrie, aber z. B. Textilindustrie), c) die Gebiete evangelisch und nicht katholisch waren. Im Ruhrgebiet (Schwerindustrie und katholisch) ist bei den getrennten Abstimmungen daher auch immer ein eindeutiges Überwiegen der Männerstimmen für die KPD festzustellen. Bei den Wahlen im Dezember 1924 und 1928, bei denen die KPD in den entsprechenden Thüringer Orten nicht mehr so gut abschnitt, waren nun auch meist mehr Männer- als Frauenstimmen zu verzeichnen. (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 315, VI. Reichstagswahl 1924, S. 43 ff. – Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 372 III, Reichstagswahlen 1928, S. 13 ff. – Beiträge zur Statistik des Landes Thüringen, Heft 4. Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 in Thüringen, Weimar 1924, S. 27 ff.)

167 Carl E. Schorske: German Social Democracy 1905–1917. Cambridge Mass. 1955.

168 Wie weit diese Tradition wirkt, zeigt die politische Entwicklung von zwei strukturell ähnlichen, benachbarten Arbeiterorten im Kreis Hanau. Während Langendiebach in der ganzen Zeit der Weimarer Republik eine Hochburg der SPD blieb, dominierte in Langenselbold eindeutig die KPD. Auch nach 1945 blieb in Langenselbold die KPD, später die DFU, verhältnismäßig stark, während Langendiebach wieder eindeutige SPD-Hochburg wurde. Vgl. dazu auch: Festschrift zum 60-jährigen Jubiläum des Ortsvereins Langendiebach der SPD. August 1950, Wahlergebnisse im Landkreis Hanau. Hrsg. SPD o. O u. J. (hektogr.).

links stehenden Bezirke (Berlin, Wasserkante, Ruhr, Mittelrhein) sich auf ehemalige starke USPD-Organisationen stützen konnten, während die traditionell rechten KPD-Bezirke (Württemberg, Nordwest, z. T. auch Erzgebirge sowie Westsachsen) auf bereits relativ starke KPD-Spartakusbund-Organisationen zurückgingen.
Die lokalen und regionalen Kontraste in der innerparteilichen Auseinandersetzung sind allerdings nur schwer zu deuten, da zu verschiedenartige Komponenten eine Rolle spielten. Neben der sozialen Zusammensetzung und der ideologischen Tradition dürften auch frühere Abspaltungen mitgewirkt haben. Für die weitere Entwicklung im Bezirk Mittelrhein war es z. B. von Bedeutung, daß 1921 viele rechte Kommunisten um Paul Levi die Partei verließen, so daß in Zukunft der linke Flügel sehr stark wurde. Umgekehrt stand allerdings in Berlin die Partei immer links, obwohl 1919 die große Mehrheit der KPD zur ultralinken KAPD abgewandert war: Hier stießen mit der USPD wieder neue linke Kräfte zur VKPD. Schließlich ist die Wechselwirkung zwischen Mitgliedschaft und örtlichen Parteiführern zu beachten. In Offenbach konnte der (aus der USPD kommende) rechte Kommunist Heinrich Galm die Mehrheit der Ortsgruppe und der Wähler zur KPO und später zur SAP mitziehen,[169] während in Suhl der (ebenfalls aus der USPD kommende) linke Kommunist Guido Heym die Mehrheit der Organisation und der Wähler zunächst zum Leninbund und später zur SPD überführte. Welche Faktoren diese lokalen und regionalen Unterschiede letztlich bestimmten, liegt noch im dunkeln, sie zu beleuchten, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.
Zu konstatieren ist jedoch der regional sehr unterschiedliche Einfluß (bzw. die organisatorische Stärke) der KPD, der sie als Partei der Industriearbeiter ausweist, ferner die aus der Geschichte der Arbeiterbewegung tradierenden, auch für die innerparteiliche Entwicklung sehr wesentlichen regionalen Verschiedenheiten; und schließlich die interessante Tatsache, daß im allgemeinen in den von der USPD übernommenen Organisationen die linken Kommunisten und in ehemaligen Spartakus-Hochburgen die rechten Kommunisten dominierten, während in den Bezirken, in denen die KPD besonders schwach war (Bayern, Schlesien), kaum innerparteiliche Auseinandersetzungen zu registrieren sind.
Natürlich unterlagen auch die Parteimitglieder weitgehend Umwelteinflüssen, viele waren keineswegs solche Kommunisten, wie sie sich die Parteiführung wünschte und die Gegner vermuteten. So waren z. B. im starken Bezirk Halle-Merseburg noch 20 % der KPD-Mitglieder in der Kirche, im Bezirk Ruhr sogar 22 %. Im letztgenannten Bezirk schickten 26 % der Parteimitglieder ihre Kinder in den Religionsunterricht, dem kommunistischen Jung-Spartakusbund gehörten jedoch nur die Kinder von 17 % der organisierten Kommunisten an.[170] Dieses »unkommunistische« Verhalten vieler Kommunisten war wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ein Teil erst seit kurzer Zeit in der Partei organisiert war. Von den Mitgliedern

---

169 Im Januar 1930 gewann die KPO unter Führung Galms bei den Gemeindewahlen 5 Sitze, sie war nun mit 11 Abgeordneten gegenüber 3 der KPD vertreten. Im benachbarten Neu-Isenburg hatten die linken Kommunisten unter Führung Ebners 4 Mandate errungen, die KPD keines. (StA Bremen, IV 29, Bd. 5).

170 Kaasch, a. a. O (Anm. 69), S. 1065.

gehörten im Jahre 1927 nur 28 % der KPD seit 1920 an, 14 % waren 1921, 7 % waren 1922, und 13 % waren im Jahre 1923 der Partei beigetreten. Fast 40 % der Parteigenossen waren also weniger als drei Jahre Mitglied der KPD.
Diesen »traditionslosen« Kommunisten standen 30 % der KPD-Mitglieder gegenüber, die früher in der SPD organisiert waren, davon 11 % (15 000 Personen) länger als 10 Jahre.[171] Andererseits gehörten von den Parteimitgliedern des Jahres 1927 nur etwas über ein Viertel der KPD schon seit dem Vereinigungsparteitag von 1920 an. Das bedeutete, daß von den damaligen 370 000 Mitgliedern 7 Jahre später nur noch ein Zehntel in der Partei verblieben war. Auch von den 295 000 Mitgliedern des Jahre 1923 konnte die KPD 1927 nur noch 85 000, also ein Drittel, mustern. Hier wird deutlich, wie auffallend stark die Fluktuation der KPD-Mitgliedschaft in der Weimarer Republik war. Es ist kaum zu hoch gegriffen, wenn man annimmt, daß in der Zeitspanne von 1920 bis 1933 nach und nach insgesamt eine Million Arbeiter in der KPD organisiert waren, wovon die meisten freilich nur eine kurze Gastrolle in der Partei gaben. In Berlin-Brandenburg traten 1925 20 % und 1926 21 % der Mitglieder wieder aus der Partei aus. 1927 standen in Berlin-Brandenburg 2373 Eintritten 3577 Austritte und 1928 6087 Eintritten 4965 Austritte gegenüber.[172] Es waren meist neue Parteimitglieder, die mit revolutionärem Enthusiasmus und in der Hoffnung auf eine gut funktionierende Parteiorganisation in die KPD kamen, ihr aber bald wieder enttäuscht den Rücken kehrten. Sie liefen weg, weil sie etwas anderes erwartet hatten, wie Pjatnizki der KPD vorwarf.[173] Selbstkritisch stellte die KPD fest, der neue Genosse fühle sich fremd, »er findet nicht jenen Geist der Kameradschaftlichkeit, der notwendig ist, um mit Freude mitwirken zu können«.[174] Aber auch langjährige Mitglieder verließen die Partei, z. B. waren 1927 in Thüringen von 12 000 Mitgliedern des Jahres 1920 nur noch 2322 erfaßt.[175] 1929 hatte die KPD etwa 50 000 Neuaufnahmen registriert, die fast alle wieder verlorengingen.[176] Riesige Ausmaße nahm die Fluktuation dann, wie schon erwähnt, 1930–1932 an.
Auch die Nebenorganisationen der KPD zeigten diesen Trend, so etwa der Kommunistische Jugendverband (KJV), der 1927 40 % seiner Mitglieder verlor. 1929 wurde beim KJV sogar »hundertprozentige Fluktuation festgestellt«.[177] Im Gegensatz zur SPD zeigte die KPD eine unverhältnismäßig starke Fluktuation der Mitgliedschaft. In einer solchen instabilen Organisation kam den Funktionärkörper-

---

171 a. a. O., S. 1063. 31 % der KPD-Mitglieder hatten auch der USP angehört, die meisten davon allerdings vorher auch der SPD. 9 % waren 1919 oder 1920 der KPD-Spartakusbund beigetreten.
172 Bericht der BL (1927), a. a. O. (Anm. 161), S. 73 – »Gegen den Strom« vom 8. Dezember 1928 – »Gegen den Strom« vom 24. Juli 1929. Von 1789 Delegierten der Unterbezirkskonferenzen des Bezirks Berlin-Brandenburg waren 1927 nur 38 % seit 1920 in der KPD, aber 40 % erst vier Jahre und weniger; von den Delegierten aus der Provinz waren sogar nur 27 % seit 1920 in der Partei. Von den 14 387 Mitgliedern des Bezirks gehörten 31 % der KPD seit 1920 an. 53 % erst seit 1923 oder später (23 % seit 1926!). Vgl. Bericht BL 1927, a. a. O. [Anm. 161], S. 101 f.
173 in: Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 55.
174 »Der Parteiarbeiter«, Heft 8, August 1930, S. 306.
175 StA Koblenz, 403/16767 – Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1064.
176 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 56), S. 10.
177 a. a. O., S. 48 – StA Koblenz, 403/16772.

schaften besondere Bedeutung zu, nur sie allein garantierten eine gewisse kontinuierliche Parteiarbeit.

Im Jahre 1927 waren 19 der 27 KPD-Bezirke untergliedert in: 143 Unterbezirke, 383 Arbeitsgebiete, 1859 Ortsgruppen,[178] 1402 Betriebs- und 1255 Straßenzellen.[179] Die Gesamtzahl der Organisationen aller 27 Bezirke war entsprechend größer, so bestanden 1926 allein 2889 Ortsgruppen. Im Herbst 1930 zählte die KPD 7807 Parteileitungen, in denen über 30 % der Mitglieder als Funktionäre arbeiteten.[180] Auch in den Jahren 1924–1929 dürften demnach 20 000–30 000 Kommunisten als Funktionäre in den verschiedenen Leitungen tätig gewesen sein. Die Mehrheit der ehrenamtlichen Funktionäre rekrutierte sich aus Betriebsarbeitern und Erwerbslosen; sie bildeten das Gerippe der Partei. Die Stimmung der Parteimitglieder, das politische Klima insgesamt reflektierte sich in der Partei, ihr Geschick lenkte jedoch die Minderheit der Funktionäre. Sie leisteten die organisatorische Kleinarbeit, sie setzten sich ein für die Partei und kämpften für die Ziele der kommunistischen Bewegung. Angeleitet wurden die Funktionäre durch den hauptamtlichen Apparat, die meisten vertrauten der Führung, sie waren der Partei ergeben und wollten ihr »nicht schaden«; aus diesen und noch vielen anderen Motiven bekannte sich immer nur eine Minorität der Funktionäre zur Opposition, die gerade dadurch dezimiert und ausgeschaltet werden konnte.

Das ehrenamtliche Funktionärkorps war leicht auswechselbar, es fanden sich immer wieder neue Parteigenossen, die von der Ideologie oder den Tagesforderungen der KPD überzeugt und zu Parteiarbeit bereit waren. Dadurch konnten die Schwächen des Funktionärkorps und der ständige Verlust an Funktionären wieder aufgewogen werden. Der Verschleiß an Funktionären war groß, da der »revolutionäre Enthusiasmus« gerade in der nichtrevolutionären Situation rasch erlahmte. Viele Funktionäre hielten die ständige Anspannung nicht durch, wurden mutlos bei dauernden »Aktionen«, die auf ein abstrakt-utopisches Ziel gerichtet waren, und die nur selten konkrete Ergebnisse zeitigten. Allerdings sahen die Arbeiterkommunisten im dogmatisierten Marxismus der KPD eine Widerspiegelung ihrer Interessen, die Reflexion der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ihnen aus der Praxis vertraut waren. Vielen Funktionären fehlte die Ortsgebundenheit und damit auch jene Verbindung mit den Massen, die eine Stärke der SPD-Funktionäre war. Besonders unter den linken Kommunisten gab es viele Sektierer, deren Verhalten die Partei zu isolieren drohte. Der Zug zur Abkapselung des Funktionärkorps wurde indirekt verstärkt durch die Schulung: die Funktionäre wähnten sich über alle Ereignisse gut informiert, sei es die chinesische Revolution oder ein Lohnstreik in einer beliebigen Gegend Deutschlands; es entstand die Verbundenheit eines »wissenden Zirkels«.

---

178 Der Bezirk Niederrhein hatte Anfang 1929 138 Ortsgruppen in folgender Größenordnung: 81 Ortsgruppen bis 25 Mitglieder, 20 mit 26 – 50 Mitglieder, 14 mit 51 bis 100 Mitglieder, 13 mit 101 – 250 Mitglieder, 7 mit 251 – 500 Mitglieder und 3 Ortsgruppen mit mehr als 500 Mitglieder (»Der Revolutionär«. Diskussions- und Mitteilungsblatt des Bezirks Niederrhein. April 1929).

179 Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1057.

180 Creutzburg, a. a. O (Anm. 56), S. 18.

Die Führung mußte diese Tendenzen durchbrechen, um eine völlige Isolierung zu vermeiden, aber auch um der Opposition im Funktionärkorps jede Chance zu nehmen. Die Folge war – wie in der Mitgliedschaft, so auch im Funktionärkörper der KPD – eine ständige Fluktuation, die dem hauptamtlichen Apparat wiederum die Lenkung erleichterte. Bei allen großen Wendungen der Parteilinie, im Kampf gegen die linken Kommunisten 1926/27 und gegen die rechten Kommunisten 1928/29 wurde jeweils auch das Funktionärkorps weitgehend erneuert. Anfang 1927 forderte die Führung, die Mängel der Organisation zu beseitigen »durch breite Heranziehung neuer Funktionäre, Kaders aus der Arbeiterschaft«.[181] Im März 1929 erklärte Thälmann, nun gegen die Rechten gewandt: »Wir brauchen eine Erweiterung und Erneuerung unserer Parteikader.«[182] Prompt wurden bei der Neuwahl der BL Berlin-Brandenburg im März 1929 nur 47 Mitglieder aus der alten in die neue, 104 Mitglieder zählende Bezirksleitung gewählt.[183] Im Oktober 1929 hieß es: »Die Ausmerzung derjenigen Elemente aus dem Funktionärkörper der Partei, die hinter der allgemeinen politischen und revolutionären Entwicklung des Proletariats zurückgeblieben und dem Tempo der revolutionären Entwicklung nicht mehr gewachsen sind, ist eine der revolutionären Voraussetzungen der Verbesserung der Parteiarbeit.«[184]

Auch 1930 erfolgte eine neue Säuberung, wieder wurden die mittleren Funktionäre durch »neue frische Kräfte ersetzt«.[185] Das wirkte sich z. B. in Berlin-Brandenburg so aus, daß im Mai 1930 die Bezirksleitung von 104 auf 95 Mitglieder verkleinert wurde, von der alten BL kamen 73 Funktionäre, also dreiviertel, nicht mehr in die neue Bezirksleitung.[186] Die Säuberungen betrafen alle Funktionen, so waren 1929 bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen von 55 Stadtverordneten 48 Neulinge, nur 7 waren bereits zuvor Mandatsträger gewesen. Während die Stalinisierung des hauptamtlichen Apparats bis 1929 beendet war, wurde das ehrenamtliche Funktionärkorps auch in den folgenden Jahren immer wieder verändert.

Die widerspruchsvolle Situation und Entwicklung des ehrenamtlichen Funktionärkörpers der KPD wurde noch dadurch gefördert, daß viele Funktionäre hofften, in den hauptamtlichen Apparat aufrücken zu können. Die ständigen Säuberungen im Apparat und die Ausschaltung der Opposition brachten tatsächlich für eine Reihe von Funktionären diese Aufstiegschance. Eine Anzahl ehrenamtlicher Funktionäre arbeitete in Parteibetrieben oder hatte die Arbeitsstelle durch Parteibeziehungen erhalten, sie waren dadurch auch materiell abhängig von der Partei. Die Reichskontrolle 1927 ergab,[187] daß 2348 Personen direkt bei der KPD beschäftigt waren. Der eigentliche Parteiapparat, d. h. die von der Partei bezahlten *politischen* Funktionäre, dürften 500 (höchstens 1000) Personen umfaßt haben, die Mehr-

181 RF vom 28. Januar 1927.
182 RF vom 19. März 1929.
183 StA Oldenburg, VI-86-13 a.
184 RF vom 29. Oktober 1929.
185 A. Bewer: ABC der Orgarbeit. O. O. u. J. (1930), S. 23.
186 StA Oldenburg, 86 – 13 a, Bd. II.
187 Kaasch, a. a. O. (Anm. 69), S. 1052 (1,64 % der 143 172 Mitglieder). Vgl. auch unter V. Das Führungskorps, Bd. 2.

heit der Parteiangestellten waren Arbeiter in den parteieigenen Druckereien[188] und Verlagen, Stenotypistinnen usw. Weitere 3736 Kommunisten arbeiteten bei Konsumgenossenschaften, Sowjetinstitutionen in Deutschland. Die meisten der über 6000 KPD-Mitglieder, die ihren Arbeitsplatz direkt oder indirekt der Partei verdankten, übten in der KPD ehrenamtliche Funktionen aus. Dadurch waren etwa 20 % des Funktionärkorps unmittelbar von der KPD abhängig.[189]

Die Parteiführung bestimmte auch über den Apparat der Nebenorganisationen (Roter Frontkämpferbund, Kommunistischer Jugendverband, Rote Hilfe, Roter Frauen- und Mädchenbund, Internationale Arbeiter-Hilfe, später auch Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Sport- und Freidenkerverbände). Die daneben existierenden illegalen Apparate (M-Apparat[190] für die militärische Organisation, Z-Apparat für die Zersetzung der Reichswehr, Kurierdienst usw.) waren weitgehend dem EKKI in Moskau unterstellt, aber auch sie verstärkten die Apparattendenzen in der KPD.[191]

Die hauptamtlichen Funktionäre, die alle wichtigen Schalthebel der Partei in der Hand hielten (im ZK, in den Bezirks- und Unterbezirksleitungen), waren eigentlicher Motor und Rückhalt der Partei. Als die linke Führung 1924 die Kader weitgehend auswechselte, besetzten in großer Zahl Betriebsarbeiter Positionen im Appa-

---

188 Die kommunistischen Arbeiter in den KP-Druckereien waren allerdings nicht immer mit der Partei einverstanden, es kam auch zu Lohnstreitigkeiten. Im September 1926 streikten in der Essener KPD-Druckerei die Buchdrucker gegen den geplanten Lohnabbau, so daß die KPD-Ruhrpresse am 18. 9. 1926 nicht erscheinen konnte. Eine Essener Delegiertenkonferenz sprach den kommunistischen Betriebsräten der Peuvag-Druckerei wegen ihres angeblich »unkommunistischen Verhaltens« das »schärfste Mißtrauen« aus. (»Westf. Kämpfer« vom 20. September 1926.)

189 Einzelheiten vgl.: Das Führungskorps, Band 2. In Berlin war dieser Anteil höher. Nach offiziellen Angaben waren 1927 572 Mitglieder Angestellte der Partei und 438 bei Gewerkschaften, Genossenschaften usw. beschäftigt, also 1010 Personen oder 7,2 %. Eine Oppositionszeitung schätzte sogar 1300 Kommunisten, die in Parteibetrieben usw. arbeiteten, also fast 10 % der Mitglieder oder etwa ein Drittel der Funktionäre. Die »Kommunistische Politik« hatte 1925 ähnliche Zahlen errechnet. In der Berliner BL waren 1926 nach offiziellen Angaben von 77 Mitgliedern 24 Parteiangestellte, 1928 von 104 Mitgliedern 47 Parteiangestellte und 1929 31 Parteiangestellte. (Bericht BL 1927, a. a. O., Anm. 161, S. 106 – »Schacht und Hütte«, Nr. 7 vom 2. Dezember 1927 – StA Oldenburg, VI – 86-13a).

190 Der Militärapparat war nach 1923 erheblich eingeschränkt worden. 1928/29 unter Führung Kippenbergers wieder ausgebaut, hieß er nun AM-Apparat (Antimilitaristischer Apparat). »Zwischen dem M-Apparat von 1923 und dem AM-Apparat von 1928 usf. bestand ein nicht unwesentlicher Unterschied: Der M-Apparat war – ungeachtet der sowjetischen Instrukteure und des sowjetischen Geldes – im Grunde ein deutscher kommunistischer Apparat geblieben, der in erster Linie den Zielen der deutschen Revolution dienen sollte. Nach 1928 wurden die Geheimapparate der KPD (sowie der anderen Kominternparteien) in immer stärkerem Maße bloße Auslandsabteilungen des sowjetischen Geheimdienstes, der Roten Armee und der GPU und dienten ausschließlich den Zielen des Sowjetstaates.« (Erich Wollenberg: Der Apparat. [Bonn] o. J., S. 14.)

191 Tätigkeit und Umfang der kommunistischen Geheimapparate sind bisher noch unerforscht. Im Rahmen dieser Arbeit kann auf diese Tätigkeit, die bewußt streng von der offiziellen KPD-Arbeit getrennt war, nicht eingegangen werden. Anzumerken ist lediglich, daß manche der in Geheimapparaten eingesetzten Funktionäre auch legale Parteiarbeit leisteten, ihr Einfluß also vorhanden war. Vgl. dazu auch die Hinweise unten S. 312, über die Abhängigkeit der Partei vom Apparat (Kurierdienst, Geheimdruckerei, Auslandsverbindungen). Der illegale Apparat hatte zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Bezeichnungen, z. .B 1924 Abt. Verkehr, 1925 OD, später ND usw. (Vgl. u. a. BuA Koblenz, Justizminist. Akten KPD, Bd. 1 – Geh. StA München 101 248 – StA Oldenburg 136-86-37, Bd. 10.)

rat. Während der Säuberungen des Apparats 1926 bis 1929 gingen die oppositionellen rechten und linken Kommunisten (bzw. Ultralinken und Versöhnler) ihrer Funktionen, d. h. in diesem Falle auch des Arbeitsplatzes verlustig, die meisten wurden sogar aus der Partei ausgeschlossen. Die Führung, die die Personalpolitik lancierte, besaß in den ständigen Säuberungen ein Druckmittel, um den Apparat nach ihrem Belieben zu dirigieren. Bei der Funktionsbesetzung spielten selbstverständlich parteipolitische Gesichtspunkte ebenso eine Rolle wie die »Apparatgesetze«. Parteidisziplin und Treue zur KPD bzw. zu der herrschenden Fraktion waren genauso ausschlaggebend für die Einsetzung wie die tatsächliche Sachkenntnis, aber auch die »persönliche Ergebenheit« zu entsprechenden Führern war wichtig [192] Das führte allerdings dazu, daß sich im Parteiapparat immer mehr die Mittelmäßigkeit durchsetzte. Die Funktionäre des Apparats paßten sich an, hauptsächlich allerdings wohl nicht wegen der finanziellen Vergütung (obwohl diese den Arbeiterlohn übertraf),[193] sondern in erster Linie aus ideologischer Überzeugung, Ergebenheit zur Sowjetunion, aber auch aus Prestigestreben und Machtgefühl.[194]
Der Apparat blieb dort, wo die Partei schwach war oder besonders drastisch unterdrückt wurde (vor allem in Bayern)[195] von den Wandlungen fast unberührt. Das rege politische Leben in den großen Parteiorganisationen (Berlin, Ruhr, Hamburg) begünstigte nicht nur oppositionelle Bewegungen, sondern führte auch zu häufigem Wechsel im Apparat. Die Berufsrevolutionäre, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen waren, die aber nach einigen Jahren Tätigkeit bei der Kommunistischen Partei kaum noch Chancen hatten, in ihren Beruf zurückzukehren, ebneten der Bürokratisierung ebenso wie der »Einstimmigkeit« im Apparat und in der Partei den Weg. August Thalheimer warnte 1930 vor dieser Form des kommunistischen Apparats:
»Der Berufsrevolutionär ist ein notwendiges Produkt und Werkzeug der Leitung der revolutionären Organisation, die illegal und noch keine Massenorganisation ist. In der legalen kommunistischen Massenorganisation ist kein Platz für den ›Berufs-

---

192 Vor allem im Roten Frontkämpferbund wurde die Auswahl der hauptamtlichen Funktionäre nach der »persönlichen Ergebenheit« gegenüber den RFB-Führern Thälmann und Leow vorgenommen. Der als »Rechter« ausgeschlossene RFB-Führer Werner Jurr berichtete (Um die proletarische Wehrorganisation, Berlin 1929, S. 17 ff.), wie selbst Kriminelle trotz aller Warnungen angestellt wurden, weil sie zu den Busenfreunden Leows gehörten. Auch die Wittorf-Affäre (vgl. oben, Kap. 4) zeigte, wie weit die persönlichen Bindungen in der Partei eine Rolle spielten.

193 Parteiangestellte erhielten 350,– Monatsgehalt, Parteisekretäre 400,–, diese Gehälter wurden 1927 auf 550,– erhöht. Polbüromitglieder bekamen 600,–, außerdem konnten sie etwa 150,– an Abgeordneten-Diäten erhalten. Der Durchschnittslohn für gelernte Arbeiter lag 1927 bei 200,–, für ungelernte Arbeiter bei 150,–. (Wl. Woytinsky: Zehn Jahre Neues Deutschland. Berlin 1929, S. 130 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 15, Bl. 67 – Mitt. von Rosa Meyer-Leviné an den Verf. – »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« Nr. 27, April 1927.)

194 »Selbst in den formell bescheidenen Stellungen vermag den Berufspolitiker das Bewußtsein von Einfluß auf Menschen, von Teilnahme an der Macht über sie, vor allem aber: das Gefühl, einen Nervenstrang historisch wichtigen Geschehens mit in Händen zu halten, über den Alltag hinausheben.« (Max Weber, Politik als Beruf. 4. Aufl. Berlin [West] 1964, S. 50 f.)

195 Während in andern Bezirken vor allem 1924–1926 die Polleiter ständig wechselten, war im Bezirk Nordbayern von 1924 bis 1930 ununterbrochen Johann Meyer Polleiter und von 1924–1933 gleichzeitig MdR.

revolutionär‹ in diesem Sinne. Der ›Berufsrevolutionär‹ schlägt hier nur allzu leicht mit dem Wachstum der Bewegung in den karrieremachenden, charakterlosen, ideell und materiell korrumpierter Bürokraten um, für den die revolutionäre Bewegung Quelle des Erwerbs, der Karriere, der parlamentarischen und anderer Posten ist.«[196]

Thalheimer, der damit auf einige bereits von Max Weber konstatierte typologische Merkmale des »Berufsrevolutionärs«[197] hinwies, sah jedoch nur die negative Seite dieser Entwicklung. Auch die KPD benötigte eine Bürokratie, deren Haltung dem Prinzip des Beamten entspricht: einen Befehl, auch wenn er ihm falsch erscheint, »gewissenhaft und genau so auszuführen, als ob er seiner eigenen Überzeugung entspräche«.[198] Allerdings mußte die Führung hin und wieder gegen andere Apparatgepflogenheiten einschreiten, weil sie die revolutionäre Bewegung zu ersticken drohten. Bürokratischer Leerlauf des Apparats, Papierkrieg, starre Leitungsmethoden wurden als »Entstellung« und »sozialdemokratische Arbeitsmethoden« gerügt, andererseits war Schlamperei im Apparat verpönt (genaue Einhaltung der Arbeitszeit wurde verlangt usw.).[199]

Der hierarchische Aufbau der Partei brachte vielfältige Abhängigkeiten mit sich. Die Führung bestimmte den hauptamtlichen Apparat, dieser leitete das ehrenamtliche Führungskorps, das auf die Mitgliedschaft einwirkte, doch umgekehrt war der hauptamtliche Apparat auch mit dem Funktionärkorps verflochten, ohne dessen loyale Mitarbeit die Parteiaufgaben nicht zu erledigen waren. Die Führung konnte ohne den funktionierenden Apparat nicht handeln, außerdem hatte sie auch noch die Entscheidungen des EKKI zu berücksichtigen. Der hauptamtliche Apparat war wohl dem meisten Druck ausgesetzt. Er mußte nicht nur die Sachzwänge beachten, um Erfolge zu erzielen, er hatte sich sowohl vor der Führung als auch vor dem ehrenamtlichen Funktionärkorps zu verantworten, das die Führung – wenn es ihr opportun erschien – als Gegengewicht dem Apparat gegenüberstellte. Da aber »die Macht in den Händen derjenigen liegt, welche *kontinuierlich* innerhalb des Betriebes die Arbeit leisten«,[200] konnte das Parteibeamtentum auch in der KPD weitgehend bestimmen.

Die Bürokratisierung brachte zwangsläufig auch die Spezialisierung des Parteiapparats mit sich. Rasch entwickelten sich auch in der KPD Experten für Fragen der Gewerkschaft, der Kommunalarbeit, der Organisation, der Parlamentsarbeit, Redakteure und Agitationsredner, und selbst Spezialisten für Sportfragen und Kassen-

---

196 August Thalheimer: Lenin oder Luxemburg? »Gegen den Strom«, Nr. 2 vom 11. Januar 1930.

197 Max Weber, a. a. O. (Anm. 194), S. 63 f. schrieb: ». . . der traditionalistische Alltag kommt nach der emotionalen Revolution, der Glaubensheld und vor allem der Glaube selbst schwindet oder wird – was noch wirksamer ist – Bestandteil der konventionellen Phrase der politischen Banausen und Techniker . . . Denn wie bei jedem Führerapparat, so auch hier ist die Entleerung und Versachlichung, die seelische Proletarisierung im Interesse der ›Disziplin‹, eine der Bedingungen des Erfolges. Die herrschend gewordene Gefolgschaft eines Glaubenskämpfers pflegt daher besonders leicht in eine ganz gewöhnliche Pfründnerschicht zu entarten.«

198 a. a. O., S. 28.

199 Bewer, a. a. O. (Anm. 185), S. 17.

200 Max Weber, a. a. O. (Anm. 194), S. 36 f.

wesen. Gleichzeitig bedeutete die Bürokratisierung in der KPD, deren eigentlicher Parteiapparat relativ schwach besetzt war, daß die einzelnen Apparatbeamten bis an die Grenze des Möglichen beschäftigt waren, so daß ihnen »keine Zeit« für grundsätzliche Überlegungen blieb und die von der Führung verlangte Arbeit alle Kräfte beanspruchte.

Auch wenn Robert Michels' Thesen von der zwangsläufigen organischen »Bildung der Oligarchien im Schoß der mannigfaltigen Formen der Demokratien«,[201] vom »ehernen Gesetz der Oligarchien« wohl zu relativieren und modifizieren sind, treffen einige seiner Aussagen doch für die KPD von 1924 bis 1929 zu. Die KPD war im gewissen Sinne als »Prophylaxe« der sozialdemokratischen Entwicklung entstanden,[202] aber selbst rasch der Tendenz zur Bürokratisierung und Hierarchie verfallen. Über den innerparteilichen Trend zur Oligarchie und Bürokratie (der in jüngster Zeit von Duverger bestätigt worden ist)[203] traf Sigmund Neumann für die KPD bereits 1932 wesentliche Feststellungen. Er verwies darauf, daß die modernen Parteien »der gleichen Durchrationalisierung unterworfen [sind], die den Gang der modernen kapitalistischen Welt bestimmt«. Die Angleichung zwischen bürokratisiertem Parteiapparat und den Betrieben der modernen Wirtschaft und des modernen Großstaates bringt nicht nur die Gefahr der Bürokratisierung der Parteien, sondern »sie selbst geraten in Widerspruch zu ihrem ursprünglichen Grundcharakter«.[204] Neumann verwies auch auf die speziellen bürokratischen Tendenzen in Preußen-Deutschland. Von hier aus war auf die KPD die Tradition der alten Sozialdemokratie überkommen, die nicht zu unterschätzen ist. Kurt Eisner hatte bereits auf dem Gründungsparteitag der USPD vom Begriff der Disziplin gesagt, dieser habe gar nichts mit Demokratie und Sozialismus zu tun, aber »uns geistig und seelisch gelähmt ... wir haben es in unserer Organisation allmählich dahin gebracht, daß wir auch insofern eine Karikatur des preußischen Staates geworden sind, daß die Untertanen zwar über die Regierung schimpfen, daß wir aber alle Geschäfte der Regierung überlassen ...«[205]

Die KPD betrat diese Traditionslinie viel rascher als erwartet. Ein Satz des Zentralorgans der KPD aus dem Jahre 1920 klingt wie eine Vorausschau der kommenden Entwicklung: »Gewisse Dinge erwecken bei den breiten Massen der Mitglieder den Anschein, als ob der Zentralismus so etwas ähnliches sei, wie sie es früher in der alten Partei auch gekannt haben, nämlich ausschlaggebenden Einfluß der Parteibürokratie ...«[206]

---

201 Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. 2. verm. Aufl. Leipzig 1925, S. 504.

202 Michels verstand so den Anarchismus, vgl. a. a. O., S. 453 ff.

203 Maurice Duverger: Die politischen Parteien. Tübingen 1959, S. 149 ff. – Für die Entwicklung in der Bundesrepublik vgl. Ulrich Lohmar: Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1963 – Ute Müller: Die demokratische Willensbildung in den politischen Parteien. Mainz 1967 (dort weitere Literatur).

204 Neumann, a. a. O. (Anm. 150), S. 102.

205 Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitags der USP vom 6.–8. 4. 1917 in Gotha. Berlin 1921, S. 100.

206 RF vom 4. Februar 1920.

7. Der Einfluß der Komintern und der Sowjetunion

Die Struktur der Komintern

Die KPD war ihrem Statut und ihrem Namen nach eine »Sektion der Kommunistischen Internationale«. Die deutschen Kommunisten betonten immer wieder, die Komintern müsse eine straff organisierte Weltpartei sein, da »nur der straffe Zentralismus die Voraussetzung dafür ist, daß die Kommunistische Internationale die Führung der Weltrevolution behält«.[1] Zum V. Weltkongreß der Komintern 1924 forderte die KPD: »Die Kommunistische Internationale muß zur Weltpartei werden, die die notwendigen einheitlichen internationalen Aktionen des Proletariats unter fester Führung leitet und sie zum Siege führt.«[2]
Der V. Weltkongreß 1924 legte den Zentralismus der Komintern statutarisch fest. Offiziell war auch die Komintern nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut.[3] Höchstes Organ der Internationale war der Weltkongreß, der alle zwei Jahre zusammentreten mußte.[4] Zwischen den Weltkongressen leitete das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) die gesamte Arbeit, es gab allen kommunistischen Parteien »bindende Direktiven« und übte »die Kontrolle ihrer Tätigkeit aus«. Gegen Anweisungen des EKKI konnten die Sektionen beim Weltkongreß Berufung einlegen, doch hatte diese keinerlei aufschiebende Wirkung. Eindeutig wurde festgelegt, das »EKKI hat das Recht, Beschlüsse sowohl der Zentrale wie auch der Parteitage der Sektion aufzuheben bzw. abzuändern und Beschlüsse zu fassen, deren Durchführung für die Zentralorgane bindend ist«.[5]
Allein diese Bestimmung zeigt, daß die Sektionen der Komintern keine eigenständi-

---

1 Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau 12.–23. Juni 1923. Hamburg 1923, S. 56. (Paul Böttcher.) Auf dem VIII. Parteitag der KPD im Januar 1923 hatte Clara Zetkin gesagt, die II. Internationale habe Bankrott erlitten. »Im Gegensatz zu dieser ist die Kommunistische Internationale international straff organisiert. Die einzelnen Organisationen sind mit ihrem Leben und Weben organisatorisch wie ideologisch fest eingegliedert . . . Sie müssen sich die Einheitlichkeit ihrer Einstellung, ihres Kampfes, ihres internationalen Zusammenwirkens erarbeiten und erkämpfen.« (Bericht über die Verhandlungen des III. [8.] Parteitags der KPD. Berlin 1923, S. 261.)

2 RF vom 17. Juli 1924.

3 Einen umfassenderen Überblick über die Struktur und Arbeitsweise der Komintern, als hier gegeben werden kann, findet sich bei Günther Nollau: Die Internationale. Wurzeln und Erscheinungsformen des proletarischen Internationalismus. Köln 1959, S. 104 bis 150. Auf ihn sei hier verwiesen. Allerdings verwechselte Nollau an einigen Stellen das Orgbüro mit der Orgabteilung (S. 108 ff.).

4 Statut der Kommunistischen Internationale; in: Die Organisation der Kommunistischen Weltpartei. Organisatorische Flugschrift der KPD. Nr. 5. Hrsg. von der Zentrale der KPD. Orgbüro. Berlin o. J. (1924), S. 8 f.

5 a. a. O., S. 10.

gen Parteien waren; die Befehlsgewalt lag beim EKKI in Moskau. Das EKKI entwickelte sich zu einer immer umfangreicheren Körperschaft, auf dem VI. Weltkongreß 1928 wurden bereits 59 Mitglieder und 41 Kandidaten in dieses Gremium gewählt.[6] Da das EKKI relativ selten zusammentrat,[7] verlagerte sich die eigentliche Macht auf sein Präsidium.

Nach den Statuten wählte das EKKI ein Präsidium, das als ständig funktionierende Körperschaft zwischen den EKKI-Tagungen die gesamte Arbeit leitete; es bestand 1926 aus 25 Personen und 1928 aus 26 Personen.[8] Das Präsidium war ein wichtiges Machtorgan der Internationale, ihm zur Seite stand nach den Statuten von 1924 ein Orgbüro, das alle organisatorischen und finanziellen Fragen zu erledigen hatte. Ein dem Orgbüro zugeordnetes Sekretariat mußte ebenfalls »praktische Arbeit« leisten. Orgbüro und Sekretariat wurden im Dezember 1926 aufgelöst, ab Januar 1927 übernahm das Politische Sekretariat (Politsekretariat) deren Aufgabe.[9] In der Fassung des Statuts von 1928 hieß es: »Das Präsidium wählt das politische Sekretariat als beschließendes Organ. Dieses bereitet die Fragen zu den Sitzungen des EKKI und seines Präsidiums vor und ist deren Vollzugsorgan.«[10]

Der Aufbau des EKKI glich also weitgehend dem bereits geschilderten Aufbau der KPD. Vergleichbare Gremien waren Weltkongreß und Parteitag, EKKI und ZK, EKKI-Präsidium und Polbüro, Politsekretariat und Sekretariat. In der KPD verlagerte sich die Macht zunehmend auf das Sekretariat, in der Komintern auf das Politsekretariat. Dieses Gremium beherrschten die Russen, obwohl die Vertreter der KPdSU nominell im Politsekretariat in der Minderheit waren.[11] Das Politbüro der KPdSU bestimmte die Haltung des Politsekretariats der Komintern,

---

6 »Inprekorr«, Nr. 98 vom 7. September 1928, S. 1860. Von der KPD wurden Konrad Blenkle, Philipp Dengel, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Ernst Thälmann und Clara Zetkin als Mitglieder und Arthur Ewert, Richard Gyptner, Fritz Heckert, Ernst Schneller und Walter Ulbricht als Kandidaten ins EKKI gewählt. Von der KPdSU gehörten u. a. Bucharin, Chitarow, Kuusinen, Losowski, Manuilski, Molotow, Pjatnizki und Stalin dem EKKI als Mitglieder an.

7 Das EKKI trat von 1924 bis 1928 zu sechs Plenartagungen bzw. zu Sitzungen des »Erweiterten EKKI« zusammen (Juli 1924, März 1925, Februar 1926, November 1926, Mai 1927, Februar 1928); außerdem fanden in diesem Zeitraum nur 15 weitere Tagungen des EKKI statt, zu denen offenbar nur ein Teil der Mitglieder erschienen war. (Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß. Hamburg-Berlin 1928, S. 9.)

8 Ende 1926 wurden ins EKKI-Präsidium gewählt: Bucharin, Gallacher, Haken, Duncan, Katajama, Cremet, Kolarow, Kuusinen, Losowski, Manuilski, Murphy, Pruchniak, Remmele, Roy, Ruthenberg, Schatzkin, Semard, Semaven, Šillen, Smeral, Stalin, Tang Ping-shan, Thälmann, Togliatti und Clara Zetkin (»Inprekorr«, Nr. 157 vom 23. Dezember 1926, S. 2842).
Der VI. Weltkongreß 1928 wählte Gallacher, Duncan, Haken, Cremet, Murphy, Roy, Ruthenberg, Schatzkin, Semaven, Sillen, Tang Ping-shan nicht mehr ins EKKI; dafür rückten neu in dieses Gremium ein: Barbé, Bell, Chitarow, Humbert-Droz, Jilek, Kato, Bela Kun, Musso, Pjatnizki, Tsiu Vito, Serra (vgl. Jane Degras: The Communist International, Vol. II. London 1960, S. 574 f.).

9 Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 7), S. 10.

10 Programm der Kommunistischen Internationale. Anhang: Statuten der Kommunistischen Internationale. Hamburg-Berlin 1928, S. 97.

11 Das erste Politsekretariat wurde auf der EKKI-Tagung Ende 1926 bestimmt, es setzte sich zusammen aus 9 Mitgliedern (Bucharin, Kuusinen, Manuilski, Pjatnizki für die KPdSU, Cremet – Frankreich, Remmele – Deutschland, Roy – Indien, Smeral – Tschechoslowakei und Ercoli-Togliatti – Italien) sowie 4 Kandidaten (Molotow und Losowski – KPdSU, Murphy – England und Humbert-Droz – Schweiz) (»Inprekorr«, Nr. 157 vom 23. Dezember 1926, S. 2847). (Forts. S. 296)

und seit »Stalins Sieg in der sowjetischen Partei, also etwa seit 1930, war er [Stalin] das die Komintern de facto leitende ›Organ‹.«[12]
Da dem EKKI und seinem Vollzugsorgan ein umfangreicher Apparat zur Verfügung stand, in dem wiederum zumeist KPdSU-Mitglieder die bestimmenden Funktionen innehatten, war die Vorherrschaft der russischen Partei im Komintern-Apparat eindeutig. In den zwanziger Jahren umfaßte dieser Apparat über 400 Angestellte.[13] Der Apparat war in Abteilungen gegliedert, diese Arbeitsstäbe glichen in Funktion und Aufbau denen des ZK einer KP. 1926 gab es eine Orgabteilung, Agitpropabteilung, Informationsabteilung, Kooperativsektion und die Frauenabteilung.[14] Nach offiziellen Angaben leitete die Orgabteilung die Kommunistischen Parteien, indem sie drei Methoden anwandte: 1. schriftliche Instruktionen, 2. Entsendung von Instrukteuren, 3. Hinzuziehen von Praktikanten.[15] Ähnlich arbeitete auch die Agitpropabteilung,[16] während die Informationsabteilung das EKKI über die einzelnen Parteien und die Sektionen über die Arbeit des EKKI zu unterrichten hatte. 1925 wurde schließlich noch eine Verlagsabteilung geschaffen, die für die Veröffentlichungen der Komintern zuständig war.
Neben den Abteilungen waren die sogenannten Ländersekretariate von Bedeutung. 1926 gab es 11 solcher Ländersekretariate, die als Arbeitsstäbe des Sekretariats tätig waren (1. Deutschland, 2. Frankreich, Italien, Belgien, Schweiz, 3. Großbritannien, Holland, Australien, Südafrika, 4. Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, 5. Polen, Finnland, baltische Staaten, 6. Bulgarien, Jugoslawien, Türkei, Rumänien, 7. Skandinavien, 8. Spanien und Latein-Amerika, 9. Nordamerika, 10. Naher Osten, 11. Ferner Osten).[17] An der Spitze der Ländersekretariate, die jeweils vier bis neun Mitglieder hatten, stand ein verantwortlicher Sekretär des EKKI. Die Struktur der Kominternführung wechselte in den zwanziger Jahren mehrmals und auch die Formen der Anleitung änderten sich. Die Ländersekretariate wurden zusammengefaßt, das lateinamerikanische, das fernöstliche, mitteleuropäische und west-

---

Nach dem VI. Weltkongreß 1928 setzte sich das Politsekretariat zusammen aus den Vertretern der KPdSU Bucharin, Kuusinen, Molotow und Pjatnizki, dem Franzosen Barbé, dem Engländer Bell, dem Deutschen Remmele, dem Italiener Serra, dem Chinesen Tsiu Vito, dem Tschechen Smeral und dem Schweizer Humbert-Droz (Degras, a. a. O. [Anm. 8], S. 575).

12 Nollau, a. a. O. (Anm. 3), S. 106.

13 Mitt. von Jules Humbert-Droz an den Verf. – »Gegen den Strom«, Nr. 4 vom Februar 1931.

14 »Inprekorr«, Nr. 143 vom 23. November 1926, S. 2515 – Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 7), S. 11, 40, 55, 72 und 81.

15 Nach der offiziellen Darstellung bildeten die von den Sektionen eingesandten Berichte, Resolutionen, Parteizeitungen und mündliche Berichte die Grundlage der Arbeit. Die Orgabteilung des EKKI zeigte in Antwortbriefen an das ZK (Orgabteilung) dann Mängel auf und gab Anweisungen für die Beseitigung. Die Instrukteure des EKKI kontrollierten die Arbeit der Sektionen. Praktikanten der Sektionen wurden für 6 Monate nach Moskau geholt, um sie einzuarbeiten (Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. [Anm. 7], S. 36 f.).

16 Es gab zwei Unterabteilungen: Propaganda und Agitation. Nach eigenen Angaben wurde die Presse durch die Abteilung eher informiert als angeleitet, eine wichtige Rolle schrieb man der »Inprekorr« (Internationale Presse-Korrespondenz) zu, die mehrmals wöchentlich erschien (a. a, O. S. 41 ff.).

17 Tätigkeitsbericht der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Februar bis November 1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 9 f.

europäische Sekretariat sowie das Balkansekretariat übernahmen die Aufgaben der Ländersekretariate.[18]

Entsprechend den Statuten konnte das EKKI in die einzelnen Sektionen auch Bevollmächtigte entsenden. Diese mußten zu allen Versammlungen und Sitzungen zugelassen werden und schon früh spielten die Vertreter des EKKI in den Kommunistischen Parteien eine ausschlaggebende Rolle. Es gab Bevollmächtigte, die längere Zeit in einem Land lebten und die Partei anleiteten. In Deutschland übte August Kleine-Guralski von 1921 bis 1923 diese Funktion aus.[19] 1924 wurde er von Dimitrij Manuilski abgelöst, später übernahm der Schwede Karl Kilbom und dann Besso Lominadse diese Aufgabe. Die eigentlichen Verantwortlichen für eine Partei (z. B. für Deutschland bis 1923 Karl Radek, später Manuilski und Kuusinen) kamen meist nur zu wichtigen Veranstaltungen, Parteitagen o. ä. Schließlich gab es noch die mit besonderen Aufträgen betrauten Instrukteure des EKKI, die in den Sektionen die Auffassung der Komintern durchsetzten (in der KPD arbeitete jahrelang die Alt-Bolschewikin Jelena Stassowa).[20]

Die Arbeitsstäbe und die Instrukteure des EKKI sollten vor allem die praktische Politik der Sektionen anleiten und koordinieren. Die politischen Entscheidungen dagegen wurden im Präsidium des EKKI und im Sekretariat bzw. Politsekretariat gefällt. Aus dem Bericht des EKKI über die Arbeit von 1924 bis 1928 ist die Arbeitsweise und der entscheidende Einfluß dieser Führungsgremien zu ersehen: Das Präsidium des EKKI erledigte in 101 Sitzungen insgesamt 551 Fragen. Über die Hälfte der behandelten Probleme waren »politische Fragen einzelner Sektionen«, ein Viertel allgemeine »politisch-organisatorische Fragen«. Der Rest der Tagesordnungspunkte betraf internationale politische Fragen, Gewerkschaftsprobleme, Fragen von Nebenorganisationen der Komintern usw.

Das Sekretariat des EKKI, das bis Dezember 1926 fungierte, dann jedoch durch das Politsekretariat abgelöst wurde, behandelte in 71 Sitzungen 872 Fragen. Auch das Sekretariat beriet vor allem Probleme der einzelnen Sektionen, außerdem spielten Finanzfragen (93), Personalangelegenheiten (69) und »Fragen der Abteilungen des EKKI« (110) eine Rolle. Arbeitsschwerpunkt des Präsidiums und des Sekretariats war also eindeutig die direkte Anleitung der Kommunistischen Parteien. Das gilt auch für die Zeit 1927/28. Das Politsekretariat beschäftigte sich in 71 Sitzungen mit 587 Fragen:

1. internationale politische und organisatorische Fragen: 130
2. politische und organisatorische Fragen der einzelnen Sektionen: 287
3. Fragen der Nebenorganisationen: 30
4. Gewerkschaftsfragen: 39

---

18 Nollau, a. a. O. (Anm. 3), S. 111.

19 Über die Tätigkeit von Kleine-Guralski vgl. die Dokumentation: Zu den Beziehungen zwischen der KPD und der Kommunistischen Internationale. »Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte«. 16. Jg. 2. Heft, April 1968, S. 177 ff.

20 Nollau, a. a. O. (Anm. 3), S. 129 – I. Stassowa: Erinnerungen. »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.« 1. Jg. 1959, S. 752 ff. – Im September-Oktober 1924 war Ulbricht Komintern-Instrukteur in Österreich. Vgl. dazu H. Weber: Ulbricht fälscht Geschichte. Köln 1964, S. 132 ff.

5. Fragen der Abteilungen und des Apparates: 44
6. Personalfragen: 19
7. Verschiedene: 38.[21]

Die Anleitung und die Kontrolle der Tätigkeit der Sektionen blieb die wesentliche Aufgabe der Kominternführung. Während das Sekretariat bzw. Politsekretariat auch die entscheidenden Personalfragen behandelte, sollte die 1924 geschaffene »Internationale Kontrollkommission« über die Einheit und Reinheit der Komintern wachen. Die Kontrollkommission prüfte Beschwerden gegen Abteilungen des EKKI und Beschwerden von Personen oder Organisationen, sie verhandelte über Disziplinarmaßnahmen und war für die Revision der Finanzen zuständig.[22] In der Praxis wurde die Kontrollkommission vor allem ein Organ zur Ausschaltung oppositioneller Gruppen und Personen.

Nicht weniger wichtig als die bekannten Instanzen des EKKI waren die mehr im Hintergrund wirkenden Körperschaften, besonders die Abteilung für internationale Verbindungen (OMS). Die OMS war dem Sekretariat unterstellt, sie hatte eine eminent wichtige Funktion. Durch einen geheimen Apparat sicherte sie die Verbindungen des EKKI mit ihren Beauftragten in den verschiedenen Ländern, sie übermittelte außerdem den Sektionen die Anweisungen des EKKI. In allen Hauptstädten (z. B. in Berlin) gab es OMS-Stellen. Dieser Geheimapparat (der nichts mit dem sowjetischen Geheimdienst zu tun hatte) hatte z. B. Funktionäre zu betreuen, die illegal lebten, die zu einem Kongreß nach Moskau fuhren usw.[23] Die OMS ermöglichte die direkte, unmittelbare Unterstützung der Sektionen durch das EKKI, sie transportierte nicht nur die geheimen Anweisungen, sondern auch die Geldbeträge, ließ die Zuschüsse über Vertrauenspersonen gehen, stellte falsche Pässe her usw.[24]

Diese Seite der Kominternarbeit spielte sich im Halbdunkel ab, dagegen wurden die politischen Auseinandersetzungen in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Die Kominternführung bestimmte die Linie und sie diffamierte andere Auffassungen als »Abweichungen«. Änderungen der Parteilinie und der Zusammensetzung der Leitung in den Sektionen wurden vom EKKI erzwungen.[25] In dem Maße, in dem die russischen Führer und schließlich Stalin die Kominternführung bestimmten und später sogar beherrschten, wurden die Interessen der russischen Partei und ihrer Politik alleiniger Maßstab der Kritik.

Die »Russifizierung« der Komintern ergab sich aus dem wachsenden Einfluß der KPdSU auf die Kominternführung, der immer größer werdenden Abhängigkeit der Komintern von den Hilfsquellen des Sowjetstaates und der völligen Unterwerfung der Sektionen unter die Ideologie Moskaus. Doch ist auch die formale, durch die Statuten gerechtfertigte Vorherrschaft der KPdSU in der Komintern nicht zu über-

---

21 Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 7), S. 9 f.
22 a. a. O., S. 85.
23 Mitt. von Kurt Müller an den Verf. Die Angaben bei Nollau, a. a. O. (Anm. 3), S. 112, sind danach nicht korrekt.
24 Die Komintern vor dem 6. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 7), S. 11.
25 Vgl. dazu Christo Kabaktschieff: Die Entstehung und Entwicklung der Komintern. Hamburg-Berlin o. J. (1929), S. 165.

sehen. Das Gewicht der Sektionen hing von ihrer Mitgliederzahl ab: danach richtete sich die Stärke ihrer Delegationen beim Weltkongreß, die Anzahl ihrer Vertreter im EKKI usw.[26]

Im Jahre 1921 standen den 650 000 Mitgliedern der sowjetischen Sektionen (Rußland, Ukraine, Armenien usw.) doppelt soviele Mitglieder der anderen Parteien gegenüber (1,3 Millionen). KPD und KP der Tschechoslowakei hatten zusammen mehr Mitglieder (720 000) als die sowjetischen Kommunisten.[27] 1923 war die Mitgliederzahl der Komintern erheblich zurückgegangen, aber noch immer hatten die sowjetischen Parteien weit weniger Mitglieder (415 000) als die übrigen Sektionen (750 000). Im Jahre 1926 dagegen hatte sich die Korrelation radikal geändert. Die KPdSU mit 880 000 Mitgliedern hatte alle übrigen Kommunistischen Parteien (mit zusammen 340 000 Mitgliedern) weit überflügelt. Und 1928 war das Verhältnis von 1921 gerade umgekehrt: die KPdSU zählte 1,2 Millionen, alle anderen Parteien der Komintern nur noch 443 000 Mitglieder.[28]

Da die KPdSU 1928 dreiviertel der Komintern-Mitgliedschaft umfaßte, schien ihre Vorherrschaft in der Komintern durchaus logisch. Auch die Hilfe, die der Sowjetstaat den Sektionen der Komintern gewährte, mußte nun in neuem Licht erscheinen. Seit 1922 hatten alle Kommunistischen Parteien einen Teil ihrer Mitgliedsbeiträge an die Komintern abzuführen, damit das EKKI schwache Organisationen unterstützen konnte.[29] Entsprechend der Mitgliederstruktur der Komintern kamen ab 1926 die größten finanziellen Mittel von der KPdSU, die Hilfe des Sowjetstaates schien also formal nur die Unterstützung durch eine Bruderpartei, die größte Sektion der Komintern, zu sein.

Ende der zwanziger Jahre waren die abweichenden Richtungen ausgeschaltet und alle Kommunistischen Parteien der KPdSU ergeben, die monolithische Einheit der Komintern unter Führung der Sowjetunion schien gesichert. Die Gleichschaltung der Sektionen auf Moskaus Kurs war erreicht, weil sich Funktionäre und Mitglieder der Kommunistischen Parteien dem ideologisch-politischen Führungsanspruch der KPdSU indirekt oder direkt beugten, vor allem aber, weil die Parteiführungen und -apparate nunmehr bereit waren, allen Anweisungen der Kominternführung – und damit der Leitung der KPdSU oder genauer: Stalins – bedingungslos zu folgen. Das galt besonders für den Apparat und die Führung der KPD, der zweitstärksten Sektion der Komintern.

---

26 Im Statut (Fassung 1928) hieß es über die Zusammensetzung des Weltkongresses: »Die Zahl der beschließenden Stimmen jeder Sektion wird unter Berücksichtigung der Mitgliederzahl der Partei und der politischen Bedeutung des Landes jedesmal durch besonderen Kongreßbeschluß festgesetzt.« (Statut, a. a. O. Anm. 10, S. 93.) Da neben der Mitgliederzahl auch die »politische Bedeutung des Landes« berücksichtigt wurde, bekamen Sektionen der USA oder Englands immer mehr Delegierte als ihnen eigentlich zustanden. An den oben getroffenen Feststellungen änderte das nichts.

27 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1922/23. Hamburg o. J. (1923), S. 66 (vgl. auch Kap. 1, Anm. 39).

28 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1923/24. Hamburg o. J. (1924), S. 51. Dass. 1925/26. Hamburg 1926, S. 57 (vgl. auch Kap. 1, Anm. 39).

29 »Inprekorr«, Nr. 38, 1921, S. 399.

Die Abhängigkeit des deutschen Apparats

Zwischen Führung und Apparat der deutschen Sektion und dem EKKI in Moskau bestand eine enge politische, organisatorische und personelle Verflechtung. Parteiführung und -apparat gerieten – mehr als die eigentliche Partei – in eine immer stärkere, nicht zuletzt auch materiell bedingte Abhängigkeit von der Moskauer Zentrale. Da unter den Sektionen der Komintern die russische alle übrigen überragte – sowohl an politischer Erfahrung und geistiger Potenz (man denke nur an Köpfe wie Lenin und Trotzki) als auch an handfester Macht und materiellen Hilfsquellen –, erwuchs aus der Abhängigkeit der KPD von der Komintern die Unterordnung unter die KPdSU. Der wachsende Glaube von Funktionären und Mitgliedern der KPD an das sowjetische Vorbild wirkte wie eine ideologische Rechtfertigung dieses Verhältnisses. Die Auseinandersetzungen in der KPD-Führung orientierten sich – mindestens seit 1923 – an den Fraktionskämpfen der KPdSU; dadurch verwoben sich die deutsche und sowjetische Parteientwicklung noch mehr miteinander. Natürlich waren die deutschen Fraktionskämpfe nicht allein eine Widerspiegelung der russischen, aber die deutschen Führer ließen sich in die sowjetischen Streitereien hineinziehen. Das hatte Rückwirkungen: die Differenzen zwischen der KPD-Führung und der Komintern wurden letztlich nur vom sowjetischen Fraktionsgesichtspunkt aus betrachtet.[30]

Bis 1923 hatten sich bestimmte Formen der Abhängigkeit eingespielt: die KPD-Zentrale erkannte die führende Rolle der Komintern an, ohne damit jegliche Eigenständigkeit aufzugeben. Bei den Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung 1923/24 (Sinowjew, Kamenew und Stalin gegen Trotzki) fand die trotzkistische Opposition – entgegen ihren Erwartungen – in Deutschland keinen Widerhall: »Die Mittelgruppe der Partei und die bisherige linke Opposition bezogen nach einer grundsätzlichen Prüfung der Dinge sofort die klare Linie der vollen Unterstützung des russischen ZK ... Aber selbst nicht einmal bei der rechten Gruppe der KPD fand die Auffassung der russischen Opposition offene Unterstützung.«[31]

Doch ehe sich die KPD auf die Seite der russischen Mehrheit schlug, hatten die russischen Fraktionskämpfe in der deutschen Partei bereits weittragende Auswirkungen gehabt. Die Mehrheit der deutschen Leitung folgte nach der Niederlage vom Oktober 1923 allen Anweisungen und Vorstellungen des Komintern-Vertreters

30 Das war 1920/21 noch anders. Als KPD-Parteivorsitzender verwahrte sich Paul Levi gegen die Aufnahme der KAP in die Komintern; er nannte diese von Lenin inspirierte Maßnahme »eine unhaltbare Situation« (RF vom 24. 12. 1920). Bei den Verhandlungen mit den USP-Führern (1920 in Moskau) über die Aufnahme der USP in die Komintern bestand Lenin in seinen 21 Bedingungen darauf, daß sich der Vorstand zu zwei Dritteln aus solchen Mitgliedern zusammensetzen müsse, die bereits auf dem Boden des Kommunismus standen (vgl. Bedingung 20, in: Hermann Weber, Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966, S. 62). Die USPD-Vertreter Dittmann und Crispien lehnten das ab, aber auch der Vertreter der KPD, Ernst Meyer, wies Lenins Vorschlag zurück. (Notizen über die Verhandlungen, Nachlaß Meyer, Privat-Archiv Rosa Meyer-Leviné). Noch 1923 wandte sich der Parteivorsitzende Brandler gegen eine Glorifizierung des Kominternvorsitzenden Sinowjew: »Ist der Vorsitzende der Exekutive der Komintern ein Herrgott? ... Wir haben keine Herrgötter.« (Bericht, a. a. O. [Anm. 1], S. 373).

31 »Inprekorr«, Nr. 39 vom 28. März 1924, S. 449.

Karl Radek. Als dann aber die Kominternführung unter Sinowjew den Trotzki-Anhänger Radek desavouierte, schwenkte der Großteil der Zentrale-Mehrheit von Radek ab, es kam zur Spaltung in jene drei Fraktionen (Rechte, Mittelgruppe und Linke), die 1924 das Geschick der KPD bestimmten. Offiziell wurde bestätigt:
»Sowie sich dann aber herausstellte, daß die von dem EK-Vertreter durchgesetzte These über den Sieg des Faschismus nicht im Auftrag des EK der KI vorgelegt worden war, daß sie vielmehr auch im EK auf lebhaften Widerspruch gestoßen war, setzte sofort die selbständige taktische Orientierung der Zentrale ein, die zur Herausbildung der jetzigen drei Gruppen in der Partei führte.«[32]
Die Spaltung der früheren Mehrheit der Zentrale war also nicht zuletzt Folge der russischen Fraktionsdifferenzen. Die Verknüpfung zwischen Führungskämpfen in Deutschland und der Komintern wurde in den folgenden Jahren noch enger. Wie bereits in der Chronologie geschildert, stand die Kominternführung der Machtübernahme der Linken 1924 skeptisch gegenüber. Sinowjew sagte später, »die deutsche Linke hat die KPD gegen den Willen des EKKI erobert. Es ist dies der einzige mir bekannte Fall in der Geschichte unserer Internationale ... Unser Versuch, eine ›mittlere‹ Gruppe zu unterstützen, hatte leider keinen Erfolg gehabt.«[33]
Die Auseinandersetzungen zwischen der linken Mehrheit und dem EKKI wurden bereits beschrieben.[34] Diese Differenzen führten aber auch dazu, daß das russische Vorbild in der KPD zeitweise zurückgedrängt wurde. Anfang 1924 schrieb eine deutsche Parteizeitung:
»Mit den Methoden der russischen Revolution allein wird das revolutionäre Proletariat vergeblich an der kapitalistischen Sklavenfeste anrennen. Dieses vergebliche Anrennen der vergangenen fünf Jahre muß sich die revolutionäre Partei bewußt machen ... Wenn die fünf Jahre revolutionären Kampfes überhaupt etwas gelehrt haben, so dieses, daß die deutsche Revolution kein Vorbild hat. Wo sie sich aber noch an Vorbilder hält, muß sie sich davon emanzipieren, sie kritisch überwinden ... Auf den bisherigen Weg zurückblickend, ist zu erkennen, daß die Kommunistische Partei Deutschlands ganz im Banne der russischen Revolution gestanden hat. Und das mit Recht. Es ist Voraussetzung für die kommunistische Revolution in Deutschland, daß sie die bolschewistischen Formen in sich aufnimmt. Darüber hinaus muß das revolutionäre Proletariat in Deutschland seine eigenen finden ...«[35]
Solche verklausulierten Selbständigkeitsbestrebungen auf seiten der deutschen Linken weckten das Mißtrauen des EKKI, und sie riefen mindestens ebenso Kritik an der KPD hervor wie deren ultralinke Gewerkschaftspolitik oder die Ablehnung der Einheitsfront. Innerhalb der Linken hielten sich 1924/25 Stimmungen gegen die Komintern, obwohl die Ruth Fischer-Führung auf dem V. Weltkongreß 1924 mit

---

32 Bericht über den IX. Parteitag der KPD, Berlin 1924, S. 23.
33 RF vom 16. März 1926 – »Inprekorr«, Nr. 63 vom 27. April 1926, S. 921. Manuilski behauptete sogar: »Noch auf dem Frankfurter Parteitag kämpften wir gegen die Übergabe der Leitung an Maslow und Ruth Fischer (»Hamburger Volkszeitung« vom 12. 1. 1926). Das war Geschichtsklitterung«, vgl. oben Kap. 2, S. 63 f.
34 Vgl. oben Kap. 2, S. 63 ff.
35 »Soz. Republik« vom 5. Januar 1924.

der Kominternspitze ihren Frieden schloß und zur deutschen Fraktion Sinowjews wurde.[36]

1924/25 begann in der Komintern auch der Einfluß Stalins zu wachsen. Stalin und seine Fraktion, im wesentlichen der sowjetische Parteiapparat, nahmen 1925 bis 1927 eine »rechte« Position ein. Primär ging es Stalin um die Macht in der KPdSU, er wollte seine gefährlichsten Gegner, die Linken, ausschalten (zunächst Trotzki, später Sinowjew und Kamenew). Der Kampf gegen die linke Opposition war aber auch aus der grundsätzlichen Haltung Stalins erklärbar: seine Theorie vom »Sozialismus in einem Land« wurde von den Linken abgelehnt, während die »rechten« Kommunisten (Bucharin, Rykow, Tomski) sie bejahten. Zugleich ging es um die Innen- und Außenpolitik des Sowjetstaates. Mit Hilfe der »Rechten« trat Stalin für eine gemäßigte Politik ein, die wirtschaftliche »Schere« zwischen Industrie und Landwirtschaft sollte durch Zugeständnisse an die Mittelbauern geschlossen werden; außenpolitisch erwartete Stalin Erfolge von der Einheitsfront (in England mit den Gewerkschaften, in China mit der Kuomintang), außerdem hoffte man, eine »gemäßigte« Politik könne ausländische Kapitalhilfe bringen.[37]

1927 wurde klar, daß die außenpolitischen Hoffnungen getrogen hatten, vor allem in China hatte die Zusammenarbeit mit der Kuomintang zu einem Debakel des Kommunismus geführt. Da es Stalin andererseits gelungen war, die linke Opposition auszuschalten, konnte er 1928 den Kurs radikal ändern, eine ultralinke Linie einschlagen, um auch die letzten innerparteilichen Gegner, die rechten Kommunisten (Bucharin usw.) zu bezwingen. Eine forcierte Industrialisierung sollte die innere Struktur der UdSSR ändern, dabei wurden vielfach frühere Pläne der Linken (in überspitzter Form) übernommen.

Der Kampf um den sowjetischen Machtapparat und die sowjetische Innen- und Außenpolitik bestimmte den »rechten« Kurs 1925 bis 1927 und den ultralinken Kurs ab 1928. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß diese sowjetische Entwicklung nach 1925 teilweise auch eine Folge der Kominternpolitik von 1923/24 war. Die schematische Übertragung der russischen Politik auf die Komintern läßt erkennen, wie weit die sowjetische Realität für die Komintern maßgebend war. Diese »rechte« bzw. »linke« Grundhaltung spiegelte sich nicht nur in den innerparteilichen Fraktionskämpfen der KPD wider, sie ist in fast allen Sektionen der Komintern abzulesen.

Im Zuge der »Bolschewisierung« der Kommunistischen Internationale 1924/25

---

36 1924 hieß es in einem Polizeibericht: »In führenden Parteikreisen des Westens geht das Gerücht, Moskau sabotiere die Tätigkeit der gegenwärtigen Zentrale und habe sie lediglich anerkannt, um der linken Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen und der Rechten bei sich bietender Gelegenheit wieder in den Sattel zu helfen.« (StA Münster, Reg. Minden, IP 540). Im März 1925 wandten sich die KPD-Vertreter (Giwan und Westphal) auf der Orgkonferenz in Moskau gegen die Komintern, sie beschuldigten Pjatnizki, sein Material stamme nicht von der KPD-Führung; mit anderen Worten: die Komintern verfüge über illegale Spitzel in der Partei (»Inprekorr«, Nr. 45 vom 1. April 1925, S. 646).

37 Zu den Einzelheiten der Politik Stalins vgl. Daniels, Das Gewissen der Revolution. Köln 1962, S. 301 ff. – L. Schapiro, Die Geschichte der KPdSU, Frankfurt/M. 1961, S. 346 ff. – I. Deutscher, Trotzki. Bd. 2, Stuttgart 1962, S. 264 ff. – D. Bronger, Der Kampf um die sowjetische Agrarpolitik 1925–1929, Köln 1967, S. 47 ff.

hatte Sinowjew (noch im Bündnis mit Stalin) die Anhänger Trotzkis aus den Führungspositionen der Sektionen verdrängt.[38] Die Ausschaltung der linken Führungen der Sektionen, die Sinowjews Anhänger waren, begann im Herbst 1925 mit dem »Offenen Brief« an die KPD. 1926/27 wurden nicht nur die deutschen Linken ausgeschlossen, sondern auch die ultralinke polnische Parteiführung (Domski, Ossinskaja), die Linken in der Tschechoslowakei (Michalec, Pollac u. a.), in Belgien (Overstraaten), Holland (Sneevliet) und selbst in Japan. Die »sinowjewistische« Parteiführung Frankreichs (Treint, Girault) wurde abgesetzt und 1928 ausgeschlossen und auch die Ultralinken in Italien (um Bordiga) entmachtet.[39]
Nicht anders ging 1928/29 der Ausschluß »rechter« Kommunisten und die Absetzung von »Versöhnlern« vor sich. In der Tschechoslowakei wurden die Rechten um Hais, die »Versöhnler« um Neurath, Jilek u. a. ausgeschlossen. Die KP der Tschechoslowakei erhielt im November 1928 ebenfalls einen »Offenen Brief« des EKKI über die »rechte Gefahr«.[40] Die KP Schwedens spaltete sich,[41] und mit ihrem Führer Kilbom verließ die große Mehrheit der schwedischen Mitglieder die Komintern. In der KP der USA wurden der Generalsekretär Lovestone u. a. ausgeschlossen,[42] in England der frühere Parteiführer Murphy, in Italien die Parteiführer Serra (Tasca), Santini, Pasquine, in Südafrika Bunting.[43] Die Komintern erklärte später:
»Die Rechten und die Versöhnler wurden zerschlagen und ihre bekanntesten Führer, die offen oder getarnt noch vor dem X. EKKI-Plenum gegen die Beschlüsse des EKKI aufgetreten waren, wurden aus der Partei ausgeschlossen oder von den leitenden Stellungen in den kommunistischen Parteien und im EKKI entfernt, nachdem ihre gegen die Beschlüsse des VI. Weltkongresses gerichteten Plattformen ent-

---

38 In Polen wurden Warski und Walecki, in der Tschechoslowakei Smeral und Kreibich aus der Führung verdrängt, in Frankreich Souvarine ausgeschlossen. Vgl. dazu: Referentenmaterial. Berichterstattung über den V. Weltkongreß. o. O. u. o. J. (Berlin 1924), S. 8 f.

39 Tätigkeitsbericht des EKKI 1925–1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 155 – »Kommunistische Politik«, Nr. 7/8, Ende Juni 1926. Dass. Nr. 9/10, 15. Juli 1926 – »Inprekorr«, Nr. 8 vom 24. Januar 1928 – »Fahne des Kommunismus« vom 16. Mai 1930.

40 RF vom 5. Oktober 1928. Vgl. auch »Inprekorr«, Nr. 131 vom 23. November 1928 – RF vom 28. April 1929 – »Fahne des Kommunismus« vom 21. Juni 1929.

41 Die KP Schwedens hatte sich 1924 schon einmal gespalten, als die Mehrheit dem Parteigründer Zeth Höglund folgte und sich von der Komintern trennte. Höglund hatte erklärt, die skandinavische Arbeiterbewegung sei zu hoch entwickelt, daher lasse sie sich »mit den primitiven Methoden, wie sie die Internationale anzuwenden beliebt, nicht regieren«. (RF vom 20. 9. 1924.) Auch Karl Kilbom, Höglunds Nachfolger in der Parteiführung, trennte sich im Herbst 1929 mit der Mehrheit der schwedischen KP von der Komintern. Im September 1929 hatte das EKKI auch an die KP Schwedens einen »Offenen Brief« gerichtet und darin »schwere opportunistische« Fehler der Führung gegeißelt. Daraufhin verließen Kilbom und die Mehrheit die Komintern, von 15 000 Mitgliedern blieben weniger als 6000 bei der Stalin-Richtung, die nur in 8 der 22 Bezirksleitungen Erfolg hatte. Noch bei den Wahlen 1932 erhielt die Kilbom-Richtung 130 000 Stimmen gegen nur 73 000 der Moskau-Anhänger. (Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Moskau-Leningrad 1935, S. 310 ff. – »Arbeiter-Tribüne«, Stuttgart [Organ der KPO], vom 24. September 1932).

42 Die Kommunistische Internationale ... a. a. O. S. 428 ff. – Nollau, a. a. O. (Anm. 3), S. 35. – »Gegen den Strom« vom 13. Juli 1929.

43 Die Kommunistische Internationale ..., a. a. O., S. 203, 280 f., 626 – »Westf. Kämpfer« vom 29. Juli 1929 – In Holland erzielten bei den Wahlen im Juli 1929 die moskautreue KP 29 000 Stimmen, die oppositionellen Kommunisten unter Wijnkoop 35 000 Stimmen.

larvt worden waren (Serra – KP Italiens, Lovestone – KP der USA, Ewert – KP Deutschlands, Bucharin – KPdSU [B]).«[44]
Diese schematische Übertragung der Fraktionsauseinandersetzungen war nur zum geringen Teil aus der politischen Realität der einzelnen Länder zu erklären.[45] Es war verständlich, daß die kommunistische Opposition der Komintern vorwarf, ihre Politik werde nicht vom Klassenstandpunkt bestimmt, sondern von den Fraktionskämpfen in Rußland.[46] Von solchen Praktiken wurde die KPD besonders hart betroffen. Einer der Mitbegründer der deutschen Partei, der 1928 als »Rechter« ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Paul Frölich, schrieb 1930:
»Seit 10 Jahren ist die Kommunistische Partei Deutschlands das Versuchsobjekt aller möglichen politischen Quacksalbereien und chirurgischen Eingriffe. Wann immer und aus welchem Grunde immer bei den Hochmögenden der Internationale das Bedürfnis nach einem Kurswechsel eintrat, stets mußte die KPD herhalten, um als erste die nötigen Operationen zu vollziehen. Der übliche Verlauf der Sache: Gegeben ist mit dem besonderen Motiv der jeweiligen Wendung die Richtung, in der sie gehen soll, gegen rechts oder gegen links. Gefunden werden die Sündenböcke. Das Urteil wird ihnen gesprochen. Die Gründe werden gesucht, die Hetze entfesselt, die Opfer abgeschlachtet. Inzwischen ist eine neue Führergarnitur zusammengestellt und der Fahneneid auf sie abgelegt worden mit einer Einstimmigkeit, die die bolschewistische Geschlossenheit und den revolutionären Geist der Partei beweist. Dann bahnt sich die neue Taktik ihren Weg, sie schlägt aus und überkugelt sich. Für die neue Praxis wird die Theorie gefunden. Die Hochmögenden halten über die neue Führung alle Hände und drohen, jeden zu zerschmettern, an dem der Zweifel nagt, der zu warnen und zu kritisieren wagt. Die Partei ist wieder einmal, zum erstenmal in ihrer Geschichte, eine wirkliche Kommunistische Partei geworden, ist bolschewisiert, steht auf der Linie, ausgerichtet wie ein preußisches Bataillon. Und damit ist der Zeitpunkt zu einer neuen Wendung gekommen. So vollzogen sich die Dinge in den einzelnen Parteien. Bei der deutschen fing es an, dann folgten nacheinander die übrigen Parteien, und wenn eine besonders Glück hatte, dann konnte sie eine Wendung überspringen. Der KPD ist nichts erspart geblieben ...«[47]
Einer der schwerwiegendsten und folgenreichsten Eingriffe der Komintern in die Geschicke der KPD war der »Offene Brief« vom August 1925 und die darauffolgende Absetzung der Fischer-Maslow-Führung. Für die Zukunft der KPD war es eine schwere Hypothek, daß sich die Partei nicht selbst von der verfehlten ultralinken Politik zu lösen vermochte (die Fischer-Maslow-Führung war wenige Wochen vor dem »Offenen Brief« noch einstimmig vom Parteitag bestätigt worden),[48]

---

44 Die Kommunistische Internationale ..., a. a. O., S. 21.
45 1925–27 wurden in allen Sektionen die »Linken« bekämpft, und 1928/29 die »Rechten«, das entsprach Stalins Frontstellung in der KPdSU.
46 »Arbeiterpolitik« vom 4. Mai 1929 (Thalheimer).
47 »Internationale Nachrichten der Kommunistischen Opposition«. Hrsg. im Auftrag der Vertretung der Internationalen Opposition M. N. Roy und A. Thalheimer. Berlin, Nr. 4, Mai 1930 (Arbetarrörelsens Arkiv Stockholm).
48 Auf einer Reichskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes Ende Mai 1925 hatte auch der

und daß der Kominterneingriff wiederum mit russischen Fraktionsquerelen zwischen Sinowjew und Stalin einherging.[49] Praktisch setzte die Komintern eine neue deutsche Parteiführung ein, sie stützte sich weiterhin hauptsächlich auf die linken Führer, d. h. diejenigen, die früher eifrig Ruth Fischers Politik mitgemacht hatten, dann aber umschwenkten und bereitwillig der Kominternlinie folgten.[50] Das bedeutete einerseits, daß seit Ende 1925 jede deutsche Führung von der Komintern abhängig blieb, andererseits, daß die Komintern auf die Stimmung der deutschen Linken Rücksicht nahm und keine echte Selbstkritik des ultralinken Kurses von 1924/25 erfolgte, was sich 1928/29 als verhängnisvoll erwies.

Zunächst schien das Eingreifen der Komintern eine Demokratisierung der von Ruth Fischer »bolschewisierten« Partei zu ermöglichen. 1926 stritten die verschiedenen Fraktionen der KPD miteinander, es sah aus, als herrsche breite innerparteiliche Demokratie. Tatsächlich förderten diese Auseinandersetzungen jedoch Prestige und Macht der Komintern in Deutschland. Die Autorität der russischen Revolution und Sowjetrußlands war für alle Kommunisten unantastbar. In solcher Atmosphäre war es der Opposition abträglich, wenn man ihr vorwerfen konnte, sie sei »mit der Hegemonie der KPR in der Komintern unzufrieden«.[51] Wer nicht vorbehaltlos für den EKKI-Brief eintrat, wurde als »Feind der Komintern«[52] abqualifiziert. Diesem Ansturm war die Opposition nicht gewachsen, obwohl sie in Berlin zunächst über die Mehrheit verfügte. Bald wurden die führenden linken Oppositionellen als »wildgewordene Kleinbürger« oder »deklassierte Kleinbürger«[53] ver-

---

Vertreter des EKKI noch die »völlige Einstimmigkeit« zwischen EKKI und Ruth Fischer-Führung hervorgehoben. Ruth Fischer ihrerseits betonte auf dieser Konferenz, die »engste Verbindung mit der russischen Partei und ihrer bolschewistischen Führung« sei die beste Garantie gegen alle Abweichungen. (RF vom 29. Mai 1925.)

49 Ruth Fischer bemerkte offenbar erst ganz kurz vor dem X. Parteitag, daß Bestrebungen zu ihrer Ablösung im Gange waren, erst von diesem Zeitpunkt an widersetzte sie sich verschiedenen Anweisungen des EKKI, z. B. der Vergrößerung der Zentrale und der Schaffung einer Gewerkschaftsabteilung auf dem Parteitag, vgl. oben, Kap. 2, S. 116 f. Zur Verbindung mit dem Fraktionskampf in Moskau, s. ebenfalls Kap. 2, S. 56 f.

50 Das gilt auch für Thälmann, der seit 1924 in Moskau sehr umworben wurde (Vgl. Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 516). Gefühlsmäßig stand Thälmann allerdings 1924/25 öfter in Opposition zu Ruth Fischer, Scholem und den andern Intellektuellen (Mitt. von Max Hesse an den Verf.). Pointiert schrieb Theodor Koegler über Thälmanns Haltung: »Teddy stieg das (die Aufstellung zum Präsidentschafts-Kandidaten 1925) zu Kopf . . . was die Russen bei seinem Besuch in Moskau sofort weghatten. Unter Appell an seine nicht geringe Eitelkeit (was die Judenbengels in Berlin können, kannst Du doch auch!) und an seinen Antisemitismus (wenn er getrunken hatte), kam er aus Moskau umgefallen zurück.« (Mitt. von Theodor Koegler an den Verf.)

51 »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1926, S. 239.

52 Koegler wies auf die Diskussionsmethoden hin, er nannte sie Demagogie und wurde deswegen scharf gerügt (RF vom 4. Oktober 1925).

53 »Inprekorr«, Nr. 91 vom 6. Juli 1926 (Heinz Neumann). Auf dem 9. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes 1925 hatte Dengel selbstkritisch ausgeführt: »Das Verhältnis der gesamten Linken zur Komintern war kein brüderliches Verhältnis. Alle wir Linken waren der Auffassung, daß wir mit dem Kampf gegen Brandler auch einen Kampf gegen die Exekutive der Komintern führten, daß die Exekutive versuche, die Partei nach rechts zu führen.« (Wir sind die erste Reihe. Der 9. Verbandstag der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Berlin 1925, S. 18.) Um die Linke zu spalten und den Thälmann-Dengel-Flügel nicht erneut gegen die Komintern aufzubringen, wandte sich die Moskauer Führung auch nach dem »Offenen Brief« vor allem gegen die »Rechten«, und sie berief sich auf die Traditionen der Linken usw. Dadurch blieb die Wendung von 1925 eine halbe Maßnahme.

ächtlich gemacht, um auch die intellektuellenfeindliche Stimmung vieler Arbeiter gegen sie zu lenken. Sinowjew selbst versuchte, den Einfluß von Ruth Fischer und Maslow, von Koegler und Korpus in Berlin herabzusetzen:

»Ich verstehe nur nicht, was sind das für Berliner Arbeiter, sind das Bolschewisten oder was sind sie? Es sind doch 20 000 oder 30 000 Mitglieder, und sie können keinen *Arbeiter* finden, der die Partei führen wird? So ist die Partei absolut verloren. Das ist ein schäbiges Regime.«[54]

Die Demagogie der russischen Kominternführer, unter denen sich ja auch kaum Arbeiter befanden, sollte vor allem das Prestige Thälmanns stärken. Doch Thälmann war nicht Sinowjews, sondern Stalins Gefolgsmann. Es half Sinowjew wenig, daß er seine deutschen Anhänger fallenließ: Ein Jahr nach der Absetzung Ruth Fischers und Maslows mußte er den Kominternvorsitz niederlegen. Nun wurde ihm von der Stalin-Führung vorgeworfen, er habe zur »Hetze« Ruth Fischers und Maslows geschwiegen und in seinem Namen sei die KPD von einer »gewissenlosen Clique kleinbürgerlicher Abenteurer« geführt worden.[55]

Innerhalb der Komintern war die linke Opposition bis 1927 geschlagen. Stalins Kampf gegen die Rechten (vom inzwischen routinierten Apparat sehr viel schneller beendet) griff auch auf Deutschland über. Hier hatten sich vor allem Ewert und andere Versöhnler auf Bucharin gestützt. Seinen Vertrauensmann Thälmann ließ Stalin auch in der Wittorf-Affäre nicht fallen; er ignorierte den Beschluß des deutschen ZK und setzte ihn wieder in seine Funktionen ein. Mit der Niederlage der rechten Fraktion in der KPdSU war auch das Schicksal der deutschen Rechten und Versöhnler besiegelt. Wieder war das Prestige der russischen Revolution und der Komintern zugunsten Stalins in die Waagschale geworfen worden.

Der Nimbus Sowjetrußlands und das Ansehen der KPdSU waren in der KPD ständig gewachsen. Zum 10. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution war mit einem gewissen Recht vom »unzerstörbaren Band KPD-KPdSU« gesprochen worden.[56] Die KPD glaubte, »ihr Schicksal« hänge »in der gegenwärtigen Epoche vom Sieg des Sozialismus im einzigen Sowjetstaat«, also der UdSSR, ab.[57] Die KPD hatte sich in der Streitfrage des »Aufbaus des Sozialismus in einem Land« völlig auf die Position Stalins begeben, sie »bejahte den Aufbau des Sozialismus« in der Sowjetunion,[58] und sie ordnete sich den Interessen des »sozialistischen Aufbaus« unter. Die deutsche Parteiführung erkannte nicht, daß die Partei damit – wie alle Sektionen der Komintern – ihre Funktion änderte. Die KPD konnte keine selbständige deutsche Politik machen, es war ihr sogar unmöglich, eigenständig eine Revolution vorzubereiten: Die Revolution durfte nur ausbrechen, wenn Stalin sie

---

54 Der neue Kurs. Berlin 1925, S. 22.
55 »Westf. Kämpfer« vom 22. Oktober 1926.
56 »Westf. Kämpfer« vom 7. November 1927.
57 Über den 14. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Informationsmaterial. Hrsg. ZK der KPD. Berlin, Februar 1926, S. 34 ff.
58 RF vom 8. August – »Freiheit vom 11. August – »Neue Zeitung«, München, vom 11. August 1926.

benötigte. Eine solche »Revolution auf Abruf« war aber undenkbar, und die Partei als außenpolitische Hilfstruppe Stalins eigentlich zur Untätigkeit verdammt.[59]
Wie von ihr erwartet, stimmte die KPD-Führung auch allen Veränderungen der sowjetischen Parteispitze zu: Das ZK der KPD
- »billigte vollständig« die Beschlüsse des 14. Parteitags der KPdSU vom Dezember 1925 gegen Trotzki;[60]
- erklärte im Juli 1926 sein »vorbehaltloses Einverständnis« zu Stalins Kampf gegen Sinowjew;[61]
- gab Ende Juli 1926 seine »vorbehaltlose Zustimmung« zur Absetzung Sinowjews als Kominternvorsitzender;[62]
- sprach sich im Juni 1927 in »völliger Einstimmigkeit« gegen Trotzki aus;[63]
- billigte den Ausschluß Trotzkis und Sinowjews im November 1927 und erklärte sich mit der KPdSU-Führung »völlig solidarisch«;[64]
- »begrüßte« mit der gleichen Selbstverständlichkeit im September 1929 die Absetzung Bucharins und der rechten Kommunisten.[65]

Es ist wenig erstaunlich, daß sich die Opposition jeweils umgekehrt verhielt. Je weiter die Stalinisierung voranschritt, um so mehr trieb die Logik der Ereignisse die verschiedenen Oppositionsgruppen zu einer grundsätzlichen Stellungnahme gegenüber Komintern und KPdSU. Dabei wurde in erster Linie die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion attackiert. Selbstverständlich suchte die Opposition politischen Rückhalt bei der ihr nahestehenden sowjetischen oppositionellen Fraktion. Die deutsche Parteiführung bezeichnete das Streben der deutschen Oppositionsgruppen nach Unabhängigkeit der KPD von der UdSSR als verwerflich. In seiner Broschüre »Der ultralinke Menschewismus« bezichtigte Heinz Neumann schon 1926 die gesamte linke Opposition der Sowjetfeindlichkeit:
»Konzentration aller ultralinken Angriffe von Katz, Korsch, Maslow, Ruth Fischer, Urbahns, Bordiga, Domski u. a. gegen die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken, insbesondere gegen die Politik der KP der Sowjetunion und ihre Führerrolle in der Komintern – unter Anknüpfung an die Plattform der Opposition auf dem XIV. Parteitag der KPdSU.«[66]
Die rechte Opposition ihrerseits verdammte 1929 die »mechanische, affenmäßige« Kopierung der russischen Partei und ihrer Methoden. Gegen die schematische Übertragung der russischen Taktik auf die Komintern wandte sich Thalheimer mit folgender Überlegung:
»Vielleicht ist das bloßer Laienverstand und nicht genügend Bolschewisierung, wenn

59 Diese Problematik geht über den Rahmen der vorliegenden Arbeit hinaus, hier sei nur darauf verwiesen, daß sich die Funktion der Kommunistischen Parteien erst durch die Wandlung des Weltkommunismus seit 1949 änderten (Jugoslawien, China).
60 Über den 14. Parteitag ..., a. a. O. (Anm. 57), S. 40. Eine Diskussion über die russischen Fraktionskämpfe wurde als »unzweckmäßig« abgelehnt. Vgl. dazu oben, Kap. 3, S. 143.
61 »Westf. Kämpfer« vom 27. Juli – »Freiheit« vom 27. Juli 1926.
62 »Westf. Kämpfer« und »Freiheit« a. a. O.
63 »Neue Arbeiter-Zeitung«, Hannover, vom 25. Juni 1927.
64 RF vom 19. November 1927.
65 »Westf. Kämpfer« vom 5. September 1929.
66 Heinz Neumann: Der ultralinke Menschewismus. Berlin 1926, S. 4.

ich die bescheidene Meinung äußere, daß ich mir sehr wohl denken kann, daß, wenn in Sowjetrußland eine ›Rechte Gefahr‹ existiert, gleichzeitig in Java oder Borneo eine ›Linke Gefahr‹ oder in einem anderen Land eine ›versöhnlerische‹, daß in einem dritten sogar eine Richtung ›die Gefahr‹ sein kann, die im russischen Fraktionskampf überhaupt nicht vertreten ist.«[67]

Doch die verschiedenen Oppositionsgruppen haben immer erst spät (meist zu spät) die Veränderungen in der Sowjetunion und den Charakter des Stalinismus erkannt und berücksichtigt.

Die Abhängigkeit der KPD von Moskau zeigte sich nicht nur in der Nachahmung der russischen Partei und ihrer Politik, sondern auch an der materiellen Bindung der KPD an die KPdSU (über die Komintern). Ohne die Hilfe der Komintern hätte die KPD ihren immer größer werdenden Parteiapparat, die Parteipresse usw. in diesem Umfang schwerlich aufrechterhalten können. Über die Situation von 1923 berichtete der damalige Parteivorsitzende Brandler später:

»Die Komintern finanzierte die KPD so, daß sie 27 Zeitungen und 200 Funktionäre bezahlen konnte. Auch wenn wir (d. h. die rechte Opposition bei einer evtl. Parteispaltung 1923, H. W.), wie unsere Anhänger erklärten, die größere Hälfte der Mitglieder bekämen, wir konnten aus eigener Kraft keine vier Zeitungen und kein Dutzend Funktionäre bezahlen«.[68]

In der KPD wurde über die Geldunterstützungen aus Sowjetrußland nicht öffentlich gesprochen, die sowjetische Unterstützung war in der Partei ein Tabu. Lediglich auf dem II. Parteitag 1919 bestätigte Hugo Eberlein (über ihn und über Wilhelm Pieck liefen die Zuwendungen der Komintern lange Zeit):

»Die Kassenverwaltung ist ein besonderes Schmerzenskind der Partei. Die vielen Millionen, die wir von der russischen Regierung erhalten haben sollen, spuken selbst in den Köpfen unserer Parteigenossen. Es muß immer wieder gesagt werden, daß die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, im Verhältnis zu dem, was gebraucht wird, gering sind. Wir werden in der gesamten Presse als die Söldlinge der russischen Regierung verschrien, völlig zu Unrecht. Wir machen keinen Hehl daraus, daß uns zwar nicht die russische Regierung, wohl aber die russische Kommunistische Partei Geldmittel zur Verfügung gestellt hat, die wir zur Agitation verwenden; wenn darüber auch die Regierungssozialisten ein Geschrei erheben, so ist das nichts als elende Heuchelei, denn wir waren früher in der alten Partei stolz darauf, daß es uns auf Grund unserer finanziellen Lage möglich war, unsere ausländischen Genossen zu unterstützen.«[69]

Später wurde dieses Kapitel in der Partei offiziell nicht mehr berührt, aber die Unterstützung durch die Komintern, faktisch eine Finanzhilfe von der Sowjetunion,[70] war ein offenes Geheimnis. Ungewiß blieb aber stets die Höhe der finanziellen Zuwendung.

---

67 August Thalheimer: Um was geht es? Zur Krise in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Berlin 1929, S. 4.
68 Brief Brandlers vom 12. Januar 1959 an Isaac Deutscher, Kopie im Besitz des Verf.
69 Bericht über den II. Parteitag der KPD, o. O. u. o. J. (Berlin 1919), S. 28 f.
70 Vgl. dazu oben S. 128 f.

Auf der Tagung der deutschen Polizei-Nachrichtenleiter im Mai 1927 wurde folgender Bericht über die Finanzlage der KPD gegeben:[71] Die Partei hatte nach dem Kassenbericht des XI. Parteitags im März 1927[71a] 4,5 Millionen Mark Mitgliederbeiträge eingenommen (offenbar in dem Zeitraum vom X. zum XI. Parteitag, also vom August 1925 bis Februar 1927), hinzu kamen 1 Million Gewinne aus Grundstücken der PEUVAG. Diese Eigenmittel bedeuteten pro Monat 300 000 Mark Einnahmen. Indirekt bestätigt ein offizieller Bericht diese Summe. Eine Abrechnung des Bezirks Berlin-Brandenburg für 10 Monate (Januar bis Oktober 1927) weist insgesamt 242 237 Mark Einnahmen aus, (davon 106 866 Mark Mitgliederbeiträge)[72] pro Monat also etwa 25 000 Mark. Da der Bezirk Berlin-Brandenburg als größter KPD-Bezirk etwa 10–15 % der Gesamtmitgliedschaft umfaßte, dürften die Einnahmen der KPD (einschließlich der Gewinne aus Gründstücken usw.)[72a] monatlich in der Tat zwischen 200 000 und 300 000 Mark betragen haben. Auch die Beitragssätze (monatlich zwischen 20 Pfennigen für Arbeitslose und 1,60 Mark für Industriearbeiter Grundbeitrag neben entsprechenden Extrabeiträgen) der rund 150 000 Mitglieder ergeben etwa diesen Betrag. Angeblich hatte nun die KPD bei der Komintern ein Budget von 1,2 Millionen Goldrubel, von denen 300 000 Rubel an den Roten Frontkämpferbund weitergeleitet werden mußten. Da ein Goldrubel ungefähr zwei Mark entsprach,[73] bezog die KPD nach dieser Aufstellung einen monatlichen Komintern-Zuschuß von etwa 150 000 Mark. Außerdem erhielt die KPD für bestimmte Aktionen Sonderzuwendungen, so 1926 für die Frauenarbeit 60 000 Mark, für den Volksentscheid zur Fürstenenteignung 120 000 Mark, für den »Kongreß der Werktätigen« 100 000 Mark usw.[74]

Nach den offiziellen Unterlagen der Komintern dürfte die Hilfe allerdings nicht ganz so hoch gewesen sein. Die Komintern überwies 1927 als Unterstützung an die Sektionen 690 000 Dollar, also 2,8 Millionen Mark. Selbst wenn man annimmt, daß die KPD als wichtigste Sektion den größten Anteil bekam, wäre nach dieser Version die oben angegebene Unterstützung wohl um die Hälfte zu hoch gegriffen. Nun ist zu vermuten, daß die offiziellen Abrechnungen der Komintern kaschiert waren, damit das ganze Ausmaß der Unterstützung verborgen blieb. Der Kassenbericht von 1928 weist sogar (bei Einnahmen und Ausgaben von 762 000 Dollar)

71 Bayr. HStA München, M. Inn. 71 490.

71a Im offiziellen Parteitagsprotokoll ist der Finanzbericht nicht enthalten (vgl. Bericht über den 11. Parteitag der KPD, Berlin 1927).

72 Bei den Einnahmen sind u. a. aufgeführt: 8535 Mark »Internationale Beiträge«, 74 863 Mark »Kampffonds«, 9554 Mark »Abführung von Diäten«, 5571 Mark »Verschiedenes«. Die Beitragssätze lagen wöchentlich zwischen 40 Pfennig für Industriearbeiter und 5 Pfennig für Arbeitslose, außerdem gab es zusätzliche Pflichtmarken (z. B. »Internationale Marke« zwischen 5 und 30 Pfennig) und Extramarken (Parteitag, 1. Mai usw.). (Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz. Über die Tätigkeit der Organisation vom 1. Januar bis 31. Oktober 1927. Berlin o. J. [1927], S. 214 f.)

72a Der Gesamtwert der Parteigrundstücke und Druckereien betrug 1929 etwa 8,5 Millionen Mark. (Richard Lewinsohn: Das Geld in der Politik. Berlin 1931. S. 153).

73 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927. Berlin 1927, S. 176.

74 Nach den Angaben (a. a. O., Anm. 71) erhielt die KPD außerdem für den Bergarbeiterstreik 12 000 und für Freidenkerarbeit 60 000 Mark. Von der alten Zentrale waren 125 000 Mark Schulden übernommen worden. Der Referent (Oberregierungsrat Mühleisen) bezeichnete die finanzielle Situation der KPD als schlecht.

als »Subventionen für Parteizeitungen, Verlage und Kultur- und Bildungsarbeit« nur 364 781 Dollar, also etwa 1,5 Millionen Mark aus.[75] (1929 = 1,8 Millionen, 1931 = 3 Millionen Mark.)[76]
Nach einem Kassenbericht erhielt der Bezirk Thüringen 1928 vom ZK einen Zuschuß von 7410 Mark. Selbst wenn die als »Verschiedenes« registrierten Einnahmen von 10 833 Mark verschleierte Zuschüsse des ZK (und damit indirekt der Komintern) gewesen sein sollten, waren die zusammen rund 18 000 Mark nur knapp ein Viertel der insgesamt 84 000 Mark Einnahmen (davon 39 400 Mark Mitgliederbeiträge, außerdem Diäten der Abgeordneten, Gelder aus Sammellisten usw.). Nun war auch Thüringen ein großer Bezirk, bei kleineren Bezirken dürften die Zuschüsse schwerwiegender gewesen sein. Offiziell bekam allerdings auch ein Bezirk wie Württemberg 1928/29 (für 1½ Jahre) bei 83 000 Mark Ausgaben und Einnahmen nur Zuschüsse von 13 000 Mark und vom ZK 4250 Mark.[76a]
Da nach einer genauen Aufschlüsselung selbst ein kleiner Bezirk wie Württemberg im Juli 1927 allein fixe Ausgaben (Gehälter, Telefon usw.) von über 3000 Mark hatte,[77] dürften die Kosten der Gesamtpartei (Zentrale, 27 Bezirke, Unterbezirke, Presse, Massenorganisationen usw.) sich durchaus im oben geschilderten Rahmen bewegt haben, die Zuschüsse der Komintern müssen also entsprechend hoch gewesen ein.
Wenn auch das Ausmaß der Finanzhilfe der Komintern ohne die exakten Unterlagen des EKKI nicht genau festzustellen ist, so lassen die angeführten Zahlen doch zwei Schlüsse zu: Erstens, die finanzielle Unterstützung der Komintern an die KPD war beachtlich, sie betrug vermutlich etwa ein Drittel der KPD-Einnahmen überhaupt; nur dank dieser Hilfe konnte die KPD einen umfangreichen und schlagkräftigen Apparat unterhalten. Zweitens aber wurde in der Öffentlichkeit der »rollende Rubel« überbewertet. Die Vorstellung, die KPD habe nur von der russischen Unterstützung existiert, und diese sei mehr als reichlich geflossen, ist sicherlich falsch. Auf der bereits erwähnten Sitzung der Nachrichtenoffiziere wurde mit Recht auf die dauernde Finanznot der KPD hingewiesen. Behauptungen, wie sie der ehemalige KPD-Landtagsabgeordnete Dörr nach seinem Ausschluß aus der Partei verbreitete, die KPD erhalte von der Komintern monatlich 200 000 Dollar,

75 »Inprekorr«, Nr. 18 vom 25. Februar 1928, S. 379 – Die Kommunistische Internationale ..., a. a. O. (Anm. 41), S. 714.
76 »Inprekorr«, Nr. 37 vom 24. April 1931 – Die Kommunistische Internationale, a. a. O., S. 714 ff.
76a Die Einnahmen in Württemberg kamen u. a. von der Landtagsfraktion, die 3800 Mark Diäten abführte, ebensoviel wurde aus Verlagsgeschäften bezogen. In Thüringen betrug der Gewinn aus Verlagen im Jahre 1928 über 10 000 Mark (Zeitungen, Kalender, Drucksachen). Vgl. StA Bremen, IIA 12a, Bd. 24.
77 StA Bremen, IIA 12a, Bd. 19, Bl. 82 – 1928 (bis April 1929) gab die BL Württemberg an Gehältern 24 000 Mark, Fahrgeldern und Spesen 8000 Mark, »Verwaltung« 12 000 Mark aus, dagegen für Agitation und Propaganda 22 000 Mark. Die BL Thüringen brauchte im Jahre 1928 für Gehälter 27 000 Mark, Fahrgelder und Spesen 10 000 Mark, Miete, Telefon usw. 25 000 Mark. Als Anteil des ZK an den Beiträgen mußte Thüringen auch wieder 8920 Mark an das ZK abführen. Die BL Berlin-Brandenburg hatte in 10 Monaten 1927 u. a. folgende Ausgaben: Verwaltungskosten 29 106 Mark, Löhne und Gehälter 52 882 Mark, Referentengelder 31 454 Mark, andererseits Pflichtbeiträge an das ZK 29 624 Mark oder Agitations-Ausgaben 17 767 Mark. (StA Bremen, IIA 12a Bd. 24 – Bericht der Bezirksleitung, a. a. O. [Anm. 72], S. 215)

also 880 000 Mark, wurden von der Presse zwar begierig aufgegriffen, sie waren aber falsch. Das bestätigte übrigens auch schon damals der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung in einem internen Schreiben.[78] Mit Beginn des russischen Aufbaus 1928/29 ging die Finanzhilfe durch Moskau zunächst stark zurück, die Klagen der Partei über Geldknappheit gerade in dieser Periode sind durchaus stichhaltig.[79]

Immerhin erkannten viele Kommunisten, daß die Unterwerfung unter die Komintern in ursächlichem Zusammenhang mit der finanziellen Abhängigkeit von Moskau stand. Besonders die Opposition verlangte kategorisch finanzielle Unabhängigkeit der Partei.[80] Die Opposition war durch das Finanzgebaren der Komintern von vornherein benachteiligt. Da ihr die materielle Hilfe fehlte, konnte sie ihre Organisation nie so stark ausbauen wie die kominterntreue Parteiführung. Die Berliner Parteileitung hatte im März 1924 beschlossen, der Bezirk Berlin-Brandenburg solle wieder – wie vor dem Oktober 1923 – von der Zentrale (und damit von der Komintern) finanziell unabhängig werden und sich auf die Mitgliederbeiträge stützen.[81] Mit solchen Forderungen konnten die auf größere Unabhängigkeit zielenden Kräfte aber nicht durchdringen.[82]

Andererseits schadeten aufgebauschte Berichte über die finanzielle Bindung an Moskau einer nüchternen Einschätzung, so etwa, wenn die Katz-Opposition 1926 behauptete: »Die KPD, finanziell und damit auch ideologisch völlig vom russischen Staat abhängig, mußte die Wandlungen des russischen Staates willenlos mitmachen ... Wer am dreistesten heuchelt, wird Führer, verächtliche Burschen raufen um Futterkrippen, Gesinnung gilt nichts, Gesinnungslosigkeit alles.«[83]

Solche Überspitzungen verfehlten die Realität, sie hatten allerdings einen wahren Kern: Die Geheimapparate der KPD (Militär-Apparat, Kurierdienst, Zersetzungs-Apparat usw.)[84] existierten nur von Kominternfinanzen. Sie waren daher auch von der deutschen Partei nicht zu kontrollieren, und das EKKI konnte mit ihnen

78 HStA Düsseldorf 16 927 – Auch Lewinsohn (Morus) schrieb 1931: »Denn es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Kommunistische Partei Deutschlands ausschließlich oder auch nur vorwiegend von Moskau aus finanziert wird.« (Lewinsohn, a. a. O. [Anm. 72a], S. 73).

79 Die Geldknappheit der KPD wurde von allen Polizeistellen beobachtet (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 26). In einer Erinnerung berichtet auch Lilly Korpus (jetzt Lilly Becher) darüber. Eine geplante Zeitschrift »Die Arbeiterin« konnte erst gegründet werden, nachdem russische Kommunistinnen 350 Goldmark übermittelten (»Neues Deutschland«, Berlin [Ost], vom 7. März 1959 – Erinnerungen sozialistischer Journalisten. Hrsg. K. Puder. Leipzig 1968, S. 30 ff.

80 Schon 1921 war die erste Forderung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft Paul Levis: »Völlige materielle Unabhängigkeit von der Kommunistischen Internationale.« (»Unser Weg«. Hrsg. Paul Levi, Heft 15, Dezember 1921, S. 415).

81 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 9, Bl. 77.

82 »Wir rechneten es uns als Plus an, daß der Bezirk Berlin-Brandenburg finanziell auf eigenen Füßen stand. Eines Tages hörte ich vage, es werde uns verübelt, daß wir keine Zuschüsse vom ZK in Anspruch nahmen. Ich hielt das für einen der üblichen parteiinternen Witze. Erst sehr viel später begriff ich allmählich, daß unsere Unabhängigkeit ein weit größerer Verstoß gegen die ›Parteidisziplin‹ war als diese oder jene politische Differenz.« (Mitt. von Theodor Koegler an den Verf.).

83 »Mitteilungsblatt für den Parteiarbeiter«. KPD-Opposition (Linke Kommunisten). Hannover. Nr. 33, vom 16. November 1926.

84 Auf die Tätigkeit dieser illegalen Apparate, die noch immer weitgehend im dunkeln liegt, konnte hier nicht eingegangen werden, einige Hinweise finden sich oben, Kap. 6.

schalten und walten, wie es wollte. Diese Geheimapparate hatten aber auch Parteiaufgaben wahrzunehmen (Kurierdienste, Informationen über gegnerische Organisationen, Paßfälschungen, Beschaffung von Quartieren, von Druckereien für illegale Schriften usw.), und hier wirkte ihre totale Abhängigkeit wieder auf die Partei selbst zurück.

Schließlich beschränkte sich die materielle Hilfe auch nicht nur auf direkte Finanzierung. Die Komintern entsandte gut ausgebildete Funktionäre und Spezialisten, ausländische Parteiführer konnten in Rußland Erholung oder bei Krankheit Genesung finden, politisch Verfolgte erhielten Asyl, kurzum, die Hilfe war recht verschiedenartig, wie eben auch die Abhängigkeit von der Komintern recht vielfältig war.

Die Anleitung durch das EKKI geschah nicht nur über die politischen Führungen. Die Abteilungen des ZK der KPD (einer Partei, die ja ohne Genehmigung des EKKI nicht einmal ihren Parteitag durchführen konnte) und selbst die Ressorts der Bezirksleitungen wurden von den entsprechenden Abteilungen des EKKI direkt instruiert, und gerade dadurch vertiefte sich der russische Einfluß.[85] War auch die finanzielle und organisatorische Verflechtung von großer Bedeutung, so war andererseits die ideologische Bindung für die Abhängigkeit der KPD von der Komintern nicht weniger wichtig.

Ideologischer Terror: Das Vorbild Sowjetunion

Die Unterordnung des deutschen Kommunismus unter die Interessen der sowjetischen Führung war bis zur Mitte der zwanziger Jahre weit weniger spürbar als in der Periode, in der Stalin die Macht hatte. Die russischen Kommunisten unter Lenin hatten niemals gefordert, daß Rußland die Führung der internationalen Arbeiterbewegung übernehmen oder die bolschewistische Partei in der Internationale eine bevorrechtete Partei sein solle. Auf dem VIII. Parteitag der KP Rußlands 1921 erklärte Lenin:

»Es wäre lächerlich, unsere Revolution als irgendein Ideal für alle anderen Länder hinzustellen und sich einzubilden, sie hätte eine Reihe genialer Entdeckungen gemacht und eine Unmenge sozialistischer Neuerungen eingeführt. Ich habe das von niemand gehört und behaupte, daß wir es von niemand hören werden.«[86]

Entgegen der Ansicht Lenins tauchten solche Vorstellungen wenige Jahre später in der Internationale auf. Die in der KPD früh zu beobachtende Rußlandgläubigkeit überstieg schon Mitte der zwanziger Jahre jedes erträgliche Maß. Clara Zetkin erntete 1923 den stürmischen Beifall der Parteitagsdelegierten, als sie Sowjetrußland mit pathetischen Worten glorifizierte:

---

85 Nach § 34 des Komintern-Statuts konnten Parteitage der Sektionen »nur mit Zustimmung des EKKI einberufen« werden (Programm, a. a. O., Anm. 10, S. 99). Hinweise für die direkte Anleitung der Abteilungen finden sich in: *Dokumente*, S. 213 f. und H. Weber, Die Kommunistische Internationale, Hannover 1966, S. 108 ff.

86 W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Bd. 8. Moskau-Leningrad 1935, S. 381.

»Es ist keiner von uns gewesen, der nicht Sowjetrußlands revolutionäres Leben, die Hingabe und Begeisterung seines Proletariats kennengelernt hat, ohne von dem Eindruck überwältigt zu werden: Ziehe Deine Schuhe aus! der Boden, da Du stehest, ist heiliger Boden. Ist geheiligter Boden durch den revolutionären Kampf, die revolutionären Opfer des russischen Proletariats.«[87]

Während der Bolschewisierung der KPD durch die Ruth Fischer-Führung wurde Sowjetrußland als unfehlbares »Vorbild aller Parteien der Kommunistischen Internationale«, als »Land der 3. Internationale« beschworen. Kommunisten hatten nunmehr nur noch »ein Vaterland und eine Heimat, das ist Sowjetrußland«.[88] Bald galt die Sowjetunion nicht nur als die »wichtigste Hochburg der internationalen Revolution«, die UdSSR »zu unterstützen« wurde jetzt auch zur »Hauptaufgabe der Komintern« erklärt.[89] Entsprechend dieser Haltung sah es der Parteiideologe Lenz-Winternitz 1927 bereits als selbstverständlich an, »daß die russischen Genossen, die Vertretung der bolschewistischen Partei, in der Exekutive und auf dem Weltkongreß, obwohl sie zahlenmäßig eine kleine Minderheit darstellen, den größten Einfluß haben«.[90]

Zwei Jahre später stellte Bela Kun ein für alle Kommunisten verbindliches Axiom auf: »Die Stellung zur KPdSU ist kraft der objektiven Gegebenheiten der historischen Epoche für jeden Kommunisten gleichbedeutend mit der Stellung zum Kommunismus überhaupt.«[91]

Das bedingungslose Bekenntnis zum Vorbild Sowjetunion war fortan erste Pflicht jedes treuen Kommunisten. Die Haltung zur Sowjetunion wurde zur Glaubensangelegenheit. »Den Glauben an Rußland verlieren, heißt Rußland aufgeben«, sagte ein Funktionär auf einer Tagung. Folgerichtig schloß er, die Hauptaufgabe der Komintern sei es, »mit Argusaugen« zu wachen, damit kein »Zahn aus dem Räderwerk« der Sowjetunion herausgebrochen werde.[92]

Die KPD-Führung brachte ihre Ergebenheit gegenüber der Komintern, der KPdSU und Stalin immer lautstarker zum Ausdruck. Auch auf dem nominell höchsten Gremium, dem Parteitag, durften diese Treuebekenntnisse nicht fehlen. Der XI. KPD-Parteitag 1927 wählte Stalin (allerdings auch Bucharin, Rykow und Tomski) in ein »Ehrenpräsidium«; dem Vertreter des EKKI, Jansen (Kuusinen), brachte der Parteitag eine Ovation, stehend wurde die Internationale gesungen.[93] Der XII. Parteitag 1929 sandte dem »Generalstab der Weltrevolution«, dem EKKI, »brüderliche Grüße« und verkündete: »Es lebe die UdSSR, das Vaterland des Proletariats.«[94]

Die Sowjetunion und ihre Politik waren für die KPD unfehlbar geworden.[95] Ja

---

87 Bericht über den III. (8.) Parteitag, a. a. O. (Anm. 1), S. 277.
88 »Freiheit« vom 19. Mai – »Soz. Republik« vom 10. Dezember 1924.
89 RF vom 28. Januar 1927.
90 Joseph Lenz-Winternitz: Was wollen die Kommunisten? Berlin 1927, S. 56.
91 »Die Kommunistische Internationale« vom 13. März 1929, S. 538.
92 »Hamburger Volkszeitung« vom 22. Mai 1926.
93 »Westf. Kämpfer« vom 3. und 7. März 1927. Bericht, a. a. O. (Anm. 72), S. 11 u. 268.
94 Protokoll des 12. Parteitags der KPD, Berlin 1929, S. 12 u. 28.
95 Nur an Randerscheinungen der sowjetischen Politik konnte die KPD noch Kritik üben. Als die

noch mehr: jede Kritik an der Sowjetunion, der KPdSU, ihrer Politik oder ihrer Führung galt als antikommunistisch, als konterrevolutionär. Eine Methode war nunmehr vervollkommnet, die am treffendsten mit dem Terminus »ideologischer Terror« umschrieben werden kann. Für die geistige Ausrichtung der KPD – die sich schon früh zur Devise: »Die Partei hat immer recht« bekannte[96] – spielte dieses Verfahren eine wichtige Rolle. August Thalheimer sah das Problem Ende der zwanziger Jahre so:

»Eine der abstoßendsten Blüten der bürokratischen Umkehrung der kommunistischen Organisationsprinzipien ist das, was man die ›ideelle Einschüchterung‹ nennen kann. Diese Methode besteht bekanntlich darin, jeder kritischen und selbständigen Äußerung von unten sofort den Stempel des ›Menschewismus‹, ›Sozialdemokratismus‹, ›Liquidatorentums‹, ›Antibolschewismus‹ usw. aufzuprägen.«[97]

Diesen ideologischen Terror verurteilte der italienische Kommunist Bordiga bereits 1926. Er stellte fest, jede Opposition werde vom gerade amtierenden Zentralkomitee als »parteifeindlich« und »gegenrevolutionär« abgestempelt.[98] Der organisatorische Terror basierte auf dem ideologischen Terror: verunglimpfte man die Oppositionellen als »Renegaten«, »Antikommunisten« oder »Agenten Chamberlains«, so war Mitgliedern und Funktionären klar: mit jeder Zustimmung zur Opposition stellten sie sich außerhalb der Partei. Viele Kommunisten wagten nicht, offen für ihre Meinung einzutreten, aus Angst, dann den Zusammenhalt mit der kommunistischen Bewegung zu verlieren.

Seit 1926 bediente sich die KPD-Führung in zunehmendem Maße dieses »ideologischen Terrors«, um die Opposition zu dezimieren. Im Mai 1926 beschuldigte Manuilski die Korsch-Gruppe, ihre Ansichten führten geradewegs zum »Sozialfaschismus«. Maslow und Korsch wurde vorgehalten, ihre »jetzigen hohen Protektoren« seien Chamberlain, Pilsudski und Miljukow.[99]

Nachdem jede Opposition gar als »antisowjetisch« diskreditiert wurde, wirkte sich der ideologische Terror besonders drastisch aus. Jede Kritik an der Komintern oder der KPdSU wurde kurzerhand mit dem Stigma des Anti-Sowjetismus belegt; das war bald die schwerste Anschuldigung gegen oppositionelle Kommunisten. Der Opposition wurde entgegengehalten, es gelte unbedingt, das »höchste Gut« jedes Kommunisten zu wahren: die Sowjetunion.[100] Thälmann verkündete, jede Kritik an der Sowjetunion sei nicht nur »ein Vorstoß gegen die russische Kommunistische Partei, sondern auch ein Vorstoß gegen die Komintern ... gegen die westeuropä-

---

Frau Litwinows im »Berliner Tageblatt« einen Artikel, »Berlin, wie es der Fremde sieht«, veröffentlichte, nannte die »Rote Fahne« das einen »Skandal«, beschimpfte Frau Litwinow als »Sonntagsdämchen« und hoffte, daß die »KPdSU die richtige Antwort auf dieses Parasitentum finden wird«. (RF vom 4. Juni 1929).

96 »Freiheit« vom 4. Juni 1924.

97 Thalheimer, a. a. O. (Anm. 67), S. 6.

98 »Kommunistische Politik«, Nr. 5 von Ende Mai 1926.

99 »Inprekorr«, Nr. 72 vom 12. Mai 1926, S. 1143 (Manuilski) – »Die Kommunistische Internationale« vom 25. Oktober 1926, S. 238.

100 So der KPD-Funktionär Hans König gegen den oppositionellen Landtagsabgeordneten Jakob Ritter. König betonte: »Die Sowjetunion ist die Hüterin der Weltrevolution.« (StA Bremen, IV 31, Bd. 2).

ische Revolution«.[101] Schließlich gipfelte die Verketzerung der Opposition in der Behauptung, mit ihrer Losung »Gegen Moskau« treffe sie sich »mit den Kriegsplänen der Imperialisten«.[102]

Damit war die wichtigste Waffe im Arsenal des ideologischen Terrors gefunden. Nach Ansicht der KPD-Führung und ihrer Anhänger war es die höchste Pflicht der Kommunisten, das »Vaterland des Proletariats« vor einem kriegerischen Überfall zu schützen. Seit 1927 behauptete die KPD aber immer lautstarker, ein Krieg gegen die Sowjetunion stehe unmittelbar bevor. Angesichts solcher vermeintlichen Gefahr schien es fast allen Kommunisten unumgänglich, geschlossen zusammenzustehen, um die Sowjetunion verteidigen zu können. Jede Opposition, jede Schwächung der Organisation wurde als indirekte Hilfe einer angeblich geplanten Aggression gegen die Sowjetunion angeprangert. Die Vorstellung, die KPD müsse eine monolithische Organisation sein, erhielt durch den vermuteten drohenden Überfall auf die Sowjetunion mächtigen Auftrieb. Die angenommene Gefahr eines Überfalls auf die Sowjetunion wurde ein wirksames politisches und organisatorisches Druckmittel in der Hand der Rußland-gläubigen KPD-Führung, sowohl gegen die Parteimitglieder als auch gegen die Opposition. Entsprechend stellte die Agitation der KPD die »drohende Kriegsgefahr« groß heraus.

Vor dem Parteitag 1927 behauptete die KPD, Chamberlain wolle die Sowjetunion mit Krieg überziehen, in dieser »ernsten Stunde« müsse man für den Arbeiterstaat eintreten.[103] 1928 verkündete die Komintern, »die Unterschätzung der Kriegsgefahr bedeutet für die Kommunisten die größte Gefahr«.[104] In geradezu hysterischem Ton beschwor die KPD das Gespenst eines unmittelbar drohenden Krieges gegen die Sowjetunion besonders nach dem 1. Mai 1929. Das ZK behauptete am 2. Mai 1929: »Zörgiebels Blut-Mai, das ist ein Stück Vorbereitung des imperialistischen Krieges.«[105] Nun wurde nicht nur gesagt, der »deutsche Imperialismus« rüste zum »Raubkrieg gegen die Sowjetunion«, jetzt hieß es auch, die SPD treibe die Kriegsvorbereitungen voran.[106] Mit dem Hinweis auf die Kriegsgefahr wurde nachdrücklich zur Einheit der Partei, zur Vernichtung der Opposition und zur Aktivität der KPD aufgerufen.[107]

Das unkritische Bekenntnis zur Sowjetunion entwickelte sich zusehends zu einer Unterordnung unter Stalin. Wie in der gesamten Komintern, so war auch im frü-

---

101 »Inprekorr«, Nr. 54 vom 9. April 1926, S. 770.

102 »Westf. Kämpfer« vom 21. August 1926.

103 RF vom 25. Februar 1927 – »Westf. Kämpfer« vom 28. Februar und 1. März 1927 – Vgl. auch: Die Komintern und der Krieg. Hamburg-Berlin 1928.

104 »Die Kommunistische Internationale« vom 12. September 1928, S. 2283.

105 »Klassenkampf«, Halle, vom 3. Mai 1929.

106 »Westf. Kämpfer« vom 8. Mai 1929. »Die Rote Fahne« hatte schon am 27. Januar 1927 geschrieben: »Die SPD droht mit Interventionskrieg«, seit Ende 1928 warf sie der sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion vor.

107 »Schafft überall Antikriegskomitees zur Verteidigung der Sowjetunion!« forderte der »Parteiarbeiter«, Nr. 8, August 1929. An die KPD-Mitglieder richtete sich der Appell: »Alles in den Dienst der Partei!« (»Westf. Kämpfer« vom 8. Mai 1929.) Auf dem XII. Parteitag wurden die Versöhnler beschuldigt, durch ihre Fraktionstätigkeit die Verteidigung der Sowjetunion vor einem Kriege zu sabotieren, vgl. oben, Kap. 4, S. 230.

hen deutschen Kommunismus Stalin noch kaum bekannt. Immerhin bezeichnete ihn »Die Rote Fahne« schon im Oktober 1923 (fälschlicherweise) als den »Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Rußlands«.[108] Ruth Fischer unterwies ihre Anhänger 1924, sich »diesen Namen, den Namen Stalin« gut zu merken.[109] Tatsächlich wurde Stalin während der Fischer-Ära auch in der KPD ein Begriff.[110] Im Februar 1925, als Stalin erstmals in die Probleme der KPD eingriff, stellte die Ruth Fischer-Führung seine »12 Bedingungen« für die Bolschewisierung der KPD groß heraus. Die KPD lobte Stalin als einen Führer der alten Garde des Bolschewismus und einen »der bedeutendsten Führer der Komintern«, alle Funktionäre wurden aufgefordert, seine 12 Bedingungen nicht nur zu lesen, sondern zu studieren.[111] In seinen Bedingungen verlangte Stalin von der KPD, sie solle sich der Theorie »bemächtigen«, Theorie und Praxis verbinden, Losungen und Direktiven nicht nur aufgrund eingelernter Formeln, sondern als Ergebnis einer sorgfältigen Analyse der konkreten Gegebenheiten erarbeiten. Neben der Überwindung sozialdemokratischer Traditionen gelte es, die revolutionäre Einstellung mit einem »Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit (nicht zu verwechseln mit Anpassungspolitik) zu verbinden«. Stalin erklärte ferner, die Partei dürfe ihre Fehler nicht verhüllen und die Kritik nicht fürchten. Die KPD müsse sich von »zersetzenden, opportunistischen Elementen« reinigen und eine »eiserne proletarische Disziplin entwikkeln«.[112]

Die Stalinschen Vorstellungen hielten sich im damals üblichen Rahmen. In einem Brief an Maslow wandte sich Stalin kurze Zeit später »entschieden gegen die Politik des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen«, gegen ein »Regime der Einschüchterung, ein Regime des Furchteinflößens«; er schrieb, es sei »nicht gut, wenn man die Führer der Partei fürchtet, sie aber nicht achtet«.[113]

Stalins »12 Bedingungen« und sein Brief an Maslow waren in der deutschen Partei durchaus mit Sympathie aufgenommen worden. Stalin blieb sachlich-nüchtern, sein bürokratischer Stil war den Parteifunktionären verständlich, schließlich scheute er Extreme, und so fanden seine Worte Resonanz. Daraus erklärt sich, daß auch in Deutschland viele Kommunisten in den folgenden Auseinandersetzungen dahin tendierten, wie es ein Kominternfunktionär empfand: »Wenn es zu wählen gilt zwi-

---

108 RF vom 10. Oktober 1923.

109 Mitt. von Bernhard Menne an den Verf.

110 »Die Rote Fahne« stellte die Berichterstattung über den 14. Parteitag der KPdSU unter den Titel: »Genosse Stalin über unsere Aufgaben« (RF vom 20. Mai 1925).

111 »Freiheit« vom 13. Februar 1925.

112 J. W. Stalin: Werke. Bd. 7 (1925). Berlin (Ost) 1952, S. 34. Es handelt sich um ein Interview Stalins mit Wilhelm Herzog. In Bd. 7 der »Werke« ist es unvollständig abgedruckt, vgl. dazu »Forum« vom 2. November 1928 und *Dokumente*, S. 214 ff.

113 Maslow hatte sich bei Stalin wegen dessen Interview mit Herzog (vgl. Anm. 112) beschwert (Herzog galt als »rechter« Kommunist). Stalin antwortete Maslow am 28. Februar 1925, dieses Schreiben ist in den Werken Bd. 7 (a. a. O.) S. 36 f. abgedruckt, allerdings als »Brief an Genossen Me-rt«. Der Brief war konziliant, denn Stalin versuchte damals, Maslow für seine Fraktion zu gewinnen. Der volle Wortlaut des Stalin-Briefes findet sich bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 351. In Bd. 7 der »Werke« fehlt der »heiße Wunsch« Stalins, Maslow möge bald aus dem Gefängnis befreit werden. Anscheinend wurde der Passus weggelassen, um die Identität des Adressaten zu verschleiern. Vgl. auch »Spartakus«, Nr. 3 vom Dezember 1926.

schen Stalin, dem rauhen Bürokraten, Kämpfer und Revolutionär, und Sinowjew, dem großsprecherischen und tyrannischen Bürokraten, der 1917 versagte, wird jeder Kommunist Stalin wählen.«[114]

Den Mitte der zwanziger Jahre begonnenen Personenkult um Stalin machte die KPD in jeder Phase mit. Für die Führung war Stalin bereits 1926 sakrosankt, Thälmann nannte Urbahns' Kritik an Stalin eine »Kühnheit«, Urbahns habe nicht das Recht, »über Genossen Stalin so zu reden, wie er es tat«.[115] In der KPD-Presse wurden Stalins Artikel groß herausgestellt,[116] an seinem 50. Geburtstage 1929 feierten ihn die kommunistischen Zeitungen als »Führer des Weltbolschewismus« und treuen Schüler Lenins. Anfang 1930 verbreitete die KPD eine erste Broschüre mit Stalins Lebenslauf und Lobeshymnen auf den Sowjetführer. Ein Vorwort von Heinz Neumann zeigt: die KPD war inzwischen nicht nur eine stalinistische Organisation, sie war auch auf die Person Stalins eingeschworen. Neumann lobte Stalin als den großen Nachfolger Lenins:

»Als viele große Namen ruhmlos verblaßten, als nacheinander so weltbekannte Führer wie Trotzki, Radek, Sinowjew, Bucharin den Beweis erbrachten, daß sie keine Führer sind, steuerte Stalin die Komintern unbeirrbar durch alle Klippen und Stürme ... Unzählige Male half Stalin unserer *deutschen* Partei in schweren Stunden, beriet sie, kritisierte sie, verteidigte sie, rüstete sie theoretisch und praktisch für die bolschewistische Revolution ...

Wir holen in Deutschland zum entscheidenden Schlag, zum größten Vorstoß gegen den konterrevolutionären Sozialfaschismus aus. In unseren Reihen führen wir mit wachsendem Erfolge den Zweifrontenkampf für den Leninismus.

In dieser historischen Situation sollen alle Kommunisten, alle revolutionären Arbeiter, soll besonders die proletarische Jugend von Stalin lernen, fest zu sein wie Felsen, hart wie Stahl, kühn und siegesgewiß wie der Bolschewismus.«[117]

Die KPD-Führung glaubte, ihre Partei müsse vor allem die »bolschewistische Disziplin« übernehmen. Doch die stalinistische KPD ließ die Bedingungen vermissen, die Lenin für eine disziplinierte Partei voraussetzte: neben Ausdauer und Opferbereitschaft der Parteimitglieder (die in der KPD gegeben waren), eine enge Verbindung zu den Massen (die die KPD nur teilweise erreichte), vor allem »die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Voraussetzung, daß die breitesten Massen sich von deren Richtigkeit durch eigene Erfahrung überzeugen.«[118]

Diese Voraussetzung fehlte der KPD, und so bewahrheitete sich Lenins Prophezeiung: »Der Versuch, Disziplin zu schaffen«, wurde »unvermeidlich zu einer Fiktion, einer Phrase, einer Groteske«. Unter dem Deckmantel der Disziplin er-

114 Aus einem Diskussionsartikel von Postgate gegen Souvarine. »Die Kommunistische Internationale«, 1927, S. 245.

115 »Westf. Kämpfer« vom 8. April 1926 – Protokoll der Sitzung des Erweiterten EKKI, März-April 1926, S. 633.

116 Der »Westf. Kämpfer« vom 3. August 1927 z. B. erschien unter der riesigen Schlagzeile: »J. Stalin: Der drohende Krieg.«

117 J. W. Stalin. Hamburg-Berlin 1930, S. 8 f. (Vorwort von Heinz Neumann.)

118 Lenin: Ausgewählte Schriften, München 1963, S. 984 f.

tönte der Ruf: »Schluß mit der negativen Kritik!«;[119] in der Disziplin erblickte die Führung vor allem das Recht, »jeden Parteigenossen an den Platz zu stellen«, den sie für richtig erachtete.[120]

Was die KPD unter bolschewistischer Disziplin verstand, war in Wirklichkeit »weit fortgeschrittene bürokratische Entartung« (Trotzki).[121] Gegen diese Form des Bolschewismus wandte sich vor allem die ultralinke Opposition,[122] die auch als erste zu einer Revolution gegen den Stalinismus in Rußland (den sie als »Kulakenherrschaft« mißverstand) aufrief.[123] Die rechte Opposition kritisierte Stalin später weitaus behutsamer, sie wandte sich besonders gegen seinen Einfluß auf die deutsche Partei.[124] Die Auseinandersetzungen in der KPD, die vor Stalins Machtantritt noch von politischen Meinungsverschiedenheiten bestimmt wurden, spiegelten bald nur noch die russischen Fraktionskämpfe wider. Es war typisch, wenn sich in einer KPD-Versammlung 1928 in Frankfurt/Oder Mehrheit und Opposition mit den Rufen »Heil Moskau!« und »Heil Trotzki!« gegenübertraten.[125]

Nach der Beendigung der Stalinisierung war die KPD nicht nur formal, sondern auch faktisch keine selbständige Partei mehr; sie war eine Sektion der Komintern oder genauer gesagt, der KPdSU. Die Opposition konnte konstatieren: »Die Auslese der führenden Elemente in der Komintern erfolgte nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Treue den Ideen des Marxismus-Leninismus gegenüber, sondern unter dem Gesichtspunkt der Bereitwilligkeit, der jeweils herrschenden Apparatgruppierung in der WKP [KPdSU] zu dienen.«[126] Für die stalinistische Führung stellte sich das Problem anders: in der Retrospektive schrieb Kuusinen zehn Jahre nach dem Abschluß der Stalinisierung:

»Entsprechend den Weisungen des Genossen Stalin stellten sich die Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder die Aufgabe, die Periode der relativen Ruhe für die Verstärkung ihrer Reihen, für die Bolschewisierung auszunutzen ... Mit Schimpf und Schande wurde aus der Kommunistischen Internationale eine Reihe rechter und ›linker‹ Fraktionshäuptlinge verjagt, die in die kommunistische Bewegung Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Polens, der Tschechoslowakei, Schwedens, Norwegens und anderer Länder die Zersetzung zu tragen suchten.«[127]

---

119 »Funktionär-Organ«. Monatsblatt der KPD, Bezirk Nordwest, Bremen. Nr. 2, April 1927.

120 »Westf. Kämpfer« vom 19. Mai 1926.

121 »Inprekorr«, Nr. 8 vom 20. Januar 1924, S. 70 f. (Trotzki, Der neue Kurs).

122 Die Katz-Gruppe schrieb: »Wir sind Antibolschewisten, solange es ›bolschewistisch‹ ist, die kommunistische Politik durch eine sozialdemokratische zu ersetzen. Wir sind Antibolschewisten, solange es ›bolschewistisch‹ ist, die Interessen des internationalen Proletariats zugunsten des russischen Staates, d. h. der russischen kapitalistischen Bauernschaft zurückzustellen. Wir sind Antibolschewisten, solange es ›bolschewistisch‹ ist, jegliches Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft zu vernichten ...« (»Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, Nr. 30, 1926).

123 »Spartakus«, Nr. 15 vom November 1927.

124 Hans Tittel in einem Brief an das EKKI. »Volkswille« vom 3. November 1928. Die Kritik der rechten Kommunisten wurde durch ihre politische Fehleinschätzung abgeschwächt: sie glaubten noch Anfang Januar 1929, es sei keine Krise in Sicht (»Gegen den Strom« vom 12. Januar 1929).

125 »Volkswille« vom 24. August 1928.

126 »Der Kommunist« (linke Opposition, trotzkistisch). Nr. 1 vom 1. April 1930.

127 O. Kuusinen: 20 Jahre Kommunistische Internationale. »Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung«. Basel, vom 16. März 1939, S. 390.

8. Kommunismus in der Weimarer Republik

Revolutionäre Politik in nichtrevolutionärer Zeit

Als das Verbot der KPD im März 1924 wieder aufgehoben wurde, war die Zeit des latenten Bürgerkrieges und einer möglichen kommunistischen Revolution in Deutschland vorbei. Zwar erkannte die KPD zunächst nicht, daß eine Periode der relativen Stabilisierung begonnen hatte, aber 1925 mußte schließlich selbst die linke Führung einsehen, daß die veränderte Situation in Deutschland eine neue Politik notwendig machte. Mit dem Ende der revolutionären Möglichkeiten wandelte sich auch die Funktion der KPD, sie sah ihre Aufgabenstellung nun nicht mehr in der direkten Vorbereitung des revolutionären Umsturzes, sondern in der organisatorischen Sammlung und theoretischen Schulung der Kommunisten, die das »revolutionäre Bewußtsein« wachhalten sollte. In der Realität waren die Möglichkeiten der KPD trivialer, sie konnte bestenfalls Sprachrohr oppositioneller Arbeiter sein, d. h. eine oppositionelle, marxistische Arbeiterpartei in einer bürgerlich demokratischen Republik. Die erste Schwierigkeit dabei war jedoch, daß diesen Platz in Deutschland 1924 bis 1929 bereits mehr oder weniger die SPD einnahm. Das zwang die KPD als konkurrierende Arbeiterpartei, radikaler aufzutreten, als es eigentlich der Situation entsprach. Die Mehrheit der Kommunisten wollte außerdem auch gar nicht von der Position einer revolutionären Partei abrücken, sie erstrebte nach wie vor den Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Eine revolutionäre Massenpartei »im Wartestand« war aber ein Widerspruch in sich selbst. Sigmund Neumann schrieb dazu bereits 1932:

»Sie [die KPD] will einmal die ›Organisation der Revolution‹ sein und erlebt als solche in revolutionären Epochen ihren Aufschwung. Aber da eine *Institutionalisierung der Revolution* ein Widersinn ist – wenigstens für eine Massenorganisation –, muß sie fernerhin vor allem in Notzeiten reale Aufgaben erfüllen, d. h. *praktische Tagespolitik* treiben.«[1]

Selbst wenn der von Neumann konstatierte Widerspruch nicht unter allen Umständen gültig zu sein braucht, sondern möglicherweise auch eine revolutionäre Massenpartei reformistische Tagespolitik leisten kann, ohne ihren Charakter aufzugeben, treffen Neumanns Aussagen doch für die KPD 1924–1929 voll zu. Die Partei stand vor einem Dilemma: trieb sie erfolgreiche Realpolitik und erreichte Reformen, so schwand vermutlich die revolutionäre Massenstimmung, die sie zu konservieren suchte; verharrte die Partei umgekehrt auf abstrakt-radikalen Positionen, so

---

1 Sigmund Neumann: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932, S. 91 f.

mußte sie um den Verlust ihrer Massenbasis bangen und zu einer Sekte werden, die nur in der Hoffnung auf einen neuen revolutionären Aufschwung existierte, dessen zeitlicher Eintritt nicht absehbar war. Die KPD schwankte zwischen beiden Extremen: 1924/25 erstarrte sie fast zur Sekte, dagegen schien sie 1926/27 einige Male nur Anhängsel der SPD zu sein. Diese generelle Unsicherheit drohte die Partei zu demoralisieren. Der Glaube an einen baldigen Sieg in der revolutionären Situation hatte bis 1923 nicht nur Zulauf gebracht, sondern auch die Opferbereitschaft in der Partei gesteigert, nun griff Kleinmut und Apathie um sich. In der schwungloser werdenden Partei stiegen Macht und Einfluß des Apparats zwangsläufig an.

Eine wirklich eindeutige Stellung bezog die KPD gegenüber der Sowjetunion, sie verteidigte alle Maßnahmen der bolschewistischen Politik. Doch damit geriet die Partei in ein zweites Dilemma: als Massenpartei linksradikaler deutscher Arbeiter mußte sie deren Interessen in Deutschland vertreten, als Mitgliedspartei der unter sowjetische Hegemonie geratenen Komintern war es ihre Pflicht, der sowjetischen Außenpolitik zu dienen. Auch in dieser Frage dirigierte der Apparat, wie schon erwähnt, die Partei. Die KPD-Politik war doppelt zwiespältig, als Revolutionspartei mußte sie reformistische Tagespolitik treiben und als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten, dadurch geriet sie in eine bedenkliche Lage. Die Schwankungen ihrer Taktik waren nicht zuletzt auf diesen Interessenkonflikt zurückzuführen, der erst 1929 endete: In der Krise schien gemäßigte Reformpolitik fehl am Platze, und durch die Stalinisierung war die Partei vollständig auf die sowjetische Zielvorstellung ausgerichtet.

Trotz der funktionellen Schwierigkeiten konnte die KPD von 1924 bis 1929 ihren Mitglieder- und Wählerbestand nicht nur halten, sondern teilweise sogar vergrößern.[2] Die Festigung der Organisation im Zuge der Stalinisierung spielte dabei ebenso eine Rolle wie die politische Agitation der Partei, die als kompromißlose Opposition von links gegen die Schwächen der Weimarer Republik auftrat. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Weimarer Staat und Kommunisten war bereits 1919 bis 1923 fixiert worden. Es gelang auch in der Phase der Stabilisierung 1924 bis 1928 nicht, die kommunistischen Arbeiter in die Republik zu integrieren. 1924/25 verfolgte die deutsche Justiz zahlreiche Kommunisten wegen der Ereignisse in der revolutionären Situation bis 1923. Das führte zu einer Verfestigung und Solidarisierung innerhalb der KPD sowie zwischen der Partei und ihren Anhängern. Von Januar 1924 bis April 1925 wurden 7000 Kommunisten (also über 5 % aller Mitglieder) angeklagt und 5768 zu über 4000 Jahren Zuchthaus und Gefängnis verurteilt.[3] Innerhalb des deutschen Staatsapparats und vor allem bei den Staatsschutzorganen war auch nach 1923 die Meinung weit verbreitet, ein hartes Durchgreifen vermindere die »kommunistische Gefahr«. In Bayern blieb die

---

2 Die KPD gewann bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 gegenüber Dezember 1924 über eine halbe Million Stimmen. In 26 der 35 Wahlkreise war ihr Stimmenanteil höher als im Dezember 1924. In 5 Wahlkreisen konnte sie sogar den hohen Stimmenanteil vom Mai 1924 noch übertreffen, nur in 9 Wahlkreisen hatte sie den Stimmenanteil vom Dezember 1924 nicht wieder erreicht (Vgl. Alfred Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 108).

3 Die Aufgaben der Roten Hilfe Deutschlands, Berlin o. J. (1925), S. 7.

KPD bis März 1925 verboten; und viele stimmten der These zu: »Bayern beweist, daß das scharfe Vorgehen gegen die KPD das beste ist.«[4] In Wirklichkeit hatte die KPD in Bayern trotz ihres Verbots zwischen Mai und Dezember 1924 weniger Wähler verloren als etwa in Schlesien oder Nordwestdeutschland.[5] Die rechtsgerichtete Bayerische Regierung sah auch 1925 die Bekämpfung der KPD als vordringlicher an als die der NSDAP, da sich nach ihrer Meinung nur die KPD »gegen den Bestand von Staat und Gesellschaft« wandte.[6]

Der Staatsapparat der Weimarer Republik bekämpfte die KPD auch in der Periode der Stabilisierung 1924 bis 1928 vor allem mit Polizeimaßnahmen und mit den Mitteln der Justiz; dadurch bewahrten sich die Kommunisten ihr Zusammengehörigkeitsgefühl gegen den Staat und das »Gettobewußtsein« blieb auch in dieser Zeit erhalten. Unter solchen Umständen konnte der Apparat auf die Notwendigkeit eiserner Disziplin im scharfen Klassenkampf hinweisen, seine Argumentation schien glaubwürdig, selbst wenn er Abweichungen und Opposition als »Hilfe für den Gegner« denunzierte. Der äußere Druck konsolidierte die inneren Verhältnisse der KPD, der innere Zusammenhalt wurde gefestigt, die Chancen der Opposition schwanden. Die polizeilichen Maßnahmen wirkten also zugunsten der Stalinisierung.

Das wurde damals nur selten eingesehen. Reichskanzler Marx äußerte allerdings in einer Kabinettssitzung im Juli 1927 die Befürchtung, »daß vielleicht durch die Durchführung eines Strafverfahrens [gegen KPD-Abgeordnete] die verschiedenen Richtungen in der kommunistischen Partei wieder einander nähergebracht werden könnten«.[7] Solche Erkenntnisse blieben vereinzelt. Die undifferenzierte Haltung der Polizei und die oft primitiven Argumente gegen die KPD arbeiteten nicht selten den Indoktrinationsversuchen des Apparats in die Hände. Staatsführung und Parteiapparat deklarierten gleichermaßen die KPD als konsequent marxistische Partei, als folgerichtige Weiterführung der Theorie und Praxis von Marx und Engels. Das bayerische Staatsministerium des Äußeren begründete Verhaftungen führender KPD-Funktionäre 1926 u. a. damit, »daß die Kommunistische Partei seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifests 1848 stets zugegeben hat, daß sie den Umsturz der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung anstrebt und daß sie dieses Ziel nur auf dem Weg des gewaltsamen Vorgehens erreichen könne und

---

4 Sitzung der Süddeutschen Nachrichtenstellen am 26. 7. 1924. Bayr. HStA München, M. Inn. 71 490.

5 Im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben gingen die KPD-Stimmen von 8,6 % auf 6,0 % zurück, in Franken von 6,1 % auf 3,7 %, im Wahlkreis Breslau von 6,3 % auf 3,0 %, in Liegnitz von 6,0 % auf 3,3 %, Weser-Ems von 7,8 % auf 4,6 % Osthannover von 7,9 % auf 4,5 %, Westfalen-Süd von 21,9 % auf 12,1 % usw. (Milatz, a. a. O. [Anm. 2], S. 108).

6 Staatsminister Stötzel in der Ministerratssitzung vom 23. 1. 1925. Geh. StA München 100 454.

7 Justizminister Hegt verlangte in der Sitzung vom 7. Juli 1927, die Regierungsparteien müßten einen Amnestie-Antrag ablehnen, und einem Antrag des Oberreichsanwalts zustimmen, die Immunität der KPD-Abgeordneten aufzuheben, die wegen der Vorgänge 1923 vor Gericht gestellt werden sollten. Außenminister Stresemann stimmte ihm zu, Reichskanzler Marx machte dann die erwähnten Ausführungen, er wies auch darauf hin, daß die Delikte schon längere Zeit zurücklägen, schloß sich dann aber doch »bei Würdigung aller Umstände« dem Justizminister an. (BuA Koblenz, Reichskanzlei, KPD, Bd. 9 – Vgl. auch: Kabinettsprotokolle. National Archives of the United States. A Microfilm Publication. T 120, R. 1844, D. 773091–95.)

wolle«.[8] Es gehörte zur »Praxis des Reichsgerichts, daß praktisch in der Zugehörigkeit zum Funktionärkörper der KPD allein ein strafwürdiger Tatbestand erblickt« wurde.[9] Durch solche staatlichen Bedrohungen wurde das Funktionärkorps automatisch zusammengeschweißt, waren doch der einzelne Funktionär und seine Angehörigen während des Prozesses oder der Haft von der Solidarität der KPD bzw. der Roten Hilfe abhängig.

Die in der KPD immer wieder gehegte Angst, der Staat könne ein Parteiverbot aussprechen,[10] gab den Warnungen des Apparats größeres Gewicht, der wegen der »Vorbereitung auf die Illegalität« mehr Einheit und Disziplin forderte. In einem Referentenmaterial hieß es unmißverständlich: »Eine illegale Partei ist unmöglich mit Leuten, die diese Partei zersetzen und deren Kanäle z. T. zu unseren Gegnern laufen.«[11] Auch die Furcht vor Polizeiagenten in der KPD nutzte der Apparat aus,[12] um unter der Devise der »Wachsamkeit« die Opposition zu verdächtigen und zu diffamieren.

Die zentralistischen Tendenzen und die Hegemonie des Apparats waren bereits durch das Verbot der Partei 1923/24 verstärkt worden. Unter Berufung auf die Auseinandersetzung mit dem Staat führte die KPD auch nach der revolutionären Periode die verschiedenen illegalen Apparate weiter.[13] Diese arbeiteten mit Ver-

---

8 Das bayerische Staatsministerium des Äußeren zu einer KPD-Interpellation im Reichstag. Geh. StA München, 103550.

9 M. Liepmann: Kommunistenprozesse. Ein Rechtsgutachten. München o. J. (1928), S. 10.

10 Nach den Ereignissen des 1. Mai 1929 in Berlin wurde der RFB verboten. Der preußische Innenminister wollte damals auch die Kommunistische Partei verbieten, doch riet der Reichsinnenminister davon ab, »weil ein solches Verbot nicht durchführbar und infolgedessen ein Fehlschlag sei«. (BuA Koblenz, Reichskanzlei, KPD, Bd. 10.)

11 Referentenmaterial zum VI. Weltkongreß. StA Koblenz, 403/16 768.

12 »Die Besorgnis vor Agenten und Spitzeln ist in der KPD sehr groß.« (Denkschrift über Kampfverbände und Kampfgrundsätze radikaler Organisationen. Bearb. Polizeimajor Rathcliff, o. O. 1931, S. 29.) In der Tat versuchte die Polizei immer wieder, Agenten aus den Reihen der KPD zu gewinnen. Allerdings klagte die Polizei ständig über Geldmangel für diese Arbeit: »Zur erfolgreichen Tätigkeit gehört unbedingt Geld, da der Beamte niemals seinen Zweck voll erreicht, vielmehr stets einen Vertrauensmann benötigt.« (StA Münster, I Pa 273, Bl. 132). Aus den überlieferten Polizeiakten ist zu schließen, daß die Polizei über ein relativ weit verzweigtes Netz von Vertrauensleuten in der KPD verfügte. Die Informationen der Polizei wurden jedoch unterbrochen, wenn ihre Agenten in der KPD versetzt wurden. Typisches Beispiel: bis 1927 enthalten die Unterlagen über die KPD Württemberg genaue Interna über die politische Führung und die Organisation, dann aber nur noch exaktes Material über die Rote Hilfe – offensichtlich war der Polizei-Vertrauensmann aus der KPD-Leitung in die Rote Hilfe versetzt worden. (StA Bremen, IV 27, Bd. 5–7). Es versteht sich von selbst, daß unter den Berichten der V-Leute auch gefälschtes und selbst provokatorisches Material war.

1933 rissen viele Polizeikontakte zunächst ab: »Zu einem wesentlichen Teil sind die früheren Verbindungen zu dieser Partei durch die Verhaftung von Gewährsmännern sowie durch die Umbesetzung der politischen Polizei unterbrochen worden.« (Politische Nachrichtensammelstelle Westfalen, 22. 3. 1933. StA Münster, I P 601.)

13 In einem Rundschreiben der BL Berlin-Brandenburg vom 10. März 1924 hieß es, der »illegale Apparat der Partei ist unbedingt beizuhalten und auf beste umzubilden« (StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 9, Bl. 96). Auch in der Zeit der Stabilisierung unterhielt die KPD-Zentrale z. B. noch Paßfälscherzentralen. Im Oktober 1924 wurde eine solche Stelle ausgehoben, die über 600 falsche Pässe angefertigt hatte (darunter einen für Walter Ulbricht auf den Namen Stefan Subkowiak). Im Februar 1925 wurde erneut eine Paßfälscherstelle der Partei ausgehoben. (StA Düsseldorf, 16 926 – Vgl. auch: »Neue Zeitung«, München vom 23. August 1928.)

schwörermethoden, die ebenfalls die Einheitlichkeit der Partei und die Vorherrschaft der Bürokratie forcierten. Die Geheimapparate der KPD schreckten selbst vor Terrorakten nicht zurück, um die tiefe Kluft zwischen Partei und Gesellschaft zu demonstrieren.[14]

Der Radikalismus in der KPD blieb trotz der nichtrevolutionären Situation erhalten, er war »Ausfluß der Ungeduld der Massen« und »Reaktion auf das ständig in immer wechselnden Formen sich erneuernde Kompromiß, das sich aus dem Zusammenstoß zwischen Individuum und Milieu ergibt«.[15] Der kommunistische Radikalismus überschätzte seine Kräfte und die Kräfte der Massen gegenüber den bewaffneten Mächten[16] im besonderen Maße, da er weitgehend von Emotionen bestimmt war. Auch diese Haltung wurde vom Apparat in die gewünschten Bahnen gelenkt. Mehr noch als die Partei selbst entwickelten sich die illegalen Organisationen und der Rote Frontkämpferbund zu elitären verschworenen Kampfgemeinschaften, in denen kameradschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl, gemischt mit naiver Führergläubigkeit, jede Opposition ausschloß. Typisch für diese Art emotionaler Bindung war der »Fahneneid« des RFB:

»Wir schwören:
Uns einigt Klassenkampf und Klassenliebe!
Durch freien Willen bindet uns ein Schwur.
Wir glauben an den Sieg der Roten Fahne!
Wir kämpfen für die proletarische Diktatur!«[17]

Der gefühlsmäßige Radikalismus der Partei, der vom Apparat gerade in den Jahren der relativen Stabilisierung mit einem extremen Bürokratismus vermischt wurde, führte zu paradoxen Maßnahmen. Genaue Unterlagen über alle Mitglieder anzufertigen und in Kartotheken zu erfassen, diese jedoch illegal aufzubewahren – so lautete 1926 eine Anordnung der Orgabteilung Berlin-Brandenburg. Der Gegensatz zwischen bürokratischer Arbeitsweise und illegaler Tätigkeit sollte durch eine Art bürokratische Illegalität »überwunden« werden.[18]

---

14 Über die Methoden des Geheimapparats über Terrorgruppen, Fememorde usw. im Jahre 1923 berichtete später Walter Zeutschel, der 1925 zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, 1928 amnestiert wurde und nach kurzer Redaktionstätigkeit mit der KPD brach. (W. Zeutschel: Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation, Berlin, 1931.)
1930 rühmte sich die illegale militärpolitische Zeitschrift der KPD, »Oktober«, wieder eines Fememordes (vgl. *Dokumente*, S. 266 f.). Auch in den »klassischen« Schriften des KPD-Militärapparats wurde der Terror nicht selten gerechtfertigt, so schrieb A. Neuberg (Pseud.): Der bewaffnete Aufstand (o.O.u.J., 1928), über die Notwendigkeit »auch terroristischer Akte (physische Vernichtung, Verhaftung . . .)«. Alfred Langner (Pseud.): Der Weg zum Sieg (o. O. u. J., 1931) schrieb: »In welchem Maße der Terror angewandt werden soll, ist eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. Dasselbe gilt für die Frage der Geiseln.« (S. 27.) Im allgemeinen waren diese »theoretischen« Aussagen des Militärapparats allerdings reine Sandkastenspiele ohne wirkliche Bedeutung.

15 Curt Geyer: Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein soziologischer Versuch. Jena 1923, S. 62, 107.

16 Geyer, a. a. O., S. 45.

17 BuA Koblenz, Reichskanzlei, KPD, Bd. 8.

18 Rundschreiben Nr. 7 der Orgabteilung BL Berlin-Brandenburg vom 12. Januar 1926. Der Orgleiter Hans Pfeiffer wurde von der Opposition deswegen als »Genosse Kartothekowitsch« apostrophiert. Auch die »Reichskontrollen« 1927 und 1929 wurden recht bürokratisch aufgezogen. In den Richtlinien für die Kontrolle wurden 1929 an ausgegebenen Materialien u. a. aufgeführt:

Wie jede Partei, mußte sich auch die KPD vor allem mit der Bewegung auseinandersetzen und sich von ihr abgrenzen, mit der sie im Konkurrenzkampf um Anhänger und Wähler stand. Die KPD warf der konkurrierenden SPD nicht nur Verrat an den Zielen des Marxismus vor, sie bemühte sich besonders, als kämpferische Partei von der lauen reformistischen Organisation der SPD abzustechen. In einem Mahnruf an Intellektuelle hatte Arthur Rosenberg zu den Wahlen im Dezember 1924 zynisch geschrieben:

»Wer aber weder Raffke noch Hegel sein will, sondern die Schlafmütze allen anderen irdischen Erscheinungen vorzieht, der wähle am 7. Dezember weder bürgerlich noch kommunistisch, sondern sozialdemokratisch.«[19]

Durch die Arbeitslosigkeit, die auch in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik hoch war (1924 = 11,4 %, 1925 = 8,3 %, 1926 = 17,9 %, 1927 = 8,8 %, 1928 = 9,7 %)[20], besaß die KPD ein großes Reservoir, aus dem sie eher als die SPD Anhänger gewinnen konnte. Die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD wurden nicht nur um Wählerschichten ausgetragen, sie gingen vor allem um den Einfluß in den Arbeiterorganisationen, in erster Linie den Gewerkschaften. Trotz einzelner Erfolge[21] konnte die KPD die SPD-Vorherrschaft in den Arbeiterorganisationen 1924 bis 1928 nicht ernsthaft gefährden. Die Spaltungen nach 1929 (RGO usw.) waren daher auch ein Verzweiflungsschritt.

Die Sozialdemokratie ihrerseits irrte sich in der Beurteilung der KPD, hoffte sie doch auf eine »Selbstvernichtung« der Partei in der Periode der Stabilisierung.[22] Gleichermaßen wie die KPD grenzte sich auch die SPD bei den wenigen Beispielen der Zusammenarbeit (Volksentscheid gegen die Fürstenabfindung) deutlich von der kommunistischen Konkurrenz ab und betonte den »scharfen sachlichen Gegensatz

---

Reichskontrollfragebogen, Rote Kontrollmarke, Gelbe »Nachkontrolle«, Berichtsbogen für Zellen, Hilfsbogen usw. (»Der Funktionär«. Diskussions- und Informationsorgan der KPD, Bezirk Hessen-Frankfurt, September 1928).

19 Mahnrufe deutscher Intellektueller. 30 Autoren zur Frage des Kommunismus. Berlin o. J. (1924), S. 7.

20 Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland 1830 bis in die Gegenwart. Bd. I, Berlin 1947, S. 322.
Die Arbeitslosen waren in der KPD überrepräsentiert. 1927 waren im Bezirk Berlin-Brandenburg im Durchschnitt 26,6 % der Mitglieder arbeitslos (Februar: 30,3 %, September: 20,1 %). Von 1789 Delegierten der UB-Konferenzen 1927 waren 27,5 % Erwerbslose. (Bericht der Bezirksleitung der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz. Über die Tätigkeit der Organisation vom 1. Januar bis 31. Oktober 1927. Berlin o. J., S. 62, 101).

21 1927 hatte die KPD im Bezirk Halle-Merseburg in 54 von 182 Ortsausschüssen des ADGB die Mehrheit, 1926 hatte sie bereits in 39 der 253 sächsischen ADGB-Ortsausschüssen die Mehrheit erringen können. Von den Delegierten des Metallarbeiterverbandes erhielt die SPD 1926 159 Delegierte, 1928 224, die KPD 1926 28 und 1928 40 Delegierte. KPD-Mehrheiten im DMV gab es 1928 in Berlin, Leipzig, Solingen (4016 gegen 1188 SPD) und Remscheid, bereits 1926 in Stuttgart und Eßlingen. Der Einfluß der KPD war vor allem in den Hochburgen der rechten Kommunisten relativ groß, in ganz Deutschland aber doch insgesamt gering. (»Westf. Kämpfer« vom 29. Juni 1926 – »Die Internationale«, Heft 15 vom 1. August 1927, S. 462 – »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1927, S. 2144 – »Soz. Republik« vom 3. Juli 1928 – Zwei Jahre Arbeit und Kampf. Bericht des ZK der KPD an den 12. Parteitag. Berlin 1929, S. 226 f. –»Der rote Kurier«. Mitteilungsblatt. Linke Opposition der KPD. Nr. 5, Oktober 1932).

22 »Vorwärts« vom 1. Januar 1925 – Die »Leipziger Volkszeitung« schrieb noch am 2. März 1927: »Die übriggebliebenen Kommunisten sind gezwungen, sozialdemokratische Politik zu machen und für 2 sozialdemokratische Parteien ist historisch eine Existenz nicht vorhanden.«

zwischen der Sozialdemokratie und der KPD«.[23] Die KPD übersteigerte diesen Gegensatz, wohl nicht zuletzt, weil sie ständig gegen ihre eigene sozialdemokratische Vergangenheit zu kämpfen hatte. Positive wie negative Seiten dieser Tradition, die Bindung an die Arbeiterschaft ebenso wie die Disziplin und Führergläubigkeit, wirkten trotz der Bolschewisierung in der Partei. »Der Hauptmangel unserer Vergangenheit besteht in unserer sozialdemokratischen Tradition«, schrieb Heinz Neumann 1925.[24]

Die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten reflektierten den Kampf mit dem sozialdemokratischen Erbe. Dabei war die Partei oftmals »mit ihren inneren Auseinandersetzungen so stark befaßt, daß sie an Aktionen irgendwelcher Art nicht denken« konnte.[25] Schon deswegen mußten Führung und Apparat bestrebt sein, den inneren Zwist einzudämmen und zu beenden. Bereits die Ruth Fischer-Führung verschärfte die Methoden des internen Streits, es wurde üblich, »daß die Opposition angegriffen wurde, aber sich nicht verteidigen durfte«.[26]

Bei der Ausschaltung der linken Opposition bediente sich der Apparat neuer Kunstgriffe: ganze Ortsgruppen wurden aufgelöst, Funktionäre in oppositionellen Hochburgen zunächst ein Jahr ihrer Funktionen enthoben und dann, wenn sie isoliert waren, ausgeschlossen.[27] Im Kampf gegen die Rechten wurden diese Methoden perfektioniert.[28] Aber der Apparat griff auch zu drastischeren Mitteln: Gegen Oppositionelle wurden Vorwürfe wegen Korruption oder Unterschlagungen erhoben, die nicht immer durchschaubar waren.[29] Oppositionelle Veranstaltungen wurden gewaltsam gesprengt, die Opposition von Parteispitzeln überwacht und oppositionelle Führer materiell und ideell korrumpiert.[30] Schließlich spielte der

---

23 »Vorwärts« vom 17. Februar 1926.

24 Heinz Neumann: Maslows Offensive gegen den Leninismus. Berlin 1925, S. 5.

25 Lagebericht vom 17. Mai 1925. StA Münster, I P 541 – Auch im Januar 1926 meldete die IA der Berliner Polizei, die KPD sei durch die internen Schwierigkeiten sowie die »ungeheure Finanznot« nicht schlagkräftig. (BuA Koblenz, Reichskanzlei, KPD, Bd. 7.)

26 »Kommunistische Politik«, Nr. 4, Mitte Mai 1926.

27 1926 wurden die Ortsgruppen Schiffbek, Münster, Hannover, München-Gladbach, Neuß, Köslin und Ickern aufgelöst bzw. durch Neuregistrierung umgebaut. Anfang 1927 gab es linke Mehrheiten nur noch in Senftenberg, Forst, Rathenow. »Mitteilungsblatt« (Urbahns), Nr. 1, Januar 1927.

28 In Schlesien z. B. wurde der Polleiter Hausen aus der BL entfernt, der Polleiter des KJV abgesetzt, hauptamtliche Funktionäre fristlos entlassen, einer nach Norwegen entsandt. Von den Ortsgruppen angeforderte Korreferenten der Opposition erhielten von der BL kein Fahrgeld, die Presse berichtete nur im Sinne der Parteilinie, in oppositionellen Stadtteilen Breslaus durften keine Versammlungen stattfinden usw. Dadurch konnte die starke Opposition in wenigen Wochen ausgeschaltet werden. (»Gegen den Strom« vom 24. Oktober 1928 – Mitt. von Erich Hausen an den Verf.)

29 Dem linksoppositionellen MdR Wilhelm Schwan, bis 1925 Polleiter des Bezirks Ruhr, wurde ohne Beweise Korruption vorgeworfen. Vor der Wittorf-Affäre wurden dem oppositionellen Kassierer der Hamburger BL fälschlich Unterschlagungen nachgesagt (vgl. oben, Kap. 4). Als Ende 1928 der Orgleiter von Nordwest (Bremen), Osterloh, aus der KPD austrat, behaupteten einige Parteizeitungen, er habe Unterschlagungen begangen, andere bestritten das. (»Westf. Kämpfer« vom 4. Oktober 1928 und 14. Juni 1929 – »Freiheit« vom 3. Oktober 1928.)

30 Der RFB wurde mobilisiert zu »gegnerischen Versammlungen, die wir besetzen müssen«. »Zuverlässige ZK-Anhänger« wurden gesucht, die in der »Entschiedenen Linken« arbeiten sollten, Mitgliedsbeiträge und Unkosten wurden ersetzt. Dengel bot 1926 dem Ultralinken Schlagewerth 2000,– Mark, falls er sein Reichstagsmandat niederlege. Dem linken badischen Landtagsabgeordneten Ritter wurde ein Reichstagsmandat zugesagt, falls er sich von der Opposition löse. Schlagewerth und Ritter lehnten ab, andere gingen offensichtlich auf solche Vorschläge ein: der Ultralinke Arthur

»ideologische Terror«, über den bereits berichtet wurde, eine entscheidende Rolle. Der Ausspruch eines Chefredakteurs: »Gegen Rechte sind alle Mittel recht«,[31] war Leitmotiv der Maßnahmen des Apparats gegen jede Opposition.

Die KPD bemühte sich, ihren Charakter als Revolutionspartei auch in der nichtrevolutionären Periode vor allem dadurch zu wahren, daß sie unverfälschte Arbeiterpartei blieb. Nach dem ideologischen Postulat hatten die Produktionsarbeiter in der Partei den Ton anzugeben. Der Parteiideologe Lenz-Winternitz schrieb 1927: »Der ausschlaggebende Einfluß der im Produktionsprozeß stehenden Proletarier wird auf doppelte Weise gesichert. Erstens durch den Beschluß, daß in jeder leitenden Körperschaft die Mehrheit aus Arbeitern, die noch im Betriebe stehen, gebildet wird; zweitens durch den Aufbau der Partei auf Betriebszellen.«[32]

In der Realität vermehrte sich dadurch der Einfluß des Apparats. Gerade auf den Parteitagen und Konferenzen, auf denen hauptamtliche Funktionäre gegenüber den Betriebsarbeitern nur eine Minderheit bildeten,[33] hatte die Führung wenig Schwierigkeiten, ihre Linie durchzusetzen. Hier zeigte sich eine prinzipielle Problematik der repräsentativen Demokratie innerhalb der Partei: Eine Majorität aus abhängigen Apparatfunktionären sichert die Vorherrschaft der Führer auf Parteitagen usw. ebenso ab, wie eine Mehrheit aus Betriebsarbeitern, die zu wenig Sachkenntnis hat und so von der Führung und den Spezialisten leicht manipuliert werden kann.[34]

Die Arbeiterfrage war für den Apparat und die Führung aber zugleich ein Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung. Der in der Arbeiterbewegung traditionelle Gegensatz zwischen Intellektuellen und Arbeitern wurde geschickt ausgenutzt, um die Opposition zu dezimieren. Wenn sich Arbeiter gegen den offiziellen Kurs der Partei stemmten, hieß es: »Der Arbeiter, auch wenn er ganz schwarze Hände hat, ist nicht immer im Recht.«[35] Im allgemeinen aber wurde das Mißtrauen des Arbeiters gegen den Akademiker mobilisiert, um die Opposition zu treffen. Vor allem die Intellektuellen der Parteilinken waren Zielscheibe ständiger Angriffe. Auf dem Parteitag 1923 wies Maslow den Vorwurf als lächerlich zurück,

---

Vogt wurde 1928 MdR, der oppositionelle Obendiek, der sich 1927 von der Opposition löste, wurde 1928 wieder MdL in Preußen (er trat aber später zur SPD über). Der frühere MdR Benkwitz wandte sich von der linken Opposition ab, weil ihm nur so die Unterstützung der Roten Hilfe für einen anstehenden Prozeß zugesagt wurde. (»Entschiedene Linke«, Nr. 3, Ende Februar 1927 – »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« Nr. 38, Mai 1926 – Mitt. von Ludwig Hurm an den Verf.)

31 »Gegen den Strom« vom 5. Januar 1929.

32 Joseph Lenz: Was wollen die Kommunisten? Berlin 1927, S. 56.

33 Auf dem X. Parteitag 1925, von dem die Komintern später sagte, er sei politisch tot gewesen, waren von 170 Delegierten 142 Betriebsarbeiter. Auch die I. Parteikonferenz, die wenige Wochen später praktisch gegen den Parteitag auftrat, wurde von 165 Arbeitern und nur 27 hauptamtlichen Funktionären beschickt. (Bericht über den X. Parteitag der KPD. Berlin 1926, S. 770 – »Die Kommunistische Internationale«, Heft 2, Februar 1926, S. 125.)

34 Das erklärt wenigstens teilweise, warum die Führung auf den Parteitagen für ihre Vorstellungen immer eine Mehrheit fand. Nur nach großen Erschütterungen (1923) oder dem Eingreifen der Komintern (1925, 1928) konnten die Führungsgremien bzw. deren Beschlüsse geändert werden.

35 Bucharin entrüstete sich mit diesen Worten gegen die Ortsgruppe Münster, die in einer Entschließung für Scholem und Rosenberg eingetreten war. (»Die Kommunistische Internationale«, Heft 3, 1926, S. 282.)

er oder Urbahns hätten die »Arbeiter in Berlin und Hamburg verführt«; gleiche Argumente habe Scheidemann 1913 gegen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht benutzt.[36] Besonders scharf betrieben wurde die Intellektuellenhetze 1925/26 von seiten der russischen Kominternführer, die fast alle selbst Akademiker waren. Sinowjew sprach vom »unverschämten und frechen Intellektuellen-Bonzentum«,[37] der EKKI-Vertreter in Berlin warnte die Arbeiter vor den Intellektuellen, die sie in »den Abgrund« führen würden. Er gab den Rat: »Macht es so, wie die Russen es gemacht haben, stellt Arbeiter an die Spitze der Partei, die einfach und schlicht bleiben.«[38] Obwohl auch in deutschen Parteikreisen bekannt war, daß an der Spitze der KPdSU keineswegs Arbeiter standen, wirkte solche Demagogie.

Auch der Antisemitismus wurde benutzt, um die innerparteilichen Gegner zu schlagen. In der KPD spielte der Antisemitismus bereits 1923 eine Rolle.[39] Scholem wies später darauf hin, daß fast nur Juden als Intellektuelle angegriffen, die anderen Akademiker geflissentlich übersehen wurden.[40] Aber gerade die linken intellektuellen Führer (Maslow, Ruth Fischer, Scholem) hatten die innerparteiliche Demokratie während ihrer Herrschaft zurückgedrängt und dem Apparat mehr Macht zugestanden. Nach ihrer Entfernung aus der Partei ging dieser Prozeß rasch weiter. In der Stabilisierungsphase wurde offenbar, daß die Partei einen starken Apparat benötigte, weil ihr nun der revolutionäre Schwung fehlte, und daß dieser Apparat aus dem gleichen Grund übermächtig wurde. Nunmehr zeigte sich, wie weit die KPD bereits von den Vorstellungen ihrer Gründer entfernt war. Karl Liebknecht hatte 1916 geschrieben, die bürokratischen Gefahren müßten »ausgetilgt« werden, er sah in der »Berufs-Bürokratie der Arbeiterbewegung« eine der revolutionären Partei feindliche Schicht:

»Die Organisation ist ihnen Selbstzweck, nicht Mittel zum revolutionären Zweck. Der Kampf der Organisation, d. h. ihrer Existenzquelle, ist der Zweck, zu dem sie – um der Organisation Zulauf zu verschaffen – überhaupt nur für Kämpfe zu haben sind ... Das ist der verhängnisvolle Zirkel, in dem sich die großen *zentralisierten*, mit fest besoldeten und von ihrem bisherigen Klassenniveau aus gut besoldeten Funktionären versehenen Organisationen bewegen, daß sie in dieser *Berufs*bureaukratie eine den revolutionären Interessen des Proletariats geradewegs feindliche Schicht nicht nur erzeugen, sondern zu ihrem bevollmächtigten Führer und gar leicht Tyrannen machen, die ein energisches Interesse *gegen* eine revolutionäre Politik des Proletariats haben, während die geistige und moralische Selbständigkeit,

36 Bericht über den III. (8.) Parteitag der KPD. Berlin 1923, S. 333.

37 Der neue Kurs. Berlin 1925, S. 26.

38 Mitt. der IA Berlin, September 1925. StA Bremen, IV 13 h, Bd. 1.

39 Clara Zetkin schrieb an den IX. Parteitag 1924: »Die linke Mehrheit vereinigt brüderlich reichlich KAPisten, Antiparlamentarier ... sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten ...« (Bericht über den IX. Parteitag der KPD, Berlin 1924, S. 93.) Der Vertreter der Brandlergruppe auf dem Parteitag konstatierte: »Wir haben bereits vereinzelte antisemitische Unterströmungen in der Partei«. (a. a. O., S. 289).

40 Mitt. von Prof. Ackerknecht, demgegenüber Scholem diese Äußerung machte, an den Verf. Tatsächlich wurde bei den Intellektuellen, die keine Juden waren und die Parteilinie vertraten, kaum auf ihren Akademiker-Status verwiesen (Edwin Hoernle, Dr. Hermann Duncker, Philipp Dengel, Ernst Schneller usw.), eine antisemitische Grundstimmung war also nicht zu übersehen. Der KPD-

der Wille, die Initiative, die Eigenaktion der Massen zurückgedrängt oder ganz ausgeschaltet wird.«[41]

Zehn Jahre später mußten solche Vorstellungen, obwohl sie gerade für die KPD einen wahren Kern enthielten, den deutschen Kommunisten als utopische Verketzerung des notwendigen Apparats erscheinen. Die Partei wurde am Ende der Stabilisierungsperiode von der Bürokratie beherrscht, nachdem die innerparteilichen Kämpfe die KPD erschöpft hatten. Rist konstatiert 1932 in der KPD zwei stets wirksame Tendenzen: zunächst den »ewigen Zug nach links«, in die völlige Isolierung, die direkte Parteiaktion, den offenen Syndikalismus; diese Entwicklung werde dann korrigiert durch den rechten Kurs, der die Niederlage der ultralinken Politik wettmachen solle. Der ultralinke Kurs werde durch den Einfluß radikalisierter Arbeiterschichten hervorgerufen, während der rechte Kurs sich auf das Eigengewicht des Parteiapparats, der Parlamentarier usw. stütze.[42]

Neben diesem dauernden Wechsel zwischen rechter und ultralinker Politik sind für die Stalinisierungsphase der KPD weitere Kennzeichen der inneren Auseinandersetzung: Die Überwindung der eigenen Tradition, der Trend zur Arbeiterpartei, der Versuch, revolutionäre Politik in einer nichtrevolutionären Situation zu betreiben, und der Disput um die Form der Kooperation mit der Sowjetunion. Die Gegensätze führten nicht nur zu einem großen Aderlaß der Partei, sondern auch zu ständigen Schwankungen zwischen Syndikalismus und Sozialdemokratie.

»Der vielgerühmte ›eiserne‹, in Wirklichkeit aber nur bürokratische Zentralismus ist gegen diese Entwicklung völlig machtlos. Er wurde, solange es politisches Führungsmaterial in den einzelnen Strömungen gab – und das war bis 1929, bis zum Hinauswurf der letzten älteren, politisch geschulten Funktionäre der Fall –, regelmäßig von den organisierten ›rechten‹ oder ›linken‹ Fraktionen überrannt und, war die nächste ans Ruder gelangt, durch einen neuen Zentralismus abgelöst.«[43]

Zwischen SPD und Syndikalismus: Die KPD und der Parlamentarismus

Zur neugegründeten KPD stießen zahlreiche Elemente mit durchaus syndikalistischen Ansichten. 1919 wandte sich die Parteiführung gegen den Syndikalismus und die anarcho-kommunistischen Auffassungen breiter KPD-Kreise, und es kam zum Bruch mit den abstrakt-radikalen Kräften, die im April 1920 die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) gründeten. Damit war jedoch der syndikali-

---

Funktionär Eisenberger schrieb 1924 aus Moskau, »die frechen Judenbengel Ruth (Fischer), Katz und Scholem« würden bald abwirtschaften. (»Gegen den Strom« vom 24. Juli 1929.)

41 Karl Liebknecht: Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. Geschrieben in den Jahren 1917–1918. Unter Mitarbeit von Sophie Liebknecht, herausgegeben mit einem Vorwort und mit Anmerkungen von Franz Pfemfert. Berlin 1921, S. 27 f. – In Karl Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften, Band IX, Berlin (Ost) 1968, (S. 301 f.), hat auch die SED erstmals diese Passagen abgedruckt.

42 Walter Rist: Die innere Krise der KPD. »Neue Blätter für den Sozialismus«. Heft 3, März 1932, S. 145.

43 Rist, a. a. O., S. 145.

stische Einfluß in der KPD keineswegs überwunden. Die KPD mußte zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus ihren eigenen politisch-ideologischen Standort finden. Dabei schwankte sie immer wieder zwischen diesen beiden Strömungen. Die KPD erklärte sich nicht nur in den Zielen mit dem Syndikalismus einig, selbst in der Kernfrage des Gegensatzes, der Haltung zum Staat, versuchte sie, Kompromisse zu finden. Ein KPD-Sprecher erklärte 1919, die Partei trete zwar im Gegensatz zu den Syndikalisten auch nach dem Sturz des Kapitalismus für einen Staat ein, doch der »ganze Staatsapparat, den wir wünschen«, werde nicht über, »sondern nur durch die Arbeiterklasse herrschen«. Die Gefahr der Arbeiterunterdrückung sei nicht gegeben, denn die Arbeiter seien bewaffnet. »Ein Heer bewaffneter Arbeiter wird sich niemals die Unterdrückung gefallen lassen.«[44]

Am deutlichsten ist das Schwanken der KPD zwischen Sozialdemokratie und Syndikalismus an ihrer Haltung zum Parlamentarismus abzulesen. Die KPD verstand sich als antiparlamentarische Partei, sie vertrat das Räteprinzip. Viele Kommunisten waren jedoch auch in dieser Frage der Tradition der SPD verhaftet. Die SPD hatte ihre Parlamentsarbeit im Kaiserreich in den Dienst einer Agitation gestellt, »die weniger an das Parlament als an die organisierte Arbeiterschaft ›draußen‹ und an die breite Öffentlichkeit gerichtet war«. Das wichtigste Mittel der parlamentarischen Propaganda war die Rede im Plenum; im Mittelpunkt der parlamentarischen Taktik stand die demonstrative Abstimmung. Durch die positive Einflußnahme in den verschiedenen Stadien der Gesetzesberatung, besonders in den Ausschüssen und eine »davon unabhängige Haltung bei der Endabstimmung konnte die Sozialdemokratie gleichzeitig Grundsatz- wie Interessenpolitik betreiben«.[45] Diese Form der Parlamentsarbeit wollten auch viele Kommunisten praktizieren.

Bereits auf dem Gründungsparteitag der KPD zeigte sich jedoch, daß auf dem radikalen Flügel der Partei syndikalistische Gedankengänge vorherrschten. Für den Syndikalismus war die Ablehnung des Parlamentarismus selbstverständlich. Die Syndikalisten verzichteten auf die Teilnahme am Wahlkampf, da sie von parlamentarischer Politik »einen schlechten Einfluß auf die Arbeiter« erwarteten.[46] Auch die nach 1890 von der SPD abgesplitterten »Jungen« hatten »jede Teilnahme des Proletariats an diesen Institutionen« verworfen, da »auf dem politisch-parlamentarischen Wege die Arbeiterklasse niemals etwas erreichen« könne.[47]

Diese Vorstellungen wurden bei der Gründung der KPD wiederbelebt. Auf dem Gründungsparteitag der KPD referierte Paul Levi am 30. Dezember 1919 über die Haltung der Partei bei den Nationalversammlungs-Wahlen. Im Namen der Zentrale befürwortete er die Wahlbeteiligung. Levi betonte, unter dem Einfluß der Agitation gegen die Nationalversammlung sei die Frage zurückgetreten, wie man sich verhalten solle, wenn der Rätekongreß für die Einberufung der Nationalver-

44 F. Brandt [d.i. M.G. Bronski]: Syndikalismus und Kommunismus. Hrsg. KPD (Spartakusbund), o. O. August 1919, S. 8 f.
45 Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1914. Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. Erster Teil. Düsseldorf 1966, S. CXXV, CXXXIV.
46 Dr. Max Tobler: Der revolutionäre Syndikalismus. Zürich 1919, S. 13.
47 Hermann Teistler: Der Parlamentarismus und die Arbeiterklasse. Berlin 1892, S. 4, 47.

sammlung sei. Er warnte davor, der durch die Agitation gegen die Nationalversammlung geschaffenen Stimmung nachzugeben. Die Frage der Wahlbeteiligung sei ernst und eine Nichtbeteiligung an den Wahlen werde »auf lange Zeit hinaus unsere Bewegung lähmen«.[48] Levis Eintreten für die Wahlen zur Nationalversammlung führte zu »stürmischen Unterbrechungen« der Parteitagssitzung. Die grundsätzliche Einstellung des Spartakusbundes für die Räte wurde von der Mehrzahl der ultralinken Delegierten als Antiparlamentarismus überhaupt ausgelegt. Unter lebhaftem Beifall der Delegierten erklärte Otto Rühle, ein Beschluß für die Wahl wäre nicht nur blamabel, sondern selbstmörderisch, es gäbe nur eine Aufgabe, die »einzige Forderung müsse sein: Rätesystem!«[49] Rosa Luxemburg, die erklärte, »Ihr wollt Euch Euren Radikalismus ein bißchen bequem und rasch machen« und die auf die Unreife der Massen hinwies, erhielt nur schwachen Beifall. Mit 62 gegen 23 Stimmen lehnte der Parteitag eine Wahlbeteiligung ab.[50]
Die Führer der neuen KPD sahen gerade in diesem mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß die Unreife ihrer Anhänger, den Zug zum Syndikalismus bestätigt. Nach dem Tod von Liebknecht und Luxemburg kämpfte vor allem Paul Levi gegen den ultralinken Radikalismus der Parteimehrheit in der Parlamentarismusfrage. Nachdem sich Konferenzen der KPD im März und Juni 1919 allgemein gegen den Syndikalismus ausgesprochen hatten, nahm eine Reichskonferenz im August nochmals zum Parlamentarismus Stellung. Die Meinungen prallten wieder aufeinander, Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.[51] Auf dem II. Parteitag der KPD im Oktober 1919 konnte Levi einen ersten Erfolg erringen. Nachdem die ultralinke Opposition den Parteitag verlassen hatte, wurden mit 22 gegen eine Stimme »Leitsätze über den Parlamentarismus« angenommen. Zwar wurde grundsätzlich festgestellt, die KPD stehe dem Parlamentarismus »als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft« ablehnend gegenüber, doch wurde nun die Teilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen als »rein taktische« Frage bezeichnet.
»Nur die große Aktion der Massendemonstrationen, Massenstreik, Aufstand – bringen die Entscheidung. Die Teilnahme an parlamentarischer Wahl und Tätigkeit dient allein dem Ziel, jene Aktionen agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten. Damit ist auch der ganze Unterschied der Stellung der KPD und der USPD in der Frage der Parlamente gekennzeichnet. Die Teilnahme der USP zielt auf Errungenschaften und Erfolge innerhalb des Parlaments. Der KPD sind die ›positiven‹ Erfolge nebensächlich, ihr Ziel liegt außerhalb des Parlaments ... Die USP bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die KPD zur Einwirkung auf die Massen.«[52]
Der IV. Parteitag im April 1920 beschloß nach einem Referat von Paul Levi die

48 Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien. Hrsg. u. eingeleitet von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969, S. 94 f.
49 a. a. O., S. 99.
50 a. a. O., S. 99, 135.
51 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik. Teil II, 1917–1945. Berlin (Ost) 1966, S. 16, 68 f., 73. – Die Konferenz tagte am 16. und 17. August 1919 in Frankfurt/Main. Ein kurzer Bericht über die Konferenz befindet sich im Levi-Nachlaß, (Bibliothek Buttinger, New York, P 55/9).
52 Bericht über den 2. Parteitag der KPD. O. O. u. J. (1919), S. 63.

Beteiligung der KPD an den Reichstagswahlen, die nunmehr einstimmig bejaht wurde.[53] Zur gleichen Zeit legte Lenin in seiner Schrift »Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus« die Haltung der Kommunisten zum Parlamentarismus fest, die nun auch von der KPD übernommen wurde. Lenin wandte sich gegen die radikalen Kommunisten, die meinten, der Parlamentarismus habe sich überlebt:

»Gerade deshalb, weil die rückständigen Massen der Arbeiter und in noch höherem Grade der Kleinbauern in Westeuropa viel stärker als in Rußland von bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen beherrscht werden, gerade deshalb können (und müssen) die Kommunisten nur in solchen Institutionen, wie den bürgerlichen Parlamenten, von innen heraus den langwierigen, beharrlichen, vor keinen Schwierigkeiten zurückschreckenden Kampf zur Enthüllung, Zerstreuung, Überwindung dieser Vorurteile führen.«[54]

Entsprechend Lenins Vorstellung beschloß der II. Weltkongreß der Komintern im August 1920 für alle Sektionen verbindlich, Kommunisten müßten die Parlamentstribüne für ihre Zwecke ausnutzen, kommunistische Parteien müßten sich an Wahlen beteiligen: »Die Kommunistische Partei geht in diese Institutionen nicht hinein, um dort organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen.«[55]

Die Haltung der deutschen Kommunisten zum Parlamentarismus war nunmehr theoretisch fixiert: Die KPD beteiligte sich an allen Wahlen, aber sie erblickte im Parlament ein Machtinstrument der Klassenherrschaft des Bürgertums, deshalb gab es für sie keine positive Mitarbeit. Wahlbeteiligung und Parlamentsarbeit sollten vielmehr vor allem Agitationszwecken dienen, den Einfluß der Partei vergrößern.

In der revolutionären Periode bis 1923 hatte die Parlamentsarbeit der KPD nur zweitrangige Bedeutung, die Partei war in den meisten deutschen Parlamenten nur schwach vertreten,[56] ausschlaggebend war sie in den Landtagen von Sachsen und Thüringen, wo sie sich im Oktober 1923 auch an der Regierung beteiligte.

---

53 Bericht über den 4. Parteitag der KPD. O. O. u. J. (1920), S. 64.

54 Lenin: Ausgewählte Schriften. München 1963, S. 1031.

55 Der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen. Hamburg 1921, S. 470 f. – Auch die KP Österreich hatte 1919 zum Wahlboykott aufgerufen: »Keine Stimme und keinen Heller den parlamentarischen Wahlen.« (Die Kommunistische Partei und der Parlamentarismus. Hrsg. KP Österreich. O. O. u. J., S. 10.)
Im September 1920 schrieb Gerhart Eisler: »Die KPOe hat ihren Beschluß, sich der Teilnahme an den Parlamentswahlen zu enthalten, umgestoßen. Der Beschluß der Wahlenthaltung war in allen kompetenten Versammlungen der Partei mit großer Mehrheit gefaßt worden. Trotzdem wurde dieser Beschluß mit großer Mehrheit wieder verworfen ... diese Änderung war bedingt durch einen Beschluß des Exekutivkomitees der Dritten Internationale, demzufolge sich die österreichische kommunistische Partei an den Parlamentswahlen zu beteiligen habe. Durch die bedingungslose Einhaltung der Disziplin gegenüber der Dritten Internationale bekommt die Änderung des Beschlusses der KPDOe (sic! H. W.) eine weit über den lokalen Rahmen hinausgehende Bedeutung.« (»Kommunismus«. Zeitschrift der Kommunistischen Internationale. 1. Jg. Heft 35, 9. September 1920, S. 1248 f.)

56 Bis Ende 1920 hatte die KPD fast keine parlamentarischen Vertreter. Mit der USP kamen auch

Deutlicher sind die Wandlungen der Parlamentstaktik der KPD in der ausgesprochen parlamentarischen Periode der Weimarer Republik 1924 bis 1928 zu erkennen. Im Mittelpunkt der Parteiarbeit standen nun nicht mehr Aufstandsvorbereitungen, der Einfluß in den Parlamenten hatte sich inzwischen erheblich vergrößert. In der Praxis gab die KPD der Parlamentsarbeit und besonders den Wahlkämpfen bald mehr Bedeutung, als sie theoretisch eingestand. Auch die kommunistische Presse gab dem Wahlkampf und der Parlamentsberichterstattung mehr Raum, als nach den theoretischen Verlautbarungen zu erwarten war.

Nach der offiziellen These sollte der Wahlkampf nur eine Mobilisierung der Anhänger und eine Zählung der Stimmen der Anhänger, aber keine Jagd nach Mandaten sein.[57] Tatsächlich stand jedoch die Parteiarbeit selbst unter der radikalen Ruth Fischer-Führung 1924/25 weitgehend im Zeichen der Wahlvorbereitung. Da Reichstags- und Landtagsmandate Immunität verliehen, setzte auch in der KPD das Streben nach Abgeordnetensitzen ein. Bei der Aufstellung der Kandidaten sollten »die bewährten, redegewandten und in der Bewegung bekannten Genossen« bevorzugt werden.[58]

Die Arbeitsmethoden der kommunistischen Fraktionen im Reichstag und in den Landtagen sollten »revolutionär« sein. Da aber zahlreiche kommunistische Parlamentarier aus der USPD kamen, entsprachen die Fraktionsgeschäfte weitgehend der Tradition der SPD und USPD.[59] Nach den Anweisungen der Komintern waren die Fraktionen jedoch der jeweiligen Parteileitung unterstellt, in der Reichstagsfraktion und den größeren Landtagsfraktionen war durch Personalunion zwischen Parteiführung und Parlamentariern die Vorherrschaft der Parteileitung gesichert. Da auch die Fraktion Spezialisten benötigte, gab es allerdings auch unter den kommunistischen Abgeordneten Selbständigkeitsbestrebungen. Fraktionssitzungen, in denen die anstehenden Probleme diskutiert und die Redner festgelegt wurden, fanden vor wichtigen Plenartagungen statt. Der Fraktionsvorstand tagte öfter als die Gesamtfraktion, um die Taktik zu bestimmen. Im Fraktionsvorstand des Reichstags war ein Vertreter des Polbüros, der die Auffassung der Parteiführung übermittelte. In

---

zahlreiche Abgeordnete zur Partei. Im Reichstag war aber die KPD 1923 nur durch 13 Abgeordnete (von 459) vertreten. In Preußen hatte sie 27 (von 421) Abgeordnete, in Bayern 4 (von 129), in Württemberg 4 (von 80), in Baden 4 (von 72), in Hessen, Mecklenburg und Anhalt je zwei, in Braunschweig einen Abgeordneten. In Sachsen (10 von 96) und Thüringen (6 von 72 Abgeordneten) bildete die kommunistische Fraktion das Zünglein an der Waage zwischen der sozialdemokratischen und den bürgerlichen Fraktionen. Ab 1924 war die KPD vor allem im Reichstag und in Preußen, aber auch in den meisten andern Landtagen, stärker repräsentiert. (Bericht über den III. [8.] Parteitag der KPD. Berlin 1923, S. 51 – Wl. Woytinsky: Zehn Jahre neues Deutschland. Berlin 1929, S. 199, 206.)

57 »Die Wahlkampagne selbst soll nicht im Geiste der Jagd auf eine Höchstzahl von Parlamentsmandaten geführt werden, sondern im Geiste revolutionärer Mobilisierung der Massen für die Losungen der proletarischen Revolution.« (Der II. Kongreß . . ., a. a. O. [Anm. 55], S. 81.)

58 StA Bremen, VI 79, 6.

59 1924 waren in der Reichstagsfraktion nur noch die früheren USP-Abgeordneten Eichhorn, Herzfeld, Heydemann, Katz, Koenen, Obendiek, Remmele, Scholem, Stetter, Stoecker, Thomas und Zetkin. In den Landtagen waren aber relativ mehr ehemalige USP-Abgeordnete vertreten, z. B. in Bayern 3 von 9, in Württemberg 3 von 9, in Baden 2 von 4 usw. (Reichstaghandbuch. II. Wahlperiode, Berlin 1924 – Amtliches Handbuch des bayerischen Landtags. München 1925 – Handbuch des Württembergischen Landtags, Stuttgart 1927).

den Parlamentsausschüssen hatten die Mitglieder aktiv mitzuarbeiten.[60] Mit den ausgeschlossenen Parlamentariern, den linken Kommunisten oder der KPO gab es keinerlei Zusammenarbeit, obwohl die Opposition dazu bereit war.[61]
Einem Bericht der Landtagsfraktion Württemberg von Anfang 1928 über die Arbeitsweise der Fraktion ist zu entnehmen, daß die Mitglieder der Fraktion durch Beschluß verpflichtet wurden, das ihnen zugewiesene Arbeitsgebiet innerhalb und außerhalb des Parlaments zu bearbeiten. Jeder Genosse erhielt ein bestimmtes Ressort zugeteilt (Politik, Verwaltung, Justiz, Kultur, Soziales, Finanzen, Forstwirtschaft). Während der Landtagsverhandlungen trat die Fraktion mindestens einmal wöchentlich zusammen: »Alle Fragen, die sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen behandelt wurden, wurden vorher in Fraktionssitzungen besprochen.«[62]
Die verschiedenen Verhaltensweisen der kommunistischen Fraktionen (von der Obstruktion und Opposition bis zur teilweisen Mitarbeit) waren nicht zuletzt Widerspiegelung der innerparteilichen Situation. Unter der Herrschaft der Linken trat die KPD in den Parlamenten radikaler auf als unter Führung der rechten Kommunisten. Die KPD-Linken bezeichneten die Demokratie als Schwindel und den Parlamentarismus als untaugliches Rettungsmittel für das Proletariat. Wenn man – entgegen der Ansicht der KAP[63] – doch wähle, so deshalb, weil die Wahl ein Thermometer sei und Gelegenheit zur Aufklärung und Aufrüttelung biete. Ein Thermometer bringe zwar keine Heilung, es zeige aber, wie weit der Gesundungsprozeß gediehen sei. 5 Millionen kommunistische Stimmen zeigten ein Erwachen

---

60 Von den Fraktionssitzungen wurden nach Auskunft früherer Abgeordneter Protokolle angefertigt. Über die Mitarbeit in den Ausschüssen erklärten ehemalige Abgeordnete: »Ich war Mitglied des Jugendausschusses ... Wir machten konkrete Vorschläge. Obstruktion wurde keine betrieben.« Mitt. von Walter Frank, ehem. MdR an den Verf.) – »Ich war Mitglied des Finanzausschusses und des Kulturausschusses. Es wurde sowohl Obstruktion als auch sachliche Mitarbeit getrieben. Es kam ganz darauf an, um welche Objekte es jeweils ging.« (Mitt. von Ludwig Becker, ehem. MdL Württemberg, an den Verf.) »Ich selbst war Mitglied des Petitionsausschusses. In den Ausschüssen wurde praktisch mitgearbeitet.« (Mitt. von Ernst Schumacher, ehem. MdL Württemberg, an den Verf.) »Ich war Mitglied mehrerer Parlaments-Ausschüsse, beispielsweise des Ältestenrates (der vor jeder Plenartagung die Tagesordnung festsetzte und besprach) des Hauptausschusses, während meiner ganzen Zeit (1924–33) des Beamtenausschusses, 1932/33 dessen Vorsitzender. Ferner war ich Stellvertreter im Rechtsausschuß, Eingabenausschuß usw. In den Ausschüssen wurde sachlich mitgearbeitet durch Stellung eigener Anträge oder Zusatzanträge.
Im Beamtenausschuß wurden z. B. von mir im wesentlichen immer die Anträge der verschiedenen Beamtenorganisationen vertreten, insbesondere auch bei der Gestaltung des Preußischen Beamtenbesoldungs- und -Polizeibeamtengesetzes.« (Mitt. von Wilhelm Kasper, ehem. stellv. Vorsitzender der KPD-Fraktion des preußischen Landtags, an den Verf.) Ähnliche Auskünfte gaben Heinrich Galm, ehem. MdL Hessen, Anton Grylewicz, ehem. MdR, Herbert Müller, ehem. MdL Bayern, Joseph Schlaffer, ehem. MdR, Hans Stetter, ehem. MdR, Hans Tittel, ehem. MdL Thüringen und Rose Wolfstein-Frölich, ehem. MdL Preußen.

61 Mitt. von Wolfgang Bartels, ehem. MdR und MdL Preußen der KPD, dann der linken Kommunisten, und Alfred Schmidt, ehem. MdL Preußen der KPD, dann der KPO. Demgegenüber schrieb Wilhelm Kasper: »Die sog. ›Linken‹ z. B. Bartels, Krefeld u. a. arbeiteten in den Ausschüssen, soweit dort vertreten, und im Plenum mit der Gesamtfraktion zusammen. Sie nahmen auch an den Fraktionssitzungen, wie vorher auch, teil.«

62 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 21.

63 Die KAP war gegen jede Wahlbeteiligung. »Wir wählen nicht, denn Wahlagitation und Parlamentarismus hemmen und stören ... die Steigerung der proletarischen Aktivität.« (»Kommunistische Arbeiterzeitung«, Nr. 96, 1920.) »Demokratischer Parlamentarismus ist Arbeitsgemeinschaft, alle

des Proletariats, erschreckten das Unternehmertum und stärkten den Kampfwillen und das Siegesbewußtsein der Arbeiter.[64]

Ein Beispiel ultralinker Taktik praktizierte die KPD 1924, als die Partei erstmals mit einer starken Fraktion (62 Abgeordnete) in den Reichstag einzog, von denen die meisten keine parlamentarische Erfahrung hatten. Sie glaubten, ihren Antiparlamentarismus durch Störungen kundtun zu müssen. Schon bei der Reichstags-Eröffnung Ende Mai 1924 zeigten über 50 KPD-Abgeordnete (neun saßen noch im Gefängnis) ein im Parlament ungewohnten Schauspiel, das beim Namensaufruf der Abgeordneten begann. Als der Name Tirpitz fiel, machten die KPD-Abgeordneten mit Sirenen und Trillerpfeifen Lärm. Remmele rief: »Da ist ein schöner Stall beisammen!«; Scholem sprach von der »Regierung dieser Schieberrepublik«; Koenen sagte: »Der Reichstag fängt ja gut an. So sieht die Schieberrepublik aus.« Ruth Fischer begann ihr Parlamentsdebüt mit der Anrede: »Hochverehrtes Affentheater!«; Thälmann ließ drei Hochrufe auf die politischen Gefangenen ausbringen. Auch die KPD-Presse erschien unter der Schlagzeile »Reichstag der Schieberrepublik!«[65]

Die Kommunisten störten die ersten Reichstagssitzungen durch Lärm mit Trillerpfeifen, Kindertrompeten und Zwischenrufen. Damit versuchten die Parteiführer, ihre eigene Anweisung zu praktizieren: »Wir leisten im Parlament keine ›Arbeit‹, sondern benutzen es lediglich zur Agitation und Desorganisation des bürgerlichen Staates.«[66] Diese Methode wurde auch in den Landtagen[67] und bis hinunter zu den Gemeindeparlamenten angewandt. Es kam vor (z. B. in Guben), daß die kommunistischen Stadtverordneten bei ihrer Verpflichtung den Eid nicht auf die Verfassung leisteten, sondern einen »Schwur auf rücksichtslosen Klassenkampf« ablegten.[68] Eine Direktive der Zentrale wies die kommunistischen Parlamentarier an, zu den Sitzungen der Gemeinderäte und Kreistage in roten Handschuhen zu erschei-

---

Macht den Räten ist Klassenkampf, ist Revolution!« (Nieder mit dem bürgerlichen Parlament. Alle Macht den Räten. Hrsg. KAP. 2. Aufl. o. O. u. J. [1924]).

64 Referentenmaterial. Disposition für eine Wahlrede im Reichstagswahlkampf Herbst 1924. Hrsg. Zentrale der KPD, Berlin. 29. Oktober 1924, S. 5 f.

65 Verhandlungen des Reichstags. Sten. Berichte. Bd. 381, 1.–5. Sitzung – »Soz. Republik« vom 30. Mai 1924 – »Niedersächsische Arbeiter-Zeitung« vom 29. Mai 1924 – »Deutscher Reichsanzeiger«. 126 vom 28. Mai 1924.

66 a. a. O. – Die KPD im eigenen Spiegel. Hrsg. KAP. Berlin 1926, S. 155.

67 Im sächsischen Landtag kam es schon 1924 zu folgender Szene, nachdem der Landtagspräsident gegen die KPD eingeschritten war:
Abg. Zipfel (KP): »Sie sind ein ganz erbärmlicher Lümmel!«
(Hammer des Präsidenten, – großer Lärm von allen Seiten des Hauses).
Präsident: »Ich schließe den Abg. Zipfel von der heutigen Sitzung aus.«
Abg. Zipfel: »Ein Lumig bist Du.«
Abg. Bertz (KP): »Wieviel Kognaks hast Du heute schon gesoffen?« – (Fortgesetzter Lärm, Saalsirene ertönt).
Abg. Böttcher (KP – Zur Geschäftsordnung): »Das Vorgehen des Herrn Präsidenten ist skandalös. Es ist festgestellt worden, daß Herr Abg. Ellrodt . . .« (Die Saalsirene ertönt).
Abg. Zipfel: »Freundchen, treib's nicht auf die Spitze, sonst nehmen wir Dich beim Gripse, Du Strolch.« – (Abg. Zipfel wirft mit einem Tintenfaßuntersetzer nach dem Präsidenten). Die Sitzung wird unterbrochen. (Radikale Sozialdemokraten und Kommunisten im sächsischen Landtag, Leipzig o. J.).

68 »Freiheit« vom 23. Mai 1924.

nen und auch bei der Vereidigung, beim Handschlag, rote Handschuhe zu tragen.[69]

Diese Obstruktionspolitik stieß in der Partei auf den Widerspruch des rechten Flügels; so forderte vor allem Jakob Walcher eine »positive Parlamentsarbeit«.[70] Die linke Parteiführung lehnte das rundweg ab, sie wollte weiterhin nur Agitation. Am 26. Juni 1924 z. B. stellte die Reichstagsfraktion den Antrag, der Reichstag wolle beschließen, »die Umsatzsteuer wird aufgehoben« und »der Steuerabzug vom Arbeitslohn wird aufgehoben«. Die gesamte Parlamentsarbeit wurde als Agitations-Schau betrachtet. Nicht selten endeten Radauszenen im Parlament auch mit Schlägereien.[71] Dieser Antiparlamentarismus wurde zwar von einem Großteil der linken Funktionäre und Mitglieder gebilligt, aber er kompromittierte und isolierte die Partei in der Öffentlichkeit.

Die SPD hielt den Kommunisten im Reichstag von 1924 vor, sie hielten entweder Agitationsreden und überließen den Sozialdemokraten die sachliche Arbeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiter, oder sie stellten zur »Entlarvung« der SPD Anträge, die sie selbst für undurchführbar ansähen.[72] In der Kommunalpolitik erklärte die SPD über die KPD, der Personenwechsel sei chronisch, behaupten könne sich nur »der Mann der demagogischen Rede«. Die Kommunisten würden lediglich dauernd unrealisierbare Anträge stellen, aus ihren Reihen stamme das geflügelte Wort: »Wir haben mehr Anträge gestellt als alle anderen Fraktionen zusammen.«[73]

Im Dezember 1924 erklärte die neugewählte kommunistische Reichstagsfraktion ihrerseits, sie werde »jede beliebige Kombination aus den Parteien deutschnational bis SPD mit derselben Schärfe bekämpfen«. Die KPD sei Todfeindin jeder kapitalistischen Regierung, »mit oder ohne SPD« und habe mit parlamentarischen »Kuhhandeleien nichts zu schaffen«.[74]

Bereits in der Ruth Fischer-Ära wurden die schlimmsten Auswüchse dieser Parlamentstaktik wieder abgestellt. In der Periode des gemäßigten Kurses 1926 bis 1928 war die KPD durchaus zu parlamentarischer Mitarbeit bereit. Bei einem Plebiszit kam es zur Zusammenarbeit mit der SPD. Am 2. Dezember 1925 schlug Thälmann der SPD »einheitliche Schritte zur Herbeiführung einer Volksabstimmung für die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser« vor.[75] Es gelang der Partei, die SPD für den gemeinsamen Volksentscheid zu gewinnen. Obwohl der Volksentscheid im Juni 1926 ohne Erfolg blieb, zeigte er doch, welche Möglichkeiten das Zusammenwirken beider Arbeiterparteien bot: statt der 11 Millionen

---

69 Protokoll. Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale. Februar-März 1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 465.
70 BuA Koblenz, R 43 I, 2671, Bd. 7 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 10.
71 Verhandlungen des Reichstags. Sten. Berichte, Bd. 382, Anl. 271 und 272 – »Vorwärts« vom 27. November 1924.
72 Die Sozialdemokratie im Reichstag. 1924. Berlin o. J., S. 68.
73 Kölner Kommunalpolitik. Bericht der Sozialdemokratischen Fraktion für die Jahre 1924 bis 1929. O. O. u. J., S. 8.
74 Die Sozialdemokratie im Reichstag. 1925, Berlin o. J., S. 11.
75 RF vom 4. Dezember 1925. Die wichtigste KPD-Broschüre zum Volksentscheid war: Paul Frölich: Keinen Pfennig den Fürsten! O. O. u. J., 400.–600. Tausend.

Stimmen, die beide Parteien bei den letzten Wahlen erzielten, brachte der Volksentscheid 14,5 Millionen Stimmen.

Einen Schritt weiter schien die KPD nach den Bürgerschaftswahlen im Oktober 1927 in Hamburg[76] zu gehen. In der neuen Bürgerschaft hatten SPD und KPD die Mehrheit. Die BL Wasserkante erklärte sich bereit, »einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg die Möglichkeit des Bestehens zu geben«.[77] Thälmann schlug der SPD ein Minimal-Programm vor, das bei drei Enthaltungen von einer KPD-Funktionärkonferenz angenommen wurde. Am 25. Oktober 1927 fanden im Hamburger Gewerkschaftshaus Verhandlungen zwischen Vertretern der SPD, der KPD und der Gewerkschaften statt. Die Gewerkschaften empfahlen, einen Senat aus 9 Sozialdemokraten und 6 Kommunisten zu bilden, die Kommunisten sollten sogar den Justizsenator stellen. Darauf wollten sich die Kommunisten allerdings nicht einlassen. Sie verkündeten, die KPD könne nur in eine »Rätediktatur« eintreten.[78] Immerhin wurde mit den Stimmen von KPD und SPD der Kommunist Gustav Gundelach zum Vizepräsidenten der Bürgerschaft gewählt.[79]

Bereits 1926 hatten die Kommunisten im Landtag von Mecklenburg eine Linksregierung von Sozialdemokraten und Demokraten toleriert, allerdings mußten sie auf Befehl des ZK im März 1927 ihre Haltung ändern und einem Mißtrauensantrag der Rechtsparteien zustimmen. Die »opportunistische Einstellung« der drei mecklenburgischen Abgeordneten wurde vom ZK gerügt.[80]

In Braunschweig schlug die KPD vor den Wahlen 1927 der SPD sogar eine Listenverbindung vor. Da die Kommunisten aber eine verbindliche Erklärung, sich eventuell an der Regierung zu beteiligen, ablehnten, wies die SPD das Angebot zurück. Otto Grotewohl schrieb: »Einer Partei, die sich selbst von vornherein aus der Politik ausschließt, auf den Krücken der Listenverbindung zu einem weiteren Mandat zu verhelfen, lehnt die Sozialdemokratie ab.«[81] Im Dezember 1927 konnte Grotewohl nach einem Wahlsieg der SPD feststellen: »Die beiden Kommunisten haben sogar unsere Minister mitgewählt.«[82]

Die zeitweise Tolerierung der Sozialdemokratie und die aktive Mitarbeit in einigen Parlamenten endete mit der ultralinken Politik nach 1928. Für die kommunistische Reichstagsfraktion nannte Stoecker im Juni 1929 den Etat der sozialdemokratisch geführten Regierung Hermann Müller eine »Fortsetzung der arbeiterfeindlichen

---

76 Auch im preußischen Harburg-Wilhelmsburg hatten SPD und KPD im September 1927 die Mehrheit bekommen. Am 17. Oktober bot die KPD der SPD Unterstützung an. Es kam zu Verhandlungen zwischen KPD, SPD und Gewerkschaften, aber wie in Hamburg zerschlug sich der Plan.

77 »Hamburger Volkszeitung« vom 12. Oktober 1927.

78 »Hamburger Volkszeitung« vom 25. Oktober 1927 – Die SPD behauptete, der Kommunist Stahmer habe in einer KPD-Versammlung gesagt: »Die KPD kann nicht in die Regierung gehen; wenn sie es tut, ist sie politisch erledigt. Unsere Mitglieder werden dann in Scharen zur SPD übertreten und wir könnten unseren Konkurs anmelden. Das einzige, was uns heute noch von der SPD trennt, wäre dann verschwunden und wir hätten alle Daseinsberechtigung verloren.« (Sozialdemokratische Parteikorrespondenz für die Jahre 1923–1928. Berlin 1930, S. 395.)

79 »Hamburger Volkszeitung« vom 3. November 1927.

80 Sozialdemokratische Parteikorrespondenz . . ., a. a. O. (Anm. 78), S. 393.

81 »Vorwärts« vom 21. November 1927.

82 StA Bremen, IV 79, d.

Klassenpolitik der Bourgeoisie«; die SPD-Regierung übertreffe an Arbeiterfeindlichkeit in »unerhörter Weise« noch den letzten Bürgerblock.[83]
Angebote der SPD, in den Gemeinden für eine Arbeitermehrheit einzutreten, wurden von den Kommunisten nunmehr wieder als »Kuhhandelsmanöver« zurückgewiesen. Für die KPD kam »ein Bündnis mit den Sozialfaschisten, sei es welcher Art auch immer« nicht in Frage.[84] Die Tätigkeit der Kommunisten in der Kommunalverwaltung sollte »ein Bestandteil der allgemeinen Zersetzungsarbeit des kapitalistischen Systems« sein.[85] Selbst in den Parlaments-Ausschüssen stellten die kommunistischen Abgeordneten nur Propaganda-Anträge, die keinerlei Aussicht auf Annahme hatten.[86] Im Februar 1932 stimmte die KPD im Finanzausschuß des Hessischen Landtags sogar einem nationalsozialistischen Antrag zu, das Gehalt des sozialdemokratischen Ministers Leuschner zu streichen.[87]
Wie oft die politische Linie sich auch änderte, gegenüber der Sowjetunion blieb die Haltung der KPD-Abgeordneten die gleiche: sie verteidigten alle Maßnahmen des Sowjetstaates. Ruth Fischer sagte im August 1924 im Reichstag:
»Nur das Bündnis mit Rußland, nur die gemeinsame Arbeit mit dem russischen Arbeiter- und Bauernstaat ist der außenpolitische Weg ins Freie. Die Ostlösung, die Fragestellung: Moskau oder London? gibt den Rahmen, um dem Londoner Plan den Rettungsplan der Kommunisten entgegenzusetzen.«[88]
Die KPD ging zeitweilig sogar so weit, ein außenpolitisches und militärisches Bündnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu befürworten. Von der Parlamentstribüne aus machte man der Regierung indirekte Angebote. Am 27. November 1925 sagte Clara Zetkin im Reichstag:
»Deshalb sage ich, wer den Frieden will, der muß das Bündnis mit der Sowjetunion suchen, als der ersten und stärksten Friedensmacht der Welt. Ich glaube sogar, im Gegensatz zu dem Herrn Abgeordneten Wels, daß es nicht so aussichtslos ist, wie er sich das vorstellt, daß u. U. ein Zusammenwirken zwischen der Reichswehr und den Rotarmisten erfolgt ... Deutschlands Zukunft beruht auf einer engsten Interessengemeinschaft in wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, auch in militärischer Hinsicht mit der Sowjetunion.«[89]
Auch im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags traten die kommunistischen Abge-

---

83 Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion. 21 Monate sozialdemokratische Koalitionspolitik. 1928–1930. Berlin 1930, S. 39.
84 StA Bremen, IIA 12 b 9, Bd. 1. – Bereits im November 1928 hatte das ZK bestimmt, daß auch in Kommunalvertretungen mit sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit die kommunistische Fraktion nur für kommunistische Kandidaten stimmen dürfe. »Auch dort, wo es zur Stichwahl zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten kommt, stimmen wir für unseren Kandidaten.« (StA Bremen, 13 i, Bd. 2.)
85 StA Bremen, IIA 12 b 9, Bd. 1.
86 Im Auswärtigen Ausschuß beantragte die KPD am 2. Dezember 1930, das Verbot des RFB aufzuheben. Am 18. Dezember verlangten die Kommunisten, Deutschland solle aus dem Völkerbund austreten und alle Zahlungen, die aus dem Versailler Vertrag herrühren, einstellen. Zwar unterstützten Deutschnationale und NSDAP die letzteren Anträge, doch lehnte die Ausschußmehrheit sie ab. (Geh. StA München, 103 543.)
87 Geh. StA München 104 326.
88 Verhandlungen des Reichstags. Sten. Berichte. Bd. 381, S. 829.
89 a. a. O., Bd. 388, S. 4637.

ordneten vor allem für die sowjetischen Interessen ein. Ihre Polemik gegen den Völkerbund fand zwar Unterstützung bei den Deutschnationalen und Völkischen,[90] mit ihrem Eintreten für die Sowjetunion aber blieben sie isoliert.[91] Wie Reichskanzler Hermann Müller 1928 feststellte, waren sich alle Parteien im Auswärtigen Ausschuß nur darin einig, daß die Revision des Versailler Vertrags zu fördern sei.[92]

Lediglich die kommunistischen ultralinken Abgeordneten griffen nach ihrem Ausschluß aus der KPD auch die Sowjetunion an. Bei der Beratung des deutsch-russischen Vertrags im April 1926 stimmten sämtliche Parteien, einschließlich der KPD, dem Vertrag zu. Für die KPD begrüßte Schneller das Vertragswerk, die Deutschen müßten »die brüderliche Friedenshand ergreifen, die die russischen Arbeiter und Bauern durch ihre Sowjetregierung dem deutschen Volke reichen«.[93] Die Ultralinken Korsch, Schwarz und Schlagewerth stimmten gegen den Vertrag. Korsch warf der KPD vor, mit der Zustimmung habe sie der Regierung »ein Vertrauensvotum in einer für die Gesamtpolitik entscheidend wichtigen Frage ihrer Außenpolitik« gegeben. Korsch verwies auf Rosa Luxemburgs Befürchtung eines Bündnisses des deutschen Imperialismus mit Sowjetrußland und erklärte, diese Befürchtung sei nachträglich gerechtfertigt worden.[94] 1926 nahm Ernst Schwarz gegen die Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee Stellung, unter großer Heiterkeit der nichtkommunistischen Abgeordneten sagte er:

»Ich gratuliere den kommunistischen Arbeitern zu der Einheitsfront von Thälmann bis Hindenburg, ich gratuliere den kommunistischen Arbeitern zu dem neuen 4. August, an dem Thälmann die Führung der vereinigten Reichswehr und Rotgardisten übernimmt ...«[95]

Die Haltung der Kommunisten zum Parlamentarismus änderte sich nicht nur mit dem jeweiligen Parteikurs. Die KPD trieb auch – wie die meisten Parteien – in den öffentlichen Sitzungen Agitation, sie redete »zum Fenster hinaus«, während sich in den nichtöffentlichen Ausschüssen meist eine aktive Mitarbeit der KPD-Vertreter feststellen läßt. Schon Stichproben zeigen, daß die Kommunisten in den Parlamentsausschüssen relativ rege und konstruktiv mitwirkten. Selbst in

---

90 So in den Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses am 26. August und 7. Oktober 1926. (Geh. StA München 103 542.)

91 Am 18. März 1927 klagte Stoecker im Auswärtigen Ausschuß über die Isolierung Deutschlands, er forderte mehr Zusammenarbeit mit Sowjetrußland. »Das Zögern Deutschlands, weitere Kredite nach Rußland zu geben, beweise den Druck Englands ... Durch die flaue Haltung Deutschlands den Westmächten gegenüber werde indirekt die Kriegsgefahr gesteigert.« Stresemann warnte »vor dem Spielen mit der Idee einer fest nach Osten orientierten Politik«. (Bericht des bayerischen Gesandten über die Sitzung. Geh. StA München 103 542.)

92 Bericht des bayerischen Gesandten über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 10. Juli 1928. Geh. StA München, 103 543.

93 Verhandlungen des Reichstags. Sten. Berichte. Bd. 390, S. 7443.

94 a. a. O., Bd. 390, S. 7443 ff.

95 a. a. O., Bd. 391, S. 8636 ff. Scholem wandte sich im Namen der linken Kommunisten Ruth Fischer, Schwan, Schütz und Urbahns gegen Schwarz, dessen Rede »in keinem Punkte den kommunistischen Grundsätzen« entspräche. Die Mehrheit des Hauses quittierte seine Ausführungen mit stürmischer Heiterkeit. Die öffentliche Austragung der innerkommunistischen Diskussion wurde von den Abgeordneten der anderen Parteien offenbar nur als erheiternd empfunden. (a. a. O., S. 8639).

Bayern, wo die KPD den größten Repressalien ausgesetzt und bis März 1925 verboten war, ist diese Mitarbeit 1924 bis 1928 festzustellen; sie dürfte daher in anderen Landtagen, z. B. Sachsen oder Thüringen (die nicht überprüft werden konnten) kaum geringer gewesen sein.

Im November 1924 arbeiteten Kommunisten aktiv in allen bayerischen Landtagsausschüssen, der KPD-Abgeordnete Büchs war Berichterstatter, der Abgeordnete Mager Mitberichterstatter im Haushaltsausschuß.[96] Verschiedene Gesetzentwürfe wurden mit den Stimmen der kommunistischen Ausschußmitglieder angenommen.[97] Durch ihre intensive Arbeit in den Parlamentsausschüssen gelang es den Kommunisten, auch eigene Anträge im Parlament durchzubringen.[98]

Die Kommunisten traten oft im Plenum ganz anders auf als in den geheimen Ausschüssen. Der Abgeordnete Büchs, der als Berichterstatter im Beschwerdeausschuß sogar Eingaben der Staatsregierung zur Annahme empfahl, fiel im Landtag durch besonders lautstarke Reden auf. Büchs erwiderte auf Vorhaltungen des Präsidenten, er sei mit einem solchen lauten Organ auf die Welt gekommen, dafür könne er nichts. »Ich bin eben gewöhnt, die Proletariersprache zu sprechen, und Sie müssen schon entschuldigen, wenn ich mir diese bürgerlichen Manieren nicht angewöhnt habe, die Sie an den Tag legen.«[99] Im gleichen Stil stellte auch der KPD-Führer Schlaffer seine proletarische Herkunft betont heraus: »Wenn ein bayerischer, ein echter kerniger bayerischer Arbeiter das Wort ergreift, dann stopfen Sie sich die Ohren zu, das können Sie nicht vertragen.«[100]

Gegenüber solchen propagandistischen Reden war die Mitarbeit in den Ausschüssen

---

96 Als die KPD 1924 entsprechend ihrer Stärke in die Ausschüsse des Reichstags und der Landtage einzog, kam es zunächst zu Diskussionen darüber, ob die KPD-Vertreter überhaupt zu den vertraulichen Beratungen zugelassen werden könnten, da sie sich verpflichtet hatten, ihr Wissen in den Dienst der Partei zu stellen und kein Schweigegebot anzuerkennen. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags erklärte Stoecker jedoch, die Kommunisten würden sich selbstverständlich an die Bestimmungen der Reichsverfassung halten. (Geh. StA München, 103 542.) Im Ausschuß für Verfassungsfragen des bayerischen Landtags erklärte der Kommunist Joseph Weber, die Kommunisten seien nicht verpflichtet, das, was beraten worden sei, auch der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Joseph Götz nannte die Behauptung, seine Partei gebe vertrauliche Mitteilungen nach Moskau weiter, eine Verleumdung. (Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1412. Anträge Reichsbahn. Sitzung Ausschuß für Verfassungsfragen 1. Juli 1924.) Mager war 1924 z. B. Mitberichterstatter für Haushaltsfragen der Staatsbetriebe im Haushaltsausschuß, er beantragte ebenfalls wie der Berichterstatter der Bayerischen Volkspartei Genehmigung der Regierungsvorlage. (Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1349. Sitzung 21. November 1924.) Büchs war im November 1924 im Haushaltsausschuß Berichterstatter bei der Vorlage für eine Erwerbslosenordnung, auf seinen Vorschlag wurde ein SPD-Antrag vom Ausschuß angenommen. (Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1471.)

97 Vgl. Anm. 96. Im Haushaltsausschuß stimmten im Juni und Juli 1925 die KPD-Vertreter (Büchs, Baumgärtner, Aschenbrenner und Mager) einer Reihe von Regierungsvorlagen zu oder enthielten sich der Stimme. (Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1532.)

98 Im Mai 1927 nahm der Haushaltsausschuß (und auf dessen Vorschlag später der Landtag) einen von den KPD-Vertretern Büchs und Baumgärtner eingebrachten Antrag an, die Arbeitsschutzbestimmungen besser zu überwachen, ebenso brachte die KPD Anträge über bessere Bestimmungen für Erwerbslose und zu Fragen der Tarife durch. (Archiv des bayerischen Landtags, Nr. 1761, Haushalt, Soziale Fürsorge 1927/28. Verhandlungen des bayerischen Landtags. Sten. Berichte. VI. Bd., S. 995.)

99 Verhandlungen des bayerischen Landtags. Sten. Berichte II. Bd., S. 246 ff. (44. Sitzung vom 18. Februar 1925.)

100 a. a. O., S. 251.

sehr sachlich. Im Januar 1926 machte der Abgeordnete Mager im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags umfassende Vorschläge zu einer Änderung des Schulsystems. Er trat für eine republikanische Schule ein, vor allem sollten die Schulbücher mit dem Geist der Verfassung in Übereinstimmung gebracht werden. Der SPD-Abgeordnete Hoegner unterstützte Magers Anträge, die jedoch von der rechten Mehrheit abgelehnt wurden. Mager selbst betonte:

»Dadurch, daß die Kommunisten an der Republik, wie sie jetzt sei, ungeheuer viel Kritik geübt hätten, hätten sie nicht zum Ausdruck bringen wollen, daß sie gegen die Republik überhaupt seien.«[101]

Im Januar 1927 machte der Kommunist Büchs im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags folgende bemerkenswerten Ausführungen:

»Gerade die letzten Jahre hätten bewiesen, daß die Kommunisten, denen man vor drei Jahren noch den Vorhalt gemacht habe, sie würden im Parlament keine praktische Arbeit mitmachen und nur Obstruktionspolitik treiben, sich ebenfalls auf die gegebenen Verhältnisse eingestellt haben, obwohl ihr Endziel ein anderes sei. Sie hätten Anträgen der Sozialdemokratischen Partei zugestimmt, die Reformen enthielten, sie hätten sogar Anträgen von bürgerlichen Parteien zugestimmt, wenn sie es für notwendig gehalten haben, um dadurch die Notlage der Arbeiterschaft etwas zu erleichtern.«[102]

Mit dieser durchaus richtigen Einschätzung stimmte die offizielle Erklärung der KPD-Reichstagsfraktion über ihre Arbeit nur teilweise überein:

»Wenn die Kommunisten sich an den Wahlen und an der Tätigkeit in den Parlamenten beteiligen, so in erster Linie, um die Tribüne der Parlamente zur revolutionären Aufklärung der Arbeiterklasse, zur Demaskierung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie und des kapitalistischen Klassencharakters dieser Parlamente, ihrer Korruptionsaffären usw. auszunützen; ferner selbstverständlich zur Vertretung der Interessen aller Werktätigen gegen die Ausbeutung durch das vertrustete Industrie- und Agrarkapital.«[103]

Das Verhältnis zwischen Parteileitungen und Parlamentsfraktionen war oft spannungsgeladen. Zu einer härteren Auseinandersetzung kam es Ende 1925 zwischen dem Polbüro und der badischen Landtagsfraktion bzw. der Bezirksleitung Baden. Am 7. Dezember 1925 erschien im badischen KP-Organ, der Mannheimer »Arbeiterzeitung«, eine harte Kritik des Polbüros an den badischen KPD-Abgeordneten. Die vier Parlamentarier hatten demnach versagt, weil sie keinen eigenen Kandidaten bei der Regierungsbildung vorgeschlagen und dem Regierungsprogramm keine programmatische Erklärung gegenübergestellt hatten. Der Polbüro-Artikel war bereits am 2. Dezember bei der Bezirksleitung eingetroffen, doch diese hatte ihn zu-

---

101 Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1620 I. Haushalt des Staatsminist. für Unterricht und Kultus 1925/26. 124. Sitzung des Haushaltsausschusses am 30. Januar 1926. In den öffentlichen Verhandlungen trat auch Mager weitaus schärfer auf, er wurde mehrmals zur Ordnung gerufen. (Verhandlungen des bayerischen Landtags. IV. Bd., S. 905 ff. Sitzung vom 11. März 1926.)

102 Archiv des bayerischen Landtags. Nr. 1848. (Antrag Büchs. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 21. Januar 1927.)

103 Handbuch der kommunistischen Reichstagstagsfraktion. Der Reichstag 1924–1928. Berlin 1928, S. 21.

nächst zurückgehalten. Die Kritik des Polbüros wies die Fraktion am 3. Dezember vor der BL zurück. Die Fraktion bezeichnete den Versuch des Polbüros, sie in einem Zeitungsartikel bloßzustellen, als »eine schwere Schädigung der Partei«. Die Bezirksleitung billigte die Erklärung der Fraktion am gleichen Tage und beschloß einstimmig:

»Die BL Baden deckt die Haltung und Erklärung der Landtagsfraktion und betrachtet die Kritik des ZK in dieser Angelegenheit als unbegründet ... Der Vorschlag des ZK, eigene Kandidaten bei der Regierungsbildung vorzuschlagen, hätte bei dem Kräfteverhältnis im Landtag (68 gegen 4) höchstens einen Heiterkeitserfolg bei unseren Gegnern ausgelöst, der bis tief in die Reihen der Arbeiter sein Echo gefunden hätte ...«[104]

Der vom Polleiter Kenzler unterschriebene Brief wurde dem ZK zugestellt, doch erhielt die BL keine Antwort. Einige Parteizeitungen veröffentlichten am 5. Dezember jedoch die Kritik des Polbüros, so daß die BL Baden am 7. Dezember notgedrungen die Kritik in der »Arbeiterzeitung« abdruckte. In einem Rundschreiben an alle Ortsgruppen rechtfertigte sich die BL. Diese Auseinandersetzung begünstigte die Herausbildung einer linken Opposition in Baden.

Als sich das ZK im Jahre 1932 wieder gegen die Taktik der badischen Landtagsfraktion wandte (diese hatte im Landtag das Verbot von Stahlhelm und Reichsbanner[!] beantragt), gab es keine Diskussion mehr, nun übte die Fraktion sofort Selbstkritik, die BL Baden beschloß personelle Maßnahmen und versprach, dafür zu sorgen, »daß in Zukunft durch die Landtagsfraktion keine politischen Fehler mehr gemacht werden«.[105]

Der eklatante Unterschied liegt weniger darin, daß 1925 die Parteiführung und 1932 die Fraktion eine absurde Haltung vertrat, hier wird vielmehr deutlich, daß der Zentralismus der Partei auch bis zur völligen Abhängigkeit der Fraktionen ging. Da die Zahl der Abgeordneten und der Kommunalvertreter der KPD immer recht groß war, spielte die Disziplinierung der Parlamentarier für die Parteiführung eine erhebliche Rolle. 1926 zählte die KPD 185 Abgeordnete im Reichstag und in den Landtagen (dazu kamen 13 linke Kommunisten),[106] 1928 war es ungefähr die gleiche Anzahl, außerdem 244 Provinziallandtagsabgeordnete, 449 Kreistagsabgeordnete, 5204 Stadtverordnete und Gemeinderäte, 821 Stadträte und Beigeordnete und 119 Bürgermeister und Gemeindevorsteher.[107] Alle diese Funktionäre hatten zwar vor ihrer Wahl einen Revers zu unterschreiben, in dem sie sich verpflichteten, auf Parteibefehl sofort ihr Mandat niederzulegen,[108] dennoch kam es immer wieder zu Aus-

---

104 StA Bremen, IV 31, Bd. 1.

105 Schreiben der KPD, Bezirk Baden-Pfalz vom 20. April 1932 an das ZK der KPD, Sekretariat; in: Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police. The National Archives of the United States. T. 175. Roll 372.

106 Jahrbuch für Wirtschaft, Politik und Arbeiterbewegung 1925–1926. Hamburg-Berlin 1926, S. 741.

107 Zwei Jahre Arbeit und Kampf, a. a. O., (Anm. 21), S. 327.

108 In der Erklärung hieß es u. a., die KPD erblicke im Parlament nur »ein Machtinstrument der Klassenherrschaft der Bourgeoisie«, ein »Feigenblatt der Diktatur des Kapitals«. Der Unterzeichnete verpflichtete sich, als Abgeordneter lediglich Beauftragter der KPD zu sein und sich allen Beschlüssen der Parteizentrale unterzuordnen. »Insbesondere erklärt der Unterzeichnete sich bereit, sofort bei Aufforderung der Zentrale der KPD, sein Mandat als Abgeordneter niederzulegen oder

tritten der Parlamentarier aus der Partei. Die Schwankungen der Parteilinie und die immer festere Beherrschung auch der Parlamentsabgeordneten durch den Apparat waren eine Fessel für die Arbeit, die nicht jeder Mandatsträger akzeptierte.
Über die Parlamentsarbeit der KPD in der Praxis läßt sich zusammenfassend sagen: In den Ausschüssen arbeiteten die Kommunisten oftmals aktiv mit, um bei der Vorbereitung der Gesetze, der Haushaltsberatungen usw., die nach ihrer Meinung beste Lösung oder das kleinere Übel auszuhandeln. Die Parlamentstribüne hingegen war für sie ein Agitationsforum, um die radikalen Arbeiter anzusprechen. Die Aktivität im Parlament war in hohem Maße eine Personalfrage, ehemalige USPD-Parlamentarier neigten eher zur sachlichen Arbeit als jüngere radikale Kräfte.[109] Dabei spielte auch die fachliche Qualifikation des Abgeordneten im Ausschuß eine wichtige Rolle. Schließlich war ausschlaggebend, ob die KPD einen radikalen oder einen gemäßigten Kurs steuerte, in den Parlamenten wurde entsprechend Obstruktions- oder aber Reformpolitik betrieben. Der antiparlamentarische Zug war auch dort am klarsten erkennbar, wo die Partei ohnehin keine realen Chancen hatte (z. B. Reichspräsidentenwahlen), während in Parlamenten und vor allem in Kommunalvertretungen mit starken KPD-Fraktionen aktive Mitarbeit durchaus üblich war.[110]

Die KPD und die Weimarer Republik

Die KPD stand in der Weimarer Republik in einem aufreibenden Kampf gegen die Staatsgewalt, gegen die konkurrierende Arbeiterpartei, die SPD, und später auch gegen die NSDAP. Die KPD bemühte sich, die Revolution in Deutschland vorzubereiten, zugleich aber war sie in zunehmendem Maße der russischen Politik und Stalin verpflichtet. Die daraus resultierenden ständigen taktischen Wendungen und innerparteilichen Auseinandersetzungen brachten die Partei vor allem in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik in Schwierigkeiten.
Gegenüber dem Staat, der Gesellschaft und teilweise auch gegenüber den anderen politischen Parteien schienen sich die deutschen Kommunisten in einer Art politischem Getto zu befinden. Die schroffe Ablehnung und scharfe Bekämpfung der KPD durch den Staat und seine Organe hatten mehrere Gründe: Die KPD war eine offen staatsfeindliche Partei, d. h. sie proklamierte nicht nur den Sturz der jeweiligen Regierung, sondern der gesamten Staats- und Gesellschaftsordnung. Wie die Anhänger, so verkannten auch die Gegner die Kraft des deutschen Kommunismus. Die KPD war nie so stark, wie es den Anschein hatte. Es ist mehr als fraglich, ob

von der Kandidatur zurückzutreten und jeden als Verräter am Proletariat zu brandmarken und zu bekämpfen, der als kommunistischer Abgeordneter den Beschlüssen der Parteileitung nicht Folge leistet.« (StA Oldenburg, 136-86-37, Bd. 4 – BuA Koblenz, R. 43 I/2671, Bd. 7.)

109 Das wurde im bayerischen Landtag ab 1928 deutlich. Mager war nicht mehr aufgestellt, jüngere Abgeordnete wie Schaper traten auch in den Ausschüssen scharf gegen die andern Parteien auf. Nach den Austritten von Aschenbrenner und Büchs aus der KPD verlor die Partei im Landtag die Fraktionsstärke, sie war dann nicht mehr in den Ausschüssen vertreten.

110 So arbeitete die KPD-Fraktion z. B. in Halle aktiv mit. Die KPD war in Halle während der Weimarer Republik fast ständig stärkste Partei. (Mitt. von Alfred Grade, fr. Chefredakteur des KPD-Organs »Klassenkampf« in Halle und Stadtverordneter in Halle.)

die Partei überhaupt je eine reale Chance hatte, in Deutschland zur Herrschaft zu gelangen. Vermutlich überschätzte die KPD selbst jahrelang den Kreis derjenigen, die mit ihr die »Revolution weitertreiben« wollten, bestimmt aber unterschätzte sie die Kraft und den Einfluß der Sozialdemokratie. Die Staatsorgane aber vermuteten ständig, die KPD arbeite »auf eine gewaltsame Aktion in absehbarer Zeit hin ...« (so der Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung im Januar 1926!).[111]

Der Militärapparat der KPD war jedoch längst im Schematismus erstarrt. Auch die bis 1929 legale Schutztruppe, der RFB, war eher Bürgerschreck als Bürgerkriegsarmee. Die »Militär«-Arbeit der KPD war ein Fehlschlag, sie zeitigte nur negative Ergebnisse: sie verstärkte den Zentralismus und die Militarisierung der KPD, und sie diente als Popanz, mit dem die Gegner den drohenden kommunistischen Umsturz zu beweisen suchten.

Der Staatsapparat reagierte gegenüber den linksradikalen Kreisen weit härter als gegenüber den rechtsradikalen, die ihm mit mehr Aussicht auf Erfolg den Kampf angesagt hatten. Darin reflektierte sich einmal die Tatsache, daß der Staatsapparat weitgehend von konservativen Kräften beherrscht wurde, die ihren Feind vor allem links sahen; zum andern aber kam darin der generelle Antibolschewismus zum Ausdruck, der in der Weimarer Republik weit verbreitet war.[112] Die Identifizierung der KPD mit Sowjetrußland einerseits und andererseits das formale Bekenntnis der von Moskau abhängigen Komintern zur Weltrevolution auch in den Jahren der Stabilisierung vertieften den Antibolschewismus. Die Sowjetregierung versuchte zwar, die Rapallo-Politik fortzusetzen, sie geriet aber immer wieder in Schwierigkeiten, weil die Reichsregierung keinen Unterschied zwischen deutschem Kommunismus, Komintern und Sowjetstaat erkennen konnte.

Das geht auch aus einem Briefwechsel zwischen dem damaligen Sowjetbotschafter Krestinski und Außenminister Stresemann hervor. Am 18. Dezember 1924 berief sich Krestinski in einem Schreiben an Stresemann auf eine mündliche Unterredung und betonte, daß die Sowjetregierung »stets auf dem Standpunkt der völligen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands verharrte und fortgesetzt auf dem gleichen Standpunkt unerschütterlich verharrt«. Hinweise der deutschen Regierung auf die Komintern beantwortete Krestinski mit der Floskel, die Sowjetregierung sei »in keinem Fall für die Tätigkeit dieser Organisation verantwortlich«, eine Überwachung sei unmöglich.[113] Stresemann erwiderte am 31. Dezember 1924, er müsse zu seinem »lebhaften Bedauern« feststellen, daß die Sowjetregierung nicht auf den Kern der zur Sprache gebrachten Vorstellungen eingegangen sei.

»Die deutsche Regierung hat gerade die agitatorische Tätigkeit von solchen Persönlichkeiten zum Gegenstand ihrer Proteste gemacht, die der Regierung der Union der SSR angehören. Abgesehen von den, ungeachtet aller Vorstellungen, fortgesetz-

---

111 BuA Koblenz, R 43 I/2671, Bd. 8.

112 Vgl. dazu neuerdings: Peter Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie. Berlin (West) 1967, S. 158 ff.

113 Geh. StA München, 100 414.

ten weitgehenden Einmischungen von Herrn Sinowjeff hat, wie seinerzeit ausgeführt, auch Herr Stalin keine Bedenken getragen, seinen Namen unter einen derartigen Aufruf zu setzen. In Ihrer Antwort gehen Sie, Herr Botschafter, auf diese Frage nicht ein. Insbesondere haben Sie mir bezüglich Herrn Stalin überhaupt keine Aufklärung zukommen lassen ... Angesichts des ganzen Aufbaus und der Organisation des Sowjetstaates und namentlich der für die Entscheidungen der Regierung maßgebenden Rolle, die im russischen Sowjetstaate die genannten beiden Persönlichkeiten spielen, kann die deutsche Regierung für die scharfe Unterscheidung, die von Ihnen zwischen der Regierung und derartigen Organisationen gemacht wird, ebensowenig Verständnis aufbringen, wie für die Erklärung, daß es der Regierung der Union der SSR unmöglich sei, diese Organisationen zu überwachen.«[114]
Stresemann bat die Sowjetregierung, Mittel und Wege zu finden, um die von der Reichsregierung als unzulässig betrachtete Einmischung zu verhindern.
Die Komintern wurde mehr und mehr außenpolitisches Hilfsmittel des Sowjetstaates, aber sie belastete durch ihre revolutionäre und scheinrevolutionäre Tätigkeit auch die sowjetische Außenpolitik. Umgekehrt erschwerte die Verflechtung der KPD mit der Komintern – und damit dem Sowjetstaat – die Politik der Partei. Als 1926/27 die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee enthüllt wurde, geriet die KPD in eine prekäre Lage. Mochte die Kooperation vom russischen Staatsinteresse aus durchaus legitim sein, ihren Anhängern konnte die KPD kaum begreiflich machen, warum ihr »Vaterland« Sowjetrußland die Reichswehr, den potentiellen (und bis 1923 auch tatsächlichen) Kampfgegner ausrüstete. SPD und KAP attackierten die KPD und stellten den Kommunisten die Frage, »ob nicht die Maschinengewehre und Kanonen der Reichswehr 1923 den Aufstand der deutschen Kommunisten mit russischer Munition niederkartätscht haben«.[115] Die enge Bindung an Sowjetrußland brachte der KPD nicht nur Vorteile – die wirksame Kraft des Vorbildes, die sich »zum Mythos, zum Glauben in den Massen verdichtete«,[116] die materielle Unterstützung usw. –, sondern auch Nachteile.
In Deutschland galt die KPD auch nach 1924 als Hauptgefahr und wurde entsprechend bekämpft, obwohl sie ab 1925 nicht mehr unmittelbar den Aufstand plante und nach 1929 die Gefahr von rechts für die Republik viel größer war. Die KPD war seit 1925 »nur noch ein Schatten der deutschen legalen Republik«. Arthur Rosenberg nannte es »eine der Ironien der Weltgeschichte«, daß die KPD unter der stalintreuen Führung seit 1925 wieder einen Aufschwung erlebte. Er sah in der KPD, »die keinen ernsthaften politischen Plan hatte, der über den kapitalistischen Alltag hinausgegangen wäre«, ebenfalls einen »Faktor der deutschen Stabilisierung«.[117]

---

114 Geh. StA München 100 414.
115 Sowjetgranaten. Sowjetrußland als Munitionslieferant für die Reichswehr. Hrsg. Vorstand der SPD, Berlin 1927. S. 16 – Vgl. auch: Von der Revolution zur Konterrevolution. Rußland bewaffnet die Reichswehr. Hrsg. KAP. O. O. u. J. (1927).
116 Neumann, a. a. O. (Anm. 1), S. 93.
117 Arthur Rosenberg: Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 1955, S. 450.

Doch auch in jenen Jahren blieb das Verhältnis zum Kommunismus in Deutschland gespannt. Im Gegensatz zu England, Frankreich oder Skandinavien gelang keine Integration der Kommunisten in die Gesellschaft. Die Verfolgung der KPD durch den Weimarer Staatsapparat dürfte dabei eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Nach Rosenberg konnte von irgendeiner planmäßigen revolutionären Politik der KPD keine Rede mehr sein. »Thälmann und seine engeren Freunde verdienten eine scharfe Kritik vom Standpunkt der deutschen Arbeiterschaft. Aber wenn die bürgerliche Justiz sie später als Hoch- und Landesverräter verfolgte, tat sie ihnen das schwerste Unrecht.«[118]

Rist warf der KPD »idealistische statt realistische Anschauungsweise« vor, die er aus der Isolierung von der nichtkommunistischen Arbeiterschaft ableitete. »Statt das Gemeinsame zu betonen, was sie mit allen anderen Teilen dieser Arbeiterbewegung verbindet, hebt sie lediglich das Trennende hervor, das sie von allen anderen unterscheidet.«[119] In der ewigen Verwechslung ihres eigenen Willens mit dem Willen der Massen, ihrer eigenen Bewegung mit der wirklichen Bewegung des Proletariats sah Rist den Grundfehler der KPD. »Für die Parteiführungen der KPD lagen die Ursachen der Mißerfolge abwechselnd beim Gegner, bei der eigenen Opposition, in der ›opportunistischen Streikfurcht‹ bzw. in der ›schlechten Durchführung‹ der immer ›richtigen Beschlüsse‹ und in ›organisatorischen Mängeln‹ der untergeordneten Parteiinstanzen und der einfachen Mitgliedermassen.«[120]

Diese Feststellungen mögen wegen der sozialdemokratischen Sicht ihres Verfassers zu pointiert erscheinen, dennoch verdeutlichen sie wesentliche Charakterzüge der KPD in der Weimarer Republik. Ähnlich wie Rist hat auch Flechtheim in den verschiedenen Rechts-Links-Wendungen das »Bewegungsgesetz« der Partei gesehen, wobei der Pendelschlag immer größer werden mußte. Die Rechtswendungen stellten nur Korrekturen »einer von elementaren Kräften« bestimmten, die Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung bezweckenden Linie dar.

»Die Generallinie der Partei jedoch, die ursprünglich Resultante des relativen Gewichts des rechten und linken Flügels war, wurde in dem Maße, in dem die Partei ihre Flügel verlor und zu einer konformistisch-autoritären Organisation erstarrte, immer stärker von den Befehlen Moskaus abhängig, das schließlich die Wendungen nur noch unter dem Gesichtspunkt seiner eigenen Interessen anordnete.«[121]

Der innere Zwist brachte die KPD mehr als einmal an den Rand des Abgrunds, jede Absplitterung war ein Aderlaß. Die Partei hatte einen beispiellosen Verlust an erfahrenen Funktionären zu registrieren. Rist errechnete, daß die eben gegründete KPD durch die KAP-Abspaltung 1920 fast 60 Prozent ihrer Mitglieder verlor; die inzwischen durch die Vereinigung mit der linken USP zur Massenpartei gewordene VKPD 1921 nach der Märzkrise über 50 Prozent und im Verlaufe der linken

---

118 Rosenberg, a. a. O., S. 450.
119 Walter Rist: Die KPD in der Krise. »Neue Blätter für den Sozialismus«. Heft 9, September 1931, S. 443 f.
120 Rist, a. a. O. (Anm. 42), S. 135.
121 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969, S. 336.

und rechten Absplitterungen 1925 bis 1929 jeweils mindestens 10 bis 12 Prozent ihres gesamten Mitgliederbestandes einbüßte.[122]

Aber auch der politische Charakter und die Führungspotenz wurde durch die Stalinisierung und die Wirkung des »Pendelschlags« negativ beeinflußt. Schon ein Blick auf die Reihe der einander ablösenden Führergarnituren der KPD zeigt das Bild eines fortschreitenden Niedergangs: Die Begründer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, werden im Urteil der Geschichte als große Persönlichkeiten bestehen können, Paul Levi und Ernst Meyer waren kluge politische Führer, Heinrich Brandler und August Thalheimer ehrbare Handwerker der politischen Organisation, die auf sie folgenden Ruth Fischer und Arkadij Maslow effektvolle Agitationsredner; Ernst Thälmann muß bei allem Respekt für seine Standhaftigkeit in Hitlers Kerkern nachgesagt werden, daß er nur ein Provinzpolitiker mit demagogischem Talent gewesen ist; die mit ihm zur Führung gelangten Philipp Dengel, Ernst Schneller oder Heinz Neumann können nur als prinzipienlose Werkzeuge Stalins bezeichnet werden. Dieser Abstieg ist nicht nur symptomatisch für die wachsende Moskau-Hörigkeit der KPD, er ist auch eine Folge der Fraktionskämpfe, die teilweise wie eine »negative Führungsauslese« wirkten.

Trotz all dieser Tendenzen behielt die KPD in der Weimarer Republik eine wichtige Funktion. Die Stärke des deutschen Kommunismus lag »in seiner Kritik an dem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen System« und im Widerstand gegen »Möglichkeiten rechtsradikaler Vorstöße«.[123] Die KPD war darüber hinaus eine Partei, die breite Schichten der Arbeiter mobilisierte und gerade auch den ungelernten Arbeitern ein politisches Betätigungsfeld bot. Wie groß die Zahl der Arbeiter war, die politische Funktionen ausfüllten, mag ein Beispiel zeigen. Bei den Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag nominierte die KPD von 1924 bis 1930 insgesamt 2021 Personen als Kandidaten, davon waren 362 hauptamtliche Parteifunktionäre, die allerdings zu fast zwei Dritteln der Arbeiterschaft entstammten. Die übrigen waren zu 75 % Arbeiter (1222, davon 777 gelernte Arbeiter, 428 ungelernte und 17 Landarbeiter), der Rest setzte sich zu fast gleichen Teilen aus Angestellten, Hausfrauen, Handwerken bzw. handwerklichen Arbeitern und sonstigen Berufen zusammen (darunter nur 43 Intellektuelle und 26 Bauern).[124]

---

122 Walter Rist: Der Weg der KPD. »Neue Blätter für den Sozialismus«, Heft 2, Februar 1932, S. 83.

123 Neumann, a. a. O. (Anm. 1), S. 97.

124 Da die Berufsbezeichnungen nicht immer ganz korrekt waren, kann die Auswertung nicht ganz befriedigen.
Immerhin sind die Fakten deutlich genug, sie zeigen, wie stark der Arbeiteranteil überwog.
Von den 362 hauptamtlichen Funktionären waren ihrem ursprünglichen Beruf nach 164 gelernte und 65 ungelernte Arbeiter, 77 Angestellte, 44 Intellektuelle und 13 Sonstige.
Die übrigen 1659 Kandidaten waren: 421 Metallarbeiter (davon 149 Schlosser als häufigster Beruf), 88 Bergarbeiter, 84 Holzarbeiter, 67 Textilarbeiter, 46 Bau-Facharbeiter, 36 Eisenbahner und Verkehrsarbeiter, 35 Facharbeiter des graphischen Gewerbes. Die ungelernten Arbeiter verteilten sich auf alle Berufszweige, z. B. 50 Bauarbeiter. Die anderen Kandidaten waren: 117 Hausfrauen, 95 Handwerker und handwerkliche Arbeiter, 108 Angestellte, 27 Lehrer, 26 Bauern, 25 selbständige Gewerbetreibende, 17 Landarbeiter, 16 Akademiker, 10 Rentner, 7 Künstler, 5 unbekannt.
(Statistik des deutschen Reiches. Bd. 315 I. Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924. Berlin 1925, S. 23 ff. – Dass. Bd. 315 III. Die Wahlen zum Reichstag am 7. Dezember 1924. Berlin 1925, S. 22 ff. – Dass. Bd. 372. Die Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928. Berlin 1930, S. 23 ff. –

Ebenso waren in der KPD auch stets zahlreiche Erwerbslose politisch tätig. Die Aktivität der Partei ging nicht zuletzt auf diesen Personenkreis zurück, der genügend Zeit hatte, Parteiarbeit zu leisten. Als Teil der Arbeiterbewegung zog die KPD außerdem viele Kräfte an, die gegen die Restauration kämpfen wollten.
Es ist nicht zu übersehen, daß in der KPD verschiedene Tendenzen wirksam waren, die nicht nur unter die Rubriken rechts oder links einzuordnen sind. Es gab auf der einen Seite einen demokratisch-humanistischen Flügel, der aus der Kriegsgegnerschaft, aus Protest gegen die Klassensituation und Unterdrückung, zur Partei gestoßen war; während über viele Zwischenstufen am andern Extrem eine diktatorisch-bürokratische Gruppe bestand. Der Gegensatz zwischen »totalitärem« und »demokratischem« Kommunismus, der sich in jüngster Zeit deutlich manifestiert,[125] war bereits im deutschen Kommunismus der Weimarer Republik relevant. Ein Blick auf die verschiedenen Gruppen und Fraktionen der KPD in den zwanziger Jahren (Linke, Ultralinke, Rechte, Versöhnler, Apparat, vgl. oben, S. 16 ff.) läßt erkennen, daß in allen Gruppen unterschiedliche Auffassungen über »den Kommunismus« bestanden, auch wenn bestimmte Tendenzen in den einzelnen Fraktionen dominierten.
Linke und Ultralinke vertraten häufig eine radikal-utopische Politik, sie erwiesen sich in den Tageskämpfen als wenig flexibel und neigten daher eher zur Isolierung von den Massen, was nicht selten zur Überheblichkeit gegenüber den Massen und zum »Elitebewußtsein« führte; insofern standen sie einem »diktatorischen Kommunismus« näher als einem »demokratischen Kommunismus«. Auch innerhalb der Partei traten Linke und Ultralinke meist nur dann für die Demokratie ein, wenn sie sich selbst in der Minderheit befanden und in Opposition gedrängt waren. Dieser Prädisposition für einen »diktatorisch-bürokratischen Kommunismus« widersprach jedoch bei den Linken – und vor allem bei den Ultralinken – eine oft bis ins anarchische reichende revolutionäre Haltung, die Ähnlichkeiten mit dem heutigen »revolutionären Kommunismus« (China, Asien, Südamerika, ultralinke Gruppen in Europa) aufweist.
Bei den Rechten und teilweise den Versöhnlern, die am meisten in der Tradition der marxistischen westeuropäischen Arbeiterbewegung verwurzelt waren, ist der Zug zum »demokratischen Kommunismus« am deutlichsten sichtbar. Andererseits tendierten aber auch Teile dieser »arbeiteraristokratischen« Gruppe zur bürokratisch-diktatorischen Form des Kommunismus, vor allem durch die starke Bindung an die Sowjetunion, durch Verwurzelung im Apparat oder die Versuche, sich möglichst schroff von der Sozialdemokratie abzugrenzen. Für den bürokratisch-diktatorischen Kommunismus am meisten prädestiniert waren Apparat- und Fachleute, aber auch die Teile der Versöhnler und Linken, die in treuer Anhänglichkeit zur

---

Dass. Bd. 382 I. Die Wahlen zum Reichstag am 14. September 1930 (5. Wahlperiode). Berlin 1932, S. 26 ff. – Preußische Statistik. Bd. 278. Die Wahlen zum preußischen Landtag vom 7. Dezember 1924. Berlin 1925, S. 15 ff. – Dass. Bd. 293. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928, Berlin 1929, S. 19 ff.)

125 Vgl. dazu: Günter Bartsch, Totalitärer, marxistischer oder demokratischer Sozialismus? Bonn 1966, S. 102 f.

Sowjetunion alle Wandlungen des Sowjetstaates bejahten und die in einer hierarchisch-disziplinierten Partei die einzige Möglichkeit zur Machtergreifung erblickten. Die Zerschlagung und Ausschaltung der übrigen Strömungen in der KPD bedeutete also – vereinfacht ausgedrückt – die Ausschaltung des demokratischen und des revolutionären Kommunismus zugunsten des bürokratisch-diktatorischen Kommunismus.

In gewissem Sinne waren in der KPD in nuce die verschiedenen heutigen Richtungen vorhanden: der bürokratisch-diktatorischen Form, wie sie in der Sowjetunion und den meisten anderen sozialistischen Staaten dominiert, entsprachen Apparat- und Fachleute, große Teile der Versöhnler und der Linken, die alle den Weg zur stalinistischen Partei mitmachten. Der revolutionäre Kommunismus von heute (Maoismus, Castrismus usw.) hat sein Pendant in einigen Kreisen der Ultralinken, der demokratische Kommunismus wie etwa in der ČSSR oder der westeuropäische Reformkommunismus der KP Italiens hat in gewissem Sinne Vorläufer auf dem rechten Flügel der KPD.

Im frühen Kommunismus waren offenbar mehrere Möglichkeiten angelegt, die Stalinisierung war insofern nicht unvermeidlich, auch wenn die Umstände gerade in Deutschland darauf hinausliefen. Die Notwendigkeit des Apparats brauchte nicht zwangsläufig die völlige Herrschaft des Apparats bedeuten, wie das Beispiel der SPD mit ihrem weitaus umfangreicheren Apparat zeigte.[126] Die völlige Abhängigkeit von der Sowjetunion Stalins war letztlich nur möglich, weil alle Oppositionsgruppen versagten. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen waren anfänglich fast immer nur taktischer Natur gewesen, dadurch konnte die Kominternführung und der Apparat die antistalinistischen Kräfte spalten, gegeneinander ausspielen und aus der Partei verdrängen. Die Diskussion ging zunächst nicht um das Hauptproblem, die Erhaltung eines Minimums innerparteilicher Demokratie, und die Verhinderung der völligen Abhängigkeit von Moskau, vielmehr stand der Kampf der linken gegen die rechten Kommunisten bei allen Streitfragen im Vordergrund. Wegen der taktisch-ideologischen Meinungsverschiedenheiten wurden die Veränderungen in der Sowjetunion ebenso übersehen oder zu spät erkannt wie die wachsende Macht des eigenen Apparats, der aus den ideologischen Auseinandersetzungen Nutzen zog.

Die KPD, die entstanden war, weil ihr die »nach allen Regeln der Kunst ausgebildeten bürokratischen Organisationsformen« der SPD zu einem »unerträglichen Hemmnis« geworden waren, hatte 1919 den SPD-Apparat verketzert:

»Als verknöcherte, feigbrutale Aktenmenschen halten diese Leute ihre Tätigkeit, sich selbst, die von ihnen geheizte Parteimaschinerie für unentbehrlich. Unentbehrlich ist sie aber nur noch für ihre eigene Existenz. Diese echten Bürokraten hassen gleich ihren, ihnen seelenverwandten bürgerlichen Kollegen jede Berührung mit dem wirklichen Leben, dem lebendigen Kampf der Geister. Geistlos und dumm, nur auf

---

126 Die KPD behauptete, der Apparat der SPD habe 1927 insgesamt 50 000 Personen umfaßt (also fast die Hälfte der gesamten KPD-Mitgliedschaft!), doch dabei waren alle Angestellten der Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, politische Beamte, Parlamentarier usw. aufgeführt. (W. Kaasch, Die soziale Struktur der KPD. »Die Kommunistische Internationale«. Jg. 1928, S. 1054.)

die Routine der ständig sich wiederholenden Büroarbeit eingestellt, dulden sie niemanden in ihrer Mitte, der geringste Mittelmäßigkeit auch nur um weniges überschreiten könnte ...«[127]

Eine ähnlich kritisch-revolutionäre, aber auch einseitige und utopische Auffassung von der Rolle des Apparats war zehn Jahre später in den Argumenten der kommunistischen Opposition gegen den nunmehr genauso immobilen und sterilen KPD-Apparat zu finden. Doch inzwischen war es unmöglich geworden, mit kleinen Gruppen eine neue Partei aus dem Boden zu stampfen. In der Weimarer Republik fand sich neben KPD und SPD kein Platz für eine dritte Arbeiterpartei. Im Bild der Öffentlichkeit und im Selbstverständnis der jeweiligen Partei war die SPD noch immer die reformistische und die KPD die revolutionäre marxistische Partei. Die Versuche oppositioneller Gruppen beider Parteien, dieses überholte Bild zurechtzurücken und selbst machtvolle Organisationen zu schaffen, schlugen fehl. Das ist nicht nur auf die politische Unfähigkeit dieser Splittergruppen zurückzuführen. In den zwanziger Jahren waren KPD und SPD bürokratische Großorganisationen, denen gegenüber die kleinen Splittergruppen keine Chancen hatten. Nach der Verfestigung der Partei-Institutionen war für die Opposition weder von innen noch von außen ein »Wettbewerb« möglich. Als die beiden großen Parteien in den dreißiger Jahren dogmatisch an Schablonen und an ihrer verfehlten Politik festhielten und daher zu keiner gemeinsamen Aktion gelangen konnten, blieben auch die einsichtigeren Vorstellungen der Splittergruppen wirkungslos, sie waren den Großorganisationen hoffnungslos unterlegen. Es kam zu keinem »Lernprozeß« der Parteien, bis beide 1933 zerschlagen wurden; die innere und äußere Opposition von KPD und SPD erlitten insofern eine doppelte Niederlage.

Die KPD als große Partei der äußersten Linken in der Weimarer Republik blieb selbst in ihrer ultralinken Periode noch im gewissen Sinne ein Spiegelbild der deutschen Verhältnisse, der Republik ohne Republikaner. Die KPD wollte zwar diese Verhältnisse ändern, sie wurde aber selbst so stark von der deutschen Tradition geprägt, daß sie eine drastischere Stalinisierung praktizierte als viele andere kommunistische Parteien, einen »preußischen Stalinismus« ins Leben rief, dessen Auswirkungen bis heute zu spüren sind.

Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die KPD damals im wesentlichen eine Partei des Fortschritts war, die gegen überholte Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft opponierte. Wichtigste Kraftquelle der Partei blieb die ideologische Überzeugung der Mitglieder und Funktionäre, die auf einem – wie auch immer vereinfachten und dogmatisierten – marxistischen Weltbild beruhte. Der kämpferische Einsatz für eine »bessere Welt« war Antriebskraft der Partei, nicht zuletzt auch nach 1933, als die KPD die größten Blutopfer im Kampf gegen das Hitlerregime brachte. Die Existenz einer solchen Partei zwang die übrigen Parteien und die Gesellschaft, die Arbeiterinteressen zu berücksichtigen, Reformen zu konzipieren; und sei es auch nur, um der KPD den Wind aus den Segeln zu nehmen. Als allerdings die Krise

127 »Kampfblätter der KPD«, Nr. 3, Mai 1919; zitiert in: Die KPD im eigenen Spiegel. Hrsg. KAPD. Berlin 1926, S. 9.

1929 bis 1932 den politischen und gesellschaftlichen Spielraum radikal einschränkte, trieb die Furcht vor dem Kommunismus breite Kreise in die Arme der Rechtsradikalen, wobei die dogmatisch operierende KPD noch indirekt und ungewollt ihre Gegner stärkte. Trotz imponierender Wähler- und Mitgliederzahlen wuchs die Ohnmacht der KPD, die sich um so stärker an ihre letzte Hoffnung, die Sowjetunion, klammerte. Daraus entstand in der KPD eine noch größere Rußlandgläubigkeit, was wiederum hieß: mehr Macht für den stalinistischen Flügel der deutschen Partei.

Neben den praktisch-politischen sind selbstverständlich auch die ideologischen Faktoren nicht zu unterschätzen, die die Stalinisierung weiter begünstigten. Der Glaube, die erstrebte Revolution sei nur mit ›militärischer Disziplin‹ zu erreichen, spielte hier ebenso eine Rolle, wie die in der KPD verbreitete Vorstellung, man müsse sich durch innerparteiliche ›Diktatur‹ von der ›demokratischen SPD‹ unterscheiden. Vor allem aber war die besondere, ›führende Rolle‹, die man den ›Proletariern‹ zuschrieb, bedeutungsvoll. Schon 1924 versuchte die Führung, den hauptamtlichen Apparat vornehmlich mit Arbeitern zu besetzen. Die geringen bürotechnischen und oft auch organisatorischen Kenntnisse sowie der oft begrenzte gesellschaftlich-politische Einblick eines Teils dieser direkt von der Werkbank kommenden Arbeiter ließ sie zum Spielball in der Hand erfahrener Apparatleute werden. Da viele dieser Arbeiter ihre hauptamtliche Funktion als sozialen Aufstieg empfanden und nach einiger Zeit auch materiell völlig vom Apparat abhingen (sie konnten z. T. nicht mehr in ihre früheren Berufe zurück, die durch Rationalisierung ihr Gesicht änderten) waren sie auf Gedeih und Verderb mit dem Apparat verbunden und zu ›hörigen‹ Anhängern der Führung geworden. Eine zynische Bemerkung Ruth Fischers aus dem Jahre 1926 über die Haltung solcher Funktionäre hat einen richtigen Kern. Danach soll ein Funktionär auf die Frage nach den Gründen seines Abschwörens von der Opposition, geantwortet haben, es gebe fünf Gründe: eine Frau und vier Kinder.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß sich die innerparteiliche Demokratie in der KPD ohnehin in einer strukturellen Krise befand. Nach dem Statut waren die Parteitage das höchste Organ der Partei, sie hatten die Politik zu bestimmen und die Führung zu wählen. Waren jedoch auf solchem Parteitag viele Parteiangestellte vertreten, so konnte die Parteiführung mit Hilfe dieser von ihr Abhängigen ihren Willen ungehindert durchsetzen. Waren umgekehrt fast nur Betriebsarbeiter auf dem Parteitag, so fehlte diesen oft die konkrete Kenntnis bestimmter Probleme. Mit Demagogie hatten Führung und Apparat dann ebenfalls ein leichtes Spiel, ihre Absichten zu verwirklichen. Eine immer stärker werdende notwendige Spezialisierung im Apparat selbst trug ebenfalls zur Stalinisierung bei. Viele hauptamtliche Funktionäre entwickelten sich auf ihrem Fachgebiet zu ›Spezialisten‹ (Redakteure, Ideologen, Propagandisten, Sachbearbeiter von Problemen der Landwirtschaft, der Betriebszellen usw.), und die direkte Politik wurde von immer weniger Personen dirigiert.

Der Charakter der KPD veränderte sich durch die Stalinisierung. Aus der von Rosa Luxemburg gegründeten radikal marxistisch-sozialistischen Partei wurde die stali-

nistische Apparatpartei, die sich nach den Interessen Moskaus richtete. Doch auch nach 1929 war das erstrebte Ziel einer ›monolithischen Partei‹ keineswegs konsequent verwirklicht. Die Tradition der innerparteilichen Demokratie führte zu neuen Auseinandersetzungen und mehrfach entstanden ›Fraktionen‹. In der KPD befanden sich zehntausend Arbeiter, die noch ganz im Sinne der frühen KPD radikal-sozialistische Ideen vertraten, selbst als die Partei längst eine andere Funktion erfüllte. Der Gegensatz zwischen den Vorstellungen dieser Kommunisten und der Rolle der Apparatpartei brach immer wieder auf. Es war nicht zu übersehen, daß auch in der ›Partei neuen Typus‹ ein Widerspruch existierte, der letztlich auf den Gegensatz zwischen Theorie und Wirklichkeit, zwischen ›Geist und Macht‹ zurückzuführen ist.
In den Augen der Massen erschien die KPD in all den Jahren als die revolutionäre Partei, die sie am Anfang tatsächlich war.
Eine revolutionäre Partei ist eine Bewegung, die »für das Morgen existiert«.[128] Auch das vergrößerte die Anhängerzahl des Kommunismus in Zeiten, in denen das Heute für viele eine einzige Misere war. Opponierende Jugendliche und kämpferische Geister, die nicht resignieren wollten, glaubten, in der KPD ihre politische Heimstätte zu finden. Selbstbewußte Arbeiter, die nicht nur eine materielle Besserstellung, sondern mehr noch gesellschaftliche Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Menschenwürde forderten, wurden durch das klassenkämpferische Auftreten und die programmatischen Ziele der Partei angezogen. Die KPD war in der Weimarer Republik außerdem *die* Partei der Arbeitslosen. Daß die KPD – zumindest in gewissen Zeiten – auch nicht wenig lumpenproletarische Elemente in ihren Bann zog, ist ebenfalls nicht zu übersehen.
Die KPD war in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung verwurzelt, wenngleich sie sich ihr durch die Bolschewisierung mehr und mehr entfremdete. Natürlich wurde die Partei von der Sowjetunion unterstützt – ideell und auch materiell –, aber ihre Stärke beruhte vor allem auf der Tatsache, daß sie Einfluß auf mehr oder weniger große Teile der deutschen Arbeiterschaft ausüben konnte, daß sie ein Teil der deutschen Arbeiterbewegung war. Die Stalinisierung der KPD war daher ein politisches Verhängnis für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung.

128 Neumann, a. a. O. (Anm. 1), S. 89.

Exkurs: Die SED-Geschichtsschreibung und die Veränderung der innerparteilichen Struktur der KPD 1924—1929

In den letzten Jahren erschienen in der DDR zahlreiche Veröffentlichungen über die Geschichte des deutschen Kommunismus. Die Traditionspflege ist politischen Gesichtspunkten untergeordnet, denn in ihrem Selbstverständnis ist die SED die konsequente Fortführung der deutschen Arbeiterbewegung und insbesondere der KPD. Die SED verlangt, »daß sich die Geschichtswissenschaft in der gesamten Arbeit jederzeit von den politischen Erfordernissen des gegenwärtigen Kampfes leiten läßt und daher von den Beschlüssen der Partei ausgehen muß«.[1]

Obwohl die Geschichtswissenschaft noch immer weitgehend der Untermauerung politischer Anliegen dient, ist ein gewisser Wandel zu einer sachlicheren und teilweise auch objektiveren Betrachtungsweise festzustellen. In der Stalin-Ära hatte sich die SED nur wenig um die Traditionspflege gekümmert und im wesentlichen die Geschichte der KPdSU in den Mittelpunkt ihrer historischen Betrachtung und Schulung gestellt. Erst 1952 griff die SED das Thema »Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung« auf und gab in einem Lehrbuch die Einschätzung der KPD. Dabei wurde vor allem die Rolle und Bedeutung Stalins für die Entwicklung der KPD zur »Partei neuen Typus« hervorgehoben. Die Periode der Stalinisierung der KPD erschien in dieser Sicht eine notwendige und begrüßenswerte Reinigung der Partei von »Agenten« und Parteifeinden, und damit die Voraussetzung zu einer »Partei neuen Typus«.[2]

Auch eine 1954 publizierte erste Sammlung von Dokumenten und Materialien zur Geschichte der KPD[3] war noch ganz im Stil der stalinistischen Geschichtsbetrach-

---

1 Kurt Hager auf der 16. Tagung des ZK der SED. »Einheit«, Berlin (Ost), Sonderheft 1962, S. 100.

2 »Auf dem illegalen IX. Parteitag in Frankfurt (Main) im April 1924 wurden die Opportunisten Brandler und Thalheimer, die vor der Reaktion jämmerlich zurückgewichen waren und einen prinzipienlosen Koalitionsschacher mit der Sozialdemokratie betrieben hatten, aus der Führung der KPD entfernt. In das ZK und das Politbüro der Partei wurde auf diesem Parteitag jedoch nicht nur ein solch aufrechter und konsequenter Kämpfer wie Ernst Thälmann gewählt, sondern auch eine Clique ›ultralinker‹ kleinbürgerlicher Intellektueller: Ruth Fischer, Maslow, Korsch, Urbahns, Scholem u. a., der es gelang, die Führung im ZK und in der Partei zunächst an sich zu reißen ... Genosse Stalin half der KPD, diese Clique zu entlarven, sie aus der Führung zu entfernen und ein marxistisch-leninistisches ZK mit Ernst Thälmann an der Spitze zu bilden.« (Die Entwicklung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Sturz des Faschismus. Lehrbuch für politische Grundschulen. Berlin [Ost] 1952, S. 310 u. 315.)

3 Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Eine Auswahl von Materialien und Dokumenten aus den Jahren 1914–1946. Hrsg. Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED. 2. durchgesehene Aufl. Berlin (Ost) 1955.

tung abgefaßt, es fehlten wichtige Dokumente, nämlich solche, die nicht in die Parteilinie paßten (darunter die Geburtsurkunde der KPD, das von Rosa Luxemburg verfaßte Spartakusprogramm). Andere Dokumente wurden durch Kürzungen entstellt, ja sogar durch Ätzungen in Faksimiles plump gefälscht. Die Merkmale der stalinistischen Historiographie, die auch in den folgenden Jahren die SED-Geschichtsschreibung bestimmten, waren hier deutlich abzulesen:

1) Die SED-Geschichtsschreibung war »parteilich«. Diese Parteilichkeit sollte die Vergangenheit der KPD-SED durch einseitige Auswahl und voreingenommene Bewertung der Fakten glorifizieren.

2) Die Historiker verschwiegen nicht nur der Partei unbequeme und sie kompromittierende Materialien, sie fälschten auch Dokumente, wichtige Passagen wurden unterschlagen, Faksimiles durch Ätzungen verändert, Bilder retuschiert usw.

3) Besonders auffallend war die Eliminierung von Namen. Die SED erklärte z. B. alle KPD-Führer, die mit der Partei in Konflikt geraten waren, zu »Parteifeinden« und »Agenten«, sie wurden »Unperson«, ihre wirkliche Rolle aus der Geschichte getilgt.

Vor allem die Darstellung der innerparteilichen Entwicklung entsprach nicht der historischen Realität, sondern den Wunschvorstellungen der SED. Dabei wurden die innerparteilichen Probleme ohnehin jahrelang nur am Rande behandelt; die Periode der Stalinisierung 1924–1929 blieb fast unbearbeitet. Bis Anfang der sechziger Jahre erschienen über diesen Zeitraum nur zwei Monographien. Eine Untersuchung von Zelt über die Solidaritätskampagne für Sacco und Vanzetti in Deutschland berührte die innerparteilichen Fragen der KPD überhaupt nicht. Eine Arbeit von Laboor berücksichtigte zwar die innere Situation der KPD, ging aber kaum über die stalinistische Version von 1952 hinaus.[4]

Erst als die SED dazu überging, eine Gesamtdarstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu schreiben, behandelte sie auch Einzelheiten der Stalinisierungsperiode der KPD. Im Juli 1962 billigte das ZK der SED den Entwurf eines »Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, nach einer Diskussion beschloß das ZK im April 1963 die endgültige Fassung dieses »Grundrisses«.[5] Das Geschichtswerk war eine im Geiste Stalins angelegte Arbeit, deren zahlreiche Fälschungen, Legenden und Halbwahrheiten mehrfach enthüllt wurden.[6] Kapitel VIII des »Grundrisses« beschrieb die Zeit von 1924 bis 1929. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der KPD wurden vergröbert und umgedeutet. Über die Parteiführungen der KPD in der Weimarer Republik wurden falsche Vorstellungen verbreitet, der Parteitag von 1924 z. B. wurde wie folgt kommentiert:

---

4 Johannes Zelt: Proletarischer Internationalismus im Kampf um Sacco und Vanzetti. Berlin (Ost) 1958 – Ernst Laboor: Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Militarismus und Kriegsgefahr 1927 bis 1929. Berlin (Ost) 1961.

5 »Einheit«. Berlin (Ost). Sonderheft August 1962 und Sonderheft September 1962. Vgl. auch: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin (Ost) 4. Aufl. 1963.

6 Vgl. dazu: E. Schraepler/H. Skrzypczak/S. Bahne/G. Kotowski: Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Kritik einer Legende. Sonderdruck aus dem Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands. Berlin (West) 1964 – Hermann Weber: Ulbricht fälscht Geschichte. Ein Kommentar mit Dokumenten zum SED-»Grundriß der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«. Köln 1964.

»Die parteifeindliche Gruppe Brandler-Thalheimer wurde aus der Parteiführung entfernt. Zugleich mit den Vertretern einer leninistischen Politik kam unter Ausnutzung der berechtigten Empörung der Parteimitglieder über den Verrat der Brandler und Thalheimer eine ultralinke Gruppe in die Führung der Partei. Diese parteifeindliche Fischer-Maslow-Clique untergrub die innerparteiliche Demokratie...«[7] Zum darauffolgenden Parteitag erklärte der »Grundriß«: »Auf dem X. Parteitag im Juli 1925 entwickelte Ernst Thälmann in der Auseinandersetzung mit den Ultralinken die Aufgabe der Massenarbeit der Partei.«

Durch diese Manipulationen im »Grundriß« sollte verschleiert werden, daß bis September 1925 die Parteiführung (im stalinistischen Sprachgebrauch also »die Partei«) Ruth Fischer, Maslow, Thälmann usw. eine ultralinke Politik betrieb. Eine fehlerhafte Politik Thälmanns darf es nach der SED-Version ebensowenig gegeben haben, wie die fraktionelle Zusammenarbeit Thälmanns mit den »Parteifeinden« Fischer und Maslow.

Im »Grundriß« behauptete die SED, 1925 sei ein »leninistisches ZK« gebildet worden. Das ist ein Ausspruch Stalins.[8] Da Stalin aber nicht mehr zeitgemäß erschien, wurde der Autor unterschlagen. Ebenso verschwiegen die SED-Historiker, wer diesem »leninistischen ZK« angehörte: nicht nur Eberlein und Remmele (beide wurden in den Stalinschen Säuberungen liquidiert), sondern auch die Abweichler und »Parteifeinde« Ewert, Urbahns, Schlecht, Schwan u. a. Diese Namen suchte man im »Grundriß« ebenso vergebens wie die von Dutzenden anderer Parteiführer, die als »Feinde« zu gelten hatten. Wichtige Episoden der Parteigeschichte, etwa die Wittorf-Affäre, wurden nicht erwähnt. Die innerparteilichen Folgen der Stalinisierung, der große »Kaderverschleiß« der KPD, der häufige Wechsel der Führungen wurde von den SED-Historikern vertuscht.

Nach dem Erscheinen des »Grundriß« beschäftigten sich die SED-Historiker in verstärktem Maße mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, vorrangig mit der Geschichte des deutschen Kommunismus. Auch eine Reihe von Dissertationen behandelte diese Thematik, darunter befanden sich materialreiche Darstellungen, die auf Teilgebieten neue Einsichten ermöglichten. Die meisten Arbeiten gingen jedoch auf die Periode von 1924 bis 1929 nicht ein.[9] Die wenigen Untersuchungen wiederum, die sich mit diesem Zeitraum beschäftigten, beschrieben die innerparteilichen Probleme der KPD überhaupt nicht oder behandelten sie nur am Rande.[10]

---

7 »Einheit«, a. a. O. (Anm. 5), S. 119.

8 J. W. Stalin: Werke. Bd. 8. Berlin (Ost) 1953, S. 98.

9 U. a. erschienen in den letzten Jahren: M. Weißbecker: Die KPD im Kampf gegen die faschistische Diktatur in Thüringen 1935. Phil. Diss. Jena 1962 – W. Fritsch: Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen. Phil. Diss. Jena 1964 – H. I. Krusch: Um die Einheitsfront und eine Arbeiterregierung 1923. Phil. Diss. Berlin 1964 (veröffentlicht: Berlin [Ost] 1966) – H. Meiritz: Die Herausbildung einer revolutionären Massenpartei im ehemaligen Land Mecklenburg-Schwerin (1917–1920). Phil. Diss. Rostock 1965 – H. D. Haschke: Der Kampf der KPD gegen Chauvinismus und Revanchismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik (Herbst 1930 – Januar 1933). Phil. Diss. Halle-Wittenberg 1965 – E. Diehl: Zur Politik der KPD im Jahre 1923. Phil. Diss. Berlin 1967.

10 Gerhild Schwendler: Die Politik der KPD gegenüber den werktätigen Bauern während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus – dargestellt an Ereignissen im Erzgebirge. 3 Bde.

So wurden in einem beachtlichen Werk von Dagmar Schwab über den Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter[11] die Auseinandersetzungen um Gewerkschaftsfragen zwischen linken und rechten Kommunisten nur gestreift. Einzelheiten über die innere Entwicklung der KPD veröffentlichte erstmals Norbert Madloch 1964 in einer Disseration über den Kampf der KPD gegen den Locarno-Pakt.[12] Madloch hatte als erster Sitzungsprotokolle der KPD-Führungsgremien ausgewertet, und er brachte interessante Details. Er bewies, daß – entgegen früheren Behauptungen der SED – auf der I. Parteikonferenz 1925 kein neues ZK gewählt wurde.[13] Madloch veröffentlichte auch unbekannte Einzelheiten über die Auseinandersetzungen in der KPD-Führung im Jahre 1925. Insgesamt aber war seine Arbeit, soweit innerparteiliche Probleme der KPD Berücksichtigung fanden, von der SED-»Parteilichkeit« geprägt.[14]

Die gleiche Tendenz zeigen Dissertationen, in deren Mittelpunkt die KPD in der Periode 1924 bis 1929 steht. Es handelt sich dabei ausschließlich um philosophische Untersuchungen,[15] die innerparteiliche Problematik wird nur unter philosophischem Aspekt gesehen. Am meisten wird die interne Parteipolitik noch in einer Arbeit von Ingeborg Hildebrandt[16] berücksichtigt. Sie setzt sich weitgehend mit der philosophischen Haltung Karl Korschs auseinander, und sie versucht, der Politik Thälmanns nachträglich eine philosophische Untermauerung zu geben. Auch Hildebrandt definiert die Linken von 1924 als Ultralinke, sie ist dabei allerdings konsequent:

»Den Ultralinken gelang es durch ihren angeblichen Kampf gegen den Opportunismus, die berechtigte Empörung und die revolutionäre Ungeduld in der Partei für die Verbreitung ihrer Ideologie und Politik auszunutzen ... Es gelang ihnen,

Phil. Diss. Leipzig 1964 – Irma Winter: Beitrag zur Geschichte der Gesundheitspolitik der KPD in der Weimarer Republik. Phil. Diss. Berlin 1965.

11 Dagmar Schwab: Die Geschichte des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter. Phil. Diss. Leipzig 1964.

12 Norbert Madloch: Der Kampf der KPD 1925/26 gegen den Pakt von Locarno und für eine friedliche und demokratische Außenpolitik in Deutschland, Phil. Diss. Berlin 1964.

13 a. a. O., Bd. 2, S. 259.

14 Typisch ist schon die Vorbemerkung, in der Madloch den damals noch in Amt und Würden befindlichen Chruschtschow bemüht, dessen Reden für seine Arbeit »richtunggebende Hinweise« waren. Die »Basis der Einschätzung« für Madloch waren »die Reden und Artikel Ernst Thälmanns, Wilhelm Piecks, Clara Zetkins, Ernst Schnellers, Walter Stoeckers, Theodor Neubauers und anderer führender Funktionäre der KPD in der Weimarer Republik«. Einschätzungen entnahm er natürlich vor allem »mannigfaltigen Ausführungen« Walter Ulbrichts (S. IV). Ruth Fischer und Maslow sind für ihn Ultralinke. Thälmann dagegen ein Linker. Ein Beispiel für die Diktion Madlochs: »Erfüllt von Haß gegenüber der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Sowjetunion versuchten Ruth Fischer, Maslow, Rosenberg, Katz und andere Ultralinke im Frühjahr 1925 (sic! H. W.), ihre antikommunistische Politik (sic!) verstärkt zu propagieren ...« (S. 29.)

15 H. Titzmann: Der Kampf des Thälmannschen Zentralkomitees um die Anwendung der materialistischen Dialektik bei der Analyse der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland – notwendiges Element zur Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Theorie in der KPD. Phil. Diss. Berlin 1965 – D. Uhlig: Marxistisch-leninistische Philosophie und relative Stabilisierung. Phil. Diss. Leipzig 1965.

16 Ingeborg Hildebrandt: Der Kampf der KPD gegen den Revisionismus der Ultralinken zu Beginn der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland – eine schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Philosophie. Phil. Diss. Berlin 1966.

beachtliche Teile der Mitgliedschaft zu beeinflussen, und gestützt auf die größten Arbeiterbezirke, Berlin-Brandenburg, Wasserkante, Rheinland-Pfalz, an die Spitze der Partei zu kommen und maßgeblich die politische Linie der Partei in den Jahren 1924/25 zu prägen.«[17]

Damit wird erstmals in einer SED-Veröffentlichung bestätigt, daß auch Führer wie Thälmann (Wasserkante) oder Dengel (Rheinland) gemeinsam mit Fischer und Maslow zur »ultralinken Führung« gehörten und 1924 die ultralinken Fehler von allen gemeinsam gemacht wurden. Die Autorin versucht das später zwar abzuschwächen, sie erwähnt namentlich nur Ruth Fischer, Maslow, Korsch, Katz, Rosenberg und Scholem und nicht auch Thälmann oder Dengel, aber ihr Eingeständnis ist doch bemerkenswert.

Einige SED-Historiker bemühten sich auch in Zeitschriften-Aufsätzen, differenziertere Ergebnisse als der »Grundriß« zu vermitteln. Ein Artikel von W. Ersil und E. Laboor über die Parteidiskussion im September-Oktober 1925[18] gab einen informativen Überblick über die innerparteiliche Situation, auch wenn die Bewertung in den bekannten Bahnen blieb und unbequeme Fakten manipuliert wurden. Immerhin unterschieden die Verfasser zwischen »extremen Ultralinken« also den Ultralinken Scholem, Katz, Rosenberg und den »Ultralinken« Ruth Fischer und Maslow.[19]

Das 1966 erschienene Standardwerk der SED-Geschichtsschreibung, die achtbändige »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«,[20] enthält in Band 4 die offizielle Version der SED zur Stalinisierung der KPD. Auch dieses umfangreiche Werk ist nach den Prinzipien der Parteilichkeit erarbeitet, die SED-Historiker verzichten jedoch auf plumpe Fälschungen und im allgemeinen auch auf die Eliminierung von Namen. Diese stalinistischen Methoden gehören wohl endgültig der Vergangenheit an. Parteiführer, deren Namen noch vor wenigen Jahren aus den Dokumenten herausgeätzt und deren Fotos wegretuschiert wurden, sind jetzt im Konterfei vorgestellt (Heinrich Brandler, Ernst Meyer, August Thalheimer, Paul Frölich, Hugo Eberlein, Hermann Remmele, Jakob Walcher u. a.). Das Ende der direkten Fälschungen, der Respekt vor Fakten bedeuten eine Wende der SED-Geschichtsschreibung, die gesehen und anerkannt werden muß. Diese bemerkenswerte Abkehr vom Stalinismus bedeutet aber keineswegs, daß die Rolle aller Parteiführer objektiv dargestellt wird, auch werden kaum Dokumente wiedergegeben, die der Glorifizierung der Partei abträglich sein könnten. Nach wie vor werden historische Gegebenheiten durch eine ideologische Brille und damit verzerrt gesehen, noch immer dient die Geschichtswissenschaft weitgehend der Untermauerung politischer Anliegen, sie soll vorgefaßte politische Meinungen bestätigen.

---

17 a. a. O., S. 19 u. 22.

18 Wilhelm Ersil/Ernst Laboor: Die Parteidiskussion im September-Oktober 1925 und ihre Bedeutung für die marxistisch-leninistische Entwicklung der KPD. »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, Berlin (Ost), 8. Jg. 1966, Heft 4, S. 595 ff. Ein dort angekündigter weiterer Artikel (a. a. O., S. 617) ist bisher nicht erschienen.

19 a. a. O., S. 597.

20 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 1–8. Dietz Verlag, Berlin (Ost) 1966.

Am deutlichsten tritt das noch immer bei der Beschreibung der innerparteilichen Situation hervor und besonders bei der Darstellung der Stalinisierung der KPD. Die erste Phase, der Kampf gegen die Linken und Ultralinken 1925/26 wird ausführlicher behandelt als die zweite Phase, die Auseinandersetzung mit den Rechten und Versöhnlern. Die ultralinken Abweichler sind den SED-Historikern offensichtlich überhaupt ein rotes Tuch. Führer der »rechten« Kommunisten werden mit Foto vorgestellt, entsprechende Bilder von Ruth Fischer, Maslow oder Scholem sucht der Leser vergebens. In ihrem »Kampf gegen die Linksabweichler« gingen die Parteihistoriker jedenfalls so weit, selbst im neuen Geschichtswerk Namen zu eliminieren. Nur 21 der 62 Reichstagsabgeordneten von 1924 werden aufgezählt, die wichtigsten Parlamentarier und Redner der KPD (Ruth Fischer, Rosenberg, Katz, Scholem) aber nicht genannt.[21]

Personelle Probleme manipulieren die SED-Historiker nach wie vor besonders drastisch. Parteiführer, die in der offiziellen SED-Ahnengalerie einen Ehrenplatz einnehmen, werden für das Jahr 1924 kurzerhand als »revolutionäre Kräfte in der Partei« zusammengefaßt; obwohl sie entweder zu den »Rechten« (Clara Zetkin), zur Mittelgruppe (Fritz Heckert, Wilhelm Koenen, Walter Stoecker und Walter Ulbricht) oder den »Linken« (Wilhelm Florin, Ernst Thälmann) zählten.[22] Das Ziel ist eindeutig. Alle Führer der KPD, die die SED noch heute »anerkennt«, haben angeblich immer auf der »richtigen Seite« gestanden und die Parteilinie vertreten, dagegen müssen alle, die heute als »Parteifeinde« zu gelten haben, immer »Abweichler« gewesen sein. In einem so einseitig präformierten und dogmatisch entstellten Geschichtsbild muß die Historie zur rückprojizierten Gegenwart werden, oder genauer gesagt, zu einer Gegenwart, wie sie nach den Vorstellungen der SED-Führung sein sollte.

In der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« sind keine korrekten Angaben über die Besetzung des Polbüros bzw. Politbüros, der obersten Führungsspitze der KPD gemacht worden. Während inzwischen Listen der ZK-Mitglieder veröffentlicht sind,[23] fehlen sie für das Politbüro, dem zwischen 1920 und 1933 44 Parteiführer (38 Mitglieder und 6 Kandidaten) angehörten. Ein Grund dafür dürfte sein, nicht zugeben zu müssen, daß unter Stalin mehr Angehörige dieses Führungsgremiums ermordet wurden als unter Hitler: In der Sowjetunion kamen fünf Mitglieder (Eberlein, Flieg, Remmele, Schubert und Schulte) und zwei Kandidaten (Neumann und Süßkind) ums Leben, in Deutschland fünf Mitglieder (Blenkle, Thälmann, Schehr, Schneller und Scholem – letzterer war allerdings bereits 1926 aus der KPD

21 Von den 62 Abgeordneten gelten heute 32 als »Parteifeinde«, sie wurden in den zwanziger Jahren ausgeschlossen, kamen in den Stalinschen Säuberungen um usw. Es handelt sich um: Backenecker, Bartels, Creutzburg, Ebner, Eppstein, Frölich, Ruth Fischer, Grylewicz, Hamann, Heydemann, Heym, Katz, Kenzler, Krüger, Maslowski, Gustav Müller, Münzenberg, Obendiek, Remmele, Rosenberg, Schlecht, Scholem, Schroer, Schubert, Schütz, Schwan, Schwarz, Stetter, Strötzel, Thomas, Urbahns, Vierrath. Von diesen Abgeordneten werden bei der Aufzählung in der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« nur Creutzburg, Münzenberg und Remmele genannt. (Band 4, S. 36 f.)

22 Geschichte . . ., a. a. O. (Anm. 21), S. 25.

23 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik. Teil II. Berlin (Ost) 1966, S. 164, 181, 206, 242.

ausgeschlossen worden). Eine solche Gegenüberstellung beabsichtigt nicht, den Hitler-Terror zu bagatellisieren, dem Tausende Kommunisten zum Opfer fielen. Es ist aber bezeichnend für die SED-Geschichtsschreibung, daß sie wesentliche Angaben unterläßt, um damit den Stalin-Terror und die eigene ›unbewältigte Vergangenheit‹ zu vertuschen.

Als Fazit ist festzuhalten, daß die SED-Geschichtsschreibung über die innerparteiliche Entwicklung der KPD 1924 – 1929 sehr einseitig ist. Die Stalinisierung wird als Herausbildung einer »Partei neuen Typus« begrüßt, entscheidende Tatsachen werden jedoch verschwiegen (die Einwirkung der Komintern und Stalins, die Probleme der Apparatherrschaft, der Bürokratisierung, der innerparteilichen Demokratie). Die Stalinisierung wird nur personalisiert gesehen und die personellen Angelegenheiten werden manipuliert. Die SED-Historiker wollen die Parole, »die Partei hat immer recht« auch historisch untermauern. Dabei ist es offensichtlich ihr Hauptbestreben, die Veränderungen des Kommunismus zu verschleiern. Aus politisch-ideologischen Gründen können und wollen die SED-Historiker nicht zugeben, daß der Kommunismus – wie alle historischen Bewegungen – wandelbar ist. Solange sie an dieser Einstellung festhalten, können sie über die Stalinisierung der KPD – die bisher einschneidendste Wandlung des deutschen Kommunismus – nicht objektiv berichten.

III. Materialien zur Situation der KPD

Deutschland (ohne Danzig und Saargebiet) hatte nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 62 410 000 Einwohner, 30,2 Millionen Männer und 32,2 Millionen Frauen.

16,7 Millionen (27 %) wohnten in Großstädten über 100 000 Einwohner, 22 Millionen (35 %) auf dem Land. 64 % der Bevölkerung waren evangelisch, 32 % katholisch und 2,5 % (1,3 Mill.) gehörten keiner Religionsgemeinschaft an.

Von den Erwerbstätigen (Berufstätige und ihre Familienangehörigen) arbeiteten 41 % in Industrie und Handwerk, 23 % in Land- und Forstwirtschaft, 17 % in Handel und Verkehr.

Als Arbeiter waren 45 % der Berufstätigen (und 42 % der Erwerbstätigen mit Angehörigen) beschäftigt, 16 % waren Angestellte und Beamte, 20 % Selbständige und 9 % mithelfende Familienangehörige.

In der Industrie und im Handwerk waren insgesamt 13 Millionen Menschen tätig, darunter 9,8 Millionen als Arbeiter (davon 2 Mill. Frauen).

Auf diese beinahe 10 Millionen Industriearbeiter legte die KPD den Schwerpunkt ihrer Arbeit, aus dieser Schicht kamen auch die meisten Mitglieder und Wähler der Partei. Ein Viertel dieser Industriearbeiter, also 2 1/2 Millionen Berufstätige waren Metallarbeiter, die in der KPD die wichtigste Rolle spielten,[1] und aus deren Reihen viele KPD-Wähler stammten. Doch die KPD-Wähler bildeten immer nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft.

STIMMEN DER KPD BEI WAHLEN[2]

Reichstag	1920	589 000 = 2,1 %	(USP: 4 895 317 = 18 %)
Reichstag Mai	1924	3 746 643 = 12,6 %	

1 Vgl. dazu: V. Das Führungskorps der KPD, Bd. 2.
Zu den allgemeinen Angaben: Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1927. 46. Jg. Berlin 1927, S. 6 bis 25 – Emil Eichhorn: Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen. Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane. Halle 1925 – Heinrich Striefler: Deutsche Wahlen in Bildern und Zahlen. Düsseldorf 1946 – Cuno Horkenbach: Das deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1930, S. 613 ff. – Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart. Bd. 1, 1800 bis 1932, Berlin 1947.

2 Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 315 I–III, Die Wahlen am 4. Mai 1924 und am 7. Dezember 1924. Berlin 1925 – Statistik des Deutschen Reiches. Bd. 382, Die Wahlen am 14. September 1930 – Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich 1926. 45. Jg. Berlin 1926, S. 450 f. – Dass. 1927, a. a. O., S. 496 ff. – Reichstagshandbuch, II. Wahlperiode 1924. Berlin 1924, S. 348 ff. – Dass. III. Wahlperiode 1924. Berlin 1925. S. 168 ff. – Dass. IV Wahlperiode 1928. Berlin 1928. S. 250 f. – Horkenbach, a. a. O., S. 401 ff. – Cuno Horkenbach: Das deutsche Reich von 1918 bis heute. Berlin 1932. S. 358 ff. – Alfred Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik. Bonn 1965 – Max Schwarz: MdR. Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage. Hannover 1965, S. 814 f. – Das Wahlergebnis von 1920 berücksichtigt die 1921 nachgeholten Wahlen in Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien.

Reichstag Dez.	1924	2 709 086 = 9,0 %
Präsidenten-Wahl	1925	
(Thälmann 1. Wahlgang		1 871 815 = 6,9 %
2. Wahlgang)		1 931 196 = 6,3 %
Reichstag Mai	1928	3 263 400 = 10,6 %
Reichstag Sept.	1930	4 590 179 = 13,1 %
Reichstag Juli	1932	5 297 068 = 14,3 %
Reichstag Nov.	1932	5 980 329 = 16,9 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen[3]

Mai 1924	10 : 16
Dez. 1924	10 : 27
Mai 1928	10 : 27
Nov. 1932	10 : 12

MITGLIEDER DER KPD (abgerechnete Mitglieder)

1. Oktober	1919	106 656[4]	
1. Juli	1920	66 323[5]	
1. Oktober	1920	78 715[6]	
März	1921	359 000[7]	
3. Quartal	1922	224 689	(in 2 481 Ortsgruppen)[8]
September	1923	294 230	(in 3 321 Ortsgruppen)[9]
April	1924	121 394[10]	
2. Quartal	1924	95 000[11]	
3. Quartal	1924	136 000	
4. Quartal	1924	128 000	
1. April	1925	122 755[12]	

3 Vgl. dazu die in Anm. 2 genannten Belege.

4 Bericht über den 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vom 20. bis 24. Oktober 1919. O. O. und o. J., S. 27.

5 Bericht über den 5. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin. O. O. und o. J., S. 5.

6 a. a. O.,. S. 5.

7 Ossip. K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Mit einer Einleitung von Hermann Weber. Frankfurt/Main 1969, S. 347.

8 Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der KPD. Abgehalten in Leipzig vom 28. 1. bis 1. 2. 1923. Berlin 1923. S. 64.

9 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Frankfurt (Main) vom 7. bis 10. April 1924. Berlin 1924, S. 58.

10 Die Komintern vor dem VI. Weltkongreß. Tätigkeitsbericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom V. zum VI. Weltkongreß. Hamburg 1928, S. 122.

11 Diese und die beiden folgenden Zahlen: »Kommunistische Politik.« Diskussionsblatt der Entschiedenen Linken in der KPD. Nr. 4/5, Mai 1926.

12 Diese und die folgenden sechs Zahlen: Pjatnizki: Wie die Ultralinken und die Sozialdemokraten die KPD »kritisieren«. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 17, Jg. 1927, S. 2138. – Die Komintern vor dem VI. Weltkongreß, a. a. O., S. 122 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 16.

1. Juli	1925	114 204	
1. August	1925	121 978	
1. September	1925	121 741	
1. Oktober	1925	129 996	
1. November	1925	131 261	
1. Dezember	1925	135 826	
Januar	1926	112 300[13]	
Februar	1926	130 200[14]	
April	1926	134 248[15]	
Oktober	1926	133 849[16]	
1. Dezember	1926	144 980	
	1926	134 268[17]	
Januar	1927	143 172[18]	
April	1927	124 729[19]	
Ende	1928	130 000[20]	
März	1929	116 735[21]	
Mai	1929	105 744[22]	
1. Halbjahr	1929	118 957	
2. Halbjahr	1929	112 511	
Oktober	1929	98 527	
November	1929	113 487	
Dezember	1929	135 160	
Januar	1930	133 000[23]	
Februar	1930	127 000	
März	1930	126 000	(andere Quelle: 135 808)[24]
April	1930	120 000	
Mai	1930	121 000	
Juni	1930	123 000	
Juli	1930	124 000	
August	1930	127 000	
September	1930	134 000	
Oktober	1930	149 000	
November	1930	165 000	
Dezember	1930	176 000	

---

13 StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 16, Bl. 102.
14 a. a. O.
15 Die Komintern vor dem VI. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 10), S. 122.
16 Diese und die folgende Zahl: Pjatnizki, a. a. O. (Anm. 12), S. 2138. »Fahne des Kommunismus« vom 1. Juni 1927.
17 Die Komintern vor dem VI. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 10), S. 122 – »Vorwärts« vom 14. August 1928.
18 Wienand Kaasch: Die soziale Struktur der KPD. »Die Kommunistische Internationale«, Heft 19, Jg. 1928, S. 1051 f. – Geh. StA München, 101 236 – StA Bremen, IIA 12 a, Bd. 22.
19 Die Komintern vor dem VI. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 10), S. 122.
20 Flechtheim, a. a. O. (Anm. 7), S. 347.
21 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß. Materialien, Moskau 1935, S. 141.
22 Diese und die folgenden fünf Zahlen: August Creutzburg: Die Organisationsarbeit der KPD. Hamburg-Berlin 1931, S. 53–55.
23 Diese und die folgenden elf Zahlen: Creutzburg, a. a. O., S. 53–55.
24 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 21), S. 141.

1. Quartal	1931	195 083[25]	
Februar	1931	205 956	(in 5231 Ortsgruppen u. 1808 Betriebszellen)[26]
2. Quartal	1931	190 182[27]	
3. Quartal	1931	213 554	
4. Quartal	1931	246 513	
Oktober	1931	233 293	
November	1931	246 185	
Dezember	1931	259 155	(registr. Mitglieder: 381 000)
Anfang	1932	260 000[28]	
März	1932	287 180[29]	
Ende	1932	252 000	(eingeschriebene Mitglieder: 360 000)[30]

MITGLIEDER DER MASSENORGANISATIONEN

Roter Frontkämpferbund (RFB)

1. April	1925	40 450	(davon 21 600 KPD-Mitglieder)[31]
1. Juni	1925	51 630	(davon 24 284 KPD-Mitglieder)
1. September	1925	70 150	(davon 24 732 KPD-Mitglieder)[32]
Ende	1925	100 000[33]	
Anfang	1926	150 000	
Ende	1926	118 000[34]	
1. August	1927	127 000	
	1928	106 000	

Kampfbund gegen den Faschismus

Ende	1930	38 000[35]
März	1931	110 000[36]

25 NSDAP-Hauptarchiv. Guide to the Hoover Institution Microfilm Collection. Stanford University 1964, reel 41.
26 RF vom 1. März 1931 – Die Zahlen der Ortsgruppen in: StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 9.
27 Diese und die folgenden fünf Zahlen: NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. – StA Hannover, Hann. II, 781 – StA Bremen, IV 13 i, Bd. 13.
28 Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. Offenbach 1948. S. 235.
29 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 21), S. 141.
30 a. a. O., S. 39 – Nach einem andern Bericht: 336 827 (StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 9).
31 Diese und die folgende Zahl: »Zeitschrift für Militärgeschichte«, Berlin (Ost), Heft 3/1965, S. 304, und »Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«, Berlin (Ost), 7. Jg. 1965, Heft 1, S. 101.
32 Beiträge zur Geschichte ..., a. a. O., S. 101.
33 Diese und die nächste Zahl: Ein Jahr Arbeit und Kampf. Tätigkeitsbericht des EKKI 1925/26. Hamburg 1926, S. 15.
34 Diese und die beiden folgenden Zahlen: Werner Jurr: Um die proletarische Wehrorganisation. Berlin 1929, S. 15.
35 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 22), S. 22.
36 Diese und die beiden folgenden Zahlen sind nicht abgerechnete, sondern registrierte Mitglieder. NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25), reel 41.

Oktober	1931	98 202	
Dezember	1931	106 293	

Rote Hilfe Deutschlands

Januar	1925	44 347	(davon 32 000 KPD-Mitglieder)[37]
September	1925	85 229	(davon 49 000 KPD-Mitglieder)
Ende	1925	99 937[38]	
1. Januar	1926	103 000[39]	
Dezember	1926	164 356	(davon 88 579 KPD-Mitglieder)[40]
1. Juli	1927	172 025[41]	
Anfang	1930	157 000[42]	
4. Quartal	1931	307 971	(davon 119 718 KPD-Mitglieder)[43]

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)

1. November	1927	18 377[44]
1. Januar	1928	18 786
12. März	1929	21 668[45]
Mai	1929	21 479[46]
1. Januar	1931	60 000[47]

Junge Pioniere

März	1929	7 039[48]

Internationale Arbeiterhilfe (IAH)

	1927	30 000[49]	
1. Januar	1930	25 000[50]	
Dezember	1931	44 701	(registriert: 55 635)[51]

37 Diese und die folgende Zahl: »Hamburger Volkszeitung« vom 4. Januar 1926.
38 Wer ist's? MOPR-Verlag Berlin 1926.
39 »Westf. Kämpfer« vom 13. April 1927.
40 »Neues Deutschland« Berlin (Ost), vom 24. Oktober 1964 – In der »Inprekorr«, Nr. 43 vom 22. April 1927 wurden hingegen angegeben: 160 637.
41 NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25).
42 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 22), S. 22.
43 Es handelt sich nicht um abgerechnete, sondern um registrierte Mitglieder! NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25) – StA Bremen, IV 13 i, Bd. 13.
44 Diese und die folgende Zahl: StA Koblenz, 403-1380.
45 Zwei Jahre Kampf. Bericht des ZK der KPD an den XII. Parteitag. Berlin 1929, S. 361.
46 StA Koblenz, 16 772.
47 StA Bremen, IIA 12 b, Bd. 16.
48 Bayer. HStA MK 13965.
49 »Inprekorr«, Nr. 43 vom 22. April 1927, S. 878.
50 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 22), S. 22.
51 NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25).

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)

Ende	1929	106 000[52]	
Februar	1931	145 380[53]	
Dezember	1931	106 914	(registriert: 208 000)[54]
März	1932	252 170[55]	
August	1932	322 000[56]	

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

Ende	1930	71 400[57]

Verband proletarischer Freidenker

Januar	1931	102 500[58]
Dezember	1931	162 618

Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit

Januar	1931	78 685[59]	
Dezember	1931	113 542	(in 2332 Vereinen)

ZENTRALE PRESSEORGANE[60]

Die Rote Fahne. Zentralorgan der KPD. Berlin. Aufl. 1929: 25 000
.(nach off. Angaben 70 000)
Die Internationale. Berlin. (Theoretisches Organ.) In der Partei 1929 verkauft: 1 200
Der Parteiarbeiter. Berlin. Funktionärorgan.

---

52 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 22).
53 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 21), S. 142 und NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25).
54 NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O.
55 Die Kommunistische Internationale vor dem VII. Weltkongreß, a. a. O. (Anm. 21), S. 142. (Davon die »roten Verbände« 95 426 Mitglieder.)
56 Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (Himmler Nachlaß). National Archives of the United States. Microfilm. T – 175, Roll No. 321, p. 8222 13.
57 Creutzburg, a. a. O. (Anm. 22), S. 22.
58 NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25.)
59 a. a. O.
60 1927 gab die KPD 36 Tageszeitungen (darunter einige Kopfblätter) heraus. Daneben gab es Funktionärzeitschriften, Organe der Nebenorganisationen usw. Als theoretische Publikationen wurden außer der »Internationale« auch »Die Kommunistische Internationale« und »Unter dem Banner des Marxismus« verbreitet, deren Redaktionen in Moskau residierten.

DIE BEZIRKE DER KPD[61]

Die Stärke der KPD-Bezirke (1929)[62]

Bezirk:	Anteil des Bezirks an der KPD-Mitgliedschaft in %	Anteil der Einwohner des Bezirks an der Bevölkerung des Deutschen Reiches in %
Berlin-Brandenburg	*15,8*	10,5
Halle-Merseburg	9,0	2,4
Wasserkante	*8,9*	4,8
Niederrhein	*7,8*	5,4

61 Das Gewicht der einzelnen Bezirke in der KPD war recht unterschiedlich. Da bisher über diese Bezirke so gut wie keine Unterlagen gesammelt sind, sollen hier einige grundlegende Materialien wiedergegeben werden. Die Angaben können allerdings keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben, da sie verschiedenen Quellen entstammen. Bei den Wahlergebnissen ist überdies zu berücksichtigen, daß KPD-Bezirke und Wahlbezirke nicht immer identisch waren, so daß bei einigen Bezirken keine exakten Wahlziffern angegeben werden konnten. Immerhin vermitteln die Angaben einen Überblick über die Stärke der KPD in den verschiedenen deutschen Gebieten und zeigen die räumliche Ausbreitung der Partei. Vgl. dazu die Karte, S. 395.
Für sämtliche Bezirke wurde folgendes Material herangezogen, das im einzelnen (bei den Anmerkungen zu den Bezirken) *nicht* nochmals gesondert angegeben wird:
Sämtliche in den Anmerkungen 1, 2, 8, 12, 18, 22 und 45 genannte Literatur.
G. Schumann: Die KPD Bezirke. »Inprekorr«, Nr. 68/1924, S. 841 ff.
Handbuch für das gesamte Deutsche Reich. Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. 44. Jahrgang 1929.
Handbuch über den preußischen Staat. Herausgegeben vom preußischen Staatsministerium. Jahrgänge 1925 bis 1929.
Maximilian Müller Jabusch: Politischer Almanach. Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation, Jahrgänge 1925, 1926 und 1927; sowie Handbuch des öffentlichen Lebens, 5. Ausgabe des politischen Almanachs, 1929.
Jahrbuch der Tagespresse. Berlin 1.–3. Jahrgang 1928–1930.
Meinrad Hagmann: Der Weg ins Verhängnis. Reichstagswahlergebnisse 1919–1933, besonders aus Bayern. München 1946.
Alfred Milatz: Das Ende der Parteien im Spiegel der Wahlen 1930 bis 1933; in: Erich Matthias und Rudolf Morsey: Das Ende der Parteien 1933. Düsseldorf 1960.
Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, a. a. O. (Anm. 9), S. 58.
Werner Jurr: a. a. O. (Anm. 34), S. 15 f.
2 Jahre Kampf . . . a. a. O. (Anm. 45), S. 361.
NSDAP-Hauptarchiv, a. a. O. (Anm. 25), reel 41 und 57.
Die Angabe der Mitgliederzahl bei den Bezirken »Ende 1925« beruht immer auf »Kommunistische Politik« a. a. O. (Anm. 11); Die Angabe »1929« auf dem Bericht des Literaturvertriebs (vgl. Anm. 62); der 4 Quartale 1931 auf den Unterlagen im NSDAP-Hauptarchiv, reel 41 (Vgl. Anm. 25). – Die Angabe »1919« bei den Bezirken ist entnommen: Bericht über den 2. Parteitag der KPD (Spartakusbund), vom 20.–24. Oktober 1919. O. O. u. J., S. 27. (Stand: Oktober 1919). Die Angabe »1920«: Bericht über den 5. Parteitag der KPD. (Sektion der Komm. Internationale), vom 1.–3. November 1920 in Berlin. Berlin 1921, S. 5 (Stand: Oktober 1920). Die Angabe »1921« ist entnommen: Bericht über die Verhandlungen des 2. [d. i. VII] Parteitages der KPD. Abgehalten in Jena vom 21. bis 26. August 1921. Berlin 1922, S. 13. Die Angaben »1922« stammen aus dem Bericht über den III (8). Parteitag der KPD, abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923. Berlin 1923, S. 61 (Stand: III. Quartal 1922).

62 Die Tabelle über die prozentuale Stärke der Mitgliedschaft der KPD-Bezirke ist einer offiziellen Aufstellung des zentralen Literaturvertriebs der KPD aus dem Jahre 1929 entnommen. Aus: Records of the Reich Leader of the SS and Chief of the German Police (National Archives of the United States), T – 175, Roll No. 312, p 811 759. Die kursiv gesetzten Zahlen zeigen an, daß entweder

Erzgebirge-Vogtland	7,5	2,8
Ruhr	6,7	7,1
Westsachsen	6,1	2,0
Thüringen	4,7	3,2
Hessen-Frankfurt	3,6	4,2
Ostsachsen	3,4	2,9
Magdeburg-Anhalt	2,5	2,6
Mittelrhein	2,4	5,2
Nordwest	2,3	2,5
Württemberg	2,2	4,0
Nordbayern	2,2	5,0
Ostpreußen	1,9	3,5
Baden	1,8	3,5
Schlesien	1,5	5,0
Niedersachsen	1,5	5,3
Danzig	1,4	0,7
Pommern	1,3	3,4
Südbayern	1,2	5,2
Saar	1,0	1,2
Pfalz	0,8	1,5
Oberschlesien	0,8	2,3
Mecklenburg	0,7	1,5
Hessen-Kassel	0,6	1,8

1) Bezirk Berlin-Brandenburg[63]

Sitz der Bezirksleitung: Berlin. Offizielle Nummer des Bezirks: 1. Einwohner 1925: 6,6 Millionen, davon 20 % in Gemeinden unter 2 000, 60 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 85 % evangelisch.

---

die KPD-Mitgliedschaft oder die Bevölkerung des betreffenden Bezirks mehr als 1 % über dem Durchschnitt liegen, starke und schwache Bezirke der KPD sind so besonders kenntlich gemacht.
Die KPD-Bezirke werden in der Reihenfolge ihrer prozentualen Stärke 1929 gebracht. 1931 hatte sich das Bild etwas verschoben, u. a. weil einige Bezirke zusammengelegt worden waren. Die Mitgliederstärke der Bezirke im 1. Quartal 1931 ergibt die Reihenfolge (in Klammern der Anteil des Bezirks an der Gesamtmitgliedschaft):

Berlin-Brandenburg	(15,7 %)	Niedersachsen	(2,5 %)
Sachsen	(13,8 %)	Magdeburg-Anhalt	(2,4 %)
Ruhr	(9,0 %)	Württemberg	(2,3 %)
Wasserkante	**(8,9 %)**	Nordwest	(2,3 %)
Halle-Merseburg	(7,0 %)	Pommern	(2,1 %)
Niederrhein	(6,3 %)	Nordbayern	(2,0 %)
Hessen	(4,4 %)	Südbayern	(1,9 %)
Thüringen	(3,7 %)	Mecklenburg	(1,2 %)
Mittelrhein	(3,4 %)	Danzig	(1,1 %)
Baden-Pfalz	(2,8 %)	Oberschlesien	(1,0 %)
Schlesien	(2,7 %)	Saar	(0,7 %)
Ostpreußen	(2,6 %)	Hessen-Kassel	(0,5 %)

63 Bericht der BL Berlin-Brandenburg über die Arbeit der Organisation vom 1. Oktober 1924 bis 1. Mai 1925. O. O. (Berlin 1925) Dass. vom 1. Januar bis 31. Oktober 1927, Berlin o. J., S. 62 ff. – Der organisatorische Aufbau der Kommunistischen Partei. Berlin 1925, S. 15 – »Fahne des

In Industrie und Handwerk tätig: 43 %; Handel und Verkehr: 23 %; Landwirtschaft: 13 %; Rentner, häusliche Dienste usw. 12 %.
Als Arbeiter beschäftigt 43 %; Angestellte und Beamte 22 %; Selbständige und mithelfende Familienangehörige 23 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	42 400 = 1,2 % (USPD: 1 066 000 = 32 %)
Mai	1924:	522 410 = 15,2 %
Dezember	1924:	465 320 = 13,0 %
Mai	1928:	737 180 = 19,4 % (linke Kommunisten: 15 534 = 0,4 %)
November	1932:	1 103 000 = 25,0 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 150 (USPD : 250)
Mai	1924:	10 : 14
Dezember	1924:	10 : 24
Mai	1928:	10 : 17
November	1932:	10 : 8

KPD-Mitglieder:

	1919:	12 652
	1920:	3 400
	1921:	25 998
	1922:	29 273
	1923:	38 638 (auf 144 Einwohner ein Mitglied)
September	1924:	20 392 (davon Stadt Berlin: 17 637)
Dezember	1924:	17 843
April	1925:	18 710 (davon Stadt Berlin: 15 537)
Ende	1925:	18 000
Anfang	1926:	17 219
1. Oktober	1926:	17 380
1. Dezember	1926:	23 948
Januar	1927:	19 278 (davon Groß-Berlin: 14 979)
Februar	1927:	17 981 (davon Groß-Berlin: 14 575)
März	1927:	16 156 (davon Groß-Berlin: 13 356)
April	1927:	20 222 (davon Groß-Berlin: 16 449)
Mai	1927:	16 643 (davon Groß-Berlin: 13 234)
Juni	1927:	13 279 (davon Groß-Berlin: 11 121)
Juli	1927:	15 937 (davon Groß-Berlin: (13 077)
August	1927:	14 971 (davon Groß-Berlin: 11 987)
September	1927:	15 924 (davon Groß-Berlin: 13 459)

Kommunismus« vom 1. Juni 1927 – RF vom 16. April 1929 – »Gegen den Strom« vom 8. Dezember 1928 – »Vorwärts« vom 15. Juni 1927 – StA Hannover, Hann II 781.
Der Bezirk Lausitz, der im April 1925 dem Bezirk Berlin-Brandenburg angeschlossen wurde, zählte im Januar 1925: 456 Mitglieder, im April 1925: 634 Mitglieder (Bericht der BL, a. a. O.).

	1928:	18 538
	1929:	18 960
1. Quartal	1931:	30 775
2. Quartal	1931:	27 665
3. Quartal	1931:	28 347
4. Quartal	1931:	33 603
November	1932:	34 000

Mitglieder des KJVD im März 1929: 3 642
Mitglieder des RFB 1928: 11 000.
Parteiorgan: »Die Rote Fahne« und für die Provinz Kopfblatt: »Volkswacht«. Auflage 1929: 25 000, (nach offiziellen kommunistischen Angaben: 70 000).
Funktionärorgan: »Der Funke«.

2) Bezirk Halle-Merseburg[64]

Sitz der Bezirksleitung: Halle. Offizielle Nummer des Bezirks: 11. Einwohner 1925: 1,4 Millionen, davon 40% in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 95% evangelisch.
Nichtselbständige: 70%; in Industrie und Handel tätig: 65%; Landwirtschaft: 22%; öffentliche Dienste: 4%; ohne Beruf: 9%.

KPD-Wähler

Juni	1920:	10 677 = 1,4% (USPD: 310 999 = 45%)
Mai	1924:	183 881 = 25,7%
Dezember	1924:	166 117 = 22,6%
Mai	1928:	176 042 = 24,4% (linke Kommunisten: 3 407)
November	1932:	220 755 = 27,1%

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 60 (USPD : 310)
Mai	1924:	10 : 7
Dezember	1924:	10 : 8
Mai	1928:	10 : 9
November	1932:	10 : 7

KPD-Mitglieder:

	1919:	4 159 (Mitteldeutschland)
	1920:	4 864 (Mitteldeutschland)
	1921:	66 000
	1922:	23 263
	1923:	28 503 (auf 46 Einwohner ein Mitglied)
	1924:	5 000
August	1925:	8 000 (andere Angaben: 12 000[65])

64 StA Ludwigsburg, Bd. 216 – StA Hannover, Hann II 781.
65 RF vom 14. August 1925.

Ende	1925:	9 500
	1929:	10 800
1. Quartal	1931:	13 043
2. Quartal	1931:	11 648
3. Quartal	1931:	12 263
4. Quartal	1931:	13 061

Mitglieder des KJVD März 1929: 1 094.
Parteiorgan: »Klassenkampf«. Halle.

3) Bezirk Wasserkante[66]

Sitz der Bezirksleitung: Hamburg. Offizielle Nummer des Bezirks: 16. Einwohner 1925: 3,1 Millionen, davon 25 % in Gemeinden unter 2 000, 50 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 96 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 33 %; Handel und Verkehr: 30 %; Landwirtschaft: 15 %; Verwaltung: 9 %; Haushalt: 4 %; ohne Beruf: 9 %.
Als Arbeiter beschäftigt: 40 %; Angestellte und Beamte: 21 %; Selbständige und mithelfende Familienangehörige: 26 %; Hausangestellte: 3 %; ohne Beruf: 9 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	45 900 = 2,5 %
Mai	1924:	211 300 = 13,0 %
Dezember	1924:	153 900 = 9,0 %
Mai	1928:	193 200 = 11,0 % (linke Kommunisten: 6 194)
November	1932:	321 000 = 17,0 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 20
Dezember	1924:	10 : 34
Mai	1928:	10 : 31
November	1932:	10 : 14

KPD-Mitglieder:

	1919:	11 450
	1920:	2 250
	1921:	40 000
	1922:	23 263
	1923:	22 714 (auf 138 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1925:	8 000
März	1927:	13 525
	1929:	10 680
	1930:	12 081

66 StA Bremen, IV 4 e, Bd. 6 – StA Hannover, Hann II 781.

1. Quartal	1931:	17 422
2. Quartal	1931:	18 225
3. Quartal	1931:	19 635
4. Quartal	1931:	24 071
	1932:	24 631

Parteiorgan: »Hamburger Volkszeitung« (offizielle Auflage 1925: 25 000; offizielle Auflage 1929: 48 800).

4) Bezirk Niederrhein[67]

Sitz der Bezirksleitung: Düsseldorf. Offizielle Nummer des Bezirks: 20. Einwohner 1925: 3,5 Millionen, davon 5 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 65 % katholisch.
In Industrie und Handel tätig: 82 %; Landwirtschaft: 7 %; öffentliche Dienste: 4 %; ohne Beruf: 7 %. Nichtselbständige: 82 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	46 800 = 3,0 %	
Mai	1924:	323 000 = 22,0 %	
Dezember	1924:	246 000 = 16,0 %	
Mai	1928:	295 000 = 19,0 %	(linke Kommunisten: 3 500)
November	1932:	487 000 = 25,0 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 6
Dezember	1924:	10 : 9
Mai	1928:	10 : 9
November	1932:	10 : 4

KPD-Mitglieder:

	1919:	11 964	(Rheinland-Westf.)
	1920:	9 200	(Rheinland)
	1921:	52 874	(Rheinland-Westf.)
	1922:	16 389	
	1923:	15 967	(auf 218 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1925:	12 000	
	1929:	9 360	
1. Quartal	1931:	12 372	
2. Quartal	1931:	12 555	
3. Quartal	1931:	15 458	
4. Quartal	1931:	18 161	
Ende	1931:	15 967	

Parteiorgane: »Freiheit«, Düsseldorf (Auflage Januar 1925: 11 650)

67 HStA Düsseldorf 16 922, 16 957 und 30 622 – StA Münster I Pa 254.

»Bergische Arbeiterstimme«, Solingen (Auflage Januar 1925: 7 350)
»Bergische Volksstimme«, Remscheid (Auflage 1925: 4 600)
»Rote Tribüne«, Hagen (Auflage Januar 1925: 4 750. Februar 1925 eingestellt).

Funktionärorgan: »Der Revolutionär«.
Der Bezirk Niederrhein hatte folgende Unterbezirke: Düsseldorf, Solingen, Hagen, Barmen, Remscheid, Krefeld, München-Gladbach.

5) Bezirk Erzgebirge-Vogtland[68]

Sitz der Bezirksleitung: Chemnitz. Offizielle Nummer des Bezirks: 9. Einwohner 1925: 1,8 Millionen, davon 17 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 95 % evangelisch.
In Industrie und Handel tätig: 83 %; Landwirtschaft: 9 %; öffentliche Dienste: 3 %; ohne Beruf: 6 %. Nichtselbständige: 79 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	79 581 = 9,4 %	
Mai	1924:	182 582 = 19,8 %	
Dezember	1924:	138 943 = 14,8 %	
Mai	1928:	154 362 = 16,2 %	(linke Kommunisten: 3 772)
November	1932:	242 604 = 21,4 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 35	(USPD: 19)
Mai	1924:	10 : 14	
Dezember	1924:	10 : 21	
Mai	1928:	10 : 20	
November	1932:	10 : 10	

KPD-Mitglieder:

	1919:	14 000	
	1920:	17 500	
	1921:	23 798	
	1922:	19 432	
	1923:	30 584	(auf 55 Einwohner ein Mitglied)
	1925:	12 500	
Ende	1928:	11 800	
	1929:	9 000	
1. Quartal	1931:	27 196	(Bezirk Sachsen, einschl. West- u. Ost-Sachsen)
2. Quartal	1931:	25 091	» » »
3. Quartal	1931:	26 648	» » »
4. Quartal	1931:	30 971	

68 »Gegen den Strom« vom 1. Juni 1929 – StA Hannover, Hann. II 781.

Mitglieder des KJVD: März 1929: 1 862
Parteiorgan: »Der Kämpfer«, Chemnitz. Auflage 1919: 14 000; 1926: 16 000; 1928: 18 000 (nach offiziellen Angaben 1925: 75 000; 1929: 46 300).

6) *Bezirk Ruhr*[69]

Sitz der Bezirksleitung: Essen. Offizielle Nummer des Bezirks: 18/19. Einwohner 1925: 4,6 Millionen, davon 15 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 60 % katholisch.
In Industrie und Handel tätig: 75 %; Landwirtschaft: 16 %; öffentliche Dienste: 4 %; ohne Beruf: 7 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	29 000 = 1,5 %	
Mai	1924:	409 000 = 20,5 %	
Dezember	1924:	261 000 = 13,0 %	
Mai	1928:	289 000 = 14,0 %	(linke Kommunisten: 8 300)
November	1932:	589 000 = 24,0 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 6
Dezember	1924:	10 : 12
Mai	1928:	10 : 13
November	1932:	10 : 5

KPD-Mitglieder:

	1921:	(s. Rheinland-Westf.)
	1922:	18 523
	1923:	21 259 (auf 214 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1924:	11 000[70]
Mitte	1926:	7 000
Ende	1926:	9 000
	1927:	10 000
	1928:	10 000
	1929:	8 040
1. Quartal	1931:	17 627
2. Quartal	1931:	18 069
3. Quartal	1931:	21 066
4. Quartal	1931:	24 512

---

69 HStA Düsseldorf 16 922, 16 934 und 16 957 – StA Münster I Pa 254 – StA Hannover, Hann. II 781.
70 Ernst Meyer in einem Brief an das EKKI vom 18. 12. 1924. Nachlaß Ernst Meyer (Privatarchiv Rosa Meyer-Leviné).

Parteiorgane:
»Ruhr-Echo«, Essen. Auflage Januar 1925: 9 020 (nach offiziellen Angaben 46 700; 1929: 48 000)
»Niederrheinische Arbeiterzeitung«, Duisburg. Auflage Januar 1925: 2 550 (nach offiziellen Angaben 20 700, 1929: 19 500)
»Westfälische Arbeiterzeitung«, Dortmund. Auflage 1925: 2 960. Erschien ab 1925 als Kopfblatt des »Ruhr-Echo« unter dem Namen: »Westfälischer Kämpfer«.
»Arbeiterzeitung«, Gelsenkirchen. Auflage: 2 600 (nach offiziellen Angaben 17 400); 1925 eingestellt.

Funktionärorgan: »Der Pionier des Bolschewismus«.
Der Bezirk Ruhr hatte folgende Unterbezirke: Dortmund, Essen, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Hamm, Münster (bis 1925 bei Nordwest), Hamborn, Bochum und ab Ende 1929 auch noch Bielefeld.

7) Bezirk Westsachsen[71]

Sitz der Bezirksleitung: Leipzig. Offizielle Nummer des Bezirks: 10. Einwohner 1925: 1,3 Millionen, davon 22 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 93 % evangelisch.
In Industrie und Handel tätig: 78 %; Landwirtschaft: 10 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 6 %. Nichtselbständige: 78 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	12 859 = 2,0 %
Mai	1924:	109 646 = 15,7 %
Dezember	1924:	90 830 = 12,5 %
Mai	1928:	121 329 = 16,1 %
November	1932:	175 865 = 20,7 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 44	(USPD: 208)
Mai	1924:	10 : 20	
Dezember	1924:	10 : 28	
Mai	1928:	10 : 23	
November	1932:	10 : 15	

KPD-Mitglieder:

	1920:	(s. Mitteldeutschland)	
	1921:	14 338	
	1922:	12 054	
	1923:	9 594	(auf 128 Einwohner ein Mitglied)
Dezember	1926:	8 509	(davon Leipzig: 5 987)

71 StA Bremen, IV 23, Bd. 3 – StA Hannover, Hann. II 781.

Februar	1927:	6 890	
Spetember	1927:	7 151	(registrierte Mitglieder: 8 044)
	1929:	7 320	
	1931:	vgl. unter Bezirk 5, Erzgebirge-Vogtland	

Mitglieder des KJVD März 1929: 1 118.

Parteiorgan: »Sächsische Arbeiterzeitung«, Leipzig. Auflage (nach offiziellen Angaben 1925 und 1929): 30 000.

8) Bezirk Thüringen[72]

Sitz der Bezirksleitung: Erfurt. Offizielle Nummer des Bezirks: 13. Einwohner 1925: 2,1 Millionen, davon 42 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 90 % evangelisch.
In Industrie und Handwerk tätig: 50 %; Handel: 19 %; Landwirtschaft: 20 %; öffentliche Dienste: 5 %; ohne Beruf: 6 %. Nichtselbständige: 69 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	20 285 = 2,0 %	
Mai	1924:	173 434 = 15,6 %	
Dezember	1924:	147 938 = 13,1 %	
Mai	1928:	138 046 = 12,4 %	(linke Kommunisten: 4 397)
November	1932:	248 106 = 19,5 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 80	(USPD: 160)
Mai	1924:	10 : 14	
Dezember	1924:	10 : 21	
Mai	1928:	10 : 27	
November	1932:	10 : 11	

KPD-Mitglieder:

	1919:	4 200	
	1920:	1 850	
	1921:	23 000	
	1922:	10 797	
	1923:	12 028	(auf 170 Einwohner ein Mitglied)
	1925:	7 000	
	1929:	5 640	
Ende	1929:	5 000	
1. Quartal	1931:	7 319	
2. Quartal	1931:	7 339	

72 StA Bremen, IV 30, Bd. 2 – »Zeitschrift für Militärgeschichte«. Berlin (Ost), Heft 3/1965, S. 303.

3. Quartal	1931:	8 389
4. Quartal	1931:	9 365

RFB-Mitglieder Ende 1926: 6 000
KJVD-Mitglieder März 1929: 1 462.

Parteiorgane »Neue Zeitung«, Jena. (Auflage nach offiziellen Angaben 1929: 24 400)
»Thüringer Volksblatt«, Gotha. (Auflage nach offiziellen Angaben 1925: 8 000; 1929: 13 600).
»Volkswille«, Suhl. »Rotes Echo«, Erfurt.
Der Bezirk Thüringen hatte folgende Unterbezirke: Jena, Weimar, Erfurt, Gera, Greiz, Nordhausen, Saalfeld, Suhl.

9) Bezirk Hessen-Frankfurt[73]

Sitz der Bezirksleitung: Frankfurt/Main. Offizielle Nummer des Bezirks: 23. Einwohner 1925: 2,6 Millionen, davon 35 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 75 % evangelisch. In Industrie und Handel tätig: 58 %; Landwirtschaft: 29 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 7 %. Nichtselbständige: 63 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	19 500 = 1,2 %	
Mai	1924:	117 000 = 9,3 %	
Dezember	1924:	70 600 = 5,4 %	
Mai	1928:	102 000 = 8,0 %	(linke Kommunisten: 5 904)
November	1932:	228 000 = 14,0 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 28
Dezember	1924:	10 : 60
Mai	1928:	10 : 40
November	1932:	10 : 15

KPD-Mitglieder:

	1919:	6 510	
	1920:	4 991	
	1921:	11 521	
	1922:	5 275	
	1923:	15 282	(auf 164 Einwohner ein Mitglied)
Mai	1925:	4 632	
Ende	1925:	2 500	
	1929:	4 320	

73 StA Bremen, IV 31, Bd. 1 – StA Hannover, Hann. II 781.

1. Quartal	1931:	8 553
2. Quartal	1931:	8 778
3. Quartal	1931:	11 253
4. Quartal	1931:	12 308

Parteiorgan: »Arbeiter-Zeitung«, Frankfurt/Main. Auflage 1925: 4 700 (nach offiziellen Angaben 1929: 32 500).
Der Bezirk Hessen-Frankfurt hatte folgende Unterbezirke: Nord (Oberhessen), Mitte (Frankfurt), Süd (Starkenburg), West (Wiesbaden), Ost (Hanau).

10) Bezirk Ostsachsen[74]

Sitz der Bezirksleitung: Dresden. Offizielle Nummer des Bezirks: 8. Einwohner 1925: 1,9 Millionen, davon 29 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 93 % evangelisch.
In Industrie und Handel tätig: 75 %; Landwirtschaft: 12 %; öffentliche Dienste: 5 %; ohne Beruf: 8 %. Nichtselbständige: 77 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	9 529 = 1,1 %
Mai	1924:	80 925 = 8,4 %
Dezember	1924:	64 629 = 6,5 %
Mai	1928:	105 877 = 10,3 %
November	1932:	189 909 = 17,0 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 240
Mai	1924:	10 : 40
Dezember	1924:	10 : 60
Mai	1928:	10 : 37
November	1932:	10 : 17

KPD-Mitglieder:

1919:	6 500
1920:	1 000
1921:	4 453
1922:	4 152
1923:	5 334 (auf 329 Einwohner ein Mitglied)
1925:	3 000
1929:	4 080
1931:	(vgl. unter Bezirk 5, Erzgebirge-Vogtland)

---

74 StA Hannover, Hann. II 781.

RFMB-Mitglieder: Januar 1926: 2 391

Parteiorgan: »Arbeiterstimme«, Dresden. (Auflage nach offiziellen Angaben 1929: 38 500).

11) Bezirk Magdeburg-Anhalt[75]

Sitz der Bezirksleitung: Magdeburg. Offizielle Nummer des Bezirks: 12. Einwohner 1925: 1,7 Millionen, davon 32 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 93 % evangelisch.
In Industrie und Handel tätig: 63 %; Landwirtschaft: 24 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 7 %. Nichtselbständige: 70 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	8 790 = 1,1 %
Mai	1924:	88 150 = 10,1 %
Dezember	1924:	46 330 = 5,2 %
Mai	1928:	65 755 = 7,2 %
November	1932:	130 448 = 13,3 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 345
Mai	1924:	10 : 30
Dezember	1924:	10 : 75
Mai	1928:	10 : 60
November	1932:	10 : 30

KPD-Mitglieder:

	1919:	4 105	
	1920:	800	
	1921:	7 207	
	1922:	3 373	
	1923:	6 281	(auf 250 Einwohner ein Mitglied)
	1925:	2 000	
	1929:	3 000	
1. Quartal	1931:	4 786	
2. Quartal	1931:	5 038	
3. Quartal	1931:	5 561	
4. Quartal	1931:	6 971	

Parteiorgan: »Tribüne«, Magdeburg. (Auflage nach offiziellen Angaben 1929: 14 000).

75 StA Ludwigsburg, Bd. 217.

12) Bezirk Mittelrhein[76]

Sitz der Bezirksleitung: Köln. Offizielle Nummer des Bezirks: 21. Einwohner 1925: 3,4 Millionen, davon 30 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 80 % katholisch.
In Industrie und Handel tätig: 60 %; Landwirtschaft: 28 %; öffentliche Dienste: 5 %; ohne Beruf: 7 %. Nichtselbständige: 63 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	– = 0 %	
Mai	1924:	161 509 = 11,3 %	
Dezember	1924:	102 503 = 7,2 %	
Mai	1928:	124 859 = 8,2 %	(linke Kommunisten: 4 015)
November	1932:	282 109 = 15,5 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 8
Dezember	1924:	10 : 18
Mai	1928:	10 : 19
November	1932:	10 : 7

KPD-Mitglieder:

	1920:	3 500	(Rheinl.-Süd)
	1921:	12 000	
	1922:	4 431	
	1923:	9 336	(auf 390 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1925:	3 500	
	1926:	4 800	
September	1927:	6 200	
Februar	1927:	5 700	
	1929:	2 900	
1. Quartal	1931:	6 536	
2. Quartal	1931:	6 619	
3. Quartal	1931:	7 776	
4. Quartal	1931:	8 456	

Parteiorgane:
»Sozialistische Republik«, Köln. Auflage Januar/März 1925: 6 500 (nach offiziellen Angaben 1929: 26 500)
»Aachener Arbeiterzeitung«, Aachen. Auflage März 1925: 1 250 (nach offiziellen Angaben 1929: 18 500)
»Volksstimme«, Koblenz (erschien ab 1928 als Kopfblatt der »Sozialistischen Republik«)
Der Bezirk Mittelrhein hatte folgende Unterbezirke: Köln, Aachen, Bergisches Land, Koblenz, Nahetal, Trier-Mosel, Siegen.

---

76 HStA Düsseldorf 16 957 – StA Bremen IV 35 – Vgl. auch Giradet, a.a.O., S. 74.

13) Bezirk Nordwest[77]

Sitz der Bezirksleitung: Bremen. Offizielle Nummer des Bezirks: 17. Einwohner 1925: 1,6 Millionen, davon 39 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 81 % evangelisch.
In Industrie und Handel tätig: 56 %; Landwirtschaft: 35 %; öffentliche Dienste: 4 %; ohne Beruf: 5 %. Nichtselbständige: 56 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	12 973 = 2,0 %	
Mai	1924:	51 277 = 7,8 %	
Dezember	1924:	31 107 = 4,6 %	
Mai	1928:	35 652 = 5,0 %	(linke Kommunisten: 1 783)
November	1932:	86 785 = 10,3 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 27
Dezember	1924:	10 : 55
Mai	1928:	10 : 57
November	1932:	10 : 20

KPD-Mitglieder:

	1919:	9 662	
	1920:	4 595	
	1921:	17 064	
	1922:	4 882	
	1923:	5 333	(auf 284 Einwohner ein Mitglied)
März	1924:	3 254	
März	1925:	3 260	(davon Stadt Bremen: 1 712)
Ende	1925:	1 500	
1. Januar	1928:	2 183	
1. April	1928:	2 213	
1. Juli	1928:	2 300	
1. Oktober	1928:	2 448	
1. Januar	1929:	2 422	(davon 84 % abgerechn.)
1. April	1929:	2 542	(davon 78 % abgerechn.)
1. Juli	1929:	2 783	(davon 81 % abgerechn.)
1. Oktober	1929:	2 803	(davon 82 % abgerechn.)
1. Dezember	1929:	3 010	(davon 87 % abgerechn.)
1. Quartal	1931:	4 279	
2. Quartal	1931:	4 550	
3. Quartal	1931:	5 451	
4. Quartal	1931:	6 655	
Oktober	1932:	7 500	(davon 6 785 Erwerbslose; registr. Mitgl. 10 200)

77 StA Bremen IIA 12 b, Bd. 5 und Bd. 19a – StA Oldenburg VI-86-13 b.

KJVD 1929: 700 Mitglieder
1932: 1 500 Mitglieder

Parteiorgan: »Arbeiterzeitung«, Bremen. Auflage 1925: 5 000, 1927: 11 000 (nach offiziellen Angaben 1929: 17 500).
Der Bezirk Nordwest hatte folgende Unterbezirke: Bremen, Vegesack, Bremerhaven, Emden, Osnabrück, Oldenburg, Wilhelmshaven (bis 1925 auch Münster).

14) Bezirk Württemberg[78]

Sitz der Bezirksleitung: Stuttgart. Offizielle Nummer des Bezirks: 26. Einwohner 1925: 2,6 Millionen, davon 74 % in Gemeinden unter 2000, 13 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 68 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 40 %; Landwirtschaft: 33 %; Handel: 12 %; Verwaltung: 6 %; Haushalt: 2 %; ohne Beruf: 7 %.
Als Arbeiter beschäftigt: 33 %; Selbständige: 27 %; mithelfende Familienangehörige: 17 %; Angestellte: 14 %; Hausangestellte: 2 %; ohne Beruf: 7 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	36 295 = 3,2 %
Mai	1924:	138 988 = 11,3 %
Dezember	1924:	96 169 = 8,1 %
Mai	1928:	83 121 = 7,2 %
November	1932:	190 765 = 14,5 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 49
Mai	1924:	10 : 13
Dezember	1924:	10 : 25
Mai	1928:	10 : 32
November	1932:	10 : 11

KPD-Mitglieder:

	1919:	4 636	
	1920:	4 200	
	1921:	15 000	
	1922:	9 708	
	1923:	4 910	(auf 527 Einwohner ein Mitglied)
Juni	1925:	4 700	(registrierte Mitglieder: 7 000)
Juli	1925:	5 160	
April	1928:	3 350	
1. Februar	1929:	3 470	
Ende	1929:	2 640	(KPO: 400)

78 StA Bremen IV 27, Bd. 8 – StA Ludwigsburg, Bd. 217 – StA Oldenburg 136-86-2358.

1. Quartal	1931:	4 489	
2. Quartal	1931:	5 228	
3. Quartal	1931:	5 994	
4. Quartal	1931:	6 680	
April	1932:	6 803	
November	1932:	7 410	(registrierte Mitglieder: 8 892)

KJV-Mitglieder 1929: 750. RFB-Mitglieder 1929: 1 312.
Parteiorgan: »Süddeutsche Arbeiterzeitung«, Stuttgart. Auflage 1925: 1 500 (nach offiziellen Angaben 1929: 23 600, tats. 7 500).
Der Bezirk Württemberg hatte folgende Unterbezirke: Stuttgart, Ludwigsburg, Heilbronn, Pforzheim, Ulm, Backnang, Gmünd, Eßlingen, Göppingen, Reutlingen, Schwenningen, Schwarzwald.

15) Bezirk Nordbayern[79]

Sitz der Bezirksleitung: Nürnberg. Offizielle Nummer des Bezirks: 27. Einwohner 1925: 3,1 Millionen, davon 55 % in Gemeinden unter 2000, 12 % in Großstädten über 100 000 Einwohner, 53 % katholisch.
In Industrie und Handel tätig: 46 %; Landwirtschaft: 45 %; öffentliche Dienste: 4 %; ohne Beruf: 5 %. Nichtselbständige: 52 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	15 400 = 1,1 %	
Mai	1924:	85 300 = 6,4 %	
Dezember	1924:	57 900 = 3,8 %	
Mai	1928:	46 400 = 3,1 %	(linke Kommunisten: 1 794)
November	1932:	147 400 = 9,1 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 34
Dezember	1924:	10 : 64
Mai	1928:	10 : 86
November	1932:	10 : 22

KPD-Mitglieder:

	1919:	3 000	
	1920:	3 500	(ganz Bayern)
	1921:	7 829	
	1922:	4 500	
	1923:	2 284	
Dezember	1924:	1 750	

79 Geh. StA München, 101236 und 101250.

Juli	1925:	3 500	(davon im UB-Nürnberg: 1 500)
Mai	1926:	3 851	
Dezember	1927:	2 481	
März	1928:	2 214	
März	1929:	2 868	
Ende	1929:	2 640	
April	1930:	2 700	(in 81 Ortsgruppen)
1. Quartal	1931:	3 863	
2. Quartal	1931:	3 683	
3. Quartal	1931:	4 533	
4. Quartal	1931:	5 521	

KJV-Mitglieder Dezember 1927: 284; 1929: 290; 1930: 580.
Parteiorgan: »Nordbayerische Volkszeitung«, Nürnberg (1930: 1 500 Abonnenten).

16) Bezirk Ostpreußen[80]

Sitz der Bezirksleitung: Königsberg. Offizielle Nummer des Bezirks: 4. Einwohner 1925: 2,3 Millionen, davon 61 % in Gemeinden unter 2000, 12 % in Großstädten über 100 000 Einwohner.
In der Industrie tätig: 19 %; Landwirtschaft: 49 %; Handel und Verkehr: 14 %; Verwaltung: 5 %; Hausangestellte: 3 %; ohne Beruf: 10 %.
Als Arbeiter beschäftigt: 42 %; Angestellte: 12 %; Selbständige 21 %; mithelfende Familienangestellte: 11 %; Hausangestellte: 3 %.

KPD-Wähler

Februar	1921:	(Preuß. Landtag)	67 000 = 7,0 %	
Mai	1924:		119 188 = 11,7 %	
Dezember	1924:		80 663 = 8,1 %	
Mai	1928:		94 236 = 9,5 %	(Linke Kommunisten: 2 905)
November	1932:		148 276 = 13,9 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Februar	1921:	10 : 33
Mai	1924:	10 : 13
Dezember	1924:	10 : 19
Mai	1928:	10 : 22
November	1932:	10 : 15

KPD-Mitglieder

1919:	4 100
1920:	3 800

80 Staatliches Archivlager Göttingen Rep. 2 II, 300.

	1921:	9 000	
	1922:	4 013	
	1923:	5 614	(auf 351 Einwohner ein Mitglied)
	1925:	2 000	
	1929:	2 280	
1. Quartal	1931:	5 021	
2. Quartal	1931:	4 014	
3. Quartal	1931:	4 696	
4. Quartal	1931:	4 497	

Parteiorgan: »Echo des Ostens«, Königsberg.
Der Bezirk Ostpreußen hatte folgende Unterbezirke: Königsberg, Tilsit, Insterburg, Elbing, Allenstein, Eylau.

17) Bezirk Baden[81]

Sitz der Bezirksleitung: Mannheim. Offizielle Nummer des Bezirks: 25. Einwohner 1925: 2,3 Millionen, davon 37 % in Gemeinden unter 2000, 17 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 58 % katholisch.
In der Industrie tätig: 40 %; Landwirtschaft: 28 %; Handel: 16 %; Verwaltung: 7 %; häusliche Dienste: 2 %; ohne Beruf 7 %. Als Arbeiter beschäftigt: 35 %; Angestellte und Beamte: 16 %; Selbständige: 25 %; mithelfende Familienangehörige 13 %; Hausangestellte 2 %; ohne Beruf: 7 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	14 475 = 1,5 %	
Mai	1924:	95 564 = 10,1 %	
Dezember	1924:	64 952 = 6,9 %	
Mai	1928:	66 806 = 7,4 %	(linke Kommunisten: 4 886)
November	1932:	169 137 = 14,3 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 135
Mai	1924:	10 : 15
Dezember	1924:	10 : 30
Mai	1928:	10 : 30
November	1932:	10 : 9

KPD-Mitglieder:

März	1923:	4 785	(auf 461 Einwohner ein Mitglied)
September	1923:	8 908	(registrierte Mitglieder: 9 500)

81 Generallandesarchiv Karlsruhe 234-10-130 – StA Bremen IV 31, Bd. 1 und Bd. 3 – Mitt. Ludwig Hurm.

April	1925:	2 400	(registrierte Mitglieder: 3 800)
Ende	1925:	1 500	
Mitte	1926:	2 700	
	1929:	2 020	
1. Quartal	1931:	5 486	(Baden-Pfalz!)
2. Quartal	1931:	5 393	
3. Quartal	1931:	6 117	
4. Quartal	1931:	7 050	

Mitglieder des KJVD März 1929: 385, Ende 1929: 500.

Parteiorgan: »Arbeiter-Zeitung«, Mannheim. Auflage nach offiziellen Angaben 1929: 19 600. Der Bezirk Baden hatte folgende Unterbezirke: Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg, Lörrach, Konstanz, Neckarelz und 114 Ortsgruppen.

18) Bezirk Schlesien

Sitz der Bezirksleitung: Breslau. Offizielle Nummer des Bezirks: 6. Einwohner 1925: 3,1 Millionen, davon 48 % in Gemeinden unter 2000, 18 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 67 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 35 %; Landwirtschaft: 25 %; Handel und Verkehr: 16 %; Verwaltung: 6 %; sonstige und ohne Beruf: 12 %.
Als Arbeiter waren beschäftigt: 45 %; Angestellte und Beamte: 15 %; Selbständige und mithelfende Familienangehörige: 29 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	5 546 = 0,5 %	
Mai	1924:	96 150 = 6,1 %	
Dezember	1924:	49 430 = 3,1 %	
Mai	1928:	69 340 = 4,5 %	(linke Kommunisten: 2 224)
November	1932:	182 873 = 10,2 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 910
Mai	1924:	10 : 42
Dezember	1924:	10 : 104
Mai	1928:	10 : 84
November	1932:	10 : 24

KPD-Mitglieder:

1920:	1 850	
1921:	6 000	
1923:	5 362	(zus. mit Oberschlesien) (auf 964 Einwohner ein Mitglied)

	1925:	1 500
	1929:	1 800
1. Quartal	1931:	5 206
2. Quartal	1931:	5 515
3. Quartal	1931:	5 589
4. Quartal	1931:	5 116

Parteiorgan: »Arbeiter-Zeitung«, Breslau. Auflage nach offiziellen Angaben 1929: 36 000.

19) Bezirk Niedersachsen[82]

Sitz der Bezirksleitung: Hannover. Offizielle Nummer des Bezirks: 14. Einwohner 1925: 3,4 Millionen, davon 48 % in Gemeinden unter 2000, 15 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 92 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 34 %; Landwirtschaft: 30 %; Handel und Verkehr: 16 %; Verwaltung: 5 %; sonstige: 6 %; ohne Beruf: 9 %.
Als Arbeiter beschäftigt: 39 %; Angestellte: 14 %; Selbständige: 24 %; mithelfende Familienangehörige: 12 %; Hausangestellte: 2 %; ohne Beruf: 9 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	10 100 = 0,5 %
Mai	1924:	131 200 = 8,1 %
Dezember	1924:	89 800 = 4,6 %
Mai	1928:	79 200 = 4,4 %
November	1932:	201 400 = 10,5 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 32
Dezember	1924:	10 : 65
Mai	1928:	10 : 80
November	1932:	10 : 25

KPD-Mitglieder:

	1919:	3 380	
	1920:	1 665	
	1921:	1 050	
	1922:	4 200	
	1923:	6 308	(auf 400 Einwohner ein Mitglied)
Oktober	1924:	6 275	(davon UB Hannover-Nord: 2 534
			UB Hannover-Süd: 390
			UB Bielefeld: 1 834
			UB Braunschweig: 1 517)

82 StA Bremen IV 6, Bd. 11 – StA Hannover Hann. II 718.

Ende	1925:	1 000
	1929:	1 800
1. Quartal	1931:	4 802
2. Quartal	1931:	5 143
3. Quartal	1931:	5 760
4. Quartal	1931:	7 098

Parteiorgan: »Niedersächsische Arbeiterzeitung« (seit 1926 »Neue Arbeiterzeitung«), Hannover. Auflage 1925: 6 100 (nach offiziellen Angaben 1927: 22 000).
Der Bezirk Niedersachsen hatte folgende Unterbezirke: Hannover, Braunschweig, Hildesheim, Goslar, Osterode, Hameln, Göttingen, Peine, Celle (bis 1929 noch Bielefeld).

20) Bezirk Danzig[83]

Sitz der Bezirksleitung: Danzig. Offizielle Nummer des Bezirks: 5. Einwohner 1924: 384 000, davon in der Stadt Danzig: 235 000.
In der Industrie tätig: 33 %; Landwirtschaft 22 %; Handel und Verkehr: 30 %; öffentliche Dienste: 9 %; sonstige: 6 %.

KPD-Wähler

November	1923:	14 908 = 9,1 %
November	1927:	11 700 = 6,4 %
November	1930:	20 194 = 10,2 %
Mai	1933:	14 566 = 6,8 %
April	1935:	7 916 = 3,5 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

November	1923:	10 : 26
November	1927:	10 : 57
November	1930:	10 : 24
Mai	1933:	10 : 26
April	1935:	10 : 48

KPD-Mitglieder:

	1921:	4 300
	1922:	700
	1923:	906
	1925:	500
	1929:	960
1. Quartal	1931:	2 117
2. Quartal	1931:	1 849

83 Wilhelm Winkler: Statisches Handbuch für das gesamte Deutschtum. Berlin 1927, S. 131, 370 f. und 665 – Danziger Statistische Mitteilungen, 7. Jg., Nr. 11–12 vom 30. 12. 1927; 12. Jg., Nr. 3 vom 22. 10. 1932; 13. Jg., Nr. 2 vom 5. 7. 1933; 15. Jg., Nr. 1 vom 20. 5. 1935.

3. Quartal	1931:	1 832
4. Quartal	1931:	1 914

Parteiorgan: »Arbeiterzeitung«, Danzig.

21) Bezirk Pommern

Sitz der Bezirksleitung: Stettin. Offizielle Nummer des Bezirks: 3. Einwohner 1925: 2,2 Millionen, davon 45 % in Gemeinden unter 2000, 13 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 90 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 24 %; Landwirtschaft: 43 %; Handel und Verkehr: 15 %; Verwaltung: 5 %; Hausangestellte und ohne Beruf: 13 %.
Als Arbeiter beschäftigt: 44 %; Angestellte und Beamte: 13 %; Selbständige und mithelfende Familienangehörige: 31 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	11 500 = 1,2 %	
Mai	1924:	88 600 = 7,5 %	
Dezember	1924:	59 000 = 5,0 %	
Mai	1928:	61 000 = 5,2 %	(linke Kommunisten: 2 600)
November	1932:	129 600 = 11,7 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 24
Dezember	1924:	10 : 52
Mai	1928:	10 : 60
November	1932:	10 : 18

KPD-Mitglieder:

	1919:	1 300	
	1920:	1 350	
	1921:	4 361	
	1922:	1 284	
	1923:	1 867	(auf 1 050 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1925:	1 500	
	1929:	1 560	
1. Quartal	1931:	4 123	
2. Quartal	1931:	3 187	
3. Quartal	1931:	4 937	
4. Quartal	1931:	5 577	

Parteiorgan: »Volkswacht«, Stettin.

22) Bezirk Südbayern[84]

Sitz der Bezirksleitung: München. Offizielle Nummer des Bezirks: 28. Einwohner 1925: 3,3 Millionen, davon 51 % in Gemeinden unter 2000, 25 % in Großstädten über 100 000 Einwohner. 90 % katholisch.
In Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr tätig: 43 %; Landwirtschaft: 45 %; öffentliche Dienste: 5 %; ohne Beruf: 7 %. Nichtselbständige: 54 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	41 500 = 3,5 %
Mai	1924:	97 800 = 8,2 %
Dezember	1924:	82 800 = 5,6 %
Mai	1928:	56 200 = 3,8 %
November	1932:	182 500 = 11,4 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 15
Dezember	1924:	10 : 27
Mai	1928:	10 : 53
November	1932:	10 : 12

KPD-Mitglieder:

	1919:	500	
	1920:	(s. Nordbayern)	
	1921:	1 994	
	1922:	2 369	
	1923:	2 704	
Dezember	1924:	2 803	
Juli	1926:	3 700	
	1929:	1 440	
Mai	1930:	1 740	(in 67 Ortsgruppen)
1. Quartal	1931:	3 160	
2. Quartal	1931:	3 120	
3. Quartal	1931:	3 601	
4. Quartal	1931:	4 730	

Parteiorgan: »Neue Zeitung«, München.

23) Bezirk Saar[85]

Sitz der Bezirksleitung: Saarbrücken. Offizielle Nummer des Bezirks: 24 a. Einwohner 1925: 773 000. 75 % katholisch.

84 Geh. StA München, 101 248 und 101 250.
85 Winkler, a. a. O., S. 27, 522 ff. – »Arbeitertribüne«, Stuttgart, vom 19. 3. 1932.

In der Industrie tätig: 67 %; Landwirtschaft: 10 %; Handel und Verkehr: 10 %; ohne Beruf: 7 %; sonstige: 6 %.

KPD-Wähler

Juni	1924:	40 800 = 15,9 %	
Januar	1925:	39 311 = 16,9 %	
April	1928:	46 500 = 14,8 %	
März	1932:	84 000 = 25,1 %	(KPO: 5 700, SAP: 2 600)

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1924:	10 : 12
Januar	1925:	10 : 11
April	1928:	10 : 9
März	1932:	10 : 4

KPD-Mitglieder:

Mitte	1925:	1 000
	1929:	1 200
1. Quartal	1931:	1 502
2. Quartal	1931:	1 935
3. Quartal	1931:	2 105
4. Quartal	1931:	2 410

Parteiorgan: »Arbeiterzeitung«, Saarbrücken (Abonnenten: 5 000).

24) Bezirk Pfalz[86]

Sitz der Bezirksleitung: Ludwigshafen. Offizielle Nummer des Bezirks: 24. Einwohner 1925: 900 000, davon 40 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 55 % evangelisch.
In der Industrie tätig: 48 %; Handel und Verkehr: 21 %; Landwirtschaft: 28 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 5 %. Nichtselbständige: 61 %, davon Arbeiter: 41 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	2 796 = 0,8 %	
Mai	1924:	49 749 = 13,5 %	
Dezember	1924:	34 951 = 8,1 %	
Mai	1928:	29 203 = 7,1 %	(linke Kommunisten: 3 127)
November	1932:	69 100 = 12,9 %	

86 Geh. StA München 101 236 – StA Bremen IV 31, Bd. 1 – »Volkswille« vom 26. 1. 1929.

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 320
Mai	1924:	10 : 17
Dezember	1924:	10 : 30
Mai	1928:	10 : 40
November	1932:	10 : 14

KPD-Mitglieder:

	1921:	3 308	
	1922:	2 980	
	1923:	2 942	(auf 325 Einwohner ein Mitglied)
März	1925:	2 400	
Mitte	1925:	3 200	
März	1927:	2 200	(registrierte Mitglieder: 2 420)
April	1928:	1 050	(Opposition: 160)
Dezember	1928:	810	(registrierte Mitglieder: 1 070; linke Opposition: 200)
	1929:	960	
	1931:	Bezirk Baden/Pfalz, vgl. unter Bezirk 17 Baden.	

Mitglieder des KJVD 1929: 197.

Parteiorgan: »Arbeiter-Zeitung« (Kopfblatt der Mannheimer »Arbeiter-Zeitung«), Auflage November 1927: 4 200, November 1928: 2 800 (nach offiziellen Angaben 1929: 16 800). Ortsgruppen 1927: 82; 1929: 58.

25) Bezirk Oberschlesien

Sitz der Bezirksleitung: Gleiwitz. Offizielle Nummer des Bezirks: 7. Einwohner 1925: 1,4 Millionen, davon 48 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 89 % katholisch.
In der Industrie tätig: 36 %; Landwirtschaft: 30 %; Handel und Verkehr: 13 %; Verwaltung: 5 %; andere und ohne Beruf: 13 %. Als Arbeiter beschäftigt: 44 %; Angestellte: 13 %; Selbständige und mithelfende Familienangehörige: 29 %.

KPD-Wähler

Februar	1921:	37 118 = 7,3 %	
Mai	1924:	130 118 = 22,9 %	
Dezember	1924:	66 096 = 12,2 %	
Mai	1928:	71 626 = 12,7 %	(linke Kommunisten: 3 156)
November	1932:	112 354 = 16,9 %	

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Mai	1924:	10 : 2
Dezember	1924:	10 : 5

Mai	1928:	10 : 10
November	1932:	10 : 6

KPD-Mitglieder:

	1920:	2 000	
	1923:	5 362	(zusammen mit Schlesien)
	1925:	500	
	1929:	960	
1. Quartal	1931:	2 024	
2. Quartal	1931:	1 753	
3. Quartal	1931:	2 176	
4. Quartal	1931:	2 634	

Parteiorgan: Kopfblatt der »Arbeiter-Zeitung«, Breslau.

26) Bezirk Mecklenburg

Sitz der Bezirksleitung: Schwerin. Offizielle Nummer des Bezirks: 15. Einwohner 1925: 900 000, davon 40 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 97 % evangelisch.
In Industrie, Handel und Verkehr tätig: 47 %; Landwirtschaft: 38 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 9 %. Nichtselbständige: 66 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	4 468 = 1,0 %
Mai	1924:	48 569 = 10,9 %
Dezember	1924:	27 316 = 6,0 %
Mai	1928:	25 504 = 5,6 %
November	1932:	60 529 = 11,7 %

Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 390
Mai	1924:	10 : 25
Dezember	1924:	10 : 55
Mai	1928:	10 : 70
November	1932:	10 : 25

KPD-Mitglieder:

1919:	2 000	
1920:	1 100	
1921:	6 100	
1922:	2 624	
1923:	2 818	(auf 314 Einwohner ein Mitglied)
1925:	1 000	

	1929:	840
1. Quartal	1931:	2 405
2. Quartal	1931:	2 220
3. Quartal	1931:	2 489
4. Quartal	1931:	3 145

KJVD-Mitglieder 1929: 68.

Parteiorgan: »Volkswacht«, Rostock.
Der Bezirk Mecklenburg hatte folgende Unterbezirke: Schwerin, Wismar, Rostock, Parchim, Waren, Neubrandenburg.

27) Bezirk Hessen-Kassel

Sitz der Bezirksleitung: Kassel. Offizielle Nummer des Bezirks: 22. Einwohner 1925: 1,1 Millionen, davon 45 % in Gemeinden unter 2000 Einwohner. 65 % evangelisch.
In Industrie, Handel und Verkehr tätig: 56 %; Landwirtschaft: 30 %; öffentliche Dienste: 6 %; ohne Beruf: 8 %. Nichtselbständige: 58 %.

KPD-Wähler

Juni	1920:	6 600 = 0,5 %	
Mai	1924:	51 100 = 9,0 %	
Dezember	1924:	27 000 = 5,0 %	
Mai	1928:	43 000 = 7,0 %	(linke Kommunisten: 2 000)
November	1932:	77 800 = 12,0 %	

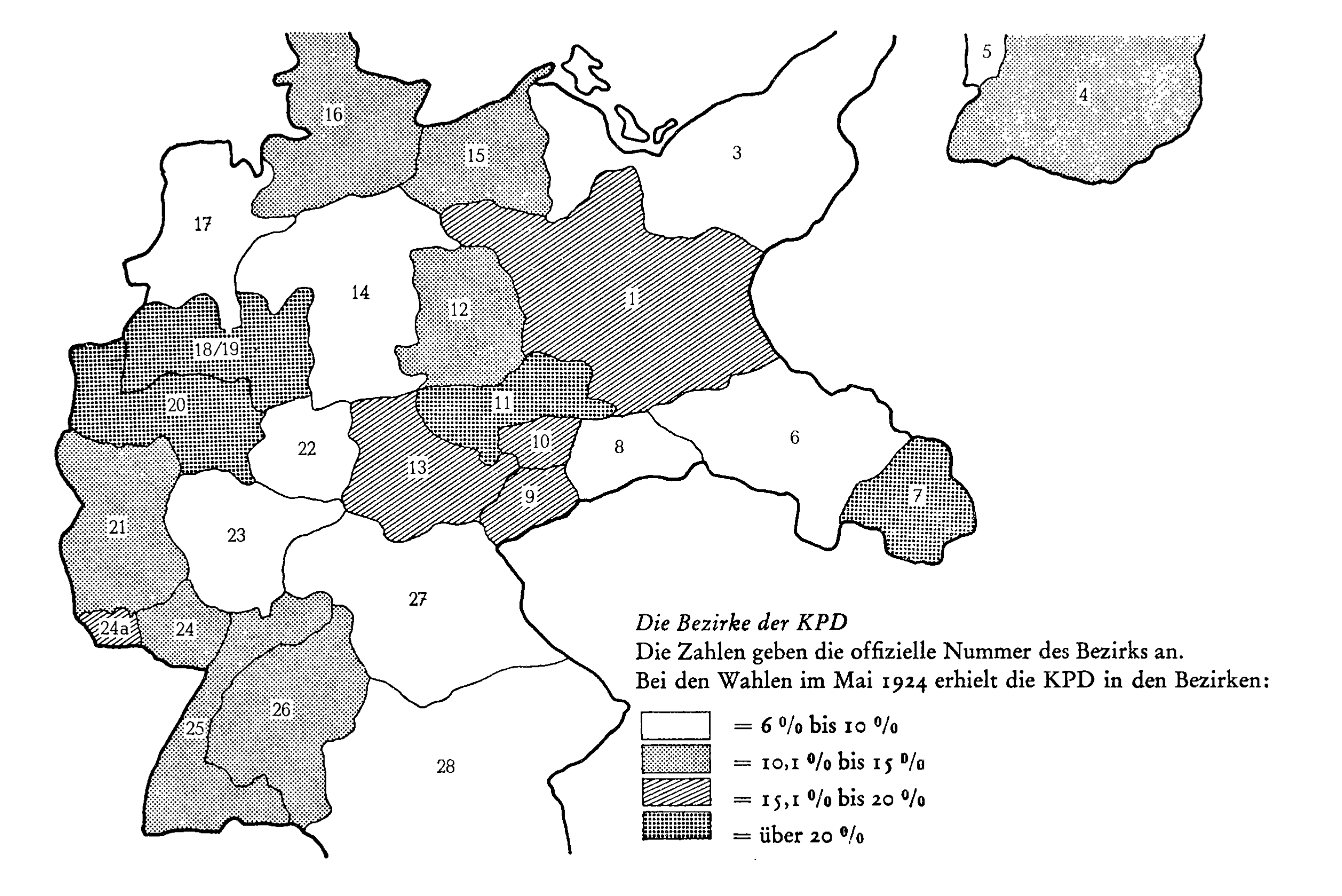
Verhältnis von KPD- und SPD-Stimmen:

Juni	1920:	10 : 200
Mai	1924:	10 : 24
Dezember	1924:	10 : 32
Mai	1928:	10 : 30
November	1932:	10 : 15

KPD-Mitglieder:

	1921:	1 579	
	1922:	1 886	
	1923:	2 154	(auf 510 Einwohner ein Mitglied)
Ende	1925:	500	
	1929:	720	
1. Quartal	1931:	971	
2. Quartal	1931:	1 489	
3. Quartal	1931:	1 861	
4. Quartal	1931:	1 960	

Parteiorgan: Kopfblatt der Hannoverschen »Neue Arbeiterzeitung«.



16
15
3
5
4
17
14
12
1
18/19
20
11
10
8
6
22
13
9
7
21
23
27
24a
24
26
25
28
Die Bezirke der KPD
Die Zahlen geben die offizielle Nummer des Bezirks an.
Bei den Wahlen im Mai 1924 erhielt die KPD in den Bezirken:
= 6 % bis 10 %
= 10,1 % bis 15 %
= 15,1 % bis 20 %
= über 20 %



Abkürzungen

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
Afü	Arbeitslosen-Fürsorge
Agitprop	Agitation und Propaganda
Arso	Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Organisationen
A. u. S.-Räte	Arbeiter- und Soldatenräte
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
BL	Bezirksleitung
BMW	Bayrische Motoren Werke
BuA	Bundesarchiv [Koblenz]
BVG	Berliner Verkehrs-Gesellschaft
ČSR	Tschechoslowakische Republik
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG
DERUPA	Deutsch-russische Petroleum AG
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFU	Deutsche Friedens Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DMV	Deutscher Metallarbeiter-Verband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
dpa	Deutsche Presse Agentur
DWK	Deutsche Wirtschafts Kommission
EKKI u. EK	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
FSJ	Freie Sozialistische Jugend
GPU	Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije = Staatliche Politische Verwaltung (Name der sowjetischen Geheimpolizei 1922 bis 1934)
HO	Handels-Organisation (staatliche der DDR)
HStA	Haupt-Staatsarchiv [Düsseldorf]
HVZ	Hamburger Volkszeitung
IAH	Internationale Arbeiterhilfe
Ifa	Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur

IG	Industrie-Gewerkschaft
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
Inprekorr	Internationale Presse-Korrespondenz
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (Levi-Gruppe)
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KI	Kommunistische Internationale
KJVD u. KJV	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPD-O u. KPO	Kommunistische Partei-Opposition (Brandler-Gruppe)
KPdSU (B)	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
KPR	Kommunistische Partei Rußlands
KZ	Konzentrationslager
MAN	Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg
MASCH	Marxistische Arbeiterschule
MdBB	Mitglied der Bremer Bürgerschaft
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstags
MEB	Mitteleuropäisches Büro (der Komintern)
MOPR	Meshdunarodnaja organisazija pomostschi borzam revoljuzii = Internationale Organisation zur Unterstützung von Kämpfern der Revolution (von 1922 – 1947)
M-P Leitung	Militärpolitische Leitung
NKWD	Narodnyj komissariat wnutrennich djel = Volkskommissariat für innere Angelegenheiten (Name der sowjetischen Geheimpolizei seit 1934)
NS	Nationalsozialismus
NSBO	Nationalsozialistische Betriebs-Organisation
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖTV	Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr
OLG	Oberlandesgericht
OMS	Abteilung für internationale Verbindungen
Orbüro u. Orgbüro	Organisationsbüro
Org-Leiter	Organisationsleiter
OS	Oberschlesien
PEUVAG	Papiererzeugungs- und -verarbeitungs-Gesellschaft
Polbüro u. Politbüro	Politisches Büro (des ZK der KP)
Polleiter u. -Sekretär	Politischer Leiter, Sekretär
POUM	Partido Obrero de Unificacion Marxista (Spanische Links-Partei)
PPS	Polska Partia Socjalistyczna = Polnische Sozialistische Partei
PV	Parteivorstand
RF	Die Rote Fahne (Zentralorgan der KPD)
RFB	Roter Frontkämpfer-Bund
RFMB	Roter Frauen- und Mädchen-Bund
RGI	Rote Gewerkschafts-Internationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition

RKP	Russische Kommunistische Partei
ROSTA	Rossiskaje Telegrafnoje Agentstwo = russische Nachrichtenagentur
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
SA	Sturm-Abteilung der NSDAP
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SAZ	Sächsische Arbeiterzeitung
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone (Deutschlands)
SDAPR	Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD u. SP	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel der NSDAP
SSD	Staatssicherheits Dienst
StA	Staatsarchiv
SU	Sowjetunion
TASS	Telegrafnoje Agentstwo Sowjetskogo Sojusa = sowjetische Nachrichtenagentur
UB	Unterbezirk
UdSSR u. USSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USPD u. USP	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VEB	Volkseigener Betrieb
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VGH	Volksgerichtshof
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (1921)
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WKP	Wsjesojusnaja Kommunistitscheskaja Partija = Allunions (Allrussische) Kommunistische Partei
ZA	Zentral-Ausschuß
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZPKK	Zentrale Partei-Kontrollkommission

Editorische Notiz

Die vollständige zweibändige Ausgabe dieses Werkes erschien 1969 bei der Europäischen Verlagsanstalt. Sie enthält im Band I außer dem hier vorliegenden Teil einen Anhang wenig bekannter oder unbekannter Dokumente, auf die im Text mehrfach verwiesen wird. Im Band II findet sich umfangreiches statistisches Material über das Führungskorps und eine Darstellung der Parteifunktionen sowie deren Besetzung in den Jahren 1924–1929. Weiter enthält der Band die Kurzbiographien von 504 Funktionären des KPD-Führungskorps, ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis, das Personenregister beider Bände und einen Bildanhang.



Inhalt

Band 1



